

Regionalplan

Region Oberlausitz-Niederschlesien

Zweite Gesamtfortschreibung

Vorentwurf

zur Beteiligung nach § 9 ROG sowie § 6 Abs. 1 SächsLPlG
gemäß dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 16. Juni 2015



Regionaler Planungsverband Regionalny zwjazz planowanja
Oberlausitz-Niederschlesien Hornja Łužica-Delnja Šleska

Impressum

Herausgeber: Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien
 Löbauer Straße 63
 02625 Bautzen
Telefon 03591 / 67966 0
Telefax 03591 / 67966 69
E-Mail info@rpv-oberlausitz-niederschlesien.de
Internet www.rpv-oberlausitz-niederschlesien.de

Inhaltsverzeichnis

I.	Leitbild für die nachhaltige Ordnung und Entwicklung der Region	3
II.	Ziele und Grundsätze der Raumordnung	5
1	Regionale Raum- und Siedlungsstruktur	5
1.1	Zentrale Orte und Verbünde	5
1.2	Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion	11
1.3	Versorgungs- und Siedlungskerne	16
1.4	Verbindungs- und Entwicklungsachsen	17
2	Regionalentwicklung	19
2.1	Räume mit besonderem Handlungsbedarf	19
2.2	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit	22
3	Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung	26
3.1	Siedlungswesen	26
3.2	Gewerbliche Wirtschaft	29
3.3	Handel	31
3.4	Tourismus und Erholung	32
4	Verkehrsentwicklung	38
4.1	Straßen- und Fahrradverkehr	38
4.2	Schienenverkehr und Eisenbahninfrastruktur	45
4.3	Öffentlicher Personenverkehr	50
4.4	Luftverkehr	52
5	Freiraumentwicklung	54
5.1	Landschaftssanierung und Landschaftsentwicklung	54
5.1.1	Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft	54
5.1.2	Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen	64
5.1.3	Wiedernutzbarmachung von Rohstoffabbauflächen	69
5.2	Kulturlandschaftsschutz	72
5.3	Arten- und Biotopschutz, großräumig übergreifender Biotopverbund	81
5.4	Wasserschutz	85
5.4.1	Grund- und Oberflächenwasserschutz/Wasserversorgung	85
5.4.2	Vorbeugender Hochwasserschutz	88
5.5	Schutz siedlungsklimatisch bedeutsamer Gebiete	94
5.6	Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	96

6	Freiraumnutzung	99
6.1	Land- und Fischereiwirtschaft	99
6.2	Forstwirtschaft	101
6.3	Rohstoffsicherung	104
6.4	Energieversorgung und erneuerbare Energien	110
6.5	Verteidigung	116

Regionale Besonderheiten

7	Sorbisches Siedlungsgebiet	117
----------	-----------------------------------	------------

Anhang

Anhänge zu den einzelnen Plankapiteln

• Anhang zu Kap. 1.1:	Zentrale Orte und Verbünde	120
• Anhang zu Kap. 3.4:	Tourismus und Erholung	123
• Anhang zu Kap. 4.1:	Straßen- und Fahrradverkehr	124
• Anhang 1 zu Kap. 5.2:	Kulturlandschaftsschutz	131
• Anhang 2 zu Kap. 5.2	Kulturlandschaftsschutz	137
• Anhang zu Kap. 5.4.1:	Grund- und Oberflächenwasserschutz/Wasserversorgung	139
• Anhang zu Kap. 6.3:	Rohstoffsicherung	141
• Anhang 1 zu Kap. 6.4:	Energieversorgung und erneuerbare Energien	145
• Anhang 2 zu Kap. 6.4	Energieversorgung und erneuerbare Energien	146
• Anhang zu Kap. 7:	Sorbisches Siedlungsgebiet	160

Anlagen

Bestandteil des Vorentwurfes sind folgende Karten:

Festlegungskarten

Karte „Raumstruktur“	1 : 400.000
Karte „Raumnutzung“	1 : 100.000
Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“	1 : 100.000

Erläuterungskarten

Karte „Zentrale Orte und Nahbereiche“	1 : 400.000
Karte „Landschaftsgliederung“	1 : 400.000
Karte „Sorbisches Siedlungsgebiet“	1 : 400.000
Karte „Windenergie – Potenzialflächen“	1 : 100.000

Leitbild für die nachhaltige Ordnung und Entwicklung der Region

Die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien ist als attraktiver und vielfältiger Lebens-, Wirtschafts- und Kulturraum für ihre Bevölkerung im an Bedeutung gewinnenden deutsch-polnisch-tschechischen Dreiländereck zu gestalten und weiter zu entwickeln. Dazu sollen unter Berücksichtigung der vorhandenen und der sich ändernden Rahmenbedingungen zukunftsfähige Standortpotenziale für eine wirtschaftlich und sozial ausgewogene und dabei ökologisch verträgliche Entwicklung aktiviert und erhalten werden.

Dies erfordert die Intensivierung interkommunaler, regionaler sowie regions- und grenzüberschreitender Verflechtungen und Kooperationen, um auf die Herausforderungen und Chancen zu reagieren, die sich aus der demographischen Entwicklung und der Lage der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien im Dreiländereck ergeben. Die praktisch erlebbare, kulturelle Besonderheit des Zusammenlebens von Deutschen und Sorben und die daraus resultierende Zweisprachigkeit der Region soll als besonderer Standortvorteil in einem zusammengewachsenen Europa genutzt werden. Damit soll das Regionalbewusstsein gestärkt und die Wahrnehmung der Region in Europa erhöht werden.

Die Basis der Region wird in erster Linie durch ihre wirtschaftliche Entwicklung geprägt. Durch die Globalisierung bestehen erhöhte Anforderungen an Standortqualitäten und Wettbewerbsfähigkeit. Die Region Oberlausitz-Niederschlesien muss diesem Aspekt als leistungsfähiger Wirtschaftsstandort Rechnung tragen.

Dazu soll(en)

- Wirtschaftskraft und Standortattraktivität unter Ausnutzung bestehender Kompetenzen, branchenorientierter Netzwerke und strukturbestimmender Wirtschaftszweige weiterentwickelt und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt werden,
- die nachhaltige Nutzung der einheimischen natürlichen Ressourcen als Standortpotenzial für die Ansiedlung zukunftsorientierter Wirtschaftsbranchen unterstützt und ausgebaut werden,
- die Ausstrahlungseffekte der Metropolregion „Mitteldeutschland“ und des Verdichtungsraumes Dresden in allen Teilen der Region genutzt werden,
- der Zugang zu an das Abitur anschließenden Bildungseinrichtungen in der Region gewährleistet bleiben und Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote an den Bedürfnissen der ansässigen Unternehmen ausgerichtet werden,
- Hochschulen und Technologietransfereinrichtungen mit ihren Bildungs-, Forschungs- und Entwicklungspotenzialen ausgebaut werden und so der Wirtschaft als eine Grundlage für die Entwicklung von Zukunftstechnologien in der Region zur Verfügung stehen,
- die technische Infrastruktur einschließlich der regionalen und überregionalen Verkehrsnetze zukunftsfähig ausgestaltet und optimiert werden,
- die wirtschaftliche Stabilisierung Zentraler Orte zur Stärkung der Versorgungsfunktionen gegenüber ihrem Umland beitragen und damit die Ausstrahlung in den ländlichen Raum erhöht werden,
- im ländlichen Raum die Bedeutung der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft als wichtigste Bodennutzer erhalten und deren Aufgaben bei der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe und der Kulturlandschaftspflege erweitert werden,
- der Wirtschaftsfaktor Tourismus unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten durch eine Erweiterung und Vernetzung der Angebote innerhalb und zwischen den traditionellen und den sich entwickelnden Erholungsgebieten sowie den Schwerpunkten des Städtetourismus gestärkt werden.

Die Berücksichtigung der sozialen Ansprüche der Bevölkerung ist Teil einer nachhaltigen Raumentwicklung. Die demographische Entwicklung in der Region wird vor allem im Bereich der sozialen Infrastruktur einschließlich des ÖPNV eine Optimierung der Angebote erfordern. Dafür ist es erforderlich, den bedarfs- und altersgerechten Zugang zu öffentlicher Infrastruktur in allen Teilräumen der Region sicher zu stellen und fort zu entwickeln sowie die notwendigen Anpassungen unter Berücksichtigung zukünftiger Entwicklungschancen herbei zu führen.

Dazu soll(en)

- der Zugang zu den Angeboten des Bildungs- und Gesundheitswesens im ländlichen Raum durch die Einhaltung und Flexibilisierung von Mindeststandards im Zusammenhang mit veränderten räumlichen (auch grenzüberschreitenden) Einzugsbereichen und unter Berücksichtigung alters- und familiengerechter Infrastrukturangebote gesichert werden,
- bei der Grundversorgung der Bevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen verstärkt neue organisatorische Modelle, wie alternative Angebotsformen (z. B. Nachbarschaftsläden, mobile Versorgung), angewendet werden,
- die Inanspruchnahme von spezialisierten Dienstleistungen insbesondere für die weniger mobilen Bevölkerungsgruppen auch durch den Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglicht werden,
- im ländlichen Raum zur Sicherung von Bürgernähe und Tragfähigkeit neue Kooperationsformen zwischen öffentlichen und privaten Dienstleistungsanbietern (z. B. Bürgerbüros) unterstützt werden,
- beim ÖPNV vor allem im dünn besiedelten ländlichen Raum ohne Schienenanschluss flexible Bedienformen als ergänzende Angebote auf- und ausgebaut werden,
- durch die Kultureinrichtungen, die vielfältigen heimatgeschichtlichen und kulturellen Traditionen der Region bewahrt und dafür auch neue Formen und Angebote für alle Altersgruppen ermöglicht werden.

Die Nutzung und Gestaltung der Kulturlandschaft tragen zur Stabilisierung ländlicher wie stadtnaher Räume bei und fördern die Identifikation der Bewohner mit der Region Oberlausitz-Niederschlesien. Die Nutzung, Pflege und Sanierung der Freiräume erfolgen unter Berücksichtigung des Schutzes und der nachhaltigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen und den Anforderungen, die sich aus der Änderung des Klimas ergeben.

Dazu soll(en)

- die weitere Flächeninanspruchnahme durch Siedlungs- und Verkehrsflächen unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung und der vorrangigen Nutzung revitalisierbarer Brachen reduziert werden,
- Optionen und Alternativen einer aktiven Anpassung an die zu erwartenden klimatischen Veränderungen sowohl in den formellen Planungen wahrgenommen als auch durch die Möglichkeiten der informellen Orts- und Regionalentwicklung und der Förderprogramme unterstützt werden,
- die für Naherholung und Tourismus bedeutenden Landschafts- und Ortsbilder mit ihren historisch-kulturellen Elementen in ihrer Eigenart, Vielfalt und Schönheit erhalten werden,
- eine weitere schrittweise Sanierung der ökologischen Schäden erfolgen, die eine erhebliche Beeinträchtigung der Schutzgüter Luft, Boden und Wasser verursachen,
- die Region ihrer besonderen Verantwortung für den Arten- und Biotopschutz und die Vernetzung von Lebensräumen durch die Erhaltung unzerschnittener Freiräume und die Sicherung ökologischer Ausgleichsfunktionen gerecht werden,
- kulturlandschaftliche und naturräumliche Potenziale grenzüberschreitend wahrgenommen und gemeinsam mit den deutschen, polnischen und tschechischen Nachbarregionen gepflegt, geschützt und entwickelt werden,
- unter dem Motto „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ Angebote der Umweltbildung geschaffen und erweitert werden, um Wissen über ökologische Zusammenhänge zu vermitteln, die Sinne für die Wahrnehmung der Natur zu schulen und die Gestaltungskompetenz der Menschen zu stärken.

II Ziele und Grundsätze der Raumordnung

1 Regionale Raum- und Siedlungsstruktur

1.1 Zentrale Orte und Verbünde

Begriff:	Zentrale Orte sind Gemeinden, die über leistungsfähige Versorgungs- und Siedlungskerne verfügen und die auf Grund ihrer Einwohnerzahl und der Größe ihres Verflechtungsbereiches, ihrer Lage im Raum, ihrer Funktion und der Komplexität ihrer Ausstattung Schwerpunkte des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens im Freistaat Sachsen bilden. Sie übernehmen entsprechend ihrer Funktion und Einstufung im zentralörtlichen System Aufgaben für die Gemeinden ihres Verflechtungsbereiches. Der Zentrale Ort wird dem Gebiet einer Gemeinde gleichgesetzt.
Karte:	Die im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 bestimmten Ober- und Mittelzentren in der Planungsregion sind nachrichtlich in die Karte „Raumstruktur“ übernommen worden. Die Grundzentren sind in der Karte „Raumstruktur“ festgelegt. Die Nahbereiche sind in der Karte „Zentrale Orte und Nahbereiche“ dargestellt.
Hinweis:	Der Oberzentrale Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda ist im Landesentwicklungsplan als Oberzentrum in Funktionsteilung (vgl. Ziel 1.3.6 LEP 2013) bestimmt. Als Mittelzentren sind die Städte Kamenz, Löbau, Niesky, Radeberg, Weißwasser/O.L. und Zittau festgelegt (vgl. Ziel 1.3.7 LEP 2013).

Z 1.1.1 Zentrale Orte sind als Ziel- und Verknüpfungspunkte des ÖPNV auszubauen. Die überörtliche Verkehrsbedienung ist innerhalb der zentralörtlichen Verflechtungsbereiche auf die Versorgungs- und Siedlungskerne zu konzentrieren.

Oberzentraler Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda

Bitte um Hinweise/Anregungen:

Die regionalplanerischen Ziele zum Oberzentralen Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda wurden im Wesentlichen aus der ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Oberlausitz-Niederschlesien übernommen.

Die Träger öffentlicher Belange, insbesondere die Städte des Oberzentralen Städteverbundes Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda werden gebeten, sich zur Notwendigkeit dieser Festlegungen zu äußern und gegebenenfalls neuere Entwicklungsvorstellungen zur funktionsteiligen Wahrnehmung oberzentraler Funktionen in der Planungsregion darzulegen.

Z 1.1.2 Die Zusammenarbeit zwischen den Städten des Oberzentralen Städteverbundes Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda im Kultur-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, im Fremdenverkehr und in der Wirtschaft soll vertieft werden. Die Verkehrsverbindungen und Verflechtungen untereinander, mit der Landeshauptstadt Dresden, der europäischen Metropolregion „Mitteldeutschland“ und den Oberzentren benachbarter Länder und Staaten sollen gesichert und ausgebaut werden.

Z 1.1.3 Bautzen soll durch einen weiteren Ausbau der funktionalen Verflechtungen Ergänzungsfunktionen für den Verdichtungsraum Dresden übernehmen.

Z 1.1.4 In Görlitz sollen speziell grenzüberschreitende Verwaltungsaufgaben verstärkt wahrgenommen und die Bedeutung als Europastadt aufgewertet werden. Dazu ist auf die Ansiedlung von Bundes- und Europabehörden hinzuwirken.

Z 1.1.5 Hoyerswerda soll sich insbesondere zum Zentrum des Lausitzer Seenlandes entwickeln. Dazu soll die Wohn- und Freizeitqualität aufgewertet und die Bedeutung als Stadt des Freizeit- und Breitensports erhalten werden.

Grundzentren

Begriff: Grundzentren sind Städte und Gemeinden, die auf Grund ihrer Lage im Raum das Netz der höherrangigen Zentralen Orte ergänzen und die Kriterien für eine Festlegung gemäß Ziel 1.3.8 LEP 2013 erfüllen.

Verbünde von Grundzentren sind zwei oder mehrere Gemeinden, die auf Grund ihrer Nachbarschaftslage oder eines direkten baulichen Zusammenhanges sowie ihrer Funktionsteilung in Bezug auf die zentralörtliche Ausstattung ge-

meinsam die Funktion eines Grundzentrums ausüben. Sie haben ihre raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die der Erfüllung zentralörtlicher Funktionen dienen, insbesondere die Bauleitplanung, einvernehmlich aufeinander abzustimmen. Die funktionsteilige Zusammenarbeit ist vertraglich zu regeln (vgl. Ziel 1.3.5 LEP 2013).

Z 1.1.6 Grundzentren sind die Städte und Gemeinden:

- **Bernsdorf**
- **Bernstadt a. d. Eigen**
- **Bischofswerda**
- **Ebersbach-Neugersdorf**
- **Gemeindeverbund Großdubrau-Malschwitz-Radibor**
- **Großröhrsdorf**
- **Großschönau**
- **Königsbrück**
- **Königswartha**
- **Pulsnitz**
- **Reichenbach/O.L.**
- **Rothenburg/O.L.**
- **Weißenberg**
- **Wittichenau**
- **Städte- und Gemeindeverbund „Oberland“ Neukirch/Lausitz-Schirgiswalde-Kirschau-Sohland a. d. Spree-Wilthen.**

Begründung zu 1.1 Zentrale Orte und Verbünde

-
- zu Z 1.1.1 Das zentralörtliche System der Region bildet das Grundgerüst für die Erschließung des Raumes mit dem ÖPNV. Für eine bessere Auslastung des ÖPNV müssen Bedienungsqualität und -häufigkeit an dem System der Zentralen Orte ausgerichtet sein, damit auch im Ländlichen Raum in einem zumutbaren Zeitaufwand die Versorgungs- und Siedlungskerne der Zentralen Orte mit dem ÖPNV erreichbar sind. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung zukünftig größere Bevölkerungsteile auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sein werden. In der Tabelle 1.1-1 (Begründung zu Ziel 1.1.6 des Regionalplanes) sind die Grundzentren hinsichtlich ihrer gegenwärtigen Funktion als ÖPNV-Knotenpunkt bewertet.
- zu Z 1.1.2 Der Ausbau der Kooperation zwischen den Städten und die Bereitstellung von Leistungen für die Region (zentralörtliche Aufgabe) sind Handlungsaufträge für die Städte des Oberzentralen Städteverbundes.
- Die oberzentralen Funktionen in den drei Städten können langfristig erhalten und ausgebaut werden, wenn die vorhandenen Einrichtungen in den Städten miteinander kooperieren und somit eine bessere Auslastung dieser Einrichtungen gegeben ist. Damit die räumlichen Verflechtungen zwischen den Städten ausgebaut werden, ist z. B. die Zusammenarbeit zwischen den Theatern, Museen und Bibliotheken der Städte, zwischen den Schwerpunktkrankenhäusern in Görlitz und Hoyerswerda oder im Fremdenverkehr (z. B. Verbindung von Städtetourismus und Lausitzer Seenland) anzustreben.
- Voraussetzung für eine engere Kooperation zwischen den Städten und der intraregionalen Potenzialverknüpfung ist vor allem der Ausbau der Verkehrsverbindungen zwischen den drei Städten und mit den Städten und Gemeinden in der Region. Besonders der weitere Ausbau der Schienen- und Straßenverbindungen Bautzen–Hoyerswerda (B 96), Görlitz–Cottbus–Berlin (B 115, Schiene), Hoyerswerda–A 13 (B 96), Görlitz–Niesky–Hoyerswerda (Schiene) sowie der Ausbau des östlichen Teilabschnitts der „Sachsenmagistrale“ von Dresden über Bautzen nach Görlitz können die verkehrsbedingten Standortnachteile der Städte und der Region ausgleichen. Mit dem Verkehrswegeausbau zu den Oberzentren der benachbarten Regionen Dresden, Cottbus, Hirschberg (Jelenia Góra), Grünberg (Zielona Góra), Liegnitz (Legnica) und Liberec/Reichenberg werden bereits bestehende Wechselbeziehungen verstärkt. Zum Ausbau dieser Verflechtungen ist die Anbindung der Region an das Fernstreckennetz der Deutschen Bahn sowie der Erhalt bzw. die Wiederaufnahme durchgehender grenzüberschreitender Verbindungen auf der Bahnstrecke von Dresden nach Breslau (Wrocław) notwendig.
- In den letzten Jahren haben insbesondere die arbeitsteiligen Verflechtungen zwischen den Städten des Oberzentralen Städteverbundes und der Stadt Dresden erheblich zugenommen. Um die Ausstrahlungseffekte der Landeshauptstadt Dresden in der Region verstärkt zu nutzen, ist es zudem erforderlich, die Zusammenarbeit zwischen dem Oberzentralen Städteverbund und der Region Dresden zu intensivieren. Dabei bietet sich auch eine vermehrte Kooperation zwischen der Wirtschaft in der Planungsregion und den Bildungs- und Forschungseinrichtungen in der Landeshauptstadt an.

zu Z 1.1.3 bis

Z 1.1.5

Die in den Plansätzen 1.1.3 bis 1.1.5 formulierten besonderen Ziele für die einzelnen Städte verdeutlichen die schwerpunktorientierten Entwicklungen im Rahmen des Oberzentralen Städteverbundes. Die besonderen Entwicklungsziele berücksichtigen die vorhandenen funktionalen Besonderheiten und orientieren darauf, dass oberzentrale und noch nicht wahrgenommene mittelzentrale Aufgaben in den Städten implementiert werden. Damit führt der funktionale Ausbau von Bautzen, Görlitz und Hoyerswerda auch zu einer Intensivierung der Verflechtungen der Mittelzentren der Region mit dem Oberzentralen Städteverbund.

Die historisch gewachsene Bedeutung von Bautzen als Wirtschafts- und Verwaltungszentrum, die Verzahnung von Wirtschaft und Bildung über die Staatliche Studienakademie Bautzen der Berufsakademie Sachsen sowie die reiche städtebauliche und deutsch-sorbische kulturhistorische Tradition bieten eine gute Grundlage für die Weiterentwicklung oberzentraler Funktionen in Bautzen. Durch die räumliche Nähe zu Dresden und die gute Verkehrsanbindung (Autobahn, Eisenbahn) besitzt Bautzen vor allem arbeits- und versorgungsräumliche Beziehungen mit Dresden. Langfristig kann die Stadt Bautzen diese noch überwiegend einseitigen Verflechtungsbeziehungen wechselseitig entwickeln, wenn Bautzen als funktionsfähige, mittelgroße Stadt Ergänzungsfunktionen für den Verdichtungsraum Dresden wahrnimmt.

Grundlage für diese Funktionsergänzung ist einerseits die oben beschriebene räumliche Nähe und gute Verkehrsanbindung von Bautzen zu Dresden sowie andererseits ein hinreichend großer Abstand zu Dresden, so dass Bautzen als mittelgroße, eigenständige Stadt des „zweiten Ringes“ um Dresden Entwicklungsschwerpunkt im Sinne der dezentralen Konzentration ist. Dies setzt u. a. voraus, dass vor allem die Eisenbahnverbindungen von Bautzen nach Dresden weiter verbessert werden (Reisezeitverkürzungen), dass Bautzen sich als wirtschaftlicher Schwerpunkt für Ost-sachsen entwickelt und dass mit zunehmender Ausdehnung des Verflechtungsbereichs von Dresden planerische Grundlagen für die Intensivierung der funktionalen Verflechtungen vorhanden sind (Auftrag zur Kooperation). Damit wird keine Funktionsverlagerung aus dem Raum Dresden raumplanerisch präferiert, sondern der Schwerpunkt wird auf die arbeitsteilige Entwicklung von Bautzen für den Verdichtungsraum Dresden und somit auf die eigenständige Standortentwicklung von Bautzen gelegt.

Görlitz erfüllt traditionell Aufgaben der Verwaltung und der Versorgung (Kultur, Gesundheitswesen und Dienstleistungen) im östlichen Teil der Region. Dazu gehören wegen der größeren Entfernungen zu den Oberzentren Dresden, Cottbus und Berlin auch oberzentrale Aufgaben im Bildungs-, Wissenschafts- und Kulturbereich, wie mit der Hochschule Zittau/Görlitz-University of Applied Sciences. Oberzentrale Aufgaben der Stadt können künftig ergänzt und für die auf polnischem Gebiet liegenden Teile des Verflechtungsbereiches entsprechend den Fortschritten in der Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Union zunehmend erweitert werden. Der Ausbau von Görlitz zu einem unmittelbar an der Grenze zur Republik Polen liegenden Wirtschaftsstandort erhöht die Bedeutung der Stadt für den regionalen Arbeitsmarkt. Die Bedeutung von Görlitz als Europastadt kann strukturpolitisch durch die Ansiedlung entsprechender Bundes- oder Europabehörden aufgewertet werden.

Hoyerswerda ist die drittgrößte Stadt der Region und funktional in den bisher monostrukturierten Wirtschaftsraum der Lausitzer Braunkohlenindustrie integriert. Der Ausbau der Stadt führte zu einem schnellen Einwohnerwachstum (1950: 8.527, 1980: 70.705) mit einseitiger Funktionsausrichtung als Wohnstandort für Auspendler nach Schwarze Pumpe, Senftenberg und Cottbus. Seit 1990 hat Hoyerswerda fast die Hälfte seiner Bevölkerung (1990: 68.419, 2013: 34.317) verloren. Derzeit ist in Hoyerswerda der Stadtumbau unter Berücksichtigung der bevölkerungsstrukturellen Entwicklungen und die Erweiterung des Freizeit- und Sportangebotes auch für das Umland der Stadt und damit auch zur Stärkung der zentralörtlichen Funktion besonders wichtig.

Dienstleistungseinrichtungen und das Arbeitsplatzangebot sind in Hoyerswerda im Vergleich mit Städten dieser Größenordnung unterrepräsentiert, so dass für Hoyerswerda die vordringliche Aufgabe steht, die funktionale Vielfalt auszubauen, die vorhandenen höherwertigen Funktionen (z. B. im Gesundheitswesen) zu stabilisieren. Mit den landschaftlichen Veränderungen im Umland, der Entstehung des Lausitzer Seenlandes und einer touristischen Nutzung dieses Gebietes besteht für Hoyerswerda durch die zentrale Lage die Chance, touristische Dienstleistungen und gehobene Dienstleistungsunternehmen anzusiedeln (z. B. Informationsbereich). Dazu ist ein weiterer Ausbau der Verkehrsinfrastruktur notwendig.

Hoyerswerda ist die größte Stadt im Lausitzer Seenland und nimmt teil-oberzentrale Funktionen wahr. Sie deckt mit ihrer vorhandenen höherwertigen sozialen sowie kulturellen und Freizeitinfrastruktur auch Nachfragen der Besucher des Lausitzer Seenlandes ab. Die Entwicklung des Lausitzer Seenlandes und die touristische Nutzung der Wasserflächen erfolgt dabei in enger, länderübergreifender Abstimmung zwischen dem Freistaat Sachsen, dem Land Brandenburg sowie den kommunalen Behörden. Die Förderung des Freizeit- und Breitensports mit einer Vielzahl von Sportvereinen führt in erster Linie zu einer Steigerung der Freizeitqualität und unterstützt weiterhin die Entwicklung zum Zentrum des Lausitzer Seenlandes.

zu Z 1.1.6

Grundzentren ergänzen das Netz der höherrangigen Zentralen Orte (Mittel- und Oberzentren), das im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 bestimmt ist, und sichern gemeinsam mit diesen den flächendeckenden Zugang zu Einrichtungen der grundzentralen Versorgung in zumutbarer Entfernung. Die Festlegung der Grundzentren erfolgt im Regionalplan auf der Grundlage der durch die Landesplanung im Ziel 1.3.8 LEP 2013 vorgegebenen Kriterien.

Grundsätzlich ist festzustellen, dass sich das im Regionalplan Oberlausitz-Niederschlesien 2010 festgelegte Netz der Grundzentren in der Planungsregion bewährt hat. Die bestimmten Grundzentren verfügen als übergemeindliche Zentren über Versorgungseinrichtungen des allgemeinen und täglichen Bedarfs sowie der sozialen und medizinischen Grundversorgung und können die Erreichbarkeit eines grundzentralen Angebotes für die Bevölkerung in zumutbarer Entfernung gewährleisten. Aus diesem Grund und im Interesse einer Planungskontinuität werden daher bei der Festlegung der Grundzentren nur geringfügige Änderungen vorgenommen.

Gemeinden können regionalplanerisch als Grundzentrum festgelegt werden, wenn sie einen hinreichend leistungsfähigen Versorgungs- und Siedlungskern aufweisen, die Funktion eines ÖPNV-Knotenpunkts erfüllen und die Zahl von

mindestens 15.000 Einwohnern im Verflechtungsbereich innerhalb des Verdichtungsraumes bzw. von mindestens 7.000 Einwohnern im Verflechtungsbereich im ländlichen Raum nicht unterschreiten (Ziel 1.3.8 LEP 2013).

Bei der Festlegung der Grundzentren wird die heterogene Siedlungsstruktur in der Planungsregion berücksichtigt. In der südlichen Oberlausitz entlang des Siedlungsbandes von Zittau bis Bautzen bzw. Bischofswerda erfolgt bei der Bestimmung der Grundzentren eine Konzentration auf die Kommunen, die wesentliche grundzentrale Versorgungsaufgaben auch für umgebende Gemeinden übernehmen können. Im unmittelbaren Umland der höherrangigen Zentralen Orte in der Planungsregion werden nur im Ausnahmefall Grundzentren festgelegt und nur dann, wenn eine ausreichende „Tiefenwirkung“ in den ländlichen Raum gegeben ist; d. h. die Erreichbarkeit von zentralörtlichen Einrichtungen der Daseinsvorsorge aus dem zugeordneten Nahbereich ansonsten nur mit einem unverhältnismäßigem Zeitaufwand gewährleistet wäre (Erreichbarkeitsdefizite für die Wohnbevölkerung). Im dünner besiedelten, nördlichen Teil der Planungsregion ist darüber hinaus auch die Festlegung von Grundzentren erforderlich, die nicht alle Ausweisungskriterien gleichermaßen erfüllen. Die Erfüllung der im Landesentwicklungsplan 2013 vorgegebenen Kriterien durch die in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien festgelegten Grundzentren ist in Tabelle 1.1-1 dargestellt.

Alle in der Planungsregion festgelegten Grundzentren weisen einen leistungsfähigen Versorgungs- und Siedlungskern auf, in denen gebündelt Einrichtungen und Dienstleistungen der Grundversorgung der Bevölkerung des Verflechtungsbereiches zur Verfügung stehen. Die Grundzentren besitzen einen übergemeindlichen Verflechtungsbereich und erfüllen mit Ausnahme der Grundzentren Königswartha und Weißenberg derzeit (Stand: 31. Dezember 2013) die entsprechend LEP 2013 vorgegebene Einwohnerzahl von 7.000 Einwohnern für grundzentrale Verflechtungsbereiche im ländlichen Raum. Auch wenn im Einzelfall die angestrebte Einwohnerzahl im Nahbereich durch Grundzentren in der Region bereits jetzt oder zukünftig unterschritten wird, so ist die Festlegung dieser Gemeinden als Grundzentren mit dem Ziel, die Einrichtungen der Grundversorgung an geeigneten Standorten im ländlichen Raum zu bündeln und aufrechtzuerhalten, aus regionalen Entwicklungserfordernissen notwendig.

In die Beurteilung der Funktion eines ÖPNV-Knotenpunktes wurden der Anschluss an den schienengebundenen Nahverkehr, die Anzahl der Buslinien im Versorgungs- und Siedlungskern des Zentralen Ortes sowie das Vorhandensein einer (geplanten) Übergangsstelle zum Wechseln der Verkehrsmittel einbezogen. Eine ÖPNV-Knotenpunktfunktion ist aus Sicht des Regionalen Planungsverbandes dann gegeben, wenn mindestens vier Buslinien inkl. Schülerverkehr (bei vorhandenem Bahnanschluss im Versorgungs- und Siedlungskern drei Buslinien) netzförmig den Verflechtungsbereich erschließen. Zur Ermittlung der Funktion eines ÖPNV-Knotenpunktes wurde der Fahrplan 2014/15 herangezogen. Die Knotenpunktfunktion im ÖPNV ist in der Tabelle 1.1-1 detailliert erläutert.

Der Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 eröffnet auch weiterhin die Möglichkeit Verbünde von Zentralen Orten festzulegen. Grundsätzlich soll die Festlegung zentralörtlicher Verbünde jedoch den Ausnahmefall darstellen, der nur durch eine vereinbarte und praktizierte Funktionsteilung gerechtfertigt ist (vgl. Begründung zu Ziel 1.3.5 LEP 2013). Die gemeinsame Wahrnehmung zentralörtlicher Funktionen durch mehrere Gemeinden setzt eine Abstimmung und interkommunale Zusammenarbeit voraus, die in einer entsprechenden vertraglichen Regelung, zum Beispiel mittels eines raumordnerischen Vertrages nach § 13 Abs. 2 Nr. 1 ROG, zu fassen ist.

Im Vorfeld der Erarbeitung des Vorentwurfes zur 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes wurde daher eine Evaluierung der im Regionalplan 2010 festgesetzten grundzentralen Verbünde durchgeführt.

Die Gemeinden des grundzentralen Verbundes Großdubrau-Radibor haben sich im Rahmen eines im Jahr 2009 unterzeichneten öffentlich-rechtlichen Vertrages auf die wesentlichen Kooperationsfelder ihrer Zusammenarbeit verständigt. So wurden u. a. gemeinsame Grundsätze bei der Wirtschaftsförderung, eine Zusammenarbeit bei der Betreibung öffentlicher Einrichtungen im Bereich Bildung und Kultur, eine Abstimmung bei der Sportstättenentwicklung sowie eine Zusammenarbeit in den Bereichen des Brand-, Katastrophen- und Hochwasserschutzes und der Ortspolizeibehörden angestrebt. Zur Optimierung der grundzentralen Versorgung des Verflechtungsbereiches durch eine effiziente Funktionsteilung wurde festgelegt, im Bedarfsfall grundzentral bedeutsame Einrichtungen jeweils nur an einem Standort im Verbund bzw. im gesamten Verflechtungsbereich vorzuhalten.

Im Ergebnis dieser Evaluierung soll der grundzentrale Verbund Großdubrau-Radibor um die Gemeinde Malschwitz erweitert werden. Die Gemeinde Malschwitz kann dabei wichtige grundzentrale Funktionen im Bereich der Bildung und der gewerblichen Wirtschaft für den Verflechtungsbereich wahrnehmen. Darüber hinaus besitzt sie mit dem Sitz der Verwaltung des Biosphärenreservates „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ eine überregionale Bedeutung in der Umweltverwaltung und -bildung.

Die Gemeinden Großdubrau, Malschwitz und Radibor haben sich entschlossen, durch ein im Rahmen der FR-Regio gefördertes Handlungskonzept im Jahr 2015 die konzeptionellen Grundlagen für die geplante Erweiterung des grundzentralen Verbundes erarbeiten zu lassen. Eine entsprechende Kooperationsvereinbarung wurde unterzeichnet. Aufbauend auf den Ergebnissen dieses Handlungskonzeptes, das eine Optimierung der grundzentralen Aufgabenteilung und der Vernetzung der drei Gemeinden in den verschiedensten Bereichen der Daseinsfürsorge zum Ziel hat, ist eine entsprechende Vereinbarung über die grundzentrale Zusammenarbeit bis zur Vorlage des Entwurfes des Regionalplanes nach § 6 Abs. 2 SächsLPlG abzuschließen.

Der grundzentrale Verbund „Oberland“ mit den Städten und Gemeinden Neukirch/Lausitz, Schirgiswalde-Kirschau, Sohland a. d. Spree und Wilthen übernimmt die grundzentrale Versorgung für die knapp 28.000 Einwohner des Gebietes zwischen der Kreisstadt Bautzen und der Grenze zur Tschechischen Republik, die aus regionalplanerischer Sicht nur in Kooperation und Funktionsteilung zwischen den genannten Kommunen langfristig gesichert werden kann. Eine einzelne Kommune wäre nicht in der Lage, die Grundversorgung für den gesamten Verflechtungsbereich umfassend zu gewährleisten. Die Festsetzung mehrerer eigenständiger Grundzentren im Raum südlich von Bautzen anstelle der Festlegung eines Verbundes würde die siedlungsstrukturellen Gegebenheiten nicht hinreichend beachten, der notwendigen Funktionsteilung widersprechen und möglicherweise zu einer nicht gewollten Konkurrenzsituation zwischen einzelnen Gemeinden führen.

Wie im Rahmen der Evaluierung des grundzentralen Verbundes „Oberland“ deutlich wurde, ist der Raum südlich von Bautzen nach wie vor durch vielfältige Funktionsüberlagerungen und Verflechtungsbeziehungen gekennzeichnet. Zwi-

schen den genannten Kommunen bestehen in verschiedenen Konfigurationen und in unterschiedlichen Themenfeldern (teilweise auch intensivere) Kooperationsbeziehungen. So arbeiten alle Kommunen auf dem Gebiet des Tourismusmarketings in der Touristischen Gebietsgemeinschaft „Oberlausitzer Bergland“, die ihren Sitz in Wilthen hat, zusammen. Zwischen Wilthen und Sohland a. d. Spree bestehen ausgeprägte Kooperationen auf sozio-kulturellem Gebiet.

Die Stadt Wilthen und die Gemeinde Neukirch/Lausitz haben beispielsweise gemeinsam mit der tschechischen Gemeinde Vilémov/Wölmsdorf ein Ziel 3-Projekt zur Optimierung der Zusammenarbeit der Feuerwehren beim grenzübergreifenden Krisenmanagement, insbesondere dem operativen und präventiven Hochwasserschutz, erfolgreich durchgeführt. In kleinerem Rahmen auf Ortsteilbasis (beispielsweise zwischen Sohland a. d. Spree und Schirgiswalde) erfolgt eine Abstimmung der Einsatzpläne der örtlichen Freiwilligen Feuerwehren.

Bis zu den Evaluierungsgesprächen war es zu keiner vertraglich geregelten grundzentralen Funktionsteilung im Verbund „Oberland“ gekommen. Der Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung war gescheitert. Im Rahmen der Evaluierungsgespräche bestand jedoch Einvernehmen, dass die Festlegung eines grundzentralen Verbundes „Oberland“ mit den Kommunen Neukirch/Lausitz, Schirgiswalde-Kirschau, Sohland a. d. Spree und Wilthen der bestehenden siedlungsstrukturellen Situation und den vielfältigen Verflechtungsbeziehungen am besten gerecht wird. Um die durch den Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 vorgegebenen Kriterien für eine erneute Festlegung des grundzentralen Verbundes „Oberlandes“ im Regionalplan Oberlausitz-Niederschlesien zu erfüllen, war es zwingend notwendig, die bereits praktizierte Funktionsteilung zwischen den einzelnen Kommunen auch vertraglich zu vereinbaren. Im Juni 2015 haben die Bürgermeister der Gemeinden Neukirch/Lausitz und Sohland a. d. Spree sowie der Städte Schirgiswalde-Kirschau und Wilthen nunmehr eine Vereinbarung zur Gründung einer Arbeitsgemeinschaft grundzentraler Verbund „Oberland“ gemäß § 73a SächsKomZG unterzeichnet.

Die Abgrenzung der in der Karte „Zentrale Orte und Nahbereiche“ dargestellten grundzentralen Verflechtungsbereiche wurde auf der Grundlage der Einzugsbereiche der zentralörtlichen Einrichtungen sowie der Pendlerbeziehungen vorgenommen. Weiterhin wurden auch Verkehrsverbindungen, (PKW-)Erreichbarkeiten sowie verwaltungsräumliche Verflechtungen und historische Beziehungen berücksichtigt (vgl. u. a. Gutachten: Erreichbarkeit in der Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien; PTV Transport Consult GmbH i. A. der Sächsischen Staatskanzlei (2013)).

Die teilweise sehr große Anzahl an Gemeindeteilen der einzelnen Kommunen erschwert eine eindeutige Zuordnung zu einem grundzentralen Verflechtungsbereich, so dass in diesen Fällen eine Überlagerung von Nahbereichen vorgenommen wurde. Ebenso schwierig ist die Nahbereichszuordnung von Gemeinden, die in erster Linie als so genannte „Selbstversorgerorte“ gelten, d. h. über eine gewisse grundzentrale Ausstattung verfügen, jedoch keinen über die Gemeinde hinausgehenden Verflechtungsbereich aufweisen (z. B. Cunewalde, Oderwitz, Ottendorf-Okrilla).

Grundzentren	Einwohnerzahl im Zentralen Ort am 31.12.2013	Fläche des Grundzentrums in km ²	leistungsfähiger Versorgungs- und Siedlungskern	Einwohnerzahl im Nahbereich ¹ > 7.000 Einwohner am 31.12.2013	Fläche des Nahbereichs ¹	Kriterien für ÖPNV-Knotenpunkt		
						Bahnanschluss	Buslinien im Versorgungs- und Siedlungskern	ÖPNV-Verknüpfungsstelle
Bernsdorf	6.670	59,66 km ²	ja	ca. 7.950	ca. 87 km ²	-	5	-
Bernstadt a. d. Eigen	3.510	51,89 km ²	ja	ca. 12.600	ca. 165 km ²	-	mehr als 5	-
Bischofswerda	11.605	46,26 km ²	ja	ca. 25.300	ca. 190 km ²	ja	mehr als 5	ja
Ebersbach-Neugersdorf	12.951	20,42 km ²	ja	ca. 30.800	ca. 116 km ²	ja	mehr als 5	ja
Großdubrau-Malschwitz-Radibor	12.414	209,36 km ²	ja, im Sinne der Funktionsteilung	ca. 12.400	ca. 209 km ²	-	1 + S ²	-
						-	2 + S ²	-
						-	3 + S ²	-
Großröhrsdorf	6.627	26,45 km ²	ja	ca. 9.600	ca. 41 km ²	ja	5	ja
Großschönau	5.767	23,86 km ²	ja	ca. 7.300	ca. 37 km ²	ja	4	(geplant)
Königsbrück	4.374	77,83 km ²	ja	ca. 11.250	ca. 227 km ²	ja	5	ja
Königswartha	3.611	47,04 km ²	ja	ca. 6.950	ca. 105 km ²	-	mehr als 5	-
Pulsnitz	7.578	26,71 km ²	ja	ca. 16.200	ca. 100 km ²	ja	mehr als 5	ja
Reichenbach/O.L.	5.063	62,59 km ²	ja	ca. 7.350	ca. 107 km ²	ja	3	ja
Rothenburg/O.L.	4.741	72,29 km ²	ja	ca. 8.750	ca. 195 km ²	-	5	-
Weißenberg	3.280	50,92 km ²	ja	ca. 6.600	ca. 115 km ²	-	mehr als 5	-
Wittichenau	5.830	60,72 km ²	ja	ca. 7.850	ca. 98 km ²	-	mehr als 5	-
Neukirch/Lausitz-Schirgiswalde-Kirschau-Sohland a. d. Spree-Wilthen	23.745	99,97 km ²	ja	ca. 27.950	ca. 122 km ²	ja	5	ja
						ja	4-5	-
						ja	5	ja
						ja	5	ja

Tab. 1.1-1: Kriterien gemäß Ziel 1.3.8 LEP 2013 sowie weitere Kennzahlen der Grundzentren der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien

¹ Die Abgrenzung der Nahbereiche ist in der Erläuterungskarte „Zentrale Orte und Nahbereiche“ sowie im Anhang zu Kap. 1.1 dargestellt.

² S-Schülerlinie

1.2 Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion

- Begriff:** Eine besondere Gemeindefunktion ist eine Funktion, die den wirtschaftlichen und sozialen Charakter einer nichtzentralörtlichen Gemeinde dominiert und in ihrer raumstrukturellen Wirkung deutlich über die eigene Gemeinde hinaus geht oder die in Grundzentren eine deutlich herausgehobene Funktion gegenüber den anderen Aufgaben eines Grundzentrums darstellt.
- Mit der Sicherung oder der Entwicklung der besonderen Gemeindefunktion in Einklang stehende Maßnahmen sind in einem nichtzentralen Ort über den Rahmen der Eigenentwicklung der Gemeinde gemäß Ziel 2.2.1.6 Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 hinaus zulässig.
- Karte:** Die Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion sind in der Karte „Raumstruktur“ festgelegt und in ihrer Funktion bestimmt. Die im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Verteidigung“ festgelegte Gemeinde Weißkeißel (vgl. Ziel 1.4.1 LEP 2013) ist in die Karte „Raumstruktur“ nachrichtlich übernommen worden.
- Z 1.2.1** **Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ sind die Gemeinden Boxberg/O.L., Brettnig-Hauswalde, Elsterheide, Großpostwitz/O.L., Ottendorf-Okrilla, Spreetal und Wachau.**
- Z 1.2.2** **Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Tourismus“ sind die Städte und Gemeinden Bad Muskau, Jonsdorf, Oybin und Seifhennersdorf.**
- Z 1.2.3** **Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Bildung“ sind die Grundzentren Bischofswerda, Großröhrsdorf, Rothenburg/O.L. und Wilthen sowie die Städte Herrnhut und Seifhennersdorf.**
- Z 1.2.4** **Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Grenzübergreifende Kooperation“ ist die Stadt Ostritz.**
- Z 1.2.5** **Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gesundheit/Soziales“ sind die Gemeinden Arnsdorf und Großschweidnitz.**
- Z 1.2.6** **Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“ ist die Gemeinde Schleife.**

Begründung zu 1.2 Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion

Der Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 enthält in Grundsatz 1.4.2 den optionalen Handlungsauftrag zur Festlegung von Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion in den Regionalplänen. Voraussetzung für die Festlegung von Gemeinden mit einer besonderen Gemeindefunktion ist ein überörtliches Regelungserfordernis. Um einem Bedeutungsverlust dieser raumordnerischen Kategorie, die einer zentralörtlichen Teilfunktion gleichzusetzen ist, vorzubeugen, darf eine Zuweisung nicht inflationär erfolgen. So wird in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien an der Praxis, einer Gemeinde nur eine Funktion zuzuweisen, festgehalten, auch wenn der Landesentwicklungsplan die Möglichkeit zur Zuweisung von maximal zwei Funktionen pro Gemeinde eröffnet. Außerdem kommen für eine Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion nur Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung in Betracht, da die Sicherung und der Ausbau von den in Frage kommenden Funktionen in der Regel über eine Festlegung als Zentraler Ort bereits gegeben ist. Eine Ausnahme bildet nur die besondere Gemeindefunktion „Bildung“. Hier soll bei Erfüllung der vorgesehenen Kriterien auch Grundzentren diese Gemeindefunktion zugewiesen werden können (vgl. Ziel 1.2.3) bzw. die Bestimmung einer weiteren (zweiten) besonderen Gemeindefunktion möglich sein.

Da der Landesentwicklungsplan nicht für alle in Frage kommenden Gemeindefunktionen Kriterien vorsieht bzw. die landesplanerischen Vorgaben für die Funktionen Bildung, Gewerbe, Tourismus und Verkehr nicht als abschließend zu betrachten sind, hat der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien seinen Ermessensspielraum genutzt und teilweise eigene Kriterien bestimmt, auf den die Festlegungen in der Fortschreibung des Regionalplanes basieren. Abweichungen von landesplanerischen Vorgaben erfolgen unter dem Gesichtspunkt einer regionalen Schwerpunktsetzung von Entwicklungspotenzialen sowie im Hinblick auf eine bessere Handhabbarkeit der Kriterien. Regionale Besonderheiten (z. B. sorbisches Siedlungsgebiet) legen eine Ergänzung der im Landesentwicklungsplan vorgesehenen Funktionen nahe.

Im Folgenden werden die den Festlegungen zu den besonderen Gemeindefunktionen zu Grunde gelegten Kriterien dargestellt. Abweichungen zu landesplanerischen Vorgaben werden in den Begründungen zu den entsprechenden Zielen näher erläutert.

Besondere Gemeindefunktion „Gewerbe“

- über 400 Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner und 1.000 Arbeitsplätze in der Gemeinde insgesamt (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort),
- hoher Besatz mit verarbeitendem Gewerbe (Anteil der im Ort Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe über 30 % – ohne Bauwirtschaft) oder

- Standortgemeinde einer landesweit/regional bedeutsamen Industrieansiedlung mit hohem Arbeitskräfte- und Flächenbedarf oder geeigneter Flächenpotenziale für Großansiedlungen

Besondere Gemeindefunktion „Verkehr“

- Knotenpunkt mehrerer Verkehrsträger (Schiene, Autobahn oder Bundesstraße und andere) oder
- Schnittstelle für den kombinierten Verkehr und Standort von Logistikgewerbe

Besondere Gemeindefunktion „Tourismus“

- Kurortstatus oder
- mindestens 50.000 Übernachtungen pro Jahr oder
- Standort überregional bedeutsamer Freizeiteinrichtungen (jährliche Besucherzahlen größer als 150.000) mit entsprechendem Flächenbedarf und Verkehrsaufkommen

Besondere Gemeindefunktion „Bildung“

- Standort einer Hochschuleinrichtung (FH, BA) oder
- Standort eines Gymnasiums mit mindestens 300 Schülern

Besondere Gemeindefunktion „Grenzübergreifende Kooperation“

- Lage im grenznahen Gebiet,
- Realisierung von regional bedeutsamen bi- oder trinationalen Projekten im Verkehrs-, Fremdenverkehrs-, Wirtschafts-, Bildungs-, Sport- oder Kulturbereich,
- Standort einer regional bedeutsamen Einrichtung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit

Besondere Gemeindefunktion „Gesundheit/Soziales“

- Standort eines Fachkrankenhauses mit mehr als 200 Betten (nach aktuellem Krankenhausplan des Freistaates Sachsen),
- mindestens intraregionaler räumlicher Wirkungsbereich

Besondere Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“

- mehrere Kinder- und Bildungseinrichtungen, in denen die sorbische Sprache erlernt werden kann,
- mindestens eine regional bedeutsame Einrichtung der sorbischen Kultur-, Kunst- und Heimatpflege,
- Übernahme von Funktionen des sorbischen Lebens für die Bevölkerung umliegender Gemeinden

Die Festlegung besonderer Gemeindefunktionen im Regionalplan besitzt ergänzende Bedeutung als Steuerungsmittel auch im Rahmen der Daseinsvorsorge, indem sie Aussagen trifft, welche Entwicklungen Gemeinden schwerpunktmäßig anstreben bzw. charakterisieren sollen (Bsp. besondere Gemeindefunktionen „Tourismus“ oder „Gewerbe“) oder wo der Erhalt von bestimmten Einrichtungen von regionalem Interesse ist (z. B. besondere Gemeindefunktion „Bildung“ oder „Gesundheit/Soziales“).

zu Z 1.2.1

Die im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 vorgegebenen Kriterien für die Festlegung von Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ werden für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien noch durch die Gesamtzahl der (sozialversicherungspflichtigen) Arbeitsplätze in der Gemeinde (mindestens 1.000) ergänzt. Dies trägt dazu bei, dass nur regional bedeutsame Wirtschaftszentren für eine Festlegung in Frage kommen.

Die Gemeinden Boxberg/O.L., Bretnig-Hauswalde, Elsterheide, Großpostwitz/O.L., Ottendorf-Okrilla, Spreetal und Wachau gehören neben den Zentralen Orten zu den regionalen Wirtschaftszentren. Bretnig-Hauswalde, Elsterheide, Großpostwitz/O.L., Ottendorf-Okrilla und Wachau erfüllen mit ihrem Arbeitsplatzangebot das Kriterium für eine Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ hinsichtlich der Arbeitsplätze insgesamt bzw. je 1.000 Einwohner und des Besatzes an verarbeitendem Gewerbe (vgl. Tab. 1.2-1).

In der Gemeinde Boxberg/O.L. mit 2.176 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und 458 Arbeitsplätzen je 1.000 Einwohner wird nur der vorgesehene Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten von 30 % nicht erreicht. Jedoch kann das Kraftwerk Boxberg als regional bedeutsame Industrieansiedlung mit hohem Arbeitskräfte- und Flächenbedarf angesehen werden, so dass auch Boxberg/O.L. die Ausweisungskriterien erfüllt.

Der Industriepark „Schwarze Pumpe“, der sich von einem reinen Kohleveredlungsstandort zu einem multifunktionalen Industriepark gewandelt hat, ist eine regional bedeutsame Industrieansiedlung mit derzeit über 80 Unternehmen und 4.250 Beschäftigten. 310 Hektar des 720 ha großen Industrieparkes befinden sich auf dem Territorium der Gemeinde Spreetal, die gemeinsam mit der brandenburgischen Stadt Spremberg im Jahr 2012 den Zweckverband „Industriepark Schwarze Pumpe“ gegründet hat. Der Industriepark verfügt über einen leistungsfähigen Bahnanschluss und mit dem Altstandort Industriegebiet Spreewitz und entsprechenden Erweiterungsflächen auf dem Gebiet der Gemeinde Spreetal über geeignete Flächenpotenziale für die Ansiedlung weiterer, großer Industrie- und Gewerbebetriebe. Die Festlegung der Gemeinde Spreetal als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ dient somit der weiteren Entwicklung des Industrieparkes auf sächsischem Gebiet.

Gemeinde	Arbeitsplätze absolut (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort)	Arbeitsplätze je 1.000 Einwohner (Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort)	Anteil der im verarbeitenden Gewerbe Beschäftigten an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort	Standortgemeinde einer landesweit/regional bedeutsamen Industrieansiedlung oder geeigneter Flächenpotenziale für Großansiedlungen
Boxberg/O.L.	2.176	458	16,9 %	ja
Brettnig-Hauswalde	1.286	438	43,5 %	
Elsterheide	1.552	429	46,5 %	
Großpostwitz/O.L.	1.213	439	39,3 %	
Ottendorf-Okrilla	5.129	517	38,5 %	
Spreetal	348	179	54,0 %	ja
Wachau	2.549	591	72,7 %	

Tab. 1.2-1: Kriterienerfüllung der Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ – Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort und deren Anteil im verarbeitenden Gewerbe (ohne Baugewerbe) am 30. Juni 2014 sowie Standortgemeinde einer regional bedeutsamen Industrieansiedlung

Durch die Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ sind in den Gemeinden Boxberg/O.L., Brettnig-Hauswalde, Elsterheide, Großpostwitz/O.L., Ottendorf-Okrilla, Spreetal und Wachau aus der Sicherung bzw. der Entwicklung der gewerblichen Funktion herrührende Planungen und Maßnahmen über die Eigenentwicklung der Gemeinde hinaus zulässig.

zu Z 1.2.2

Auch bei der Festlegung der Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Tourismus“ in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien ist vorgesehen, von den im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 definierten Kriterien (Begründung zu Grundsatz 1.4.2) abzuweichen.

Neben dem Kurortstatus kann entsprechend Landesentwicklungsplan auch der Status eines staatlich anerkannten Erholungsortes als Kriterium für eine Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Tourismus“ gelten. Im Gegensatz zu den Kurorten in der Planungsregion weisen die mit dem Status eines anerkannten Erholungsortes versehenen Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung entsprechend der offiziellen Statistik keine signifikanten Übernachtungszahlen auf. Aus diesem Grund wird abweichend vom Landesentwicklungsplan 2013 weiterhin nur der Status eines Kurortes als Kriterium für die besondere Gemeindefunktion „Tourismus“ angesehen.

Problematisch ist auch die Umsetzung der landesplanerischen Empfehlungen zu den Übernachtungszahlen. So werden seit dem Jahr 2012 Übernachtungen auf den Campingplätzen in die amtliche Statistik mit einbezogen. Da Campingplätze aber über keine offizielle Bettenzahl verfügen, können sich bei den Übernachtungen pro Gästebett irrelevante Zahlen für Kommunen mit dem Standort eines Campingplatzes ergeben. Aus diesem Grund wird nur die Zahl der Gesamtübernachtungen (mehr als 50.000 pro Jahr) bei der Festsetzung berücksichtigt.

Anerkannte Kurorte in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien sind die Stadt Bad Muskau und die Gemeinde Jonsdorf (Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Änderung der Liste der Kur- und Erholungsorte im Freistaat Sachsen gemäß § 3 Abs. 5 SächsKurG vom 20. Januar 2014).

Mit der Festlegung der Stadt Bad Muskau als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Tourismus“ werden die vielfältigen Bemühungen um die Entwicklung des Fremdenverkehrs regionalplanerisch unterstützt. Hauptschwerpunkte sind dabei der grenzüberschreitende Fürst-Pückler-Park, der im Juli 2004 in die Liste des UNESCO-Weltkulturerbes aufgenommen wurde, der „Geopark Muskauer Faltenbogen“ sowie die Kurortentwicklung. Deren touristische Vermarktung kann zur Stärkung dieses peripher gelegenen, ländlichen Raumes beitragen.

Die Kommunen im „Naturpark Zittauer Gebirge“ gehören neben den größeren Städten zu den Kommunen mit den höchsten Übernachtungszahlen in der Planungsregion. So konnten die Gemeinden Jonsdorf und Oybin im Jahr 2013 82.210 bzw. 63.807 Übernachtungen sowie die Stadt Seifhennersdorf 59.402 Übernachtungen verbuchen. Die regionalplanerischen Kriterien für eine Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Tourismus“ werden somit erfüllt.

In den als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Tourismus“ festgelegten Kommunen sind Planungen und Maßnahmen zum Ausbau des Fremdenverkehrs und Tourismus (z. B. Schaffung von Übernachtungsmöglichkeiten oder Kulturangeboten für Touristen) über den Rahmen der Eigenentwicklung hinaus möglich.

zu Z 1.2.3

Abweichend von den im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 vorgesehenen Kriterien sollen in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien der Standort einer Hochschuleinrichtung oder eines Gymnasiums mit mindestens 300 Schülern die Grundlage für eine Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Bildung“ bilden. Dabei ist eine Funktionszuweisung auch an Grundzentren möglich.

Hochschuleinrichtungen bzw. Gymnasien haben ihren Standort vorwiegend in Ober- und Mittelzentren, so dass das Vorhandensein einer derartigen Einrichtung in einem Grundzentrum oder einer Gemeinde ohne zentralörtliche Einstufung diese strukturell prägt und in ihrem Einzugsbereich in der Regel über den Verflechtungsbereich eines Grundzentrums hinausgeht. Der Standort eines Gymnasiums als Kriterium für die besondere Gemeindefunktion „Bildung“ steht auch in Übereinstimmung mit dem Ziel 6.3.5 Landesentwicklungsplan Sachsen 2013, nach dem „Gymnasien ... in Ober- und Mittelzentren sowie bei tragfähigem Einzugsbereich in Grundzentren mit besonderer Funktion im Bildungsbereich (Gymnasium) zur Verfügung stehen“ sollen.

Das Grundzentrum Rothenburg/O.L. ist Standort der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) mit derzeit ca. 370 Studenten und erfüllt damit das genannte Kriterium für die Festlegung der besonderen Gemeindefunktion „Bildung“.

In den Städten Bischofswerda, Großröhrsdorf, Herrnhut, Seifhennersdorf und Wilthen sind langfristig über die aktuellen Schulnetzpläne der Landkreise Bautzen und Görlitz gesicherte Gymnasien mit mehr als 500 Schülern für die Gymnasien in öffentlicher Trägerschaft bzw. über 300 Schülern beim sich in freier Trägerschaft befindlichen Gymnasium in Herrnhut (vgl. Tabelle 1.2-2) vorhanden.

Standort des Gymnasiums	Zahl der Schüler Schuljahr 2013/14
Bischofswerda	670
Großröhrsdorf	723
Herrnhut	320
Seifhennersdorf	506
Wilthen	501

Tab. 1.2-2: Zahl der Schüler am Gymnasium im Schuljahr 2013/2014 in den Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Bildung“

Die Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Bildung“ drückt den regionalplanerischen Willen aus, die genannten Bildungseinrichtungen in diesen Kommunen zu sichern und weiterzuentwickeln. Im Fall der Stadt Rothenburg/O.L. schließt die Funktionszuweisung den Erhalt und den Ausbau der wissenschaftlichen Bibliothek der Hochschule der sächsischen Polizei (FH) mit ein.

zu Z 1.2.4

Die Stadt Ostritz besitzt mit dem im Kloster St. Marienthal ansässigen Internationalen Begegnungszentrum (IBZ) eine Einrichtung, in der seit Jahren vielfältige grenzübergreifende Projekte im Bildungs- und Kulturbereich durchgeführt werden und die eine besondere Bedeutung für die gesamte Euroregion Neisse-Nisa-Nysa besitzt.

Das Internationale Begegnungszentrum St. Marienthal wurde 1992 errichtet und verfügt über 150 Betten sowie diverse Seminar- und Aufenthaltsräume. Auftrag des IBZ ist die Förderung der Bildung und Begegnung von Menschen, vorwiegend aus Deutschland, Polen und Tschechien.

Schwerpunkte der Arbeit des IBZ sind derzeit die Themengebiete Bildung und Begegnung, Umweltschutz, Regionalentwicklung sowie Glaube im Gespräch, in denen verschiedene Veranstaltungen und Projekte durchgeführt werden.

Das im Rahmen des Projektes „PONTES: Lernen in und für Europa-Brücken bauen in der Euroregion Neiße“ ehemals am IBZ etablierte grenzüberschreitende Bildungsnetzwerk, in dem seit zwölf Jahren Einrichtungen und Akteure aus allen Bildungsbereichen, aus Wirtschaft, Politik, Verwaltung, Kultur, Vereinen und Verbänden aller drei Nachbarländer der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa zusammenarbeiten, wird seit 2014 durch den Landkreis Görlitz weitergeführt.

Die Festlegung der Stadt Ostritz als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Grenzübergreifende Kooperation“ betrifft insbesondere den Erhalt und weiteren Ausbau des Internationalen Begegnungszentrums (u. a. durch Umnutzung von geeigneten Gebäuden für Tagungen oder Seminare und die Schaffung weiterer Übernachtungsmöglichkeiten).

zu Z 1.2.5

Kriterium für die besondere Gemeindefunktion „Gesundheit/Soziales“ ist der Standort eines Fachkrankenhauses mit mehr als 200 Betten und einem mindestens intraregionalen räumlichen Wirkungsbereich. Fachkrankenhäuser übernehmen in Ergänzung des funktional abgestuften Systems von Krankenhäusern der Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung in den Zentralen Orten regional bedeutsame Versorgungsfunktionen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens.

Die Gemeinden Arnsdorf und Großschweidnitz sind Standorte von Sächsischen Krankenhäusern (SKH) im Bereich Psychiatrie und Neurologie mit einer vorgesehenen Bettenzahl in den Jahren 2014 und 2015 von 275 bzw. 299 (Krankenhausplan des Freistaates Sachsen vom 17. Dezember 2013). Die beiden genannten Krankenhäuser besitzen eine regionale Bedeutung und dominieren mit über 730 bzw. 600 Beschäftigten den wirtschaftlichen und sozialen Charakter der Gemeinden. Der Einzugsbereich des Krankenhauses Arnsdorf umfasst Teile der Landkreise Bautzen, Meißen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge sowie der Stadt Dresden, der Einzugsbereich des Krankenhauses Großschweidnitz je nach Aufgabenbereich Teile der Landkreise Bautzen und Görlitz.

Die mit dem Standort des Fachkrankenhauses verbundene infrastrukturelle Ausstattung ist in den beiden genannten Gemeinden auf Grundlage der Festsetzung der besonderen Gemeindefunktion zu sichern und zu entwickeln.

zu Z 1.2.6

Alleinstellungsmerkmal der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien im Freistaat Sachsen ist das sorbische Siedlungsgebiet. Aus diesem Grund werden die im Landesentwicklungsplan genannten sachsenweit geltenden besonderen Gemeindefunktionen durch eine Funktion „Sorbische Kultur“ ergänzt.

Der Festlegung als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“ werden folgende Kriterien zu Grunde gelegt:

- mehrere Kinder- und Bildungseinrichtungen, in denen die sorbische Sprache erlernt werden kann,
- mindestens eine regional bedeutsame Einrichtung der sorbischen Kultur-, Kunst- und Heimatpflege (vgl. Ziel 7.5),
- Übernahme von Funktionen des sorbischen Lebens für die Bevölkerung umliegender Gemeinden.

In Übereinstimmung mit der Begriffsbestimmung wird die besondere Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“ nur Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung zugewiesen, wenn sie alle genannten Kriterien erfüllen.

Schleife ist das Zentrum eines eigenständigen Trachtengebietes, zu dem die sieben Dörfer des Kirchspiels gehören. In der Gemeinde gibt es eine Grund- und eine Oberschule sowie einen Kindergarten, in dem die Kinder sorbisch lernen können (WITAJ-Projekt). Das Sorbische Kulturzentrum als regional bedeutsame Einrichtung der sorbischen Kultur,

Kunst- und Heimatpflege beherbergt ständige und temporäre Ausstellungen zur Geschichte, zu Sprache, Trachten und Brauchtum der Sorben und dient als Begegnungsstätte für die zweisprachige Bevölkerung der Region sowie als Veranstaltungsort für zahlreiche kulturelle Ereignisse. Es bietet Vorführungen traditioneller Volkskunst bzw. Handwerks für Besucher sowie Projektstage für Schulklassen an und stellt Räumlichkeiten für die ansässigen Vereine zur Verfügung. Das Sorbische Kulturzentrum ist Kooperationspartner für die sorbischen Institutionen und trägt zur Vernetzung lokaler Aktivitäten bei. Ergänzt wird das Angebot des Sorbischen Kulturzentrums durch die Sorbenstube im Njepila-Hof im Ortsteil Rohne der Gemeinde Schleife, für den durch die Betroffenheit durch den Braunkohlenabbau in Umsetzung des Ziels 14 der Fortschreibung des Braunkohlenplanes Tagebau Nochten eine Verlagerung vorgenommen wird. Zu einer Festlegung der Gemeinde Schleife als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“ haben sich alle Gemeinden des Kirchspiels bekannt.

In den Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“ sind die mit der Sicherung und Entwicklung dieser Funktion in Einklang stehenden Planungen und Maßnahmen über den Rahmen der Eigenentwicklung und des Eigenbedarfes dieser Gemeinden hinaus zulässig und erwünscht.

1.3 Versorgungs- und Siedlungskerne

Begriff: Ein Versorgungs- und Siedlungskern einer Gemeinde ist der im Zusammenhang bebaute Ortsteil, der auf Grund seiner bereits vorhandenen Funktionen und entsprechender Entwicklungsmöglichkeiten, seiner Erreichbarkeit (bei Zentralen Orten für die Bevölkerung im Verflechtungsbereich) und seiner Verkehrsanbindung durch den ÖPNV die Voraussetzung für die räumlich konzentrierte Versorgung der Bevölkerung (bei Zentralen Orten für die Bevölkerung im Verflechtungsbereich) in zumutbarer Entfernung zu den Wohnstandorten bietet.

Z 1.3.1 Versorgungs- und Siedlungskern der höherrangigen Zentralen Orte sind die Kernstädte der in den Zielen 1.3.6 und 1.3.7 Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 festgelegten Ober- und Mittelzentren.

Z 1.3.2 Versorgungs- und Siedlungskerne der Grundzentren sind die Kernstädte bzw. Gemeindehauptorte der in Ziel 1.1.6 Regionalplan Oberlausitz-Niederschlesien festgelegten Grundzentren. Abweichend davon sind die Stadtteile Ebersbach/Sa. und Neugersdorf Versorgungs- und Siedlungskern des Grundzentrums Ebersbach-Neugersdorf sowie die Stadtteile Kirschau und Schirgiswalde Versorgungs- und Siedlungskern der Stadt Schirgiswalde-Kirschau als Teil des grundzentralen Verbundes „Oberland“.

Begründung zu 1.3 Versorgungs- und Siedlungskerne

zu Z 1.3.1

und Z 1.3.2

Versorgungs- und Siedlungskerne sind die Grundlage für ein raumwirksames System von Zentralen Orten. Der Versorgungs- und Siedlungskern hat innerhalb einer als Zentraler Ort bestimmten Gemeinde die Funktion, zentralörtliche Einrichtungen zu konzentrieren, um somit die Auslastung dieser Einrichtungen zu stabilisieren und eine weitere disperse Siedlungsentwicklung durch eine räumliche Trennung von Raumfunktionen (Wohnen, Arbeiten, Versorgen etc.) zu minimieren. Als Konzentrationspunkte für Wohnen, Arbeiten, Verkehr und Versorgen nehmen die Versorgungs- und Siedlungskerne die zentralörtlichen Funktionen für den Verflechtungsbereich des Zentralen Ortes wahr. Eine Stabilisierung der Versorgungs- und Siedlungskerne mit dem Erhalt ihrer Funktionen ist zur Bewältigung des demographischen Wandel mit Einwohnerrückgang und Alterung der Bevölkerung von besonderer Bedeutung.

In den Siedlungs- und Versorgungskernen sind die zentralörtlichen Einrichtungen und die relevante Infrastruktur gebündelt vorhanden. Die Stärkung dieser „Hauptorte“ gewinnt auch angesichts der zunehmenden Größe und Heterogenität der Kommunen nach vollzogenen Gemeindegemeinschaften weiter an Bedeutung und hilft, Folgekosten für die Infrastruktur zu reduzieren. Das Vorhandensein eines leistungsfähigen Versorgungs- und Siedlungskerns ist Voraussetzung für die Festlegung einer Gemeinde als Grundzentrum (vgl. Ziel 1.3.8 LEP 2013).

Die Festlegung der Versorgungs- und Siedlungskerne erfolgt entsprechend dem Handlungsauftrag des Zieles 2.2.1.2 LEP 2013. In der Planungsregion werden Versorgungs- und Siedlungskerne für alle Zentralen Orte festgelegt. Dies ist notwendig, um für die weitergehenden Regelungen des Zieles 2.2.1.2 LEP 2013, nach denen die Ansiedlung von zentralörtlichen Einrichtungen außerhalb der Siedlungs- und Versorgungskerne unzulässig ist, einen Rahmen zu schaffen. Neben dem genannten landesplanerischen Ziel nimmt auch das deklaratorische Ziel 3.3.2 des Vorentwurfs der zweiten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Bezug auf die Festlegung der Versorgungs- und Siedlungskerne.

Als Versorgungs- und Siedlungskern werden jeweils die Kernstädte bzw. Gemeindehauptorte der Zentralen Orte bestimmt. Im Falle des Grundzentrums Ebersbach-Neugersdorf sowie der Stadt Schirgiswalde-Kirschau als Teil des grundzentralen Verbundes „Oberland“ werden auf Grund ihrer Größe und Einwohnerzahl sowie der vorhandenen Ausstattung an zentralörtlichen Einrichtungen jeweils beide Stadtteile als Versorgungs- und Siedlungskern festgelegt.

Die angesprochene Konzentration und Stabilisierung der Raumfunktionen und damit eine regionalplanerische Steuerung der Siedlungsentwicklung in den Zentralen Orten ist auch deshalb von überörtlichem Interesse, da die Aufgaben und Verflechtungsbereiche der Zentralen Orte räumlich über die Zuständigkeit der einzelnen Kommune hinausgehen.

1.4 Verbindungs- und Entwicklungsachsen

Begriff:	Regional bedeutsame Verbindungs- und Entwicklungsachsen ergänzen das im Landesentwicklungsplan festgelegte Netz der überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen. Sie stellen die räumlichen Verflechtungen von Ober-, Mittel- und Grundzentren dar. Im Verdichtungsraum erfüllen sie vorrangig Ordnungsfunktionen, während sie im ländlichen Raum vorrangig Erschließungsfunktion besitzen.
Karte:	Die überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen sind in die Karte „Raumstruktur“ nachrichtlich übernommen und um die Achse Löbau–Weißenberg ergänzt worden. Die regional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen sind in der Karte „Raumstruktur“ festgelegt.

Z 1.4.1 Regional bedeutsame Verbindungs- und Entwicklungsachsen sind mit folgenden Zentralen Orten im Achsenverlauf:

- **Bautzen–Großdubrau–Weißwasser/O.L.–(Sorau (Żary)–Grünberg (Zielona Góra), Republik Polen),**
- **Bischofswerda–Neukirch/Lausitz–Sohland a. d. Spree–Ebersbach-Neugersdorf–Zittau,**
- **Görlitz–Rothenburg/O.L.–(Sorau (Żary), Republik Polen),**
- **(Großenhain)–Königsbrück–Kamenz–Bautzen–Schirgiswalde-Kirschau–Sohland a. d. Spree,**
- **Hoyerswerda–Weißwasser/O.L.,**
- **(Pirna)–Radeberg–Großröhrsdorf–Pulsnitz–Kamenz,**
- **(Sebnitz)–(Neustadt i. Sa.)–Bischofswerda–Kamenz–Bernsdorf–(Senftenberg),**
- **(Senftenberg)–Hoyerswerda–Niesky,**
- **Löbau–Ebersbach-Neugersdorf–(Česka Lipa/Böhmisch Leipa, Tschechische Republik).**

Z 1.4.2 Entlang der Abschnitte der überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen (Dresden)–Bischofswerda und (Dresden)–Königsbrück sowie des Abschnittes der regional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachse Radeberg–Kamenz soll die Siedlungsentwicklung in der Nähe der Bahnhöfe und Haltepunkte des schienengebundenen Personennahverkehrs erfolgen.

Begründung zu 1.4 Verbindungs- und Entwicklungsachsen

zu Z 1.4.1	<p>Achsen sind Planungselemente der Raumordnung, die durch eine Bündelung von Verkehrs- und Versorgungssträngen (Bandinfrastruktur) und eine Konzentration von Siedlungen entlang dieser Achsen gekennzeichnet sind. Das punktaxiale System der Zentralen Orte und Achsen als Leitvorstellung der Raumordnung gibt die räumlichen Verflechtungen wieder und stellt das Grundgerüst der angestrebten räumlichen Entwicklung dar. Die Festlegung von Achsen dient raumordnerischen Aufgaben wie der Konzentration der Siedlungsentwicklung, dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, dem Schutz von Freiräumen vor ungesteuerter Bebauung (z. B. durch Gliederung der Achsen durch regionale Grünzüge und Grünzäsuren) und der Bündelung von Infrastruktureinrichtungen. Achsen erfüllen i. d. R. raumordnerische Verbindungs-, Ordnungs- und Entwicklungsfunktionen.</p> <p>Der Landesentwicklungsplan legt die überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen fest. Diese sind in der Planungsregion aus Sicht des Regionalen Planungsverbandes um die Achse Löbau–Weißenberg zu ergänzen. Diese Achse stellt eine Weiterführung der überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachse (Liberec/Reichenberg, Tschechische Republik)–Zittau–Löbau dar und den Anschluss an die west-ost-verlaufende überregional bedeutsame Achse Dresden–Bautzen–Görlitz her.</p> <p>Entsprechend Ziel 1.5.3 LEP 2013 sind die im Landesentwicklungsplan Sachsen festgelegten überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen im Regionalplan durch regional bedeutsame Verbindungs- und Entwicklungsachsen zu ergänzen. Als Kriterien zur Festlegung der regionalen Achsen wurden die Anbindung der Mittelzentren der Planungsregion an die Städte des oberzentralen Städteverbundes Bautzen–Görlitz–Hoyerswerda, die Anbindung geeigneter Grundzentren an die Mittelzentren bzw. den oberzentralen Städteverbund sowie der Verlauf schienengebundener Nahverkehrsachsen bzw. von Bundes- und Staatsstraßen herangezogen. Achsen sind nicht schematisch anwendbar und müssen in der Praxis strukturgerecht ausgeformt werden.</p> <p>Die Weiterführung der Achsen über die Grenzen der Planungsregion hinaus ist in der Karte „Raumstruktur“ angedeutet. Grenzüberschreitende Achsen können ihre Entwicklungs- und Verbindungsfunktionen nur dann wahrnehmen, wenn sie auch auf dem Gebiet der benachbarten Planungsregionen und Staaten Beachtung und Fortsetzung finden. Die in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien festgelegten grenzüberschreitenden Achsen finden in der Regel in den benachbarten Planungsregionen und Staaten eine Fortführung.</p>
zu Z 1.4.2	<p>Die an den genannten Achsenabschnitten gelegenen Gemeinden besitzen den Vorteil, dass sie im Taktverkehr und mit relativ geringem Zeitaufwand durch den schienengebundenen Personennahverkehr an das Oberzentrum Dresden angebunden sind. Die Ansiedlung von Wohn- und Gewerbegebieten sowie Infrastruktureinrichtungen, im Rahmen der in Ziel 2.2.1.6 LEP 2013 genannten Entwicklungsmöglichkeiten, in diesen Gemeinden im Einzugsbereich der Bahnhöfe</p>

und Haltepunkte bietet die Chance, die Leistungsfähigkeit des schienengebundenen Nahverkehrs zu nutzen und Umweltbelastungen, die durch den motorisierten Individualverkehr verursacht werden, zu reduzieren. Voraussetzung für die Umsetzung dieses Zieles ist das Vorhandensein geeigneter Flächen und die Einhaltung der Lärmschutzbestimmungen.

2 Regionalentwicklung

2.1 Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf

Bergbaufolgelandschaften des Braunkohlenbergbaus

- Z 2.1.1** Zur Überwindung der strukturell und historisch bedingten Entwicklungsdefizite in den Bergbaufolgelandschaften des Braunkohlenbergbaus ist auf eine vielfältige Branchen- und Betriebsgrößenstruktur hinzuwirken. Die räumlichen Voraussetzungen für die Ansiedlung tourismus- bzw. freizeitorientierter Unternehmen und Dienstleister im Lausitzer Seenland und am Berzdorfer See sollen im Rahmen einer interkommunal abgestimmten Bauleitplanung durch ein weiteres bedarfsgerechtes Angebot insbesondere in den Städten Hoyerswerda und Görlitz sowie in den festgelegten Vorranggebieten Erholung geschaffen werden.
- Z 2.1.2** Durch die Flächensanierung sollen die räumlichen Voraussetzungen für eine bedarfsrechte Revitalisierung von Altstandorten der Braunkohlenindustrie und der Braunkohlenkraftwerke geschaffen werden. Der Sanierung ist folgende Nachnutzung zu Grunde zu legen:
- Industrie- und/oder Gewerbegebiete:**
- Kraftwerk Hagenwerder und
 - Kraftwerk Boxberg.
- Freizeit und Erholung, Tourismus:**
- Industriekraftwerk/Brikettfabrik Knappenrode („Energiefabrik Knappenrode“),
 - Tagesanlagen Berzdorf.
- Z 2.1.3** Nicht mehr benötigte Verkehrsanlagen der Braunkohlenindustrie wie Betriebsstraßen und Kohleverbindungsbahnen sollen bei Bedarf umgehend einer neuen verkehrlichen Nachnutzung als Straße oder (Rad)Wanderweg bzw. einer anderen touristischen Nutzung zugeführt werden. Der Bedarf ist interkommunal abzustimmen. Bei fehlendem Bedarf sind die Anlagen zurückzubauen und in die umgebende Nutzung einzubeziehen.

Begründung zu 2.1 Gebiete mit besonderem Handlungsbedarf

- Entsprechend dem Ziel 2.1.3.2 LEP sind die in der Karte 3 des LEP als Gebiet mit besonderem Handlungsbedarf festgelegten Bergbaufolgelandschaften im Regionalplan räumlich und sachlich zu konkretisieren. Überwiegend erfolgt dies durch die Aufstellung von Sanierungsrahmenplänen gemäß § 5 Abs. 1 SächsLPlG. Darüber hinaus wird dieses Gebiet in der (dem Entwurf nach § 6 Abs. 2 beigefügten) Karte „Freizeit, Erholung und Tourismus“ dargestellt. Über diese räumlichen Konkretisierungen hinaus werden in diesem Kapitel weitere sachliche Konkretisierungen vorgenommen, die Belange betreffen, die in den Sanierungsrahmenplänen nicht geregelt sind bzw. räumlich die Grenzen einzelner Sanierungsrahmenpläne überschreiten.
- zu Z 2.1.1 Durch den Braunkohlenbergbau wurde das Landschaftsbild, die Siedlungs- und Infrastruktur sowie die Flächennutzung erheblich verändert und geprägt, woraus ein besonderer Sanierungs-, Entwicklungs- und Förderbedarf resultiert. Mit der Prägung durch den Bergbau fand über Jahrzehnte eine Monostrukturierung der Wirtschaft, verbunden mit großem Flächenverbrauch statt. Mit bereits vorhandenen neuen industriellen und gewerblichen Nutzungen auf den aufgegebenen bzw. nicht mehr in dem früheren Umfang erforderlichen und genutzten Standorten der Braunkohlenindustrie hat der Prozess der Umstrukturierung und Abkehr von der einseitigen Orientierung auf die Braunkohlenindustrie in den 1990er Jahren begonnen, ist jedoch auf absehbare Zeit noch nicht abgeschlossen.
- Mit der Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die Entwicklung des „Lausitzer Seenlandes“ und der anderen touristisch zu nutzenden Seen (Berzdorfer See, Olbersdorfer See) werden die Belange von Erholung, Freizeit und Tourismus umfassend berücksichtigt. Im Regionalplan werden dafür zahlreiche Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Erholung bzw. Kulturlandschaftsschutz festgelegt (vgl. Kapitel 3.4 und 5.2 i. V. m. der Karte „Raumnutzung“). Diese Gebiete wurden regionalplanerisch mit anderen Belangen abgewogen und sollen somit prioritär für diese Nutzungen in Anspruch genommen werden. Die Stadt Hoyerswerda als Teil des Oberzentralen Städteverbundes soll sich aus regionaler Sicht zum Zentrum des „Lausitzer Seenlandes“ entwickeln (vgl. Ziel 1.1.5), da hier wesentliche Standortvorteile bereits durch die Stadtgröße, die bestehende technische Infrastrukturausstattung sowie die Ausstattung mit sozialer und Freizeitinfrastruktur (z. B. Lausitzer Seenland Klinikum als Krankenhaus der Schwerpunktversorgung, Zoo, Kino, Lausitzhalle, Lausitzbad, Energiefabrik Knappenrode) vorhanden sind. Durch den laufenden Stadtbau besteht in Hoyerswerda ein großes Potenzial an Umnutzungsflächen, z. B. für Dienstleistungsunternehmen mit touristischem Bezug, das an anderer Stelle nur durch die Inanspruchnahme von Freiraum und eine Neuerschließung zur Verfügung ge-

stellt werden könnte. Ähnliches gilt für die Stadt Görlitz als Teil des Oberzentralen Städteverbundes mit ihrer Bedeutung für den Berzdorfer See und umgekehrt. Die Entwicklung des Olbersdorfer Sees zu einem Naherholungsziel und wesentlichen Bestandteil des Naturparks Zittauer Gebirge ist dagegen bereits weit fortgeschritten, so dass auf regionalplanerische Vorgaben weitgehend verzichtet werden kann. Der Sanierungsrahmenplan für den stillgelegten Tagebau Olbersdorf wurde aus diesem Grund im Jahr 2010 aufgehoben.

zu Z 2.1.2

Durch den Strukturwandel in der Energiewirtschaft haben zahlreiche Anlagen der Braunkohlenindustrie ihre frühere Zweckbestimmung verloren. Einen Überblick über diese Flächen gibt die Tabelle 2.1.2/1. Ein großer Teil der Altstandorte ist saniert und wird bereits nachgenutzt bzw. für eine Nachnutzung vorbereitet.

Durch dieses Sanierungsziel sollen für einzelne Altstandorte die Rahmenbedingungen für eine spätere Nutzung geschaffen werden. Die Sanierung soll so erfolgen, dass die benannte Nachnutzung ermöglicht und so eine Revitalisierung erfolgen kann. Mit einer Sanierung ist der Prozess der Standortrevitalisierung noch nicht abgeschlossen. Um die Standorte zu vermarkten bedarf es weiterer Schritte, welche den Grundstücksverkauf, die Erstellung konkreter Nutzungskonzepte und die Schaffung der bauleitplanerischen Voraussetzungen umfassen.

Bezeichnung der Altstandorte	Bruttofläche ca.
Schwarze Pumpe Südgelände (Sanierung abgeschlossen)	36 ha
Schwarze Pumpe Ostgelände (Sanierung abgeschlossen)	37 ha
Schwarze Pumpe Altanlagen (Sanierung abgeschlossen)	55 ha
Schwarze Pumpe Kokerei (Sanierung abgeschlossen)	12 ha
Brikettfabrik/Kraftwerk Laubusch (Sanierung abgeschlossen)	33 ha
Industriekraftwerk Lauta (Sanierung abgeschlossen)	21 ha
Brikettfabrik und Industriekraftwerk Heide (Sanierung abgeschlossen)	10 ha
Brikettfabrik und Industriekraftwerk Zeißholz (Sanierung abgeschlossen)	13 ha
Industriekraftwerk Trattendorf (sächsischer Anteil) (Sanierung abgeschlossen)	21 ha
Industriekraftwerk/Brikettfabrik Knappenrode („Energiefabrik Knappenrode“) (Sanierung abgeschlossen)	55 ha
Siebanlage Sabrodt (Sanierung abgeschlossen)	58 ha
Spreetal Werk (Objekt 1) (Sanierung abgeschlossen)	14 ha
Spreetal Wohnlager und Tagesanlagen Nordost (Objekt 2) (Sanierung abgeschlossen)	31 ha
Spreetal Schacht 10 (Sanierung abgeschlossen)	15 ha
Spreetal Schacht 12 (Sanierung abgeschlossen)	23 ha
Tagesanlagen Halbendorf (Sanierung abgeschlossen)	7 ha
Tagesanlagen Scheibe (Sanierung abgeschlossen)	15 ha
Tagesanlagen Lohsa (Sanierung abgeschlossen)	7 ha
Gleisbaustützpunkt Mortka (Sanierung abgeschlossen)	5 ha
Tagesanlagen Bärwalde (Sanierung abgeschlossen)	25 ha
Nochten Schacht II (Sanierung abgeschlossen)	8 ha
Tagesanlagen Olbersdorf (Sanierung abgeschlossen)	45 ha
Tagesanlagen Berzdorf	30 ha
Kraftwerk / Leunawerk Hirschfelde	20 ha
Kraftwerk Hagenwerder	144 ha
Kraftwerk Boxberg	112 ha

Tabelle 2.1.2-1: Industriebrachen der Braunkohlenindustrie und Braunkohlengroßkraftwerke (die im Ziel 2.1.2 benannten Standorte sowie regional bedeutsame Altstandorte, die den Zielen 5.1.1.8 und 5.1.1.9 zugeordnet werden können, erscheinen **fettgedruckt**).

Das Vorhandensein geeigneter Gewerbe- und Industrieflächen in ausreichender Größe ist ein wichtiges Kriterium bei der Standortwahl von Unternehmen. Die Brachflächen der Braunkohlenindustrie bieten den Vorteil großer zusammenhängender Flächen, so dass auch den Ansprüchen von Betrieben mit großem Flächenbedarf Rechnung getragen werden kann. Mit der bisher erfolgten Sanierung sowie einem raschen Abschluss der Sanierung auf den noch verbleibenden Altstandorten können die räumlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Industriebrachen kurz- bis mittelfristig wieder gewerblich bzw. industriell bzw. touristisch genutzt werden. Somit kann die Inanspruchnahme des Freiraumes für neue Industrie-, Gewerbe- bzw. touristische Ansiedlungen zumindest in den nördlichen und östlichen Teilen der Planungsregion verringert werden. Damit werden weitere Eingriffe in die bereits erheblich durch den Bergbau geprägte Landschaft und in den Naturraum minimiert.

Die für eine industrielle bzw. gewerbliche Nachnutzung zu sanierenden Flächen der Kraftwerke Boxberg und Hagenwerder sind für diese Entwicklung wegen ihrer günstigen Verkehrsanbindung an Straße, Bahn, der sonstigen infrastrukturellen Erschließung und wegen geringer Konflikte zu anderen Nutzungen im Umfeld besonders geeignet.

Wesentliche Teile des Altstandortes des Braunkohlenskraftwerkes Hirschfelde und des ehemaligen Leunawerkes Hirschfelde liegen dagegen innerhalb des festgesetzten Überschwemmungsgebietes der Lausitzer Neiße. Dieser Bereich ist im Regionalplan als Vorranggebiet „Retentionsraum“ festgelegt. Die vorhandenen Kontaminationen des Bodens und des Grundwassers sind demnach zu den vorrangig zu sanierenden Altlasten gemäß Ziel 5.1.1.8 zu zählen. Unter Verweis auf dieses Ziel kommt für diesen Altstandort nur eine Nachnutzung infrage, die den vorrangigen Belangen des vorbeugenden Hochwasserschutzes nicht widerspricht, z. B. Grünlandnutzung oder standortgerechte Aufforstung.

Der Lagevorteil an bestehenden Verkehrsachsen bzw. in der Nähe der größeren Städte Görlitz, Hoyerswerda, Weißwasser/O.L. und Zittau unterstützt den Funktionswandel auf den ehemaligen Betriebsflächen und die beabsichtigte Er-

schließung neuer Wirtschaftssektoren (z. B. Freizeit, Erholung und Tourismus). Die zum Zweckverband Sächsische Industriemuseen zählende „Energiefabrik Knappenrode“ wird unter Nutzung vorhandener Gebäude und Anlagen (ehemalige Brikettfabrik und Industriekraftwerk) weiterentwickelt. Das Areal der Energiefabrik umfasst derzeit ca. 27 ha und wird vollständig durch den Zweckverband Sächsisches Industriemuseum museal genutzt. Die Idee der frühen 1990er Jahre war die Errichtung eines Lausitzer Bergbaumuseums in der stillgelegten Brikettfabrik Knappenrode. Ursprünglich sollten in über 20 Ausstellungen in allen vorhandenen Gebäuden sowie im Außenbereich der komplette Betrieb einer Brikettfabrik und des Bergbaus in der Lausitz beleuchtet werden und Gegenstand der Sammlungs- und Forschungsarbeit sein. Es hat sich bereits um 2000 herausgestellt, dass dieser Weg nicht umsetzbar ist. Mit einem überarbeiteten Museumskonzept aus welchem u.a. auch der heutige Name „Energiefabrik“ hervorgeht, schärfte das Museum bereits ab 2003/04 sein Profil und entwickelte sich inhaltlich zu dem Museum, wie es heute ein wichtiges Regionalmuseum und Bestandteil des Sächsischen Industriemuseums ist. Die Problematik der Überdimensionierung der Fläche und der Gebäude und Anlagen für ein Museum blieb. Durch den Landkreis Bautzen ist die Erstellung eines neuen Gesamtkonzeptes im Rahmen der FR-Regio vorgesehen, mit dem der museale Bereich erheblich verkleinert werden soll und in den verbleibenden Bereichen Möglichkeiten für andere touristische bzw. freizeitbezogene Nutzungen geprüft werden.

Die Revitalisierung der ehemaligen Tagesanlagen Berzdorf für eine touristische Nachnutzung soll in Verbindung mit dem Berzdorfer See das um Görlitz vorhandene Defizit an wassergebundenen Erholungsmöglichkeiten verringern. Dieses Gebiet ist im geltenden Sanierungsrahmenplan als Vorbehaltsgebiet für Freizeit- und Tourismusgewerbe festgelegt. Im Regionalplan 2010 erfolgte bereits eine Festlegung als Vorranggebiet Erholung, die jedoch erst nach einer Fortschreibung des Sanierungsrahmenplanes wirksam werden kann.

zu Z 2.1.3

In Verbindung mit dem Braunkohlenbergbau sind zahlreiche innerbetriebliche Verkehrsanlagen wie Betriebsstraßen und Kohleverbindungsbahnen angelegt worden. In vielen Abschnitten werden diese Trassen nicht mehr für den Bergbau benötigt. Eine zunehmende Bedeutung für den öffentlichen Verkehr, insbesondere für Wanderwege aller Art, ist daher zunächst vor einem vollständigen Rückbau zu prüfen.

Vom ehemals bestehenden Netz der Kohleverbindungsbahnen im nördlichen Teil der Planungsregion werden gegenwärtig noch die zwischen den aktiven Tagebauen Nochten und Reichwalde, den Kraftwerksstandorten (Boxberg, Schwarze Pumpe) sowie teilweise in den brandenburgischen Raum verlaufenden Abschnitte benötigt.

Der größte Teil des ehemaligen Netzes wird für die Braunkohlenindustrie nicht mehr benötigt und wurde vom Sanierungsträger LMBV mbH zurückgebaut. Einzelne Abschnitte werden als Rad- und Wanderweg genutzt (z. B. unmittelbar nördlich des Scheibe-Sees sowie zwischen Kortitzmühle und Bluno).

Sofern ein Bedarf für diese Nachnutzung nicht erkennbar ist, sollen die Trassen nach ihrem Rückbau rekultiviert/renaturiert werden. Der konkrete Umfang des Rückbaues (nur Gleisanlage bzw. Straßendecke oder kompletter Rückbau einschließlich Bahndamm) ist dabei im Rahmen von Betriebsplanverfahren zu klären. Die Rekultivierung beinhaltet dabei auch die Einbeziehung der ehemaligen Trassen in die sie umgebende Nutzung. Verlaufen die Trassen z. B. innerhalb eines Waldes, kommt als Folgenutzung nur Wald in Frage.

2.2 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

- Z 2.2.1** Zur Entwicklung des grenznahen Gebietes der Region Oberlausitz-Niederschlesien ist in Zusammenarbeit mit den zuständigen Behörden und Aufgabenträgern in der Tschechischen Republik und der Republik Polen darauf hinzuwirken, dass:
- die grenzüberschreitenden überregional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen (Dresden)–Bautzen–Görlitz–(Breslau (Wrocław)), (Cottbus)–Hoyerswerda–Bautzen–Löbau–Zittau–(Liberec/Reichenberg) und (Cottbus)–Weißwasser/O.L.–Niesky–Görlitz–Zittau–(Liberec/Reichenberg) als leistungsfähige Verkehrswege ausgebaut werden,
 - die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnstrecken für den Güterverkehr über die Grenzübergangsstellen Horka–Kohlfurt (Węglińiec), Ebersbach/Sa.–Rumburk/Rumburg und Zittau–Hrádek nad Nisou/Großtaubitz verbessert wird,
 - ein Ausbau bzw. die Wiederaufnahme des grenzüberschreitenden ÖPNV/ Regionalverkehrs, insbesondere der Eisenbahnverbindungen (Dresden)–Görlitz–(Breslau (Wrocław)), Zittau–(Liberec/Reichenberg), Görlitz–(Hirschberg (Jelenia Góra)) und Ebersbach/Sa.–(Varnsdorf/Warnsdorf)–Großschönau–Zittau erfolgt,
 - die verkehrliche Anbindung der Fremdenverkehrsgebiete des Riesen-, Iser- und Lausitzer Gebirges über Zittau verbessert wird,
 - zusätzliche Straßen- und Wegeverbindungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik sowie der Republik Polen konzipiert werden,
 - das touristische Wegenetz an der Lausitzer Neiße, im Oberlausitzer Bergland und im Zittauer Gebirge grenzüberschreitend abgestimmt und ausgebaut wird,
 - die Weiterentwicklung des Städteverbundes Kleines Dreieck Bogatynia-Hradek nad Nisou-Zittau unter Einbeziehung des Nahbereiches des Mittelzentrums Zittau erfolgt,
 - die Umgebende Landschaft und der Geopark „Muskauer Faltenbogen“ grenzüberschreitend weiterentwickelt werden,
 - der Natur- und Landschaftsschutz im Tal der Lausitzer Neiße, im Oberlausitzer Bergland und im Zittauer Gebirge grenzüberschreitend abgestimmt und weiterentwickelt wird,
 - ein bedarfsgerechter Ausbau von Energieleitungen für den internationalen Energieaustausch mit den Verbundpartnern in der Republik Polen und der Tschechischen Republik erfolgt und
 - erhebliche Auswirkungen der Grundwasserabsenkung durch den polnischen Braunkohlentagebau Turów sowie erhebliche Belästigungen durch vom Kraftwerk bzw. dem Braunkohlentagebau Turów ausgehende Emissionen auf sächsisches Gebiet vermieden werden.

Hinweis: Weitere Ziele zum Ausbau grenzüberschreitender Verkehrsverbindungen sind im Kapitel 4 enthalten.

Begründung zu 2.2 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

- zu Z 2.2.1 Mehr als die Hälfte der Grenze der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien ist gleichzeitig Staatsgrenze zur Republik Polen (Grenzlänge 123 km) bzw. zur Tschechischen Republik (Grenzlänge 97 km). Darüber hinaus sind die Landkreise Bautzen und Görlitz Mitglied der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa. Somit besteht in der Region ein erhöhter Bedarf an einer Zusammenarbeit mit den polnischen und tschechischen Behörden und weiteren Institutionen, der über die gesetzlich normierten Abstimmungen und Beteiligungen hinausgeht.
- Die im Ziel benannten Planungen/Maßnahmen und Projekte stellen in Konkretisierung der Festlegungen der Kapitel 2.1.2 und 2.1.3 LEP die absehbaren Schwerpunkte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit während der Laufzeit des Regionalplans dar. Bereits im LEP benannte Schwerpunkte werden nicht wiederholt (z. B. Zusammenarbeit von Grenzstädten und Grenzgemeinden gemäß Ziel 2.1.3.5 LEP).
- Mit dieser Schwerpunktsetzung kann ein konkreter Bezug für grenzüberschreitend abzustimmende Vorhaben hergestellt werden, die auch für Fördermittelprogramme genutzt werden soll. Die Umsetzung ist an zahlreiche, teilweise von den Zieladressaten nicht beeinflussbare Randbedingungen geknüpft. Daher erfolgt die Formulierung als „Hinwirkungsziel“ (vgl. Glossar zu Fachbegriffen der Raumordnung, LEP 2013, S. 193).

Ein besonderes Abstimmungserfordernis mit den polnischen und tschechischen Partnern besteht für den weiteren Ausbau der grenzüberschreitenden Verbindungs- und Entwicklungsachsen, der im Rahmen der prognostizierten wachsenden Verkehrsströme erfolgen muss. Die vordringlichen Erfordernisse sind im Kapitel 4 des Regionalplanes erläutert. Die Nahverkehrspläne der Verkehrsverbünde (ZVON, VVO) enthalten zahlreiche Angebote für einen grenzüberschreitenden ÖPNV in die Tschechische Republik und in die Republik Polen. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche grenzüberschreitende Projekte realisiert (z. B. Neiße:Go, Luise, Lubahn, Sniezka, INTER-REGIO-Rail, ELLA Regio). Eine wichtige Rolle spielte bei diesen Projekten der Ausbau des grenzüberschreitenden ÖPNV. Teilweise konnten die Projektergebnisse bereits umgesetzt werden. Eine zukünftig besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang einer grenzüberschreitenden Verknüpfung der deutschen mit den tschechischen und polnischen Nahverkehrsräumen zu, die auch eine Verbesserung der verkehrlichen Anbindung von Tourismusgebieten in allen drei Staaten beinhaltet. Perspektivisch sollte eine touristisch attraktive Ost-West-Verbindung (Riesengebirge/Zittauer Gebirge) zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik mit Anschluss nach Polen geschaffen werden. Auch der Schluckenauer Zipfel darf hinsichtlich der SPNV-Anbindung aus der Region nicht vernachlässigt werden. Die Inbetriebnahme der „Nationalparkbahn“ als durchgängige Schienenverbindung zwischen (Rumburg/Rumburk)–(Dolní Poustevna/Niedereinsiedel)–(Sebnitz)–(Bad Schandau)–(Schöna)–(Děčín/Tetschen-Bodenbach) im Juli 2014 bietet auch Potenziale für eine attraktive Weiterführung der Verbindung z. B. nach Ebersbach/Sa. bzw. in Richtung Seiffhennersdorf–(Varnsdorf/Warnsdorf)–Zittau. Mit der 2010 erfolgten Betriebsaufnahme auf der Strecke (Liberec/Reichenberg)–Zittau–Großschönau–Seiffhennersdorf–(Varnsdorf/Warnsdorf)/(Rybniště/Teichstatt) bestehen hierfür bereits Voraussetzungen. Für die Weiterführung wurde neben anderen Varianten im Rahmen des Projektes des VVO mit dem Ústecký Kraj „ELLA Regio – Grenzüberschreitender SPNV/ÖPNV“ auch ein Streckenneubau zwischen (Rumburg/Rumburk) und Seiffhennersdorf vorgeschlagen. Die Ergebnisse des ELLA Regio-Projektes bedürfen somit einer weiteren Abstimmung zwischen den sächsischen und tschechischen Verkehrsverbünden bzw. Behörden. Bei einem ggf. favorisierten Streckenneubau (s. o.) können die räumlichen Voraussetzungen auch mit raumordnerischen Instrumenten (Festlegung als Vorrang- bzw. Vorbehaltstrasse) gesichert werden.

Im Zusammenhang mit der Verbesserung der verkehrlichen Anbindung der Fremdenverkehrsgebiete des Riesen-, Iser- und Lausitzer Gebirges über Zittau besitzt die so genannte „Sudetenstraße“ eine besondere Bedeutung. Die Sudetenstraße bildet dabei gleichzeitig den niederschlesischen Bestandteil der geplanten internationalen touristischen Autoute Via Montana, die über die Sudeten- sowie Karpatenbergekette verläuft. Die Sudetenstraße soll durch ein System mehrerer Verbindungswege mit entsprechenden Straßen auf der deutschen Seite verbunden werden. Im Ergebnis soll ein touristisch nutzbares Straßensystem im Sudetengebiet entstehen, welches die gesamte Sudetenbergekette für Touristen leichter befahrbar macht. Die Realisierung des Vorhabens erfordert eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit auch auf dem Gebiet der Raumplanung. Diese auf polnischem Gebiet als touristische Verbindung geplante Straße endet in Kleinschönau (Sieniawka). Die Straße kann mit einer Fortsetzung von Zittau über Rumburg/Rumburk nach Sebnitz zur Erschließung des Zittauer Gebirges sowie der Sächsischen Schweiz und somit zu einer Vernetzung dieser durch hohe touristische Potenziale gekennzeichneten Gebiete beitragen. Gemäß den Grundsätzen der Raumordnung des

Ústecký Kraj (am 20.10.2011 in Kraft getreten) ist der Ausbau von für diese Verbindungsfunktion relevanten Straßenverbindungen vorgesehen (z. B. Ausweisung eines Korridors für den Ausbau von Teilabschnitten der Straße „II/266 Seiffhennersdorf–Rumburg/Rumburk–Schluckenau/Šluknov–Lobendava/Lobendava–Neustadt i. S.–Dresden“). Darüber hinaus ist nach einer vollständigen Realisierung der B 178 (neu) auch die Möglichkeit einer günstigen Anbindung an die Bundesautobahn A 4 gegeben. Das Fremdenverkehrsgebiet Riesengebirge ist andererseits auch über die A 4 erreichbar (z. B. über die Staatsstraße 30 Zgorzelec–Lauban (Lubań)–Hirschberg (Jelenia Góra)). Mit der Fertigstellung der Autobahn zwischen dem GÜG Ludwigsdorf/Hennersdorf (Jędrzychowice) und Lichtenwalddau (Krzyżowa) haben sich weitere Verbesserungen auch für die Einbeziehung der Stadt Görlitz in die Via Montana ergeben.

Neben den bestehenden und den bis 2010 geplanten Grenzübergängen ist zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Verkehrs sowie zur Verknüpfung der Straßennetze die Schaffung weiterer Straßenübergänge konzipiert. Das Ziel besteht darin, unter Berücksichtigung vorhandener Siedlungsstrukturen und historischer Übergänge etwa alle 10 km eine länderübergreifende Verbindung zu schaffen. Eine Grundlage hierfür bildet die „Konzeption zusätzlicher Straßenverbindungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“ vom Februar 2004. Entsprechend dieser Konzeption war bereits kurz- bis mittelfristig die Öffnung folgender Straßenübergänge vorgesehen: Steinigtwolmsdorf–Lobendava–Severní/Lobendau, Oppach–Schluckenau/Šluknov–Fukov/Schluckenau, Ebersbach/Sa.-Bahnhofsstraße–Jiřikov/Georgswalde, Neugersdorf–Breitscheidstraße–Filipov/Philippsdorf, Neugersdorf–Hauptstraße–Jiřikov/Georgswalde, Seiffhennersdorf–Warnsdorfer Straße–Varnsdorf–Pohranicni straze/Warnsdorf, Großschönau–Varnsdorf/Warnsdorf, Lückendorf–Petrovice/Petersdorf, Jonsdorf–Krompach/Krombach, Hartau–Hrádek nad Nisou/Grottau. Eine analoge Vereinbarung war mit der Republik Polen vorgesehen, wobei bisher keine Ergebnisse bekannt geworden sind. Dagegen liegt eine informelle Konzeption der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa zu „Grenzübergängen in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ vor, die u. a. noch zu realisierende Grenzübergänge zwischen D/PL (einschließlich der Übergänge für eine touristische Nutzung) enthält. Im „Kooperationsprogramm INTERREG Polen – Sachsen 2014–2020“ vom 24.04.2014 wird diesbezüglich hervorgehoben: „Eine Herausforderung ist der Abbau der Verkehrsbarriere, die der Grenzfluss bedeutet: Vor allem durch die Einrichtung neuer Verkehrsverbindungen zwischen dem polnischen und dem deutschen Teil des Fördergebiets. Dies bedeutet aber die Notwendigkeit größerer finanzieller Aufwendungen für dieses Ziel und der bilateralen Absprachen auf der Regierungsebene. Vorhaben, die mit dem Bau oder der Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur zusammenhängen, fanden bislang großes Interesse bei den Antragstellern. Im Zeitraum 2014–2020 ist das Bedürfnis, diese Verkehrsbarriere abzubauen, nach wie vor groß.“ Als eine wesentliche Voraussetzung für die Errichtung von Grenzbrücken wird im o. g. Programm die Verbesserung der Qualität der Straßenverbindungen zu den Grenzübergängen benannt. Erst damit kann die Nutzung der Grenzbrücken durch die Bevölkerung und die Wirtschaft erhöht werden.

Für eine (ausschließlich) touristische Nutzung stehen in der Region gegenwärtig zwanzig Übergänge zur Tschechischen Republik und acht Übergänge zur Republik Polen zur Verfügung. Um weitere touristische Potenziale zu erschließen, ist

ein zwischen den jeweiligen Partnern abgestimmter Neu- und Ausbau weiterer touristisch nutzbarer Übergänge erforderlich. Diese Übergänge sollen vor allem der Verbesserung der Erreichbarkeit touristisch interessanter Objekte und der grenzüberschreitenden Weiterführung von Wanderwegen dienen. Als auszubauende Übergänge zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik kommen hierfür insbesondere die in der „Konzeption zusätzlicher Straßenverbindungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“ vom Februar 2004 enthaltenen Übergänge, die vor allem aus naturschutzfachlichen Gründen nicht für eine Straßenverbindung geeignet sind, infrage. Die Konzeption der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa zu „Grenzübergängen in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ enthält auch Aussagen zur Weiterentwicklung touristischer Übergänge über die Lausitzer Neiße. Alle bestehenden und geplanten touristischen Übergänge sowie weitere Vorschläge sind in der Karte „Freizeit, Erholung und Tourismus“ dargestellt.

Nach dem Ziel 2.1.3.5 LEP ist in den Grenzkommunen darauf hinzuwirken, dass grenzübergreifende Konzepte zur Stadt- und Dorfentwicklung erarbeitet und umgesetzt werden und die Zusammenarbeit in den Bereichen der Daseinsvorsorge, des Umweltschutzes, des Tourismus und der technischen Infrastruktur weiter intensiviert wird. Das für den Raum des Dreiländerecks erarbeitete Regionale Entwicklungs- und Handlungskonzept (REK) „Kleines Dreieck Bogatynia-Hradec nad Nisou-Zittau“ bildet bereits seit vielen Jahren die Arbeitsgrundlage für die praktizierte Zusammenarbeit der drei Städte und hat die Entwicklung der Voraussetzungen und Möglichkeiten eines grenzüberschreitenden Städteverbundes als dauerhaftes Organisations- und Umsetzungsinstrument von Kooperationsbeziehungen auf kommunaler Ebene zum Ziel. Die aus dem REK entwickelten, regionalplanerisch relevanten Schlüsselprojekte (z. B. gemeinsamer Entwicklungsplan des Städteverbundes „Kleines Dreieck Bogatynia-Hradec nad Nisou-Zittau“, trilateraler grenzübergreifender Gewerbegebietsverbund, nachhaltiges Siedlungsflächenmanagement/Städteräumliche Strategie im Städteverbund „Kleines Dreieck Bogatynia-Hradec nad Nisou-Zittau“) sollen dazu beitragen, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter zu entwickeln. So sichert der gemeinsame Entwicklungsplan des Städteverbundes „Kleines Dreieck Bogatynia-Hradec nad Nisou-Zittau“ eine abgestimmte infrastrukturelle Entwicklung und schafft die Voraussetzungen für die Spezialisierung der Städte im Rahmen ihrer langfristigen Entwicklung. Um die Wirksamkeit des Städteverbundes für die Regionalentwicklung zu erhöhen, ist es aus regionalplanerischer Sicht notwendig, eine flächenhafte Erweiterung des Projektgebietes vorzunehmen. Die mit dem bestehenden Ergebnissen des REK formulierten Ziele sollten daher neben der Einbeziehung der mittlerweile in die Stadt Zittau eingemeindeten ehemaligen Gemeinde Hirschfelde den gesamten Nahbereich des Mittelzentrums Zittau gemäß der Karte Zentrale Orte und Nahbereiche dieses Regionalplans umfassen. Gerade für die o. g. Schlüsselprojekte bietet sich auf sächsischer Seite die Einbeziehung des Nahbereiches der Stadt Zittau an.

Die Umgebendehauslandschaft stellt ein prägendes kulturlandschaftliches Merkmal der Region Oberlausitz-Niederschlesien sowie von Teilen des Landkreises Sächsische Schweiz, des Ústecký kraj, des Liberecký kraj und der Wojewodschaft Niederschlesien (Dolny Śląsk) dar. Der Erhalt und die Entwicklung dieser Kulturlandschaft können nur im Rahmen einer grenzüberschreitend angelegten Konzeption erfolgen. Eine wesentliche Grundlage hierfür bildet das „Trinationale Regionale Entwicklungs- und Handlungskonzept (REK) Umgebendeland Deutschland-Polen-Tschechien“. Dieses REK wurde am 17. Oktober 2007 beschlossen. Die regionalplanerisch relevanten und daher mit diesem Plan besonders zu unterstützenden Schwerpunkte des darin enthaltenen 10-Punkte-Programms sind die denkmalgerechte Bewahrung der Häuser und Pflege ihres Umfeldes, die Entwicklung touristischer Angebote (touristische Marke) sowie die innovative (Um)nutzung von Umgebendehäusern. Diese grenzüberschreitend angelegten Schwerpunkte können zur Umsetzung von Zielen und Grundsätzen des Regionalplans in Bezug auf den Kulturlandschaftsschutz sowie zur Umsetzung landesplanerischer Ziele und Grundsätze für Tourismus und Erholung (Z 2.3.3.2, G 2.3.3.4, G 2.3.3.7) und der Stadt- und Dorfentwicklung (G 2.2.2.2, G 2.2.2.5, Z 2.2.2.6) beitragen.

Der Muskauer Faltenbogen stellt die bedeutendste Stauchendmoräne im Gebiet der nordeuropäischen Vereisungen dar und erstreckt sich sowohl über sächsisches als auch über brandenburgisches und polnisches Gebiet. Mit der Entwicklung eines grenzüberschreitenden Geoparks sollen vor allem die geowissenschaftlichen Potenziale dieses Gebietes z. B. für die Naherholung, für den Tourismus und für die Umwelterziehung genutzt werden. Ein Geopark stellt keine Schutzgebietskategorie dar, sondern soll vorrangig durch sein geologisches Erbe auch der örtlichen und regionalen wirtschaftlichen Entwicklung und der Landschaftsaufwertung dienen.

Bemühungen auf sächsischer Seite zum Natur- und Landschaftsschutz in der Neißeau, im Zittauer Gebirge und im Oberlausitzer Bergland können nicht in vollem Umfang wirksam werden, wenn sie nicht in Zusammenarbeit mit der polnischen und tschechischen Seite erfolgen. Für große Teile entlang der Lausitzer Neiße bietet sich eine grenzüberschreitend abgestimmte Vorgehensweise bereits deshalb an, da das Gebiet beiderseits der Grenze weitgehend Bestandteil des Europäischen Schutzgebietssystems Natura 2000 ist. Mit dem Naturpark Zittauer Gebirge, welcher das LSG „Zittauer Gebirge“ mit umfasst, ist auch eine grenzüberschreitende Kooperation mit den südlich angrenzenden Gemeinden auf tschechischer Seite in den Bereichen des Landschaftsschutzes und der touristischen Entwicklung verbunden. Im Süden grenzt der Naturpark „Zittauer Gebirge“ an das zum gleichen Naturraum gehörende tschechische Landschaftsschutzgebiet „Lausitzer Gebirge“ („Lužické hory“). Die grenzüberschreitende Vernetzung wird im Pflege- und Entwicklungsplan für das Zittauer Gebirge 2011 als noch ungenügend eingeschätzt. Als Schwerpunktthema für die Regionalentwicklung wird daher in diesem Plan die Förderung der Kooperationen vor allem mit tschechischen Partnern benannt.

Neben dem großräumigen internationalen Energieaustausch sind auf Grund der Lage der Region verschiedene kleinräumige Varianten des Energieaustausches denkbar. Dazu zählt insbesondere die grenzüberschreitende Stromversorgung bei fehlenden eigenen Möglichkeiten. Beispielsweise ist die zuverlässige Versorgung des Schluckenauer Zipfels mit den gegenwärtigen Kapazitäten des tschechischen Versorgers Severočeská energetika, a. s. (SČE) nicht gewährleistet. In Abstimmung mit der ENSO Strom AG wurden der Regionalplanung im Jahr 2006 Vorschläge für eine grenzüberschreitende 110-kV-Trasse übermittelt. Ein Trassenkorridor wird als Vorbehaltstrasse für eine Hochspannungsleitung ausgewiesen (vgl. dazu Kapitel 6.4 i. V. m. Karte Raumnutzung). Weitere Ausbauverordnungen können sich für die bestehende 110-kV-Leitung Dittelsdorf-Türchau (Turoszów) sowie für neue Verbindungen zwischen Görlitz-Zgorzelec und Zittau-Hradec nad Nisou/Grottau ergeben. Hier besteht jedoch nach gegenwärtigem Kenntnisstand nicht die Notwendigkeit einer raumordnerischen Festlegung im Sinne einer Vorrang- oder Vorbehaltstrasse. Mit dem Ziel 2.2.1

soll daher vor allem klargestellt werden, dass ein bedarfsgerechter Ausbau der grenzüberschreitenden Energieversorgung im regionalen Interesse liegt und über die Landesgrenzen hinaus abgestimmt werden soll. Dies betrifft neben der Stromversorgung auch die leitungsgebundene Versorgung mit Erdgas.

Im Braunkohlentagebau Turow bei Türchau (Turoszów) auf polnischer Seite wird nach gegenwärtigem Kenntnisstand noch bis etwa 2040 Braunkohle abgebaut. Der Abbau führte infolge der tagebaubedingten Grundwasserabsenkung auch zu Geländesetzungen im Raum Zittau. Die Auswirkungen der Grundwasserabsenkung auf deutsches Gebiet haben sich dabei bereits seit Ende der 1990er Jahre verringert. Die vom Kraftwerk bzw. dem Braunkohlentagebau Turów ausgehenden Emissionen führen auf deutschem Gebiet zu einer Immissionsbelastung (insbesondere in den OT Hirschfelde und Drausendorf der Stadt Zittau). Mit dem Bescheid über die Umweltauflagen für das Vorhaben „Wiederherstellung der Betriebsleistung von PGE Kraftwerk Turów A.G., durch die Errichtung eines Kraftwerkblocks mit der Leistung ca. 460 MW anstelle der stillzulegenden Kraftwerksblöcke Nr. 8, 9, 10“ vom 18.10.2013 wurde durch die polnische Seite festgestellt, dass die Auswirkungen des Neubaus eines Kraftwerkblockes bei gleichzeitiger Stilllegung von drei alten Blöcken und Modernisierung von sechs bestehenden Blöcken kumulativ zu einer Verringerung der Lärmimmissionen auf deutscher Seite führen. Sofern festgestellt wird, dass Immissionen zu schädlichen Umwelteinwirkungen im Sinne von § 3 BImSchG führen, sind im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen den dafür zuständigen Behörden z. B. durch ein grenzüberschreitendes Umweltmonitoring Untersuchungen zur Vermeidung vorzunehmen und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen festzulegen.

3 Siedlungs- und Wirtschaftsentwicklung

3.1 Siedlungswesen

Karte: In der Karte „Raumnutzung“ ist der Siedlungsbeschränkungsbereich für den Verkehrsflughafen Dresden im Sinne von Ziel 2.2.1.11 LEP als Ziel der Raumordnung zeichnerisch festgelegt.

Z 3.1.1 Nicht mehr benötigte Bahnflächen und -gebäude innerhalb von Siedlungsflächen sollen umgehend städtebaulich integriert bzw. in innerörtliche Grünflächen einbezogen werden. Nicht mehr benötigte Bahnflächen außerhalb von Siedlungsbereichen sollen, sofern kein Bedarf für eine verkehrliche bzw. gewerblich-industrielle Nachnutzung mit besonderen Standortanforderungen nachgewiesen ist, renaturiert werden.

G 3.1.2 Im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung und der Flurneuordnung soll bei Planungen und Maßnahmen, die talabwärts an Abflussbahnen und Steillagen gemäß Ziel 5.1.1.2 des Regionalplanes angrenzen, die Gefährdung durch den Eintrag von erodiertem Boden und durch Oberflächenabfluss berücksichtigt werden.

Fluglärm

Z 3.1.3 Im Sinne des Zieles 2.2.1.12, Satz 2 LEP 2013 sind innerhalb des Siedlungsbeschränkungsbereiches folgende Ausnahmen zulässig:

Hinweis: Entsprechende Ausnahmen können erst nach Zuarbeit durch die Gemeinde Ottendorf-Okrilla bzw. das LRA Bautzen in das Ziel aufgenommen werden. Diese TÖB werden gebeten, unter Beachtung der Vorgaben des Zieles 2.2.1.12 LEP, entsprechende Zuarbeiten zu leisten. Ausnahmen sind gemäß der Begründung zum Ziel 2.2.1.12 LEP nur möglich, wenn bereits eine fortgeschrittene Planung oder eine Fördermittelzusage vorliegt. Für Flächen mit bestehendem Baurecht nach § 34 BauGB ist eine Wohnbebauung auch ohne Ausnahmeregelung weiterhin grundsätzlich möglich (vgl. Begründung zu Ziel 2.2.1.12 LEP, letzter Satz).

Begründung zu 3.1 Siedlungswesen

zu Z 3.1.1 Zahlreiche Flächen mit den darauf befindlichen Bahnanlagen und -gebäuden werden auf Grund der technologischen und organisatorischen Umstrukturierung nicht mehr für Bahnzwecke benötigt. *„Grundsätzlich unterliegen Bahnflächen dem Fachplanungsvorbehalt, so dass die Planungshoheit der Kommunen hier hinter das Fachplanungsrecht der Bahn zurücktritt. Mit der Freistellung entbehrlicher Bahnflächen lebt die kommunale Planungshoheit jedoch unmittelbar wieder auf. Dabei kann und wird sich die Kommune nicht erst bei erfolgter Freistellung der Fläche mit einer möglichen Nachfolgenrechnung befassen, sondern ihre Planüberlegungen in aller Regel bereits im Vorfeld der eigentlichen Flächenfreistellung beginnen“* (Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz, Projektgruppe Konversion und Stadtentwicklung (2006): Arbeitshilfe zur Mobilisierung von Bahnliegenschaften, www.is-argebau.de/Dokumente/4238936.pdf, letzter Abruf am 05.05.2015).

Sofern sich nach § 11 AEG (Allgemeines Eisenbahngesetz) stillgelegte oder stillzulegende Bahntrassen aus überörtlicher Sicht für liniengebundene Infrastrukturmaßnahmen (Straßen, Wirtschaftswege, Leitungen oder Freizeitwege) anbieten, werden diese im Ziel 4.2.7 des Regionalplanes raumordnerisch gesichert. Darüber hinaus gilt der Grundsatz 3.4.2 LEP.

Bei innerörtlichen Flächen und Gebäuden steht eine bauliche Nachnutzung im Vordergrund. Für diese i. d. R. städtebaulich wertvollen Flächen sollen die Kommunen im Rahmen ihrer Planungshoheit Standortvorsorge betreiben, indem sie für andere, städtebaulich integrierte Nutzungen einschließlich neuer innerörtlicher Wegeverbindungen und Grünflächen überplant werden. Dies setzt eine zügige Freigabe der Flächen voraus und steht in Einklang mit den Vorgaben des LEP 2013 zur Revitalisierung von Brachflächen (Z 2.2.1.7) und kann die Flächenneuanspruchnahme für Siedlungs- und Verkehrszwecke vermindern (vgl. Grundsatz 2.2.1.1 LEP 2013).

„Für entbehrliche Bahnflächen besteht hier auch in innerörtlichen Lagen häufig kein unmittelbarer Bedarf für eine bauliche Nachfolgenutzung. Dies gilt umso mehr für bahntechnische Restflächen, die im Hinblick auf ihren ungünstigen Zugschnitt kaum eine Nutzungsoption aufweisen. Um diese Flächen nicht der Verwahrlosung preiszugeben, kommen hier in Kooperation zwischen dem Eigentümer und der Kommune auch Zwischennutzungen (z.B. Grünflächen) in Betracht.“ (Fachkommission Städtebau der Bauministerkonferenz, Projektgruppe Konversion und Stadtentwicklung (2006): Arbeitshilfe zur Mobilisierung von Bahnliegenschaften).

Für die Planung und Umsetzung städtebaulicher Entwicklungsziele ist eine enge Kooperation zwischen den Kommunen, den Eisenbahninfrastrukturunternehmen und den Flächeneigentümern notwendig, da die gesetzlichen Bestimmungen für die Freistellung von Bahnbetriebszwecken (§ 23 AEG) zu beachten sind.

Ein atypischer Fall für die Umsetzung des Zieles kann vorliegen, wenn ein Handlungsbedarf für Maßnahmen nach § 4 BBodSchG besteht und dadurch eine umgehende städtebauliche Nachnutzung erschwert wird.

Die außerhalb der Ortslagen befindlichen Eisenbahnverkehrsflächen können im Einzelfall ein Angebot für Gewerbe und Industrie darstellen, die auf besondere Standorteigenschaften angewiesen sind (z. B. emissionsintensive Nutzungen). Ansonsten bieten sich diese Flächen vorrangig für eine Renaturierung z. B. für die Waldmehrung bzw. Bereitstellung von naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen (auch Ökokonto) an.

zu G 3.1.2

Mit dem Ziel 5.1.1.2 des Regionalplanes werden für die in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ zeichnerisch festgelegten „Gebiete mit hoher Erosionsrate“ Zielstellungen für die Landbewirtschaftung formuliert. Jedoch können Gebiete ebenso eine besondere Bedeutung und erhebliche Auswirkungen auf Siedlungsgebiete und technische Infrastrukturen haben. Siedlungen und Infrastrukturen, die sich im Ablagerungs- (Akkumulations)bereich von Erosionen befinden, sind bei Starkregenereignissen akut gefährdet. *„Bis zur erfolgreichen Sanierung der Abflussbahnen und Steillagen stellen diese Gebiete weiterhin eine Gefahrenquelle für sich angrenzend talabwärts befindliche Siedlungslagen, Infrastrukturen und Gewässer dar. Deshalb soll bei Neuplanungen in diesen ‚kritischen‘ Bereichen zumindest auf diese Gefahrenquelle hingewiesen werden und bei Entscheidungen dieser Umstand berücksichtigt werden“* (Regionaler Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge (2013): Schutz des Oberbodens vor Wassererosion – Konzept für die Modellregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge im Rahmen des Modellvorhabens der Raumordnung „Raumentwicklungsstrategie zum Klimawandel“ (KlimaMORO)).

Eine Berücksichtigung soll sowohl im Rahmen der Bauleitplanung (z. B. im Flächennutzungsplan durch Darstellung der Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, als Renaturierungsfläche oder Aufforstungsfläche) oder im Rahmen der Flurneuordnung (im Plan über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischen Begleitplan gemäß § 41 FlurbG) als geplante Grünfläche, geplante Waldfläche u. ä.) erfolgen.

Bis zur Umsetzung wirksamer Schutzmaßnahmen sollen talabwärts zu diesen Bereichen keine neuen Siedlungsgebiete geplant werden, sofern eine Gefährdung durch den Abfluss von Wasser und mitgeführtes Bodenmaterial nicht ausgeschlossen werden kann. Gegebenenfalls sollen ergänzend wirksame Schutzmaßnahmen in die Planung einbezogen werden z. B. durch eine ausreichend dimensionierte Niederschlags- bzw. Straßenentwässerung.

Das vorrangige, jedoch zeitlich nur langfristig umsetzbare Ziel besteht in der Beseitigung der Schadensursachen in den ackerbaulich genutzten Einzugsgebieten durch eine angepasste Landbewirtschaftung.

Fluglärm

zur RNK

Mit dem Ziel 2.2.1.11 LEP 2013 wird der Regionalplanung der obligatorische Handlungsauftrag zur Festlegung eines Siedlungsbeschränkungsbereiches für Verkehrsflughäfen erteilt, welchem mindestens die Umhüllende der Fluglärmkonturen mit einem äquivalenten Dauerschallpegel von 55 dB(A) für den Tag und 50 dB(A) für die Nacht zu Grunde liegt. Im Auftrag des LFULG wurde für den Flughafen Dresden der Siedlungsbeschränkungsbereich unter Berücksichtigung der „Hinweise zur Ermittlung von Planungszonen zur Siedlungsentwicklung an Flugplätzen nach dem Fluglärmgesetz (Flughafen-Fluglärm-Hinweise)“ mit einem Prognosehorizont 20xx und einer Anzahl von 75.000 Flugbewegungen pro Jahr berechnet (Schallschutz Consulting Dr. Fürst Dresden: Ermittlung und Darstellung des Siedlungsbeschränkungsbereiches am Flughafen Dresden, Stand 12.04.2012). Die Berechnung erfüllt die o. g. Mindestanforderung des Zieles 2.2.1.11 des LEP.

Der Zusatz „mindestens“ im o. g. LEP-Ziel eröffnet einen Spielraum für die Regionalplanung, auch strengere Kriterien anzulegen. Im Falle des Flughafens Dresden drängt es sich jedoch nicht auf, die Siedlungsentwicklung weiter einzuschränken als es der LEP verlangt. Die dem Siedlungsbeschränkungsbereich zugrunde liegende Fluglärmkontur basiert auf einer Prognose für das Jahr 2020 von 75.000 Flugbewegungen pro Jahr. Zwischen 2010 und 2014 ist dagegen die Anzahl der Flugbewegungen von ca. 35.000 auf ca. 25.000 pro Jahr zurückgegangen (<http://www.dresden-airport.de/Unternehmen/struktur-fakten-personal/kennndaten-statistik.html>, letzter Abruf am 23.12.2014, Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage, Landtagsdrucksache Drs.-Nr. 6/657 vom 30.01.2015). Damit besteht nach gegenwärtigem Kenntnisstand bereits durch die Erfüllung der Mindestanforderung des LEP ein erheblicher Puffer für die langfristige Lärmvorsorge.

Die weitergehende Anwendung von in der LEP-Begründung genannten fluglärmbedingten Häufigkeits-Maximalpegeln für die Nacht (statt Dauerschallpegeln) drängt sich ebenfalls nicht auf, da am Flughafen Dresden kein regulärer Nachtflugverkehr stattfindet. Der Anteil an Flugbewegungen zwischen 22.00 Uhr und 6.00 Uhr lag in den Jahren 2010–2013 bei ca. 5 % (<http://www.dresden-airport.de/Unternehmen/struktur-fakten-personal/kennndaten-statistik.html>, letzter Abruf am 23.12.2014).

Der Siedlungsbeschränkungsbereich des Flughafens Dresden betrifft die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien auf dem Gebiet der Gemeinde Ottendorf-Okrilla (Landkreis Bautzen) und dabei in den Ortsteilen Hermsdorf und Ottendorf-Okrilla. Der Siedlungsbeschränkungsbereich hat in der betroffenen Gemeinde eine Größe von ca. 278 ha und geht damit um etwa 114 ha über den festgesetzten Lärmschutzbereich hinaus (gemäß Verordnung der Sächsischen Staatsregierung über die Festsetzung der Lärmschutzbereiche für den Verkehrsflughafen Dresden und den Verkehrsflughafen Leipzig/Halle vom 30. Januar 2012, SächsGVBl. S. 66). Die Gemeinde Ottendorf-Okrilla ist nach dieser Verordnung ausschließlich von der Nacht-Schutzzone betroffen.

Innerhalb des festgelegten Siedlungsbeschränkungsbereiches gilt das Ziel 2.2.1.12, Satz 1 LEP 2013. Adressat dieser Regelung ist die kommunale Bauleitplanung.

zu Z. 3.1.3

Das Ziel 2.2.1.12, Satz 2 LEP 2013 ermächtigt die Regionalplanung zur Festlegung von Gebieten innerhalb des Siedlungsbeschränkungsbereiches, innerhalb derer Bauleitplanungen zulässig sind, die der Erhaltung, Erneuerung, der Anpassung oder dem Umbau von vorhandenen Ortsteilen mit Wohnbebauung dienen. Voraussetzung dafür ist insbesondere eine fortgeschrittene Planung oder Fördermittelzusage.

Derartige Ausnahmen werden, sofern nicht bereits Baurecht nach § 34 BauGB besteht, auf Gebiete beschränkt, für die eine gegenüber dem Regionalplan 2010 i. V. m. dem LEP 2003 (Ziel 15.2) verschärfende Restriktion eintritt. Betroffen sind davon Flächen in der Gemeinde Ottendorf-Okrilla, die gemäß Regionalplan 2010 der Fluglärmkontur B des Sied-

lungsbeschränkungsbereiches zugeordnet waren und in denen neben der weiterhin zulässigen Darstellung von gewerblichen Bauflächen im FNP und der Festsetzung von Industrie- und Gewerbegebieten im Bebauungsplan bisher auch eine Darstellung als gemischte Baufläche im FNP und als Mischgebiet, Dorfgebiet oder Kerngebiet im Bauleitplan zulässig war.

3.2 Gewerbliche Wirtschaft

Vorsorgestandorte Industrie/Gewerbe

Hinweis: Entsprechend dem Ziel 2.3.1.3 LEP 2013 soll die Flächensicherung für die Ansiedlung von Industrie- und Gewerbebetrieben mit überregionaler Bedeutung durch die Träger der Regionalplanung unterstützt werden. Dazu sollen Vorsorgestandorte für Industrie und Gewerbe als Schwerpunktbereiche der Siedlungsentwicklung im Regionalplan festgelegt werden. Der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien hat sich entschieden, von einer Festlegung von Vorsorgestandorten für großflächige, überregional bedeutsame Gewerbe- und Industriebetriebe abzusehen. Die Gründe für diese Entscheidung werden in der Begründung dargelegt.

Gewerbliche Wirtschaft

- Z 3.2.1 In der Planungsregion sind die räumlichen Standortvoraussetzungen für die Ansiedlung von regional und überregional bedeutsamen innovativen Gewerbe- und Industriebetrieben sowie attraktiven Dienstleistungen zu schaffen. Dazu ist die wirtschaftsnahe Infrastruktur in allen Zentralen Orten, insbesondere in den Städten des Oberzentralen Städteverbundes und den Mittelzentren, sowie in den Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ auszubauen.**
- G 3.2.2 Die funktionsteilige Vernetzung der Region mit der Wachstumsregion Dresden soll ausgebaut werden. Dafür sollen in den Zentralen Orten und den Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ entlang der zwischen Dresden-Bischofswerda, Dresden-Königsbrück, Dresden-Bautzen und Radeberg-Kamenz verlaufenden überregional bzw. regional bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungsachsen bedarfsgerecht Flächen für die Ansiedlung von Betrieben, die auf die Region Dresden orientiert sind, vorgehalten werden.**
- G 3.2.3 Größere Industrie- und Gewerbeflächen entlang der Achsen sollen an das Eisenbahnnetz angeschlossen werden.**

Begründung zu 3.2. Gewerbliche Wirtschaft

Vorsorgestandorte Industrie/Gewerbe

Im Ziel 2.3.1.3 des Landesentwicklungsplanes Sachsen 2013 ergeht an die Träger der Regionalplanung der Auftrag zur Festlegung von Vorsorgestandorten für Industrie und Gewerbe als Schwerpunktbereiche der Siedlungsentwicklung. Falls von diesem Instrument kein Gebrauch gemacht werden soll, so ist dies entsprechend zu begründen (vgl. Begründung zu Ziel 2.3.1.3 LEP 2013). Der Regionale Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien hat sich mit Beschluss 691 der Verbandsversammlung vom 2. April 2014 entschieden, von einer Festlegung von Vorsorgestandorten für großflächige, überregional bedeutsame Gewerbe- und Industriebetriebe abzusehen.

Insgesamt sind in der Planungsregion wie auch im Freistaat Sachsen in den letzten Jahren eher wenige Großansiedlungen mit hohem Flächen- und Arbeitsplatzbedarf zu verzeichnen. Dabei ist zu beobachten, dass sich Großinvestoren in der Regel nicht durch planerische Festlegungen steuern lassen, sondern zunehmend andere, weiche Standortfaktoren eine wichtige Rolle spielen. Die Vielfalt und Differenziertheit der Standortanforderungen der verschiedenen Branchen erschweren eine am absehbaren Bedarf orientierte planerische Konzeption für die Festlegung von Vorsorgestandorten.

Eine zur Bedarfsabschätzung durchgeführte Abfrage in der Gewerbeflächendatenbank der Marketing-Gesellschaft Oberlausitz als zuständige Wirtschaftsförderungsgesellschaft hat ergeben, dass zur Zeit in verschiedenen Teilen der Planungsregion mehrere Gewerbeflächen mit einer verfügbaren Fläche größer 25 ha für eine Ansiedlung bereit stehen (Quelle: <http://www.oberlausitz.com/wirtschaft/gewerbeflaechen/default.aspx>; letzter Abruf vom 30. Juli 2014). Unter diesem Aspekt wird regionalplanerisch keine Notwendigkeit zur Festlegung von Vorsorgestandorten für Industrie und Gewerbe gesehen.

Weitere Gründe für die Nicht-Festlegung von Vorsorgestandorten Industrie und Gewerbe in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien sind inhaltliche und planerische Gesichtspunkte. So sind die Festlegung von Vorsorgestandorten mit planerischen Unsicherheiten bei der Bewertung und dem Umgang mit derartigen Gebieten behaftet. Dies betrifft insbesondere mögliche Grundstücksspekulationen, die zu einer Blockierung geeigneter Flächen führen können oder eine mögliche Zersplitterung und Inanspruchnahme der großflächigen Gebiete für den örtlichen Bedarf. Wenn gleich gemäß LEP 2013 im Regionalplan auch Festsetzungen zur Zulässigkeit der Inanspruchnahme der Vorsorgestandorte getroffen werden sollen, lassen sich die genannten Probleme nicht mit regionalplanerischen Mitteln klären.

Das mit dem Handlungsauftrag verfolgte landesplanerische Ziel der Flächensicherung für überregional bedeutsame Industrie- und Gewerbeansiedlungen kann auch durch gewerbliches Flächenmanagement bzw. Gewerbeflächenkonzepte der zuständigen regionalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften oder Industrie- und Handelskammern erreicht werden. Ein Instrument für die großräumige Standortsteuerung durch Ausrichtung der Gewerbeflächenentwicklung

auf bestimmte Kommunen ist mit der Festlegung von Gemeinden mit der besonderen Gemeindefunktion „Gewerbe“ auch in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien gegeben.

Unabhängig von einer Festlegung von Vorsorgestandorten für Industrie und Gewerbe im Regionalplan werden für eine Ansiedlung von überregional bedeutsamen, großflächigen Industrie- und Gewerbebetrieben geeignete Flächen ermittelt und regionalplanerisch von entgegenstehenden Planungen und Nutzungen freigehalten.

Weiterhin kann die Festlegung des Vorrangstandortes Braunkohlekraftwerk auf dem Gelände des Altstandortes Kraftwerk Boxberg als eine einem Vorsorgestandort Industrie und Gewerbe adäquate Festlegung angesehen werden.

Gewerbliche Wirtschaft

- zu Z 3.2.1 Die Entwicklung des Raumes im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen stellt einen Grundsatz der Raumordnung in der Bundesrepublik Deutschland dar (vgl. § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG). Dazu sind regionale Wachstums- und Innovationspotenziale in den Teilräumen zu stärken.
- Zu den Standortvoraussetzungen für eine nachfrageorientierte Entwicklung attraktiver Industrie- und Gewerbestandorte gehören u. a. eine leistungsfähige Verkehrsanbindung für Betriebe, die Standortnachteile durch die Peripherielage innerhalb Deutschlands ausgleicht, ein Vorhandensein von Bildungs-, Gründungs-, Beratungs- und Weiterbildungseinrichtungen (z. B. Mediendienstleister, IHK, TGZ etc.) aber auch qualitativ hochwertige weiche Standortfaktoren (Schulen, Kultur- und Freizeitangebote, Lebensumfeld).
- Innerhalb der wirtschaftsnahen Infrastruktur bestehen in der Region Disparitäten, die für eine wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung sind. Während z. B. die Versorgung mit technischer Infrastruktur flächendeckend weitgehend gleich ist, bestehen erhebliche Infrastrukturunterschiede hinsichtlich der Verkehrsanbindung und Erreichbarkeit, der innerstädtischen Verkehrsbelastung und der Wissenstransfereinrichtungen bzw. höheren Bildungseinrichtungen (Technologiezentren, FH u. a.). Auch die Bereitstellung von Telekommunikationsdienstleistungen (insbesondere ein leistungsfähiges Breitbandinternet), die dem Stand der Technik entsprechen, ist regional verschieden. Als eine notwendige Bedingung für eine wirtschaftliche Entwicklung ist deshalb die regionale Infrastrukturausstattung zu verstehen, die Betriebsansiedlungen bzw. Expansionen positiv beeinflussen kann. Da laut Ziel 1.3.1 LEP 2013 die Zentralen Orte Aufgaben als Schwerpunkte des wirtschaftlichen Lebens wahrnehmen sollen, ist der Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur verstärkt in den Zentralen Orten gemäß ihrer zentralörtlichen Bedeutung und in den Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Gewerbe“ durchzuführen.
- Die höherrangigen Zentren bieten mit ihrer wirtschaftsnahen Infrastruktur, mit den ansässigen Versorgungs- und Zulieferbetrieben, mit ihren Arbeitsmärkten und ihrem breiten Angebot an Arbeitskräften sowie ihren Informations- und Führungsvorteilen die besten Standortbedingungen für Betriebe der Wirtschaft in der Region. Die Lage an überregional bedeutsamen Verbindungsachsen erhöht die Standortgunst der Zentralen Orte. Die Städte des Oberzentralen Städteverbundes und die Mittelzentren sind relativ gleichmäßig über die Region verteilt und bieten geringe Pendelentfernungen für die Arbeitnehmer in den Verflechtungsbereichen. Die ausgewogene punktaxiale Verteilung wirtschaftlicher Präferenzstandorte bietet gleichwertige Entwicklungsvoraussetzungen für alle Teile der Region – auch für die grenznahen und die Braunkohlenbergbaufolgegebiete.
- zu G 3.2.2 Der Verdichtungsraum Dresden gehört zu den sich dynamisch entwickelnden Wachstumsregionen im Freistaat Sachsen. Die Ansiedlung dieser Betriebe in Dresden kann auch für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region genutzt werden, wenn z. B. freizeitbezogene, qualifizierungsbezogene, unternehmensbezogene Dienstleistungen, die ihren Sitz in der Region Oberlausitz-Niederschlesien haben, für die großen Unternehmen in Dresden angeboten werden (Markterschließung).
- Weiterhin ist eine Erweiterung von Betrieben oder Betriebsteilen, die ihren Absatzmarkt in Dresden haben, im Gebiet bis Königsbrück, Kamenz, Bischofswerda und Bautzen zu erwarten. Hohe Grundstückspreise, Verkehrsprobleme und die spezifische Flächenzunahme in der Wirtschaft können darüber hinaus Gründe für eine Verlagerung von Unternehmen aus Dresden sein. Der Südwesten der Region kann an dem Wirtschaftswachstum Dresdens teilhaben, wenn dafür ein geeignetes Flächenangebot vorgehalten wird. Unter Flächenvorhaltung wird regionalplanerisch die Erhaltung bzw. Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für entsprechende Ansiedlungen verstanden. In Frage kommenden Flächen müssen noch nicht baurechtlich genehmigt oder in kommunaler Hand sein.
- zu G 3.2.3 An das Schienennetz angeschlossene Gewerbegebiete bieten vor allem überregional orientierten Unternehmen die Möglichkeit, Gütertransporte auch per Eisenbahn durchzuführen. Damit werden Straßen vom LKW-Verkehr entlastet und Verkehrsströme zu den Gewerbegebieten können entflechtet werden. So sollte bei der Planung größerer neuer gewerblicher Bauflächen auch darauf geachtet werden, dass ein Schienenanschluss vorhanden ist. Als größere Industrie- und Gewerbeflächen gelten im regionalplanerischen Sinne Gebiete mit mehr als 25 ha. Ebenfalls sollte der nachträgliche Anschluss von großen Gewerbegebieten entlang der im Landesentwicklungs- bzw. Regionalplan festgelegten Achsen an das Schienennetz geprüft und ggf. umgesetzt werden.

3.3 Handel und Dienstleistungen

- Z 3.3.1 Die Innenstädte und Stadtteilzentren des OZSV Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda und der Mittelzentren sind entsprechend ihres zentralörtlichen Verflechtungsbereiches als Standorte des Einzelhandels und der Dienstleistungen auszubauen. Dabei ist auf die Sicherung und Belebung des innenstadtnahen kleinteiligen Einzelhandels hinzuwirken.**
- Z 3.3.2 In Grundzentren sind die im LEP Ziel 2.3.2.2 benannten großflächigen Einzelhandelseinrichtungen, die der Sicherung der verbrauchernahen Versorgung mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs dienen, nur in den im Ziel 1.3.2 des Regionalplanes festgelegten Versorgungs- und Siedlungskernen zulässig.**

Begründung zu 3.3 Handel und Dienstleistungen

- zu Z 3.3.1 Einzelhandelseinrichtungen in den Innenstädten können die zentralörtliche Funktionsfähigkeit sichern und tragen dazu bei, dass die Lebendigkeit und Nutzungsvielfalt in diesen Innenstädten erhöht wird. Ein breites, hochwertiges Angebot an Einzelhandelseinrichtungen in den Innenstädten wertet die Attraktivität dieser zentralen Orte auf. Eine gute Bedienung mit dem ÖPNV, ausreichende Flächen für den ruhenden Verkehr und die Entlastung der Innenstädte vom Durchgangsverkehr sind Voraussetzungen dafür, dass die Innenstädte als zentrale Einzelhandelsstandorte angenommen werden.
- Neben dem Einzelhandel sind Dienstleistungseinrichtungen in den Innenstädten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, so dass eine Nutzungsvielfalt (Wohnen, Arbeiten, Kultur, Daseinsgrundfunktionen) erkennbar ist und die Stadt lebendig bleibt.
- Durch den nach 1990 vonstatten gegangenen „ersten“ Strukturwandel im Einzelhandel in Sachsen wurden auf Grund der Flächenverfügbarkeiten zahlreiche großflächige Einzelhandelsbetriebe und Einkaufszentren außerhalb der historisch gewachsenen Innenstädte und ohne zentralörtlichen Bezug errichtet. Gerade diese historischen Innenstädte als traditionelle Standorte des Einzelhandels konnten damit ihre Funktion nicht aufrechterhalten, so dass die Leerstandsproblematik mittlerweile auch die gewerbliche Nutzung in den zentralen Innenstadtbereichen betrifft. Höherwertige Branchen, die auch auf die Nähe zu den Geschäften des täglichen und periodischen Bedarfs angewiesen sind (Laufkundschaft), waren teilweise gezwungen, ihre Betriebe in den Innenstädten aufzugeben.
- Seit einigen Jahren vollzieht sich eine Art „zweiter“ Strukturwandel im Einzelhandel. Dieser äußert sich vor allem in größeren Verkaufsflächen bei Lebensmittel-Discountern. Bei Neuansiedlungen werden generell Verkaufsflächengrößen über 1.000 m² angestrebt, des Weiteren werden bestehende Filialen auf 1.200 m² und teilweise mehr Verkaufsfläche erweitert bzw. die Standorte an verkehrsgünstig gelegene Ausfallstraßen verlagert. Dies kann wiederum zu einer Schwächung sich gerade etablierter Einzelhandelsstandorte in den Innenstädten bzw. der zentralen Versorgungsgebiete führen. Die höherrangigen Zentralen Orte der Region weisen i. d. R. Verkaufsflächen von mehr als 2 m²/Einwohner, teilweise über 3 m²/Einwohner auf (IHK Dresden: Handelsatlas 2010). Der prognostizierte weitere Einwohnerrückgang führt einerseits zu einer Verringerung der absoluten einzelhandelsrelevanten Kaufkraft in den Verflechtungsbereichen der Zentralen Orte und andererseits zu einer weiteren Erhöhung der Verkaufsfläche pro Einwohner. Es muss mittel- bis langfristig damit gerechnet werden, dass die Rentabilitätsschwelle von Einzelhandelseinrichtungen unterschritten wird, was zur Aufgabe oder Verlagerung der Betriebe führen kann, die sich nicht an den verkehrsgünstig gelegenen Straßen befinden, aber zur verbrauchernahen, fußläufig erreichbaren Nahversorgung notwendig sind und beim kleinteiligen Einzelhandel das Stadtbild in den Innenstädten prägen.
- Eine planerische Konzeption zur Steuerung des Einzelhandels ist gegenwärtig häufig nicht erkennbar. Langfristige Auswirkungen dieser Entwicklung werden bei projektbezogenen Einzelfallentscheidungen nicht berücksichtigt. Um diesem Effekt vorzubeugen, sollte ein Hauptaugenmerk aller Zentralen Orte auf die Erstellung und Umsetzung von Einzelhandelskonzepten, vor allem im Rahmen der Integrierten Stadtentwicklungskonzepte und der kommunalen Bauleitplanung, gelegt werden.
- zu Z 3.3.2 Im Ziel 2.3.2.2 des LEP wird eine Ausnahmebestimmung für die Zulässigkeit von großflächigen Einzelhandelseinrichtungen getroffen, um eine verbrauchernahe Versorgung mit Gütern des kurzfristigen Bedarfs auch in den Grundzentren zu sichern. In Verbindung mit der Festlegung von Versorgungs- und Siedlungskernen im Regionalplan (vgl. Ziel 1.3.2 des Regionalplanes) wird die räumliche Geltung dieser Ausnahmebestimmung auf diese Ortsteile begrenzt. Beim Ziel 3.3.2 handelt es sich im engeren Sinne um ein deklaratorisches Ziel, da sich die Regelung bereits aus dem Ziel 2.2.1.2 LEP ergibt. Das Ziel soll den als Grundzentrum festgelegten Kommunen die Anwendung des LEP erleichtern.

3.4 Tourismus und Erholung

Karte: Die Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete Erholung sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Eine Auflistung der Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete Erholung enthält der Anhang zu Kapitel 3.4. In der (erst im Entwurf nach § 6 Abs. 2 SächsLPlG beigefügten) Karte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ sind die regional bedeutsamen Belange von Freizeit, Erholung und Tourismus dargestellt. Darin integriert ist die räumliche Konkretisierung der Bergbaufolgelandschaften gemäß dem Handlungsauftrag im Ziel 2.1.3.2, Satz 3 LEP. In die Karte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ sind die Reittrouten und die Radfernwege nachrichtlich übernommen.

Hinweis: Die festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Erholung sind aus regionalplanerischer Sicht grundsätzlich geeignet für großflächige Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen im Sinne des LEP Grundsatzes 2.3.3.11 sowie für eine Neuerschließung von Gewässern bzw. Gewässerteilen für die Erholungs- und Sportnutzung im Sinne von LEP Grundsatz 2.3.3.12. Ferner stellen diese Gebiete potenzielle, raumplanerisch geprüfte Standorte für die Errichtung von größeren Ferienhaus- und Ferienwohnungsanlagen gemäß LEP Grundsatz 2.3.3.6 dar. Eine projektbezogene Prüfung der Geeignetheit ist jeweils in der nachfolgenden Planung erforderlich. Regionalplanerische Festlegungen zur landschaftsbezogenen Erholung sind in Kapitel 5.2 Kulturlandschaftsschutz enthalten.

Hinweis: Die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Erholung im Lausitzer Seenland bezieht sich auf konzeptionelle Überlegungen im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Fortschreibung des zugehörigen Regionalen Entwicklungskonzeptes (REK). Der Abschlussbericht zur Fortschreibung des REK konnte in diesem Planentwurf aus terminlichen Gründen nicht mehr berücksichtigt werden. Die relevanten TÖB werden um entsprechende standortbezogene Äußerungen zum Änderungsbedarf bei den Belangen von Tourismus und Erholung gebeten. Dies bezieht sich auch auf die künftigen Nutzungsansprüche am Berzdorfer See. Dabei sollen räumlich konkretisierende Aussagen im Hinblick auf die geotechnischen Standsicherheit und Nutzbarkeit der festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete getroffen werden.

Z 3.4.1 Die räumliche und sachliche Konkretisierung der Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete Erholung im Lausitzer Seenland (sächsischer Teil) sowie am Berzdorfer See im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ist nach Freigabe der geotechnischen Sperrbereiche durch den Sanierungsträger bzw. nach Aufhebung der Allgemeinverfügungen des Sächsischen Oberbergamtes zulässig. Aufgrund ihrer Bedeutung für die touristische Entwicklung sollen die genannten Gebiete in Abstimmung zwischen den Sanierungsträgern und den Kommunen prioritär und bedarfsgerecht saniert werden.

G 3.4.2 Die Bergbaufolgelandschaften des Braunkohlenbergbaus sollen für die Freizeit-, Erholungs- und Tourismusnutzung an den Schwerpunktstandorten

- Geierswalder See/Partwitzer See,
- Sabrodter See,
- Spreetaler See,
- Bärwalder See,
- Berzdorfer See und
- Muskauer Faltenbogen

entwickelt und erschließungsseitig miteinander verbunden werden. Durch eine Besucherlenkung sollen die räumlichen Voraussetzungen für eine extensive Erholung geschaffen werden.

G 3.4.3 Für ein breites Spektrum qualitativ anspruchsvoller wassersportlicher und touristischer Gewässernutzungen im Lausitzer Seenland sind durch die Gemeinden, die Fachplanungsträger sowie das Sanierungsunternehmen die räumlichen Voraussetzungen für die

- **Entwicklung einer wassertouristisch relevanten Infrastruktur mit dem Schwerpunkt der Herstellung schiffbarer Verbindungen vom Partwitzer See bis zum Spreetaler See,**
- **Aufwertung der wassertouristischen Angebote durch eine Vernetzung mit weiteren Fremdenverkehrs- und Kulturangeboten zu schaffen.**

Hinweis: Grundlage für die Darstellung von Radwegen in der Karte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ ist zum einen die Radverkehrskonzeption des Freistaates Sachsen. Zum anderen sollen weitere Wege aufgenommen werden, welche sich aus den laufenden Konzeptionen der Landkreise Bautzen und Görlitz ergeben und eine regionale Bedeutung aufweisen. Um entsprechende Zuarbeiten im Rahmen der Beteiligung wird gebeten. In der folgenden Träger- und Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 6 Abs. 2 SächsLPlG wird der konsolidierte Stand der o. g. Erläuterungskarte zur Diskussion gestellt.

- G 3.4.4 Das bestehende touristische Wegenetz in der Region soll so entwickelt werden, dass eine Verknüpfung mit den Schwerpunkten der Freizeit- und Erholungsnutzung in der Region gewährleistet ist sowie die Voraussetzungen für den grenzüberschreitenden Tourismus verbessert werden.**
- G 3.4.5 Die Schmalspurbahn Zittau–Oybin/Kurort Jonsdorf sowie die Waldeisenbahn Muskau sollen für touristische Zwecke langfristig erhalten werden.**

Begründung zu 3.4 Tourismus und Erholung

- zu RNK Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Erholung dienen der raumordnerischen Sicherung der Belange von Freizeit, Erholung und Tourismus für Wasser- und Landflächen im Sinne der LEP Grundsätze 2.3.3.3, 2.3.3.11 und 2.3.3.12. Die zeichnerische Festlegung im Regionalplan wird an die Lage an einem See von regionaler Bedeutung bzw. dessen unmittelbare Umgebung geknüpft. Die meisten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Erholung liegen daher innerhalb der Geltungsbereiche verbindlicher Braunkohlenpläne. Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Erholung ermöglichen über die raumordnerisch gesicherten Nutzungen in den in Kapitel 5.2 festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Kulturlandschaftsschutz hinaus z. B. auch die Errichtung massiver baulicher Anlagen. Bei der Festlegung im Lausitzer Seenland werden die Ergebnisse des Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes 2015 (REK „Lausitzer Seenland“ 2015) berücksichtigt.
- Mit der Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Erholung werden die räumlichen Voraussetzungen für die Neuerschließung bzw. Erweiterung von Flächen für die Erholungs- und Sportnutzung im Sinne von G 2.3.3.12 LEP geschaffen. Aus raumordnerischer Sicht zulässig sind in diesen Gebieten z. B. Golfplätze, Hafenanlagen/Marinas, Hotels, Wasserskianlagen, Parkplätze u. ä., darüber hinaus können dort auch größere Ferienhaus- und Ferienwohnanlagen gemäß G 2.3.3.6 LEP errichtet werden. Die räumliche und sachliche Konkretisierung erfolgt in den kommunalen Bauleitplänen und auf der Projektebene.
- Die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Erholung setzt eine entsprechende standörtliche Eignung voraus. So sind große Wasserflächen neuentstehender Bergbauseen, wie Blunoer Südsee, Geierswalder See und Spreetaler See, die sich bergbaubedingt und durch die erfolgte Sanierung durch große Wassertiefen, fehlende Flachwasserzonen und geradlinige Uferbereiche von natürlichen Gewässern unterscheiden, besonders für den Wassersport und die damit verbundenen baulichen Anlagen geeignet. Dafür können an abwechslungsreich mit Buchten und Flachwasserzonen gestalteten Bergbauseen wie Erikasee, Lugteich, Bergener See und Graureihersee Wassersportnutzungen aus regionalplanerischer Sicht unterbleiben, womit die genannten Seen für natur- und landschaftsbezogene Nutzungen zur Verfügung stehen. Hierzu gehört auch die Realisierung der in der Fortschreibung des REK aufgegriffenen Konzeption zum Wasserwandern mit muskelbetriebenen Booten.
- Vorbehaltsgebiete wurden dann festgelegt, wenn auf Grund anderer Raumnutzungsansprüche eine raumplanerische Letztentscheidung zu Gunsten der Erholungsnutzung nicht möglich war.
- An der Talsperre Bautzen war eine Entscheidung zu Gunsten einer vorrangigen Erholungsnutzung auf Grund ihrer Zweckbestimmung als Hochwasserschutzanlage und Wasserspeicher, an der Talsperre Quitzdorf auf Grund der wasserwirtschaftlichen Speichernutzung und in beiden Fällen aufgrund der Einordnung in das Natura 2000-Netz (SPA-Gebiet) nicht möglich.
- Für ein mögliches touristisches Großprojekt im Raum Bluno, für Ferienhäuser auf dem Wasser (Aqua Domo) im Partwitzer See und für die touristische Entwicklung auf der Neuberzdorfer Höhe bei Görlitz wurde eine räumliche Sicherung durch Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Erholung vorgenommen. Außerdem bestehen für die genannten Bereiche (städtebauliche) Konzeptionen, etwa der strukturelle Rahmenplan Berzdorfer See (2010).
- Weitere raumordnerische Zielstellungen, u. a. für die naturverträgliche Errichtung von Camping- und Caravanplätzen und für die freie Zugänglichkeit zu Gewässern, sind im LEP enthalten (G 2.3.3.5, G 2.3.3.12).
- zu Z 3.4.1 Die Festlegung ist erforderlich, da sie neben der räumlichen Sicherung der VRG/VBG Erholung die Voraussetzungen für deren Nutzbarkeit regelt, wobei die räumlichen Festlegungen mit einer Bedingung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 1 SächsLPlG verknüpft werden. Infolge der vereinzelt, durch den Grundwasserwiederanstieg verursachten Grundbrüche und Rutschungen ab 2010 wurden vom Sanierungsträger LMBV die gesamten Sanierungsgebiete einer Bewertung auf mögliche Standsicherheitsrisiken unterzogen. Im Ergebnis kam es zu einer präventiven Sperrung großer Bereiche in der Größenordnung von 8.320 ha im sächsischen Revierteil, welche nach weiteren Untersuchungen und Maßnahmen bis 2014 auf 7.000 ha verringert werden konnten (Vortrag von Herrn Scholz, LMBV in der 87. Verbandsversammlung am 12.12.2014). Weiterhin wurden durch das Sächsische Oberbergamt im Zuge von polizeilichen Allgemeinverfügungen über Maßnahmen zur Gefahrenabwehr räumlich bestimmte Betretungs- und Nutzungsverbote nach § 3 Abs. 1 SächsPolG erlassen, deren Aufhebung sich nach der SächsHohlrVO bemisst. Indessen verbleibt eine Schnittmenge von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Erholung mit den noch nicht zur Nutzung freigegebenen Bereichen, so dass die nutzungsseitige Verfügbarkeit der betreffenden Erholungsgebiete von der im Ziel bestimmten Bedingung abhängt. Die zur Herstellung der Standsicherheit erforderlichen Maßnahmen (v. a. Massenverlagerung, Entwässerung, Grundverdichtung) ergeben sich u. a. aus den jeweiligen Braunkohlen- als Sanierungsrahmenplänen und bergrechtlichen Abschlussbetriebsplänen. Der RPV geht in Anbetracht des Sanierungsfortschritts und der bisherigen Entwicklung der Nutzungen davon aus, dass die entsprechenden Bereiche bedarfsgerecht zur Verfügung stehen. Hierzu soll in Abstimmung zwischen Kommunen und Sanierungsträger eine Reihenfolge der planerisch, technisch und verhältnismäßig durchführbaren Maßnahmen bestimmt werden.
- zu G 3.4.2/3.4.3 Infolge der umfangreichen Bergbautätigkeit, insbesondere in der nördlichen Oberlausitz, entstanden und entstehen große Wasserflächen, welche die größte künstliche Landschaft Europas darstellen, mittels schiffbarer Überleiter ver-

bunden werden und langfristig neue Perspektiven für Erholung und Tourismus bieten können. Zwischen dem Ortsteil Klitten der Gemeinde Boxberg/O. L., der Stadt Hoyerswerda sowie den im Land Brandenburg liegenden Städten Spremberg, Großräschen und Senftenberg hat sich ein langgestrecktes Großseengebiet herausgebildet (Lausitzer Seenland), dessen größte Konzentration an Wasserflächen (ca. 45 km²) auf dem Gebiet der Gemeinden Elsterheide und Spreetal entsteht. Die in G 3.4.2 enthaltenen sächsischen Schwerpunktstandorte ergeben sich aus der Bewertung der betreffenden Seen mit einer hohen touristischen Bedeutung gemäß REK Lausitzer Seenland 2015 und werden um die vergleichbaren Attraktionen Berzdorfer See sowie des Muskauer Faltenbogen ergänzt. Eine wesentliche Voraussetzung für die touristische Entwicklung des Lausitzer Seenlandes bildet dabei u. a. die bedarfsgerechte Anbindung an das Schienen- und Straßennetz. Diesbezügliche Festlegungen sind im Kapitel 4 Verkehr zu finden. Für die gebietsinterne Erschließung ist ein einheitliches und konsistentes Wegeleitsystem erforderlich. Insgesamt umfasst die innergebietliche Erschließung und Verbindung Überleiter zwischen den Seen, Rad- und Wanderwege sowie Straßen.

Mit der regionalplanerischen Festlegung des Geierswalder Sees und Teilen des Partwitzer Sees mit angrenzenden geeigneten Uferbereichen als Vorranggebiete Erholung wird dem LEP Ziel 2.1.3.2 (ganzheitliche, restseen- und länderübergreifende regional abgestimmte und gemeinsam getragene Entwicklungsstrategien) entsprochen.

Die Vorranggebiete Erholung E 1 Geierswalde und E 2 Partwitz erhalten durch die (seit 2011 fertiggestellte) schiffbare Verbindung zum Neuwieser See künftig ihre Anbindung zu den Vorranggebieten Erholung E 4 Blunoer Südsee, E 5 Sabrodter See/Schacht 12 sowie zu dem für eine Nutzung durch Speedboote geeigneten Vorranggebiet E 6 Spreetaler See.

Mit der Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Erholung werden die raumordnerischen Voraussetzungen zur touristischen Entwicklung des Lausitzer Seenlandes geschaffen und i. V. m. den Festlegungen für den Kulturlandschaftsschutz gleichzeitig gewisse räumliche Steuerungen in Bezug auf die Art der touristischen Nutzung vorgenommen. Es wird an die im Land Brandenburg im Sedlitzer See bereits vorhandene bzw. vorgesehene touristische Nutzung, insbesondere mit dem Wasserlandeplatz für Flugzeuge, angeschlossen. Der „Landschaftsrahmenplan für das ehemalige Braunkohlentagebaugelände Senftenberger Bergbauregion“ 2004 des Ministeriums für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung des Landes Brandenburg orientiert auf den angrenzenden brandenburgischen Wasserflächen von Partwitzer See, Geierswalder See, Sedlitzer See und Ilsesee auf die Gewässernutzung durch naturverträgliche Erholung (Karte 9.2 des Landschaftsrahmenplanes). Diese Zielsetzung wird bereits durch die informellen Planungen „Schaffung von schiffbaren Verbindungen im Kerngebiet des Lausitzer Seenlandes“ der Wirtschaftsministerien der Länder Brandenburg und Sachsen und dem „REK Lausitzer Seenland“ unterstützt.

Unter dem Leitbild „Von der Bergbau- zur Tourismusregion“ wurden im REK für den sächsischen Teil des Lausitzer Seenlandes vom Geierswalder See bis zum Bärwalder See folgende Entwicklungsleitlinien (im Folgenden zusammengefasst) vorangestellt:

- Region mit Zukunft als wettbewerbsfähige Tourismusregion,
- Regionale Identität im Landschaftswandel vom Bergbau zum Tourismus,
- Regionale Abstimmung und kooperative, vernetzte Entwicklung im Hinblick auf einen abwechslungsreichen und dynamischen Landschafts-, Kultur- und Naturraum,
- Integrative Entwicklung im überregionalen und grenzüberschreitenden Kontext,
- Gemeinsame Vermarktung unter einer Dachmarke.

Für die touristische Entwicklung des Lausitzer Seenlandes besonders geeignete Areale werden als Schwerpunktstandorte der Freizeit-, Erholungs- und Tourismusnutzung mit entsprechenden Schlüsselprojekten definiert. In diesen Gebieten soll die touristische Entwicklung besonders aktiviert werden. Die Elemente des Leitbildes finden sich in den Schlüsselprojekten des „REK Lausitzer Seenland“ wieder:

Schlüsselprojekt	Zuordnung zum See	ausgewählte Projektmaßnahmen
Wasserwelt Geierswalde	Geierswalder See Partwitzer See	Wasserwanderstützpunkt schwimmende Häuser „DerLeuchTurm“ Wasserskianlage Überleiter zwischen Partwitzer-, Sedlitzer- und Senftenberger See Naturschutzgroßprojekt Lausitzer Seenland
Tourismus Bärwalder See	Bärwalder See	See Rundweg (Radfahrer, Wanderer, Skater) Landschaftskunstobjekt Wassersportzentrum – Wasserwanderstützpunkt
Sport- und Golfressort	Sabrodter See Blunoer Südsee	Golfanlagen Hotelanlagen
Speedbootzentrum	Spreetaler See	Jet- und Motorbootzentrum

Tabelle 3.4-1: Ausgewählte Schlüsselprojekte des „REK Lausitzer Seenland“ (2003) mit Ergänzungen aus aktuellen Seenprofilen zum fortgeschriebenen REK (2015)

Weitere Schritte zum Aufbau der notwendigen Infrastruktur sind insbesondere am Standort Berzdorfer See erforderlich. Grundlage dafür bildet der „Strukturelle Rahmenplan Berzdorfer See“ (2010). Zu den Entwicklungsschwerpunkten zählen demnach das Wassersportzentrum/Hafen, Golfplatz, Campingplatz, Ferienhaussiedlung und Deutsch Ossig. Das „REK Lausitzer Seenland“ baut auf den Sanierungszielen des Braunkohlenplanes Spreetal zur Schaffung eines mittels schiffbarer Verbindungen vernetzten Kerngebietes des Lausitzer Seenlandes auf. Folgende schiffbare Verbindungen sind vorgesehen:

Nummer	Seenverbindung	Realisierungsstand
1	Sabrodter See–Spreetaler See	2005 Beginn der Vorplanung mit Ziel Schleusenbauwerk für binnenseeübliche Fahrgastschiffe (Fertigstellung vsl. 2015)
3	Blunoer Südsee–Sabrodter See	Baubeginn vsl. 2015
3a	Blunoer Südsee–Neuwieser See	Baubeginn vsl. 2014
2/4/5	Sabrodter See–Bergener Seen bis Neuwieser See	Realisierung 2008 bis nach 2016
6	Neuwieser See–Partwitzer See	seit 2011 realisiert
7	Blunoer Südsee–Partwitzer See	2005 Beginn der Vorplanung (Entscheidung zum Bau offen)
9	Geierswalder See–Partwitzer See (Barbarakanal)	seit 12/2003 realisiert

Tabelle 3.4-2: Schiffbare Verbindungen im sächsischen Teil des Lausitzer Seenlandes (mit Nummerierung nach LMBV, Quelle: http://www.lmbv.de/tl_files/LMBV/Publikationen/Publikationen%20Lausitz/Infoblaetter%20L/Infoblaetter%20Ueberleiter/kanaele_und_seen_06-2013.pdf, Zugriff am 8.4.2015)

Im angrenzenden Brandenburger Teil des Lausitzer Seenlandes sind vorgesehen:

Nummer	Seenverbindung	Realisierungsstand
8	Partwitzer See–Sedlitzer See (Rosendorfer Kanal)	seit 1/2006 realisiert
10	Geierswalder See–Sedlitzer See (Sornoer Kanal)	seit 1/2006 realisiert
11	Sedlitzer See–Großräscher See	Realisierung 2009 bis 2014
12	Geierswalder See–Senftenberger See	2007 Beginn der Realisierung mit Schleusenbauwerk, Fertigstellung 2013

Tabelle 3.4-3: Schiffbare Verbindungen im Brandenburger Teil des Lausitzer Seenlandes (mit Nummerierung nach LMBV, Quelle siehe Tabelle 3.4-2)

Die Seen und die schiffbaren Verbindungen werden in der Karte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ dargestellt.

Der Zeitrahmen zur Entwicklung der Infrastruktur für die wassergebundene Erholungs- und Sportnutzung wird durch die Flutung der Tagebauseen bestimmt. Nach gegenwärtigem Kenntnisstand des Sanierungsunternehmens LMBV mbH (Stand: 12/2014, Internetveröffentlichung LMBV, siehe <http://www.lmbv.de/index.php/saechsische-lausitz.html>, http://www.lmbv.de/index.php/Brandenburgische_Lausitz.html, Zugriff am 8.4.2015) ist der Abschluss der Flutung erfolgt bzw. in den folgenden Jahren zu erwarten:

Geierswalder See 2013,
 Bärwalder See 2010,
 Berzdorfer See 2013,
 Spreetaler See 2015,
 Seen um Bluno 2016,
 Partwitzer See 2015,
 Scheibe-See 2011.

Die Jahreszahlen für den Abschluss der Flutung orientieren auf das erstmalige Erreichen des vorgegebenen Seewasserspiegels, keinesfalls jedoch die abgeschlossene mengen- und gütewirtschaftliche Herstellung des Tagebausees. Hier nicht aufgeführte, jedoch von den Festlegungen betroffene Seen haben bereits den Endwasserstand erreicht (z. B. Halbendorfer See).

Die Größe der Restseen erlaubt einen vielfältigen Nutzungsmix. Dieser umfasst v. a. am Geierswalder und Partwitzer See sowie am Blunoer Südsee und am Berzdorfer See neben der intensiven Erholung Bereiche für den Arten- und Biotopschutz, Kulturlandschaftsschutz und die Waldmehrung, welche ebenfalls für eine extensive Erholung geeignet sind.

Allerdings setzt dies eine entsprechende Besucherlenkung über die Art und Intensität der Erschließung (Wegenetz, keine massive Bebauung) voraus. Damit wird G 2.3.3.12 LEP 2013 aufgegriffen, wonach eine entsprechende Nutzungszone an Tagebaurestseen vorgenommen werden soll. Außerdem ergänzt diese Vorgabe Z 5.2.3 bezüglich einer angemessenen und landschaftsschonenden Erschließung der VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz.

Das länder- und staatsgrenzenübergreifend bedeutsame hochwertige Landschaftsbild des Geoparks Muskauer Faltenbogen und seiner wertgebenden Elemente (z. B. Zeugen der bergbaulichen Tätigkeit, weitere geologische Besonderheiten) begründet eine touristische Entwicklung an dafür geeigneten Standorten. Für eine touristische Nutzung im Sinne dieses Planes kommen in erster Linie Teile des Halbendorfer See sowie unter Berücksichtigung der kulturlandschaftlichen Bedeutung des Muskauer Parks (Unesco-Weltkulturerbe) die Stadt Bad Muskau in Frage. Im Übrigen wird auf die Ziele 1.2.2 und 2.2.1 (6., 8. und 9. Anstrich) sowie die Begründung zum Kapitel 5.2 dieses Planes verwiesen.

zu G 3.4.4

Gemäß LEP Grundsatz 2.3.3.10 soll das touristische Wegenetz (unter anderem Wander-, Rad- und Reitwege) qualitativ verbessert und in seiner Nutzbarkeit gesichert sowie länder- und grenzüberschreitend abgestimmt werden. Neben der Bestandentwicklung umfasst diese Vorgabe auch Lückenschlüsse zur Schaffung eines konsistenten funktionalen Wegenetzes. Wichtige Eckpunkte der touristischen Erschließung sind die Anbindung abseits gelegener attraktiver Standorte, die Vernetzung der überregionalen Radwege sowie die Anbindung Hoyerswerdas an das Seenland (s. u.). Für das Lausitzer Seenland ist ein einheitliches und länderübergreifendes Wegeleitsystem erstrebenswert.

Es ist wichtig, dass ein optimal ausgebautes Radwegenetz entsteht, welches touristische Radwege und straßenbegleitende Radwege integriert. Eine der Grundlagen ist die Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2014 (siehe Begründung zu G 4.1.7).

Zu den durch die Region Oberlausitz-Niederschlesien führenden Radfernwegen zählen der „Spreeradweg“, der „Oder-Neiße-Radweg“, die „Sächsische Städteroute“, die Route „Heide-Teich-Landschaft“ („Froschradweg“) sowie der Radfernweg „Radroute Sächsische Mittelgebirge“ (Route wird auf der Basis des Radfernweges „Bayreuth-Zittau“ neu konzipiert. Der Radfernweg „Oder-Neiße-Radweg“ bildet gleichzeitig die Route D 12 des Radfernwegenetzes Deutschland. Die Route D 4 (Mittelland-Route) des Radfernwegenetzes Deutschland verläuft auf einem Teil des Radfernweges „Radroute Sächsische Mittelgebirge“.

Neben diesen Radfernwegen besteht in der Region ein Netz von Regionalen Hauptradrouten, das folgende Radrouten (mit Längenangabe in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien) umfasst:

– „Bärwalder See“	19 km
– „Königsbrücker Heide“	37 km (weitere 7 km in der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge)
– „Krabatradweg“	85 km
– „Kreishahnradweg Görlitz-Königshain“	17 km
– „Niederlausitzer Bergbautour“	52 km (weitere 458 km in der Planungsregion Lausitz-Spreewald)
– „Pillnitz-Städteroute“	7 km (weitere 16 km in der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge)
– „Radroute Sächsische Salzstraße“	1 km (weitere 39 km in der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge)
– „Seenlandradweg“	73 km (weitere 47 km in der Planungsregion Lausitz-Spreewald)
– „Sorbische Impressionen“	47 km
– „Tour Brandenburg“	13 km (weitere ca. 1.000 km im Land Brandenburg)
– „Umgebindehausradweg“	89 km
– „Wolfsradweg“	43 km
– „Rübezahradweg“	26 km (Die Gesamtlänge des Rübezahradweges beträgt ca. 250 km. Davon verlaufen ca. 133 km auf dem Gebiet der Republik Polen, ca. 66 km auf dem Gebiet der Tschechischen Republik sowie ca. 47 km auf deutschem Gebiet, davon 21 km in der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge.)

Die Verknüpfung der Regionalen Hauptradrouten mit den Radfernwegen, soweit noch nicht erfolgt, ist aus regionalplanerischer Sicht zu befürworten. Darüber hinaus ist die Anlage von weiteren regionalen Radwegen einschließlich deren Verknüpfung mit den Radfernwegen vorzusehen. Hierfür kommen insbesondere ein das Lausitzer Seenland (mit Anschluss an das Land Brandenburg) und ein den Raum des Geoparks Muskauer Faltenbogen erschließender Radweg (einschließlich Anschluss an den Findlingspark Nochten) infrage. Zur Umsetzung dieses Anliegens können u. a. die in der Karte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ als Vorschlag dargestellten künftigen Regionalen Hauptradrouten „Seenland-Route“, „Fürst-Pückler-Radweg“ sowie „Seeadleradweg“ beitragen. Für den grenzüberschreitenden Radverkehr stehen derzeit in der Region Oberlausitz-Niederschlesien 22 für den Radverkehr nutzbare Übergangsstellen (davon 20 Wanderwege) zwischen Sachsen und der Tschechischen Republik bzw. 10 zwischen Sachsen und der Republik Polen zur Verfügung. Die Radwege sind mit den auf deutscher Seite verlaufenden Radfernwegen „Sächsische Mittelgebirge“, „Spreeradweg“, „Oder-Neiße-Radweg“ sowie der Regionalen Hauptradroute „Umgebindehausradweg“ verknüpft, wobei die Entfernungen zu diesen Radrouten zwischen 0,1 km und maximal 4 km betragen. Für die touristische Erschließung prioritär sind der Ausbau der Verbindungen von Hoyerswerda und Spreetal ins Lausitzer Seenland als Bestandteil der Seenlandroute. Dies betrifft zum einen die Verlegung des Elster-Radwegs zwischen Hoyerswerda und Geierswalde möglichst nah zum Fluss hin und zum anderen den zu schaffenden Abschnitt Burgneudorf-Spreetal als Bindeglied zwischen dem Spree- bzw. Froschradweg und dem Seenlandradweg. Da die genannten Wege der An- und Verbindung von prioritär zu sanierenden VRG/VBG Erholung gemäß Ziel 3.4.1 dienen, kommt ihnen eine entsprechend hohe Bedeutung zu, welche die ebenfalls herzustellende geotechnische Standsicherheit einschließt. Weiterentwicklungsbedarf besteht zudem bezüglich der Hauptradroute „Sorbische Impressionen“, die als Themenweg bislang nur die mittleren Regionsteile umfasst, jedoch den Raum Schleife mit seinen sorbischen Kultureinrichtungen sowie Attraktionen (Sorbisches Kulturzentrum (SKC), Njepila- und Schusterhof) nur von Norden (Lieskau) erreicht. Dabei kann zumindest partiell auf bestehende Radwege als Bindeglieder (Spreeradweg, Wolfsradweg) zurückgegriffen werden. Außerdem erfordert der voranschreitende Tagebau Nochten die Umverlegung des Froschradweges zwischen Schleife und Neustadt/Spree; hierfür wurde im Braunkohlenplan Tagebau Nochten (Gesamtfortschreibung 2014) eine entsprechende Vorbehalts-

trasse entlang des künftigen Restsees festgelegt, weiterhin sind in diesem Plan Rad- und Wirtschaftswege zur Erschließung der Bergbaufolgelandschaft räumlich bestimmt worden.

Neben dem Radwegenetz besteht in Sachsen ein Netz von Reitrouten. Das mit Stand von Dezember 2005 vom SMUL erarbeitete Reitroutennetz enthält die durch die Region Oberlausitz-Niederschlesien verlaufenden Fernreitrouten, welche zum überwiegenden Teil rechtlich gesichert sind oder sich im Genehmigungsverfahren befinden. Darüber hinaus bestehen Regionalrouten, die sich zum größten Teil im Genehmigungsverfahren befinden. Zweckmäßig erscheint aus regionalplanerischer Sicht die Ergänzung der Reitwege um eine West-Ost-Verbindung im nördlichen Teil der Region, die das Lausitzer Seenland mit dem Muskauer Faltenbogen verknüpft.

Das touristische Wegenetz beinhaltet neben den Rad- und Reitwegen auch die Wanderwege. Zu den durch die Region Oberlausitz-Niederschlesien führenden Wanderwegen zählt ein Abschnitt des Europäischen Fernwanderweges E 10 (Ostsee-Böhmerwald-Alpen) sowie ein Abschnitt des Europäischen Fernwanderweges E 3 (Istanbul-Kap St. Vincent), Abschnitte der Nationalen Fernwanderwege „Wanderweg der Deutschen Einheit“ (Görlitz-Aachen), Ostsee-Saaletalsperren, Zittau-Wernigerode und Görlitz-Greiz sowie der Gebietswanderweg „Oberlausitzer Ringweg“ und ein Abschnitt (Radeberg-Valtenberg-Wilthen-Bieleboh-Zittau-Hochstein-Niesky-Hoyerswerda) des Gebietswanderweges „Lausitzer Schlange“ (Dresden-Senftenberger See). Zu den Pilgerwegen gehört der Ökumenische Pilgerweg „Via Regia“ (Görlitz-Vacha), der die Region Oberlausitz-Niederschlesien zwischen Görlitz und Königsbrück durchquert und der Jakobsweg Posen (Poznań)-Görlitz-Praha/Prag (Zittauer Jakobsweg).

Durch eine räumliche Entzerrung der Wege des touristischen Wegenetzes kann einer unkoordinierten Wegebenutzung und damit verbundenen möglichen Konflikten zwischen Radfahrern, Reitern und Wanderern vorgebeugt werden. Das vorhandene land- und forstwirtschaftliche Wegenetz wird dabei ohne Einschränkung seiner betrieblichen Funktion in das bestehende touristische Wegenetz einbezogen.

zu G 3.4.5

Die von der Sächsisch-Oberlausitzer Eisenbahngesellschaft mbH (SOEG) betriebene Schmalspurbahn besitzt neben ihrer Funktion im SPNV eine besondere Bedeutung für den Tourismus. Im Rahmen des SPNV (Kursbuchstrecke 238 Zittau-Bertsdorf-Oybin/Kurort Jonsdorf) nimmt diese Strecke Erschließungsfunktionen wahr (Anbindung der Gemeinden südlich von Zittau an dieses Mittelzentrum). Für beide Gemeinden am Endpunkt der Strecken wurde die besondere Gemeindefunktion Tourismus festgelegt, siehe oben Ziel 1.2.2. Ferner kommt der Bahnstrecke im Zusammenhang mit dem Naturpark „Zittauer Gebirge“ eine besondere Bedeutung zu. Die Umsetzung der Ziele des Naturparks „Zittauer Gebirge“ (u. a. Förderung einer landschaftsbezogenen Erholung und einer nachhaltigen Tourismuswirtschaft) soll durch die Schmalspurbahn in einer Form unterstützt werden, dass eine Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs in diesem Gebiet erreicht wird. Im Zeitraum zwischen 2012 und 2014 belief sich das Fahrgastaufkommen auf dieser Strecke auf durchschnittlich ca. 168.000 Personen/Jahr. Im Zusammenhang mit einer positiven Entwicklung des Fahrgastaufkommens ist u. a. die Einbeziehung der Schmalspurbahn in Veranstaltungen (z. B. Fahrten zu Führungen auf dem Berg Oybin, Fahrt zu den Ritterspielen in Oybin) konzipiert.

Die Waldeisenbahn Muskau wurde als Güterbahn ab dem Jahr 1895 mit einer Spurweite von 600 mm errichtet. Die Streckenlänge betrug zeitweise ca. 85 km. Heute wird die Waldeisenbahn Muskau ausschließlich für touristische Zwecke genutzt. Ihre Streckenlänge beträgt derzeit ca. 20 km. Sie verbindet die Stadt Weißwasser/O.L. mit Bad Muskau bzw. mit Kromlau und den dazugehörigen Landschaftsparks. Die Bahn wurde 2014 von ca. 43.000 Fahrgästen genutzt. Zukünftige Potenziale ergeben sich vor allem mit der Entwicklung des „Geoparks Muskauer Faltenbogen“ und der Kurortentwicklung von Bad Muskau. Im Zusammenhang mit der weiteren Erschließung des ausgewiesenen Vorranggebietes Erholung E 11 Halbendorfer See für den Tourismus und die Naherholung erscheint eine Anbindung dieses Gebietes an das Streckennetz der Waldeisenbahn Muskau zweckmäßig. Eine mögliche Variante besteht darin, für die im Rahmen des Braunkohlenabbaus wegfallende Strecke ersatzweise eine Neubaustrecke vom Halbendorfer Wechsel zum Kommunikations- und Informationszentrum Weißwasser (Aussichtsturm am Schweren Berg) zu bauen und für den öffentlichen touristischen Personenverkehr zu nutzen. Hierzu wurde am 14.07.2011 eine Vereinbarung zwischen der Vattenfall Europe Mining und dem Verein Waldeisenbahn Muskau geschlossen, welche die Umverlegung in Verbindung mit dem Transport eines Abraumbaggers zum Gegenstand hat. Darüber hinaus besteht langfristig die Möglichkeit einer Verlängerung der Strecke zum künftigen Restsee des Tagebaues Nochten. Nähere Regelungen dazu enthält Grundsatz 24 der Fortschreibung des Braunkohlenplans Tagebau Nochten (2014).

4 Verkehrsentwicklung

- Karte:** Die abschließenden Festlegungen des LEP 2013 (Vorranggebiete Neubau Straßen gemäß Z 3.2.5) sind in die Karte „Raumnutzung“ (RNK) nachrichtlich übernommen. Dort sind die als Handlungsaufträge an die Regionalplanung festgelegten Vorbehaltsgebiete gemäß G 3.2.6 LEP 2013 durch eine regionalplanerische Festlegung im Sinne von Z 3.2.7 LEP 2013 konkretisiert, sofern eine entsprechende Planungsreife vorlag, ansonsten erfolgt ebenfalls eine nachrichtliche Übernahme. In der RNK sind ferner aus regionaler Sicht bedeutsame Straßenneu- und -ausbaumaßnahmen sowie entsprechende Festlegungen für das Schienennetz enthalten. Dies betrifft die Straßenneubaumaßnahmen Rückverlegung der B 156 im Abschnitt Boxberg/O.L.–Weißwasser/O.L., die Ortsumgehung Radeberg (Südumfahrung) im Abschnitt S 95 bis S 177 alt sowie den kombinierten Aus- und Neubau der Spreestraße 2. BA als Bestandteil einer West-Ost-Verbindung zwischen der A 13 und Weißwasser/O.L. bzw. der polnischen Grenze als originäre Festlegungen des Regionalplanes.
- Anhang:** Der Anhang zu Kapitel 4 enthält eine Auflistung zum Planungsstand und zur regionalplanerischen Integration relevanter Straßenneubaumaßnahmen einschließlich Ortsumgehungen sowie Aussagen zum Bestand und zur Entwicklung von Grenzübergängen.

4.1 Straßen- und Fahrradverkehr

- G 4.1.1** Das Straßennetz in der Region ist so auszubauen, dass insbesondere der straßenbezogene überregionale Reise- und Fernlastverkehr aus und nach Ost- und Südosteuropa auf überregionalen Straßen zügig abgeführt werden kann. Dafür sind die großräumigen Verkehrsströme auf neu- und auszubauende Straßen umzulenken, Netzlücken umweltverträglich zu schließen und die Weiterführung der überregional bedeutsamen Straßen in die Nachbarländer zu berücksichtigen.
- Z 4.1.2** Als regionalplanerisch bedeutsame Straßenneubaumaßnahmen sind zusätzlich zu den Festlegungen des LEP Sachsen 2013 folgende Vorhaben vorrangig durchzuführen:
- Ausbau sowie abschnittsweiser Neubau einer überregionalen West-Ost-Verbindung (Lauchhammer)–A 13 (AS Ruhland)–B 96 Hoyerswerda/ A 13 (AS Großräschen)–B 156 OU Bluno–Schwarze Pumpe–K 9281 Spreestraße 2. Bauabschnitt–Neustadt/Spree–Weißwasser/O.L.–(A 18–Grünberg (Zielona Góra), (Republik Polen)) bzw. Neustadt/Spree–Boxberg/O.L.–Rietschen–B 115 Niesky–Görlitz/GÜG Ludwigsdorf–(A 15 Breslau (Wrocław), (Republik Polen)); hierzu ist darauf hinzuwirken, dass in Zusammenarbeit mit den Planungs- und Aufgabenträgern im Land Brandenburg ein adäquater Zielzustand der dortigen Straßenabschnitte erreicht wird;
 - Ortsumgehung Radeberg (Südumfahrung, S 95 bis S 177 alt).
 - Die mittelfristige Rückverlegung der B 156 zwischen Weißwasser/O.L. und Boxberg/O.L. auf der festgelegten Vorbehaltstrasse ist durch die Fachplanung im Zusammenhang mit dem Tagebaufortschritt und der räumlichen Nutzung des Truppenübungsplatzes Oberlausitz zu prüfen.
- Z 4.1.3** Im bestehenden Straßennetz sollen die Bundesstraßen sowie die in Tabelle 4.1-1 (siehe Begründung) aufgeführten Staatsstraßen vorrangig ausgebaut werden.
- G 4.1.4** Regional und nahräumig bedeutsame Straßenverbindungen sollen in funktionaler Ergänzung zum überregionalen Straßennetz und unter Berücksichtigung der Auswirkungen des demografischen Wandels unter folgenden Aspekten ausgebaut und optimiert werden:
- Verbesserung der Verbindungsqualität zwischen dem Verflechtungsbereich (Nahbereich) und dem die grundzentrale Funktion wahrnehmenden Zentralen Ort (gemäß Karte Zentrale Orte und Nahbereiche)
 - Verbindung zwischen benachbarten Grundzentren.
- Z 4.1.5** Auf den Bau von Straßenverkehrsbrücken über die Lausitzer Neiße bei Lodenau, Deschka sowie in Hirschfelde ist hinzuwirken.
- G 4.1.6** Soweit erforderlich, sollen schienengleiche Bahnübergänge durch kreuzungsfreie Querungen ersetzt und bestehende Brückenbauwerke erneuert werden. Die Schranken-

anlagen entlang der Eisenbahnstrecken Görlitz-Weißwasser/O.L.-(Cottbus), (Dresden)-Radeberg-Bautzen-Görlitz, Görlitz-Zittau, Horka-Hoyerswerda-(Ruhland), (Dresden)-Königsbrück und Zittau-Bischofswerda sind dem aktuellen Stand der Technik anzupassen.

G 4.1.7 An Abschnitten von stark frequentierten Bundes-, Staats- und Kreisstraßen sollen straßenbegleitende Radwege bei entsprechendem, insbesondere zentralörtlich begründetem Bedarf oder zur Anbindung an das touristische Radwegenetz vorrangig gebaut und mit den innerörtlichen Radwegen vernetzt werden.

Z 4.1.8 Die durch Vorranggebiete Wasserversorgung verlaufenden Vorrangstrassen für Straßenneubaumaßnahmen und Ausbauabschnitte gemäß Ziel 4.1.3 sollen so ausgebaut werden, dass keine erhebliche Beeinträchtigung der Ressource Trinkwasser erfolgt.

Begründung zu 4.1 Straßen- und Fahrradverkehr

Mit dem Landesverkehrsplan (LVP) Sachsen 2025 liegt ein Fachplan für den Bereich Verkehr vor, welcher durch den LEP 2013 nach raumordnerischen Erfordernissen konkretisiert wurde, daran ist der Regionalplan anzupassen. Die in der Festlegungskarte 4 Verkehrsinfrastruktur des LEP 2013 festgelegten Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete bzw. weitere Vorhaben (z. B. bei abgeschlossenem Planfeststellungsverfahren) wurden nachrichtlich in den Regionalplan übernommen (vgl. Legende zur RNK). Der Regionalplan greift daher die im LEP festgelegten Vorhaben nicht mehr gesondert auf. Lediglich die Ziele 4.1.2 und 4.1.3 dienen zur Präzisierung der Aussagen des LEP. Seit dem letzten Regionalplan realisierte Maßnahmen werden nicht wieder aufgeführt. Die originären Festlegungen des Regionalplans sind die Straßenneubaumaßnahmen Spreestr. 2. BA zwischen Neustadt/Spree und Schwarze Pumpe (Vorranggebiet Neubau Straße), Rückverlegung B 156 im Abschnitt Boxberg/O.L.–Weißwasser/O.L. (Vorbehaltsgebiet Neubau Straße) sowie die Ortsumgehung Radeberg (Südmufahrung) im Abschnitt von der S 95 bis zur S 177 alt (Vorbehaltsgebiet Neubau Straße). Handlungsaufträge des LEP (Z 3.2.7) zur Präzisierung von Trassenkorridoren zu VRG bzw. VBG Straße werden bei verfestigtem straßenrechtlichen Planungsstand regionalplanerisch konkretisiert bzw. gesichert. Ferner wurden aus dem Braunkohlenplan Tagebau Nochten (Gesamtfortschreibung 2014, Ziel 22) die Umverlegungstrasse für die K 8476 / S 130 zwischen Trebendorf und Neustadt/Spree sowie eine über die künftige Bergbaufolgelandschaft geführte überregionale Verbindungsstraße zwischen Weißwasser/O.L. und der Spreestraße, 1. BA, als Vorbehaltsgebiete Neubau Straße nachrichtlich übernommen.

zu G 4.1.1 Die Region ist über die A 4 in das überregionale Autobahnnetz eingebunden. Neben der A 4 haben die

- B 97/B 96/B 6/B 178 für den Verkehr in der Nord-Süd-Verbindung (z. B. Berlin–Hoyerswerda–Bautzen–Löbau–Zittau–Liberec/ Reichenberg–Praha/Prag, Löbau–Ebersbach/Sa.–Česka Lipa/Böhmisch Leipa–Praha/Prag, Tschechische Republik),
- B 115 Görlitz–Niesky–Weißkeißel–(Weißwasser/O.L. über S 127)–(Cottbus–A 15–Berlin) und die
- B 156 Bautzen–Weißwasser/O.L.–(Sorau (Žary), Republik Polen)

große Bedeutung für die Abwicklung des überregionalen Straßenverkehrs und für die Erreichbarkeiten der Mittelzentren Löbau, Zittau und Weißwasser/O.L. sowie des Oberzentralen Städteverbunds Bautzen–Görlitz–Hoyerswerda. Ein hohes Verkehrsaufkommen führt vor allem in der dicht besiedelten und topographisch stark gegliederten südlichen Oberlausitz zu einer hohen Umwelt- und Lärmbelastung in den Orts- bzw. Tallagen. Reduziert werden können diese Belastungen, insbesondere entlang der B 6, B 96, B 98, B 178 u. a., durch die Umlenkung der überregionalen Verkehrsströme auf die A 4 und auf die noch fertigzustellende B 178n Zittau–Weißenberg in den Abschnitten A 4–Nostitz sowie Niederoderwitz–Oberseifersdorf. Dies verlangt einen leistungsfähigen Ausbaustand der genannten Hauptverkehrsachsen einschließlich der zugehörigen Verknüpfung mit dem überregionalen Autobahnnetz. Seit der EU-Erweiterung ist eine Steigerung des grenzüberschreitenden Verkehrs bereits erfolgt und weiterhin zu erwarten. Insbesondere durch die im Zuge der erfolgten EU-Erweiterung bis 2025 prognostizierte Zunahme des Verkehrsaufkommens um 35 % mit Polen bzw. 22 % mit Tschechien bezogen auf das Ausgangsjahr 2010 (LVP 2025, S. 34) ist es notwendig, diese Straßen leistungsfähig auszubauen. Durch die EU-Erweiterung ist es weiterhin erforderlich, zusätzliche Verbindungswege insbesondere im nachgeordneten Verkehrsnetz nach Polen und Tschechien zu schaffen. Die zu erwartenden Steigerungen im grenzüberschreitenden Verkehr erfordern den Neu- bzw. Ausbau von Straßenverbindungen. Hierzu zählen die Komplettierung der Bundesstraße 178 sowie die Relation Hoyerswerda–Weißwasser/O.L. als Teil einer leistungsfähigen Ost-West Verbindung von Polen in den mitteldeutschen Raum zwischen der A 15 und der A 4 (s. u.). Darüber hinaus ist es notwendig, dass der grenznahe Raum um Weißwasser/O.L. über die A 18 nach Breslau (Wrocław) angebunden wird. Neben diesen überregional bedeutenden Straßen ist der Bau von weiteren Übergängen mit regionaler/örtlicher Bedeutung in die Tschechische Republik bzw. in die Republik Polen konzipiert. Mit der Verdichtung der Grenzübergänge werden somit die Voraussetzungen für kurze Verkehrswege zur wirtschaftlichen und touristischen Vernetzung der Grenzregion geschaffen. Der Neu- und Ausbau der Bundesstraßen hat die Anpassung des sächsischen Fernstraßennetzes an die Erfordernisse der EU-Erweiterung zum Ziel.

zu Z 4.1.2 Im Landesentwicklungsplan 2013 sind Vorranggebiete für Bundes- und Staatsstraßen als bedarfsgerecht zu realisierende Neubaumaßnahmen festgelegt, welche Verbindungen im Verlauf bzw. in Anbindung (über)regional bedeutender Verbindungs- und Entwicklungsachsen darstellen (vgl. Anhang zu Kap. 4.1). Dazu gehören die B 96 OU Hoyerswerda, die B 156 OU Malschwitz–Niedergurig, die B 178 A 4–Nostitz–(Löbau–Niederoderwitz–)Oberseifersdorf–(Zittau)–

(Kleinschöna u (Sieniawka, Republik Polen)–Liberec/Reichenberg, (Tschechische Republik)), die S 92/94 OU Bernsdorf, S 95/S 100 OU Kamenz, S 106 Südumgehung Bautzen 2. BA, S 111a Südwestumgehung Görlitz sowie die S 177 Verlegung südlich Großhermannsdorf sowie der Neubau Radeberg–A 4. Die vorgenannten Abschnitte werden nachrichtlich in den Regionalplan übernommen. Der RPV bewertet diese Neubauvorhaben gemäß Z 3.2.5 LEP 2013 als wesentliche Elemente der Netzentwicklung, da sie die Verbindung zwischen höherrangigen zentralen Orten, die großräumige bzw. grenzüberschreitende Zugänglichkeit der A 4 sowie die verkehrliche Durchlässigkeit im Bereich hoch belasteter Ortslagen verbessern, und stuft sie somit als prioritär ein. Dies trifft sinngemäß auch für die in G 3.2.6 LEP 2013 festgelegten Straßenkorridore und symbolhaften Netzelemente (Straßenverlegungen, Bahnübergangs beseitigung und Ortsumgehungen) zu, welche wie die OU Krauschwitz (B 115), die Südumfahrung Bautzen (S 106, 3. BA) oder die Verlegung Rottenburg/O.L.–Niesky (S 121) im bisherigen regionalplanerischen Ziel zu den Straßenneubaumaßnahmen enthalten waren und nunmehr landesplanerisch gesichert sind. Die im LEP 2013 mit Z 3.2.7 vorgegebene regionalplanerische Konkretisierung insbesondere symbolhaft festgelegter OU hängt von der jeweiligen Planreife (abgeschlossenes Raumordnungsverfahren, Linienbestimmung, Planfeststellung) und der dort zu bestimmenden Vorzugsvarianten ab, welche den Erfordernisse der Raumordnung zu entsprechen hat. Hierfür wurden vorsorglich mögliche Trassenverläufe von anderen Raumnutzungen frei gehalten.

Ziel 4.1.2 ist komplementär zu den Festlegungen des LEP 2013. So stehen die regionalplanerisch vorrangig durchzuführenden Straßenneubauvorhaben im Zusammenhang mit regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachsen (überregionale West-Ost-Verbindung, B 156) oder in deren Fortsetzung durch eine übergeordnete Achse (S 95). Damit werden die Prioritäten der Landes(verkehrs)planung, welche sich aus der Meldung von Vorhaben für den künftigen Bundesverkehrswegeplan und aus der Dringlichkeitseinstufung bei der Staatsstraßenplanung ergeben, grundsätzlich anerkannt und ggf. regionalplanerisch ergänzt (S 95 Südumfahrung Radeberg).

Kernstück der überregionalen West-Ost-Verbindung (Lauchhammer)–A 13–Hoyerswerda–Weißwasser/O.L.–Grenze D/PL ist die Verbindung zwischen dem Mittelzentrum Weißwasser/O.L. und der Stadt Hoyerswerda als Bestandteil des Oberzentralen Städteverbunds Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda. Diese findet an beiden Enden ihre Fortsetzung zur A 13 (AS Ruhland) bzw. zu den Grenzübergängen Krauschwitz (–Grünberg (Zielona Góra)) bzw. über die B 115 nach Ludwigsdorf (–A 4 Breslau (Wrocław)). Erreicht werden kann diese Relation, welche eine regional bedeutsame Verbindungs- und Entwicklungsachse bildet, durch den abschnittsweisen Neu- und Ausbau. So bedarf es einer teilweisen Trassenkorrektur der B 96 im Bereich Lauta und Hoyerswerda im Zuge der Bestandsentwicklung sowie einer entsprechenden Maßnahme im Verlauf der S 130 um Neustadt/Spree. Dort bindet auch der auszubauende 2. BA der Spreestraße aus Spremberg bzw. Schwarze Pumpe ein (s. u.), welche großräumig betrachtet ebenfalls von der A 13, AS Freienhufen über die B 156 eine direkte Verbindung nach Neustadt/Spree herstellt und das Lausitzer Seenland im Norden erschließt. Da dieser Abschnitt wenige Ortsdurchfahrten aufweist, eignet er sich besonders für den Schwerlastverkehr. Über den 1. BA der Spreestraße (K 8481 und K 9281) und den Kraftwerksstandort Boxberg wird die auszubauende S 131 erreicht, welche nach Rietschen überleitet und dort über die B 115 eine leistungsfähige Verbindung Richtung Görlitz sowie zur A 4, AS Kodersdorf und damit zum GÜG Ludwigsdorf ermöglicht. Zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse entlang der S 131 waren bislang (Bedarfsplan Staatsstraßen 2003) schon Ortumfahrungen von Kringelsdorf und Reichwalde geplant. Von Neustadt/Spree aus stellt die nach tagebaubedingter Verlegung ortsdurchfahrtsfreie Fortsetzung der S 130 über Schleife und die K 8476 die direkte Verbindung nach Weißwasser/O.L. her, von wo über die S 126 bzw. 127n der Grenzübergang (GÜG) Krauschwitz angebunden ist. Zusätzlich ist in der Fortschreibung des Braunkohlenplans Tagebau Nochten 2014 noch eine Vorbehaltsstrasse über die herzustellende Bergbaufolgelandschaft räumlich gesichert. Die genannte West-Ost-Relation dient somit einerseits dem grenzüberschreitenden Verkehr und andererseits der Erreichbarkeit der Industriestandorte Boxberg sowie Schwarze Pumpe und der Anbindung des Lausitzer Seenlandes zwischen Großräschen (Ise-See) und Boxberg (Bärwalder See) an die A 13. Darüber hinaus profitiert Boxberg von der auszubauenden bzw. ggf. zu verlegenden B 156 (s.u.) Richtung Weißwasser/O.L. bzw. dem benachbarten GÜG Krauschwitz. Mit Beschluss 639 der Verbandsversammlung vom 27.07.2011 hat sich der RPV nachdrücklich für die genannte Netzentwicklung im Nordraum der Region unter Nutzung bestehender Straßen ausgesprochen, um die Verkehrs- und Erreichbarkeitsverhältnisse dieses vom Braunkohlenbergbau geprägten Raums zu verbessern und bestehende sowie herzustellende Nutzungen (Industrie, Tourismus) besser in Wert setzen zu können.

Die großräumige West-Ost-Verbindung führt durch Schwarze Pumpe bzw. in Fortsetzung der B 96 sowie 156 und somit in das Land Brandenburg. Dies verlangt eine länderübergreifend abgestimmte Fachplanung, um die angestrebten Ziele bzw. verkehrlichen Wirkungen zu erreichen. Grundlage dafür ist der LEP Berlin-Brandenburg (2009), welcher in Karte 1 i. V. m. Ziel 6.2 bzw. Grundsatz 6.4 diese Relation als großräumige bzw. überregionale Straßenverbindungen zwischen den höherrangigen zentralen Orten, u. a. in benachbarten Bundesländern, festlegt und dafür zur besseren Erreichbarkeit eine bedarfs- und umweltgerechte Entwicklung, insbesondere auch in den Ortsdurchfahrten, vorgibt.

Die Staatsstraße 131 (Spreestraße) verbindet die Industriestandorte Boxberg/O.L. und Schwarze Pumpe/Spreeetal (mit dem Industriepark Schwarze Pumpe) miteinander und wird gemäß der Kreisstraßenkonzeption des Landkreises Bautzen als künftige K 9281 geplant (vgl. Landkreis Bautzen (2013): Bewertung und Neuordnung des Kreisstraßennetzes im Landkreis Bautzen. Ergebnisbericht, Anlagen Teil I, S. 26 f.). Der 1. Bauabschnitt der Straße zwischen Boxberg/O.L. und Neustadt/Spree ist fertiggestellt. Der noch zu bauende 2. Bauabschnitt verbindet Neustadt/Spree und den Industriestandort Schwarze Pumpe/Spreeetal. Aus einer im März 2004 durchgeführten Analyse des Verkehrsaufkommens des Industrieparks Schwarze Pumpe geht hervor, dass sich das tägliche Verkehrsaufkommen auf ca. 7.000 Fahrten beläuft (Individualfahrten, Dienstleistungs- und Servicefahrten sowie Schwerlastverkehr). Der Hauptverkehr verläuft über die B 97 in Richtung Hoyerswerda und (Spremberg); die B 156 wird insbesondere durch den zur Bundesautobahn 13 (Auffahrt Großräschen) verlaufenden Schwerlastverkehr belastet. Ein Anteil von ca. 15 % des gesamten Verkehrsaufkommens (davon ca. 10 % des Schwerlastverkehrs) verläuft in östlicher Richtung. In diesem Zusammenhang kommt der Spreestraße eine Bedeutung für die Abfrachtung von Produkten nach Osten zu. Die Spreestraße behält somit unabhängig von weiteren Neu- und Ausbaumaßnahmen im Zuge der o. g. West-Ost-Verbindung ihre Bedeutung als Verkehrsverbindung für den vom Industriestandort Schwarze Pumpe/Spreeetal nach Osten abfließenden Verkehr. Mit der Komplettierung der Spreestraße ergibt sich über die B 97 eine vorteilhafte Verkehrsverbindung zwischen Boxberg/O.L.,

Spremberg und der A 15 bei Cottbus einerseits sowie der A 13 (AS Großräschen) über die B 156 westlich Spremberg andererseits.

Die raumplanerische Bedeutung der B 156 (Bautzen–Boxberg/O.L.–Bad Muskau) liegt in der Aufwertung der Anbindung des Mittelzentrums Weißwasser/O.L. an die Stadt Bautzen als Teil des Oberzentralen Städteverbunds Bautzen–Görlitz–Hoyerswerda sowie an das überregionale Autobahnnetz (A 4) durch eine Verkürzung der Fahrzeiten zwischen Weißwasser/O.L. und Bautzen. Die Straßenverbindung besitzt ebenfalls Bedeutung für den Pendlerverkehr nach Bautzen. Des Weiteren sind mit dem mittlerweile realisierten Neubau des Grenzüberganges bei Krauschwitz Beschränkungen für den grenzüberschreitenden Güterverkehr in Bad Muskau entfallen, so dass sich hierdurch in der Relation Posen (Poznań)–Grünberg (Zielona Góra) [Straße 27]–Sorau (Żary) [Straße 12]–GÜG Krauschwitz weiterführend über die B 156 in Richtung Bautzen neue grenzüberschreitende Geschäftsreise- und Güterverkehrsbeziehungen ergeben. Darüber hinaus zählen Sorau (Żary), Grünberg (Zielona Góra) und Posen (Poznań) zu wirtschaftlich sehr aktiven Standorten im nordöstlich angrenzenden polnischen Nachbarraum und gehören laut Raumnutzungsplan der Woiwodschaft Lebus Land (2012) zur Gebietskategorie „grenzübergreifendes Band der beschleunigten Entwicklung von Oder-Neiße-Städten“ sowie „südliches Band der beschleunigten Entwicklung“.

Die im Zuge des Braunkohlenbergbaus verlegten Abschnitte der B 156 führten zu einer Verlängerung der Verbindung von Bautzen nach Weißwasser/O.L. um ca. 10 km. Die Rückverlegung der Bundesstraße in eine gestreckte Linienführung über die verkippte Fläche des Tagebaus Nochten ist aus verkehrsplanerischer Sicht sinnvoll. Zwar ist dieser Abschnitt nicht Bestandteil des Bundesverkehrswegeplanes, würde aber die nahräumliche Erreichbarkeit des Mittelzentrums Weißwasser/O.L. aus Richtung Boxberg um rund 6 km verkürzen und damit die Erschließung der künftigen Bergbaufolgelandschaft des Tagebaus Nochten verbessern. Gemäß Braunkohlenplan Tagebau Nochten, Fortschreibung 2014, Karte 3 i. V. m. Grundsatz 23 fällt die Trasse z. T. mit einer Erschließungsstraße des VRG Erholung Restsee Nochten (für Weißwasser/O.L.) zusammen. Damit dürfte die Prognose für diese Relation von etwa 3.500 Fahrzeugen am Tag in 2025 deutlich übertroffen werden, die ohne den Erholungsverkehr zu den ab ca. 2025 nutzbaren gekippten Landflächen (Flutung des Restsees bis 2091) ermittelt wurde. Eine Rückverlegung der B 156 im Abschnitt von Nochten bis Weißwasser/O.L. ist nach Aussagen des Bergbautreibenden Vattenfall Europe Mining AG ab dem Jahr 2028 möglich, hängt allerdings von den längerfristigen räumlichen Nutzungserfordernissen des gemäß Braunkohlenplan Tagebau Nochten, Fortschreibung 2014 als VRG Bundeswehrrückverlegungsfläche festgelegten Truppenübungsplatzes ab und setzt die Verdichtung der Bergbaukippe zur Herstellung der unabdingbaren Standsicherheit der Trasse voraus. In der Bergbaufolgelandschaft wird bereits gemäß Abschlussbetriebsplan Hermannsdorfer See eine entsprechende Schneise angelegt. Da gegenwärtig für die Bundesstraße 156 aktuelle Instandhaltungsmaßnahmen geplant sind, die einen Erhalt der Straße über den Zeitraum von 2020 hinaus sichern, ist die Rückverlegung der Bundesstraße 156 in diesem Abschnitt als langfristig optionale Maßnahme zu betrachten, gleichwohl wird an der räumlichen Sicherung im Regionalplan festgehalten. Zusammen mit der südlich gelegenen und landesplanerisch gesicherten Ortsumfahrung von Niedergurig würde die Gesamtverbindung, welche im Zuge der regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachse Bautzen–Weißwasser/O.L.–Grenze D/PL verläuft, deutlich aufgewertet.

Sollte mittelfristig keine Rückverlegung der B 156 im Abschnitt zwischen Weißwasser/O.L. und Boxberg/O.L. erfolgen, ist die bestehende Trasse bedarfsgerecht und entsprechend der großräumigen Verbindungsfunktion nach Bautzen und zur A 4 auszubauen, etwa mit dreistreifigen Überholungsabschnitten (vgl. Z 4.1.3 dieses Plans, G 3.2.1 LEP 2013, LVP 2025, S. 40 i. V. m. Anlage 3.2).

Die Südumfahrung von Radeberg dient der Entlastung des Stadtgebiets vom Berufspendlerverkehr mit einer für 2025 prognostizierten Belegung von rund 12.000 Kfz/Tag und schafft somit die Voraussetzung für die weitere städtebauliche Aufwertung der Innenstadt (vgl. InSEK Radeberg 2007, S. 75 ff., Konzept Verkehrszonierung). Darüber hinaus verbessert die festgelegte Verbindung die regionsübergreifende Erreichbarkeit des östlichen bzw. südöstlichen Stadtgebiets von Dresden mit seinen hochrangigen öffentlichen Einrichtungen und Arbeitsplätzen (Landesdirektion, Bundeswehr, Uniklinikum) aus dem westlichen Landkreis Bautzen und darüber hinaus. Diese Verbindung ist die Fortsetzung der regionalen Achse Kamenz-A 4 (AS Pulsnitz)–Radeberg und wurde durch den Bau der Dresdner Waldschlösschenbrücke in ihrer Bedeutung aufgewertet. Damit wird nicht zuletzt auch die Dresdner Innenstadt sowie Neustadt entlastet und eine großräumige Umleitungsmöglichkeit geschaffen. Insgesamt ergibt sich damit aus regionalplanerischer Sicht eine höhere Priorität und räumliche Sicherung dieser Maßnahme.

zu Z 4.1.3

Die vorrangig auszubauenden Straßen umfassen alle Bundesstraßen sowie die aus regionalplanerischer Sicht wichtigen Staatsstraßenverbindungen (s.u.). Der Verlauf dieser Straßen orientiert sich weitestgehend an den in diesem Regionalplan ausgewiesenen Regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachsen. Zu diesen Straßen zählt u. a. der Ausbau der Bundesstraße 115 mit der Ortsumgehung Krauschwitz (Krušwica) (vgl. LEP 2013 G 3.2.6 bzw. Z 3.2.7).

Der vorrangige Ausbau trägt dazu bei, die Leistungsfähigkeit des bestehenden Straßenverkehrsnetzes hinsichtlich des absehbaren Bedarfs gemäß Prognose 2025 zu verbessern und Unfallrisiken zu beseitigen. Der standardgemäße Ausbau dieser Bundes- und Staatsstraßen auf den vom Schwerverkehr besonders belasteten Bundesstraßenabschnitten wie der B 96, B 97, B 115 und B 156 trägt dem wachsenden Verkehrsaufkommen Rechnung. Nach einem entsprechenden Ausbau dieser Bundesstraßen können sie als leistungsfähige Nord-Süd-Achsen nördlich und südlich der A 4 fungieren und somit überregionale Verkehrsverbindungsfunktionen zwischen der A 4 und der A 15 (Querverbindung Cottbus–Görlitz) bzw. der A 13 (Verbindung Senftenberg–Hoyerswerda–Bautzen) wahrnehmen. Der langfristige Ausbau der Bundesstraßen bleibt eine Aufgabe über den Regionalplan hinaus, um sich ggf. einem unvorhersehbaren oder künftigen Verkehrsaufkommen infrastrukturell anpassen zu können.

Der Ausbau beinhaltet auch Straßen, die durch enge, kurvenreiche Ortschaften verlaufen und in denen Rad- oder Gehwege noch nicht komplett vorhanden sind. Weiterhin sind damit auch Anpassungsmaßnahmen im Zuge des Ausbaus von Bahntrassen (z. B. Höherlegung von Straßenüberführungen zwecks Elektrifizierung) erfasst. Da die Ausbaumaßnahmen bestehende Straßen betreffen, ist hierzu keine gesonderte raumordnerische Sicherung notwendig. Dies gilt umso mehr, als angrenzende Festlegungen zu Raumnutzungen bei einem Maßstab von 1:100.000 einen entsprechenden Ausformungsspielraum belassen.

Ein vorrangiger Ausbau von Bundesstraßen ist dann nicht mehr gegeben, wenn nach (absehbarer) Fertigstellung einer Straßenneubaumaßnahme die Zurückstufung einer bestehenden Bundesstraße erfolgt (z. B. vorrangiger Ausbau der B 178 südlich Niederoderwitz entfällt nach Fertigstellung der B 178 neu). Andererseits kann sich mit der Abstufung ein Ausbau der entsprechenden Staatsstraße ergeben wie im Falle der S 111 zwischen Bischofswerda und Bautzen.

Das prioritäre Ausbauefordernis von Staatsstraßen leitet sich von ihrer jeweiligen räumlichen Funktion im Netz ab. Aus regionaler Sicht sind dabei grundsätzlich die Abschnitte relevant, welche mindestens die Verbindungsfunktionsstufe 3 nach der RIN aufweisen und für die im Jahr 2025 eine Verkehrsstärke ab 3.000 Kfz/Tag prognostiziert wird. Demnach stellen sie mindestens Verbindungen zwischen Grundzentren untereinander (z. B. S 117 zwischen den Gemeinden des grundzentralen Verbunds) bzw. zwischen Grund- und Mittelzentren dar (z. B. S 137 Zittau–Großschönau) dar. Einige von ihnen verlaufen auch im Zuge von (über-)regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachsen wie die Relation S 100 Kamenz–Königsbrück. Darüber ist auch die touristische Funktion einer Verbindung von Bedeutung, wie sie etwa bei der S 234 (Hoyerswerda–Elsterheide bzw. Lausitzer Seenland), der S 133 (Zittau–Kurort Oybin (besondere Gemeindefunktion Tourismus)) oder der S 131 (Boxberg mit Findlingspark und Bärwalder See–Rietschen mit Erlichthof) gegeben ist. Weitere Ausbauefordernisse im Zusammenhang mit der Erreichbarkeit von Grundzentren aus ihrem Nahbereich werden in G 4.1.4 geregelt.

Die Kreisstraßenkonzeption Bautzen (Beschluss des Kreistages Bautzen vom 6. Mai 2013) sieht den Ausbau von Knotenpunkten mit Bundes- und Staatsstraßen aus Gründen der Verkehrssicherheit und des flüssigen Verkehrsablaufs vor. Dies betrifft die Knoten S 119/S 120/K 7253 bei Drauschkowitz, S 234/K 9213 bei Nardt, B 6/S155/K 7269 bei Wölkau, B 97/K 9257 bei Ottendorf-Okrilla sowie B 6/K7264 bei Schmiedefeld. Die genannten Straßen betreffen mit der B 6 (Oberzentrum Bautzen–Oberzentrum Dresden), mit der B 97 (Oberzentrum Hoyerswerda–Oberzentrum Dresden), mit der S 234 (Oberzentrum Hoyerswerda–Mittelzentrum Großräschen/Senftenberg bzw. A 13) sowie mit der S 119 (Oberzentrum Bautzen–Grundzentrum Neukirch/Lausitz) Relationen der Verbindungsfunktionsstufen 1, 2 und 3 (vgl. Landkreis Bautzen (2013): Bewertung und Neuordnung des Kreisstraßennetzes im Landkreis Bautzen. Ergebnisbericht, Anlagen Teil I, S. 27 f.). Diese sind regionalplanerisch relevant, indessen bedarf es aufgrund der punktuellen Ausbaumaßnahmen an bestehenden Straßen keiner gesonderten regionalplanerischen Sicherung bzw. Festlegung. Analog dazu erarbeitet der Landkreis Görlitz eine Verkehrskonzeption, deren Ergebnisse bei der Weiterentwicklung des Regionalplans berücksichtigt werden. *Um eine entsprechende Information im Rahmen des Beteiligungsverfahrens wird gebeten.*

Nr.	Straßenbezeichnung	Ausbauabschnitt	Prognostizierte tägliche Verkehrsstärke 2025 in Kfz/Tag	Verbindungsfunktionsstufe nach RIN (2008)	Lage an einer Verbindungs- und Entwicklungsachse
1	S 95 (1)	Regionsgrenze Oberes Elbtal/Osterzgebirge–A 4 (AS Pulsnitz)	ca. 11.000	II (OZ Dresden–MZ Kamenz) Nördl. Radeberg künftig S 177n	X
2	S 95 (2)	A 4 (AS Pulsnitz)–KP K 9224 (Milstrich)	ca. 6.000	II (OZ Dresden–MZ Kamenz–OZ Hoyerswerda)	X
3	S 95 (3)	KP K 9224 (Milstrich)–KP B 97 (Hoyerswerda)	ca. 4.000	II (OZ Dresden–MZ Kamenz–OZ Hoyerswerda)	X
4	S 100 (1)	KP S 101 (Lehndorf)–KP K 9236	ca. 5.000	II (OZ Bautzen–MZ Kamenz)	X
5	S 100 (2)	KP S 93–B 97 (Königsbrück)	ca. 4.200	III (MZ Kamenz–GZ Königsbrück)	X
6	S 111	KP S 106–KP S 101	ca. 6.000	III (OZ Bautzen–GZ Bischofswerda)	X
7	S 117	KP S 116 (Kirschau)–KP S 119 (Neukirch/Lausitz) (ggf. Ausbau nur bis Wilthen)	ca. 4.000	III (grundzentraler Verbund Oberland)	
8	S 121	KP B 115 (Niesky)–KP S 153 (Kreba-Neudorf) (ggf. Ausbau nur zwischen B 115 und S 109)	ca. 3.500	I (OZ Görlitz–OZ Hoyerswerda)	X (vgl. S 131)
9	S 121	BÜ Rothenburg/O.L.–Ortseingang Niesky, ergänzend zu Neubau BÜ Horka (vgl. Anhang zu Kap. 4.1)	ca. 3.000	III (GZ Rothenburg/O.L.–MZ Niesky)	
10	S 122	KP S 124 (Melaune)–KP B 115 (Niesky)	ca. 4.500	II (MZ Niesky–MZ Löbau)	
11	S 127n	Ausbau nördlich Weißkeißel, 2. BA Länge ca. 3 km Schaffung einer direkten Straßenverbindung zur Entlastung von Krauschwitz vom Durchgangsverkehr	4.500	I (OZ Dresden/Bautzen–MZ Weißwasser/O.L.–OZ Grünberg) (Zielona Góra)	X
12	S 128 (2)	KP S 144 (Rennersdorf)–KP S 129 (Bernstadt a. d. Eigen)	3.000	III (GZ Bernstadt–GZ Ebersbach-Neugersdorf)	

Nr.	Straßenbezeichnung	Ausbauabschnitt	Prognostizierte tägliche Verkehrsstärke 2025 in Kfz/Tag	Verbindungsfunktionsstufe nach RIN (2008)	Lage an einer Verbindungs- und Entwicklungssache
13	S 129	KP S 128 (Bernstadt a. d. Eigen)–KP B 6 (Löbau)	ca. 3.000	III (MZ Löbau–GZ Bernstadt)	
14	S 131	KP S 153 (Reichwalde–KP K 8481 (Boxberg/O.L.))	2.000	IV (touristische Verbindung Rietschen–Boxberg mit Findlingspark), Berufspendler nach Boxberg mit bes. Gemeindefunktion Gewerbe	X (vgl. S 121)
15	S 133	KP K 8641(Kurort Oybin)–KP B 96 (Zittau) (ggf. nur Ausbau Olbersdorf–Zittau)	ca. 3.500	IV (Anbindung Gemeinde mit Funktion Tourismus an MZ Zittau)	
16	S 137	KP S 138 (Großschönau)–KP K 8617 (Hörnitz)	ca. 4.000	III (MZ Zittau–GZ Großschönau)	
17	S 148	KP B 96 (Ebersbach)–KP B 178	ca. 6.200	III (MZ Löbau–GZ Ebersbach)	X
18	S 151	KP S 152 (Lawalde)–B 178 n (Löbau)	6.500	III (MZ Löbau–GZ Sohland a. d. Spree)	
19	S 158	KP S 56 (Brettnig-Hauswalde)–KP S 95 (Radeberg)	ca. 4.000	III (MZ Radeberg–GZ Großröhrsdorf)	X (parallel zur A 4)
20	S 159	Regionsgrenze Oberes Elbtal / Osterzgebirge–KP S 177 (Radeberg)	6.000 bis Arnsdorf	III (MZ Radeberg –GZ Stolpen)	
21	S 180	KP S 95 (Radeberg)–Regionsgrenze Oberes Elbtal/Osterzgebirge	4.000	II (MZ Radeberg–OZ Dresden-Klotzsche/ Flughafen)	X
22	S 234	KP B 156 (westlich Bluno)–KP B 96 (Hoyerswerda)	2.500	IV (OZ Hoyerswerda–nördl. Lausitzer Seenland, touristische Erschließung)	

Tabelle 4.1-1: Straßenausbaumaßnahmen in Verbindung mit Ziel 4.1.3 mit Trassenabschnitten gemäß Auswahlkriterium RIN mind. 3 und tägliche Verkehrsstärke größer 3.000 Kfz in 2025 oder wichtige touristische Erschließungsfunktion

Abkürzungen:

KP Knotenpunkt

OZ Oberzentrum

MZ Mittelzentrum

GZ Grundzentrum

BÜ Bahnübergang

zu G 4.1.4

Im Ziel 4.1.3 werden in erster Linie die überregionalen Erfordernisse des Straßenausbaus berücksichtigt, die sich aus der Straßenklassifizierung ergeben. Neben diesen vorrangig auszubauenden Straßen erlangen Straßenverbindungen mit einer regionalen bzw. nähräumigen Funktion ebenfalls eine Bedeutung. Die neue „Rahmenrichtlinie für die integrierte Netzgestaltung“ (RIN 2008) (Hrsg.: Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen) verbindet fachplanerische Aspekte der Netzgestaltung mit raumordnerischen Festlegungen. Die Zielgrößen der RIN geben Mindestreichbarkeitsniveaus für Verbindungen in Bezug auf das zentralörtliche System vor. Wesentliches Element auf der regionalplanerischen Ebene ist die Anbindung der Nahbereiche an ihre Grundzentren (bzw. die diese Funktion wahrnehmenden höherrangigen zentralen Orte). Mit der unter den demografischen Rahmenbedingungen notwendigen und landesplanerisch erfolgten Straffung des Zentrale Orte Systems muss auch eine regionalplanerische Anpassung in Bezug auf nähräumliche Verflechtungsbereiche erfolgen. Diese werden zwangsläufig größer und bedingen neue Erreichbarkeitserfordernisse bzw. deren Verbesserung, dies gilt insbesondere für den zentrenfernen Nordraum der Region zwischen Weißwasser/O.L., Hoyerswerda, Radibor-Großdubrau, Niesky sowie Rothenburg/O.L. und betrifft die Siedlungsbereiche Uhyst, Klitten und Reichwalde (Gemeinde Boxberg/O.L.), Kreba-Neudorf sowie Podrosche, Skerbersdorf und Pechern (Gemeinde Krauschwitz). Die angemessene verkehrliche Anbindung der Nahbereiche an ihre Grundzentren (nähräumige Verbindungsfunktionsstufe IV gemäß RIN) und die Austauschfunktion zwischen den Grundzentren bzw. der Städte und Gemeinden der grundzentralen Verbünde (Bestandteil der regionalen Verbindungsfunktionsstufe III gemäß RIN) ist daher unter den gegebenen zentralörtlichen Bedingungen zu gewährleisten, wobei auch Ober- und Mittelzentren wie Niesky grundzentrale Funktionen erfüllen. Dies umfasst dabei nicht nur die Angebotsqualität im ÖPNV, sondern auch den Zustand der Straßen im Hinblick auf Ausbaustandard und Unterhaltung. Insgesamt ist gemäß der RIN 2008 (S. 11) das nächste Grundzentrum innerhalb von 20 min mit dem MIV sowie innerhalb von 30 min mit dem ÖPNV zu erreichen, die entsprechenden Werte betragen für Verbindungen zwischen Grundzentren 25 bzw. 40 min und

sind für den Leistungsaustausch, d. h. die gegenseitige funktionale Ergänzung von Bedeutung.¹ Indessen kann bei Erreichbarkeitsdefiziten der Ausbau einer Straße auch bei einer relativ geringen Belegung erforderlich sein, dies betrifft etwa die Verbindung Kreba-Neudorf-Niesky (S 121). Unter den Bedingungen des demografischen Wandels wird es mittel- bis langfristig nicht mehr möglich sein, alle gegenwärtig bestehenden Straßen in ihrer Funktion zu sichern. Daher wird es darauf ankommen, die für eine bestimmte Verbindungsfunktion wirklich bedeutenden Straßen zu bestimmen. Mit dem Ausbau dieser Straßen kann die Erreichbarkeit insbesondere für die im Hinblick auf die Auswirkungen des demografischen Wandels besonders betroffenen Räume der Region langfristig gewährleistet und die Bedeutung der zentralen Orte erhöht werden.

zu Z 4.1.5 Die Öffnung eines weiteren Straßenüberganges in Lodenau eröffnet dem Grundzentrum Rothenburg/O.L. den benachbarten polnischen Raum um Neuhammer (Świętoszów), Rauscha (Ruszków) und Kohlfurt (Węgliniec). Eine alternative bzw. zusätzliche grenzübergreifende Verbindung Neißeau-Deschka-Piensk (i. V. m. dortiger OU) dient als leistungsfähige Straßenumfahrung von Deschka und Piensk (Penzig) einschließlich der Anbindung der Sonderwirtschaftszone Günthersdorf (Godzieszków) an den Nordraum des Landkreises Görlitz und könnte über eine eingriffsarme Trassierung nördlich der beiden Grenzzorte bewerkstelligt werden. Die Zufahrtstrecke S 127 Autobahnabfahrt Kodorsdorf bis Deschka ist inzwischen leistungsfähig ausgebaut und findet ihre Fortsetzung in der Wojewodschaftsstraße 353. Zudem ist die Brücke über die Lausitzer Neiße im Hinblick auf die gemeinsame Nutzung von sozialer Infrastruktur, wie Kindertagesstätten, Kranken- und Behindertentransporte sowie Feuerwehreinsätze vorteilhaft und bildet die Voraussetzung, um kurze Wege für Gewerbe und für Dienstleistungen gewährleisten zu können.

Für Hirschfelde trägt der Bau des Straßenüberganges zu einer Verbesserung der Erreichbarkeit des Kraftwerksstandortes Turów sowie der Verbindungen nach Reichenau (Bogatynia) bzw. Frydlant/Friedland bei. Mit dem Bau der Straßenübergänge in Hirschfelde, Deschka und in Lodenau wird der Zielstellung entsprochen, bedarfsgerecht den Abstand zwischen den Brücken für den Personen- und Güterverkehr zu verringern. Darüber hinaus werden Rad- und Fußwege sowie Straßenbrücken in Görlitz (NeißePark), Ostritz-Marienthal und Zittau (Rosenthal, NeißeGasse) gefordert, welche aus regionalplanerischer Sicht befürwortet werden, da sie die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit im Berufs-, Bildungs- und Freizeitverkehr verbessern und den landes- sowie regionalplanerischen Funktionen der betreffenden Gemeinden (Görlitz und Zittau als Ober- bzw. Mittelzentrum, Ostritz mit der besonderen Gemeindefunktion grenzüberschreitende Kooperation) entsprechen (vgl. Ziel 2.2.1 des Regionalplanes).

zu G 4.1.6 In der Region Oberlausitz-Niederschlesien existieren zahlreiche schienengleiche Bahnübergänge bzw. Einengungen durch Brückenbauwerke Straße/Schiene. Die Durchführung dieser Baumaßnahmen ist abhängig von der Verkehrsbelastung und Klassifizierung der jeweiligen Straße und Eisenbahnlinie. Die Perspektive einer Eisenbahnstrecke (langfristiger Weiterbetrieb) ist ebenfalls zu berücksichtigen. Die Beseitigung der schienengleichen Bahnübergänge trägt zur Erhöhung der Verkehrssicherheit und der Durchlassfähigkeit des Bundes- und Staatsstraßennetzes bei höheren Verkehrsstärken ab 5.000 Kfz/Tag sowie zur Verkürzung der Wartezeiten an Bahnübergängen (z. B. für Rettungs- und Feuerwehreinsätze im ländlichen Raum), insbesondere in Uhyst/Spree (B 156) bei. Auch mit der Verlegung der S 121 westlich Rothenburg/O.L. wird das Ziel verfolgt, einen schienengleichen Bahnübergang an der auszubauenden und für höhere Zugfrequenzen ausgelegten Niederschlesischen Magistrale insgesamt zu beseitigen. Eine zeitgemäße Ausstattung von niveaugleichen Bahnübergängen ist gemäß § 11 Abs. 13 der Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung ab einer Verkehrsstärke von 2.500 Kfz/Tag vorgegeben.

zu G 4.1.7 Das fachliche Erfordernis für die Anlage von gesonderten Radwegen neben Straßen beruht auf einschlägigen Regelwerken wie der Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (ERA) 2010, S. 66. Demnach sollen bei einer zugelassenen Höchstgeschwindigkeit von 70 km/h ab einer täglichen Verkehrsstärke von 4.000 Kraftfahrzeugen straßenbegleitende Radwege angelegt werden. Bei einer höheren Geschwindigkeit von 100 km/h, wie sie gerade in dünn besiedelten Bereichen der Planungsregion erreicht werden, sinkt die entsprechende Mindestbelegung auf 2.500 Kraftfahrzeuge.

In der Region besteht nach wie vor ein großer Bedarf zum Bau von Radwegen, da z. B. entlang der stark frequentierten, auch 2025 mit einem höheren Verkehrsaufkommen prognostizierten (4.000 Kfz/24 h) Bundes- und Staatsstraßen B 6, B 96, B 97, B 98, B 99, B 115, B 156 (OU Niedergurig), S 55, S 94, S 95, S 100, S 108, S 111, S 117, S 119, S 122, S 133, S 134 (Tourismus), S 135, S 137, S 148, S 151, S 154 (Tourismus), S 156, S 159, S 177, S 234 (Tourismus) und S 285 sowie in den Ortschaften Radwege fehlen und die Verkehrssicherheit für Fahrradfahrer nicht gegeben ist. Neben den aufgeführten Bundes- und Staatsstraßen umfasst der aus regionalplanerischer Sicht vorrangige Bau von Radwegen auch stark frequentierte Kreisstraßen. Radwege sollen für die touristische Nutzung und für den Alltagsverkehr ausgebaut werden. Dabei wird ein Radwegenetz angestrebt, welches touristische Radwege und straßenbegleitende Radwege integriert. Damit das Fahrrad nicht nur für den Freizeitverkehr an Bedeutung gewinnt, sind mit dem Straßenausbau die Voraussetzungen zu schaffen, dass insbesondere in den Nahbereichen Zentraler Orte Radwege gebaut werden, die es ermöglichen, zentralörtliche und Freizeiteinrichtungen sowie Knoten- und Umsteigepunkte des SPNV/ÖPNV mit dem Fahrrad zu erreichen (Schulwege u. a.).

Eine wesentliche Grundlage für den Ausbau des Radwegenetzes bildet die Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2014. Sie enthält unter dem Punkt 4 „Radverkehr an Bundes-, Staats- und Kreisstraßen“ so wie in der Anlage 2.2 „Bauprogramm Radwege“ Aussagen zur Ermittlung des Bedarfes an Radwegen sowie zum Bauprogramm von Radwegen an Bundes-, Staats- und Kreisstraßen. Grundlage für das Bauprogramm bilden die dafür angesetzten Kriterien (u. a. Gefährdung durch den Kfz-Verkehr, Bedeutung als Schul- und Arbeitsweg, Bedeutung im radtouristischen Netz sowie Bedeutung für das Erreichen zentraler Orte) zur Gewichtung der Bedarfsmeldungen straßenbegleitender Radverkehrsanlagen. Die vom Grundsatz erfassten und aus regionalplanerischer Sicht vorrangig zu bauenden Radwege umfassen stark frequentierte Staats- und Bundesstraßen sowie Kreisstraßen, wobei der einschlägigen Richtlinien

¹ Da Mittelzentren im besagten Gebiet z. T. auch die Funktion von Grundzentren wahrnehmen, sind Überschreitungen der zugehörigen Werte beachtlich, wie sie für Uhyst (Gemeinde Boxberg/O.L.) und Lieske (Gemeinde Malschwitz) im ÖPNV mit mehr als 30 min festgestellt wurden (vgl. PTV (2013): Erreichbarkeit in der Modellregion Oberlausitz-Niederschlesien. Dresden, S. 49). Dieser Befund deckt sich auch mit den großen Nahbereichen von Weißwasser und Niesky (vgl. Karte „Zentrale Orte und Nahbereiche“).

zur Anlage von Straßen und Empfehlungen für Radverkehrsanlagen (RAL bzw. ERA) Orientierungswerte von 4.000 oder 2.500 Kfz/24 h DTV in Abhängigkeit von der zulässigen Höchstgeschwindigkeit (70 bzw. 100 km/h) zu entnehmen sind.

Nach der Radverkehrskonzeption für den Freistaat Sachsen 2014 gliedert sich das radtouristische Netz in Sachsen (Sachsen Netz Rad) in Radfernwege, regionale Hauptradrouten und sonstige Strecken (ergänzen Radfernwege und regionale Hauptradrouten zu einem geschlossenen Netz). Die sonstigen Strecken dienen der Erschließung wichtiger touristischer Schwerpunkte mit überregionaler und landesweiter Bedeutung (z. B. Lausitzer Seenland, Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft, Zittauer Gebirge, vgl. G 3.4.4 mit Begründung) sowie der Anbindung an Bahnhöfe und sonstige funktionelle Elemente des Radtourismus. Dabei ist ferner die Vernetzung der touristischen Routen mit den innerörtlichen Radwegen sowie deren Ertüchtigung von Bedeutung, um zentralörtliche Schwerpunkte (Innenstädte, Schul- und Behördenstandorte) auch für den Alltagsverkehr in ihrer Erreichbarkeit zu sichern bzw. zu verbessern.

- zu Z 4.1.8 Vorrangtrassen von Straßenneubaumaßnahmen und auszubauende Straßenabschnitte, die durch ein Vorranggebiet Wasserversorgung verlaufen, können raumordnerische Konflikte auslösen und zu Beeinträchtigungen der Ressource Trinkwasser führen. Im Sinne des § 2 Abs. 1 Satz 2 SächsLPlG wird mit diesem Ziel eine Rangfolge der Festlegungen vorgenommen. Mit dem Ziel wird klargestellt, dass die Belange des Trinkwasserschutzes im Konfliktfall vorgehen. Bei der Planung der Straßen ist daher dieses raumordnerische Erfordernis zu beachten. Durch einen entsprechenden Neu- bzw. Ausbau, wie er z. B. auch innerhalb von festgesetzten Trinkwasserschutzgebieten erfolgt, können potenziell erhebliche Konflikte aus raumordnerischer Sicht gelöst werden. Ein atypischer Fall kann vorliegen, wenn das Vorranggebiet im Ergebnis einer folgenden (Neu-)Festsetzung von Trinkwasserschutzgebieten räumlich konkretisiert wurde und dadurch keine Überlagerung mehr vorliegt.

4.2 Schienenverkehr und Eisenbahninfrastruktur

- Karte: In die Karte Raumnutzung wurden nachrichtlich aus dem LEP 2013 die Strecken des überregionalen und regionalen Netzes übernommen. Ferner werden originär in diesem Plan Vorranggebiete für eine verkehrliche Nachnutzung von Bahntrassen festgelegt, welche über den Grundsatz 3.4.2 LEP 2013 eine besondere regionale Bedeutung aufweisen und entsprechend hochgestuft wurden. Die im Bereich des voranschreitenden Braunkohlentagebaus Nochten zu verlegende Kohlenverbindungsbahn wurde mit dem Rahmenbetriebsplan für die Inanspruchnahme des Abbaubereiches 2 beantragt und bedarf daher keiner raumordnerischen Sicherung.

Z 4.2.1 Die Bahnstrecken des überregionalen Netzes

- **(Dresden)–Radeberg–Bischofswerda–Bautzen–Löbau–Görlitz–(Breslau (Wrocław), Republik Polen)),**
- **(Leipzig)–(Falkenberg)/(Dresden)–(Ruhland)–(Berlin)–(Senftenberg)–Hoyerswerda–Niesky–Horka–Görlitz/(Kohlfurt (Wegliniec), Republik Polen) („Niederschlesische Magistrale“),**
- **(Dresden)–Bischofswerda–Wilthen–Ebersbach–Neugersdorf–Zittau–Liberec/Reichenberg, Tschechische Republik),**
- **(Berlin)–(Cottbus)–Weißwasser/O.L.–Görlitz**

sollen so ausgebaut und betrieben werden, dass hinsichtlich Geschwindigkeit, Kapazität und Verkehrsangebot den inner- und überregionalen Erfordernissen des Personen- und Güterverkehrs Rechnung getragen wird. Diesem Ziel soll auch bei der bergbaulich bedingten Umverlegung der Strecke Cottbus–Görlitz im Abschnitt Weißkeißel–Rietschen entsprochen werden. Mit dem Ausbau sollen ferner die Voraussetzungen für die Einbindung der Region in den nationalen sowie internationalen Fernverkehr zwischen Berlin, Leipzig, Dresden bzw. der Republik Polen (Breslau (Wrocław), Kattowitz (Kattowice), Oppeln (Opole), Krakau (Kraków)) und der Tschechischen Republik (Liberec/Reichenberg) unter Einbeziehung des Oberzentralen Städteverbunds Bautzen–Görlitz–Hoyerswerda geschaffen werden.

- G 4.2.2 Die regionale Bahnverbindung Görlitz–Zittau (Neißetalbahn) soll infrastrukturell so entwickelt werden, dass sie in Verlängerung der überregionalen und auszubauenden Strecke (Berlin)–(Cottbus)–Weißwasser/O.L.–Görlitz (vgl. Ziel 4.2.1) eine attraktive großräumige Anbindung des Mittelzentrums und Verkehrsknotens Zittau sowie des Ballungsraums Liberec/Reichenberg (Tschechische Republik) ermöglicht.

- G 4.2.3 In den Knotenbahnhöfen Görlitz und Zittau soll ein abgestimmtes grenzübergreifendes Schienenverkehrsangebot für den Personenverkehr geschaffen bzw. aufrechterhalten

werden, das der gegenseitigen Anbindung benachbarter Zentren und Erholungsräume dient.

- G 4.2.4** Die Reisezugverbindungen von Görlitz, Zittau und Hoyerswerda nach Cottbus, Dresden und Leipzig sollen dort direkte Anschlüsse an den nationalen und internationalen Personenfernverkehr (z. B. IC/EC, ICE) erhalten, so dass sich attraktive Reisemöglichkeiten für den ostsächsischen Ziel- und Quellverkehr ergeben.
- Z 4.2.5** Die Strecken des regionalen Netzes Seifhennersdorf-Varnsdorf/Warnsdorf (Tschechische Republik)–Großschönau–Mittelherwigsdorf–Zittau (Mandaubahn) und Königsbrück–Ottendorf-Okrilla–(Dresden) sollen gemäß ihrer zentralörtlichen Verbindungsfunktion sowie ihrer touristischen Bedeutung erhalten und bedarfsgerecht ausgebaut werden.
- G 4.2.6** Die nicht für den Personenverkehr genutzten Eisenbahnstrecken Löbau–Ebersbach/Sa., Eibau–Seifhennersdorf, Neukirch (Lausitz) West–Grenze zur Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge, Lodenau–Horka, (Hosena)–Bernsdorf–Kamenz, (Spremberg)–Spreewitz–Knappenrode und Knappenrode–Wartha–Caminau sollen für den Güterverkehr weiter vorgehalten werden. In der Relation Löbau–Ebersbach/Sa.–(Rumburk/Rumburg–Česka Lipa/Böhmisch Leipa bzw. Děčín/Tetschen, Tschechische Republik) sollen die baulichen Voraussetzungen für eine deutliche Beschleunigung des Güterverkehrs geschaffen werden. Mit der weiteren Bedienung im Güterverkehr auf den Strecken Löbau–Ebersbach/Sa.–Grenze D/CZ sowie (Hosena)–Bernsdorf–Kamenz soll die Möglichkeit einer Mitbenutzung im (grenzüberschreitenden) Personenverkehr aufrechterhalten werden.

Hinweis: Das folgende Ziel ist räumlich bis auf die Verbindungskurve Spreewitz–Spreewitz Nord bereits durch Grundsatz 3.4.2 LEP 2013 abgedeckt. Nach Prüfung der einzelnen, im Regionalplan 2010 gesicherten Streckenabschnitte wurden die unten stehenden gegenüber dem LEP zu einem Ziel der Raumordnung aufgewertet. Maßgeblich hierfür sind betriebliche Erfordernisse des Eisenbahnverkehrs sowie die regionale Bedeutung verkehrlicher Nachnutzungen v. a. als Radweg, sofern hierzu (noch) keine alternativen Routen bestehen. Im weiteren Regionalplanverfahren sollen neue Erkenntnisse aus den in Aufstellung befindlichen Radwege- bzw. Gesamtverkehrskonzeptionen der Landkreise Bautzen und Görlitz berücksichtigt werden. Um entsprechende Rückmeldung im Rahmen der Beteiligung wird gebeten.

- Z 4.2.7** Auf folgenden Strecken soll eine Trassensicherung durch Vermeidung einer dauerhaften Blockierung oder Zersplitterung der Flurstücke erfolgen:
- Arnsdorf–Grenze zur Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge–(Dürrröhrsdorf),
 - Bautzen–Wilthen,
 - Verbindungskurve Spreewitz–Spreewitz Nord,
 - Großpostwitz/O.L.–Cunewalde.

Begründung zu 4.2 Schienenverkehr und Eisenbahninfrastruktur

Der LEP Sachsen 2013 bildet mit seinen Festlegungen und Handlungsaufträgen für die Regionalplanung gemäß § 4 Abs. 1 Satz 3 SächsLPlG die verbindliche Grundlage. Dies bedeutet, dass der Regionalplan den Zielen des LEP nicht widersprechen darf. Gleichwohl verbleibt somit auf regionaler Ebene ein Gestaltungsspielraum, den LEP zu konkretisieren bzw. zusätzliche regionale Ausbauprioritäten zu benennen, da sich der LEP im Wesentlichen auf Aussagen zur Trassensicherung beschränkt und dabei zwischen überregionaler (Kap. 3.2) und regionaler (Kap. 3.3) Eisenbahninfrastruktur unterscheidet. Die entsprechenden Strecken des Bestandsnetzes werden nachrichtlich aus dem LEP (Karte 4) übernommen. Die im LEP gemäß G 3.4.2 als Vorbehaltsgebiete für eine verkehrliche Nachnutzung festgelegten stillgelegten Bahntrassen werden abschnittsweise in diesem Plan als Vorranggebiete in Verbindung mit Ziel 4.2.7 verstärkt gesichert, da ihnen aus regionalplanerischer Sicht eine besondere verkehrliche Funktion zukommt. Auf die raumordnerische Sicherung der im Zuge des voranschreitenden Braunkohlentagebaus Nochten zu verlegenden Kohleverbindingsbahn kann verzichtet werden, da diese Bestandteil der bergrechtlichen Planfeststellung ist. Der Verlauf der Bahnverbindungen wird durch Nennung von Ober- und Mittelzentren näher bestimmt, darüber hinaus werden einzelne Grundzentren und Abzweigbahnhöfe ergänzt (z. B. Bischofswerda, Horka), sofern ihnen eine Knotenfunktion mit Umsteigemöglichkeiten zukommt.

- zu Z 4.2.1 Die Region Oberlausitz-Niederschlesien ist in das europäische Schienennetz eingebunden. Hierzu zählen die Eisenbahnstrecken des Fern- und Ballungsnetzes E30/C-E30: (Dresden)–Bautzen–Görlitz–(Breslau (Wrocław), Republik Polen) und C-E30: (Wittenberg)–(Leipzig)–(Falkenberg)–Hoyerswerda–Horka–(Kohlfurt (Węgliniec)–Breslau (Wrocław), Republik Polen), welche zusammen einen Bestandteil des paneuropäischen Korridors III (Berlin/Dresden–Breslau (Wrocław)–Oppeln (Opole)–Kattowitz (Katowice)–Lwiv (Lemberg)–Kiew) bilden und dem TEN-Kernnetz zugeordnet

werden. Gleichzeitig finden auf polnischer Seite Ausbaumaßnahmen mit Anpassung an die Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h statt, wie es im Abkommen zwischen dem Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen der Bundesrepublik Deutschland und dem Minister für Infrastruktur der Republik Polen über die Zusammenarbeit bei der Weiterentwicklung der Eisenbahnverbindungen Berlin-Warschau (Warszawa) (C-E20) sowie Dresden-Breslau (Wrocław) (E30/C-E30) vom 30.04.2003 festgelegt und in der gemeinsamen Erklärung zwischen Deutschland und der Republik Polen vom 21.06.2011 über die gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit bekräftigt wurde (siehe auch Ministerium für Infrastruktur und Entwicklung der Republik Polen (2014): Studie der räumlichen Integration des deutsch-polnischen Grenzraums. Warszawa, S. 152). Im zugehörigen Programm zur Zusammenarbeit anlässlich des 20. Jahrestags der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen wird die Forderung nach Ausbau und Elektrifizierung aufrecht erhalten. Den entsprechenden Handlungsbedarf hat bereits die MKRO auf der 32. Sitzung mit ihrer Erschließung vom 28.04.2005 mit Kenntnisnahme des Berichts „Raumordnerische Anforderungen an den Schienenpersonenfernverkehr“ die unzureichende Verbindungsqualität zwischen der Metropolregion Mitteldeutschland und Krakau (Kraków) festgestellt. Die daraus folgenden konzeptionellen Überlegungen wurden nicht zuletzt im Rahmen der aktuellen Diskussion der niederschlesisch-sächsischen Partnerschaft vertieft (vgl. Knippschild, Robert (2014): Abschlussdokumentation des Projekts „Gemeinsam für den Grenzraum Niederschlesien – Sachsen“. Wrocław/Dresden, S. 171, s. a. Sächsisches Staatsministerium des Innern (o. J.): Integrierter Schienenverkehr in der Grenzregion Freistaat Sachsen/Dolny Śląsk/Liberec kraj. Via Regia plus. Dresden).

Der diesbezügliche Handlungsbedarf umfasst sowohl innerregionale als auch überregionale Erfordernisse. Innerregionale Erfordernisse sind die Verbindungen zwischen den (höherrangigen) zentralen Orten, überregionale betreffen die Erreichbarkeit aus Zentren benachbarter Regionen sowie den dortigen Metropolregionen (Berlin, Dresden, Breslau (Wrocław)), wie sie auch den überregionalen Verbindungs- und Entwicklungsachsen entsprechen. Hinreichende Kapazitäten für den Regional-, Fern- und Güterverkehr werden v. a. durch entsprechende Kreuzungs- und Überholungsstellen sowie leistungsfähige Knoten (vgl. G 4.2.3 mit Begründung; G 3.3.3 LEP 2013 u. a. für Dresden) hergestellt und sind für ein funktionsfähiges sowie störungstolerantes Netz unabdingbar. Nur unter dieser Voraussetzung lässt sich ein stabiler Personenfern- und -nahverkehr sowie Güterverkehr durchführen.

Die Fernverkehrswürdigkeit der Relationen (Dresden)–Bautzen–Görlitz–(Breslau (Wrocław)–Oppeln (Opole)–Krakau (Kraków)) ist zum einen landesplanerisch durch Zuordnung zum überregionalen Streckennetz vorgegeben (vgl. LEP 2013, Karte 4) und wird auch im Landesverkehrsplan funktional wie infrastrukturell (LVP 2025, S. 50) begründet. Alternativ zum angestrebten Fernverkehr soll auch ein schneller Regionalverkehr für Geschwindigkeiten bis 160 km/h möglich sein. In jedem Fall gewährleisten der Ausbau und die entsprechende Bedienung der Strecke gemäß Z 3.3.9, 1. Satz LEP 2013 die effektive An- und Verbindung von Bautzen und Görlitz als sich funktional ergänzende Knoten des Oberzentralen Städteverbunds und verbessern darüber hinaus den Leistungsaustausch mit den benachbarten Ballungsräumen Dresden sowie Breslau (Wrocław), was insbesondere das Arbeitsplatz-, Bildungs-, Kultur- und Erholungsangebot sowie die wirtschaftsräumlichen Verflechtungen anbelangt (vgl. Z 1.3.6, G 1.6.4 LEP 2013 jeweils mit Begründung). Die Elektrifizierung Dresden–Görlitz erleichtert für Fernverkehrsverbindungen den Übergang ins polnische Netz, das ebenfalls bis zur Grenze elektrifiziert werden soll, und ermöglicht ferner einen S-Bahn-Verkehr von Dresden aus (vgl. Z 3.4.4 LEP 2013, Operationelles Programm ERFE 2014–2020, S. 80 f.), wobei an geeigneten Bahnhöfen (Radeberg, Bischofswerda, Bautzen) eine Verknüpfung mit schnelleren, höherwertigen Verkehrsangeboten erfolgen kann. Doch schon eine Erhöhung der Geschwindigkeit durch Vergrößerung der Signalabstände im Hinblick auf längere Bremswege verschafft zusätzliche Zeitreserven im Verspätungsfall. Bereits laufende Baumaßnahmen an Strecke und Brückenbauwerken sollen dem komplexen Ausbauvorhaben Rechnung tragen, welches eine zeitnahe Vor- und Entwurfs- sowie Genehmigungsplanung voraussetzt.

Die direkte, topographisch vorteilhafte Verbindung aus dem oberschlesischen Raum in den mitteldeutschen Raum und zu den Nordseehäfen prädestiniert die Strecke Hoyerswerda–Horka–Grenze D/PL (Kohlfurt (Węgliniec), Republik Polen) – als Teil der Niederschlesischen Magistrale (Wittenberg)–(Falkenberg)–(Elsterwerda)–(Ruhland)–Hoyerswerda–Horka–(Kohlfurt (Węgliniec), Republik Polen) für den Güterverkehr. Auf dieser Strecke werden künftig bis zu 173 Zügen pro Tag erwartet (Prognose 2025 nach Planfeststellungsbeschluss vom 31.03.2014, S. 96). Die Elektrifizierung der künftig zweigleisigen Niederschlesischen Magistrale sowie der Verbindung (Cottbus)–Weißwasser/O.L.–Görlitz bildet die Voraussetzung, um Züge der Mitteldeutschen S-Bahn oder des RE von Dresden über Hoyerswerda hinaus nach Görlitz durchzubinden. Damit wird das nordöstliche Bindeglied des oberzentralen Städteverbunds Bautzen–Görlitz–Hoyerswerda im Zuge der entsprechenden regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachse infrastrukturell ausgebaut. Darüber hinaus kann über die Niederschlesische Magistrale auch die internationale Verbindung zwischen Berlin und den polnischen Wojewodschaften Niederschlesien (województwo dolnośląskie), Oppeln (województwo opolskie), Schlesien (województwo śląskie) und Kleinpolen (województwo małopolskie) via Horka oder Görlitz geführt werden, wie in Z 3.3.9 2. Satz LEP 2013 bestimmt ist. Bei Ausbau aller Strecken ist nach Untersuchung der ETC Transport Consultant für den EC Wawel auf der Route Berlin–Cottbus–Hoyerswerda–Horka–Liegnitz (Legnica)–Breslau (Wrocław) eine Fahrzeit von 3.30 Stunden möglich. Diese würde sich bei einer Führung über Görlitz/Zgorzelec zwar auf rund 4 Stunden verlängern, dafür jedoch weitere Fahrgastpotenziale erschließen (vgl. Gutachten „Via Regia-Kurzfristige und kostengünstige Verbesserungsmöglichkeiten im Schienenpersonenfernverkehr Berlin-Breslau“ (Auftragnehmer: IPG mbH Potsdam; 2008) sowie „Darstellung des Verkehrspotentials zwischen den Wirtschaftsräumen Berlin-Breslau unter Berücksichtigung der Einbettung in den Korridor Skandinavien/Raum Hamburg-Südwestpolen/Ukraine“ (Auftragnehmer: Dornier Consulting GmbH Berlin; 2007).

Unabhängig davon bzw. im Vorgriff auf eine spätere Fernverkehrsverbindung sollte in Abstimmung der beteiligten Verkehrsverbünde Berlin-Brandenburg (VBB) sowie Oberelbe (VVO) wieder eine Direktverbindung (Berlin–Senftenberg–)Lauta–Hoyerswerda eingerichtet werden, zumal dafür nach Neubau der Verbindungsspanne Senftenberg–Hosena (2005) lediglich die bestehende RB-Verbindung Berlin–Senftenberg verlängert werden bräuchte und damit das Anschlussrisiko in Ruhland entfiel. Ein derartiges Angebot würde die Erreichbarkeit von Hoyerswerda als Verkehrskno-

ten mit Busanschlüssen Richtung Kamenz und Bautzen sowie ins östliche Lausitzer Seenland verbessern. Neben dem SPNV kommt dieser Strecke auch eine bedeutende Funktion für den Güterverkehr der Planungsregion zu: Die 2005 im Abschnitt (Hosena)–(Senftenberg) erneuerte Strecke ist u. a. für den Güterverkehr von Spreewitz nach Rbf. Senftenberg notwendig.

Der Ausbau der überregionalen Strecke (Dresden–) Bischofswerda–Wilthen–Ebersbach–Neugersdorf–Zittau ist mittlerweile weit vorangeschritten. Damit konnte die Fahrzeit der RE-Züge zwischen Dresden-Neustadt und Zittau auf gut 80 min. reduziert werden, womit auch die Voraussetzungen für attraktive grenzüberschreitende Verkehre nach Liberec/Reichenberg, Jablonec nad Nisou/Gablonz sowie Tanvald/Tannwald geschaffen wurden. Gleichwohl sollte auch auf dieser eingleisigen Relation die Leistungsfähigkeit und betriebliche Flexibilität durch Erhalt ausreichender Kreuzungsstellen gewährleistet sein. Weiterhin bedarf es dringend der für die betriebliche Sicherheit und Beschleunigung relevanten Sanierung des polnischen Korridors zwischen Zittau und Hrádec nad Nisou/Grottau.

Die tagebaubedingt bis 2026 notwendige Verlegung des Abschnitts Weißkeißel–Rietschen der Strecke Cottbus–Weißwasser/O.L.–Görlitz gemäß Ziel 23 BKP Tagebau Reichwalde soll unter Beachtung der angestrebten Ausbaustandards nach BWVP erfolgen, um die überregionale Erreichbarkeit im Sinne der entsprechenden Verbindungs- und Entwicklungsachse zu verbessern. Nach dem mittlerweile erfolgten Ausbau zwischen Berlin und Cottbus für Geschwindigkeiten bis 160 km/h wird durch eine entsprechend konzipierte Umverlegung und anderweitige Streckenerüchtigung (z. B. Schaffung längerer Begegnungsabschnitte) die Option eines schnellen Regionalverkehrs sowie perspektivisch auch Fernverkehrs in der Gesamtrelation Berlin–Cottbus–Weißwasser/O.L.–Görlitz–Zittau–Liberec/Reichenberg gerade auch bei tagebaubedingter Streckenverlängerung gewahrt (vgl. Grundsatz 4.2.2). So ist der landes- und verkehrsplanerisch vorgegebene Ausbau zwischen Cottbus und Görlitz einschließlich Elektrifizierung explizit darauf ausgerichtet, die Kapazitäten im Fern- und Regional- sowie Güterverkehr zu erhöhen (Z 3.3.10 LEP 2013, LVP 2025, S. 50) und ergänzt ferner die entsprechende Maßnahme der Niederschlesischen Magistrale im Abschnitt Horka–Görlitz (s. o.). Dies entspricht nicht zuletzt der Klassifikation dieser großräumigen Verbindung Berlin–Nieder-/Oberlausitz–Woiwodschaft Niederschlesien (województwo dolnośląskie), Oppeln (województwo opolskie), Schlesien (Województwo śląskie) und Kleinpolen (województwo małopolskie) als Element des (sonstigen) TEN. Weiterhin gelten für die Verlegung im genannten Abschnitt die Maßgaben von Ziel 23 des Braunkohlenplans Tagebau Reichwalde, das Teichgebiet Rietschen (Teil des Natura 2000-Gebietes und des NSG Niederspreer Teichgebiet) zu schonen und den Truppenübungsplatz Oberlausitz nicht zu tangieren. Darüber hinaus obliegt es der weiteren Trassenkonkretisierung, die Eingriffe in den Siedlungsraum der Gemeinden Rietschen und Weißkeißel zu minimieren. Die räumliche Sicherung der Verlegungsstrasse kann erfolgen, soweit ein konkreter Planungsstand erreicht ist.

zu G 4.2.2

Der gemäß LEP 2013 (Karte 4) als regional eingestufte Streckenabschnitt stellt das Bindeglied zwischen überregionalen Bahnverbindungen (Berlin–Cottbus–Görlitz und Zittau–Liberec/Reichenberg) im Zuge einer ebensolchen Verbindungs- und Entwicklungsachse dar. Angestrebt wird daher ein durchgängiger Verkehr. Dies schließt ggf. eine Elektrifizierung des Abschnitts ein, wie sie zusammen mit der Erhöhung der Streckengeschwindigkeit auf 120 (D) bzw. 100 km/h (PL) für den BWVP vorgeschlagen und auf den weiteren Verlauf Richtung Liberec/Reichenberg ausgedehnt wird (siehe Entwurf Projektvorschläge Schiene vom 05.05.2014, S. 20). Neben dem Ausbau des deutschen Streckenabschnitts ist eine Sicherung und Modernisierung des ca. 3 km langen polnischen Korridors zwischen Zittau und Hrádek nad Nisou/Grottau unabdingbar, um den verkehrlichen Wert dieser Gesamtrelation voll auszuschöpfen, wobei die Möglichkeit zur Einrichtung eines Haltepunktes auf polnischem Gebiet besteht. Hierzu soll ein trilateraler Staatsvertrag geschlossen werden, welcher Zuständigkeiten und Finanzierung des überschaubaren Projekts regelt (Kosten ca. 2,5 Mio. €, siehe KNIPPSCHILD, Robert (2014): Abschlussdokumentation des Projekts „Gemeinsam für den Grenzraum Niederschlesien – Sachsen“. Wrocław/Dresden, S. 171 f.). Raumordnerische Grundlage für die Zusammenarbeit sind nicht zuletzt die Vorgaben der Regionalentwicklung (vgl. Ziel 2.2.1 des Regionalplanes).

zu G 4.2.3

Unabhängig vom angestrebten Eisenbahnfernverkehr sollen befriedigende grenzüberschreitende Verbindungen ermöglicht werden, um zentren- und gebietsbezogene Verflechtungen bzgl. Arbeitsplätzen, Versorgungseinrichtungen und Erholungsmöglichkeiten auch auf der Schiene auszuprägen und die Erreichbarkeit der Fernverkehre in den internationalen Knotenbahnhöfen Berlin, Breslau (Wrocław) und Dresden aus dem jeweils anderen Land herzustellen. Der Bahnhof von Zittau dient bereits als Übergangsstelle für durchgängige Züge von Dresden bis Liberec/Reichenberg (–Tanvald/Tannwald im Isergebirge) und ermöglicht Umsteigeverkehre nach Varnsdorf/Warnsdorf bzw. Rybníště/Kreibitz-Teichstatt, außerdem werden dort die auch von tschechischen und polnischen Fahrgästen genutzten Schmalspurbahnen Richtung Oybin und Kurort Jonsdorf erreicht. In Görlitz halten derzeit nur drei tägliche Zugpaare der Verbindung Dresden–Breslau (Wrocław). Innerpolnische Verkehre aus Breslau (Wrocław), Liegnitz (Legnica), Bunzlau (Bolesławiec) und Kohlfurt (Węgliniec) enden hingegen in Zgorzelec, wodurch kein Übergang zum deutschen Netz besteht. Dies wäre bei Verlängerung in den Bahnhof Görlitz gegeben, welche das Angebot direkter Zugverbindungen erheblich ergänzen und nicht zuletzt Anschlüsse in Richtung Cottbus, Berlin und Zittau (s. o.) herstellen würde. Insgesamt würden so die elementaren Voraussetzungen für die Verbesserung der Verbindungsqualitäten entlang des Paneuropäischen Korridors III gemäß Z 2.1.2.2 LEP 2013 geschaffen. Zweckmäßiger Weise können dort auch Züge nach bzw. von Lauban (Lubań)–Hirschberg (Jelenia Góra) mit Fortsetzung ins Riesengebirge eingebunden werden (vgl. Studie des Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (2013): „Śnieżka“ – Erarbeitung einer ÖPNV-Konzeption im Korridor Bautzen–Görlitz–Lauban (Lubań)–Hirschberg (Jelenia Góra)–Landeshut in Schlesien (Kamienna Góra) zur Tourismusentwicklung in der Euroregion Neisse-Nisa-Nysa). Das EURO-NEISSE-Ticket schafft bereits heute die tarifliche Grundlage zur attraktiven Nutzung grenzübergreifender Verbindungen. Eine zentrale Übergangsstelle entspricht dem Status von Görlitz-Zgorzelec als Europastadt (vgl. Begründung zu Ziel 1.3.6 LEP 2013).

Der Zugang polnischer Fahrzeuge vom Neißeviadukt bis in den Bahnhof Görlitz setzt für die restliche Strecke von ca. 800 m eine technische bzw. organisatorische Regelung zur Einhaltung der notwendigen Betriebssicherheit voraus, wie sie bspw. bereits in Zittau praktiziert wird. Perspektivisch wird die geplante Elektrifizierung Dresden–Görlitz/Zgorzelec–Kohlfurt (Węgliniec)–Breslau (Wrocław) die Intensivierung grenzübergreifender Verkehre technisch und betrieblich erleichtern. Unabhängig davon ermöglicht die Kurzführung der grenzüberschreitenden, beiderseits zu-

gelassenen Züge zwischen Dresden und Kohlfurt (Węglińiec) die Verdichtung des Angebots, was zuverlässige Anschlüsse in Görlitz und Kohlfurt (Węglińiec) in Richtung Dresden und Breslau (Wrocław) voraussetzt.

Die genannten Forderungen und Überlegungen sind Themen der niederschlesisch-sächsischen Partnerschaft (vgl. KNIPPSCHILD, Robert (2014): Abschlussdokumentation des Projekts „Gemeinsam für den Grenzraum Niederschlesien – Sachsen“. Wrocław/Dresden, S. 171 f.). Die organisatorische Umsetzung obliegt den für den SPNV zuständigen Trägern, d. h. dem ZVON und dem Marschallamt der Woiwodschaft Niederschlesien, wobei eine Unterstützung durch übergeordnete staatliche und fachbehördliche Institutionen (Bund, Freistaat, Zentralregierung, DB Netz, Eisenbahnbundesamt, PKP PLK, polnisches Eisenbahnverkehrsamt UTK) in Anbetracht dieser zwischenstaatlichen Aufgabe zielführend ist. In diesem Zusammenhang wird auf die zugehörigen Ziele zur kooperativen Regionalentwicklung (vgl. Z 2.2.1) hingewiesen.

zu G 4.2.4 Die Region Oberlausitz-Niederschlesien wird seit dem Jahresfahrplan 2005 nicht mehr im Rahmen des Fernverkehrsnetzes bedient. Ein Anschluss an dieses Netz ist nur noch in Dresden, Leipzig und Berlin sowie in Cottbus möglich. Der Wegfall der Fernverbindungen durch die DB AG steht im Widerspruch zu den Festlegungen des Bundesverkehrswegeplanes und zu den Auffassungen des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien. Direktanschlüsse in Dresden, Leipzig, Cottbus und Berlin an hochwertige Reisezüge (z. B. IC- oder ICE-Verbindungen) nach Süd-, West- und Norddeutschland sowie in die Tschechische Republik und in den nördlichen Teil der Republik Polen sollten den Reisenden von und nach Ostsachsen kurze Reisezeiten erlauben. Damit wird die Verkehrsgunst für die Region verbessert und die Nutzung der Bahn auch für den Fernreiseverkehr attraktiver. Die Neuordnung des Verkehrsangebots im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Schnellfahrstrecke Halle/Leipzig–Erfurt–Nürnberg Ende 2015 bzw. 2017 eröffnet die Möglichkeit, die Anschlüsse in Dresden und Leipzig in Richtung München, Hannover und Frankfurt/Main zu optimieren. Nur unter dieser organisatorisch-betrieblichen Voraussetzung profitiert die Region Oberlausitz-Niederschlesien von außerregionalen Ausbaumaßnahmen.

zu Z 4.2.5 Die regionale Besonderheit der zwei im Ziel genannten Strecken macht eine räumlich konkretisierende Betrachtung zu Ziel 3.4.7 LEP 2013 erforderlich.

Großschönau sowie Königsbrück sind Grundzentren, welche mit den genannten regionalen Strecken an das höherrangige Ober- bzw. Mittelzentrum Dresden und Zittau angebunden werden, was der Verbindungsfunktionsstufe III nach RIN entspricht. Zudem verläuft die Strecke nach Königsbrück im Zuge einer überregionalen Verbindungs- und Entwicklungssachse und stellt die Anbindung von Ottendorf-Okrilla mit der besonderen Gemeindefunktion Gewerbe her, daher ist sie dem Verdichtungsraumnetz um das Oberzentrum Dresden gemäß Z 3.4.4 LEP 2013 zuzuordnen. Derzeit wird eine Verbindung mit dem Dresdner Straßennetz in Weixdorf geprüft, wobei aus regionalplanerischer Sicht die Gesamtstrecke erhalten bleiben sollte. Nicht zuletzt ist in Königsbrück eine Übergangsstelle zum regionalen Busnetz entstanden. Beide Strecken weisen zudem noch eine touristische Funktion auf (Königsbrücker Heide, Naturpark Zittauer Gebirge), wobei für Seiffhennersdorf die besonderen Gemeindefunktionen Bildung und Tourismus festgelegt sind. Außerdem dient die Strecke Zittau–Seiffhennersdorf auch dem grenzüberschreitenden Verkehr Liberec/Reichenberg–Hrádek nad Nisou/Grottau–Zittau–Großschönau–Varnsdorf/Warnsdorf–Rybníště/Kreibitz-Teichstatt–Česka Lípa/Böhmisch Leipa–Rumburk/Rumburg, (Tschechische Republik) und könnte zwischen Seiffhennersdorf und Eibau wieder vom Personenverkehr bedient werden. Der bedarfsgerechte Ausbau der genannten Strecken umfasst insbesondere die Modernisierung von Bahnübergängen sowie der Haltepunkte. Damit können die Geschwindigkeit erhöht sowie die Zugänglichkeit verbessert werden.

In diesem Zusammenhang wird der Ausbau bestehender bzw. bei Bedarf die Schaffung von weiteren grenzüberschreitenden und attraktiven ÖPNV-Angeboten als erforderlich angesehen. Ein koordiniertes Vorgehen der beteiligten Partner bei der Modernisierung der Strecken für den privilegierten Durchgangsverkehr bildet hierfür eine wesentliche Voraussetzung. Aktueller Sanierungsbedarf besteht außerdem für den polnischen Teil der Strecke Zittau–Hrádek nad Nisou/Grottau.

zu G 4.2.6 Für die gewerbliche Entwicklung in der Region sind Gleisanschlüsse und Gütertransportmöglichkeiten über die Schiene vorhanden. Zielverkehre für die Region umfassen u. a. Kohlenwasserstoffe, Holz, Kalkstein, Zement und Brennstoffe sowie Bauteile für den Waggon- und Stahlbau. Die Quellverkehre sind charakterisiert u. a. durch Getreide, Holz und mineralische Rohstoffe (Grauwacken, Ton, Kaolin und Gips) sowie Braunkohle, Braunkohlenbrikett und Braunkohlenschaub. Bei der Planung von Standorten für die Rohstoffgewinnung, für die Abfallentsorgung und für die gewerbliche oder industrielle Entwicklung kann die mögliche Nutzung der Gleisanschlüsse ein wichtiger Standortfaktor für die Ansiedlung von Betrieben sein. Insbesondere die regionalen, für die Bauwirtschaft wichtigen Tagebaue Bernbruch und Cunnersdorf bei Kamenz (Gw 5 und Kao 3), Oßling (Gw 3) und Caminau (Kao 1) bedürfen auf Grund des überwiegend überregionalen Absatzmarktes einer entsprechenden Anbindung an das Bahnnetz. Angewiesen auf den Bahnanschluss ist auch der in der benachbarten Planungsregion Oberes Elbtal/Ostergelände gelegene Hartsteinbruch Oberottendorf. Dieser ist von regionalem Interesse, da er mittelfristig als Ersatzlagerstätte für Ebersbach (Gb 1) gesehen werden kann. Die zugehörige Trassensicherung bezieht sich auf den Abschnitt zwischen Neukirch (Lausitz) West bis zur Regionalgrenze. Da die Standorte Oßling und Caminau nicht am regionalen Netz liegen, sind sie nicht durch G 3.4.6 LEP 2013 abgedeckt. Damit geht der Regionalplan auch über den Erhalt von Zugangsstellen gemäß G 3.7.4 LEP 2013 hinaus.

Insbesondere für den An- und Abtransport von Massengütern bieten Güterstrecken eine unverzichtbare Voraussetzung für die Verkehrsgunst von Standorten. Bei Einstellung des Schienenpersonennahverkehrs auf Nebenstrecken in der Region können dann die Strecken für Gütertransporte weiter genutzt werden und somit langfristig das Eisenbahnnetz in Ostsachsen erhalten bleiben.

Die ebenfalls mit einer regionalen Bedeutung eingestufte Strecke Löbau–Ebersbach wird gegenwärtig nur für den Güterverkehr zwecks Anbindung des Steinbruchs Ebersbach (Gb 1) genutzt. Um eine Beschleunigung des Güterverkehrs in der Relation Löbau–Ebersbach–(Rumburk/Rumburg–Česka Lípa/Böhmisch Leipa bzw. Děčín/Tetschen, Tschechische Republik) zu erreichen, ist im Abschnitt Löbau–Ebersbach die Instandsetzung der Gleise erforderlich. Damit könnte er auch als Umleitungs- oder Entlastungsstrecke für die (eingleisige) Verbindung Bischofswerda–Ebersbach im Personen- und Güterverkehr dienen. Der grenzüberschreitende, den tschechischen Bahnen zugehörige Streckenabschnitt

zwischen Ebersbach und (Rumburk/Rumburg, Tschechische Republik) (Kursbuchstrecke 237.1) wird derzeit nicht befahren. Allerdings sollte er für eine mögliche Reaktivierung erhalten bleiben. Die Strecke Lodenau–Horka wird im Hinblick auf mögliche gewerbliche Ansiedlungen am Rothenburger Flugplatz gesichert. Über die Verbindung (Grenze D/PL)–Horka–Graustein–Spremburg/Knappenrode–Schwarze Pumpe werden Kalksteintransporte für die Kraftwerke Schwarze Pumpe und Boxberg durchgeführt, außerdem ist hierüber eine Güterabfuhr von Briketts Richtung Cottbus möglich. Der Abschnitt Seifhennersdorf–Eibau ist für den Güterverkehr nutzbar und stellt eine mögliche Netzergänzung im Personenverkehr dar (s. o. Z 4.3.5).

zu Z 4.2.7

Im LEP 2013 Karte 4 (Festlegungskarte) Verkehrsinfrastruktur sind diese Strecken bis auf die Verbindungskurve Spreewitz–Spreewitz Nord als Vorbehaltsgebiet verkehrliche Nachnutzung von stillgelegten Eisenbahnstrecken festgelegt. Entsprechend Grundsatz 3.4.2 LEP sollen diese Strecken für eine verkehrliche Nutzung freigehalten werden. Ausgehend von den Festlegungen des LEP 2013 wurde die Liste der Strecken präzisiert und auf diese Strecken ein Vorranggebiet Trassensicherung bzw. verkehrliche Nachnutzung gelegt. Auf den genannten Eisenbahnstrecken wurde der Gesamtverkehr eingestellt und die Strecken sind seit längerer Zeit stillgelegt bzw. zum Teil bereits nach § 23 AEG freigestellt. Die Notwendigkeit der Festlegung als Vorranggebiet ergibt sich aus der Spezifik der Bahnanlagen, dass bereits durch die Blockierung von wenigen Metern Trasse beispielsweise durch Bebauung mit Gebäuden und Anlagen oder eine Zersplitterung der Flurstücke eine Neutrassierung in erheblich größeren Umfang erforderlich wird oder die Trasse in ihrer Gesamtheit in Frage stellt, was durch die genannte Festlegung im LEP nicht gewährleistet ist (abwägsfähiger Grundsatz der Raumordnung). Insofern ist eine über den LEP hinausgehende Regelung, welche die Zersplitterung durchgängig nutzbarer Bahnanlagen verhindern soll, aus regionaler Sicht erforderlich. Die aus raumordnerischer Erwägung vorgenommene Trassensicherung hat den Erhalt der jeweiligen Strecke für eine spätere Wiederaufnahme des Eisenbahnverkehrs, eine touristische Nachnutzung z. B. als Radweg, eine Nutzung für die Landschaftsgestaltung oder ggf. den Bau von Parkplätzen (in Ortsnähe) zum Ziel.

Das Erfordernis der zusätzlichen Sicherung ergibt sich für die folgenden Strecken im Einzelnen wie folgt:

Die Strecke Arnsdorf–Regionsgrenze zu Oberes Elbtal/Osterzgebirge–(Dürrröhrsdorf) ermöglicht bei Betriebsstörungen wie der hochwasserbedingten Sperrung des Knotens Dresden im Jahr 2002 eine Umfahrung und kann den hoch belastete Abschnitt Pirna–Dresden Hbf–Dresden-Neustadt/Dresden-Friedrichstadt–Coswig (bei Dresden) im Falle von Einschränkungen ergänzen. Die Fortsetzung in der Nachbarregion Oberes Elbtal-Osterzgebirge ist entsprechend räumlich gesichert.

Die noch nicht freigestellte Strecke Bautzen–Wilthen ist zwar nicht Bestandteil der gegenwärtigen verkehrlichen Konzeption des ZVON, könnte jedoch als Verbindung zwischen der Stadt Bautzen (Oberzentraler Städteverbund) und Wilthen (Grundzentraler Gemeindeverbund) eine ergänzende Netzfunktion übernehmen und den weiteren Anschluss Richtung Ebersbach-Neugersdorf und Zittau herstellen, wenn dafür eine tragfähige Konzeption erstellt wird.

Die bestehende Verbindungskurve Spreewitz–Spreewitz Nord ist nicht in Karte 4 des LEP 2013 enthalten, gleichwohl aus betrieblichen Gründen sinnvoll, da sie eine Direktverbindung zwischen dem Industriestandort Schwarze Pumpe und Cottbus herstellt, ohne dass ein großer Umweg über Knappenrode–Hoyerswerda–Senftenberg notwendig ist und die für eine hohe Belegung auszubauende Niederschlesische Magistrale entlastet wird. Damit kann vorsorglich künftigen Verkehrsströmen Rechnung getragen werden.

Der Abschnitt Großpostwitz/O.L.–Cunewalde bindet an den bereits hergestellten bzw. im Bau befindlichen Radweg Cunewalde–Löbau an. Eine Sicherung der bisherigen Eisenbahntrasse ist bis zur Klärung des Radwegeverlaufs zweckmäßig.

Im Zusammenhang mit einer Nachnutzung der von Bahnbetriebszwecken freigestellten Strecken kommt der interkommunalen Koordinierung für die betreffenden Strecken eine besondere Bedeutung zu. Die mit der Streckenstilllegung bzw. der Freistellung von Bahnbetriebszwecken verbundenen vertraglichen Vereinbarungen sind kein Gegenstand der Regionalplanung. Planungsvorhaben, welche räumlich oder sachlich einen Bezug zu den gesicherten Trassenabschnitten aufweisen und deren Erfordernis bzw. Umsetzbarkeit berühren, sollen mit dem Träger der Regionalplanung abgestimmt werden.

4.3 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- G 4.3.1 In der Region soll unter Berücksichtigung der Wirtschaftlichkeit ein attraktiver und bedarfsorientierter ÖPNV ausgebaut werden, der die Erreichbarkeit Zentraler Orte für die Bevölkerung ihrer Verflechtungsbereiche durch den ÖPNV verbessert sowie in Linienführung, Bedienungshäufigkeit und der Kombination von Berufs-, Schüler- und Linienverkehr auf die Zentralen Orte und auf die Gemeinden mit besonderer Gemeindefunktion „Bildung“, „Gesundheit/Soziales“, „Tourismus“ bzw. „Gewerbe“ ausgerichtet ist und regional bedeutsame Schwerpunktstandorte für die Freizeit-, Erholungs- und Tourismusnutzung anbindet.**
- G 4.3.2 Auf den Bahnstrecken des Schienenpersonennahverkehrs soll der bestehende angebotsorientierte, attraktive und bedarfsgerechte Taktverkehr aufrechterhalten werden.**
- G 4.3.3 An allen Bahnhöfen Zentraler Orte sowie an den Bahnhöfen Bischheim-Gersdorf, Mücka und Schmölln/O.L. sollen der schienen- und der straßengebundene öffentliche Nahverkehr untereinander und die Anschlüsse aufeinander abgestimmt sein. Eine neue**

Park+Ride Anlage soll in Schirgiswalde eingerichtet werden. Bestehende Anlagen sollen bei Bedarf erweitert werden.

Begründung zu 4.3 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- zu G 4.3.1 Ein leistungsfähiger, attraktiver ÖPNV ist eine umweltgerechte Alternative zum motorisierten Individualverkehr. Die Bedienung mit öffentlichen Verkehrsmitteln soll auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ausgerichtet werden, welche in der Region entsprechend dem allgemeinen demographischen Trend altert und somit die entsprechende Barrierefreiheit erfordert (vgl. G 3.1.1 LEP 2013). Im Hauptnetz des ÖPNV (verbindet die Zentralen Orte miteinander) ist ein nachfragegerechtes Angebot und im Nebennetz (bindet die Gemeinden an das Hauptnetz an) ein bedarfsorientiertes Angebot zu gestalten.
- Die in den Nahverkehrsplänen der Verkehrsverbünde (Verkehrsverbund Oberelbe, Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien) enthaltenen Angebotskonzepte tragen mit ihren Zielstellungen und Maßnahmen diesem Anliegen Rechnung. Hierzu zählen ein integraler Taktfahrplan (unter Berücksichtigung der Anschlussbeziehungen zum Schienenpersonenfernverkehr), Maßnahmen zur Beschleunigung der Verkehrsträger sowie die verstärkte Anwendung von alternativen Bedienformen insbesondere im ländlichen Raum. Vor dem Hintergrund eines attraktiven und qualitativ hochwertigen ÖPNV auch über die Grenzen der Nahverkehrsräume hinaus ist die Zusammenarbeit der Verkehrsverbünde (Verkehrsverbund Oberelbe, Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien) untereinander und mit den angrenzenden Verkehrsverbünden im Land Brandenburg zu intensivieren (u. a. bezüglich der Einrichtung bzw. der Wiederaufnahme von Verbindungen des straßengebundenen ÖPNV).
- Die in den bisherigen Nahverkehrsplänen enthaltenen Zielstellungen für einen Erhalt der Direktverbindungen Hoyerswerda-(Leipzig) und Görlitz-Hoyerswerda sowie die Verkürzung der Reisezeiten auf der Verbindung Hoyerswerda-Dresden (mit Anbindung des Haltepunktes Hoyerswerda-Neustadt) auf diesen Hauptstrecken des SPNV tragen dem Anliegen eines attraktiven ÖPNV Rechnung (Vermeidung von Umstiegen, Verringerung der Reisezeiten).
- Für die Anbindung der Verflechtungsbereiche an die Zentralen Orte muss der ÖPNV bedarfsgerechte und unkonventionelle Angebote umfassen. Die Erreichbarkeit der Zentralen Orte aus den Gemeinden im Nahbereich (vgl. Karte Zentrale Orte und Nahbereiche) ist dabei so zu gestalten, dass die Beförderungszeit zum entsprechenden Zentralen Ort i. d. R. nicht mehr als 30 min beträgt. Hierbei sind Defizite in der Erreichbarkeit einzelner Grundzentren wie beim grundzentralen Verbund Radibor-Großdubrau-Malschwitz festzustellen, die z. T. nur über eine zeitaufwendige Umsteigerelation via Bautzen mit ihrem Einzugsbereich verbunden sind. Insofern sollte zumindest die zentral gelegene Gemeinde Großdubrau direkt angefahren werden, während die weitere Verknüpfung über flexible Angebotsformen erfolgen kann.
- Die Gleichstellung von Gemeinden mit den besonderen Gemeindefunktionen „Bildung“, „Gesundheit/Soziales“, „Tourismus“ bzw. „Gewerbe“ mit den Zentralen Orten ist bei der Ausgestaltung des ÖPNV sinnvoll und notwendig, da in diesen Gemeinden durch den Pendlerverkehr ein größeres Potenzial vor allem durch Schul- und Berufspendler sowie Erholungssuchenden bzw. Touristen besteht und dieses Potenzial auch durch attraktive ÖPNV-Verbindungen nutzbar gemacht werden soll. Darüber hinaus soll auch die verbesserte Anbindung regional bedeutsamer Erholungsschwerpunkte, welche insbesondere an den bereits gefluteten Tagebaurestseen von Bärwalde und Berzdorf liegen (Haltepunkte in Klitten-Jasua bzw. Deutsch-Ossig), angestrebt werden, sofern ein entsprechender Bedarf erkennbar ist. Weitere Schwerpunktstandorte für Freizeit und Tourismus sind Geierswalder/Partwitzer See, Sabrodter See, Spreetaler See sowie der Muskauer Faltenbogen gemäß G 3.4.2.
- zu G 4.3.2 Als umweltfreundliches Verkehrsmittel fällt der Eisenbahn eine besonders wichtige Aufgabe für den Schienenpersonennahverkehr zu, die nur dann wirkungsvoll ausgefüllt werden kann, wenn die Bahnverbindungen und die Bahnhöfe bzw. Haltestellen den zeitgemäßen Anforderungen nach Erreichbarkeit, Schnelligkeit, Zeittakten und Reisekomfort entsprechen. Dazu gehören auch die kundenfreundliche Gestaltung von Bahnhöfen und Haltestellen und die Verfügbarkeit von Parkplätzen am Bahnhof für Bahnreisende. Das aus RE- und RB -Linien bestehende, im Abschnitt Bischofswerda-Görlitz verdichtete Zugangebot hat sich bewährt und lässt sich weiter durch Flügelung bislang abwechselnd nach Görlitz und Zittau verkehrender RE weiter verbessern.
- Auf allen Eisenbahnstrecken, auf denen Nahverkehr angeboten wird, sind Modernisierungen im Streckennetz und öffentlichen Bahnhofsgebäuden notwendig. Damit werden nicht zuletzt die Voraussetzungen für eine perspektivische Wiederaufnahme des Fernverkehrs geschaffen. Die Eisenbahnstrecken des regionalen Verkehrs sind in den aktuellen Nahverkehrsplänen des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberelbe (ZVOE) 2011 sowie des Zweckverbandes Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON) 2010 in ihrem langfristigen Bestand gesichert. Der Ausbau dieser Strecken bildet die Voraussetzung für einen kundenfreundlichen und zeitgemäßen Schienenpersonennahverkehr. Die wichtigsten für den Schienenpersonennahverkehr genutzten Bahnstrecken sind (Dresden)–Radeberg–Arnsdorf–Bischofswerda–Bautzen–Löbau–Görlitz, (Dresden)–Radeberg–Kamenz, (Dresden)–Königsbrück sowie (Dresden)–(Großenhain)–(Ruhland)–Hoyerswerda (vgl. Z 3.4.4 LEP 2013), Zittau–Görlitz–Weißwasser/O.L.–(Cottbus), Görlitz–Niesky–Hoyerswerda und (Dresden)–Bischofswerda–Wilthen–Zittau. Auch ein Ausbau der Eisenbahnstrecken des überregionalen und regionalen Netzes kann zu einer Verkürzung der Reisezeiten und der damit verbundenen Verbesserung der Angebotsqualität für den auf diesen Strecken bestehenden Schienenpersonennahverkehr führen. So ist mit dem Ausbau der Strecke Hoyerswerda-Horka mit einer abschnittweisen Anhebung der möglichen Geschwindigkeit von 120 km/h auf 160 km/h eine Verkürzung der Reisezeiten für die Verbindungen zwischen Hoyerswerda und Görlitz zu erwarten und es bestehen gleichzeitig bessere Voraussetzungen für eine durchgehende Bahnverbindung Leipzig–Görlitz. Nicht zuletzt hat auch der im Herbst 2009 abgeschlossene Wiederaufbau der Verbindungskurve zwischen Radeberg und Kleinröhrsdorf zu einer Fahrzeitverkürzung von ca. 15 min zwischen Kamenz und Dresden geführt.
- zu G 4.3.3 Die Verknüpfungsstellen besitzen für den ÖPNV eine besondere Bedeutung, da durch eine Verknüpfung unterschiedlicher Verkehrsträger die für den Reisenden notwendigen Beförderungsketten hergestellt werden können. Sie entstehen an den Schnittstellen, an denen die Verkehrsträger und -arten aufeinandertreffen, wie an den Schnittstellen innerhalb

des ÖPNV sowie zwischen dem ÖPNV und den individuellen Verkehrsmitteln (Park + Ride, Bike + Ride). Damit können eine effiziente Bündelung bzw. Verteilung der Verkehre vorgenommen und das Straßennetz zu sowie in den Einpendlerzentren entlastet werden. Darüber hinaus erleichtern die Übergangsstellen für mobilitätseingeschränkte Menschen die Nutzung des ÖPNV (vgl. G 3.4.1 LEP 2013).

Die bisher fertiggestellten sowie die noch vorgesehenen Verknüpfungsstellen des schienengebundenen Personennahverkehrs (SPNV) mit dem öffentlichen straßengebundenen Personenverkehr berücksichtigen die zentralörtliche Bedeutung der Städte und Gemeinden, die Siedlungskonzentrationen in den Ortschaften und eine Knotenpunktfunktion im Eisenbahnnetz bzw. die Verkehrsbedeutung der einzelnen Strecken (Fahrgäste). Bislang fehlen noch in den Städten Bautzen und Görlitz (Oberzentraler Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda) sowie in den Grundzentren Schirgiswalde-Kirschau und Großschönau Verknüpfungsstellen. Eine solche Anlage ist in Mücka im Zusammenhang mit dem Ausbau der Niederschlesischen Magistrale geplant.

Darüber hinaus wird die Sanierung der Bahnhöfe (u. a. behindertengerechter Zugang, Erhöhung Bahnsteige) und der Ausbau von P+R-Möglichkeiten an den Bahnhöfen fortgeführt. Die Schaffung von Park+Ride Anlagen hat die Verbesserung des Einzugsbereiches des ÖPNV durch eine verstärkte Verknüpfung mit dem individuellen Verkehr zum Ziel. Eine neue Anlage ist in Bischheim-Gersdorf an der regionalen Strecke Kamenz-Radeberg-(Dresden) vorgesehen. Z. T. werden bestehende Anlagen so gut genutzt, dass wie in Radeberg Erweiterungen geplant sind. Dabei kann auf betrieblich nicht mehr genutzte Bahnflächen wie stillgelegte Ladestraßen o. ä. zurückgegriffen werden.

4.4 Luftverkehr

Karte: Der Bestand an regionalen und lokalen Verkehrslandeplätzen und Sonderlandeplätzen ist in die Karte Raumnutzung nachrichtlich übernommen.

Hinweis/Anregung an die beteiligten Träger öffentlicher Belange:

Auf Grund aktueller luftrechtlicher Genehmigungen (z. B. für den Verkehrslandeplatz Rothenburg/Görlitz und der in Prüfberichten des Sächsischen Rechnungshofes zu einzelnen Verkehrslandesplätzen enthaltenen Wertungen zur Rolle der Raumplanung (insbesondere der Regionalplanung) bei der Sicherung von Verkehrslandeplätzen als Teil der Daseinsvorsorge werden die in den folgenden Zielen getroffenen Festlegungen zur Diskussion gestellt. Raumplanerisch relevant ist jedoch weniger die Prüfung der Wirtschaftlichkeit eines Verkehrslandeplatzes, sondern vielmehr die Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die zugewiesene Funktion und den Betrieb. Die am Planentwurf Beteiligten werden gebeten, bezüglich der in den Zielen 4.4.1 bis 4.4.3 festgelegten Funktionen (Bedeutung) entsprechende Hinweise zu geben.

- Z 4.4.1 Für die Verkehrslandeplätze Bautzen und Rothenburg/Görlitz sind die räumlichen Voraussetzungen für eine Nutzung als Verkehrslandeplatz mit regionaler Bedeutung für den Reise- und Geschäftsverkehr bzw. den Werkverkehr zu erhalten und weiter zu entwickeln.**
- Z 4.4.2 Für die Verkehrslandeplätze mit lokaler Bedeutung Görlitz und Kamenz sollen die räumlichen Voraussetzungen für die allgemeine Luftfahrt und für den Luftsport erhalten werden.**
- Z 4.4.3 Für die Sonderlandeplätze Klix, Brauna und Nardt sollen die räumlichen Voraussetzungen für den Luftsport erhalten werden.**

Begründung zu 4.4 Luftverkehr

Entsprechend dem Grundsatz 3.5.3 LEP sollen die regionalen und lokalen Verkehrslandeplätze (VLP), die Sonderlandeplätze sowie die Segelfluggelände für die allgemeine Luftfahrt und den Luftsport sowie zur Erschließung der Region erhalten bleiben. Die regionalplanerischen Festlegungen konkretisieren den LEP räumlich und sachlich und sollen die abgestufte Bedeutung der einzelnen Landeplätze klarstellen. Für die Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit der VLP besitzt die Regionalplanung, entgegen der Ansicht des SMI in der Stellungnahme an den Sächsischen Rechnungshof, keine Kompetenz (Prüfungsgegenstand: Verkehrslandeplätze kommunaler Eigengesellschaften im Rahmen des Jahresberichtes 2014 des Sächsischen Rechnungshofs, Band II: Kommunalbericht). Dies entspricht auch den Erläuterungen zu den Bindungswirkungen der Festlegungen der Raumordnung im LEP (S. 7).

Im Flughafenkonzept der Bundesregierung 2009 wird diesbezüglich hervorgehoben: „Anteilseigner vieler regionaler Verkehrsflughäfen und größerer Verkehrslandeplätze sind die Länder und Gebietskörperschaften. Diese werden weniger aus Gründen der Gewinnerzielung betrieben, sondern als Teil der staatlichen Daseinsvorsorge. Betriebswirtschaftliche Rentabilitätskriterien können hier nicht ausschließlich zur Bewertung des Erhalts und Ausbaus von Flugplätzen zu Grunde gelegt werden, da vor allem regionalwirtschaftliche Interessen an einer bedarfsgerechten Flugplatzinfrastruktur bestehen. Im Hinblick auf Konkurrenz der Regionen im erweiterten Europa und den gleichzeitigen Rückgang traditioneller Standortbindungen der Wirtschaft ist eine Region auf einen eigenen Anschluss an das europäische Luftverkehrsnetz angewiesen. Gerade bei der Ansiedlung von Unternehmen ist ein leistungsfähiger Verkehrslandeplatz oder regionaler Verkehrsflughafen ein wichtiges Argument für die Standortwahl und damit für die regionale Wirtschaftsförderung“ (S. 25).

Regionalplanerisch werden die Raumwirksamkeit der Landeplätze und die damit verbundenen Restriktionen für andere Nutzungen berücksichtigt. Die in den einzelnen Plansätzen benannte Erhaltung der räumlichen Voraussetzungen beinhaltet die weitere Nutzbarkeit für die in den Begründungen angegebenen Zwecke (z. B. zulässige Startmassen)

durch die Sicherung und den notwendigen Ausbau der infrastrukturellen Einrichtungen und die Gewährleistung der Hindernisfreiheit (z. B. durch Bauschutzbereiche).

zu Z 4.4.1

Durch die günstige Lage an den teilweise überregionalen Straßenverbindungen (A 4, B 6, B 96, B 156, B 178) umfasst der Verkehrslandeplatz (VLP) Bautzen die gesamte Region Oberlausitz-Niederschlesien als potenziellen Einzugsbereich. „Der VLP Bautzen ist mit Ausnahme der beiden Verkehrsflughäfen in Leipzig und Dresden der einzige Flugplatz in Sachsen, der einen Betrieb mit Flugzeugen über 14.000 kg höchstzulässiger Abflugmasse ermöglicht. Ebenso bietet nur er unter den sächsischen VLP die Möglichkeit des Instrumentenflugbetriebes (IFR) mit einer Luftraumklassifikation „Unkontrollierter Flugplatz mit Luftraum F“ an“ (vgl. Sächsischer Rechnungshof (2014): Prüfungsbericht über die überörtliche Prüfung der Verkehrslandeplätze – Prüfung der Flugplatz Bautzen Betreibergesellschaft mbH vom Juli 2014, Az.: 2-14000000U135-12.3 4288/14, S. 36.) Am Verkehrslandeplatz sind eine Außenstelle der Bundespolizei-Fliegerstaffel Blumberg und eines Luftrettungsunternehmens (mehr als 1.000 Einsätze pro Jahr, Alarmierung über die Integrierte Regionalleitstelle Ostsachsen in Hoyerswerda), gewerbliche Luftfahrtunternehmen, Flugschulen und Luftsportvereine ansässig. Der Verkehrslandeplatz Bautzen erlangt durch seine zentrale Lage in der Region und die Nähe zum Autobahn- und Bundesstraßennetz für den regionalen Reise- und Geschäftsverkehr Bedeutung. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 14.530 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703).

Der Verkehrslandeplatz Rothenburg/Görlitz ist ein Landeplatz des allgemeinen Verkehrs (Verkehrslandeplatz) entsprechend § 49 Abs. 2 Nr. 1 LuftVZO und ist für Flugzeuge bis 14 t höchstzulässige Flugmasse (MPW) zugelassen. Er liegt an der östlichen Grenze der Region und entfernt zu den dichter besiedelten Räumen, so dass seine Bedeutung für den Reise- und Geschäftsverkehr geringer als beim Verkehrslandeplatz Bautzen ist. Die vorrangige Nutzung erfolgt durch Luftsportvereine und Flugschulen, den Werksverkehr und für Ausbildungs- und Trainingsflüge der Bundeswehr und der Bundespolizei. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 9.610 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703). Für den VLP liegt eine Neufassung der Genehmigung zur Anlage und zum Betrieb des Flugplatzes Rothenburg/Görlitz vor (Bescheid der Landesdirektion Sachsen vom 18.02.2015, Az.: DD36-4055/5/3). Darin wird die Genehmigung zur Anlage und zum Betrieb eines Landeplatzes für den allgemeinen Verkehr (Verkehrslandeplatz) für die Durchführung von Flügen nach Sichtflugregeln (VFR) bei Tag und Nacht erteilt. Mit dem Bescheid wurde der für den ehemaligen Militärflugplatz Rothenburg festgelegte Baubeschränkungsbereich Klasse „A“ nach Maßgabe der Anordnung über Baubeschränkungsbereiche (Sicherheitszonen) in der Umgebung von Flugplätzen vom 5. März 1971 (Gesetzblatt der DDR, Sonderdruck Nr. 699) in einen beschränkten Bauschutzbereich nach § 17 Nr. 1 und 2 LuftVG unter gleichzeitiger Festlegung von Ausnahmen zu Bauhöhen nach § 13 LuftVG umgewandelt.

zu Z 4.4.2

Der Verkehrslandeplatz Görlitz verfügt über eine 750 m lange Gras-Start- und Landebahn und ist für den allgemeinen Flugverkehr bis 5,7 t höchstzulässige Flugmasse (MPW) im Sichtflugbetrieb am Tag zugelassen. Er dient als öffentlicher Verkehrsträger mit lokaler Bedeutung vorwiegend dem Geschäftsreiseverkehr, Flugtourismus, Flugsport und Flugschulbetrieb. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 3.540 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703).

Der Verkehrslandeplatz Kamenz verfügt über eine 1.100 m lange, befeuerte Beton-Start- und Landebahn und über eine zweite, ebenso lange Gras-Start- und Landebahn. Der Verkehrslandeplatz Kamenz ist für Flugzeuge bis 5,7 t höchstzulässige Flugmasse (MPW), Hubschrauber, selbststartende Motorsegler, Ultraleichtflugzeuge und Segelflugzeuge zugelassen. Als öffentlicher Verkehrsträger dient er vorwiegend dem allgemeinen Luftverkehr (auch Geschäftsreiseverkehr). Darüber hinaus wird dieser Verkehrslandeplatz von den hier ansässigen luftfahrttechnischen Betrieben, Flugschulen und dem Fliegerclub genutzt. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 15.700 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703).

zu Z 4.4.3

Der Sonderlandeplatz Klix verfügt über eine 880 m lange Gras-Start- und Landebahn. Als Sonderlandeplatz dient er nur auf Anfrage dem allgemeinen Verkehr für Luftfahrzeuge bis 5,7 t höchstzulässige Flugmasse (MPW), ansonsten aber vorwiegend der Ausübung luftsportlicher Tätigkeiten des Platzhalters und seiner Gäste. Er hat Bedeutung als offizielles Landesleistungszentrum Segelflug und als Ausrichter nationaler und internationaler Segelflugwettbewerbe. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 10.010 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703).

Der Sonderlandeplatz Nardt verfügt über eine 950 m lange Gras-Start- und Landebahn und dient nur auf Anfrage dem allgemeinen Verkehr, ansonsten aber vorwiegend der Ausübung luftsportlicher Tätigkeiten des Platzhalters und seiner Gäste. Der Sonderlandeplatz ist für Flugzeuge bis 2 t höchstzulässige Flugmasse (MPW) zugelassen. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 3.490 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703).

Der Sonderlandeplatz Brauna verfügt über eine 400 m lange Gras-Start- und Landebahn, ist ausschließlich für Ultraleichtflugzeuge zugelassen und dient als Sonderlandeplatz der Ausübung luftsportlicher Tätigkeiten des Platzhalters und Genehmigungsinhabers und seiner Gäste. Die Gesamtanzahl der Flugbewegungen im Jahr 2013 betrug 4.510 (Antwort des SMWA auf eine Kleine Anfrage vom 11.02.2015, Landtagsdrucksache Drs.-Nr.: 6/703).

5 Freiraumentwicklung

Hinweis: Der Regionalplan übernimmt gemäß § 6 Abs. 4 Satz 2 SächsNatSchG zugleich die Funktion des Landschaftsrahmenplanes. Dabei werden die zur Koordinierung von Raumansprüchen erforderlichen und geeigneten Inhalte des Landschaftsrahmenplanes als Ziele und Grundsätze der Raumordnung gesichert (§ 6 Abs. 2 Satz 1 SächsNatSchG). Im Übrigen werden sie dem Regionalplan als Anlage beigelegt (§ 6 Abs. 2 Satz 2 SächsNatSchG). Diese fachplanerischen Inhalte des Landschaftsrahmenplanes werden dem Regionalplan in seiner Entwurfsfassung gemäß § 6 Abs. 2 SächsLPlG beigelegt.

Die Leitbilder für die Kulturlandschaftsentwicklung gemäß Ziel 4.1.1.11 LEP sind im Anhang 1 zu Kapitel 5.2 Kulturlandschaftsschutz enthalten.

5.1 Landschaftssanierung und -entwicklung

5.1.1 Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft

Karte: In der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ sind strukturierungsbedürftige Agrarfluren, Gebiete mit hoher Wassererosionsrate, regional bedeutsame Schwerpunkte des Waldumbaus, sanierungsbedürftige Fließgewässerabschnitte, sanierungsbedürftige Standgewässer, regional bedeutsame Grundwassersanierungsgebiete sowie regional bedeutsame Altstandorte als sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft im Sinne von LEP-Ziel 4.1.1.6 festgelegt.

Z 5.1.1.1 Es ist darauf hinzuwirken, dass die Winderosion in den „strukturierungsbedürftigen Agrarfluren“ durch geeignete Schutzmaßnahmen bei der Landbewirtschaftung gemindert und die Landschaft mit gliedernden Elementen angereichert wird. Die Strukturierung ausgeräumter Agrarlandschaften soll mit standortheimischen Gehölzen oder Hecken so erfolgen, dass sich diese Strukturen langfristig zu Verbindungsflächen für den großräumig übergreifenden Biotopverbund entwickeln können. In den in der Karte mit dem Zusatz „KUP“ versehenen strukturierungsbedürftigen Agrarfluren ist auf die Anlage von Kurzumtriebsplantagen hinzuwirken.

Z 5.1.1.2 Es ist darauf hinzuwirken, dass in den ackerbaulich genutzten „Gebieten mit hoher Wassererosionsrate“ eine wirksame Erosionsminderung durch Nutzungsänderung in Grünland, Heckenstrukturen oder Wald und durch ergänzende Maßnahmen des ackerbaulichen Bodenschutzes (z. B. konservierende Bodenbearbeitung) erfolgt.

Für alle Nutzungen in den „Gebieten mit hoher Wassererosionsrate“, die eine Verstärkung der flächen- oder linienhaften Bodenerosion und des Oberflächenabflusses bewirken können (z. B. Verkehrs- und Bewirtschaftungswege und deren Ränder, Abfahrtskilaulauf, intensive Weidewirtschaft), sind geeignete Erosionsschutz- und abflussmindernde Maßnahmen zu ergreifen.

Z 5.1.1.3 In den regional bedeutsamen Schwerpunkten des Waldumbaus ist in Orientierung an die natürlichen Waldgesellschaften und unter Berücksichtigung des Klimawandels auf ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Laub- und Nadelbaumarten und einen gegenüber dem jetzigen Zustand höheren Mischungsgrad der Baumarten hinzuwirken.

Hinweis:

Die Festlegungen des Zieles 5.1.1.4 weisen i. V. m. der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ einen engen Bezug zur Bestandsaufnahme für die Aktualisierung der Bewirtschaftungspläne für den zweiten Bewirtschaftungszyklus in den Flussgebietseinheiten Elbe und Oder auf. Aktuelle Daten und Berichte lagen zum Zeitpunkt der Erarbeitung dieses Vorentwurfes nicht vor. Bis Ende 2015 sind die 2009 verabschiedeten ersten Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme gemäß der EG-WRRL zu überprüfen und zu aktualisieren. Die Entwürfe der Bewirtschaftungspläne sowie Umweltberichte und Maßnahmenprogramme lagen Ende 2014 vor. Die Anhörung fand im Zeitraum 22.12.2014–22.06.2015 statt. In diesem Vorentwurf der Fortschreibung des Regionalplanes werden die zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanes 2010 zunächst weiter verwendet. Eine Fortschreibung der räumlich konkreten kartographischen Festlegungen erfolgt mit dem nächsten Entwurf des Regionalplanes (voraussichtlich 2016). Die Kriterien für die Abgrenzung dieser sanierungsbedürftigen Bereiche der Landschaft im Regionalplan 2010 sollen im Wesentlichen weiterhin angewendet werden (siehe unten).

Für die Fortschreibung des Zieles 4.1.1.4 des Regionalplanes 2010 hinsichtlich der dort benannten, vordringlich zu sanierenden Fließgewässerabschnitte liegt eine erste Stellungnahme der obersten Wasserbehörde (SMUL) vom Juli 2014 vor. Darin wird betont, dass „diese Zielstellung zumindest für einen Großteil der genannten Gewässer ins Leere läuft. Die Umsetzung ist auf Grund der bestehenden und dauerhaften Beeinträchtigungen langfristig nicht realisierbar. Ne-

ben dem Hochwasserschutz stehen weitere Landesaufgaben wie Boden- und Grundwasserhaushalt dieser formulierten Zielstellung entgegen.“ Eine konkrete Überprüfung der einzelnen, im Ziel aufgeführten Fließgewässerabschnitte ist mit dieser allgemein gehaltenen Stellungnahme bisher nicht möglich. Die Wasser- und die Naturschutzbehörden werden gebeten, bezüglich jedes genannten Fließgewässerabschnittes eine fachliche Einschätzung zur Realisierbarkeit zu geben.

- Z 5.1.1.4** Die kanalisierten, verrohrten bzw. naturfern ausgebauten oder mit Querbauwerken versehenen Fließgewässerabschnitte, die in Vorranggebieten für den Arten- und Biotopschutz oder in „Gebieten mit hoher Wassererosionsrate“ gemäß Ziel 5.1.1.2 liegen sowie die Abschnitte
- der Spree von Uhyst bis nördlich Bärwalde (Gemeinde Boxberg/O. L.),
 - des Schwarzen Schöps von Nieder Seifersdorf (Gemeinde Waldhufen) bis zur Talsperre Quitzdorf,
 - des Schwarzen Schöps von Reichwalde bis Kringelsdorf (Gemeinde Boxberg/O. L.),
 - der Kleinen Spree von Tiegling (Gemeinde Lohsa) bis Burghammer (Gemeinde Spreetal),
 - der Struga,
 - der Schwarzen Elster von Hoyerswerda bis zur Landesgrenze Sachsen/Brandenburg,
 - des Hoyerswerdaer Schwarzwassers,
 - der Pließnitz von Schönau-Berzdorf a. d. Eigen bis zur Mündung in die Lausitzer Neiße
- sind vordringlich zu sanieren, d.h. zu renaturieren und/oder durchlässig zu gestalten bzw. bei Verrohrung wieder zu öffnen.
- Z 5.1.1.5** Die Talsperren Bautzen und Quitzdorf sind hinsichtlich ihrer Gewässergüte durch geeignete Maßnahmen im gesamten Einzugsgebiet zu sanieren.
- Z 5.1.1.6** Zusätzlichen Wärmebelastungen der Spree im Raum Boxberg/O.L. und im Raum Schwarze Pumpe ist entgegenzuwirken.
- Z 5.1.1.7** Auf der Grundlage von Gefährdungsabschätzungen sind vorrangig in den „regional bedeutsamen Grundwassersanierungsgebieten“ geeignete Sanierungsmaßnahmen durchzuführen und deren Erfolg zu überwachen. Mittel- bis langfristig soll eine Grundwasserbeschaffenheit erreicht werden, die weitgehend den natürlichen Verhältnissen entspricht.
- Z 5.1.1.8** Folgende Altlasten in der Region sind vorrangig zu sanieren:
- Altlasten, die in Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten Wasserversorgung liegen,
 - Altlasten, die in Vorranggebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Retentionsraum oder Hochwasservorsorge) liegen,
 - Altlasten, die im Bereich des Grundwasserwiederanstieges infolge der Stilllegung von Braunkohlentagebauen liegen,
 - Altlasten, welche die Weiterführung oder den Neuaufschluss von Abbauflächen oberflächennaher Rohstoffe und Braunkohle, insbesondere in den Braunkohlentagebauen Nochten und Reichwalde beeinträchtigen,
 - die militärischen und Rüstungsaltlasten in den Bereichen der ehemaligen Truppenübungsplätze Königsbrück (einschließlich der Kasernenstandorte) und Nochten.
- Z 5.1.1.9** Die regional bedeutsamen Altstandorte
- | | |
|-------------------------|-------------------|
| – Kraftwerk Boxberg | Landkreis Görlitz |
| – Kraftwerk Hagenwerder | Landkreis Görlitz |
- sollen für eine Nachnutzung als Industrie- bzw. Gewerbestandort saniert und wiedernutzbar gemacht werden.

Begründung zu 5.1.1 Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft

Sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft weisen erhebliche Beeinträchtigungen eines oder mehrerer Schutzgüter bzw. ökologischer Raumfunktionen auf (vgl. Begründung zu Ziel 4.1.1.6 LEP).

Die Festlegungen in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ erfolgen unter Berücksichtigung der in der Begründung des Zieles 4.1.1.6 LEP benannten Kriterien sowie weiterer, spezifischer Handlungsaufträge des LEP dann, wenn regionale Schwerpunkte gesetzt und kartografisch dargestellt werden können und eine Regelung über andere regionalplanerische Instrumente oder die Braunkohlenpläne (Sanierungsrahmenpläne) bzw. mit bereits bestehenden fachplanerischen Instrumenten nicht ausreicht. Eine weitere Bedingung ist das Vorhandensein einer ausreichenden und weitgehend flächendeckend vorhandenen fachlichen Datengrundlage, deren Aussagen inhaltlich und maßstabsbedingt belastbare Angaben enthält. Aus der regionalplanerischen Schwerpunktsetzung kann nicht geschlossen werden, dass die Festlegung alle sanierungsbedürftigen Bereiche der Landschaft in der Region umfasst. Dem sind maßstabsbedingt Grenzen gesetzt. Daher können und sollen z. B. im Rahmen der kommunalen Landschaftsplanung weitere örtliche Schwerpunkte gesetzt werden.

Unter Berücksichtigung der o. g. Rahmenbedingungen werden in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft nach folgenden Kriterien festgelegt:

- strukturierungsbedürftige Agrarfluren (ausgeräumte Agrarlandschaften mit hoher Winderosionsrate und/oder ungenügender Habitatvernetzung)
- Gebiete mit hoher Wassererosionsrate
- regional bedeutsame Grundwassersanierungsbereiche (Bereiche mit Schadstoffanreicherung im Grundwasser)
- regional bedeutsame Altstandorte
- regionale Schwerpunkte des Waldumbaus (Waldgebiete, die vor dem Hintergrund des Klimawandels vorrangig umzubauen sind)
- sanierungsbedürftige Fließgewässerabschnitte
- sanierungsbedürftige Standgewässer.

Nicht angewendet werden nach gegenwärtigem Stand folgende Kriterien:

- Waldschadensgebiete – Die Regelungen in den §§ 6a und 32 SächsWaldG werden i. V. m. dem Ziel 4.2.2.5 LEP als ausreichend erachtet. Die Einstufung und Aktualisierung der Immissionsschadzonen erfolgt durch das Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft (§ 32 Abs. 2 SächsWaldG). Eine darüber hinausgehende raumplanerische Festlegung ist nicht notwendig.
- Grundwasserkörper und Oberflächengewässer, bei denen die Gefahr besteht, dass sie das Ziel eines guten Zustandes nach §§ 27 und 47 WHG nicht oder nicht fristgerecht erreichen – Gemäß Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) (Art. 11 und 13) waren für die Flussgebietseinheiten bis 2009 Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme zu erstellen. Die Bewirtschaftungspläne enthalten Maßnahmenprogramme, die nach Vorgabe der WRRL spätestens zwölf Jahre nach Inkrafttreten der WRRL in die Praxis umgesetzt sein müssen. Damit ergibt sich bereits aus der WRRL eine Pflicht zur Umsetzung der Maßnahmen. Eine regionalplanerische Festlegung als sanierungsbedürftiger Bereich der Landschaft geht räumlich und sachlich nicht über die fachlichen Vorgaben der WRRL i. V. m. §§ 27 Abs. 2 und 47 Abs. 2 und 3 WHG hinaus und ist somit im Sinne eines schlanken Regionalplanes nicht erforderlich. Der Belang soll im Rahmen der Strategischen Umweltprüfung für den Regionalplan beim Schutzgut Grundwasser als Schutzbelang Gw 5 – Zustand der Grundwasserkörper nach EG-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG in Sachsen betrachtet werden. Da der gute Gewässerzustand nicht für alle Gewässer bis 2015 erreicht wird, werden die Dokumente zur Umsetzung der WRRL in zwei weiteren Zyklen (bis 2021 bzw. 2027) fortgeschrieben und in Bezug auf die wichtigen Fragestellungen zur Gewässerbewirtschaftung angepasst (vgl. FGG Elbe: Anhörungsdokument zum Zeitplan und zum Arbeitsprogramm für die Überprüfung und Aktualisierung des Bewirtschaftungsplans in der Flussgebietsgemeinschaft (FGG) Elbe für den zweiten Bewirtschaftungszyklus der WRRL vom 22.12.2012). Nach der Fortschreibung des aktualisierten Bewirtschaftungsplans kann im Rahmen des weiteren Regionalplanverfahrens ggf. eine Neubewertung erfolgen.
- Bereiche mit Schadstoffanreicherung und Bereiche, die im Hinblick auf den Übergang von Schadstoffen in Schutzgüter, zum Beispiel das Grundwasser oder Nahrungs- und Futtermittel, gefährdet sind – In der Karte 9 (Erläuterungskarte) des LEP sind in der Region keine Gebiete mit Anhaltspunkten oder Belegen für großflächige schädliche stoffliche Bodenveränderungen dargestellt. Darüber hinausgehende fachliche Dokumente liegen dem Regionalen Planungsverband nicht vor.
- entwässerte oder teilabgetorfte Moore – Eine Priorisierung im Sinne einer regionalen Schwerpunktsetzung der Moorrenaturierung durch die Regionalplanung ist auf Grundlage der vorliegenden fachplanerischen Grundlagendaten praktisch nicht möglich. Teilweise sind die Daten, die im Rahmen der Selektiven Biotopkartierung bzw. der FFH-Managementplanung erhoben wurden, veraltet. Eine Priorisierung kann nur auf Grundlage einer aktuellen Maßnahmenplanung bzw. einer aktuellen Einschätzung der hydrologischen Situation vor Ort erfolgen. Dies muss von den Fachbehörden geleistet werden.
- lufthygienisch belastete Gebiete – Gemäß dem Jahresbericht 2013 zur „Luftqualität in Sachsen“ sind in der Region keine im regionalplanerischen Maßstab darstellbaren großräumigen Überschreitungen der Jahresgrenz- bzw. Jahreszielwerte zu verzeichnen, die eine Festlegung als sanierungsbedürftiger Bereich der Landschaft bedingen.
- Siedlungsflächen mit Überwärmungsgefahr – Im Gegensatz zu anderen Regionen in Sachsen gibt es in der Region Oberlausitz-Niederschlesien keine großstädtischen Siedlungskerne. Dies war auch der Grund dafür, dass der Aspekt Hitzebelastung im Rahmen der Vulnerabilitätsanalyse 2011 für die Region Oberlausitz-Niederschlesien nicht betrachtet wurde. Eine Überwärmungsgefahr besteht insbesondere in dicht bebauten und stark versiegelten Stadtkernen, die wenig vegetationsbestandene Flächen aufweisen. Für die Region Leipzig-Westsachsen wurden als Handlungsschwerpunkte Städte über 20 000 Einwohner identifiziert, die in der Planungsregion in den Städten Bautzen, Görlitz, Hoyerswerda und Zittau erreicht werden. Für die Stadt Görlitz wurde im Rahmen der Erarbeitung des Luftreinhalteplanes 2008 zwei „hochbelastete Wirkungsräume“ (städtische Wärmeinseln) identifiziert. Im Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Görlitz – Fachkonzepte Umwelt, Wirtschaft und Verkehr, Fortschreibung 2011 wurde dieser Aspekt aufgegriffen und entsprechende Maßnahmen formuliert. Somit ist eine inhaltsgleiche Festlegung im Regionalplan entbehrlich. Die Bewertungsgrundlagen für die weiteren o. g. Städte liegen derzeit nicht vor, wären für die Festlegung im Regionalplan jedoch notwendig. „Die Belastung durch Hitze mit der Folge ge-

sundheitlicher Beeinträchtigungen der Bevölkerung wird durch Aufheizungseffekte infolge der Bebauungsdichte und Versiegelung beeinflusst (nutzungsbedingte Sensitivität). Zudem sind Menschen in Abhängigkeit von Alter und Gesundheitszustand unterschiedlich empfindlich gegenüber Hitzebelastungen (demographisch bedingte Sensitivität). Beide Aspekte sind demnach zu berücksichtigen“ (RPV Leipzig-West Sachsen (Hrsg.): Vulnerabilitätsanalyse Region Westsachsen, 2011, S. 48).

- Gebiete mit großflächigem Rohstoffabbau – Für die Bergbaufolgelandschaften und aktiven Abbaugelände des Braunkohlenbergbaus werden durch den Regionalen Planungsverband Braunkohlenpläne erstellt, in denen alle raumordnerisch relevanten Festsetzungen zur Sanierung der Landschaft enthalten sind (vgl. § 5 Abs. 1 SächsLPlG). Für die Rekultivierung weiterer Rohstoffabbauflächen außerhalb dieser Braunkohlenpläne werden Festlegungen im Kapitel 5.1.3 des Regionalplanes getroffen.

zu Z 5.1.1.1

In Sachsen entstanden wie in den anderen ostdeutschen Bundesländern im Rahmen der Kollektivierung und Mechanisierung der Landwirtschaft vor allem ab den 50er und 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts großflächige Schlag- und Betriebsstrukturen mit mittleren Schlaggrößen von 20 bis über 30 Hektar. In den 1970/80er Jahren wurde diese Entwicklung weiter forciert. Dabei wurden auch zahlreiche Strukturelemente wie Gehölzinseln und Hecken beseitigt sowie kleinere Fließgewässer verrohrt. Die so ausgeräumten Agrarfluren bieten dem Wind große hindernisfreie Angriffsflächen, so dass in Abhängigkeit von der Bodenart Winderosion mit den damit verbundenen Verlusten an Bodenfruchtbarkeit hingenommen werden muss. Weiterhin besitzen diese großen unstrukturierten Agrarflächen auf Grund unzureichender oder fehlender Biotopausstattung oder -vernetzung nur eine geringe Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz.

Relevant für die Erosionsgefährdung eines Standortes ist neben den natürlichen Bodenverhältnissen vor allem die Schlaggröße. Die Schlaggröße beeinflusst darüber hinaus auch die Biodiversität. Ein Schlag bezeichnet eine landwirtschaftliche Wirtschaftseinheit, die durch Wege, Hecken, Flüsse, Bäche oder ähnliches begrenzt ist. Die mittlere Schlaggröße in Sachsen betrug 2010 ca. 5,7 ha (LfULG (Hrsg.) (2013): Nebenerwerbslandwirtschaft in Sachsen=Schriftenreihe des LfULG, Heft 27/2013, S. 39). Bei einer Auswertung der Ergebnisse des vom LfULG entwickelten Programms zur Düngebedarfsermittlung BEFU (»BEstandesFÜehrung«) wurden die Daten von mehr als 2.400 landwirtschaftlichen Betrieben erfasst, die mehr als 40 % der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche im Freistaat Sachsen bewirtschaften (<http://www.landwirtschaft.sachsen.de/landwirtschaft/17222.htm>). Der Anteil der hierbei erfassten Schlaggrößen von > 20 ha betrug im Durchschnitt des Zeitraumes 1997–2009 ca. 24 %. Nach einem Rückgang bis etwa 2006 war seitdem wieder ein leichter Anstieg des Anteils der größeren Schläge zu verzeichnen. Bezogen auf die Fläche repräsentieren die großen Schläge dagegen einen Anteil von ca. 61 %. an den in die Auswertung eingegangenen landwirtschaftlichen Nutzflächen in Sachsen. Regionalisierte Auswertungen liegen dem RPV nicht vor.

Ackerflächen, welche ohne gliedernde Hecken oder Feldgehölze eine Längenausdehnung von mindestens 500 m oder eine Größe von mehr als 20 ha aufweisen, gelten als strukturierungsbedürftig im Sinne dieses Planes (Mindestflächenkriterium). Der Schwellenwert für eine unstrukturierte Feldlänge von 500 m bzw. für eine Flächengröße von 20 ha wurde nach regionalplanerischer Abwägung der Belange einer noch ökonomischen Feldbewirtschaftung (hier werden 10 ha angesetzt), des Erosionsschutzes (der Wind erreicht erst nach einer im Vergleich zur Hindernishöhe 10-30-fachen Entfernung wieder die Ausgangsgeschwindigkeit) und der Biotopverbundfunktion gliedernder Elemente (Maximalgrößen für Ackerschläge zwischen 5 und 12 ha aus landschaftsökologischer Sicht) festgelegt. In der Region Oberlausitz-Niederschlesien wurden im Jahr 2013 insgesamt ca. 144.500 ha als Ackerland bewirtschaftet (Statistisches Landesamt: Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung im Freistaat Sachsen 2013). Davon sind auf Grundlage der o. g. Kriterien im Regionalplan ca. 15.000 ha als strukturierungsbedürftige Agrarflur eingestuft.

Zur Verminderung von Erosionserscheinungen und damit zum Schutz der Böden können z. B. Schlagverkleinerungen, schlaginterne Stilllegungsstreifen, nicht wendende, konservierende Bodenbearbeitung, Mulchsaat, Zwischenfruchtanbau, Sicherung einer guten Humusversorgung zum Aufbau stabiler Aggregate und der Anbau wenig erosionsfördernder Fruchtarten bereits kurzfristig beitragen. Mittelfristig können diese Flächen z. B. durch Windschutzpflanzungen, Hecken- und Gehölzstrukturen einschließlich Ackerrandstreifen und gezielt angelegte Vernässungsbereiche gegliedert werden. Damit ist neben der Erosionsminderung die Möglichkeit gegeben, ausgeräumte Flächen so zu gliedern, dass der Artenreichtum in der Agrarflur durch eine Verringerung von Isolations- und Barriereeffekten (Erhöhung der Anzahl von Trittsteinbiotopen) erhöht wird.

Trotz der Vernichtung einer Vielzahl von Biotopen in der Agrarlandschaft blieben Feldgehölze auf steinigten Kuppen, Feuchtbereichen in Senken sowie Ackerrandstreifen als Refugialstandorte für die an diese Lebensräume gebundenen Arten zurück. Diese Standorte können in Verbindung mit neu anzulegenden Strukturen die Artenvielfalt auf der Fläche wieder erhöhen, einen Genaustausch zwischen verschiedenen Populationen ermöglichen und die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes verbessern.

In Flurneuordnungsverfahren sollen bei Flächenneuzuschnitten weitergehende Erosionsschutzmaßnahmen einbezogen und mit entsprechenden neuen Zuwegungen einerseits Aspekte der landschaftsbezogenen Erholung berücksichtigt sowie andererseits wegebegleitende Pflanzungen wie Hecken und Alleen in die Planung aufgenommen werden. Die in der Karte festgelegten Flächen gelten gleichzeitig als regionale Schwerpunkte zur Wiederherstellung bzw. Neuanlage von landschaftsprägenden Gehölzen im Sinne von Ziel 4.1.1.14 LEP (vgl. Begründung LEP S. 115, 3. Absatz). Im Rahmen der kommunalen Landschaftsplanung und der Flurneuordnung sollen diese Gebiete räumlich konkretisiert und um lokal bedeutende Flächen ergänzt werden sowie entsprechende Gestaltungsvorschläge erfolgen.

Weiterhin können diese Gebiete als Kompensationsraum für den Ausgleich unvermeidbarer Eingriffe in Natur und Landschaft genutzt werden. So bietet sich das Anlegen von Baumreihen neben der naturschutzfachlichen Aufwertung auch als Windschutz in Kuppenlagen bzw. entlang windexponierter Straßenabschnitte an.

Bei den für eine Strukturierung vorgesehenen Flächen, welche in der Karte Raumnutzung als VRG/EG Windenergie festgelegt sind, ist dagegen zu beachten, dass hier keine Aufwertung der Agrarfluren mit Leitstrukturen für Vögel und Fledermäuse erfolgen soll. Die Strukturierung ist hier in erster Linie durch die Anlage von Grünwegen, Kräutersäumen

oder durch streifenweise Umwandlung in Dauergrünland umzusetzen. Diese Maßnahmen wirken biotopverbindend für zahlreiche Tierarten und erosionsmindernd, ohne dass ein Konflikt zu Windkraftanlagen entsteht.

Mit Stand August 2014 wurden in der Region Kurzumtriebsplantagen (KUP) auf einer Fläche von ca. 30,5 ha betrieben (<http://www.energieholz-portal.de>), was weniger als 0,02 % der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche der Region entspricht. Im Rahmen eines Forschungsprojektes des LfULG wurden die in Sachsen mobilisierbaren Biomassepotenziale aus der Kurzumtriebswirtschaft und der Landschaftspflege unter der Berücksichtigung möglicher Synergieeffekte mit dem Bodenschutz und Naturschutz gebietskonkret herausgearbeitet (LfULG (Hrsg.) (2009): Standortpotenziale, Standards und Gebietskulissen für eine natur- und bodenschutzgerechte Nutzung von Biomasse zur Energiegewinnung in Sachsen unter besonderer Berücksichtigung von Kurzumtriebsplantagen und ähnlichen Dauerkulturen). Als regionalplanerisch nutzbares Ergebnis wurde eine landesweite Übersichtskarte für die Ackerflächen erarbeitet, aus der ersichtlich ist, wo beim Anbau von KUP Synergien zum Natur- und/oder Bodenschutz zu erzielen sind und wo mit Konflikten gerechnet werden muss.

Konkretisierend wurde für den Landkreis Görlitz im Rahmen des Projektes LÖBESTEIN eine entsprechende Flächenkulisse ermittelt. Bei diesem Projekt wurde u. a. das regionalplanerische Instrument der „strukturierungsbedürftigen Agrarflur“ in die Bewertung der Eignung einbezogen. *„In der strukturierungsbedürftigen Agrarflur, vor allem auf sehr großflächigen Ackerflächen, kann eine KUP als landschaftsgliederndes Element Synergien entfalten und zumindest temporär eine Habitatfunktion übernehmen. Diese Gebiete sind dementsprechend in der vorliegenden Arbeit bezüglich einer KUP-Anlage mit „Synergie vorhanden“ bewertet“* (LfULG (Hrsg.) (2013): Kurzumtriebsplantagen im Einklang mit dem Naturschutz – Entwicklung einer Methodik zur Beurteilung der Eignung von Ackerflächen für Kurzumtriebsplantagen im Einklang mit dem Naturschutz – getestet am Beispiel des Landkreises Görlitz = Schriftenreihe Heft 7/2014, Seite. 88). In der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ werden strukturierungsbedürftige Agrarfluren, die entsprechend der o. g. Projekte bei der Anlage von KUP Synergien zum Natur- und Bodenschutz und eine Mindestgröße von 5 ha aufweisen, mit dem Zusatz „KUP“ versehen. Dies betrifft ca. 3.850 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. In diesen Bereichen wird im Sinne des „aktionsorientierten Ansatzes der Regionalentwicklung zur Verbesserung der Umweltqualität“ (vgl. Begründung zu LEP Ziel 4.1.1.6, S. 110, 3. Absatz) als planerische Grundlage für einen umweltverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien (vgl. Grundsatz 5.1.1 LEP) das Anlegen von Kurzumtriebsplantagen angeregt.

zu Z 5.1.1.2

Wassererosion wird als Verlagerung von Bodenmaterial an der Bodenoberfläche durch Wasser als Transportmittel definiert. Dabei wird zwischen Bereichen mit vorwiegendem Abtrag bzw. Auftrag unterschieden. Wassererosion kann zu folgenden Schäden führen (vgl. <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/boden/12341.htm>).

Im Abtragsbereich:

- Verkürzung der Bodenprofile
- Verarmung an Humus und Feinbodenteilchen
- Beeinträchtigung der Bodenfunktionen (z.B. Filter-, Puffer- und Speicherfunktion für Nährstoffe und Niederschlagswasser)
- Verletzung, Entwurzelung und Vernichtung von Kulturpflanzen
- Fortspülen von Saatgut, Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln

Im Auftragsbereich:

- Konzentration von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln
- Überdeckung von Pflanzen
- Verschmutzung und Überflutung von Verkehrswegen, Siedlungsflächen und Gräben
- Eintrag von Sedimenten, Nähr- und Schadstoffen in Gewässer.

„In der Region ist seit 1980 ein leichter, wenn auch statistisch nicht signifikanter Trend der Erhöhung der Anzahl von Tagen mit mehr als 20 mm Niederschlag im Sommer zu verzeichnen. Deutlicher gewachsen sind vor allem die durch Starkregen hervorgerufenen Probleme. Dies mag vor allem daran liegen, dass neben der Anzahl der Niederschlagsereignisse vor allem der Anteil des Oberflächenabflusses am Gesamtabfluss gewachsen ist, sei es durch zunehmende Versiegelungen, große Ackerschläge oder auch andere Nutzungsveränderungen“ (TU Dresden i. A. des RPV Oberlausitz-Niederschlesien (2011): Vulnerabilitätsanalyse Oberlausitz-Niederschlesien, S. 49). Starkregenereignisse sind die Hauptursache für größere Wassererosionsschäden. Für die Öffentlichkeit wahrnehmbar werden die Auswirkungen am ehesten, wenn nach einem Starkregenereignis Schlamm- und Gerölllawinen aus erodiertem Bodenmaterial in die Siedlungen eindringen oder Infrastrukturanlagen beschädigen und damit zu teilweise katastrophalen Schäden führen. Das Ereignis vom 9. Juni 2013, bei dem neben mehreren Ortschaften in der Region auch Bahnanlagen betroffen waren, zeigte dies eindrucksvoll.

Im Regionalplan werden als sanierungsbedürftige Bereiche („Gebiete mit hoher Wassererosionsrate“) ackerbaulich genutzte besonders erosionsgefährdete Steillagen und besonders erosionsgefährdete Abflussbahnen festgelegt. Diese Bereiche stellen aus regionalplanerischer Sicht die derzeitigen Schwerpunkte der Wassererosion in der Planungsregion dar. Für diese Flächen sind Maßnahmen zur Untergliederung der Flächen-/Schlagstrukturen und zur Verkürzung der erosionswirksamen Hanglängen aus Bodenschutzgründen dringend notwendig. Als Maßnahmen bieten sich zunächst schlaginterne (Dauer-) Stillelegungsstreifen quer zum Gefälle an, um die erosive „Hanglänge“ zu reduzieren. Ist dies allein nicht ausreichend, sind Untergliederungen des Hanges mit Hecken, Grünland etc. durchzuführen, die ggf. durch die Anlage von Fanggräben zum schadlosen Abführen von Oberflächenabfluss ergänzt werden können. Als wirksamste Maßnahme bietet es sich an, so genannte grüne „Vorflutrinnen“ anzulegen, also in bevorzugten Abflussbahnen eine Nutzungswandlung von Acker in Grünland oder Gehölzstrukturen vorzunehmen. Ist keine der vorstehenden Maßnahmengruppen alleine oder in Kombinationen ausreichend wirksam, dann muss die vollständige Umstellung zu einer erosionsvermeidenden Nutzung wie Grünland oder Gehölzstrukturen in Betracht gezogen werden.

Eine bodenschützende und abflusshemmende Bewirtschaftung muss neben den Abflussbahnen und Steilhängen selbst auch die dazu gehörenden Einzugsgebiete umfassen. Die Begrünung einer Abflussbahn bringt keinen nachhalti-

gen Erosionsschutz, wenn das Einzugsgebiet dieser Abflussbahn weiterhin konventionell bearbeitet wird. In diesem Fall wäre die Abflussbahn bereits nach wenigen Starkregenereignissen mit Bodenmaterial verfüllt.

Auf den angrenzenden Ackerflächen kommt daher dem Bodengefügeschutz eine besondere Bedeutung zu. Hier sind infiltrationshemmende Bodenverdichtungen zu vermeiden bzw. zu beseitigen sowie verschlammungsmindernde stabile Bodenaggregate durch eine Förderung der biologischen Aktivität sowie durch Kalkung zu erhalten bzw. aufzubauen. Diese Maßnahmen erhöhen den Versickerungsanteil des Niederschlagswassers. Als kurzfristige Maßnahmen gegen die Wassererosion sind ebenso eine konservierende Bodenbearbeitung, Direktsaat, der Verzicht auf den Anbau von Kulturen mit hohem Erosionsrisiko (z. B. Mais) sowie die Anlage von Ackerrandstreifen in diesen Gebieten notwendig.

Die mit der Festlegung verbundenen Maßnahmen zur Erosionsverminderung auf Ackerflächen stellen ein mittelfristiges Handlungsziel (ca. 10 Jahre) dar. Es dient damit auch der Umsetzung des Umweltqualitätszieles (Bodenabtrag im langjährigen Mittel unter $3 \text{ t}/(\text{ha} \times \text{a})$), welches als Grundsatz 5.1.2.1 in den Regionalplan integriert wurde. Die Festlegung stellt einen aktionsorientierten Ansatz für die Regionalentwicklung dar. Die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen sollte daher unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten erfolgen (vgl. Begründung zu LEP Ziel 4.1.1.6). Mögliche Handlungsfelder stellen die entsprechenden Förderprogramme und die Flurneuordnung dar.

Auch andere Nutzungen in den festgelegten Gebieten einschließlich der dazugehörigen Einzugsgebiete müssen an die Belange des Erosionsschutzes angepasst werden. Dies betrifft z. B. die Herstellung von landwirtschaftlichen Wirtschaftswegen oder besonders intensive und aktive Erholungsformen (Abfahrtskilaulf). Verkehrs- und Wirtschaftswege können durch Wassererosion stark beschädigt werden und müssen daher bei der Neuanlage bzw. Sanierung eine auch am Erosionsschutz ausgerichtete Wegeführung und Gestaltung des Weges selbst und seiner Ränder beinhalten. Eine mögliche Maßnahme ist z. B. die Wegebefestigung mit Spurbetonplatten und dazwischen liegender Graseinsaat und die Integration von Feldrainen und sonstigen Strukturelementen an den Wegen. Gebiete mit einer hohen Wassererosionsrate liegen naturgemäß vorrangig im Hügel- und Bergland. In Teilen des Oberlausitzer Berglandes, des Zittauer Gebirges sowie des Westlausitzer Hügel- und Berglandes sind die natürlichen Wintersportbedingungen gegenwärtig noch ausreichend. Es besteht jedoch die Möglichkeit, dass infolge der Klimaveränderung ein vermehrter Einsatz von Kunstschnee und daraufhin eine wetterunabhängigere intensivere Nutzung der vorhandenen bzw. auch neuer Skihänge erfolgt. In diesem Zusammenhang können Bodenverdichtungen und Schäden für die Vegetation (Bergwiesen) auftreten, was zu einer verstärkten Bodenerosion führen kann. Auch hier müssen daher bereits im Vorfeld aktive Erosionsschutzmaßnahmen ergriffen werden.

Als Datengrundlage dienen die Erosionsgefährdungskarten des Freistaates Sachsen. Gegenüber den für den Regionalplan 2010 als Grundlage verwendeten Daten liegen nun räumlich differenziertere und aktualisierte Erosionsgefährdungskarten des LfULG (Stand September 2013) vor.

Kriterium: Ackerbaulich genutzte Steillagen

Zu den Steillagen zählen überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen mit einer Hangneigung von mindestens 15% und einer hoch erosionsanfälligen Bodenart (z. B. schwach toniger Schluff in den sächsischen Lösshügelländern) oder einer Hangneigung von mindestens 21% und einer mittel erosionsgefährdeten Bodenart (z. B. schluffig-lehmiger Sand im sächsischen Mittelgebirge). Bei der fachlichen Bearbeitung im LfULG wurden zusammenhängende, mindestens 0,3 ha große Flächen selektiert. Diese Flächengröße ist im regionalplanerischen Maßstab kaum darstellbar, so dass als Mindestflächengröße für eine Raumbedeutsamkeit im Regionalplan hier 1 ha verwendet wird. In der Planungsregion sind ca. 360 ha (0,25 % der Ackerfläche) von diesem Kriterium betroffen.

Die kartografisch festgelegten Standorte sollen zukünftig durch eine dauerhafte Vegetationsdecke vor Bodenerosion geschützt werden. Eine nachhaltige ackerbauliche Nutzung dieser Standorte ist nur durch sehr umfassende Erosionsschutzmaßnahmen möglich (z.B. Direktsaatverfahren).

Kriterium: besonders erosionsgefährdete Abflussbahnen

Nach einem Starkregenereignis konzentriert sich das an der Bodenoberfläche ablaufende Regenwasser temporär in natürlich vorhandenen Abflussbahnen (Tiefenlinien) des Reliefs und führt bei einem ungeschützten Boden zu Tiefenerosion. Diese linienhafte Erosion führt nicht nur auf Ackerflächen zu erheblichen Bodenschäden, sondern kann durch den mitgeführten Bodenabtrag auch Infrastrukturanlagen, Siedlungen und Gewässer beeinträchtigen. So führte das Starkregenereignis vom 9. Juni 2013 im Raum Hochkirch/Weißenberg zu teilweise katastrophalen Schäden an Bahnanlagen und in bebauten Gebieten. Bei der fachlichen Bearbeitung im LfULG wurden zusammenhängende mindestens 0,3 ha große Flächen selektiert. Da es sich hier im Gegensatz zu den Steillagen jedoch eher um linienhafte Elemente handelt, wurden für die kartographische Festlegung Abflussbahnen mit einer Mindestlänge von 500 m betrachtet. In der Region sind ca. 4.900 ha (3,4 % der Ackerfläche) betroffen.

Besonders erosionsgefährdete Abflussbahnen können praktisch nur durch eine dauerhafte Vegetationsdecke vor Erosion geschützt werden, da der Zeitpunkt eines Starkregenereignisses nicht vorausgesagt werden kann. Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der regionalplanerischen Festlegung können den Veröffentlichungen des LfULG entnommen werden (Erosionsschutz in reliefbedingten Abflussbahnen (2010)=Schriftenreihe des LfULG, Heft 13/2010 – <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/11386>, Begründung von erosionsgefährdeten Abflussbahnen (2015) – <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/23739>).

Bestehende Siedlungslagen und Verkehrswege, die sich talabwärts von Abflussbahnen und Steillagen und damit im Akkumulationsbereich von Erosionen befinden und/oder von (wild) abfließendem Wasser betroffen sein können, bedürfen ebenfalls eines Schutzes. Dies kann z. B. durch eine Rückhaltung von Sedimenten und Wasser durch das Anlegen von Dämmen und begrünten Mulden erfolgen, um den Abfluss zu verzögern. Für neue Bebauungen und Verkehrswege in diesen Bereichen wird auf den Grundsatz 3.1.2 des Regionalplanes verwiesen.

zu Z 5.1.1.3

Die aktuellen Waldstrukturen sind das Ergebnis der forstlichen Bewirtschaftung der letzten 100 Jahre. Die prognostizierte Klimaänderung erfordert zielgerichtete Maßnahmen und regionale Schwerpunktsetzungen zum Waldbau.

„Die sächsischen Waldbestände weisen in der herrschenden Baumschicht zu ¾ der Fläche nicht die natürliche Baumartenzusammensetzung auf. Damit sind die Waldökosysteme auf großer Fläche nur bedingt stabil und die Fähigkeit, auf gegenwärtige und künftige Einflussfaktoren reagieren zu können, ist eingeschränkt. ... Unabhängig von den jeweiligen Prognosemodellen kann als gesichert angenommen werden, dass sich die Klimaveränderungen in den nächsten 30 bis 50 Jahren zunehmend vollziehen werden. Selbst bei Annahme des vergleichsweise moderaten Klimaszenarios B1 des IPCC werden sich die Standortbedingungen für das Ökosystem Wald erheblich verändern. Bis zum Ende dieses Jahrhunderts wird sich in allen Regionen Sachsens die Jahresdurchschnittstemperatur erhöhen und das pflanzenverfügbare Wasserangebot in der Vegetationszeit in unterschiedlicher Intensität verringern. Gleichzeitig werden sich extreme Witterungsereignisse, wie Trockenperioden und Stürme, häufen. Die Wälder sind daher zunehmend Gefährdungen, wie Waldbrand, Massenvermehrungen von Schadinsekten und neuartigen Waldkrankheiten, aber auch Immissionen aus Verkehr und Landwirtschaft, ausgesetzt. ... Die natürliche Anpassung der vorhandenen Baumarten oder die Einwanderung von angepassten, bisher nicht heimischen Baumarten, kann mit der Schnelligkeit des Klimawandels nicht mithalten“ (Waldstrategie 2050 für den Freistaat Sachsen, Seite 11).

Aus diesem Grund und i. V. m. dem Grundsatz 4.2.2.4 LEP werden im Regionalplan Waldgebiete, die vor dem Hintergrund des Klimawandels vorrangig umzubauen sind, als sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft (regionale Schwerpunkte des Waldumbaus) kartografisch festgelegt. In diesen räumlichen Schwerpunkten sollen Veränderungen der Waldstruktur durch planmäßige forstliche Maßnahmen erfolgen. Als fachliche Grundlagen liegen die Vulnerabilitätsanalyse Oberlausitz-Niederschlesien (TU Dresden i. A. des RPV 2011) sowie die forstfachlichen Untersuchungen zum klimabedingten Waldumbau für die Region (GIS-Daten wurden vom Staatsbetrieb Sachsenforst zur Verfügung gestellt) vor. Der Staatsbetrieb Sachsenforst wurde im Vorfeld um einen fachlichen Abgleich der Ergebnisse der Vulnerabilitätsanalyse und der forstfachlichen Umbauplanung gebeten. Der Abgleich erbrachte teilweise unterschiedliche Herangehensweisen (Methodik der Teil- und Gesamtvulnerabilitäten, z. B. Einbeziehung des Waldbrandrisikos in der Vulnerabilitätsanalyse), die zu räumlich verschiedenen Schwerpunkten führten. So bestehen relativ hohe Anteile mit geringer Umbaunotwendigkeit (aus forstfachlicher Sicht) trotz hoher Vulnerabilität vor allem im Norden der Region. Die dort vorhandenen heutigen Kiefernbestände stellen bereits die optimale Anpassung an künftige Standortbedingungen dar. Steigenden Waldbrandrisiken kann nicht mit einem Waldumbau entgegengetreten werden, sondern überwiegend nur mit den waldbaulich-technischen Vorsorgemaßnahmen (Löschteiche, Waldbrandriegel etc.). Aus diesem Grund werden als Schwerpunkte des Waldumbaus im Regionalplan die Wälder festgelegt, die aus forstfachlicher Sicht ein „hohes Erfordernis zum Waldumbau“ aufweisen.

zu Z 5.1.1.4

Das primäre Ziel der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) besteht darin, dass alle Gewässer bis zum Jahr 2015 einen guten ökologischen Zustand erreichen sollen. Für erheblich veränderte oder künstliche Wasserkörper gilt das Erreichen eines guten ökologischen Potenzials als alternatives Umweltziel.

In der Bestandsaufnahme nach der WRRL im Freistaat Sachsen für den Bewirtschaftungszyklus 2009–2015 wurde die Qualität von Struktur und Funktionsfähigkeit der Gewässerökosysteme nach verschiedenen Kriterien und unter Berücksichtigung der jeweils spezifischen naturraumtypischen Ausprägung des Gewässers bewertet. Lt. dieser Bestandsaufnahme sind in der Region insbesondere bei den Komponenten Gewässerstruktur, Durchgängigkeit der Gewässer, Zustand der Fischfauna und biologische Gewässergüte z. T. erhebliche Defizite erkennbar.

Als sanierungsbedürftig werden daraus abgeleitet im Regionalplan die Fließgewässer und Fließgewässerabschnitte festgelegt, bei denen ein Erreichen der Umweltziele der WRRL ohne Durchführung spezieller Bewirtschaftungs- oder Sanierungsmaßnahmen unwahrscheinlich ist. Dabei erfolgt eine Festlegung bereits dann, wenn eine Einzelkomponente mit „Zielerreichung unwahrscheinlich“ eingestuft wurde. Ausgenommen werden Fließgewässerabschnitte, die hinsichtlich

- Gewässerstruktur (Strukturklasse 1 und 2 gemäß Fließgewässerstrukturkartierung 2008) oder
- Vorkommen naturschutzfachlich wertvoller Biototypen der Lebensräume Fließgewässer, Ufer und Auenbereiche (gemäß selektiver Biotopkartierung 1996–2002 (SBK2), 2006 bis 2008 (SBK3) sowie der Waldbiotopkartierung (Stand Mai 2013))

über einen hohen Natürlichkeitsgrad verfügen.

Darüber hinaus werden alle verrohrten Fließgewässerabschnitte, die in den „Gebieten mit hoher Wassererosionsrate“ gemäß Ziel 5.1.1.2 liegen und somit besonders erosionsgefährdete Abflussbahnen betreffen, als vorrangig zu sanierende Fließgewässerabschnitte mit dem Ziel der Fließgewässeröffnung festgelegt. Da Abflussbahnen häufig auf verrohrten Abschnitten von ehemals offenen Fließgewässern verlaufen, kommt eine als vor allem im Rahmen einer Flurneuordnung in Betracht zu ziehende Offenlegung dieser Fließgewässer und die Anlage gewässerbegleitender Gehölz- und Saumstrukturen in Frage.

zu Z 5.1.1.5

Die in erster Linie für die Brauchwasserbereitstellung und Niedrigwasseraufhöhung errichteten Talsperren Bautzen und Quitzdorf besitzen auch als Erholungsstandorte eine teilregionale Bedeutung. Beide Talsperren sind als Badege- wässer gemäß der EU-Richtlinie 2006/7/EG vom 15. Februar 2006 über die Qualität der Badegewässer und deren Bewirtschaftung gemeldet, in denen das Baden i. S. der Richtlinie ausdrücklich gestattet ist und deren Wasserbeschaffenheit während der Badesaison von Mai bis September von den Gesundheitsbehörden überwacht wird. Während der Sommermonate führen jedoch ein hohes (Blau)Algenwachstum und geringe Sichttiefen in diesen Gewässern immer wieder zu Einschränkungen im Badebetrieb. Die Ursachen liegen im hohen Nährstoffgehalt des Wassers. Wesentlichen Anteil daran hat in beiden Talsperren das eigene Nährstoffdepot im Sediment. Darüber hinaus erfolgt weiterhin ein Eintrag über die Zuflüsse, auch wenn hier in den letzten Jahren zweifellos Verbesserungen in der Gewässergüte erreicht wurden. Die Spree als Vorfluter der Talsperre Bautzen durchfließt von der Quelle bis zur Talsperre ein dicht besiedeltes Gebiet, wodurch das Gewässer durch Einleitungen aus kommunalen Kläranlagen (Anschlussgrad ca. 92 %) und darüber hinaus aus verschiedenen diffusen Quellen, vor allem aus dem landwirtschaftlichen Bereich, belastet wird. Im Einzugsgebiet der Talsperre Quitzdorf ist ein Anschlussgrad an die öffentliche Abwasserentsorgung von ca. 67 % erreicht. Die Einzugsgebiete der Talsperren besteht zu ca. 50 % (Talsperre Bautzen) bzw. ca. 60 % (Talsperre

Quitzdorf) aus landwirtschaftlichen Nutzflächen, so dass diffuse Ableitungen (z. B. durch Bodenerosion bedingt) aus diesen Flächen den größten Anteil am Nährstoffeintrag in den Talsperren ausmachen.

Für Badegewässer wurden 2011 sog. Badegewässerprofile veröffentlicht, welche eine allgemeine Beschreibung des Badegewässers hinsichtlich der physikalischen, hydrologischen und geografischen Eigenschaften darstellen (<http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/wasser/7249.htm>). Die Talsperren Bautzen und Quitzdorf sind nach Einschätzung verschiedener Kriterien wie Gesamtposphorgehalt und Sichttiefe als polytrophe (sehr nährstoffreiche) Gewässer einzustufen. Gemäß Bestandsaufnahme nach WRRL wird die Zielerreichung beider Standgewässer als „unwahrscheinlich“ eingestuft, da die Ist-Trophie mit „polytroph 1“ mehr als eine Stufe schlechter als die typspezifisch angenommene Referenztrophi (mäßig eutroph) zu bewerten ist. Einfach gesagt sind in der Realität beide Gewässer wesentlich nährstoffreicher, als es aus den natürlichen Gegebenheiten heraus zu erwarten wäre. Die ökologische Zustandsklasse (ÖKZ) der Talsperre Bautzen wird im Badegewässerprofil mit „unbefriedigend“ (ÖKZ 4), die der Talsperre Quitzdorf mit „mäßig“ (ÖKZ 3) angegeben.

Wie zahlreiche Studien, Forschungsprojekte und Modellanalysen dokumentieren, ist mit einer kurzfristigen Verbesserung des Gewässerzustandes nicht zu rechnen. Im Ergebnis eines von der Landestalsperrenverwaltung durchgeführten Pilotprojektes zur Phosphatfällung in der Talsperre (TS) Quitzdorf 2012–2013 wurde festgestellt, *„dass die eingesetzte Fällmittelmenge mit ca. 2,3 g AL-Wirkstoff/m³ offensichtlich nicht ausreichend war, um nachhaltige Verbesserungen herbeizuführen. Wenige Tage nach Füllungsabschluss führte die Phosphornachlieferung vor allem aus dem Sediment und über die TS-Zuflüsse zum erneuten Massenwachstum der Cyanobakterien“* (Landestalsperrenverwaltung Betrieb Spree/Neiße und Referat Wassergüte, Vortrag im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 23.04.2014).

Eine besondere Aufmerksamkeit muss vor allem bei der Talsperre Quitzdorf dem Effekt des Stoffeintrages bei Hochwasserereignissen gewidmet werden. *„So wurden im Verlauf der Hochwasser (Anm. RPV: im Jahr 2013) in der Summe 4.100 t abfiltrierbare Stoffe (als Trockenmasse) und 5,6 t Phosphor in die Talsperre eingetragen. Als Eintragsquellen sind die Partikelerosion von Ackerflächen, Abbrüche von Uferböschungen in die Zuflüsse (Ufererosion), Regenwasserabspülungen von befestigten Flächen sowie Ausräumung der Regenwasserkanalisation und der Gewässerbetten zu nennen. Der Phosphoreintrag entspricht nahezu dem mittleren Jahreseintrag in die Talsperre. Die Folgen für die Wassergüte der Talsperre sind als sehr nachteilig zu bewerten, da dieser Partikeleintrag nachweislich einen hohen Anteil leicht freisetzbaren Phosphors enthält und die Cyanobakterienentwicklung in der Talsperre intensiviert. Umso dringlicher sind gebietsspezifische Maßnahmen zur Reduzierung des Stoffeintrages aus dem Einzugsgebiet in die Talsperre, um die angestrebten Wassergüteziele zu erreichen“* (LfULG (Hrsg.) (2014): Ereignisanalyse Hochwasser 2013 – Arbeitsstand 2014, S. 81).

Um langfristig eine Verbesserung der Wasserqualität in den beiden Talsperren erreichen zu können, muss die interne, im Sediment abgelagerte, als auch die externe Nährstofflast deutlich gesenkt werden. Zur Reduzierung des externen Nährstoffeintrages sind für das gesamte Einzugsgebiet beider Talsperren insbesondere folgende Maßnahmen vorzudringen:

- Senkung von diffusen Stoffeinträgen aus der Landwirtschaft
- standortgerechte Bewirtschaftung und/oder Pflege der Gewässerrandstreifen im Einzugsgebiet
- Freihalten der als Abfluss- und Retentionsraum wirksamen Bereiche von Versiegelung
- Verminderung des Stoffeintrages von versiegelten Flächen durch Versickerung von Niederschlagswasser
- eine weitere Erhöhung des Anschlussgrades für Schmutzwasser an kommunale Kläranlagen unter Berücksichtigung der Grundsätze des SMUL gemäß § 49 Abs. 2 SächsWG (§ 9 SächsWG a. F.) für die Abwasserbeseitigung im Freistaat Sachsen 2007 bis 2015 vom 28. September 2007
- Renaturierungsmaßnahmen zur Steigerung der natürlichen Selbstreinigungskraft der Gewässer

zu Z 5.1.1.6

Eine künstliche Aufwärmung von Flusswasser z. B. durch die Einleitung großer Kühlwassermengen stört den Sauerstoffhaushalt des Gewässers. Insbesondere bei Niedrigwasser entstehen schwerwiegende Nachteile für die Flussfauna und -flora. Durch die ausreichende Dimensionierung an Kühlanlagen oder eine Begrenzung der Einleitung von Kühlwasser aus Wärmekraftwerken können nachteilige Beeinflussungen für die Gewässer vermieden werden. Darauf ist besonders bei der Modernisierung, dem Ausbau oder einer Erweiterung des Kraftwerkes Boxberg bzw. der Anlagen im sächsischen Teil des Industrieparks Schwarze Pumpe zu achten, um einer thermischen Überforderung der Spree im Mittellauf vorzubeugen.

Auch der Klimawandel übt einen nicht unerheblichen Einfluss auf die zukünftige Entwicklung der Oberflächengewässer-Temperaturen aus. *„Historische Trends zeigen schon heute eine Erwärmung von Fließgewässern und Seen an, die zwar auch durch direkte anthropogene Beeinflussung (z. B. Kühl- und Abwassereinleitungen, Ufergehölzbeseitigung, Urbanisierung), im Wesentlichen aber durch den Anstieg der Lufttemperatur in den letzten Jahrzehnten bedingt sind. Allerdings ist es schwierig, sonstige anthropogene Aktivitäten, die sich ebenfalls auf die Gewässer auswirken und zu einer Erhöhung der Wassertemperatur führen können (POOLE & BERMAN 2001) deutlich von möglichen Effekten der Lufttemperaturerhöhung als mögliche Folge des Klimawandels zu trennen. Die Wassertemperatur ist ein entscheidender Faktor für physikalische, chemische und biologische Prozesse wie z. B. Sauerstofflöslichkeit, Photosyntheseraten, Algenproduktion und mikrobielle Abbauprodukte organischer Verbindungen in Gewässern. In Oberflächengewässern spielt die Temperatur darüber hinaus auch eine wichtige Rolle bei der Verbreitung von höheren Lebewesen wie z. B. Fischen oder benthische Invertebraten (CAISSIE 2006). Die mögliche Änderung des Temperaturregimes in Oberflächengewässern aufgrund des Klimawandels kann somit weitreichende Folgen für die aquatischen Biozönosen hinsichtlich der Habitatverteilung (EATON & SCHELLER 1996), Diversität (BURGMER et al. 2007), Artverbreitung (HERING et al. 2009) sowie die Zusammensetzung von Artengemeinschaften (DURANCE & ORMEROD 2007) und die Funktion von Gewässerökosystemen (MEYER et al. 1999, MORRILL et al. 2005) haben“.* (LfULG (Hrsg.) (2011): Wassertemperaturen und Klimawandel = Schriftenreihe des LfULG, Heft 39/2011, S. 8 f.). Dieses Zitat zeigt, dass beide Aspekte (anthropogen bzw. klimatisch bedingte) Auswirkungen auf die Temperatur von Fließgewässern haben können, ohne dass diese bisher umfassend untersucht wurden. Im Rahmen von projektbezogenen Planungen, die eine anthropogene Erwärmung der Spree zur Folge haben können, ist dieser Bezug einzubeziehen.

„Ein rein natürlich geprägtes und durch menschliches Zutun unbeeinflusstes Grundwasser gibt es in Deutschland schon seit Jahrhunderten nicht mehr. Durch Ackerbau und Forstwirtschaft, die Regulierung der Vorflut und durch die Grundwasserentnahmen ist die Beschaffenheit des oberflächennahen Grundwassers in der Regel großflächig verändert. Diffuse flächenhafte Einträge über das Sickerwasser aus der Landwirtschaft (mineralische Düngemittel, Gülle, Pflanzenschutzmittel) und der Atmosphäre werden mit dem Niederschlagswasser in den Grundwasserleiter eingetragen und verändern die Grundwasserbeschaffenheit. Oft werden Wässer aus der vorindustriellen Zeit als „natürlich“ bezeichnet. Aus dieser Zeit liegen jedoch keine Messwerte vor. Die natürliche Grundwasserbeschaffenheit wird deshalb nach einem Vorschlag der Arbeitsgruppe „Grundwasserbeschaffenheit“ des DWWK folgendermaßen definiert:

Eine „natürliche“ Grundwasserbeschaffenheit liegt vor, wenn der Stoffgehalt des Grundwassers rein geogenen Ursprungs ist bzw. durch Einflüsse einer normalen, Jahrhunderte alten Kulturlandschaft ubiquitär überprägt wurde und das Grundwasser keine synthetischen Stoffe enthält“ (Landeshauptstadt Dresden (Hrsg.) (2010): Umweltbericht Grundwasser, S. 32.). Die weitgehende Annäherung an diesen Zustand ist das Ziel der regionalplanerischen Festlegung.

Als regional bedeutsame Grundwassersanierungsgebiete gelten Bereiche, in denen die Grundwasserqualität nicht nur lokal durch Altlasten/Altstandorte erheblich beeinträchtigt bzw. gefährdet ist und somit dringender Handlungsbedarf besteht. Das betrifft in der Planungsregion die Standorte

- | | |
|--|-------------------|
| – ehemaliges Werksgelände Schwarze Pumpe | Landkreis Bautzen |
| – ehemaliges Lautawerk | Landkreis Bautzen |
| – ehemaliges Kraftwerk Hirschfelde und ehemaliges Leuna-Werk | Landkreis Görlitz |
| – Stadtgebiet Görlitz | Landkreis Görlitz |
| – Industriegebiet Reichenbach/O.L. | Landkreis Görlitz |
| – westliches Stadtgebiet Neugersdorf | Landkreis Görlitz |

Das Grundwasser im Bereich des ehemaligen Werksgeländes Schwarze Pumpe ist durch die industrielle Vornutzung als Braunkohlenveredlungsstandort mit branchentypischen Schadstoffen massiv kontaminiert. Eine systematische Erkundung der Grundwasserkontamination erfolgt seit Mitte der neunziger Jahre. Das Zentrum des Grundwasserschadens umfasst etwa 45.000 Quadratmeter des in Sachsen liegenden Bereiches der ehemaligen Entphenolung mit einem rund 1,8 Kilometer langen Abstrom in westliche und nordöstliche Richtung des Werksgeländes (LMBV mbH 09/2009). Der Grundwasserschaden betrifft somit sowohl sächsisches als auch brandenburgisches Gebiet. Durch die LMBV mbH wurde ein Sanierungskonzept erstellt, das sich in der Umsetzung befindet und kontinuierlich mit dem Erkundungs- und Sanierungsfortschritt präzisiert wird.

Das ehemalige Lautawerk ist eines der ökologischen Großprojekte im Freistaat Sachsen. Als „ökologische Großprojekte in den neuen Bundesländern gelten industrielle Altstandorte und ehemalige industrielle Kernzonen mit besonders schwerwiegenden Verunreinigungen von Luft, Boden und Grundwasser, deren Sanierung einen besonders hohen finanziellen Aufwand erfordert. Die Einstufung der ökologischen Großprojekte orientierte sich an den geschätzten Altlastensanierungskosten von mehr als 50 Mio. Euro.“ (SMUL (Hrsg.) (2014): Altlastenbehandlung in Sachsen – eine Bestandsaufnahme, <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/22314/documents/31791>, letzter Abruf am 08.05.2015). Die Grundwasserkontamination mit gaswerkstypischen Schadstoffen im Gebiet der Blauen Donau in Lauta wurde wesentlich durch die so genannten Teerteiche im nordöstlichen Bereich des ehemaligen Lautawerkes verursacht, deren Sanierung im Jahr 2005 abgeschlossen wurde. Das Gelände der Blauen Donau wurde flächenhaft drainiert und das gefasste Grundwasser von 1995 bis 2007 einer Reinigungsanlage zugeführt, um nachteilige Auswirkungen auf die Oberflächengewässer Schleichgraben, Schwarze Elster und Erikasee zu verhindern. Auch wenn die Sanierung der Teerteiche bereits 2005 abgeschlossen wurde, ist von einem anhaltenden Grundwasserschaden im gesättigten Bereich auszugehen (FNP der Stadt Lauta, Entwurf vom April 2014).

Das sanierungsbedürftige Gebiet bei Hirschfelde wurde langjährig als Standort der Energieerzeugung (ehemaliges Kraftwerk Hirschfelde) und der Chemischen Industrie (ehemaliges Leuna-Werk) genutzt. Es liegt eine breite Schadstoffpalette vor, wobei organische Schadstoffe überwiegen. In den vergangenen Jahren fanden bereits umfangreiche Abrissmaßnahmen oberirdischer Gebäude und Anlagen statt. Eine Sanierung kontaminierter Bodenbereiche erfolgte bisher nur vereinzelt, so dass weiterhin ein Eintrag von Schadstoffen in das Grundwasser erfolgen kann. Auf Grund der teilweisen Lage innerhalb eines Überschwemmungsgebietes besteht für noch vorhandene Altlasten an diesem Standort auch gemäß dem Ziel 5.1.1.8 des Regionalplanes ein vorrangiger Sanierungsbedarf.

In Teilbereichen der Stadt Görlitz liegt ein Grundwasserschaden durch zum Teil stark erhöhte Gehalte an Leichtflüchtigen Halogen-Kohlenwasserstoffen (LHKW) vor. Verursacher der Kontamination sind mehrere ehemalige Standorte der DDR-Industrie, die LHKW als Lösungsmittel z. B. bei der Entfettung von Metallteilen nutzten.

Der Standort Industriegebiet Reichenbach/O.L. umfasst die Altstandorte Chemische Fabrik/ Feinoptische Werke, GEVO GmbH, Farbglaswerk sowie die Altablagerung Sohländer Straße. Im Zuge von technischen Erkundungen wurden großräumige und starke Grundwasserbelastungen, insbesondere mit LHKW, Schwermetallen und Pflanzenschutzmitteln festgestellt. Aufgrund der Grundwasserfließrichtung ist eine Ausbreitung in Richtung Stadtgebiet Reichenbach nicht auszuschließen.

Der Stadtteil Neugersdorf der Stadt Ebersbach-Neugersdorf weist mit zahlreichen ehemaligen Industriestandorten und Altablagerungen bzw. Altdeponien potenzielle Schadstoffquellen mit teilweise bereits nachgewiesener Beeinflussung des Schutzgutes Grundwasser auf. Besonders im südwestlichen Stadtgebiet wurden z. T. bereits deutliche Grundwasserbeeinträchtigungen festgestellt, wobei LHKW die wesentliche Schadstoffgruppe bilden. Einen Schwerpunkt des LHKW-Eintrages in das Grundwasser stellt der Altstandort „Ehemalige Textilreinigung und Reißerei Neugersdorf GmbH“ dar. Aber auch im Bereich des Altstandortes „TVB, Textilveredlung Neugersdorf“ wurden deutlich erhöhte LHKW-Belastungen festgestellt.

In allen genannten Gebieten wurden umfangreiche Erkundungsmaßnahmen durchgeführt bzw. dauern an. Die Festlegung geeigneter Sanierungsmaßnahmen erfolgt nach Auswertung der jeweiligen Gefährdungssituation in Abstimmung mit den zuständigen Fachbehörden. Die konkreten Sanierungsziele werden dabei bezogen auf die einzelnen Schutzgüter und die künftige Nutzung des Standortes festgesetzt.

zu Z 5.1.1.8

Zur Überwachung der Schadstoffausbreitung und der Effizienz durchgeführter Sanierungsmaßnahmen ist in allen regional bedeutsamen Grundwassersanierungsgebieten ein kontinuierliches Grundwassermonitoring erforderlich.

Schadstoffe aus Bodenbelastungen können durch geeignete Transportmittel (Wasser, Lösungsmittel, Luft) mobilisiert und großräumig verfrachtet werden. Verschiedene Kohlenwasserstoffe und andere organische Verbindungen, Salze, Schwermetalle u. a. bilden häufig Kontaminationsursachen für die Schutzgüter Wasser, Boden und Luft.

Die im Regionalplan festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Wasserversorgung (vgl. Kapitel 5.4.1) beinhalten die regional bedeutsamen Grundwasservorkommen, die sich für die Trinkwasserversorgung eignen und vor quantitativen und qualitativen Beeinträchtigungen zu schützen sind. Die Gewährleistung der bestehenden und zukünftigen Verfügbarkeit dieser bedeutenden Trinkwasservorkommen begründet die Priorität der Sanierung der dort nachgewiesenen Altlasten.

Die vorrangige Sanierung von Altlasten (Altablagerungen und Altstandorten) in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Retentionsraum, Hochwasservorsorge) ist notwendig, damit im Hochwasserfall keine Schadstoffe ausgespült werden können.

Neben den standortbezogen festgelegten und konkret durch regional bedeutsame Altstandorte verursachten sanierungsbedürftigen Grundwasserbereichen (Ziel 5.1.1.7) sind weite Teile der Lausitz durch den Jahrzehnte andauernden großflächigen Braunkohlenabbau von einer großräumigen Absenkung des natürlichen Grundwasserspiegels betroffen. Durch die Entwässerung der Braunkohlentagebaue und ihres weiten Umfeldes entstand ein Grundwasserabsenkungstrichter, der im Jahr 1993 im Lausitzer Revier insgesamt eine Ausdehnung von ca. 2.100 km² erreichte. In den vergangenen Jahren ist das über Jahrzehnte künstlich abgesenkte Grundwasser im Bereich des Sanierungsbergbaus im Rahmen einer zwischen den Ländern abgestimmten Flutungskonzeption großflächig wieder angestiegen. Der Bereich der bergbaubedingten Grundwasserabsenkung hat mit Stand 2014 im sächsischen Teil der Lausitz die in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ dargestellte Fläche umfasst. Im Grundwasserabsenkungsbereich ist eine teilweise erhebliche Beeinflussung der Grundwasserbeschaffenheit infolge des Braunkohlenbergbaus festzustellen. Als Ursache hierfür gelten im Wesentlichen chemische und mineralogische Umwandlungsprozesse in den Abraumpkippen, die zu einem über Jahrzehnte andauernden Stoffaustrag in das Grundwasser führen. Das bergbaubeeinflusste Grundwasser weist hohe Sulfat- und Eisengehalte sowie geringe pH-Werte auf. Da die entstehenden Tagebauseen in der Bergbaufolgelandschaft des Braunkohlenbergbaus vorrangig durch das Grundwasser gespeist werden, ist eine entsprechende Beeinträchtigung der Wasserbeschaffenheit in diesen Oberflächengewässern festzustellen. In Abhängigkeit von den in den Sanierungsrahmenplänen für die einzelnen Tagebauseen formulierten Nutzungszielen bestehen differenzierte Anforderungen an die Wasserbeschaffenheit in den Seen. Durch eine gezielte Steuerung der Flutung der Tagebauseen mit Oberflächenwasser kann Einfluss auf die Wasserqualität genommen und langfristig eine Verbesserung erreicht werden. Gleichzeitig ist dadurch eine Verbesserung der Grundwasserbeschaffenheit im Abstrom der Tagebauseen zu erwarten. Darüber hinaus besteht durch das ansteigende Grundwasser die Gefahr, dass Schadstoffe aus Altlasten mobilisiert und großräumig verfrachtet werden. Der bereits erfolgte bzw. noch zu erwartende Grundwasserwideranstieg begründet die vorrangige Sanierungsbedürftigkeit der Altlasten in diesem Gebiet. Beim Abbau von Braunkohle in den aktiven Tagebauen Nochten und Reichwalde und beim Abbau oberflächennaher Rohstoffe müssen Belastungen des Bodens und gegebenenfalls des Grundwassers rechtzeitig vor dem Überbaggern erkundet und bei Notwendigkeit objektspezifisch saniert werden. Im sächsischen Teil des Tagebaus Welzow-Süd sind keine Altlasten bzw. Altlastenverdachtsflächen bekannt (vgl. Karte 3.2 Schutzgut Boden Altlasten / Altlastenverdachtsflächen des Umweltberichtes zum Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd).

Die Besonderheiten der Rüstungsaltslasten liegen in dem spezifischen Schadstoffpotenzial und der daraus resultierenden Aggressivität und besonders hohen Umweltgefährdung. Bei den Rüstungsaltslasten handelt es sich um chemische Kampfstoffe, Sprengstoffe, Brand-, Nebel- und Rauchstoffe, Treibmittel, Chemikalien, produktionsbedingte Vor- und Abfallprodukte sowie Rückstände aus der Vernichtung chemischer Kampfmittel. Auf den ehemaligen Truppenübungsplätzen Nochten (heute bestehender Truppenübungsplatz Oberlausitz) und Königsbrück sind eine Vielzahl von militärischen und möglicherweise auch Rüstungs-Einzelobjekten verteilt, deren Ausmaße und Gefährlichkeit vielfach noch nicht erkundet sind. Deshalb und wegen der noch vorhandenen Kampfmittelbelastung (deren Bergung ist Voraussetzung für die Altlastenbehandlung und weitere nutzungsbezogene Maßnahmen) kommt bei den Truppenübungsplätzen der Sicherung vor dem Betreten eine besondere Bedeutung zu. Für militärische bzw. Rüstungsaltslasten auf dem „Truppenübungsplatz Oberlausitz“ muss die Sanierung entsprechend den Regelungen im Braunkohlenplan des Tagebaus Reichwalde vor dem Überbaggern infolge der Weiterführung des Tagebaus erfolgen.

In der Stadt Königsbrück (Grundzentrum) sind neben dem ehemaligen Truppenübungsplatz mit den beiden früheren Kasernenstandorten Konversionsflächen in einer Größenordnung von 250 bis 300 ha vorhanden, die nach der notwendigen Sanierung ein bedeutendes Potenzial für eine Standortkonversion bieten. Neben einer gewerblichen Nachnutzung kommt auf Grund der Standortpotenziale (B 97, Eisenbahnanschluss in Richtung Dresden) und der grundzentralen Funktion von Königsbrück nach einer Sanierung auch die Wohnnutzung in Frage. Durch das Ziel 5.1.1.8 wird ausschließlich die Vorrangigkeit der Sanierung im Sinne einer regionalen Prioritätensetzung im Sinne der Ziele 4.1.1.6 und 4.1.3.4 LEP geregelt. Welche konkrete Nachnutzung nach der Sanierung in Betracht kommt, wird mit dem Ziel dagegen nicht geregelt. Dies ist in erster Linie Angelegenheit der kommunalen Bauleitplanung. Gegenwärtig ist in größeren Teilbereichen keine gewerbliche oder Wohnnutzung möglich, da der dafür notwendige Grad der Altlastenbeseitigung vorläufig nicht finanzierbar ist, so dass mehrere rückgebaute Liegenschaften mit Photovoltaikanlagen in einer Flächengröße von ca. 55 ha genutzt werden.

zu Z 5.1.1.9

Die im Ziel aufgeführten Altstandorte sind regional bedeutsam für künftige Industrie- und Gewerbenutzungen, da sie neben ihrer Flächengröße über eine günstige Verkehrslage an einer überregional (Hagenwerder) bzw. regional (Boxberg/O. L.) bedeutsamen Verbindungs- und Entwicklungssachse verfügen und infrastrukturell erschlossen sind. Durch die möglichst kurzfristige Sanierung der Altstandorte kann das verfügbare Flächenpotenzial erheblich vergrößert und mit einer Nachnutzung von Brachflächen gleichzeitig die Neuinanspruchnahme von Freiraum verringert werden. Auf das Ziel 2.1.2 wird verwiesen.

Der Standort Boxberg/O.L. stellt neben dem überwiegend bereits für eine Nachnutzung zur Verfügung stehenden ländlerübergreifenden Industriepark Schwarze Pumpe einen wichtigen industriellen Kern in der Region dar, von dem weitere Impulse für eine wirtschaftliche Entwicklung im nördlichen, überwiegend ländlich geprägten Teil der Planungsregion ausgehen sollen. Der Gesamtstandort umfasst eine Fläche von ca. 112 ha und bietet somit ein erhebliches Entwicklungspotenzial, das nach einer Sanierung zur Verfügung stehen kann. Durch die Festlegung der Gemeinde Boxberg/O. L. als Gemeinde mit der besonderen Gemeindefunktion Gewerbe besteht auch die Verpflichtung, geeignete Flächen für weitere gewerblich-industrielle Ansiedlungen im Gemeindegebiet vorzuhalten. Die bestehenden Verflechtungen zwischen den Standorten Boxberg/O.L. und Schwarze Pumpe können vor allem durch die Weiterführung der „Spreestraße“ bis nach Schwarze Pumpe (vgl. Ziel 4.1.2 des Regionalplanes) weiter intensiviert werden. Dies kann mittel- bis langfristig zu einer verstärkten Flächennachfrage auch in Boxberg/O. L. führen. Bereits mit dem Neubau-Block R des Braunkohlenkraftwerkes Boxberg entstand ein erheblicher Flächenbedarf. Bezüglich der Nachnutzung des Altstandortes wird auf das Kapitel 6.4 des Regionalplanes „Energieversorgung und erneuerbare Energien“ verwiesen. Das 1997 stillgelegte Kraftwerk Hagenwerder liegt mit einer Gesamtfläche von ca. 144 ha auf dem Gebiet der Städte Görlitz und Ostritz. Während die nördlichen Teile dieses Standortes im Gebiet des „Industrie- und Gewerbegebietes Hagenwerder“ der Stadt Görlitz mit einer Bruttofläche von ca. 50 ha bereits gewerblich nachgenutzt werden bzw. dafür zur Verfügung stehen, sind im südlichen Teil nur bedingt nutzbare Flächen vorhanden, die weiterer Maßnahmen zur Flächenrevitalisierung bedürfen.

5.1.2 Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen

Karte: In der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ sind im Sinne von LEP Ziel 4.1.1.6 Gebiete mit potenziell großer Wassererosionsgefährdung, Gebiete mit potenziell großer Winderosionsgefährdung, Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung der Wasserrückhaltung, Gebiete mit klimatisch bedingten Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts, Grundwasserabsenkungsgebiete des Braunkohlenbergbaus und naturnahe Fließgewässerabschnitte als „Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“ gemäß LEP-Ziel 4.1.1.6 festgelegt. Die Kippenflächen des Braunkohlenbergbaus sind zur Information dargestellt.

Hinweis: Die Grundwasserabsenkungsgebiete des Braunkohlenbergbaus werden als „Bereich der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“ festgelegt. Damit sind jedoch nicht ausschließlich besondere Nutzungsanforderungen verbunden, sondern auch Sanierungsaufgaben im Sinne von Kapitel 5.1.1 des Regionalplanes. Da besondere Nutzungsanforderungen jedoch im Verhältnis zu sanierungsbedürftigen Bereichen der Landschaft für das gesamte Grundwasserabsenkungsgebiet bestehen, wurde die entsprechende Festlegung in diesem Kapitel vorgenommen. Dessen ungeachtet enthält Kapitel 5.1.1 entsprechende Aussagen zur Problematik.

G 5.1.2.1 **Der Bodenabtrag durch Wind und Wasser ist insbesondere in den „Gebieten mit potenziell großer Erosionsgefährdung“ durch geeignete Bewirtschaftungs- und/oder landschaftspflegerische Gestaltungsmaßnahmen so zu reduzieren, dass der schlagbezogene Bodenabtrag im langjährigen Mittel mittelfristig unter 3 t/(ha x a) liegt. Stoffeinträge durch Bodenerosion und Oberflächenabfluss aus diesen Gebieten in oberirdische Gewässer und geschützte Biotop sind durch die Anlage von Pufferzonen zu vermeiden.**

Z 5.1.2.2 **In den festgelegten Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes ist das natürliche Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögen durch**

- Aufforstung und angepasste land- und forstwirtschaftliche Nutzung,
- weitgehende Bewahrung von Freiflächen außerhalb der Flussauen,
- weitgehende Entsiegelung ungenutzter Brachflächen,
- Offenlegung und Renaturierung verrohrter Fließgewässerabschnitte,
- Optimierung der Regenwasserbewirtschaftung durch Versickerung und dezentralen Rückhalt

zu erhalten und zu verbessern.

Z 5.1.2.3 **Raumbedeutsame Änderungen der Flächennutzung innerhalb der festgelegten Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes sind auf ihre Relevanz für die Abflussbildung zu prüfen. Bei einer erheblichen Beeinträchtigung des natürlichen Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögens ist ein Ausgleich innerhalb des betroffenen Einzugsgebietes des Fließgewässers zu schaffen.**

Z 5.1.2.4 **Bei allen Planungen und Maßnahmen sowie im Rahmen der Landbewirtschaftung innerhalb des festgelegten Grundwasserabsenkungsgebietes des Braunkohlenbergbaus sind die räumlichen und zeitlichen Auswirkungen der Grundwasserabsenkung und des Wiederanstieges zu beachten.**

Z 5.1.2.5 Für die festgelegten Gebiete mit klimatisch bedingten Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts sollen im Rahmen der Fachplanung standortkonkrete Maßnahmen für eine Sicherung und Verbesserung des natürlichen Wasserrückhalts und der Grundwasserneubildung geprüft und bei Eignung umgesetzt werden. Für wasserzehrende Nutzungen (insbesondere Trinkwassergewinnung, Rohstoffabbau und Landwirtschaft) sollen Bewirtschaftungskonzepte erstellt werden, in denen durch die Klimaänderung zu erwartende Veränderungen des Wasserhaushalts berücksichtigt werden.

Begründung zu 5.1.2 Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen

Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen umfassen Gebiete, in denen auf Grund besonderer naturräumlicher Empfindlichkeiten und den daraus resultierenden Gefährdungsrisiken besondere raumrelevante Anforderungen an Nutzungs- und Bewirtschaftungsformen gestellt werden müssen, um die Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts zu gewährleisten (vgl. Begründung zu Ziel 4.1.1.6 LEP).

Die sachliche Abgrenzung zu den sanierungsbedürftigen Bereichen der Landschaft (Kapitel 5.1.1) besteht in einer vor-sorgenden Nutzung und Bewirtschaftung der Landschaft, welche die potenziellen Gefährdungen berücksichtigt. Erst wenn die bestehenden Nutzungen bereits dazu geführt haben, dass Schutzgüter in erheblichem Maße betroffen sind, erfolgt eine Zuordnung zu den sanierungsbedürftigen Bereichen der Landschaft.

Die Festlegung stellt einen aktionsorientierten Ansatz für die Regionalentwicklung dar. Die Umsetzung der damit verbundenen Maßnahmen sollte daher unter Einbeziehung der betroffenen Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten erfolgen (vgl. Begründung zu LEP Ziel 4.1.1.6). Mögliche Handlungsfelder stellen die entsprechenden Förderprogramme und die Flurneuordnung dar.

Die Festlegungen in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ erfolgen unter Berücksichtigung der Kriterien in der Begründung des Zieles 4.1.1.6 LEP dann, wenn regionale Schwerpunkte gesetzt und kartografisch dargestellt werden können und eine Regelung über andere regionalplanerische Instrumente, die Braunkohlen- oder Sanierungsrahmenpläne für die Braunkohlentagebaue bzw. durch bereits bestehende fachplanerische Instrumente nicht ausreicht. Aus den Festlegungen müssen Handlungsaufträge ableitbar sein, für welche die Regionalplanung eine Zuständigkeit besitzt. Eine weitere Bedingung ist das Vorhandensein einer ausreichenden fachlichen Datengrundlage, deren Aussagen inhaltlich und maßstabsbedingt belastbare Angaben enthalten.

Unter Berücksichtigung der o. g. Rahmenbedingungen werden in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen nach folgenden Kriterien festgelegt:

- Grundwasserabsenkungsgebiet des Braunkohlenbergbaus, Stand 2014
- Kippenflächen des Braunkohlenbergbaus (nur Darstellung)
- Gebiete mit potenziell hoher bis sehr hoher Wassererosionsgefährdung
- Gebiete mit potenziell hoher Winderosionsgefährdung
- Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung der Wasserrückhaltung im Sinne der Hochwasservorsorge gemäß Ziel 4.1.2.7 LEP
- Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung der Grundwasserneubildung im Sinne von Ziel 4.1.2.1 LEP
- naturnahe Abschnitte von Fließgewässern im Sinne von LEP Ziel 4.1.1.3

Für naturnahe Abschnitte von Fließgewässern werden keine eigenständigen Ziele im Regionalplan formuliert, da mit dem LEP Ziel 4.1.1.3 und dem Grundsatz 4.1.1.4 eine raumordnerisch ausreichende und für den gesamten Freistaat Sachsen geltende Regelung getroffen wurde. Für die Bewertung des Natürlichkeitsgrades der Fließgewässer wird das Ergebnis der Gewässerstrukturgütekartierung 2001 herangezogen. Alle hierin in die Strukturklasse 1 „unverändert“ und Strukturklasse 2 „gering verändert“ eingestuften Fließgewässerabschnitte können als Flussabschnitte mit einem hohen Natürlichkeitsgrad gewertet werden und werden im Regionalplan als naturnahe Fließgewässerabschnitte festgelegt. Weiterhin wurden naturschutzfachlich wertvolle Biotope des Lebensraumtyps Fließgewässer gemäß der selektiven Biotopkartierung – SBK – (LfUG, 2003) berücksichtigt. Dabei wurden natürliche Fließgewässer mit naturnaher Struktur und Ufervegetation, darüber hinaus aber auch künstliche Gewässer mit naturnah ausgebildeter Wasser- und Ufervegetation erfasst. Als naturnahe Fließgewässerabschnitte werden auf Grundlage der SBK folgende Biotoptypen festgelegt, sofern eine (Längen)Ausdehnung von 1.000 m erreicht wird: naturnaher Quellbereich, naturnaher Bach, naturnaher Fluss, Graben/Kanal mit naturnaher Wasser- und Ufervegetation sowie Auwald und Uferstaudenflur als naturschutzfachlich wertvolle Biotoptypen der Ufer- und Auenbereiche.

In der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ sind weiterhin die großflächigen Kippen des Braunkohlenbergbaus dargestellt. Aus dieser Darstellung resultiert keine direkte regionalplanerische Nutzungsanforderung. Sie ist als Hinweis darauf zu verstehen, dass bei allen geplanten Nutzungen in diesen Bereichen die Erstellung entsprechender Gutachten, z. B. zur Standsicherheit und zum Grundwasserwiederanstieg, notwendig werden kann. Darüber hinaus wird auf die vom Sächsischen Oberbergamt auf Grundlage der Polizeiverordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Abwehr von Gefahren aus unterirdischen Hohlräumen sowie Halden und Restlöchern (Sächsische Hohlraumverordnung – SächsHohlVO) vom 20.02.2012 (SächsGVBl., S. 191) angeordneten Allgemeinverfügungen sowie auf die geotechnischen Sperrbereiche der LMBV verwiesen.

Diese Kippen entstehen im Tagebauprozess, indem die auf der Gewinnungsseite aufgenommenen Lockergesteine (Kiese, Sande, Schluffe) eine strukturelle Zerstörung erfahren und in Tagebauhohlräume, in relativ lockerer Lagerung, verkippt werden. Die Kippen der Lausitzer Braunkohlentagebaue neigen zu Deformationen. Ursachen dafür können Eigensetzungen, Sackungen und Lastendeformationen sein. Der bisher am unsichersten abschätzbare und damit gefährlichere Anteil an den Gesamtverformungen von Kippen sind Sackungen. Es können kollapsartige rasche Volumen-

Veränderungen auftreten, die meistens erst nach Abklingen der Eigensetzung beginnen und mit dem Anstieg des Grundwassers in Verbindung stehen. Bei den in der Lausitz typischen Kippenhöhen von 40 bis 120 m können Sackungsbeträge von mehreren Metern vorkommen. Auch aus diesem Grund wurden Kippen bis heute selten bebaut. Eine besondere Gefährdung besteht durch die potenzielle Setzungsfließgefahr der Kippenböden des Lausitzer Reviers. Bei beabsichtigten Planungen und Maßnahmen auf Kippenflächen sollte deshalb – unabhängig von einer Allgemeinverfügung oder einer Sperrung – in jedem Fall die zuständige Behörde, das Sächsische Oberbergamt Freiberg bzw. die LMBV mbH, beteiligt werden.

Für weitere, gemäß der Begründung des LEP Zieles 4.1.1.6 in Betracht kommende Kriterien bzw. spezielle Handlungsaufträge liegen gegenwärtig zum Teil keine fachlich ausreichend belastbaren Grundlagen vor, die eine raumordnerische Festlegung begründen können. Beispielfähig wird nachfolgend auf die „Gebiete mit hoher geologisch bedingter Grundwassergefährdung“ (LEP Ziel 4.1.2.1) eingegangen.

Gemäß LEP Ziel 4.1.2.1 sind Gebiete mit hoher geologisch bedingter Grundwassergefährdung als Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen festzulegen. In Anlehnung an die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), Anhang II, Nr. 2.1 und die LAWA-Arbeitshilfe zur Umsetzung der WRRL/Teil 3 vom 30.04.2003 (Abschnitt 1.2.1.3) können regionalplanerisch Bereiche mit besonderen Anforderungen an den Grundwasserschutz dargestellt werden, wenn die Grundwasserüberdeckung im Hinblick auf ihre Schutzwirkung bei Schadstoffeinträgen, die über den Boden in das Grundwasser gelangen können (z. B. Nitrat, Pflanzenschutzmittel), als „ungünstig“ bewertet wird. Ungünstige Verhältnisse liegen i. d. R. vor trotz bindiger Ausbildung bei geringen Mächtigkeiten der Deckschicht sowie trotz großer Mächtigkeiten bei überwiegend hoher Wasserdurchlässigkeit und geringem Stoffrückhaltevermögen (Sande, Kiese, geklüftete Festgesteine). Als Datengrundlage liegt bisher die empirische Bewertung der Deckschichten durch das LfUG (2002) vor. Diese empirische Bewertung ist nach Angabe des LfUG entsprechend der Datenlage und des Bearbeitungsmaßstabes von 1:200.000 lediglich eine Übersichtsbewertung. Darin sind ca. 62 % der Regionsfläche als „ungünstig“ eingestuft. Eine detaillierte Bewertung in der „Karte der Schutzfunktion der Grundwasserüberdeckung“ im Maßstab 1:50.000 wurde bisher für weniger als die Hälfte der Regionsfläche erstellt (http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/download/Stand_HyK50_0614sf.jpg). Aus diesem Grund kann eine regionalplanerische Festlegung, die Schwerpunkte für die gesamte Region darstellt und bestimmte Anforderungen an die Nutzer verbindlich stellt, gegenwärtig nicht erfolgen. Die Umsetzung des obligatorischen Handlungsauftrages des LEP ist daher bisher nicht möglich.

zu G 5.1.2.1

In räumlicher und sachlicher Konkretisierung des Zieles 4.1.3.4 Satz 2 LEP werden Gebiete mit potenziell besonders durch Wasser- bzw. Winderosion gefährdeten Böden festgelegt. Auf Grund des engen Zusammenhanges von Bodenschutz und vorbeugendem Hochwasserschutz werden die Kriterien „Wassererosion“ (vgl. Begründung zu Ziel 4.1.3.4 LEP) und „Gebiete, die eine Erhaltung und Verbesserung der Wasserrückhaltung besonders erfordern“ (Ziel 4.1.2.7 LEP) hier teilweise zusammenhängend betrachtet. Die potenziellen Gefährdungen werden unabhängig von der gegenwärtigen Nutzung dargestellt. Es geht demnach um die Empfindlichkeit des Bodens gegenüber der Bodenerosion. Sofern in den festgelegten Gebieten die Landnutzungen Wald und Grünland überwiegen, sind diese durch ihre dauerhafte Vegetationsbedeckung i. d. R. gut vor Bodenerosion geschützt. Dem Schutz dieser Nutzungsformen vor einer die Erosion verstärkenden Nutzungsumwandlung kommt daher eine besondere Bedeutung zu.

Entsprechend dem Forschungsbericht zum „Atlas der diffusen Nährstoffeinträge in sächsische Gewässer“ (LfUG 2007) beträgt der berechnete gesamte mittlere, jährliche Bodenabtrag in Sachsen ca. 3,2 Mio. t. Davon werden mehr als 90 % auf Ackerflächen verursacht. Der mittlere Bodenabtrag von Ackerflächen beträgt 2,7 t/ha/a. Rund 35 % der Ackerflächen besitzen mittlere jährliche Bodenabträge über diesem Mittelwert. In der Planungsregion sind ca. 12.430 ha als potenziell winderosionsgefährdete Ackerflächen (hohe bis sehr hohe Winderosionsgefährdung gemäß DIN 19706) sowie 72.770 ha als potenziell wassererosionsgefährdete Ackerflächen mit einem Bodenabtrag von $>5 \text{ t}/(\text{ha} \cdot \text{a})$ nach der Allgemeinen Bodenabtragsgleichung -ABAG (Faktoren: $K \cdot L \cdot S \cdot R$) gemäß DIN 19708 eingestuft (Antwort des SMUL vom 19.08.2014 auf die Kleine Anfrage Drs.-Nr.: 5114946). Dies entspricht bei der Winderosion ca. 6 % und bei der Wassererosion etwa 35 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der Planungsregion (gemäß Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung im Freistaat Sachsen 2013).

Der mit dem Grundsatz formulierte Wert für den mittelfristig zu erreichenden Bodenabtrag stellt ein Umweltqualitätsziel im Regionalplan dar. Mit dem gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben der (damaligen) LfUG und LfL „Kriterienkatalog zur Gestaltung von Ackerschlägen im Agrarraum“ wurden landschaftsökologische Kriterien u. a. für den Bereich der Bodenerosion formuliert. Der dort vorgeschlagene schlagbezogene Schwellenwert von $3 \text{ t}/(\text{ha} \cdot \text{a})$ wurde unter Berücksichtigung fachlicher Aspekte ergebnisorientiert abgeleitet und liegt oberhalb anderer streng fachlich formulierter Grenzwerte, welche faktisch jeden Ackerbau unmöglich machen würden. Die Formulierung als Grundsatz der Raumordnung erfolgt vor allem auf Grund der durch verschiedenartige Einzelfälle (konkrete Standortbedingungen) nicht möglichen abschließenden Abwägung auf regionalplanerischer Ebene.

Der aus Bodenabtrag und Oberflächenabfluss resultierende diffuse Boden- und Nährstoffeintrag in Gewässer und geschützte Biotope stellt ein weiteres Problem konventioneller ackerbaulicher Nutzung in sensiblen Bereichen dar. Insbesondere durch mineralische und organische Düngungen und die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf landwirtschaftlich genutzten Böden können nicht nur diese, sondern ebenso Gewässersedimente und Oberflächengewässer häufig mit Nährstoffen (Phosphor, Nitrate) sowie Pflanzenschutzmittelwirkstoffen belastet sein. Für Oberflächengewässer sind als Umweltqualitätsziele für Schadstoffe die Qualitätsnormen nach Anlage 4 und 5 der Sächsischen Wasserrahmenrichtlinien-Verordnung (SächsWRRLVO) heranzuziehen. Übermäßiger Nährstoffeintrag beeinflusst die Funktion oberirdischer Gewässer im Naturhaushalt. Gleiches gilt für die Ablagerung von erodiertem Boden auf geschützten Biotopen. Zunächst müssen alle Maßnahmen der Erosionsvermeidung an deren Quelle ausgeschöpft werden. Bereits mit der Einhaltung der guten fachlichen Praxis, unter anderem eine standortangepasste Bodenbearbeitung, Vermeidung von Bodenverdichtungen oder die Erhaltung und Verbesserung der natürlichen biologischen Aktivität und des Humusgehaltes, sind Erfolge zu erzielen. Maßnahmen der konservierenden pfluglosen Bodenbearbeitung bewirken eine deutliche Reduzierung von Oberflächenabfluss und Bodenabtrag bei gleichzeitiger Verbesserung von

Aggregatstabilität und bodenbiologischer Parameter (Forschungsbericht zum „Atlas der diffusen Nährstoffeinträge in sächsische Gewässer“, Seite 23). Sofern dadurch keine vollständige Reduzierung des Eintrages in Gewässer u. ä. erreicht werden kann, müssen zusätzliche Maßnahmen, wie die Anlage von Pufferzonen wie Grünland oder Uferandstreifen, ergriffen werden.

Darüber hinaus wird aufgrund einer ackerbaulichen Nutzung und der Substrateigenschaften der Böden das Gefährdungspotenzial für den Bodenabtrag durch die prognostizierte Zunahme intensiver Niederschlagsereignisse zunehmen. Die damit verbundenen Sedimenteinträge in die Vorfluter stellen eine zusätzliche Beeinflussung des Gewässerzustandes dar und haben weitreichende Folgen für die Gewässergüte (FABIG 2007).

Bezüglich weiterer Informationen wird auf das Internetportal „Boden“ des SMUL <http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/boden/index.html> verwiesen.

Wassererosion

Vorrangiger Aspekt bei der Wassererosion ist neben dem allgemeinen Bodenabtrag auch der vorbeugende Hochwasserschutz, da die Wassererosion direkt an das Auftreten von Oberflächenabfluss gekoppelt ist. Das Wasserspeichervermögen von Böden nimmt somit eine Schlüsselstellung für die Produktionsfähigkeit und den Wasserrückhalt im Landschaftswasserhaushalt (Hochwasserschutz) ein. Die potenzielle Wassererosionsgefährdung wird durch die Standortfaktoren Erodierbarkeit (Anfälligkeit) der jeweiligen Bodenart und Relief (Hangneigung) bestimmt. Hinzu kommt die Erosivität der Niederschläge als klimatisches Element (z. B. Niederschlagssumme, Niederschlagshäufigkeit, Niederschlagsintensität, Schneeschmelze) und die erosionswirksame Hanglänge. Da die Standort- und Klimafaktoren nicht bzw. nur wenig veränderlich sind, ist die potenzielle Erosionsgefährdung eine natürliche Eigenschaft der Landschaft. Daher kommt es darauf an, das durch den Menschen steuerbare Kriterium, den Nutzungsfaktor, durch eine angepasste Art der Bodennutzung bzw. -bewirtschaftung zu beeinflussen. Der Nutzungsfaktor übt einen signifikanten Einfluss auf die für die Erosionsgefährdung relevanten Bodeneigenschaften aus, vor allem das Bodengefüge, sowie auf andere beeinflussende Faktoren (z. B. die Bodenbedeckung). Somit bestimmt erst dieser Nutzungsfaktor die aktuelle Erosionsgefährdung eines Standortes. Eine entsprechend angepasste Nutzung kann daher nicht die potenzielle, sondern ausschließlich die aktuelle Erosionsgefährdung vermindern bzw. beseitigen.

Fachliche Grundlage für die Festlegung der Gebiete sind die Daten der Erosionsgefährdung in Abhängigkeit von Bodenart, Hanglänge, Hangneigung und Regenerosivität (KLSR-Karte) des LfULG. Die KLSR-Karte berücksichtigt folgende Faktoren: Erosionsempfindlichkeit des Bodensubstrates (K-Faktor), Hangneigungsfaktor (S-Faktor), Faktor der Regenerosivität (R-Faktor) sowie den Faktor der erosiven Hanglänge (L-Faktor) bezogen auf den jeweiligen Feldblock. Für die Berechnung des L-Faktors wird angenommen, dass einerseits die Feldblockgrenzen die erosionswirksame Hanglänge unterbrechen (d.h. als Barriere für den Oberflächenabfluss wirken) und andererseits innerhalb des Feldblockes keine weiteren Barrieren vorhanden sind, die die erosionswirksame Hanglänge verkürzen.

Die räumlichen Schwerpunkte der Wassererosionsgefährdung in der Region stellen die löß- und sandlößbedeckten Bereiche des Oberlausitzer Gefildes, der östlichen Oberlausitz, des Westlausitzer Hügel- und Berglandes, des Oberlausitzer Berglandes und des Zittauer Gebirges dar. Eine Festlegung als Bereich der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen erfolgte in diesen Landschaftseinheiten bei einer Erosionsgefährdung in den Stufen 5-7, was einem langjährigen mittleren flächenhaften Bodenabtrag von mindestens 30 Tonnen pro ha und Jahr entspricht.

Die Entscheidung für eine bestimmte Maßnahme ist in nachfolgenden Planungs- bzw. Genehmigungsebenen sowie bei konkreten Projekten der Regionalentwicklung einzelfallbezogen zu treffen.

Winderosion

Die standortabhängige potenzielle Erosionsgefährdung durch Wind wird in Abhängigkeit von der Erosionsempfindlichkeit des Bodensubstrates (abgeleitet aus Feinbodenart und Humusgehalt des Oberbodens) und dem Jahresmittel der Windgeschwindigkeit bewertet. Das LfULG hat auf Grundlage dieser Kriterien eine Einstufung der Winderosionsgefährdung in sechs Stufen vorgenommen. Die Festlegung als „Bereich der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“ erfolgt bei einer hohen oder sehr hohen Erosionsgefährdung (Stufe 4 bzw. 5). Die gegenwärtige Bodenbedeckung spielt dabei keine Rolle, da es um potenzielle Gefährdungen geht. Anliegen ist es vorrangig, bestehende erosionsmindernde Nutzungen und Landschaftsstrukturen (z. B. Wald, Grünland, Windschutzstreifen) zu erhalten.

Im glazial geprägten Tiefland mit (fein-)sandreichen Böden und entwässerten, degradierten Moorböden tritt Winderosion dann verstärkt auf, wenn großflächig über einen längeren Zeitraum keine oder kaum Bodenbedeckung vorhanden ist (z. B. nicht begrünte Kippen, offenliegender Abraum des Braunkohlenbergbaus, Sandgruben) bzw. saisonal bedingt keine oder kaum Bodenbedeckung vorhanden ist (Ackerbau) und die Landschaft windoffen ist, d. h., nur ein geringer Flächenanteil von Landschaftsstrukturelementen oder Wald eingenommen wird. Die Winderosionsgefahr ist dann besonders groß, wenn diese Böden keine Vernässungen aufweisen. Potenziell stark winderosionsgefährdet sind in der Planungsregion z. B. die trockenen Talsandflächen im Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet und dessen Übergang in das Oberlausitzer Gefilde (vor allem im Gebiet um Königswartha-Neschwitz-Radibor-Großdubrau) sowie um Niesky und Rietschen, die grundwasserfernen Talsandflächen der Ruhland-Königsbrücker Heiden (vor allem im Raum Schwepnitz-Kamenz-Oßling, um Lauta und im Radeburger Heideland um Ottendorf-Okrilla), grundwasserferne Kippen- und gewachsene Böden im Bereich der bergbaubedingten Grundwasserabsenkung sowie die offenen Tagebaubereiche der Braunkohlentagebaue. Die Winderosion kann auch eine Ursache für eine hohe Feinstaubbelastung sein und muss somit auch unter Luftreinhalteaspekten minimiert werden.

Um den Bodenabtrag in den betreffenden Bereichen gering zu halten bzw. zu minimieren, sind vielfältige Anforderungen an die Landnutzungen zu stellen. Als besondere Nutzungsanforderung kommen insbesondere in Frage:

- die Erhaltung des Flächenanteils von und Abstandes zwischen erosionsmindernden Strukturelementen
- die gezielte Anreicherung mit weiteren Strukturelementen (auch im Sinne von Ziel 4.1.1.14 LEP)
- die Erhöhung des Vernässungsgrades des Bodens bzw. Erhaltung bereits vernässter Flächen
- Zwischenbegrünungen auf den Kippenflächen der Braunkohlentagebaue.

zu Z 5.1.2.2 u. Z 5.1.2.3

Die Ziele 5.1.2.2 und 5.1.2.3 konkretisieren den Handlungsauftrag des Zieles 4.1.2.7 LEP. Fachliche Grundlage für die Festlegung von „Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes“ ist die vom LfULG bereit gestellte Fachkulisserie der Hochwasserentstehungsgebiete Sachsen (Stand 12/2006). Diese Fachkulisserie basiert auf den Ergebnissen des Expertensystems WBS FLAB (Wissensbasiertes System von Flächen gleicher Abflussbildung) und stellt die fachliche Grundlage für die Festsetzung der Hochwasserentstehungsgebiete nach § 76 SächsWG dar. Flächen, bei denen die für die Hochwasserentstehung maßgeblichen schnellen Abflusskomponenten aufgrund der wesentlichen Standortbedingungen Relief, Bodeneigenschaften, Nutzung dominieren und häufiger als dreimal in zehn Jahren Starkniederschläge von ≥ 50 mm/Tag zu erwarten sind, können als potenzielle Hochwasserentstehungsgebiete identifiziert werden. Um eine Begriffs- und möglicherweise Rechtsfolgenverwechslung mit den fachgesetzlichen Hochwasserentstehungsgebieten nach § 76 SächsWG zu vermeiden, werden im Regionalplan „Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes“ festgelegt. Diese stellen eine rahmensetzende „Vorstufe“ der fachrechtlichen Festsetzung der Hochwasserentstehungsgebiete dar und sind daher räumlich weiter gefasst.

Vor allem in den festgelegten Gebieten spielt die Verminderung des Oberflächenabflusses in die Fließgewässer neben dem Erosionsschutz eine herausragende Rolle. Der vorbeugende Hochwasserschutz beginnt in diesen Gebieten. Hier kann durch angepasste Nutzungen bereits vermieden werden, dass große Abflussmengen direkt in die Fließgewässer (Vorflut) gelangen und vor allem an den Mittel- und Unterläufen der Flüsse zu Überschwemmungen führen. Weitgehend betrifft dies die land- und forstwirtschaftliche Nutzung in diesen mit häufig starker Hangneigung verbundenen Gebieten. Um die Spitzen der Hochwasserwellen durch einen verlangsamen Abfluss des Niederschlagswassers abzufangen, muss auch die Retention an den Nebengewässern erhöht werden. Besonders wichtige Freiräume – vor allem Böden mit hohem Wasserspeichervermögen und Wälder, die generell ein hohes Interzeptionsvermögen aufweisen und dadurch das Niederschlagswasser bereits den Oberflächen der Pflanzen zurückhalten – sind in ihren Eigenschaften und Flächenanteilen zu erhalten. Dazu sind gegebenenfalls mittelfristig Änderungen in der Flächennutzung bzw. bereits kurzfristig Änderungen in der Bewirtschaftungsweise unabdingbar.

Die Niederschlagswasserbewirtschaftung in den besiedelten Bereichen ist gegenwärtig teilweise mehr an die Auslastung bestehender Anlagen angepasst als an die vorrangigen Bedürfnisse des vorbeugenden Hochwasserschutzes. Besonders in den festgelegten Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes sind dezentrale Konzepte den zentralen Lösungen in der Regenwasserbewirtschaftung vorzuziehen. Dazu zählt z. B. die Versickerung und Rückhaltung von Niederschlagswasser oder die Entsiegelung von vollständig versiegelten Flächen (z. B. Parkflächen, Brachen). Im Regionalplan werden drei Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes festgelegt. Im Zittauer Gebirge betrifft dies das gemäß § 100b Abs. 1 Satz 2 des SächsWG in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Oktober 2004 (SächsGVBl. S. 482), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23. September 2010 (SächsGVBl. S. 270) geändert worden ist, bereits fachgesetzlich festgesetzte und aus zwei Teilflächen bestehende Hochwasserentstehungsgebiet „Zittauer Gebirge – Lausche und Jonsdorf“ (Verordnung der Landesdirektion Dresden zur Festsetzung des Hochwasserentstehungsgebietes „Zittauer Gebirge – Lausche und Jonsdorf“ vom 10.03.2011, SächsGVBl. S. 63). Die Abgrenzung für dieses fachrechtlich festgesetzte Gebiet ist Grundlage für die zeichnerische Festlegung im Regionalplan (vgl. Begründung zu Ziel 4.1.2.7 LEP, letzter Absatz). Im Oberlausitzer Bergland wird darüber hinaus auf Grundlage der o. g. Fachkulisserie der Hochwasserentstehungsgebiete Sachsen ein größeres, die Einzugsgebiete von Elbe (Wesenitz) und Spree betreffendes Gebiet im Raum Schirgiswalde, Neukirch/Lausitz, Steinigtwolmsdorf festgelegt.

zu Z 5.1.2.3 Bis zur verbindlichen Festsetzung der Hochwasserentstehungsgebiete gemäß § 76 Abs. 1 SächsWG ist es notwendig, entsprechende Regelungen im Regionalplan zu integrieren, um nicht umkehrbare Fehlentwicklungen bereits kurzfristig zu vermeiden. Bei Planungen und Maßnahmen in den „Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes“, die zu einer merklichen Verringerung des natürlichen Wasserversickerungs- und Wasserrückhaltevermögens führen können, sind ausreichende Maßnahmen zur Kompensation durchzuführen. Diese Kompensation soll in erster Linie durch die Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens im Einzugsgebiet erfolgen (z. B. durch den Rückbau bzw. die Entsiegelung von Brachflächen, durch Waldmehrung oder Fließgewässerrenaturierung). Wenn dies nicht möglich ist, kommen auch technische Maßnahmen zum Wasserrückhalt in Betracht. Im Rahmen von Alternativenprüfungen ist nachzuweisen, dass eine Realisierung des Vorhabens außerhalb des festgelegten Gebietes nicht oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand möglich ist.

zu Z 5.1.2.4 Das in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ festgelegte Grundwasserabsenkungsgebiet beschreibt den Kenntnisstand des Jahres 2014 (Grundlage: Zuarbeiten von Vattenfall Europe Mining mit Stand 12/2014, LMBV mbH mit Stand Frühjahr 2014). Aus der Grundwasserabsenkung und dem nachfolgenden Wiederanstieg ergeben sich besondere Anforderungen an alle Nutzungen in diesem Bereich. Der Zeitraum der Absenkung ist vor allem für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung von Belang, da hier mögliche Einflüsse auf bestimmte Pflanzenarten berücksichtigt werden müssen (Bewässerung). Des Weiteren sind mit der Grundwasserabsenkung auch Veränderungen bei den Standorteigenschaften der Böden verbunden. So muss vor allem mit einer Verstärkung der potenziellen Windereisungsgefährdung gerechnet werden. Den Regelungen des Grundsatzes 5.1.2.1 kommt daher zeitlich und räumlich differenziert auch in den Grundwasserabsenkungsgebieten eine Bedeutung zu. Mit dem Grundwasserwiederanstieg ergeben sich vorrangig Anforderungen an bauliche Anlagen (z. B. Unterkellerungen, Drainagen). Bereits zum Zeitpunkt der Absenkung sind daher unter Berücksichtigung der Nutzungsdauer der Bebauungen mögliche Grundwasserstände nach Abschluss des Wiederanstieges zu beachten, um Gefährdungen der Bausubstanz zu vermeiden. Insbesondere für Kippenböden im Bereich des Grundwasserwiederanstieges sind darüber hinaus (und unabhängig von den regionalplanerischen Regelungen) die bergrechtlichen und geotechnischen Belange zu beachten (z. B. Polizeiverordnung des SMWA über die Abwehr von Gefahren aus unterirdischen Hohlräumen sowie Halden und Restlöchern (Sächsische Hohlraumverordnung, (SächsHohlVO) vom 20. Februar 2012 (SächsGVBl. S. 191)).

zu Z 5.1.2.5 Entsprechend dem Ziel 4.1.2.1 LEP sind im Regionalplan Gebiete, in denen Grundwasservorkommen durch die Folgen des Klimawandels erheblich beeinträchtigt werden können, als Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen festzulegen. Die Festlegungen im Regionalplan werden jedoch nicht nur auf Grundwasservorkommen beschränkt, sondern umfassen darüber hinaus auch die Einzugsgebiete von austrocknungsgefährdeten Oberflächenge-

wässern. Fachliche Grundlagen liegen mit der Vulnerabilitätsanalyse Oberlausitz-Niederschlesien vor (TU Dresden i. A. des RPV Oberlausitz-Niederschlesien, 2011).

In dieser Analyse wird betont, dass „... der Wasserhaushalt in der Region zwar angespannter, aber der bereits erheblich gesunkene und voraussichtlich weiter tendenziell sinkende Trinkwasserbedarf in der Region die Situation entschärfen wird. Engpässe in der Trinkwasserversorgung der Region sind deshalb insgesamt nicht zu erwarten, zumindest solange sich die demographischen Entwicklungstendenzen nicht maßgeblich verändern sollten. Dies schließt allerdings nicht aus, dass sich lokale Problemzonen ausbilden können, nämlich dort, wo regional bedeutsame Wassergewinnungsanlagen in Bereichen mit einer besonders kritischen Wasserbilanz liegen.

...

Hinzu kommt, dass der Wasserhaushalt durch landwirtschaftliche Wasserentnahmen beeinflusst werden kann. Sollten in Zukunft beispielsweise verstärkt Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft eingesetzt werden (vgl. SMUL 2009), könnte sich die Wasserhaushaltssituation in den betroffenen Bereichen rasch verändern – hier ist dringend eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete, differenzierte Betrachtung des jeweiligen Einzelfalls vor einer Genehmigung der Wasserentnahme angeraten“ (S. 89).

„In der Region Oberlausitz-Niederschlesien ergeben sich Vorbelastungen durch die Grundwasserabsenkungstrichter der Tagebaue aber auch durch einzelne kleinere Rohstoffabbauvorhaben. Grundwasserentnahmen der Trink- und Brauchwassernutzung können auch den Wasserhaushalt funktional angrenzender sensibler Biotop- und enthaltener sensibler Arten erheblich stören. Daher sind Wechselwirkungen zwischen Grundwasserentnahmen sowie -absenkungen und sensiblen Landschaftsteilen bei der Ausweisung von Vorranggebieten z. B. für den Rohstoffabbau oder die Bereitstellung von Wasser in der Fortschreibung des Regionalplanes gezielt auch unter Berücksichtigung des Klimawandels zu prüfen“ (ebenda, S. 105).

Der Aspekt wurde ebenfalls im Rahmen des Projektes RegKlam – Regionales Klimaanpassungsprogramm Modellregion Dresden untersucht. „Bei möglicherweise abnehmenden Grundwasserdargeboten im Zuge des Klimawandels wird ein gleichzeitig steigender Bedarf an Wasserentnahmen für Klimatisierung im urbanen Raum und für die landwirtschaftliche Bewässerung in landwirtschaftlich geprägten Gebieten projiziert. Außerdem werden im Jahresverlauf zukünftig stärkere natürliche Schwankungen der Grundwasserstände zu erwarten sein. Sind die Grundwasserstände jahreszeitlich aufgrund geringer Neubildung bereits niedrig, so können auch Entnahmemengen, die das mittlere Dargebot nicht überschreiten und deshalb im Jahresdurchschnitt grundsätzlich unbedenklich sind, zu temporär unverträglich niedrigen Grundwasserständen führen. Die Festlegung ortsbezogener Grenzgrundwasserstände, die nicht unterschritten werden dürfen, ist ein Mittel, um sensible Bebauung oder empfindliche Ökosysteme zu schützen“ (RegKlam: Maßnahmenblatt 2.9.1 Wasserhaushalt und Wasserwirtschaft – Dargebots- bzw. grundwasserstandsabhängige Steuerung von Grundwasserentnahmemengen).

Als regionale Schwerpunkte werden die in der Karte 27 der Vulnerabilitätsanalyse Oberlausitz-Niederschlesien dargestellten „ausgewählten Einzugsgebiete besonders austrocknungsgefährdeter Fließgewässer“ und „Konzentrationsgebiete sensibler Gewässer und grundwasserabhängiger Biotop-“ identifiziert. Die Festlegung als Bereich der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen betrifft räumlich insbesondere die Landschaftseinheiten Muskauer Heide, Bergbaufolgelandschaft der Oberlausitz, Königsbrück-Ruhlander Heiden, Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet und Oberlausitzer Gefilde.

5.1.3 Wiedernutzbarmachung von Rohstoffabbauflächen

- Z 5.1.3.1 Bei einem Rohstoffabbau im Bereich der landwirtschaftlich wertvollen Böden (hohe/sehr hohe natürliche Bodenfruchtbarkeit gemäß den Auswertekarten Bodenschutz des Freistaates Sachsen) sollen durch die Rekultivierung die räumlichen Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Nutzung unter Verwendung der hochwertigen Bodensubstrate geschaffen werden.**
- Z 5.1.3.2 In geeigneten Teilbereichen der nördlich von Ottendorf-Okrilla festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Rohstoffabbau (Kies und Sand) sind nach einem Abbau im Rahmen der Wiedernutzbarmachung die räumlichen Voraussetzungen für eine wasser- gebundene Erholungsnutzung zu schaffen.**
- Z 5.1.3.3 Sofern mit einem Abbau oberflächennaher Rohstoffe in den dafür festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten die Inanspruchnahme von Wald verbunden ist, soll im Rahmen der Rekultivierung eine Wiederaufforstung innerhalb des Abbaugebietes erfolgen. Ist dies auf Grund einer entstehenden Wasserfläche nicht möglich, ist ein Ausgleich im direkten räumlichen Anschluss an die betroffenen Waldgebiete vorzunehmen.**
- Z 5.1.3.4 Im Vorranggebiet für den Rohstoffabbau Ts 11 Wetro/Puschwitz sollen die räumlichen Voraussetzungen für eine Folgenutzung des Restloches als Erweiterung der Industrieabfalldeponie Wetro geschaffen werden. Nach der damit verbundenen Verfüllung sind die räumlichen Voraussetzungen für eine Aufforstung zu schaffen.**

G 5.1.3.5 Nach einem Abbau innerhalb des Vorranggebietes für den Rohstoffabbau KS 1 Boxberg sollen im Rahmen der Wiedernutzbarmachung die räumlichen Voraussetzungen für eine naturschutzgerechte Folgenutzung geschaffen werden.

Begründung zu 5.1.3 Wiedernutzbarmachung von Rohstoffabbauflächen

Der wesentliche Aspekt bei der Festlegung von Folgenutzungen nach einem Rohstoffabbau ist die Absicht, durch eine rechtzeitige und planmäßige Berücksichtigung der im öffentlichen Interesse sinnvollen Rekultivierungsziele eine optimale Gestaltung der Rohstoffgewinnung und der nachbergbaulichen Landschaft zu erreichen. Gleichzeitig erscheint es sinnvoll, dass solche Wiedernutzbarmachungsziele zugelassen werden, deren Umsetzung in einem überschaubaren Zeitpunkt realistisch ist. Nicht jedes Tagebaurestloch muss nach Abschluss der Rohstoffgewinnung wieder verfüllt werden. Auch in Hohlformen lassen sich Folgenutzungen realisieren, die im öffentlichen Interesse liegen.

Grundsätzlich muss eine abschließende Festlegung der Folgenutzungen unter Bezug auf die zukünftig möglichen Abbaubarianten und teilweise erst langfristig erkennbar werdenden Raumfunktionen mit einem Rahmenbetriebsplan erfolgen. Dies ist u. a. auch in der bei einzelnen Abbaugruben möglichen langen Abbauezeit, zwischen 30 und 300 Jahren, also einem Zeitraum, der weit über den Geltungszeitraum dieses Regionalplanes hinausreicht, begründet. Bis auf die spezifischen Regelungen der nachfolgenden Plansätze wird daher auf eine raumordnerische Festlegung der Folgenutzungen verzichtet. Diese ergeben sich vorrangig aus der Abbautechnologie (z. B. Trockenschnitt, Nassschnitt) sowie den natürlichen Gegebenheiten der Abbauflächen. Darüber hinaus wird den Kommunen empfohlen, ihre Belange in die bergbaulichen Planungen einzubringen.

zu Z 5.1.3.1 Die hochwertigen Böden in Ostsachsen erlauben der Landwirtschaft gute Erträge und bieten die Voraussetzung zum Anbau von anspruchsvollen Pflanzenarten (z. B. Weizen, Zuckerrüben). Diese Böden sind daher im Rahmen ihrer Nutzungsfunktion besonders schützenswert. Im Falle eines temporären Rohstoffabbaus ist das wertvolle Bodensubstrat nach fachgerechter Zwischenlagerung (selektive Verwendung der hochwertigen Bodensubstrate unter Vermeidung von Verdichtung, Erosion und stofflichen Belastungen) für eine Rekultivierung zu nutzen, um damit die räumlichen Voraussetzungen für eine Wiederaufnahme der landwirtschaftlichen Nutzung zu schaffen.

Nach einem Abbau entstehende Hohlformen sind jedoch nicht in jedem Fall für eine landwirtschaftliche Folgenutzung geeignet. Ein atypischer Fall zu diesem Ziel kann vorliegen, wenn die betreffende Fläche wegen ihres räumlichen Zugschnittes oder ihrer Exposition für eine landwirtschaftliche Nutzung nicht mehr in Frage kommt und damit eine Auf- forstung oder andere Nutzungsarten unter Berücksichtigung auch von anderen Belangen (z. B. Wasserwirtschaft, Erho- lungsnutzung) zweckdienlicher sind oder Verfüllmassen mit entsprechender Qualität und unter Berücksichtigung der bodenschutzfachlichen Anforderungen in einem zeitlich oder wirtschaftlich vertretbaren Rahmen nicht zur Verfügung stehen. Dies ist in der Regel bei einem Nassabbau der Fall.

zu Z 5.1.3.2 Im Verdichtungsraum Dresden ist ein gegenüber dem vorhandenen Bedarf erheblich geringeres Angebot an wasserge- bundenen Erholungsflächen vorhanden. Dies führte dazu, dass die wenigen, für eine Badenutzung geeigneten Gewäs- ser im näheren Umfeld der Landeshauptstadt Dresden einem sehr hohen Besucherdruck ausgesetzt sind bzw. die Be- völkerung selbst für die Naherholung auf entfernter gelegene Gewässer ausweichen muss. Gerade die großen Kies- sandtagebaue bei Ottendorf-Okrilla bieten auf Grund der verkehrsgünstigen Lage (Nähe zur B 97) und der zugelas- senen Abbautechnologien (Nassschnitt) die Möglichkeit, mittelfristig Bademöglichkeiten an neuen Landschaftsseen zu schaffen. Es wird regionalplanerisch jedoch bewusst offen gelassen, in welchen Bereichen eine Erholungsnutzung er- folgen kann, da in Teilbereichen dieser Abbaustellen berechnete Raumnutzungsansprüche (Trinkwasserschutz, Natur- schutz, Waldausgleich bzw. -ersatz) vorliegen, mit denen eine intensive Erholungsnutzung nicht vereinbar ist. Diese räumliche Konkretisierung ist in den nachfolgenden Betriebsplanverfahren vorzunehmen.

zu Z 5.1.3.3 Die Planungsregion besitzt einerseits ein bedeutendes Rohstoffpotenzial an fast allen oberflächennahen Rohstoffen in Sachsen, andererseits durch den gegenüber anderen sächsischen Regionen hohen Waldanteil von ca. 37 % auch eine besondere Verantwortung für die Umsetzung des LEP Zieles 4.2.2.1 zur Erhöhung des Waldanteils. Damit ist verbun- den, dass nicht nur nach Möglichkeiten der Waldmehrung gesucht wird, sondern auch, dass bestehende Waldflächen in der Region zu erhalten bzw. wiederherzustellen sind.

Zahlreiche wertvolle und zum Teil noch unverritzte Rohstofflagerstätten, vor allem die großflächigen Kiessandlager- stätten in der Königsbrück-Ruhlander Heide sowie die Kaolinlagerstätten im Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet sind gegenwärtig bewaldet. Somit ist ein Konflikt zwischen den Belangen Rohstoffsicherung und Walderhaltung absehbar. Dieser soll langfristig so gelöst werden, dass der Wald nach einem Abbau auf den betreffenden Flächen wieder entstan- den kann. Sofern ein Abbau dieser Lagerstätten beabsichtigt wird, ist bereits mit der Wiedernutzbarmachungskonzeption im Rahmenbetriebsplan zu berücksichtigen, dass ein Waldausgleich grundsätzlich innerhalb des Abbaugrubes erfolgt. Bei entstehenden Wasserflächen kommt auch ein Ausgleich in räumlicher Nähe zum Abbaugruben in Frage, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass keine großräumige Landschaftsveränderung durch die Anlage vieler Wasser- flächen erfolgt. Nur so kann gewährleistet werden, dass die im LEP Grundsatz 4.2.3.2 geforderte Einordnung in das räumliche Gesamtgefüge möglich wird und die im Regionalplan enthaltenen Leitbilder für die Kulturlandschaftsent- wicklung (vgl. Anhang 1 zu Kapitel 5.2 Kulturlandschaftsschutz) ausreichend berücksichtigt werden.

zu Z 5.1.3.4 Der im Abbau befindliche Tagebau Wetro grenzt räumlich direkt an die bereits in Betrieb befindliche überregional bedeutsame Sonderabfalldeponie Wetro. Sonderabfalldeponien sind auf besondere Eigenschaften des Untergrundes angewiesen (z. B. Vorhandensein einer natürlichen Barriere zum Schutz des Grundwassers). Bei den bereits er- gangenen Entscheidungen zur Folgenutzung wurde berücksichtigt, dass in Sachsen nur wenige Flächen für eine derar- tige Nutzung zur Verfügung stehen und die Nachnutzung des Tagebaus als Deponie die Erweiterung einer beste- henden Deponie darstellt. Der atypische Fall für das Soll-Ziel tritt ein, wenn die Untergrundbedingungen entgegen den bisherigen Erkenntnissen nicht für eine Erweiterung der Deponie geeignet sind bzw. geschaffen werden können oder

auf Grund eines veränderten Industrieabfallaufkommens die Erweiterung nicht mehr notwendig ist. Rahmensetzende Aussagen für eine derartige Einschätzung muss der regelmäßig fortgeschriebene Abfallwirtschaftsplan des Freistaates Sachsen treffen.

Die Festlegung zur Aufforstung nach der Deponienutzung ist in der relativen Waldarmut des Oberlausitzer Gefildes und der räumlich beschränkten Vereinbarkeit neu entstehender, größerer Waldflächen mit den kulturlandschaftlichen Gegebenheiten in diesem Raum begründet. Im Leitbild für die Kulturlandschaftsentwicklung für das Oberlausitzer Gefilde (vgl. Anhang 1 zu Kapitel 5.2 Kulturlandschaftsschutz) wird hervorgehoben, dass Aufforstungen den typischen Offenlandcharakter nicht beeinträchtigen und an für die Landwirtschaft weniger geeigneten und ökologisch wirksamen Standorten zum Schutz vor Bodenerosion und Emissionen erfolgen sollen. Diesem Aspekt kann in diesem Teil des Oberlausitzer Gefildes mit einer Aufforstung am besten Rechnung getragen werden. Eine regionalplanerische Festlegung zur Folgenutzung der Deponie ist auch weiterhin erforderlich, da im Planfeststellungsbeschluss der (damaligen) Landesdirektion Dresden vom 15.06.2009 (Az.: 42A-8982.71/72/Wetro-Puschwitzer Feld) die Entscheidung zur Oberflächenabdichtung und Rekultivierung in spätere Verfahren verlagert wurde (vgl. Nr. 1.1.6 des Planfeststellungsbeschlusses).

zu G 5.1.3.5 Das Ziel 10 des Braunkohlenplanes als Sanierungsrahmenplan für den stillgelegten Tagebau Bärwalde enthält u. a. die Forderung nach einer Einbeziehung der abgebauten Kieslagerstätte Boxberg in das umgebende Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft. Der Regionalplan ersetzt künftig die Grundsätze und Ziele des Sanierungsrahmenplanes zur Wiedernutzbarmachung. Der Inhalt der Festlegung des Sanierungsrahmenplanes soll jedoch weiterhin Bestand haben. Mit dieser Art der Wiedernutzbarmachung der Kieslagerstätte Boxberg soll in diesem Bereich eine naturschutzfachliche Aufwertung ermöglicht werden und somit die Voraussetzungen für die Entstehung kleinflächiger Biotope und naturnaher, abwechslungsreich strukturierter Ufer- und Flachwasserzonen geschaffen werden. Im Regionalplan ist südlich des Vorranggebietes KS 1 ein Vorbehaltsgebiet Arten- und Biotopschutz festgelegt. Gemäß dem Grundsatz 5.3.2 sollen die im Regionalplan festgelegten Vorbehaltsgebiete Arten- und Biotopschutz so erhalten und entwickelt werden, dass sie als Verbindungsflächen im großräumig übergreifenden Biotopverbund wirksam werden können. Durch die perspektivische Einbeziehung der abgebauten Kieslagerstätte in den großräumig übergreifenden Biotopverbund wird dem Grundsatz 5.3.2 in wirksamer Weise Rechnung getragen. Somit können sich im nordöstlichen Bereich des Bärwalder Sees, in ausreichender Entfernung zu den der intensiven Erholungsnutzung vorbehaltenen Räumen Rückzugsgebiete für störungsempfindliche Arten sowie Entwicklungsräume für wertvolle Biotope entwickeln.

5.2 Kulturlandschaftsschutz

- Karte: Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Kulturlandschaftsschutz sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Die als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet Kulturlandschaftsschutz festgelegten Alleen und landschaftsprägenden Reliefformen (Höhenrücken, Kuppen und Felsentäler (Skalen)) sind im Anhang 2 zu Kapitel 5.2 aufgelistet.
- Z 5.2.1 In den Vorranggebieten Kulturlandschaftsschutz sind die prägenden Elemente des Landschaftsbildes und der Siedlungsgeschichte sowie die räumlichen Voraussetzungen für die landschaftsbezogene Erholung zu erhalten und zu entwickeln.**
- G 5.2.2 Die Vorbehaltsgebiete Kulturlandschaftsschutz sollen für den Umgebungsschutz der prägenden Elemente des Landschaftsbildes und der Siedlungsgeschichte sowie für die landschaftsbezogene Erholung erhalten und entwickelt werden.**
- Z 5.2.3 Sofern in Umsetzung des Zieles 5.2.1 bzw. des Grundsatzes 5.2.2 eine Entwicklung der Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete Kulturlandschaftsschutz für die landschaftsbezogene Erholung erfolgt, soll eine der jeweiligen Erholungsform angemessene Erschließung für die Erholungssuchenden erfolgen. Erheblichen Konflikten, vor allem in Teilbereichen mit wertvoller Naturausstattung, ist insbesondere durch Konzepte zur Verkehrs- und Besucherlenkung vorzubeugen.**
- Z 5.2.4 Die als Vorranggebiet Kulturlandschaftsschutz festgelegten Alleen sind zu erhalten oder wiederherzustellen.**
- Z 5.2.5 Die als Vorranggebiet Kulturlandschaftsschutz festgelegten landschaftsprägenden Reliefformen sind in ihrem Erscheinungsbild und der charakteristischen Ausprägung zu erhalten.**

Begründung zu 5.2 Kulturlandschaftsschutz

- Gegenüber der 1. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes 2010, in der Vorrang- (VRG) und Vorbehaltsgebiete (VBG) für das Landschaftsbild/Landschaftserleben festgelegt wurden, erfolgt aufgrund der Vorgaben des LEP 2013 (Ziel 4.1.1.12) nunmehr die Festlegung von VRG und VBG für den Kulturlandschaftsschutz. Diese Gebiete konkretisieren die allgemeiner gehaltenen Leitbilder für die Kulturlandschaftsentwicklung (vgl. Anhang 1 zu Kapitel 5.2 des Regionalplanes) sachlich und räumlich und setzen regionalplanerische Schwerpunkte für die Erhaltung und Entwicklung der vom Menschen geprägten Orts- und Landschaftsbilder und der räumlichen Voraussetzungen für die landschaftsbezogene Erholung. Durch die Einbeziehung von für die Region Oberlausitz-Niederschlesien typischen Elementen der Kulturlandschaft (z. B. Schanzen, Skalen, Alleen, Biosphärenreservat) wird deren herausragende heimatgeschichtliche Bedeutung anerkannt und raumplanerisch gesichert.
- zu RNK Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Kulturlandschaftsschutz dienen neben den Gebieten für den Arten- und Biotopschutz der raumordnerischen Sicherung der Belange von Natur und Landschaft. Kulturlandschaftsschutz und der Arten- und Biotopschutz sind hier als Einheit zu betrachten und schließen sich somit nicht aus, sondern ergänzen sich. Während bei den für den Arten- und Biotopschutz festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten (vgl. Kapitel 5.3) die Sicherung eines großräumig übergreifenden Biotopverbundes und somit der Schutz von Lebensräumen vor allem von gefährdeten und seltenen Arten im Vordergrund steht, dienen die für den Kulturlandschaftsschutz vorgenommenen Festlegungen der raumordnerischen Sicherung des Erscheinungsbildes und der Erlebniswirksamkeit der Landschaft sowie der Sicherung der räumlichen Voraussetzungen für die landschaftsbezogene Erholung. Dies schließt nicht aus, dass Teilbereiche dem Biotopschutz bzw. -verbund dienen können.
- In die regionalplanerische Abwägung sind im Sinne von Ziel 4.1.1.12 LEP folgende Kriterien bzw. für die Region charakteristische Kulturlandschaftselemente integriert worden:
- Landschaftsbildräume mit Bewertungsstufe „sehr hoch“ bzw. „hoch“ gemäß der Landschaftsbildbewertung Oberlausitz-Niederschlesien (Fachbeitrag zum Landschaftsrahmenplan 2007, Kapitel 2.2.1),
 - Landschaftsschutzgebiete,
 - Naturpark „Zittauer Gebirge“,
 - Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft, Zone III,
 - Landschaftsprägende Gewässer,
 - Slawische Wall- und Wehranlagen (Schanzen) u. a. bedeutende sichtbare archäologische Bodendenkmäler,
 - Felsentäler (Skalen),
 - Geologische Naturdenkmäler,
 - Wald mit besonderer Erholungsfunktion gemäß Waldfunktionenkartierung (nachfolgend Erholungswald)
 - Landschaftsprägende Reliefformen (Höhenrücken und Kuppen einschließlich ihrer Hanglagen),
 - Landschaftsprägende Alleen.
- Bei der Überlagerung verschiedener Kriterien erfolgte grundsätzlich eine Festlegung als Vorranggebiet für den Kulturlandschaftsschutz. Berücksichtigt wurden konkurrierende Belange (z. B. wasserwirtschaftliche Speichernutzung von

Gewässern, Natura 2000-Gebiete), die auch beim Vorhandensein mehrerer Kriterien andere Entscheidungen rechtfertigen (vgl. z. B. an den Talsperren Quitzdorf und Bautzen). Beim Vorhandensein eines der Kriterien wurde das raumordnerische Sicherungsbedürfnis (Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet) unter Berücksichtigung einer regionalen Bedeutung für die Kulturlandschaft einzelfallbezogen geprüft.

Mit der Festlegung der VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz werden folgende Zielrichtungen verfolgt:

- Sicherung und Entwicklung der landschaftstypischen Vielfalt kulturgeprägter und naturnaher Landschaftsausschnitte
- Sicherung und Entwicklung von traditionellen Nutzungsstrukturen der Kulturlandschaft sowie von kultur- und naturhistorischen Zeugen
- Sicherung und Entwicklung von landschaftstypischen Siedlungsstrukturen
- Sicherung und Entwicklung der räumlichen Voraussetzungen für die landschaftsbezogene Erholung
- Vermeiden und Vermindern von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und des Landschaftslebens

Durch die Festlegung als VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz werden bestimmte Nutzungen nicht pauschal ausgeschlossen. Daher wurden teilweise auch Ortslagen in die Ausweisungen integriert, sofern sie eine besondere Bedeutung für das Siedlungs- und Landschaftsbild besitzen. Eine Siedlungsentwicklung, die sich an den o. g. Zielrichtungen orientiert, wird durch diese Ausweisung nicht eingeschränkt. Bei den zukünftigen Entscheidungen über die Zulässigkeit von raumbedeutsamen Vorhaben, Planungen und Maßnahmen sind die überörtlichen Belange des Schutzes der Kulturlandschaft zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Dies beinhaltet, dass die Art und Weise der Nutzung (z. B. Höhe einer baulichen Anlage, Flächengröße, Versiegelung) dem Charakter der Kulturlandschaft angepasst sein muss (Maßstäblichkeit). Bei den großflächig ausgewiesenen VRG für den Kulturlandschaftsschutz können bestimmte Nutzungen nicht komplett ausgeschlossen werden. Dies betrifft vor allem den bundesgesetzlich vorgesehenen flächendeckenden Ausbau der Mobilfunknetze (Versorgungsauftrag) und der Breitbandversorgung (vgl. LEP Ziel 5.3.1). In diesen Fällen sollen mit der nachvollziehbaren Prüfung von Standortalternativen jedoch bereits vorbelastete Räume bevorzugt (z. B. Nähe zu Hochspannungstrassen) sowie eine Mehrfachnutzung von Sendemasten (vgl. LEP Grundsatz 5.3.3) angestrebt werden.

Bei größeren baulichen Vorhaben (z. B. Stallanlagen) kann eine Vereinbarkeit im Einzelfall durch Begrünungsmaßnahmen (Hecken, Baumreihen) zur optischen Abschirmung erreicht werden.

Sofern neben dem Kulturlandschaftsschutz weitere Freiraumfunktionen (z. B. Siedlungsklima, Arten- und Biotopschutz) eine regionale Bedeutung erlangen, wird in erster Linie das multifunktionale Element der regionalen Grünzüge angewendet (siehe Kapitel 5.6 des Regionalplanes). Die Kulturlandschaft ist in diesen Fällen über den regionalen Grünzug mit geschützt.

Kriterien für die Festlegungen

In der Begründung zum Ziel 4.1.1.12 LEP sowie im Kapitel 2.1 Kulturlandschaft und Landschaftsschutz des Anhangs A 1 Landschaftsprogramm des LEP sind die Aspekte der historischen Kulturlandschaft sowie des Landschaftsbildes benannt, die bei den regionalplanerischen Festlegungen einbezogen werden sollen. Regionsspezifisch werden diese Aspekte konkretisiert und für folgende Kriterien angewendet:

Landschaftsbildräume mit sehr hoher bzw. hoher Wertstufe gemäß der Landschaftsbildbewertung Oberlausitz-Niederschlesien

Für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien wurde eine Landschaftsbildbewertung durchgeführt (PLANQUADRAT DRESDEN i. A. des Regionalen Planungsverbandes, 2005) und in den zusammenhängenden Fachbeitrag zum Landschaftsrahmenplan (LRP) integriert (Kapitel 2.2.1 i. V. m. der Karte 2.2.1 des LRP). Im Ergebnis der Bewertung wurden von insgesamt 31 Landschaftsbildräumen fünf in die Bewertungsstufe „sehr hoch“ (Neißetal, Königsbrücker Heide, Königshainer Berge, (Ober)Lausitzer Bergland, Zittauer Gebirge) und zwölf in die Bewertungsstufe „hoch“ (Muskauer Faltenbogen, Binnendünenlandschaft der Muskauer Heide, Laußnitzer Heide, Westliche Heide- und Teichlandschaft, Tal der Kleinen Spree, Östliche Heide- und Teichlandschaft, Tal des Weißen Schöps, Rietschen-Niederspreer Teichgebiet, Ostlausitzer Platten- und Hügelland, Südostlausitzer Hügelland, Löbauer Bucht, Kleines Lausitzer Bergland) eingeordnet. Diese Einstufungen sind wie folgt begründet:

Bewertungsstufe „sehr hoch“

- besonders markante und einzigartige Reliefausformung
- besonders vielfältige Nutzungsmuster
- vorwiegend naturnahe Ausprägung der Landschaftselemente
- sehr harmonische Einbettung der Siedlungen in die Landschaft
- außergewöhnliche Ausstattung an natürlichen und kulturellen Besonderheiten
- sehr geringe negative anthropogene Auswirkungen
- zu einem bedeutenden Teil Schutzgebiet nach Naturschutzrecht

Bewertungsstufe „hoch“

- reizvolle Reliefausprägung, markante Reliefausformung
- vielfältige Nutzungsmuster
- verbreitet naturnahe Ausprägung der Landschaftselemente
- harmonische Einbettung der Siedlungen in die Landschaft
- Vielzahl natürlicher und kultureller Besonderheiten
- geringe negative anthropogene Auswirkungen, wenige Beeinträchtigungen
- große Anteile an Schutzgebieten nach Naturschutzrecht

Diese Landschaftsbildräume werden in der Abwägung zumindest in wesentlichen Teilbereichen als VBG für den Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Die räumliche Konkretisierung erfolgte derart, dass die in der Landschaftsbildbewertung hervorgehobenen „besonders wertgebenden Faktoren“ lokalisiert und auf ihre regionale Bedeutung hin geprüft wurden. Eine Festlegung (auch von Teilräumen) als VRG erfolgt bei Überlagerung mit den weiteren o. g. Kriterien. Für die

Landschaftsbildräume Königsbrücker Heide, Binnendünenlandschaft der Muskauer Heide, Rietschen-Niederspreer Teichgebiet erfolgt wegen der stärkeren Gewichtung der Belange des Arten- und Biotopschutzes, der militärischen Verteidigung und des Bergbaus keine Festlegung für den Kulturlandschaftsschutz.

Landschaftsschutzgebiete

Landschaftsschutzgebiete (LSG) dienen dem Schutz und der Erhaltung der vom Menschen gestalteten Kulturlandschaft mit ihrem Gebietscharakter, Naturhaushalt, Landschaftsbild und Erholungswert. Das raumordnerische Element zu diesen fachgesetzlichen Anforderungen bilden in erster Linie die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Kulturlandschaftsschutz, da diese eng an zwei der für die Festsetzung von LSG relevanten Kriterien angebunden sind (Vielfalt, Eigenart oder Schönheit des Landschaftsbildes, besondere Bedeutung für die Erholung).

LSG werden i. d. R. als Vorbehaltsgebiete Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Im Rahmen von Einzelfallprüfungen erfolgt eine Abwägung mit anderen (konkurrierenden) Belangen (z. B. bereits erfolgte Ausgliederungen aus dem LSG, Qualität oder Seltenheit landesweit bedeutsamer Rohstoffvorkommen). Sofern weitere Kriterien für die LSG oder Teile davon zutreffen, erfolgt i. d. R. eine Festlegung als Vorranggebiet Kulturlandschaftsschutz (z. B. landschaftsprägende Kuppe innerhalb eines LSG).

Über das LSG „Muskauer Parklandschaft und Neißeaue“ hinausgehend, sind für den Umgebungsschutz des Weltkulturerbes „Muskauer Park/Park Mużakowski“ weitere Flächen als Vorranggebiet für den Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Dies ist für das großräumige Erscheinungsbild des Parks und das Freihalten wichtiger Sichtachsen aus dem Park heraus unabdingbar. Grundlage für die regionalplanerische Festlegung bilden die kartografischen Darstellungen in der Karte „Identification of the property“ (Bestimmung des Objektes) des Managementplanes für die Erlangung des Status als Weltkulturerbe (<http://whc.unesco.org/en/list/1127/documents/>). In diesem Managementplan sind die notwendigen Pufferzonen auch außerhalb des Parks dargestellt. Westlich des festgelegten VRG Kulturlandschaftsschutz bis zur Bundesstraße B 115 wird für den weiteren Schutz der Umgebung des Weltkulturerbes ein VBG festgelegt.

Naturpark Zittauer Gebirge

Die Entwicklung eines Naturparks wurde durch das Engagement des (ehemaligen) Landkreises Löbau-Zittau und von zehn Städten und Gemeinden ermöglicht. Er wurde 2007 durch Rechtsverordnung festgesetzt (Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über den Naturpark „Zittauer Gebirge“ vom 4. Dezember 2007) und hat eine Größe von 13.337 ha. Ziele des Naturparks sind die Förderung einer landschaftsbezogenen Erholung und einer nachhaltigen Tourismuswirtschaft bei umweltverträglicher Nutzung der natürlichen Ressourcen. Ein Kriterium für die Festsetzung als Naturpark war, dass das einheitlich zu entwickelnde und zu pflegende Gebiet nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung und Landesplanung für die Erholung oder den Fremdenverkehr vorgesehen ist (§ 20 Abs. 1 Nr. 4 SächsNatSchG i. d. F. der Bekanntmachung vom 3. Juli 2007 (SächsGVBl. S. 321)). Mit der Ausweisung von großen Teilen des Naturparks als Vorranggebiet und weiteren Teilen als Vorbehaltsgebiet für den Kulturlandschaftsschutz wird dem Rechnung getragen. Mit der Festlegung der Gemeinden Jonsdorf und Oybin und der Stadt Seiffhennersdorf als Gemeinden mit der besonderen Gemeindefunktion Tourismus (vgl. Ziel 1.2.2 des Regionalplanes) wird die regionale touristische Bedeutung des Gebietes klargestellt, die an das Vorhandensein von touristischer Infrastruktur (z. B. Übernachtungsmöglichkeiten) gebunden ist. Bei der Stadt Zittau und der Gemeinde Großschönau entspricht eine überörtliche touristische Bedeutung bereits der Festlegung als Mittel- bzw. Grundzentrum.

Für den Naturpark wurde i. A. des Landkreises Görlitz eine „Pflege- und Entwicklungskonzeption (PEK) Naturpark Zittauer Gebirge“ erarbeitet (Abschlussbericht vom Juni 2011) und am 27.6.2011 vom Gemeinsamen Ausschuss des Naturparks beschlossen. Mit der PEK wird der Naturpark in drei Schutzzonen gegliedert. In der Schutzzone I (117 ha) stehen die Ziele des Arten- und Biotopschutzes im Vordergrund; diese wird als VRG für den Arten- und Biotopschutz festgelegt (vgl. Kapitel 5.3 des Regionalplanes). Die Schutzzone II (7.611 ha) soll neben der landwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Nutzung insbesondere der naturverträglichen Erholung dienen. Sie umfasst die Landschaftsschutzgebiete „Zittauer Gebirge“ und „Mandautal“. Die Zone III (4.610 ha) dient der landschaftsverträglichen Siedlungs- und Gewerbeentwicklung sowie der Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus. Sie umfasst die Siedlungsbereiche und angrenzende Gebiete, in denen eine landschaftsverträgliche Entwicklung möglich ist. Die Schutzzone II und überwiegende Teile der Schutzzone III werden als Vorranggebiete für den Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Teile des Olbersdorfer Sees sowie nördlich und nordwestlich landseitig anschließende Bereiche werden auf Grund der bereits bestehenden und weiter auszubauenden touristischen Bedeutung als VRG Erholung (vgl. Kapitel 3.4 des Regionalplanes) festgelegt. Sofern neben den sich aus der PEK ergebenden Schutzzielen regionalplanerisch weitere Belange des Freiraumschutzes zu berücksichtigen sind, wird auf das Instrument der regionalen Grünzüge zurückgegriffen. Dies betrifft vor allem siedlungsklimatisch bedeutsame Bereiche gemäß Ziel 4.1.4.1 LEP (vgl. Kapitel 5.5 des Regionalplanes).

Auf die grenzüberschreitende Bedeutung und Entwicklung des Naturparks i. V. m. dem auf tschechischer Seite angrenzenden Landschaftsschutzgebiet „Lužické Hory“ wird im Ziel 2.2.1 eingegangen.

Von der Festlegung für den Kulturlandschaftsschutz ausgenommen werden die bereits im Abbau befindlichen und als Vorranggebiete Rohstoffabbau festgelegten Teile der Basaltlagerstätte Mittelherwigsdorf (Ba 1), für die ein bergrechtlich zugelassener Rahmenbetriebsplan vorliegt, sowie der Bentonitlagerstätte Mittelherwigsdorf (Be 1) (vgl. auch § 8 Nr. 8 der Naturparkverordnung). Auf Grund der diese Gebiete umgebenden Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete Kulturlandschaftsschutz ist neben einer zeitnah zum Abbau erfolgenden Wiedernutzbarmachung bei der Gestaltung der Oberfläche eine dem Naturpark gerecht werdende landschaftliche Einbindung zu gewährleisten. Die Vorranggebiete für die langfristige Rohstoffsicherung Bentonit Hainewalde (Be 42), östlich Großschönau (Be 43) und Mittelherwigsdorf-Süd (Be 45) werden überlagernd mit dem Vorranggebiet Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Aus regionalplanerischer Sicht kommen sie – auch wegen des gegenwärtig nicht absehbaren Bedarfes für den Abbau dieser landesweit bedeutsamen Lagerstätten – ausschließlich für die langfristige Sicherung in Frage.

Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft

Unter Bezugnahme auf die Kriterien des LEP (vgl. Begründung zum Ziel 4.1.1.12 LEP), auf die Schutzzoneneinteilung gemäß der Verordnung über die Festsetzung des Biosphärenreservates vom 18. Dezember 1997 und auf die Aussagen in den Abschnitten 3.8 „Siedlungsentwicklung“ und 3.9 „Tourismus und Erholungsnutzung“ des Biosphärenreservatsplanes – Teil 2, Rahmenkonzept für Schutz, Pflege und Entwicklung aus dem Jahr 2000 erfolgt für die Schutzzone III die Ausweisung als VRG für den Kulturlandschaftsschutz. In dieser Schutzzone liegen fast alle der im LEP benannten charakteristischen Ausprägungen von VRG bzw. VBG für den Kulturlandschaftsschutz vor. Die Schutzzone III umfasst in erster Linie Siedlungen und siedlungsnahen Freiräume, die durch den Menschen geprägt sind und somit eine besondere kulturlandschaftliche Bedeutung besitzen. Für die Sicherung der räumlichen Voraussetzungen der fachplanerischen Ziele wird die Festlegung als VRG für den Kulturlandschaftsschutz somit gegenüber der Festlegung als VRG oder VBG für den Arten- und Biotopschutz bevorzugt. Mit dem LEP wird die konkretisierende Anwendung der dort benannten Kriterien der Regionalplanung überlassen.

Die Schutzzone III (Entwicklungszone/Harmonische Kulturlandschaft) des Biosphärenreservates mit einer Fläche von ca. 14.950 ha umfasst Gebiete, die durch pflegliche Nutzung eine gebietstypische, harmonische Ganzheit von Natur- und Kulturelementen darstellen. Vorrangige Zielstellung ist hier u. a. die Erhaltung der traditionellen Siedlungs- und Landschaftsstruktur (§ 4 Nr. 3 der Biosphärenreservatsverordnung vom 18. Dezember 1997). Bestandteil der Schutzzone III sind auch die Siedlungen als Schwerpunkte des wirtschaftlichen Handelns. Die notwendige nachhaltige Siedlungsentwicklung in den Dörfern soll dabei maßvoll erfolgen und an landschaftlichen Gegebenheiten, regionaltypischer Baukultur und historisch gewachsenen Eigenarten der Orte orientiert werden (vgl. Biosphärenreservatsplan 2000, Seite 56). Dazu gehört z. B. auch die Erhaltung und Pflege der noch vorhandenen Schrotholzhäuser als Zeugnisse der einst gebietsprägenden Bauweise in diesem Raum. Ebenso soll im Biosphärenreservat eine nachhaltige Tourismus- und Erholungsnutzung unter den Aspekten eines abwechslungsreichen Landschaftsbildes, der Besonderheiten der Ortsbilder und kulturhistorischen Traditionen, des Naturhaushaltes und der Ruhe entwickelt werden.

Landschaftsprägende Gewässer

Gewässer und ihre Umgebung üben bereits durch ihr Vorhandensein eine besondere Anziehungskraft auf Erholungssuchende aus. Eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung kann i. d. R. dann angenommen werden, wenn die Landschaft durch die Anzahl oder die Größe einzelner Gewässer geprägt wird und eine Erreichbarkeit bzw. Zugänglichkeit für die Bevölkerung vorhanden bzw. herstellbar ist. Generell müssen jedoch verschiedene Ansprüche an die Gewässer abgestimmt werden, um entsprechende Prioritäten zu setzen. Nutzungskonflikte zu anderen Raumansprüchen sind bei der landschaftsbezogenen Erholung insbesondere mit den „harten“ Erholungsarten – hier ist nicht die Landschaft an sich Voraussetzung für die Erholung, sondern eher die Flächenverfügbarkeit – und zum Arten- und Biotopschutz – erhebliche Beeinträchtigungen für Natur und Landschaft können vor allem durch eine starke Frequentierung durch Erholung suchende Menschen auftreten – zu erwarten. Die regionalplanerische Trennung zwischen diesen Belangen erfolgt daher durch die Zuordnung der Gebiete zur landschaftsbezogenen Erholung (VRG/VBG für den Kulturlandschaftsschutz), zur „harten“ Erholung (VRG/VBG für Erholung, vgl. Kapitel 3.4) oder für den Arten- und Biotopschutz (VRG/VBG für Arten- und Biotopschutz, vgl. Kapitel 5.3). Um erhebliche Raumnutzungskonflikte nicht in die nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen zu verlagern, wird die mit dem LEP gegebene Option einer Überlagerung i. d. R. nicht angewendet. Weiterhin werden die Erfordernisse des Hochwasserschutzes berücksichtigt (Speicherfunktion von Standgewässern).

Als Vorranggebiete für den Kulturlandschaftsschutz werden im Lausitzer Seenland Teile des Partwitzer Sees und der östliche Bereich des Neuwieser Sees sowie die bereits für die landschaftsbezogene Erholung genutzten bzw. nach der bergbaulichen Sanierung wieder zu nutzenden Bereiche von Knappensee, Silbersee und Halbendorfer See festgelegt. Die zeichnerische Festlegung umfasst die Wasserflächen und teilweise angrenzende Uferbereiche, die für die Zugänglichkeit der Seen von Bedeutung sind (vgl. Grundsatz 2.3.3.12 LEP). Bei den drei letztgenannten Seen war die besondere Bedeutung für die Erholung von Anfang an ein wesentliches Kriterium für die Festsetzung als Landschaftsschutzgebiet. Gleiches gilt für den nördlichen Teil des Deutschbaselitzer Großteiches nordöstlich von Kamenz (VRG) sowie die Talsperren Bautzen und Quitzdorf (VBG für den Kulturlandschaftsschutz wegen der fachplanerisch zugewiesenen wasserwirtschaftlichen Funktion). Für den Arten- und Biotopschutz wertvolle bzw. für die Erholung unzugängliche Teilbereiche (z. B. Stauwurzel Quitzdorf) wurden von der Festlegung ausgenommen und als Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz gesichert.

Schanzen

Als Schanzen werden in Ostsachsen historische Wehranlagen bezeichnet, die als sogenannte Rundwälle oder Abschnittswälle ausgebildet sind. Sie passen sich der jeweiligen Geländesituation an und sind daher stets im Zusammenhang mit den morphologisch-geologischen Gegebenheiten zu betrachten. Den Schanzen kommt eine entscheidende Bedeutung für das geschichtliche und kulturelle Verständnis der Region zu. Die ersten Schanzen wurden bereits in der frühen Eisenzeit vor etwa 3.000 Jahren errichtet (z. B. Sumpfschanze bei Biehla), weitere Schanzen sind der Slawenzeit (8.-10. Jahrhundert) und dem Mittelalter (10.-12. Jahrhundert) zuzuordnen. Für die regionalplanerische Festlegung als VRG/VBG für den Kulturlandschaftsschutz ist relevant, dass die Schanzen in der Landschaft heute noch erkennbar sind und über die unmittelbare Umgebung hinaus das Landschaftsbild prägen. Aus diesem Grund werden die Schanzen bei Ostro (über das LSG hinausgehende Ausweisung eines Puffers als VBG), bei Niethen (Gemeinde Hochkirch) am Kuppritzer Wasser und bei Kopschin (Gemeinde Crostwitz) an der Satkula als Vorranggebiet für den Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Die Coblenzer und die Dobranitzer Schanze (Gemeinde Göda) liegen über der Skala des Leutwitzer Wassers und sind durch den Gödaer Schanzenweg für Wanderer erschlossen. Sie werden in ein größeres VRG für den Kulturlandschaftsschutz integriert, welches die Nedaschützer Skala einschließt.

In ein größeres VRG für den Kulturlandschaftsschutz sind die Kleine und Große Schanze bei Schöps (Stadt Reichenbach/O. L.) und der Burgberg Melaune (Gemeinde Vierkirchen) integriert. Die Biehlaer Sumpfschanze (Gemeinde Schönteichen) wird auf Grund der überwiegenden Belange des Arten- und Biotopschutzes als VRG für den Arten- und Biotopschutz festgelegt.

Felsentäler (Skalen)

Ein für die Planungsregion charakteristisches geomorphologisches Landschaftselement bilden die Felsentäler. Diese von den Flüssen geschaffenen, tief in das Festgestein eingeschnittenen Täler werden in der zentralen Oberlausitz in Anlehnung an die sorbische Bezeichnung für Kluft auch „Skala“ genannt (z. B. Nedaschützer Skala, Gröditzter Skala). Neben der teilweise hohen Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz besitzen einige Felsentäler auch eine überörtliche Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung (z. B. Wandern). Nach Abwägung wird das Gebiet um die Nedaschützer Skala als VRG für den Kulturlandschaftsschutz festgelegt. Dagegen erfolgt bei einer überwiegenden Bedeutung einer Skala für den Arten- und Biotopschutz eine Festlegung als VRG für den Arten- und Biotopschutz (vgl. Kapitel 5.3 des Regionalplanes). Dies betrifft die als NSG festgesetzte Gröditzter Skala, Lausker Skala und Georgewitzer Skala.

Die Nedaschützer Skala ist Bestandteil des 1998 geschaffenen Naturlehrpfades „Schanzenweg Göda“. Das Hoyerswerdaer Schwarzwasser durchbricht hier in einem bis zu 22 m tief eingeschnittenen Tal das granodioritische Grundgebirge.

Weitere markante Felsentäler bzw. Skalen liegen teilweise innerhalb von Landschaftsschutzgebieten oder sind in räumlicher Verbindung zu den Schanzen zu sehen (z. B. Neustädter Skala bei Ostro). Die „Neustädter Skala“ ist ein Durchbruchstal des Klosterwassers und besteht an ihren Hängen aus einem natürlichen Hangwald. Das Klosterwasser hat hier durch Tiefenerosion die beiden typischen Gesteinsarten der Oberlausitz freigelegt, den Lausitzer Granodiorit und die Grauwacke.

Zwischen Liegau-Augustusbad (Stadt Radeberg) und Hermsdorf (Ottendorf-Okrilla) verläuft im Tal der Großen Röder auf einer Länge von ca. 3 km das Seifersdorfer Tal. Das in großen Teilen als Landschaftspark angelegte Seifersdorfer Tal besitzt eine traditionelle und besondere Bedeutung für die Naherholung im Verdichtungsraum Dresden. Die Besonderheit des Seifersdorfer Tales besteht in seinen zum Teil gut erhaltenen, zum Teil nur noch in Resten vorhandenen Denkmälern, Aussichtspunkten, Quelfassungen und ähnlichen baulichen Anlagen. Sie gehören zu einer Landschaftsgestaltung, bei der man die natürliche Umgebung in die Gestaltung einbezog, ohne sie wesentlich zu verändern. Teile des Seifersdorfer Tales sind auf Grund der reichhaltigen Pflanzenwelt als NSG festgesetzt. Regionalplanerisch erfolgt für diesen Bereich die Festlegung als VRG Arten- und Biotopschutz. Damit wird die bisherige Nutzung als Wandergebiet nicht eingeschränkt, da die Belange des Arten- und Biotopschutzes durch die bereits bisher erzielte Besucherlenkung auf vorhandene Wanderwege gesichert sind. Der als LSG festgesetzte Bereich des Seifersdorfer Tales wird als VRG für den Kulturlandschaftsschutz festgelegt.

Geologische Naturdenkmale und weitere schützenswerte Geotope

Der Geotopschutz fungiert als Pendant zum Biotopschutz und soll damit im menschlichen Bewusstsein Geotope parallel zu den Biotopen platzieren. Beim Geotopschutz wird der Schwerpunkt auf den Schutz und die Pflege geologisch wertvoller Landschaftsbestandteile gelegt. Zahlreiche wertvolle Geotope in der Region sind bereits als Geologische Naturdenkmale gesichert. Relevant für die regionalplanerische Festlegung ist jedoch nicht das rein wissenschaftliche Interesse, sondern die Erlebniswirksamkeit der geologischen Objekte. Die ausgewiesenen Bereiche müssen für den Erholungssuchenden als Besonderheit der Landschaft wahrgenommen werden können (z. B. als markanter Felsen). Zum Großteil befinden sich die bedeutenden Geotope bereits innerhalb von großräumigen Schutzgebieten (z. B. LSG) oder auf landschaftsprägenden Kuppen und Höhenrücken, so dass hier nicht explizit auf alle relevanten Objekte eingegangen wird. Eine besondere Bedeutung für die Region besitzt in diesem Kontext der Geopark „Muskauer Faltenbogen“, welcher in seinem Kernbereich als geologische Besonderheit auch unter den Aspekten der landschaftsbezogenen Erholung und der Erhaltung des charakteristischen Reliefs einer Stauchendmoräne als VRG geschützt wird. Darüber hinaus werden der Große Stein bei Spitzkunnersdorf (VRG einschließlich dem blickbedeutsamen Umfeld), der Teufelsstein bei Biehla (Gemeinde Schönteichen) (VBG einschließlich des Steinbruchrestsees Teufelsbruch) und der Miltitzer Frosch bei Nebelschütz als einer der besterhaltenen Rundhöcker der Oberlausitz (VBG einschließlich der Umgebung mit dem (ehemaligen) Speicherbecken Nebelschütz, weiteren markanten Rundhöckern und Kleinstgewässern) festgelegt.

Erholung im Wald

Die Wirkungen des Waldes auf die Erholung und die Gesundheit des Menschen sind unbestritten. Eine besondere Bedeutung für die Erholung erlangt der Wald dabei in der Umgebung von größeren Siedlungen, Kur- und Erholungsorten oder Erholungsräumen im Allgemeinen. Fachplanerisch wird zwischen der gesetzlich vorgegebenen Erholungsfunktion (§ 31 SächsWaldG) und den Waldflächen mit Erholungswirkungen ohne gesetzlichen Schutz unterschieden. Erholungswälder gemäß § 31 SächsWaldG bestehen in der Region zum Zeitpunkt der Planerstellung noch nicht. Regionalplanerisch wäre diese Differenzierung auch unerheblich. Daher wurden die in der Waldfunktionenkartierung ausgewiesenen Wälder mit besonderer Erholungsfunktion in der Intensitätsstufe I (mehr als 10 Besucher/ha und Tag) berücksichtigt.

Überlagert sich ein Erholungswald mit einem oder mehreren anderen Kriterien für den Kulturlandschaftsschutz (siehe oben) erfolgt i. d. R. eine Festlegung als Vorranggebiet. Weiterhin wurden Erholungswälder in der Umgebung größerer Städte und des Verdichtungsraumes Dresden (z. B. in der Laußnitzer Heide) berücksichtigt. Für die weiteren Erholungswälder erfolgte eine einzelfallbezogene Prüfung. Der Wald ist in diesen Fällen Grundlage und Bestandteil des Landschaftsbildes und somit der regionalplanerischen Festlegung. Dies ist bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten bzw. zu berücksichtigen. Dessen ungeachtet stehen der Bau, die Errichtung und die Unterhaltung von Wegen, Bänken, Schutzhütten und ähnlichen Anlagen nicht im Widerspruch zur regionalplanerischen Festlegung, da erst damit die Zugänglichkeit und Erlebbarkeit der Erholungswälder gesichert wird.

Alleen sowie landschaftsprägende Reliefformen

Auf die angewendeten Kriterien „Allee“ und weitere „landschaftsprägende Reliefformen“ wird in den Begründungen zu den Zielen 5.2.4 und 5.2.5 des Regionalplanes eingegangen.

Neben der besonderen landschaftsprägenden Wirkung der festgelegten Gebiete besitzen fast alle dieser Bereiche auch eine besondere Bedeutung für die landschaftsbezogene Erholung. Von der landschaftsbezogenen Erholung gehen vorwiegend aktivitätsbezogene Wirkungen aus. Bauliche Anlagen sind dagegen kaum erforderlich. „Landschaftsbezogene Erholungsformen sind auf „schöne“ (v.a. naturnahe und vielfältige) Landschaften angewiesen und ermöglichen ein positives Landschaftserlebnis, worin Synergieeffekte zwischen Naturschutz und Erholung begründet sind. ... Typische Nutzungen sind hier Erholungsformen wie Wandern, Radfahren, Baden, teils Wassersport und Freizeitwohnen.“ (GFN – Gesellschaft für Freilandökologie und Naturschutzplanung i. A. des Bundesamtes für Naturschutz: Nachhaltige Erholungsnutzung und Tourismus in Bergbaufolgelandschaften – Grundlagenband Bonn – Bad Godesberg 2002, S. 37, 165). Als landschaftsbezogene Erholung wird im Sinne dieses Planes die Erholung in der freien Landschaft bezeichnet, die unmittelbar in der von Natur geprägten Umwelt bzw. offenen Landschaft angesiedelt ist. Hierzu gehören u. a. Lauf- und Wandersportarten, Radfahren, Skifahren, Reiten (Wanderreiten), Klettern, motorloser Bootsverkehr und Wassersport (Segeln, Surfen, Paddeln, Tauchen). Die Fahrgastschiffahrt im Lausitzer Seenland wird, obwohl sie motorbetrieben erfolgt, der landschaftsbezogenen Erholung zugerechnet, da hier das Landschaftserleben im Vordergrund steht. Auch der nichtgewerbliche Fischfang (Angelsport) zählt zur landschaftsbezogenen Erholung und wurde bei der Festlegung von Gewässern als VRG/VBG für den Kulturlandschaftsschutz entsprechend berücksichtigt. Weitere Erläuterungen sind in Tabelle 5.2.1 enthalten.

Wichtig ist besonders, dass die zeichnerisch festgelegten Bereiche für die landschaftsbezogene Erholung öffentlich zugänglich sind bzw. gemacht werden (äußere und innere Erschließung). Die im Ziel 5.2.3 bezeichnete „angemessene Erschließung“ beinhaltet dabei z. B. die eng mit dem Wandern verbunden spezifischen Einrichtungen wie Wanderwege, Schutzhütten, Rast- und Wanderparkplätze, Aussichtspunkte, Sitzgelegenheiten und Ausschilderungen. Beim Radfahren sind dies insbesondere Radwege, Schutzhütten, Rastplätze und Fahrradausleihstationen. Für die wassergebundene landschaftsbezogene Erholung umfasst die Erschließung z. B. kleinere Liegeplatzanlagen wie Bootstege, Booteinlassstellen, Badestellen einschließlich sanitärer Einrichtungen. Auf den Grundsatz 4.1.1.13 LEP wird verwiesen.

Landschaftsbezogene Erholung	Beispiel	Festlegungskonforme Umsetzung	Nutzungskonflikt durch
nicht wassergebunden	Teile des Zittauer Gebirges	<ul style="list-style-type: none"> - Konzepte zur Besucher- und Verkehrslenkung - Sicherung und Ausbau des touristischen Wegenetzes (Wanderwege, Radwege, Reitwege, Skilopen, Skatewege) - Schutzhütten - Klettersteige - Lehrpfade mit Beschilderung - Aussichtspunkte und -türme 	<ul style="list-style-type: none"> - Hotels und größere Ferienanlagen (im Sinne von G 2.3.3.6 LEP) außerhalb der Ortslagen - großflächige Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen (im Sinne von G 2.3.3.11 LEP)
wassergebunden (wasserseitig)	Teile des Partwitzer Sees	<ul style="list-style-type: none"> - Motorloser Bootsverkehr (z. B. Paddeln, Segeln) - Fahrgastschiffahrt - Baden, Surfen, Angeln, Tauchen 	<ul style="list-style-type: none"> - Motorbootsport - Wassersportleistungszentren - Wasserlandeplätze - Wohnen und Ferienhäuser auf dem Wasser
wassergebunden (landseitig)	Östlicher Uferbereich Knappensee	<ul style="list-style-type: none"> - Badestelle, bewirtschafteter Strand (nach Abschluss der Sanierung) - kleinere Infrastrukturanlagen und bauliche Anlagen (z. B. Anlegestellen für motorlose Boote und Fahrgastschiffe, Vereinshäuser, Tauchbasen) - Aussichtspunkte und -türme, - Camping- und Zeltplätze - Radwege, Skatewege u. ä. 	<ul style="list-style-type: none"> - Hotels und größere Ferienanlagen (im Sinne von G 2.3.3.6 LEP) außerhalb der Ortslagen - Marinas (Hafenanlagen für Sportboote) - großflächige Freizeiteinrichtungen und Sportanlagen (im Sinne von G 2.3.3.11 LEP) - Nutzungen, die eine freie Zugänglichkeit der Uferbereiche verhindern oder beeinträchtigen

Tabelle 5.2-1: Erläuterung zu möglichen Nutzungen und Nutzungskonflikten innerhalb der VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz

Bezüglich möglicher Maßnahmen zur Vermeidung von Konflikten zwischen bestimmten Erholungsnutzungen und dem Natur- und Landschaftsschutz wird auf die Broschüre des Kuratoriums Sport & Natur e.V. „Natura 2000 und Sport – Handreichung zur erfolgreichen Kompromissfindung und Managementplanung in empfindlichen Lebensräumen“ verwiesen. Die dort im Abschnitt 6 Maßnahmen und Instrumente beschriebenen Konfliktlösungen sind nicht nur innerhalb von Natura 2000-Gebieten, sondern auch in anderen empfindlichen Landschaften anwendbar (<http://www.kuratorium-sport-natur.de/app/download/5794006235/Natura+2000+und+Sport+%282012%29.pdf>). Bei Berücksichtigung dieser Handreichung können erhebliche Konflikte zwischen beiden Belangen weitgehend ausge-

geschlossen werden. Ein besonderes Augenmerk sollte auf die Lenkung einzelner Wassersportaktivitäten gerichtet werden. Dazu zählt insbesondere die Verkehrslenkung von Booten auf den Seen. Deren Nutzung wird durch die Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Kulturlandschaftsschutz weder ausgeschlossen noch uneingeschränkt zulässig gemacht. Eine besondere Bedeutung für die Konfliktregelung kommt daher den Schiffbarkeitserklärungen nach § 17 SächsWG zu. Auf Anlage 2 zum SächsWG „Verzeichnis der schiffbaren Gewässer“ wird verwiesen. Mit der wasserrechtlichen Feststellung der Fertigstellung des Gewässers ist anzuordnen, ob und welche Gewässerteile dauerhaft von der Nutzung mit Wasserfahrzeugen ausgeschlossen sind, im Übrigen können von der Anlage 2 Nr. 2 Spalte 4 im Einzelfall abweichende Regelungen getroffen werden (§ 17 Abs. 2 Satz 2 SächsWG). Auch Ziele der Raumordnung können zu einem Ausschluss oder zu Beschränkungen für bestimmte Wasserfahrzeuge (z. B. motorbetriebene) führen. Lärmkonflikte können z. B. durch den Einsatz von Elektromotoren verringert werden.

Da die zeichnerisch festgelegten Gebiete häufig großflächig sind, kommt den in nachfolgenden Planungs- und Genehmigungsebenen erfolgenden räumlichen und sachlichen Konkretisierungen eine besondere Bedeutung zu. Regionalplanerisch wird daher nicht festgelegt, an welcher konkreten Stelle innerhalb der VRG/VBG bestimmte landschaftsbezogene Erholungsnutzungen erfolgen sollen. Durch hohe Besucherfrequentierungen oder spezielle Nutzungsformen können in den Gebieten bzw. Teilbereichen davon erhebliche Belastungen des Naturhaushaltes (z. B. Überlastung, Lärm) nicht ausgeschlossen werden. Damit kann im Extremfall verbunden sein, dass die landschaftlichen Voraussetzungen, welche die Begründung für die regionalplanerische Festlegung bilden, nachhaltig beeinträchtigt werden. Eine sachliche Konkretisierung soll beispielsweise durch Nutzungskonzepte bzw. Konzepte zur Verkehrslenkung erfolgen und darin auch Festlegungen vorgenommen werden, die gewährleisten, dass sich die verschiedenen Erholungsarten nicht gegenseitig stören. Eine besondere Bedeutung erhalten diese Konzepte in den in der Entwicklung befindlichen Gebieten zur landschaftsbezogenen Erholung (z. B. Lausitzer Seenland, Naturpark Zittauer Gebirge). Für den Naturpark Zittauer Gebirge liegt eine entsprechende Pflege- und Entwicklungskonzeption vor. Für Teile des Lausitzer Seenlandes wird angeregt, ein konkretisierendes Nutzungskonzept nach Abschluss der Fortschreibung des REK zu erstellen. Insbesondere in den Bereichen mit Altbergbau (z. B. Altbergbaug Gebiet Trebendorfer Felder) sind hinsichtlich der gegenwärtig teilweise nur eingeschränkten Nutzbarkeit zudem die entsprechenden Ziele der Sanierungsrahmenpläne (Sanierungsziele) bzw. die Regelungen der Sächsischen Hohlraumverordnung zu beachten.

In den Bereichen, die gleichzeitig aus Sicht des Arten- und Biotopschutzes eine herausragende Bedeutung erlangen (z. B. NSG, FFH-Gebiete), erfolgte einzelfallbezogen eine entsprechende Festlegung als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet für den Arten- und Biotopschutz. Ein Widerspruch zur Erhaltung des Landschaftsbildes entsteht dadurch nicht. Die landschaftsbezogene Erholung muss jedoch in diesen Fällen mit den vorrangigen Belangen des Arten- und Biotopschutzes vereinbar bleiben bzw. werden. Auch dafür sind vor allem Konzepte zur Besucherlenkung geeignet. „Teilbereiche mit wertvoller Naturlandschaft“ (vgl. Ziel 5.2.3, Satz 2), die z. B. maßstabsbedingt nicht aus den großflächigen VRG/VBG für den Kulturlandschaftsschutz herausgetrennt werden können, umfassen z. B. nach dem SächsNatSchG geschützte Biotope, in den Managementplänen für die Natura 2000-Gebiete erfasste Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie oder Artenvorkommen nach Anhang II der FFH-Richtlinie. Im Rahmen der konkreten Planungen bzw. der projektbezogenen Genehmigungsverfahren können sich hier teilräumliche Einschränkungen der regionalplanerischen Festlegung ergeben, welche jedoch die raumplanerischen Festlegungen an sich nicht in Frage stellen.

Aus allen diesen Gründen kommt einer räumlichen und sachlichen Konkretisierung der ausgewiesenen Gebiete vor allem im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung eine besondere Rolle zu. Dies betrifft in erster Linie die Gebiete, in welchen sich die landschaftsbezogene Erholung in der Entwicklung befindet (z. B. Lausitzer Seenland). Die betreffenden Gemeinden sind daher angehalten, ihre verbindlichen räumlichen Planungen (Landschaftsplan, FNP, Bebauungspläne) anhand der regionalplanerisch gesetzten Rahmenbedingungen auszurichten, entsprechende konfliktvermeidende Feinplanungen vorzunehmen (z. B. durch Trennung von wassersportlich intensiver genutzten Bereichen von ruhigen Gewässernutzungen). Gleiches gilt auch bei der Planung konkreter Streckenführungen von Wegen, den Standorten von Rastplätzen, Schutzhütten u. ä.

Eine besondere Bedeutung erlangt die Konkretisierung der festgelegten Vorranggebiete für den Kulturlandschaftsschutz im Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft. Biosphärenreservate schützen, im Gegensatz zu einem Nationalpark, gewachsene Kulturlandschaften und sollen Modellregionen für nachhaltige Wirtschaftsstrukturen sein. Die Erhaltung des hochwertigen Landschaftsbildes und eine damit verbundene touristische Nutzung im Sinne einer landschaftsbezogenen Erholung, die sich an vorhandenen Landschaftsstrukturen orientiert, stellen dabei eine sinnvolle Ergänzung des nachhaltigen Wirtschaftsgefüges dar. Das Landschaftsbild ist somit notwendige Voraussetzung für die landschaftsbezogene Erholung. In diesem Großschutzgebiet haben sich darüber hinaus alle Planungen und Maßnahmen im Sinne der im Ziel formulierten „angemessenen Erschließung“ für die landschaftsbezogene Erholung im besonderen Maße an der Kapazitätsgrenze des jeweiligen Raumes zu orientieren. Eine Übernutzung muss in jedem Fall zu vermeiden werden. Die fachplanerischen Schutzziele, welche in den Planungsdokumenten des Biosphärenreservates formuliert sind (Biosphärenreservatsplan, Konzeption zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Entwicklungszone, Konzeption zur Tourismus- und Erholungsnutzung, Konzeption zur Verkehrslenkung) sind bei allen Planungen und Maßnahmen ausreichend zu berücksichtigen. Dort, wo eine landschaftsbezogene Erholungsnutzung erfolgen soll, ist diese mit dem Ziel der Beeinträchtigungsminimierung zu lenken.

Atypische Fälle, die ein (auch zeitlich befristetes) Abweichen von der mit dem Ziel 5.2.3 vorgesehenen angemessenen Erschließung ermöglichen, sind insbesondere im Lausitzer Seenland Bereiche mit bestehenden Gefährdungen, die im Rahmen der Sanierungstätigkeiten noch nicht beseitigt wurden (geotechnische Sperrbereiche). Weiterhin sind im Wald Einschränkungen für das Betreten und Befahren aus Bewirtschaftungsgründen denkbar.

zu Z 5.2.4

Die Festlegung von Alleen als Vorranggebiet für den Kulturlandschaftsschutz konkretisiert das Ziel 4.1.1.12 LEP i. V. m. dem Ziel 4.1.1.14 LEP. Da das Ziel 4.1.1.14 LEP nicht für Maßnahmen der Funktionssicherung an Anlagen des technischen Hochwasserschutzes gilt, werden gewässerbegleitende Alleen nicht in die Festlegung einbezogen.

Alleen sind ein wesentlicher Bestandteil von historischen Kulturlandschaften und prägen auch heute noch, wenn auch in geringerem Maße als noch vor einigen Jahrzehnten, das Landschaftsbild entlang von Straßen und Wegen. Als Alleen

werden beidseitig von Straßen und Wegen stehende Baumreihen bezeichnet. Die Bäume sollten in regelmäßigen Abständen zueinander sowie im gleichmäßigen Abstand vom Wegrand stehen und überwiegend gleichaltrig sein (geobild gbr: Abschlussbericht – Ermittlung, Beschreibung und Darstellung der historischen Kulturlandschaftselemente in Sachsen [im Auftrag des SMUL durchgeführt]. 2004). Alleen wurden in der Vergangenheit vor allem durch die Vergrößerung von Ackerschlägen beseitigt. Aktuelle Gefährdungen treten vor allem durch den Straßenausbau und unsachgemäße Pflegearbeiten (z. B. bei der Randstreifenmäh und den daraus folgenden Verletzungen im Stamm- und Wurzelbereich der Bäume) sowie beim Einsatz von Streusalz im Winterdienst auf. Gerade im Hinblick auf das Unfallgeschehen an stark befahrenen Straßen mit Alleencharakter sind häufig Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit erforderlich, die in einigen Fällen zu Lasten der Alleen erfolgten, ohne ausreichend Alternativen zu prüfen. An den als VRG für den Kulturlandschaftsschutz festgelegten Alleen sind bei entsprechender Gefährdung passive Schutzzeineinrichtungen (Leitplanken) u. ä. vorzusehen. Eine Entfernung des Baumbestandes (auch partiell) nur aus Gründen der Verkehrssicherheit wäre mit dem Ziel der Raumordnung nicht vereinbar. In diesen Fällen ist auf das gelungene Beispiel der Erhaltung einer landschaftsprägenden Allee im Rahmen des Ausbaus der S 95 zwischen Oßling und Wittichenau zu verweisen.

In der Planungsregion sind noch immer zahlreiche Alleen vorhanden, die eine regionale Bedeutung für die Kulturlandschaft besitzen. Eine Grundlage für die Festlegung im Regionalplan bildet die im Auftrag des SMUL durchgeführte Erfassung von historischen Kulturlandschaftselementen im Freistaat Sachsen (geobild gbr 2004). Als Kriterien für eine regionale Bedeutung wurde die Länge einer relativ durchgängigen Allee (Schwellenwert ca. 1.000 m) und die besondere Schönheit (z. B. durch das Alter des vorherrschenden Baumbestandes oder ein geschlossenes Kronendach) herangezogen. Ausschlaggebend ist das Vorhandensein beider Kriterien. Festgelegt werden die Lindenallee bei Großhennersdorf (diese fast 300 Jahre alte Allee wird trotz der Länge von „nur“ ca. 800 m wegen ihrer besonderen landschaftsprägenden und denkmalpflegerischen Bedeutung festgelegt), die Lindenallee zwischen Berthelsdorf und Herrnhut, die Lindenallee östlich Lauske/Weißenberg (mit 2,8 Kilometern Länge die längste Lindenallee des Freistaates Sachsen), die Eichenalleen an der B 96 zwischen Wartha und Groß Särchen sowie zwischen Groß Särchen und Maukendorf, die Laubbaumallee an der B 97 zwischen Laußnitz und Ottendorf-Okrilla, die Laubbaumallee entlang der alten S 95 zwischen Wittichenau und Oßling (jetzt radwegbegleitend) die Eichenallee von Deutsch-Paulsdorf/Markersdorf zu den Seehäusern (S 111) und die Kirschallee in Jauernick-Buschbach/Markersdorf.

Einige Alleen erfüllen die o. g. Kriterien für eine Ausweisung, sind jedoch bereits auf Grund anderer Kriterien dieses Plankapitels als Vorranggebiet für den Kulturlandschaftsschutz oder den Arten- und Biotopschutz festgelegt (vgl. Begründung zu den Zielen 5.3.1 und 5.3.2 bzw. zur RNK). Dies betrifft folgende Alleen innerhalb des Biosphärenreservates Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft: Eichen- und Lindenallee an der S 121 zwischen Kreba-Neudorf und Klitten, Kastanienallee an der K 7216 zwischen Commerau und Kauppa, Eichenallee an der K 8473 zwischen Uhyst und Mönau, Lindenallee am Ostrand der Teichgruppe Kolbitz (Gemeinde Lohsa). Für diese Alleen gilt Ziel 5.2.4 ebenfalls.

Sofern (Einzel-)Bäume in den ausgewiesenen Alleen auf Grund ihres schlechten Zustandes entfernt werden müssen, soll insbesondere bei den in diesem Plan festgelegten Alleen eine Ersatzpflanzung am Standort erfolgen. Grundsätze für das Nachpflanzen und die Neuanlage von Alleen sind in der Broschüre des SMWA „Alleen und Straßenbau“ enthalten (Heft 13 der Schriftenreihe der Sächsischen Straßenbauverwaltung, 2001).

zu Z 5.2.5

Landschaftsprägende Reliefformen besitzen einen hohen landschaftsästhetischen Wert für die Einwohner der Region und für jeden Erholungssuchenden. Zu den landschaftsprägenden Reliefformen zählen Kuppen, Höhenrücken, Felsentäler (Skalen) und in seiner Gesamtheit der Muskauer Faltenbogen.

Zu jeder Kuppe bzw. zu jedem Höhenrücken gehören Hanglagen, die die landschaftsbildprägende Wirkung durch ihre Gestalt, vor allem durch die Hangneigung und durch den Bewuchs oder sonstige Ausprägungen entscheidend bestimmen. Auch die Felsentäler (Skalen) sind zu den Besonderheiten des Reliefs in der Planungsregion zu zählen (siehe oben, Begründung zum Kapitel 5.2, Abschnitt RNK). Gerade diese Aspekte dienen der Ausbildung eines Heimatgefühls und der kulturlandschaftlichen Identität.

Die Höhenrücken und Kuppen wurden als landschaftsprägende Reliefform differenziert für einzelne Naturräume der Planungsregion ermittelt. Als allgemeine Kriterien wurden dafür die Gestalt, die Reliefenergie, eine deutliche und markante Erhebung gegenüber ihrer Umgebung, Sichtbeziehungen zur Kuppe bzw. zum Höhenrücken bzw. zwischen ihnen, die Bedeutung für die Erholung (z. B. Wanderwege), bestehende oder konkurrierende Nutzungsansprüche (z. B. Rohstoffsicherung) sowie ihre allgemeine Bedeutung für das Landschaftsbild herangezogen. Für die Festlegung wurde in der Planungsregion auch der naturräumliche Übergang vom Tiefland über das Mittelgebirgsvorland zum Mittelgebirge in einer Nord-Süd-Ausdehnung von nur ca. 80 km berücksichtigt, so dass auch für das Tiefland und das Mittelgebirgsvorland (z. B. Oberlausitzer Gefilde) entsprechende charakteristische Reliefelemente aufgenommen wurden.

In der Landschaftsregion Tiefland mit einem flachwelligen Relief sind Erhebungen, die ihre Umgebung i. d. R. um mindestens 30 m überragen, als markante Reliefformen wahrnehmbar und deshalb ausgewiesen. Neben einzelnen markanten Grundgebirgsauftragungen (z. B. Hohe Dubrau 308 m üNN, Vorderer und Hinterer Buchberg bei Laußnitz 245 bzw. 254 m üNN, Windmühlenberg bei Weißig/Oßling 188 m üNN) werden auch die in den 1930er Jahren errichtete, weithin sichtbare Tagebauhalde nördlich des Knappensees (Außenhalde Maukendorf, 159 m üNN) und die Hochkuppe Nardt mit ihren ca. 70 Jahre alten Laubmischwaldbeständen (141 m üNN) als anthropogen geschaffene Erhebungen des Braunkohlenbergbaus berücksichtigt. Sie gehören auf Grund ihres Alters nunmehr zum Landschaftsbild. Darüber hinaus wird als nördlichster Ausläufer des tertiären Vulkanismus in Ostsachsen der Schaffberg mit der Preussenkuppe bei Baruth (Basalt) als markante Reliefform (198 m üNN) festgelegt. Der unbewaldete Heideberg bei Kodersdorf (250 m üNN) prägt die Landschaft im Vorland der Königshainer Berge.

Der Muskauer Faltenbogen stellt in seiner Gesamtheit eine geomorphologische Besonderheit in der Landschaftsregion Tiefland dar. Die Reliefunterschiede sind auch wegen des überwiegenden Waldbestandes von außerhalb nicht so deutlich wahrnehmbar. Als landschaftsprägend gilt das abwechslungsreiche Relief des Muskauer Faltenbogens mit seinen parallel verlaufenden Rücken und teilweise wassergefüllten Längstälern (Gieser). Eine besondere kulturlandschaftliche

Prägung erhielt der Muskauer Faltenbogen durch den Bergbau in zahlreichen Braunkohle-, Glassand und Tongruben, die häufig wassergefüllte schmale Restlöcher hinterlassen haben.

Im Oberlausitzer Gefilde, dem welligen Lößhügelland der Landschaftsregion Hügelland mit durchschnittlichen Höhen von 200-250 m üNN gelten die Kuppen des Wohlaer Berges (346 m üNN) und des Strohmberges (264 m üNN) als markante und landschaftsprägende Reliefform, da sie ihre Umgebung um 70 bis 100 m überragen. Die Nedaschützer Skala wird als landschaftsprägendes Felsental in die Festlegung integriert.

Für die östliche Oberlausitz werden auf Grund der landschaftlichen und geologischen Vielfalt mit zahlreichen Basalt-, Phonolith- und Granitvorkommen landschaftsprägende Kuppen berücksichtigt, die sich von ihrer Umgebung in der Regel um mehr als 100 Höhenmeter unterscheiden und eine markante Form (z. B. als Basaltkegel oder Basaltdeckenrest) aufweisen. Die landschaftsprägenden Kuppen und Höhenrücken sind in der Regel > 400 m üNN bis > 500 m üNN hoch und sind häufig Phonolith- oder Basaltberge, die sich deutlich von den umgebenden Becken und Hochflächen hervorheben. Die Königshainer Berge gelten umgangssprachlich als kleinstes Mittelgebirge Deutschlands und werden in ihrer Gesamterscheinung (unter Ausklammerung des NSG Hochstein, das als VRG für den Arten- und Biotopschutz festgelegt ist) als landschaftsprägende Reliefform berücksichtigt.

Im Westlausitzer Hügel- und Bergland konzentrieren sich die Festlegungen ebenfalls auf Kuppen oder Höhenzüge, die ihre Umgebung in der Regel um mehr als 100 m überragen bzw. Höhenrücken von über 350 bis 400 m üNN darstellen. Die festgelegten Höhenrücken (z. B. Keulenberg, Wahlberg-Wüsteberg, Schleißberg) bilden die nordwestlich vorgelagerten Erhebungen des Oberlausitzer Berglandes. Der östliche Hangbereich des Ohorner Steinberges ist bereits durch den in Betrieb befindlichen Steinbruch geprägt. Die raumordnerische Festlegung als Vorranggebiet für den Kulturlandschaftsschutz dient dem Schutz der Kammlinie des Berges vor einer bergbaulichen Inanspruchnahme. Diese Kammlinie stellt eine bedeutende Landmarke am Ostrand des Nordwestlausitzer Berglandes dar. Wagenberg (261 m üNN) und Scheibischer Berg (210 m üNN) prägen die Landschaft im Übergangsbereich zum Tiefland bzw. zum Tal der Pulsnitz.

Im Oberlausitzer Bergland, welches durch drei von Ost nach West parallel verlaufende Bergketten gekennzeichnet ist, werden vor allem die aus Grandodiorit bestehenden Höhenrücken berücksichtigt, deren höchste Gipfellagen zwischen 450 und knapp 600 m üNN gelegen sind. Durch die zwischen den Bergketten tief eingeschnittenen Täler (Höhenunterschiede zwischen 100 m und teilweise mehr als 200 m) und die relativ hohe Reliefenergie am Nordrand (Übergangsbereich zum Oberlausitzer Gefilde mit 200 bis 300 m Höhenunterschied auf weniger als 5 km Entfernung) erscheinen die Höhenrücken als markante Bergrücken von z. T. mehreren Kilometern Länge. Lediglich der Kottmar (583 m üNN) am östlichen Rand dieses Naturraumes ist ein markanter phonolithischer Einzelberg (Tertiärvulkanismus).

Das Zittauer Gebirge gilt auf Grund seiner geologischen und morphologischen Besonderheit in der Region insgesamt als landschaftsprägende Reliefform. Bei der Abgrenzung des VRG Kulturlandschaftsschutz werden die als Schutzzone I festgesetzten Bereiche im Naturpark Zittauer Gebirge ausgeklammert.

Der raumordnerische Schutz von ausgewählten Reliefformen einschließlich ihrer Hanglagen als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet für den Kulturlandschaftsschutz sichert die Erhaltung der hohen Erlebniswirksamkeit der betreffenden Landschaftsräume. Sie sind Zeugen der Landschaftsentwicklung und zählen zum Naturerbe der Planungsregion.

Gefährdungen des charakteristischen Landschaftsbildes entstehen durch Bebauungen im Sinne einer Besiedlung und/oder durch die Errichtung einzelner überdimensionierter baulicher Anlagen vor allem in den Sichtachsen von den Aussichtspunkten bzw. im unmittelbaren Umfeld der festgelegten Reliefform. Ebenso können gravierende Änderungen der Bodennutzung und Abgrabungen die charakteristische Ausprägung der Reliefformen störend beeinträchtigen. Diese Nutzungen widersprechen dem hier festgelegten raumordnerischen Schutz der Kulturlandschaft.

In der Regel werden die als Vorranggebiete für den Kulturlandschaftsschutz festgelegten Reliefformen von Vorbehaltsgebieten umgeben, welche als Pufferzone dienen.

5.3 Arten- und Biotopschutz, großräumig übergreifender Biotopverbund

- Begriff:** Der großräumig übergreifende Biotopverbund im Sinne dieses Planes ist ein durch Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Arten- und Biotopschutz, weitere Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zur Sicherung ökologischer Funktionen und Nutzungen im Freiraum sowie naturnahe Fließgewässerabschnitte, regionale Grünzüge und Grünzäsuren räumlich gesichertes, funktional zusammenhängendes Netz von Freiräumen. In den großräumig übergreifenden Biotopverbund werden regional bedeutsame Vogelzugachsen und Fledermauszugkorridore und geeignete strukturierungsbedürftige Agrarfluren integriert. Der regionalplanerisch gesicherte großräumig übergreifende Biotopverbund besteht aus Kernflächen und Verbindungsflächen.
- Karte:** Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Arten- und Biotopschutz sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Die naturnahen Fließgewässerabschnitte im Sinne von LEP Ziel 4.1.1.3 sind in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ festgelegt. Der großräumig übergreifende Biotopverbund wird erst im Entwurf nach § 6 Abs. 2 SächsLPlG in der Karte „Großräumig übergreifender Biotopverbund und regionale Grünzüge“ dargestellt und als solcher gekennzeichnet.
- Z 5.3.1** **Die Vorranggebiete Arten- und Biotopschutz und die naturnahen Fließgewässerabschnitte einschließlich ihrer Ufer- und Auenbereiche sind als Kernflächen des großräumig übergreifenden Biotopverbundes zu erhalten und zu entwickeln.**
- G 5.3.2** **Die Vorbehaltsgebiete Arten- und Biotopschutz sollen gemeinsam mit den in den großräumig übergreifenden Biotopverbund einbezogenen regionalen Grünzügen und Grünzäsuren, Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zum Schutz des vorhandenen Waldes, den Überschwemmungsbereichen (Retentionsraum) sowie den strukturierungsbedürftigen Agrarfluren so erhalten und entwickelt werden, dass sie als Verbindungsflächen im großräumig übergreifenden Biotopverbund wirksam sind.**
- G 5.3.3** **Das vorhandene Netz wertvoller Biotope soll erhalten und verdichtet werden. Zur Gewährleistung und Ergänzung des großräumig übergreifenden Biotopverbundes sollen insbesondere die landschaftstypischen Gehölzbestände entlang von Wegen und Gewässern, naturnahe Fließ- und Stillgewässer, unzerschnittene, naturnahe Waldbereiche, Hecken, Feldgehölze und Feldraine, extensiv genutzte landwirtschaftliche Nutzflächen, Feucht- und Nasswiesen, Streuobstwiesen und andere ökologisch wertvolle Lebensräume erhalten oder wiederhergestellt werden.**
- Z 5.3.4** **Die in den großräumig übergreifenden Biotopverbund integrierten regional bedeutsamen Vogelzugachsen und Fledermauszugkorridore sind als Verbindungselemente für die räumliche und funktionale Vernetzung avifaunistisch bedeutender Lebensräume zu erhalten.**
- Z 5.3.5** **Die im Raum Weißenberg, Hochkirch und Kittlitz festgelegten und in den großräumig übergreifenden Biotopverbund integrierten Vorranggebiete Landwirtschaft sind so zu erhalten, dass sie ihrer Funktion als Kern bzw. Verbindungsfläche des Biotopverbundes (avifaunistisch wertvolle Bereiche des Agrarraumes) gerecht werden können.**
- Z 5.3.6** **Für das innerhalb des Vorranggebietes Verteidigung festgelegte Vorranggebiet Arten- und Biotopschutz sollen im Falle einer Aufgabe der militärischen Nutzung die räumlichen Voraussetzungen für eine naturschutzrechtliche Sicherung geschaffen werden. Bis zu diesem Zeitpunkt gelten die Belange der militärischen Verteidigung als vorrangig. Bei einer räumlichen und sachlichen Konkretisierung im Rahmen der naturschutzrechtlichen Sicherung sind notwendige Siedlungs- und Infrastrukturerfordernisse zu berücksichtigen.**

Begründung zu 5.3 Arten- und Biotopschutz, großräumig übergreifender Biotopverbund

zu Z 5.3.1/G. 5.3.2 und Karte „Großräumig übergreifender Biotopverbund und regionale Grünzüge“ (noch nicht beigelegt)

Die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Arten- und Biotopschutz im Regionalplan erfolgt unter Berücksichtigung der in Betracht zu ziehenden Kriterien gemäß der Begründung zum LEP Ziel 4.1.1.16 und auf fachlicher Grundlage der Gebietskulisse für die Ausweisung des großräumig übergreifenden Biotopverbundes (LEP Karte 7). Die in der Karte 7 des LEP dargestellten Kern- und Verbindungsbereiche bilden eine Suchraumkulisse für den Regionalplan, in dem nach Abwägung Kern- und Verbindungsflächen konkret festgelegt werden. Die Kernflächen des großräumig übergreifenden Biotopverbundes beinhalten alle VRG für den Arten- und Biotopschutz. Darüber hinaus werden

die in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ festgelegten naturnahen Fließgewässerabschnitte im Sinne von LEP Ziel 4.1.1.3 sowie große Teile der zwischen Weißenberg, Hochkirch und Kittlitz festgelegten VRG Landwirtschaft integriert. Als Verbindungsflächen werden neben den VBG Arten- und Biotopschutz auch Regionale Grünzüge und Grünzäsuren (Kapitel 5.6), VRG/VBG zum Schutz des vorhandenen Waldes (Kapitel 6.2) und Überschwemmungsbereiche (Kapitel 5.4.2) in den Biotopverbund einbezogen. Die derzeit bestehende Bewirtschaftung dieser Flächen hat weitgehend erst dazu geführt, dass die besondere Bedeutung für den großräumig übergreifenden Biotopverbund entstanden ist. Die Einbeziehung dieser Gebiete in den großräumig übergreifenden Biotopverbund bedingt daher weder die Festsetzung von Schutzgebieten im Sinne des Naturschutzrechtes, noch werden dadurch die multifunktionale Nutzung des Waldes bzw. die bestehende Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen eingeschränkt (vgl. Begründung zu Ziel 4.1.1.16 LEP). Hier kommt es darauf an, die bestehende Nutzung weitgehend zu erhalten und ggf. durch strukturbildende Landschaftselemente zu ergänzen, damit die Funktion im Biotopverbund gesichert bzw. ergänzt werden kann.

Auch der raumordnerisch sowohl als VRG für Verteidigung als auch teilweise als VRG Arten- und Biotopschutz gesicherter TrübPfl Oberlausitz erfüllt bedeutende Funktionen im großräumig übergreifenden Biotopverbund.

Da neben dem Schutz bedeutender Lebensräume auch deren funktionale Verbindung notwendig ist, kommt der Sicherung der in den großräumig übergreifenden Biotopverbund integrierten Flächen vor einer weiteren Zerschneidung bzw. der Beseitigung bestehender Zerschneidungen eine besondere Rolle zu. Sofern Verbundelemente über höher belastete Verkehrswege führen, bedeutet dies, dass zur Verminderung der Barrierewirkung kreuzungsfreie Verbindungen geschaffen bzw. erhalten werden sollen (z. B. Durchlässe unter Straßen, Grünbrücken für Wildwechsel). An Fließgewässern muss die ökologische Durchgängigkeit gesichert bzw. vorrangig wiederhergestellt werden. Die in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ festgelegten strukturierungsbedürftigen Agrarfluren sollen sich langfristig zu Verbindungsflächen des großräumig übergreifenden Biotopverbundes entwickeln (vgl. Ziel 5.1.1.1).

Die in den großräumig übergreifenden Biotopverbund einbezogenen Gebiete stellen auch „Suchräume“ für Maßnahmen zum Ausgleich und Ersatz im Sinne des SächsNatSchG dar.

Im Regionalplan werden in Teilräumen der Planungsregion mit geringer Siedlungsdichte bzw. geringer Beanspruchung von Freiräumen für die Siedlungstätigkeit zahlreiche großflächige Gebiete (z. B. Königsbrücker Heide, Biosphärenreservat, TüP Oberlausitz) für die Belange des Arten- und Biotopschutzes räumlich gesichert. Diese gelten gemäß Ziel 4.1.1.7 LEP als landesplanerisch bedeutsame großflächige Schutzgebiete. Diese Herangehensweise entspricht der besonderen Bedeutung der Planungsregion für den Arten- und Biotopschutz im Freistaat Sachsen und der räumlichen Ausprägung der für den Arten- und Biotopschutz wertvollen Bereiche. Bereits durch diese großflächigen Vorranggebiete für den Arten- und Biotopschutz kann ein wesentlicher Beitrag für den großräumig übergreifenden Biotopverbund geleistet werden. Gemäß der Entschließung der Ministerkonferenz für Raumordnung zum „Aufbau eines ökologischen Verbundsystems in der räumlichen Planung“ vom 27.11.1992 wird ein Verbund ökologisch bedeutsamer Gebiete angestrebt, der in etwa 15 % der nicht für Siedlungszwecke genutzten Fläche umfassen soll. Dies entspricht für die Planungsregion in etwa 600 km² und kann bereits mit der Festlegung von Vorranggebieten für den Arten- und Biotopschutz erreicht werden. Gerade aus diesem Grund ist es möglich, andere nutzungsbezogene Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in den Biotopverbund einzubeziehen, die nicht unmittelbar dem Arten- und Biotopschutz dienen müssen (z. B. Wald, Landwirtschaft), den Biotopverbund aber sinnvoll ergänzen können.

Ökologisch funktionsfähige Freiraumbereiche werden auf Grund wachsender Nutzungsansprüche verschiedenster Art ständig vermindert, so dass sich der Verlust von Lebensräumen im Rückgang der Arten widerspiegelt. In der Region besitzen einige europaweit vom Aussterben bedrohte Arten letzte Rückzugsräume und bilden wesentliche Anteile von Populationen in Sachsen. Um diesen Arten weiterhin Überlebensmöglichkeiten zu gewährleisten, werden wertvolle Bereiche für den Arten- und Biotopschutz raumordnerisch gesichert. Die Vorranggebiete für den Arten- und Biotopschutz können als Ausgangspunkt und Initialbereiche für die Wiederausbreitung von Arten gelten und bilden somit Grundstrukturen (Kernflächen) für den räumlichen Verbund.

Besonders innerhalb der Braunkohlenbergbausanierungsgebiete werden Vorranggebiete für den Arten- und Biotopschutz neben dem Aspekt der Schutzwürdigkeit bzw. -bedürftigkeit auch aus dem Entwicklungsaspekt heraus begründet, um auf ausgewählten Flächen Möglichkeiten einer ungestörten Entwicklung neuer wertvoller Landschaftsteile zu ermöglichen und damit zumindest teilweise einen Ausgleich für den vorangegangenen Eingriff zu erreichen (Naturentwicklungsgebiete im Sinne von Grundsatz 4.1.1.18 LEP). Im Bereich des sich entwickelnden Lausitzer Seenlandes müssen die jeweils berechtigten Ansprüche der Erholung, Kulturlandschaftsschutz (landschaftsbezogene Erholung) und Arten- und Biotopschutz zunächst gleichrangig betrachtet werden. Insbesondere Teile des Kerngebietes des Naturschutzgroßprojektes „Lausitzer Seenland“ und weitere bereits in den Sanierungsrahmenplänen festgelegte Gebiete bilden die Kernflächen für den ökologischen Verbund im Lausitzer Seenland. Davon abgegrenzt wurden die VRG/VBG für Erholung, die für die Tourismusentwicklung im Lausitzer Seenland räumlich gesichert werden (vgl. Kapitel 3.4). Als Bindeglied zwischen dem Tourismus und dem Arten- und Biotopschutz sind Teilbereiche von entstehenden Seenflächen, Uferbereiche und Landflächen den Belangen der landschaftsbezogenen Erholung (Kulturlandschaftsschutz) zugeordnet (vgl. Kapitel 5.2).

In Wäldern, die als Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz festgelegt sind, sollen Kahlschläge i. S. von § 19 SächsWaldG i. d. R. vermieden werden und auf den Anbau standortfremder Gehölze verzichtet werden. Wald- und feldbauliche Maßnahmen sollen sich an den Zielen des Naturschutzes orientieren und darüber hinaus die Aspekte des Klimawandels berücksichtigen (vgl. Ziele 4.2.1.2, 4.2.2.3 LEP).

Mit der Festlegung der VRG/VBG für den Arten- und Biotopschutz werden auch Böden mit besonderer Funktionalität gemäß LEP Ziel 4.1.3.3 (besonders naturnahe Böden, Böden mit besonderer Biotopentwicklungsfunktion) gesichert.

Als Vorbehaltsgebiete für den Arten- und Biotopschutz werden Teile des TüP Oberlausitz, Pufferzonen um die Kernzonen des Naturschutzgroßprojektes „Teichgebiete Niederspree-Hammerstadt“ sowie des „Life-Projektes Doberschter Wasser“, für den Arten- und Biotopschutz wertvolle Bereiche von LSG, die Zone IV des Biosphärenreservates „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ und Teile der Flusslandschaften von Lausitzer Neiße und Spree festgelegt.

- zu G 5.3.3 Mit diesem Grundsatz wird dem Umstand Rechnung getragen, dass kleinräumig wertvolle Bereiche für den Arten- und Biotopschutz im Regionalplan maßstabsbedingt nicht dargestellt werden können. Insbesondere im Rahmen der kommunalen Landschaftsplanung und der Flurneuordnung sollen diese Gebiete daher als Trittsteine für den Biotopverbund berücksichtigt werden.
- zu Z 5.3.4 Dem seit Jahrzehnten anhaltenden Trend des Artenrückgangs kann durch den Schutz der noch verbliebenen Lebensräume und die Wiederherstellung oder Neuschaffung geeigneter Habitate entgegengewirkt werden. Die in Teilen der Region noch verhältnismäßig gute Arten- und Biotopausstattung begründet die Verantwortung, neben den verbliebenen Rückzugsräumen auch deren räumliche Vernetzung zu erhalten.
- Die Planungsregion verfügt sachsenweit über die bedeutendste Anzahl von großen zusammenhängenden Lebensräumen. Nur die noch vorhandenen großräumigen und teilweise naturnahen Ökosysteme bieten für viele europaweit streng geschützte Arten z. T. letzte Überlebensinseln in Sachsen. Diese Wald- und Offenlandgebiete sind Lebensraum und Reproduktionsgebiet für ca. 75 % des sächsischen Weißstorchbestandes, ca. 80 % des sächsischen Kranichbestandes, ca. 90 % der sächsischen Seeadlerpopulation. Auch für den Schutz zahlreicher europäischer Fledermausarten hat die Region eine besondere Verantwortung. Der geringe Zerschneidungsgrad und die abwechslungsreiche teilweise hohe bis sehr hohe Biotopausstattung dieser Gebiete ist die Voraussetzung für die weitere Sicherung der Lebensraumansprüche von großräumig lebenden Wildtieren mit natürlichem Wanderungsverhalten. Erhebliche und nachhaltige Zerschneidungen dieser Gebiete würden diese als Lebensraum für die o. g. Tierarten entwerten.
- Neben den Kernflächen erlangen die Verbindungselemente des Biotopverbundes eine besondere Bedeutung. Dies gilt auch für die Avifauna und die Fledermäuse (Microchiroptera). Zu den Verbindungselementen zählen Zugachsen und Zugkorridore. Diese beinhalten sowohl saisonale Aspekte (Herbstzug, Frühjahrzug) als auch täglich genutzte Flugrouten zwischen den Rast- oder Schlafplätzen und den Nahrungshabitaten. Um natürliche Wechselwirkungen zwischen verschiedenen Populationen zu bewahren und Wanderprozesse zwischen den einzelnen Lebensräumen zu gewährleisten, gilt es, regional bedeutsame Vogelzugachsen (großräumige bzw. zwischen Schlafgewässern und Nahrungsflächen verlaufende Achsen) als Verbindungselemente des Biotopverbundes regionalplanerisch zu sichern, da diese i. d. R. nicht Bestandteil der Natura 2000-Gebiete sind. Die Erhaltung der Zugachsen ist gleichermaßen Voraussetzung für den dauerhaften Bestand der Rast- und Nahrungsgebiete. Ergänzt werden diese um die derzeit bekannten bedeutenden Fledermauszugkorridore, deren Sicherung für die saisonalen Wanderungen zwischen Sommer- und Winterquartieren, für Wanderungen zu Schwärm-, Paarungs- u. a. Zwischenquartieren sowie für Sommer- und Winterquartierwechsel (gegebenenfalls auch Paarungs- und Zwischenquartierwechsel) adulter Tiere notwendig ist. Der Wissensstand ist vor allem bei den Fledermäusen noch sehr gering, so dass in der Karte „Großräumig übergreifender Biotopverbund und regionale Grünzüge“ auf Grundlage des Fachbeitrages zum Landschaftsrahmenplanes nur die derzeit bekannten Verbindungselemente integriert werden können.
- Neben einer Verkleinerung und Zerschneidung von Nahrungsgebieten für Vögel durch Nutzungsänderung ist eine Versperung der Zugachsen (beinhalten die Flugwege und Einflugschneisen in die Nahrungsgebiete sowie zu den Schlafplätzen) vor allem durch hohe bauliche Anlagen (z. B. Hochspannungsmasten, Funkmasten, Windkraftanlagen) zu vermeiden. Dabei ist zu beachten, dass Nahrungsflächen in Schlafplatznähe grundsätzlich nicht vermehrbar sind.
- Deshalb ist es erforderlich, bei allen Planungen und Maßnahmen dem Schutzbedürfnis und der Schutzwürdigkeit dieser Arten Rechnung zu tragen, d. h. eine aktuelle Zustandsbewertung ihrer Lebensräume bei allen Planungen und Maßnahmen in die Untersuchungen einzubeziehen. Soweit diese zu einer Entwertung der Lebensräume der o. g. Tierarten führen, zählen hierzu z. B. die Errichtung oder wesentliche Änderung von Verkehrswegen, von Flugplätzen, ggf. auch von oberirdischen Versorgungsleitungen einschließlich deren Masten sowie von Windkraftanlagen.
- zu Z 5.3.5 Auf Landwirtschaftsflächen werden nicht nur landwirtschaftliche Güter erzeugt. Die Flächen sind auch Lebensraum für zahlreiche wildlebende Pflanzen- und Tierarten. Im Bereich zwischen Hochkirch, Kubschütz, Weißenberg und dem Löbauer Wasser sind in der Gebietskulisse der LEP Karte 7 Kernbereiche für den großräumig übergreifenden Biotopverbund in Agrarräumen dargestellt. Gleichzeitig ist dieses Gebiet als Teil des Europäischen Vogelschutzgebietes „Feldgebiete in der östlichen Oberlausitz“ Bestandteil des Netzes Natura 2000. Die Bedeutung des Gebietes liegt vorrangig in der Funktion als überregional bedeutsames Rast- und Nahrungsgebiet für schwarm- oder koloniebildende Wasservogelarten im Offenland (speziell Wildgänse) sowie als Brutgebiet des Ortolans und anderer Offenlandarten. Voraussetzung und Grund für die vorhandene Bedeutung dieses Raumes für die Avifauna ist vor allem die bestehende landwirtschaftliche Nutzung und der teilräumig vorhandene Strukturreichtum der Agrarlandschaft. Dieser Strukturreichtum ist durch einen kleinräumigen Wechsel in der Landschaft gekennzeichnet (halboffener Agrarraum), kann jedoch maßstabsbedingt im Regionalplan nicht kartographisch erfasst werden. *„Das Gebiet zeichnet sich durch die Vielzahl von Hecken, Baumreihen, Feldgehölzen und Restwäldern aus. Ältere Baumbestände sind für Wespenbussard, Rotmilan, Schwarzmilan, Baumfalke und Schwarzspecht wichtige Habitatelemente. An Wald- und Gebüschrändern oder in lichten Waldbereichen im Übergang zum Offenland kommt besonders der Neuntöter, stellenweise auch die Heidelerche vor. Der Ortolan besiedelt ... vor allem Feldgehölzränder und Baumreihen, die an geeignete Ackerkulturen, z. B. Getreide oder Erbsen, grenzen“* (Blischke, H et. al.: Die Europäischen Vogelschutzgebiete im ehemaligen Niederschlesischen Oberlausitzkreis. In: Actitis 43 (2008): 23–64). Neben der hohen Bodengüte stellt dieser Strukturreichtum den wesentlichen Grund für die Festlegung als Vorranggebiet für Landwirtschaft dar.
- Die Abgrenzung des in den großräumig übergreifenden Biotopverbund integrierten Gebietes erfolgt unter Berücksichtigung der Vorranggebiete für Landwirtschaft, der Abgrenzung des Europäischen Vogelschutzgebietes „Feldgebiete in der östlichen Oberlausitz“ und der in der Suchraumkulisse der Karte 7 des LEP dargestellten Kern- und Verbindungsgebiete.
- Die Einbeziehung dieses Vorranggebietes Landwirtschaft in den großräumig übergreifenden Biotopverbund wahrt dessen naturschutzfachliche Bedeutung und trägt gleichzeitig der agrarstrukturellen Funktion Rechnung. Sie soll sicherstellen, dass die im Wesentlichen funktionierende Balance zwischen Landwirtschaft und Naturschutz erhalten bleibt. Dazu ist neben den Landwirtschaftsflächen eine Mindestausstattung an Extensivbiotopen notwendig und daher zu erhalten (z. B. Streuobstbereiche, Gehölze sowie Böschungen, Brachen und gehölzfreie Säume).

Der als Vorranggebiet Verteidigung räumlich gesicherte Truppenübungsplatz Oberlausitz befindet sich im Bereich einer der größten Binnendünenlandschaften Deutschlands. Die Dünenzüge und Kiesrücken einschließlich des Buchgartens bei Tränke/Napojka mit osteuropäischer Laubwaldvegetation, die Quelllandschaft bei Steinbach mit Neiße-Zufluss und die sehr gut entwickelten Tieflandsquellwälder bilden zusammen mit den in den Dünentälern eingebetteten Lausitzer Heidemooren (Kesselmoore), dem Gehängemoor Tränke mit den echten borealen Pflanzengesellschaften und den kontinentalen Klimaeinflüssen Voraussetzungen für die Entwicklung von verschiedenen Artengruppen der Flora. Pflanzen eines Arealtyps kommen teilweise an der Grenze ihrer natürlichen Verbreitung vor. Sie begründen ebenfalls zusammen mit den geomorphologischen Besonderheiten (Binnendünen) und den seltenen Arten der Flora und Fauna den besonderen ökologischen Wert dieses Gebietes. Insbesondere haben u. a. das Birkhuhn, welches die Weiträumigkeit des Truppenübungsplatzes als Balzreal und die beerkrautreichen Wald- und Heidebereiche als Nahrungsflächen nutzt, der Kranich und der Seeadler hier einen bedeutenden Rückzugsraum gefunden. Große Teile des Truppenübungsplatzes Oberlausitz sind im funktionalen Gebietssystem Natura 2000 integriert.

Raumordnerisch gilt gegenwärtig der Vorrang für die Belange der militärischen Verteidigung. Damit wird auch berücksichtigt, dass bereits die Aufnahme wesentlicher Teile dieses Übungsplatzes in die Liste der Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung unter dem Vorbehalt erfolgte, dass die militärische Nutzung nicht wesentlich beeinträchtigt wird. Dass die militärische Nutzung oftmals erst die Voraussetzung für die natur- und artenerhaltende Entwicklung von Truppenübungsplätzen war und ist, wird von der EU-Kommission ausdrücklich anerkannt. Damit würdigt sie einerseits die Verdienste um den Umweltschutz auf Übungsplätzen, andererseits geht sie – wie auch der nationale Gesetzgeber – von einem gedeihlichen Miteinander von Umwelt und militärischer Nutzung aus (vgl. Richtlinie Bundesministers für Verteidigung zur nachhaltigen Nutzung von Übungsplätzen vom 05.07.2002). Für den Truppenübungsplatz liegt ein am 28.04.1998 bestätigter Benutzungs- und Bodenbedeckungsplan (BB-Plan) vor. Dieser BB-Plan regelt den ausbildungs-, umweltgerechten und wirtschaftlichen Ausbau sowie den Betrieb des Truppenübungsplatzes auf der Grundlage des Nutzungskonzeptes für Truppenübungsplätze in Deutschland und ist mit einem Flächennutzungsplan einer Gemeinde, nur eben für militärische Belange vergleichbar. Regionalplanerische Regelungen zur Erhaltung spezieller Biotope sind daher entbehrlich, da der BB-Plan bereits entsprechende Aussagen und daraus resultierende Nutzungseinschränkungen enthält.

Eine formelle Ausweisung von Schutzgebieten im Sinne des Naturschutzrechtes auf Übungsplätzen ist nicht zwingend erforderlich, da aufgrund § 33 Abs. 4 BNatSchG dem öffentlich-rechtlichen Träger einer Fläche und somit auch der Bundeswehr die Erreichung der Schutzziele in eigener Verantwortung eingeräumt wird. Im Falle einer (derzeit nicht absehbaren) Aufgabe der militärischen Nutzung bietet sich auf Grund der besonderen Arten- und Biotopausstattung des Gebietes dagegen eine naturschutzrechtliche Sicherung an.

Daher werden östlich der B 115 gelegene Teile des Vorranggebietes für Verteidigung mit einem Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz überlagert. Dies betrifft die in der Karte 7 LEP als Kernbereiche für die Ausweisung eines großräumig übergreifenden Biotopverbundes dargestellten Flächen östlich der B 115. Die Überlagerung beider Vorranggebiete erfolgt auf Grundlage des § 2 Abs. 1 SächsLPlG und dient in diesem Fall dazu, dass weiterhin die Belange des Arten- und Biotopschutzes in die Planungen für den Truppenübungsplatz einfließen, andererseits auch für den theoretisch möglichen Fall der Aufgabe der militärischen Nutzung eine Vorrangigkeit der naturschutzfachlichen Belange festgelegt wird. Diese Festlegung wird bewusst auf die östlichen Teile des Vorranggebietes Verteidigung beschränkt. In den anderen Teilen, insbesondere im Gebiet zwischen der B 115 und der B 156 bestehen bereits heute verschiedene Nutzungsansprüche, die spätestens mittelfristig Relevanz erlangen (Ausbau bzw. Verlegung von Verkehrsinfrastruktur: B 115, B 156, Bahnstrecke, Erweiterung des Tagebaus Reichwalde, Erfordernisse der Siedlungsentwicklung z. B. im Zusammenhang mit Erholungsinfrastruktur), so dass in diesen Bereichen keine Ausweisung als Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz erfolgt.

Die jahrzehntelang vorrangigen Raumnutzungen (militärisches Sperrgebiet, Bergbauschutzgebiet) in diesem Gebiet führten dazu, dass beispielsweise Veränderungen in der Trassenführung von Verkehrswegen (Eisenbahn, Straßen) nicht realisiert wurden bzw. bestehende Wegebeziehungen zwischen den Siedlungen an der B 115 (z. B. Rietschen) und den Siedlungen entlang der Lausitzer Neiße in der Gemeinde Krauschwitz unterbrochen wurden. Bei einer Änderung der vorrangigen Zweckbestimmung dieses Gebietes ist es deshalb erforderlich, Optionen zum Ausbau der Infrastruktur (z. B. Bündelung von Eisenbahnlinie und Bundesstraße) und der Siedlungstätigkeit (z. B. Schaffung räumlicher Voraussetzungen für die landschaftsbezogene Erholung als Einkommensquelle für die ortsansässige Bevölkerung) grundsätzlich zu prüfen bzw. offen zu halten. Daher sind diese Belange vor einer naturschutzrechtlichen Sicherung zu berücksichtigen. Da verständlicherweise gegenwärtig keine Konzepte für theoretische (zukünftige) Wegeverbindungen u. ä. vorliegen, muss dieser Aspekt auf die nachfolgenden Verfahren verlagert werden. Eine Berücksichtigung kann erfolgen, indem notwendige Bereiche für Wegeverbindungen u. ä. ausgegrenzt werden bzw. solche Schutzgebietskategorien gewählt werden, welche derartige Maßnahmen nicht unmöglich machen.

5.4 Wasserschutz

Karte:	Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Wasserversorgung, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Retentionsraum bzw. Hochwasservorsorge) sowie die Vorrang- und Vorbehaltsstandorte für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. In der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ sind „Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung der Wasserrückhaltung“ und naturnahe Fließgewässerabschnitte als „Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“ gemäß Kapitel 5.1.2 sowie sanierungsbedürftige Fließgewässerabschnitte und regional bedeutsame Grundwassersanierungsgebiete als „sanierungsbedürftige Bereiche der Landschaft“ gemäß Kapitel 5.1.1 festgelegt. Eine Auflistung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Wasserversorgung enthält der Anhang zu Kapitel 5.4.1.
Hinweis:	Die im Regionalplan 2010 enthaltene Bezeichnung als Vorrang- und Vorbehaltsgebiete „Trinkwasser“ wird auf Grundlage des Zieles 5.2.1 LEP 2013 in Vorrang- und Vorbehaltsgebiete „Wasserversorgung“ geändert.

5.4.1 Grund- und Oberflächenwasserschutz/Wasserversorgung

Z 5.4.1.1 Bei einer Erweiterung der Wassergewinnung innerhalb des Vorranggebietes Wasserversorgung Wt 13 Großdubrau über die bestehende Nutzung hinaus ist eine erhebliche Beeinträchtigung grundwasserbeeinflusster Standorte im Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ auszuschließen.

Begründung zu 5.4.1 Grund- und Oberflächenwasserschutz/Wasserversorgung

zu RNK	<p>Die Versorgung mit Trinkwasser ist für das Leben des Menschen unentbehrlich. Zur Trinkwassergewinnung geeignete Wasservorkommen stehen nur in einer begrenzten Menge zur Verfügung. Sie sind daher vor Raumnutzungen zu schützen, welche die Qualität und Quantität der Ressource Wasser nachhaltig beeinträchtigen.</p> <p>Gemäß Ziel 5.2.1 LEP 2013 sind in den Regionalplänen für die langfristige Sicherung der öffentlichen Wasserversorgung bedeutsame Grundwasservorkommen als Vorranggebiete Wasserversorgung festzulegen. Neben diesem obligatorischen Handlungsauftrag wird weiterhin an einer zusätzlichen Festlegung von Vorbehaltsgebieten festgehalten. Diese kommt insbesondere dann in Frage, wenn fachplanerische Grundlagen (z. B. Hydrogeologische Gutachten für die Festsetzung bzw. Überarbeitung von Wasserschutzgebieten) noch nicht vorliegen oder abgestimmt sind, die qualitative Eignung des Wasservorkommens für eine langfristige Trinkwassernutzung fraglich ist oder im Rahmen des planerischen Ermessens des Regionalen Planungsverbandes (Abwägung) keine raumordnerische Letztentscheidung (Vorranggebiet) getroffen werden soll.</p> <p>Gleichzeitig werden mit dieser Festlegung Böden mit besonderer Filterfunktion im Sinne von Ziel 4.1.3.3 LEP 2013 gesichert. Das heißt, mit der regionalplanerischen Festlegung werden nicht nur die Grundwasserleiter, sondern ebenso die für die Grundwasserneubildung bzw. die Filterung des Wassers bedeutsamen Böden geschützt.</p> <p>Als Vorranggebiete werden die Einzugsgebiete von Grundwasserleitern mit einer Fläche von ≥ 10 ha und einer genehmigten mittleren Entnahmemenge ≥ 500 m³/d, die i. d. R. bereits für die Trinkwasserversorgung genutzt werden (gesicherter Bedarf) bzw. sich im fortgeschrittenen Verfahren zur Neufestsetzung eines Trinkwasserschutzgebietes befinden und somit kurz- bzw. mittelfristig für eine Trinkwasserversorgung vorgesehen sind, festgelegt. Ausnahmen ergeben sich bei einer nicht nachgewiesenen/nachweisbaren Verträglichkeit zu den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten. Diese werden dann als Vorbehaltsgebiete Wasserversorgung festgelegt.</p> <p>Als Vorbehaltsgebiete werden i. d. R. Einzugsgebiete von Grundwasserleitern festgelegt, die eine Fläche von ≥ 10 ha aufweisen, i. d. R. bereits für die Trinkwasserversorgung genutzt werden (gesicherter Bedarf) und dabei eine genehmigte mittlere Entnahmemenge < 500 m³/d aufweisen sowie weitere Einzugsgebiete von Grundwasserleitern, deren räumliche Abgrenzung und qualitative Eignung durch fachplanerische Untersuchungen nicht eindeutig geklärt ist.</p> <p>Die Kriterien für die Festlegung der VRG/VBG Wasserversorgung beruhen einerseits maßstabsbedingt auf der Darstellbarkeit im Regionalplan (≥ 10 ha) und andererseits auf der regionalen Bedeutsamkeit eines Trinkwasservorkommens. Bei Letzterem wurde die Annahme getroffen, dass der tägliche Wasserverbrauch bei ca. 100l/Einwohner liegt, dies entspricht bei einer mittleren Entnahmemenge von 500 m³/d einer Versorgung von ca. 5.000 Einwohnern.</p> <p>Bei kleinflächigen bzw. weniger ergiebigen genutzten bzw. erkundeten Wasservorkommen wird dem Kriterium „Wasserschutz“ ggf. durch eine räumliche Integration in regionale Grünzüge gemäß Kapitel 5.6 des Regionalplanes Rechnung getragen.</p> <p>Im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes erfolgt für einen Teil der im Regionalplan 2010 festgelegten Vorranggebiete für Trinkwasser eine Neubewertung, d. h. bei der Abgrenzung der Vorranggebiete für Wasserversorgung werden neu festgesetzte Wasserschutzgebiete bzw. bei Vorliegen einer geeigneten fachplanerischen Grundlage, z. B. eines hydrogeologischen Gutachtens, der dort enthaltene Abgrenzungsvorschlag berücksichtigt. Die damit teilweise verbundene „Doppelausweisung“ eines fachrechtlich festgesetzten Wasserschutzgebietes und eines Vorranggebietes für Wasserversorgung wird beibehalten, da im Falle einer Aufhebung des fachgesetzlich geschützten Wasserschutzgebietes kein besonderer Schutz der Ressource Trinkwasser bzw. des Schutzgutes Grundwasser gegenüber entgegenstehenden Nutzungen mehr gegeben wäre. Die sich aus der Festlegung eines Vorranggebietes für Wasserversorgung ergebenden und zu beachtenden Belange (Restriktionen) gehen jedoch nicht über die fachgesetzlichen Restriktionen für die jeweiligen Schutzzonen hinaus.</p>
--------	---

Sofern für ein regionalplanerisches VRG/VBG Wasserversorgung noch keine fachplanerische Umsetzung erfolgt ist, werden für Restriktionen, die sich allein aus der regionalplanerischen Festlegung ergeben, die in der Regel angewandten Ge- und Verbote innerhalb von Trinkwasserschutzzonen III bzw. IIIA verwendet. Es wird auf die Begründung zu Ziel 5.2.1 LEP 2013 verwiesen: „Der Schutz der Grundwasservorkommen in den raumordnerisch gesicherten Gebieten ist somit unabhängig von einer Inanspruchnahme für die Wasserversorgung bei allen raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen zu beachten. Grundwasserschutz ist Bodenschutz und hier besonders der Schutz des Bodenwasserhaushaltes.

Grundwasservorkommen können insbesondere beeinträchtigt werden durch:

- übermäßige Flächenversiegelungen oder Bodenverdichtungen,
- Abtrag der grundwasserüberdeckenden Bodenschichten durch Abgrabungen (z. B. bei Rohstoffabbau),
- Grundwasserspiegelabsenkung durch Eingriffe in die hydrogeologischen Verhältnisse (z. B. durch Rohstoffabbau),
- stoffliche Verunreinigungen durch anthropogen bedingten Stoffeintrag.“

Die im Regionalplan 2010 festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Trinkwasser wurden einer erneuten fachlichen Bewertung in Zusammenarbeit mit den Unteren Wasserbehörden und den Wasserversorgern der Landkreise Bautzen und Görlitz unterzogen. Im Ergebnis dieser Bewertung und der oben beschriebenen räumlichen Konkretisierung ergeben sich gegenüber den im Regionalplan 2010 erfolgten Ausweisungen folgende Änderungen bzw. Ergänzungen:

Die Abgrenzung des bisherigen Vorranggebietes Trinkwasser Wt 1 Pulsnitz wird an die Grenzen des hydrologischen Gutachtens zur Festsetzung bzw. Neubemessung für die Wasserfassungen Pulsnitz-Vollung und Großröhrsdorf-Wald (September 2014) angepasst und zugleich mit dem im Regionalplan 2010 zeichnerisch festgelegten Vorranggebiet Trinkwasser Wt 8 Ohorn vereint. Dieses neue Vorranggebiet Wasserversorgung wird als Wt 6 Pulsnitz bezeichnet.

Das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 13 Großdubrau wird nach Osten um die außerhalb des im Regionalplan 2010 ausgewiesenen Vorranggebietes Trinkwasser Wt 4 Großdubrau liegende Teilfläche des am 08.10.2010 festgesetzten Wasserschutzgebietes Sdier-Ost erweitert. Das Wasserwerk Sdier gilt im Zusammenhang mit der bevorstehenden Trinkwasserliefereinstellung aus dem Wasserwerk Schwarze Pumpe als Vorzugsvariante für den künftigen Defizitausgleich in den Versorgungsbereichen Weißwasser/O.L. und Boxberg/O.L.. Auf Grund des prognostizierten Rückgangs der Niederschläge in den nächsten Jahrzehnten und der damit im Zusammenhang stehenden negativen klimatischen Wasserbilanz (vgl. TU Dresden, Lehr- und Forschungsgebiet Landschaftsplanung i. A. des RPV (2010): Vulnerabilitätsanalyse Region Oberlausitz-Niederschlesien) wird auch die Grundwasserneubildung negativ beeinflusst, daher wird das Vorranggebiet in der westlichen Richtung in der ursprünglichen Ausdehnung und Größe beibehalten. Jedoch ist hierbei das Ziel 5.4.1.1 des Regionalplanes zu beachten, wonach bei einer Erweiterung der Wassergewinnung innerhalb dieses Vorranggebietes Wasserversorgung Wt 13 Großdubrau über die bestehende Nutzung hinaus, eine erhebliche Beeinträchtigung grundwasserbeeinflusster Standorte im Biosphärenreservat „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ auszuschließen ist.

Auf Grund der aktuellen Wasserschutzgutachten für die Wasserfassungen „Kind's Wiesen (Juli 2013), „Kamenz Rodeland“ (Juli 2013) und „Kamenz-Lückersdorf“ (April 2011) wird das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 5 Kamenz Süd an die geplanten Grenzen der zuvor genannten Trinkwasserschutzgebiete angepasst. Des Weiteren wird dieses Vorranggebiet nach Süden um das direkt angrenzende Trinkwasserschutzgebiet Bischheim erweitert.

Das bisherige Vorranggebiet Trinkwasser Wt 18 Oderwitz wird um das westlich liegende Wasserschutzgebiet „Eibau-Kaulbrunnen“ erweitert. Dieses Wasserschutzgebiet erfüllt auch eigenständig die regionalplanerischen Kriterien (> 10 ha, mittlere genehmigte Entnahmemenge von 550 m³/d), wird jedoch wegen des unmittelbaren räumlichen Bezugs mit dem bisherigen VRG zusammengefasst. Das neue Vorranggebiet Wasserversorgung trägt die Bezeichnung Wt 30 Oderwitz Nord.

Das Trinkwasserschutzgebiet Rietschen befindet sich derzeit in der Überarbeitung. Eine abschließende fachliche Aussage zur Neuabgrenzung des Wasserschutzgebietes ist noch nicht möglich. Die Daten wurden der Regionalplanung bisher nicht übergeben. Daher wird die bisherige Abgrenzung für das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 21 Rietschen vorerst beibehalten.

Infolge der noch nicht abschließend geklärten künftigen Trinkwasserversorgung der Großen Kreisstadt Weißwasser/O.L. sowie des Versorgungsgebietes des Wasserzweckverbandes „Mittlere Neiße-Schöps“ und der möglichen Außerbetriebnahme des Trinkwasserschutzgebietes Bärwalde wird das im Regionalplan 2010 festgelegte Vorranggebiet Trinkwasser Wt 24 Boxberg weiterhin zeichnerisch festgelegt. Es erfolgt jedoch eine Festsetzung als Vorbehaltsgebiet Wasserversorgung Wt 63 Boxberg.

Auf Grundlage der gegenwärtigen Überarbeitung der Trinkwasserschutzgebiete „Oybin Elfenwiese“, Oybin Schulwiese“, Oybin Teufelsmühle“ sowie „Oybin Bürgerallee“ und der damit künftigen Schutzzone III, die das Gebiet des Hochwaldes einschließt, wird das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 33 Zittauer Gebirge im südlichen Bereich bis zur Grenze der Planungsregion erweitert.

Das Vorranggebiet für Wasserversorgung Wt 8 Großharthau wird entsprechend der aktuellen Wasserschutzgebietsabgrenzung für die Wasserfassung Seeligstadt-Großharthau aus dem Jahr 2011 festgelegt.

Die Abgrenzung des Vorranggebietes Wasserversorgung Wt 4 Kamenz Ost wird an die im hydrologischen Gutachten zur Festsetzung bzw. Neubemessung für die Wasserfassung Kamenz-Jesau (Wasserschutzgebietsgutachten, UBV GmbH, 2010) ermittelten Grenzen angepasst.

Für das teilweise innerhalb des bisherigen Vorranggebietes Trinkwasser Wt 33 Arnsdorf befindliche Trinkwasserschutzgebiet „Arnsdorf, Karswald“ wurde ein hydrogeologisches Gutachten erstellt (überarbeiteter Trinkwasserschutzzonenvorschlag des LfULG, neue Bezeichnung „Arnsdorf-Wasserwerk Karswald“, 2013), da das am 18.04.1974 festgelegte Trinkwasserschutzgebiet nicht mehr den heutigen rechtlichen und fachlichen Anforderungen entspricht. Das neue Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 9 Arnsdorf umfasst die Abgrenzung der geplanten Neufestsetzung des Trinkwasserschutzgebietes „Arnsdorf-Wasserwerk Karswald“ und das bisher als eigenständiges Vorranggebiet festgelegte Vorranggebiet Trinkwasser Wt 31 Fischbach.

Das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 7 Großröhrsdorf (ehemals Wt 35 Großröhrsdorf) wird dem im Jahr 2010 neu festgesetzten Wasserschutzgebiet „Großröhrsdorf-Wasserwiesen“ angeglichen.

Für das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 14 Neukirch/Lausitz (ehemals Wt 37 Neukirch-Georgenbad) erfolgt die räumliche Angleichung an das festgesetzte Wasserschutzgebiet.

Das Vorranggebiet Wasserversorgung Wt 32 Seifhennersdorf (ehemals Wt 38 Seifhennersdorf-Schönborn) wird räumlich an die festgesetzten Wasserschutzgebiete „Seifhennersdorf-Schönborn“ und „Seifhennersdorf-Halbendorf“ angeglichen.

Das Vorbehaltsgebiet Wasserversorgung Wt 58 Königswartha West (ehemals Wt 76 Königswartha-West) wird an die Grenzen des am 20.06.2011 neu festgesetzten Trinkwasserschutzgebietes „Königswartha“ angepasst. Aus Gründen der nicht in jedem Fall sicher nachweisbaren Verträglichkeit zum Netz Natura 2000 (FFH-Gebiet „Teichgruppen am Doberschützer Wasser“ und SPA-Gebiet „Doberschützer Wasser“) wird dieses Gebiet als Vorbehaltsgebiet festgelegt. Mit dieser Festlegung sind bestimmte Maßgaben für die weitere Trinkwassergewinnung unter Beachtung des Managementplanes für das FFH-Gebiet möglich, ohne die Schutzbedürftigkeit der Ressource Trinkwasser an dieser Stelle aufzugeben.

Nicht mehr im Regionalplan festgelegt werden die bisherigen Vorbehaltsgebiete für Trinkwasser Wt 60 Wilthen, Wt 61 Spreetaler Heide sowie Wt 62 Königswartha Ost. Für diese Gebiete besteht nach fachbehördlicher Einschätzung perspektivisch kein wasserwirtschaftliches Interesse mehr für eine Nutzung der Grundwasserdarangebote zu öffentlichen Trinkwasserversorgungszwecken.

Da die Trinkwassergewinnungsanlage „Arnsdorf-Dretschen“ der Kreiswerke Bautzen Wasserversorgung GmbH innerhalb des bisherigen Vorbehaltsgebietes Trinkwasser Wt 60 Wilthen außer Betrieb genommen wurde, ist eine Erweiterung bzw. Neuerschließung dieses Gebietes laut Ansicht der Unteren Wasserbehörde des Landratsamtes Bautzen nicht notwendig.

Ursprünglich wurde das Gebiet des Vorbehaltsgebietes Trinkwasser Wt 61 Spreetaler Heide vorgehalten, um das Rohwasser aus der Braunkohlentagebauentwässerung durch stationäres Grundwasser zu ersetzen. In Anbetracht der zeitnahen Einstellung der Trinkwasserlieferung aus dem Wasserwerk Schwarze Pumpe ist kein öffentliches Interesse mehr für die zukünftige Erschließung des Grundwasserdarangebotes in der Spreetaler Heide gegeben. Darüber hinaus stehen qualitative Probleme durch eine hohe Sulfatbelastung im Grundwasser einer zukünftigen Nutzung für die Trinkwasserversorgung langfristig entgegen.

Die öffentliche Wasserversorgung der Gemeinde Königswartha wird über das Wasserwerk „Königswartha“ sichergestellt. Da durch das erkundete Grundwasserdarangebot im Vorbehaltsgebiet Wasserversorgung Wt 58 Königswartha West ausreichend Reserven für den künftigen Wasserbedarf im Raum Königswartha vorhanden sind, ist aus fachbehördlicher Sicht eine wasserwirtschaftliche Nutzung des Vorbehaltsgebietes Trinkwasser Wt 62 Königswartha Ost auch aus Gründen der Wasserqualität nicht mehr notwendig.

Neben diesen Änderungen bzw. Ergänzungen werden auf fachlicher Grundlage der Zuarbeiten durch die Unteren Wasserbehörden und die regionalen Wasserversorger die Vorranggebiete für Wasserversorgung

- Wt 15 Wilthen Süd,
- Wt 16 Cunewalde Süd,
- Wt 17 Steinigtwolmsdorf West,
- Wt 19 Sohland an der Spree
- Wt 23 Diehsa,
- Wt 24 Kleindehsa,
- Wt 27 Neusalza-Spremberg,
- Wt 29 Bernstadt a. d. Eigen
- Wt 31 Oderwitz Süd

mit einer jeweiligen Fläche von ≥ 10 ha und einer genehmigten mittleren Entnahmemenge $\geq 500 \text{ m}^3/\text{d}$ sowie die Vorbehaltsgebiete für Wasserversorgung

- Wt 52 Schönbach,
- Wt 53 Haselbachtal,
- Wt 54 Königsbrück,
- Wt 55 Gersdorf,
- Wt 56 Elstra,
- Wt 57 Steina,
- Wt 59 Naundorf,
- Wt 60 Großpostwitz,
- Wt 61 Cunewalde Nord,
- Wt 62 Crostau,
- Wt 64 Lawalde,
- Wt 65 Mücka,
- Wt 68 Biehain,
- Wt 70 Schlegel
- Wt 71 Mittelherwigsdorf

mit einer jeweiligen Fläche von ≥ 10 ha und einer genehmigten mittleren Entnahmemenge $< 500 \text{ m}^3/\text{d}$ neu festgelegt.

- zu Z 5.4.1.1 Das Ziel 5.4.1.1 wird auf Grundlage des § 2 Abs. 1 SächsLPlG zur Konfliktvermeidung formuliert. Es ist bei der Erteilung bzw. Änderung der wasserrechtlichen Erlaubnis zur Grundwasserentnahme zu beachten.
- Die Trinkwasserressource nördlich von Großdubrau ist die ergiebigste in der Region Oberlausitz-Niederschlesien. Sie sichert über mehrere Wasserfassungen u. a. die Trinkwasserversorgung der Stadt Bautzen und unterstützt darüber hinaus eine Fernwasserversorgung im südlichen und östlichen Teil des Landkreises Bautzen und im südlichen Teil des Landkreises Görlitz. Der Schutz dieser Ressource hat daher eine hohe Priorität. Dem wird raumordnerisch durch die Festlegung des Vorranggebietes Wasserversorgung Wt 13 Großdubrau Rechnung getragen.
- Dieses Vorranggebiet überlagert sich jedoch großflächig mit Teilen des Biosphärenreservates „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“, welche neben ihrer Funktion im Netz Natura 2000 auch als Vorranggebiete für den Arten- und Biotopschutz festgelegt sind. Für die bestehende Trinkwassergewinnung im Wasserwerk Sdier ergeben sich aus dieser Überlagerung keine Einschränkungen. Sofern es jedoch zu einer Erweiterung der Nutzung kommen sollte, ist es erforderlich, bei der zusätzlichen Wasserentnahme den Schutz der grundwasserbeeinflussten Biotope im Biosphärenreservat, insbesondere der als Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz festgelegten, zu beachten. Das Vorranggebiet liegt darüber hinaus in einem Bereich der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen (siehe auch Ziel 5.1.2.5 des Regionalplanes).

5.4.2 Vorbeugender Hochwasserschutz

Hinweise/Anregungen an die beteiligten Träger öffentlicher Belange:

Neue Gesamtberechnungen der in den Hochwasserschutzkonzepten enthaltenen Daten werden nach Ansicht des SMUL nicht vor 2017 vorliegen. In Einzelfällen kann die Regionalplanung aber neue fachliche Erkenntnisse der zuständigen Behörden als Grundlage für die regionalplanerischen Festlegungen mit einbeziehen. Im Rahmen des Anhörungsverfahrens zum Regionalplan werden die Fachbehörden gebeten, ggf. Korrekturhinweise zu den festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz zu geben und die entsprechenden Daten an den RPV zu übergeben.

In den letzten Jahren wurden insbesondere durch die Kommunen zahlreiche Konzeptionen für Gewässer II. Ordnung erstellt. Diese Konzepte liegen dem Regionalen Planungsverband, im Gegensatz zu den HWSK für Gewässer 1. Ordnung, i. d. R. nicht vor. Die Kommunen und zuständigen Wasserbehörden werden gebeten, im Rahmen der Beteiligung Standorte für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes aus diesen Konzepten mitzuteilen. Dies betrifft in erster Linie potenzielle Standorte für Hochwasserrückhaltebecken, deren Bedarf und Nutzen mit dem jeweiligen Konzept nachgewiesen wurden. Darüber hinaus sind geplante Deichrückverlegungen von Interesse. Den Stellungnahmen sollen aussagefähige kartographische Darstellungen und textliche Ausführungen zu den einzelnen Maßnahmen beigelegt werden. Im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung wird eine Entscheidung getroffen, ob es sich um eine raumbedeutsame Maßnahme handelt und diese als Festlegung in den Regionalplan aufgenommen wird.

- Z 5.4.2.1 Die als Vorranggebiete vorbeugender Hochwasserschutz festgelegten „Retentionsräume“ sind in ihrer Funktion als Retentions- und Abflussraum zu sichern und von funktionswidrigen Nutzungen frei zu halten. Die Inanspruchnahme im Rahmen einer weiteren Siedlungsentwicklung ist ausgeschlossen, sofern dies nicht aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls erforderlich ist. In diesen Fällen ist vor der Realisierung der Planung ein Ausgleich in Bezug auf das Retentionsvermögen und/oder den schadlosen Hochwasserabfluss zu schaffen.**
- Z 5.4.2.2 In den Vorranggebieten vorbeugender Hochwasserschutz („Hochwasservorsorge“) sind nur Bauleitplanungen zulässig, die eine an die Gefährdung durch Hochwasser angepasste Bebauung vorsehen. Hochwasserempfindliche Nutzungen (Nutzungen mit Sonderrisiken) sind in diesen Bereichen generell auszuschließen.**
- G 5.4.2.3 Die als Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz („Hochwasservorsorge“) festgelegten Risikobereiche in potenziellen Überflutungsflächen bei Extremhochwasser sollen von (weiterer) Bebauung und anderen Nutzungen mit hohem Schadenspotenzial freigehalten werden. Fördermittel für die Sanierung bestehender Bausubstanz sollen nur bewilligt werden, wenn entsprechende bauliche Vorsorgemaßnahmen in die Planung integriert sind.**
- Z 5.4.2.4 Es ist darauf hinzuwirken, dass die landwirtschaftliche Nutzung in den festgelegten Vorranggebieten „Retentionsraum“ an die Hochwasserjährlichkeit und die zu erwartende Fließgeschwindigkeit angepasst wird.**

Begründung zu 5.4.2 Vorbeugender Hochwasserschutz

Hochwasser sind natürliche Ereignisse. Jeder Wasserlauf besitzt ein natürliches Überschwemmungsgebiet, welches zum Teil durch menschliche Eingriffe erheblich verändert wurde. Dies erfolgte beispielsweise durch Veränderungen der natürlichen Gegebenheiten in den Gewässereinzugsgebieten (z. B. Reduzierung des Wasserrückhaltevermögens in den Hochwasserentstehungsgebieten durch eine den Bodenverhältnissen bzw. dem Relief nicht angepasste Nutzung) sowie durch die Reduzierung der natürlichen Überschwemmungsgebiete infolge der Siedlungsentwicklung sowie von Gewässerausbau, Fließgewässerbegradigungen und Eindeichungen. Diese Eingriffe haben zu einer Einengung und Beschleunigung des Hochwasserabflusses geführt. Hochwasser führt jedoch erst zu teilweise extremen Schäden, wenn der Mensch bzw. seine Nutzungen in den gefährdeten Gebieten betroffen sind. Die Natur an sich kennt dagegen keine Schäden bzw. passt sich dem Hochwasser an.

Die regionalplanerischen Festlegungen zum vorbeugenden Hochwasserschutz umfassen Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes gemäß Z 4.1.2.7 LEP, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz gemäß Z 4.1.2.9 LEP sowie Vorrang- und Vorbehaltsstandorte für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes gemäß Z 4.1.2.10 LEP. Grundsätzlich sollen Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes ergänzend erfolgen (vgl. G 4.1.2.6 LEP). Die Festlegungen im Sinne von Ziel 4.1.2.7 LEP sind dem Kapitel 5.1.2 „Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“ des Regionalplanes zugeordnet.

Eine wesentliche fachplanerische Grundlage für die regionalplanerische Abwägung zur Thematik des vorbeugenden Hochwasserschutzes stellen die Hochwasserschutzkonzeptionen (HWSK) dar, die in den Jahren 2003-2005 erarbeitet und durch die oberste Wasserbehörde als wasserwirtschaftliche Arbeitsgrundlage bestätigt wurden. Darüber hinaus werden fachliche Datengrundlagen des LfULG (Gefahrenhinweiskarte, Hochwasserrisikokarten) und die Daten der festgesetzten Überschwemmungsgebiete verwendet.

zu RNK

Vorhandene und rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche zur Gewährleistung und Verbesserung der natürlichen Wasserrückhaltung in der Fläche (Retentionsraum) gemäß Ziel 4.1.2.9 LEP (1. Anstrich)

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete „Retentionsraum“ umfassen die Bereiche, in denen sich das Wasser im Hochwasserfall ungehindert ausbreiten soll. Diese betreffen gemäß der Begründung zum Ziel 4.1.2.9 LEP sowohl vorhandene als auch rückgewinnbare Flächen. Fachrechtlich festgesetzte Überschwemmungsgebiete werden in die regionalplanerischen Festlegungen integriert, um den räumlichen Zusammenhang zu gewährleisten und kein kartographisches „Flickennetz“ zu erzeugen.

Mit dem LEP werden keine Kriterien mehr für die Festlegung in den Regionalplänen vorgegeben. Damit entsteht ein planerischer Entscheidungsspielraum, der folgendermaßen in Anspruch genommen werden soll:

Grundsätzlich sollen als Vorranggebiete „Retentionsraum“ die Flächen festgelegt werden, die im Überschwemmungsbereich eines einhundertjährigen Hochwassers liegen und nicht besiedelt sind. Grundlage für die kartographische Festlegung bilden die HWSK. Nach fachplanerischer Ansicht der LTV ist die Benutzung von HQ_T zwar nicht mehr zeitgemäß; besser wäre die Annahme eines bestimmten Wasservolumens. Dafür liegen jedoch zum Zeitpunkt der Erstellung des Planentwurfes keine anwendbaren fachlichen Daten vor.

Darüber hinaus werden rückgewinnbare Überschwemmungsbereiche einbezogen, die z. B. durch die Rückverlegung oder Aufgabe von Deichen entstehen sollen.

Textliche Festlegungen für diese Vorranggebiete sind im Ziel 5.4.2.1 enthalten.

In den Vorranggebieten „Retentionsraum“, die sich mit Vorranggebieten für den Arten- und Biotopschutz überlagern, gilt der Erhaltung und der Wiederherstellung der natürlichen Überschwemmungsbereiche eine besondere Aufmerksamkeit. In der Regel sind hier keine technischen Maßnahmen des Hochwasserschutzes und des sonstigen Wasserbaus notwendig (z. B. Uferbefestigungen). Gerade innerhalb der VRG für den Arten- und Biotopschutz sollen sich die Fließgewässer eigendynamisch entwickeln, was ggf. auch dazu führen kann, dass sich die Gewässerläufe natürlich verändern. Beispielhaft wird auf die Pulsnitz innerhalb der Königsbrücker Heide verwiesen, die sich praktisch ausschließlich im Rahmen der naturschutzfachlichen Zielstellungen entwickeln soll. Ggf. kann in diesen Bereichen auch auf eine zeichnerische Festlegung von VRG für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Retentionsraum und Hochwasservorsorge) gänzlich verzichtet werden.

Besonderheiten ergeben sich im Bereich des Berzdorfer Sees, des Geierswalder Sees und des Tagebaus Reichwalde. Der Berzdorfer See ist gegenwärtig noch gemäß § 72 SächsWG als Teil des Überschwemmungsgebietes der Lausitzer Neiße für ein HQ₁₀₀ festgesetzt. Jedoch liegt für den Berzdorfer See ein wasserrechtlicher Planfeststellungsbeschluss des RP Dresden vom 15.02.2002 vor. Demnach ist die Herstellung einer Wasserfläche bis zu einem Seewasserspiegel von 186,0 bzw. 186,5 m HN fachrechtlich abschließend geregelt. Aus diesem Grund ist es unzumutbar, regionalplanerisch Gebiete als Überschwemmungsbereich auszuweisen, die gemäß dem Planfeststellungsbeschluss auch ohne Hochwassereinfluss zu einer ständigen Wasserfläche (Oberflächengewässer) werden. Die von der LTV erarbeiteten Daten für das neu festzusetzende Überschwemmungsgebiet konnten in diesem Planentwurf noch nicht berücksichtigt werden; eine Einarbeitung ist für den folgenden Planentwurf vorgesehen. Auch beim Geierswalder See wird die bestehende Wasserfläche von der Festlegung eines VRG Retentionsraum freigestellt.

Mit der Umverlegung des Weißen Schöps an den Südrand des Tagebaus Reichwalde ist westlich von Rietschen ein Fließgewässer mit einem neuen Verlauf auf ca. 10 km Länge geschaffen worden. Für den ehemaligen Gewässerlauf wurde das Überschwemmungsgebiet bisher nicht aufgehoben. Dieses (praktisch nicht mehr bestehende Überschwemmungsgebiet) wird im Regionalplan nicht mehr als VRG/VBG für den vorbeugenden Hochwasserschutz festgelegt. Bei der regionalplanerischen Festlegung für den neuen Verlauf des Weißen Schöps werden (zunächst) die fachlichen Daten mit Stand 09.09.2011 (Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen) einschließlich der neu berechneten Daten für den Schwarzen Schöps und der Racklitza verwendet. Im Jahr 2015 wird das Überschwemmungsgebiet durch die Fachplanung nochmals neu ermittelt, so dass Änderungen im weiteren Regionalplanverfahren wahrscheinlich sind.

Risikobereiche in potenziellen Überflutungsbereichen, die bei Versagen bestehender Hochwasserschutzeinrichtungen oder Extremhochwasser überschwemmt werden können (Hochwasservorsorge) gemäß Ziel 4.1.2.9 LEP (2. Anstrich)

Die von den regionalplanerischen Festlegungen für die „Hochwasservorsorge“ betroffenen Gemeinden, Fachplanungsträger und Landnutzer müssen sich der Tatsache bewusst sein, dass auch nach dem Bau einer technischen Hochwasserschutzeinrichtung der dahinter liegende Raum weiterhin Bestandteil des natürlichen Überschwemmungsgebietes bleibt, wenn auch bis zum Bemessungsfall für den Einzelnen verbesserte Schutzmöglichkeiten gegeben sind. Das heißt, auch nach allen möglichen Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes bleibt eine Hochwassergefahr im und am Gewässer.

Die Festlegung dieser potenziellen Überflutungsbereiche dient in erster Linie der Minimierung von Schäden, die bei einem Extremhochwasser (vgl. dazu auch § 75 Abs. 1 Nr. 1 SächsWG) oder beim Versagen von Hochwasserschutzeinrichtungen (vgl. dazu auch § 75 Abs. 1 Nr. 2 SächsWG) entstehen können. Die festgelegten Bereiche umfassen auch bestehende Siedlungsflächen, selbst wenn diese durch technische Anlagen vor einem Hochwasser geschützt sind. Grundlage für die zeichnerische Festlegung bilden die entsprechend der Gefahrenhinweiskarte bei einem Extremhochwasser betroffenen Flächen (<http://www.umwelt.sachsen.de/umwelt/wasser/8845.htm>).

Vorranggebiete „Hochwasservorsorge“ werden dabei, sofern der Bereich nicht bereits als Vorranggebiet „Retentionsraum“ gesichert ist, dort festgelegt, wo bei einem Extremhochwasser bzw. beim Versagen von Hochwasserschutzeinrichtungen eine Wassertiefe von mehr als 2 m oder ein spezifischer Abfluss (Produkt aus Fließgeschwindigkeit und Wassertiefe) von mehr als 2 m³/s auftreten kann. Das sind die Bereiche, in denen vom Sächsischen Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft eine hohe Gefahr (Lebensgefahr außerhalb und innerhalb von Gebäuden, plötzliche Gebäudezerstörung und hohe Sachschäden möglich) gesehen wird (SMUL 2007: Hochwasserschutz in Sachsen). Textliche Festlegungen für diese Vorranggebiete sind im Ziel 5.4.2.2 enthalten.

Vorbehaltsgebiete „Hochwasservorsorge“ umfassen den gesamten Überschwemmungsbereich bei einem Extremhochwasser, sofern die o. g. Kriterien (Wassertiefe bzw. spezifischer Abfluss) nicht erreicht werden. Für diese Bereiche gilt Grundsatz 5.4.2.3.

Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes gemäß Ziel 4.1.2.10 LEP

Die HWSK enthalten sogenannte „Maßnahmenkarten für die Vorzugsvariante“. In diesen Karten sind i. V. m. einer textlichen Maßnahmenbeschreibung örtliche und überörtlich wirksame Maßnahmen enthalten. Die Regionalplanung beschränkt sich im Wesentlichen auf die räumliche Sicherung überörtlich wirksamer und dadurch raumbedeutsamer Maßnahmen. Darüber hinausgehende Planungen und Maßnahmen werden durch eine Nichtausweisung nicht ausgeschlossen, sondern müssen in den entsprechenden Genehmigungsverfahren einzelfallbezogen auf ihre Vereinbarkeit mit den regionalplanerischen Festlegungen und weiteren fachlichen Belangen geprüft werden. In der Regel nicht im Regionalplan festgelegt bzw. geregelt werden bestandserhaltende Maßnahmen (z. B. Deichsanierung), Umbaumaßnahmen an bestehenden Anlagen (z. B. Deichaufhöhungen, Erhöhung des Stauziels u. ä. an bestehenden Hochwasserrückhaltebecken) oder Maßnahmen zur Beseitigung von Abflusshindernissen (z. B. Um-/Rückbau von Brücken, Wehren). Hier sind zur vorsorgenden Standortsicherung keine raumordnerischen Instrumente notwendig und daher allein die fachplanerischen Prioritäten maßgeblich. Ausnahmen bilden komplexe Maßnahmen, die sowohl bestehende, aber aufzuhörende Deichabschnitte und auch neu zubauende Deiche umfassen. Insgesamt muss aber der Neubau des Deiches überwiegen und dadurch Raum in Anspruch genommen werden..

Als regional bedeutsame Standorte des technischen Hochwasserschutzes im Sinne dieses Planes kommen maßstabsbedingt linienhafte Elemente ab 1.000 m Länge (beinhaltet Deichneubau, Deichrückverlegung), Hochwasserrückhaltebecken (Neubau, wesentliche Erweiterung bestehender HRB) in Betracht. Nur diese wurden einer regionalplanerischen Abwägung unterzogen. Die einzelnen Maßnahmen wurden den Hochwasserschutzkonzeptionen entnommen. Für realisierte Projekte bzw. Maßnahmen mit bereits erfolgter Planfeststellung/Genehmigung ist eine raumordnerische Sicherung nicht mehr erforderlich (z. B. Hochwasserrückhaltebecken Rennersdorf). Folgende Standorte des technischen Hochwasserschutzes werden in der Karte Raumnutzung kartographisch festgelegt:

1. Deichrückverlegung am Hoyerswerdaer Schwarzwasser bei Neschwitz (Vorrangstandort)
2. Deichneubau an der Lausitzer Neiße bei Ludwigsdorf/Stadt Görlitz (Vorbehaltsstandort)
3. Hochwasserrückhaltebecken am Puschwitzer Wasser bei Neschwitz (Vorbehaltsstandort)
4. Hochwasserrückhaltebecken am Friedersdorfer Wasser bei Friedersdorf/Gemeinde Markersdorf (Vorbehaltsstandort)

Die Hochwasserrückhaltebecken werden dabei symbolhaft festgelegt. Aus den vorliegenden HWSK lässt sich noch kein flächenhafter Umgriff ableiten, mit dem eine gebietsscharfe Festlegung im Regionalplan begründet werden kann. Die räumliche Konkretisierung erfolgt mit den wasserrechtlichen Verfahren.

Gegenüber dem Regionalplan 2010 werden auf Anregung der LTV, der sich das SMUL angeschlossen hat, die Deichrückverlegung am Hoyerswerdaer Schwarzwasser bei Spohla (Vorbehaltsstandort) sowie die Deichrückverlegung an der Schwarzen Elster südlich des Neuwieser Sees (Vorbehaltsstandort) nicht mehr aufgenommen. Diese Maßnahmen wurden im jeweiligen HWSK benannt. Im Rahmen der vollzogenen Projektplanung – Vorplanung wurden die Varianten der Deichrückverlegung als absolute Vorzugsvarianten betrachtet. Die fachplanerischen Untersuchungsergebnisse, die Abstimmungen mit den TÖB's, Eigentümern usw. ließen der Schlussfolgerung einer Nichtumsetzbarkeit keinen weiteren Spielraum. Für die Deichrückverlegung bei Spohla wurde darüber hinaus die mögliche Gefährdung der bestehenden Bebauung während eines Hochwasserereignisses durch erhöhte Grundwasserstände festgestellt. Für die Deichrückverlegung bei Neuwiese wurden erhebliche Konflikte mit laufenden Planungen der LMBV (PFV Lugteich/Kortitzmühle und Grundwasserwiederanstieg Westrandgraben) festgestellt. Für die Sicherstellung des Hochwasserschutzes für die Ortslagen Nardt, Laubusch und Neuwiese soll der bestehende Deich nunmehr instandgesetzt werden.

- zu 1. Bei Realisierung der Deichrückverlegung bei Neschwitz auf ca. 1.000 m könnten etwa 18 ha Retentionsfläche zurückgewonnen werden. Praktisch handelt es sich um einen Deichrückbau in Kombination mit einem zurückgesetzten Deichneubau. Der entstehende Retentionsraum kann zur Schaffung von Auenwaldstrukturen und -lebensgemeinschaften genutzt werden. Gleichzeitig kann die Ortslage Neschwitz wirksam vor Extremhochwasser geschützt werden. Das Vorhaben ist im „Ergebnis der landesweiten Priorisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen“ (Stand: 30.11.2005) mit dem Priorisierungsstatus „mittel“ eingestuft. Raumnutzungskonflikte sind nicht erkennbar.
- zu 2. Teile der Ortslage Ober Ludwigsdorf haben lediglich einen Schutzgrad bis zu einem HQ₂₀. Ein Schutz der Ortslage bis zu einem HQ₁₀₀ ist durch einen ca. 2 km langen ortsnahe Deich möglich. Durch diese ortsnahe Variante bleibt der gegenwärtig vorhandene Retentionsraum in der Neißeau überwiegend erhalten. Das Vorhaben ist im „Ergebnis der landesweiten Priorisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen“ (Stand: 30.11.2005) mit dem Priorisierungsstatus „mittel“ eingestuft worden. Die in der HWSK dargestellte Variante liegt in einigen Bereichen um den „Catharinenhof“ innerhalb des FFH-Gebietes „Neißegebiet“ (DE 4454302). Diese Überlagerungen sind jedoch im regionalplanerischen Maßstab nicht erkennbar. Aus diesem Grund erfolgt eine Ausweisung als Vorbehaltsstandort. Damit wird klargestellt, dass bezüglich des konkreten Verlaufes des Deiches noch keine Letztentscheidung getroffen wird. Die mit der Projektplanung für den Deichneubau erfolgende räumliche Konkretisierung des Deichverlaufes ist daher so vorzunehmen, dass keine erheblichen Beeinträchtigungen für die Erhaltungsziele des FFH-Gebietes zu erwarten sind.
- zu 3. Am Standort bei Neschwitz kann ein HRB mit ca. 70.000 m³ Volumen vor dem Zusammenfluss von Hoyerswerdaer Schwarzwasser und Puschwitzer Wasser geschaffen werden, welches einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Ortslagen Neschwitz und Zescha leisten kann. Mit dem HRB sind raumordnerisch keine negativen Auswirkungen auf ökologische Belange erkennbar. Da die fachplanerischen Grundlagen bisher als „unsicher“ bewertet werden, erfolgt eine Ausweisung als Vorbehaltsstandort. Das Vorhaben ist im „Ergebnis der landesweiten Priorisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen“ (Stand: 30.11.2005) mit dem Priorisierungsstatus „mittel“ eingestuft.
- zu 4. Das HRB Friedersdorfer Wasser mit einem geplanten Stauraum von ca. 180.000 m³ soll als Grünbecken (ca. 9,1 ha Fläche) Spitzenabflüsse des Friedersdorfer Wassers und damit im Weißen Schöps reduzieren. Das Vorhaben ist im „Ergebnis der landesweiten Priorisierung von Hochwasserschutzmaßnahmen“ (Stand: 30. November 2005) mit dem Priorisierungsstatus „mittel“ eingestuft. Die Ausweisung „nur“ als Vorbehaltsstandort erfolgt aus regionalplanerischer Sicht auch, weil mit der Hochwasserschutzkonzeption für den Weißen Schöps die Notwendigkeit des Baus von HRB nicht ausreichend begründet wurde und den nichttechnischen Maßnahmen einschließlich der Verbesserung des natürlichen Wasserrückhaltevermögens nicht der landesplanerische Vorrang eingeräumt wurde. Dies wurde mit der Bestätigung des HWSK durch das SMUL explizit hervorgehoben.

Die Speicherbecken Bärwalde, Dreiweibern, Lohsa und Burghammer werden entsprechend der in den Sanierungsrahmenplänen erfolgten Festlegungen ebenfalls als Vorrangstandorte für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes festgelegt. Die in den Sanierungsrahmenplänen festgelegten Speicherlamellen bieten ein bedeutendes Potenzial für den Hochwasserschutz an der Spree und der Kleinen Spree. Mit den bereits vorhandenen Wasserbauwerken dieser Tagebauseen ist es an der Spree und der Kleinen Spree möglich, die Hochwasserwelle auch nach der Flutungsphase der Seen im Regelbetrieb enorm zu reduzieren. Das Speichervolumen dieser Seen beträgt etwa 100 Mio.m³! Aus der Summe der Zuleiterkapazität dieser Seen aus der Spree von ca. 33 m³/s im Regelbetrieb ist es möglich, den Durchfluss bei einem HQ₁₀₀ am Pegel Spreewitz (188 m³/s) um ca. 17 % zu senken. Die fachplanerisch festgelegte Nutzung dieser Seen zur Niedrigwasseraufhöhung der Spree in Trockenperioden steht dieser regionalplanerisch vorgesehenen zusätzlichen Nutzung grundsätzlich nicht entgegen.

- zu Z 5.4.2.1 Raumordnerisch kommt es darauf an, Retentionsräume von Bebauung und anderen funktionswidrigen Nutzungen freizuhalten. Dabei ist die kartographische Festlegung (im Gegensatz zur wasserrechtlichen Festsetzung von „Überschwemmungsgebieten“) nicht parzellenscharf.

Mit der vorrangigen Funktion „Retentionsraum“ sind die Nutzungen nicht vereinbar, welche

- den Retentionsraum in diesen Bereichen verringern,
- die Neuschaffung zusätzlicher Retentionsräume behindern können,
- als Abflusshindernis wirken oder
- zu einem erhöhten oder beschleunigten Abfluss von Niederschlagswasser führen oder dazu beitragen können.

Der Begriff einer funktionswidrigen Nutzung umfasst somit insbesondere die bauleitplanerische Inanspruchnahme durch zusätzliche Baugebiete. Funktionswidrig sind weiterhin alle Nutzungen, die einen schadlosen Abfluss des Hochwassers behindern. Diese Hindernisse (z. B. Brücken) sind daher ausreichend auch für große Hochwässer zu dimensionieren, dass keine Überströmung erfolgt bzw. die Bauwerke als Strömungshindernis wirken. Im Einzelfall ist ein Abweichen von der Regel möglich, wenn oberhalb dieser Bauwerke gelegener potenzieller Retentionsraum aktiviert werden kann. Der Neubau von Straßen in „Retentionsräumen“ ist immer konfliktbehaftet. Entweder ist die Straße nicht hochwassersicher oder bei hochwassersicherer Ausführung (z. B. durch erhöhten Aufbau) geht Abfluss- und Retentionsraum verloren. Der Retentionsraum umfasst jedoch nicht nur die überschwemmte oberirdische Fläche, sondern auch das Retentionsvolumen im Boden. Aus diesem Grund zählt die erhebliche Verminderung dieses Volumens ebenfalls zu den funktionswidrigen Nutzungen (z. B. bei Abgrabungen).

Die Vorranggebiete „Retentionsraum“ sind insbesondere bei der Bauleitplanung (Ausweisung von neuen Bauflächen, Brachflächensanierung und -nachnutzung oder Flächendarstellung der Retentionsräume z. B. als Grünfläche oder Wald), beim Bau von Verkehrswegen, bei Geländeänderungen, die das Rückhaltevolumen verkleinern (z. B. Abgrabungen) sowie im Rahmen der agrarwirtschaftlichen und forstwirtschaftlichen Planungen zu beachten. Die Bindungswirkungen betreffen ebenfalls Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes. Daher ist in den Vorranggebieten „Retentionsraum“ auch die Errichtung von Hochwasserschutzanlagen unzulässig, sofern dadurch der raumordnerisch gesicherte Retentionsraum verringert wird.

In Ausnahmefällen und für einzelne Vorhaben kann aus überwiegenden Gründen des Gemeinwohls eine Inanspruchnahme erforderlich sein. Diese Ausnahme wird an die Regelungen im § 78 Abs. 2 und 3 WHG gekoppelt. Für die Siedlungsentwicklung ist dabei von entscheidender Bedeutung, dass keine anderen Möglichkeiten der Siedlungsentwicklung bestehen oder geschaffen werden können (vgl. § 78 Abs. 2 Nr. 1 WHG). Dieser Nachweis ist für die Anerkennung einer Ausnahme im Sinne von Ziel 5.4.2.1, Satz 2 durch den Planungsträger gegenüber der Regionalplanung zu erbringen. Neben dem Nachweis des überwiegenden öffentlichen Interesses ist mit der Genehmigung bzw. Zulassung einer Planung/Maßnahme ein Ausgleich für das verloren gegangene Retentions- und Abflussvermögen zu sichern und vor deren Umsetzung zu realisieren.

Andere Funktionen und Nutzungen sind dagegen durchaus mit der Funktion „Abfluss- und/oder Retentionsbereich“ vereinbar. Retentionsräume sind rezente (noch überflutbare) Fließgewässerauen, welche wichtige Funktionen für den Biotopverbund wahrnehmen und aus diesem Grund auch in das ökologische Verbundsystem einbezogen werden (vgl. Kapitel 5.3 des Regionalplanes). Die Neuanlage von Auwald, der Umbau vorhandener Waldflächen in Auwald oder die Schaffung auwaldähnlicher Strukturen stellt in der Regel eine Verbesserung des vorbeugenden Hochwasserschutzes dar. Gewässerbezogene bauliche Freizeit- und Sporteinrichtungen sind ebenfalls möglich, müssen aber das Überflutungsrisiko beachten und dürfen keine neuen Hochwasserrisiken verursachen (siehe oben).

zu Z 5.4.2.2 Die Festlegungen von VRG/VBG „Hochwasservorsorge“ umfassen auch bereits besiedelte Räume und sollen – trotz des bis zum Bemessungshochwasser vorhandenen bzw. herzustellenden Schutzes – das Bewusstsein für das bestehende Restrisiko schärfen. Weitergehend wird auf die Begründungen zum Grundsatz 4.1.2.8 und zum Ziel 4.1.2.9 LEP verwiesen.

„Eine Rechtsprüfung durch Prof. Faßbender (Universität Leipzig) belegt, dass Hochwasservorsorge durch die Raumplanung auch im Siedlungsbestand rechtssicher umsetzbar ist (BMVBS/BBSR 2013b). Demnach darf die Raumplanung bereits bebaute und bauplanungsrechtlich abgesicherte Gebiete als Vorranggebiete für den Hochwasserschutz ausweisen. Hochwasservorsorge im Siedlungsbestand beeinträchtigt nicht die Nutzungsmöglichkeiten von rechtmäßig errichteten Bauten, führt aber zu Beschränkungen von künftigen, noch nicht realisierten Nutzungen. Dabei ist eine räumliche Differenzierung nach der Gefahrenintensität rechtlich vertretbar. Vorranggebiete dürfen auch seltener als einmal in hundert Jahren überschwemmte Bereiche umfassen. Allerdings müssen sich Festlegungen auf eine hochwasserangepasste Bauweise beschränken. Die Festlegung pauschaler Bauverbote ist somit selbst in Zonen mit Gefahr für Leib und Leben untersagt“ (BBSR-Analysen KOMPAKT 08/2014: Hochwasser: Vor- und Nachsorge, S. 15).

Auf Grund dieser besonderen baurechtlichen Situation im städtebaulichen Innenbereich besteht die Aufgabe der Raumordnung darin, einer Erhöhung des Schadenspotenzials entgegenzuwirken und eine aktive Risikovorsorge zu betreiben. Insbesondere die Gemeinden sollen den Belang der Hochwasservorsorge auch im Siedlungsbestand bei ihren Bauleitplanungen durch entsprechende Vorgaben beachten. Eine ausreichende Risikovorsorge kann, sofern auf eine Bebauung nicht generell verzichtet wird, nur erreicht werden, wenn eine effektive Bau- und Verhaltensvorsorge festgelegt wird. Dies beinhaltet die Verpflichtung zu hochwasserangepasster Bauweise, die z. B. in den Bauleitplänen festzusetzen ist.

Hochwasserempfindliche Nutzungen (Nutzungen mit Sonderrisiken) umfassen Krankenhäuser, Kläranlagen, Energieanlagen (z. B. Umspannwerke, Biogasanlagen, Kraftwerke), Industriebetriebe und Anlagen für die Wasserversorgung. Diese Anlagen besitzen entweder selbst ein erhebliches Schadenpotenzial oder von ihnen geht im Überflutungsfall zusätzlich ein erhebliches Schadenpotenzial aus, z. B. durch die Freisetzung wassergefährdender Stoffe und sind daher in den gefährdeten Bereichen auszuschließen.

zu G 5.4.2.3 Als Vorbehaltsgebiete vorbeugender Hochwasserschutz („Hochwasservorsorge“) werden die Bereiche festgelegt, die bei einem Extremhochwasser bzw. beim Versagen von bestehenden Hochwasserschutzanlagen überflutet werden, sofern sie nicht bereits als Vorranggebiete gemäß den Zielen 5.4.2.1 und 5.4.2.2 gesichert sind. Diese Festlegungen stellen das raumplanerische Pendant zu § 75 des SächsWG „Überschwemmungsgefährdete Gebiete (zu § 76 Abs. 1 WHG)“ dar. Diese Vorbehaltsgebiete umfassen sowohl den besiedelten als auch den unbesiedelten Raum. Mit der Festlegung der Vorbehaltsgebiete wird den Kommunen ein weiter Spielraum belassen, wie sie konkret mit der Nutzung in diesen Gefahrenbereichen umgehen. Es wird aber ausgeschlossen, dass die Gefahr von Extremhochwasser gänzlich unberücksichtigt bleiben darf. Eine Umsetzung soll z. B. durch entsprechende Hinweise zur Hochwassergefährdung in der Bauleitplanung erfolgen.

Die Bezugnahme auf Förderbestimmungen im Plansatz soll bewirken, dass die Förderpolitik mit der Raumplanung in Übereinstimmung gebracht wird. Es sollen nur solche Vorhaben mit öffentlichen Mitteln gefördert werden, die sich in die gesamträumliche Entwicklung einfügen bzw. dieser nicht entgegenstehen (vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowski: Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder. Band 2 Kommentar. L § 4 Randnummer 475ff, RL, Lfg. 1/12–I/2012). So führt auch die Sanierung bestehender Bausubstanz in den bei einem Extremhochwasser gefährdeten Bereichen zu einer Erhöhung des Schadenspotenzials, sofern nicht gleichzeitig (bauliche) Maßnahmen zur Hochwasservorsorge ergriffen werden.

zu Z 5.4.2.4 Ein vollständiger Ausschluss landwirtschaftlicher und insbesondere ackerbaulicher Nutzung in Überschwemmungsbereichen kann nicht begründet werden. Hier wäre zunächst zwischen Abtragung (Erosion) bzw. Sedimentation (Akkumulation) von Boden und damit Nährstoffen zu unterscheiden. Daher sind landwirtschaftliche Nutzungen in den Überschwemmungsbereichen in der Regel möglich, sollten jedoch der Hochwasserjährlichkeit und der zu erwartenden Fließgeschwindigkeit angepasst werden. Seltener überschwemmte Flächen können weiterhin ackerbaulich genutzt werden. Naturentwicklung sollte dagegen für solche Auen angestrebt werden, die häufig überschwemmt werden (< HQ₅). Die Landwirtschaft kann durch eine angepasste Bewirtschaftungsweise und die damit verbundene Wegeinfrastruktur einen Einfluss auf das Hochwassergeschehen und das Schadenspotenzial nehmen. Durch eine an die wasserwirtschaftlichen Verhältnisse angepasste Bewirtschaftung – in der Regel entspricht dies auch einer naturschutzfachlich gewünschten Extensivierung kann das Schadenspotenzial erheblich gesenkt werden. Die Landwirtschaftsbehörden sollten diesen Aspekt in ihre Beratungstätigkeiten aufnehmen und gemeinsam mit den Landwirten Umsetzungsmög-

lichkeiten z. B. im Rahmen von Förderprogrammen oder Betriebskooperationen erarbeiten. Ebenso bietet sich in diesen Gebieten eine Flurneuordnung an.

5.5 Schutz siedlungsklimatisch bedeutsamer Gebiete

- Begriff:** Siedlungsklimatisch bedeutsame Bereiche umfassen regional bedeutsame Frisch- und Kaltluftentstehungsgebiete und siedlungsklimatisch bedeutsame Frisch- und Kaltluftbahnen.
- Karte:** Regional bedeutsame Kaltluftentstehungsgebiete sind Bestandteil der regionalen Grünzüge. Für diese Bereiche gilt Ziel 5.6.1. Regional bedeutsame Frischluftentstehungsgebiete sind in die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zum Schutz des vorhandenen Waldes integriert. Siedlungsklimatisch bedeutsame Frisch- und Kaltluftbahnen sind in der Karte „Raumnutzung“ symbolhaft festgelegt.

Z 5.5.1 Die Funktionsfähigkeit der festgelegten Frisch- und Kaltluftbahnen ist zu erhalten.

Z 5.5.2 Die siedlungsklimatisch bedeutsamen Bereiche sind im Rahmen der kommunalen Bauleit- und Landschaftsplanung auszuformen.

Begründung zu 5.5 Schutz siedlungsklimatisch bedeutsamer Gebiete

zu Z 5.5.1 und RNK

Die Grundlage für die Festlegung von Kalt- und Frischluftbahnen bildet in erster Linie die „Klimauntersuchung für den Freistaat Sachsen“, erarbeitet vom Deutschen Wetterdienst i. A. des SMU im September 1995. Diese Untersuchung kann weiterhin als aktuell bezeichnet werden, da die naturräumlichen Voraussetzungen für die Bildung und den Abfluss von Kalt- bzw. Frischluft (insbesondere Relief) kaum veränderlich sind. Überprüft werden daher ausschließlich Änderungen der Landnutzung mit möglichen Auswirkungen (z. B. Aufforstungen, Bebauungen).

Klimaaktive Flächen sind Voraussetzung für den lokalen Luftaustausch. Als besonders klimaaktiv gelten Flächen mit starker nächtlicher Auskühlung (z. B. Grünland und Ackerland) sowie hoher Reliefenergie (z. B. Hanglagen). In der Nähe von Siedlungen erlangen diese Flächen Bedeutung zur Belüftung und Abkühlung schadstoff- und wärmebelasteter Gebiete besonders bei austauscharmen Wetterlagen. Da eine Kaltluftproduktion in bebauten Gebieten nicht bzw. kaum stattfindet, kommt der wirksamen Sicherung von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftabflussbahnen im inner- und außerstädtischen Freiraum eine hohe Bedeutung zu. Die produktivsten Kaltluftentstehungsgebiete stellen Äcker und Wiesen dar (etwa 12 m³ Kaltluft pro m² und Stunde). Demzufolge hat eine Versiegelung dieser Flächen in der Nähe von Siedlungen, besonders durch emissionsstarke Industrieanlagen, die stärkste Auswirkung auf das Siedlungsklima.

In Frischluftentstehungsgebieten wird verunreinigte Luft durch die Vegetation gereinigt. Besonders starke Frischluftproduzenten sind daher die Wälder. Diese Frischluft gelangt anschließend entlang von Frischluftbahnen (z. B. Gewässer, unbebaute und unbewaldete Hänge) in die Siedlungen. Diese Bahnen dürfen nicht wesentlich durch Hindernisse, vor allem quer zur Abflussbahn, verbaut oder durch Schadstoffquellen belastet werden. Im günstigsten Fall wird die zuvor im Wald gereinigte Luft über Offenlandbereichen abgekühlt und erlangt somit für die Belüftung und die Abkühlung der Siedlungsgebiete eine Bedeutung.

Können Hindernisse von der Kaltluft nicht um- bzw. überströmt werden, bildet sich oberhalb des Hindernisses ein Kaltluftstau, in welchem auch mit einer Erhöhung der Frostgefahr (z. B. Glätte auf Straßen) und mit erhöhten Heizkosten zu rechnen ist, während unterhalb des Hindernisses die Frischluftzufuhr unterbrochen wird.

Besonders die höhergelegenen Offenlandflächen im Oberlausitzer Bergland, die Hanglagen des Tales der Lausitzer Neiße von Zittau bis Görlitz, die unbewaldeten Nordhänge des Zittauer Gebirges, die landwirtschaftlich genutzten Flächen zwischen Hoyerswerda (OT Dörghausen) und Wittichenau, das südliche (Spreetal) und östliche Umland von Bautzen sowie zahlreiche Offenlandflächen zwischen Medingen (Ottendorf-Okrilla) und Ullersdorf (Radeberg) haben eine herausragende Bedeutung klimatischer Ausgleichsraum.

Für Immissionsprognosen, die vorrangig im Rahmen des anlagenbezogenen Immissionsschutzes erstellt werden, wird auf die Veröffentlichung des LfULG verwiesen (SÄCHSISCHES LANDESAMT FÜR UMWELT, LANDWIRTSCHAFT UND GEOLOGIE (Hrsg.): Kaltluftabflüsse bei Immissionsprognosen. Schriftenreihe des LfULG, Heft 27/2012). Diese enthält eine mehrstufige Vorgehensweise zur Berücksichtigung von Kaltluftabflüssen in Immissionsprognosen, wobei durch die Festlegung von regional bedeutsamen Frisch- und Kaltluftbahnen im Regionalplan der erste Schritt – die Feststellung der Relevanz von Kaltluftabflüssen in einem bestimmten Raum – bereits geklärt ist. In den Prognosen ist im Weiteren nachzuweisen, dass die Funktionsfähigkeit dieser siedlungsklimatisch bedeutenden Freiräume durch bestimmte Vorhaben nicht beeinträchtigt wird.

Bedeutungszunahme siedlungsklimatischer Ausgleichsräume durch Klimaänderungen

Die prognostizierten Klimaänderungen sagen bis zum Ende des 21. Jahrhundert neben der allgemeinen Erhöhung der Durchschnittstemperatur eine deutliche Zunahme von heißen Tagen (Lufttemperatur von 30 °C erreicht oder überschritten), und Hitzeperioden (mehrere aufeinanderfolgende Tage mit maximalen Temperaturen von mindestens 30 °C) voraus. Die steigende Anzahl an Tropennächten (Lufttemperatur nicht unter 20 °C) wird darüber hinaus wegen der verminderten nächtlichen Auskühlung zu erhöhten bioklimatischen Belastungen für die Bevölkerung führen. Die Sicherung von Kaltluftentstehungsgebieten und Kaltluftbahnen als siedlungsklimatische Ausgleichsräume gewinnt damit nochmals an Bedeutung. Sind Frisch- und Kaltluftbahnen z. B. durch Bebauung in ihrer Funktion beeinträchtigt, lässt sich dies i. d. R. nicht wieder rückgängig machen.

zu Z 5.5.2 Im Rahmen der kommunalen Landschaftsplanung können die festgelegten Bereiche zunächst räumlich konkretisiert und zusätzlich durch lokal bedeutsame Flächen ergänzt werden. Durch die kommunale Bauleitplanung sind in den im Regionalplan festgelegten Gebieten nur solche Nutzungen vorzusehen, die keine wesentlichen Funktionsbeeinträchtigungen der siedlungsklimatisch bedeutsamen Freiräume und damit eine Verstärkung von lufthygienischen (Schad-

stoffanreicherung) und bioklimatischen (Kältereiz und Wärmebelastung) Belastungen hervorrufen. Erhebliche Funktionsbeeinträchtigungen können z. B. auftreten durch:

- eine abriegelnde, dichte und hohe Bebauung am Siedlungsrand,
- Ansiedlung von größeren emittierenden Betrieben und Anlagen,
- Bau von Straßen mit prognostiziertem hohem Verkehrsaufkommen,
- die Errichtung von Wällen und Dämmen (auch Lärmschutzwänden),
- die windstauende Wirkung von hohem, dichtem Bewuchs (z. B. Wald, dichte Hecken) quer zum Hanggefälle besonders in den unteren Hangbereichen oder
- die Bebauung von Frisch- und Kaltluftbahnen.

5.6 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

- Begriff:** Regionale Grünzüge sind siedlungsnah, zusammenhängende Bereiche des Freiraumes mit unterschiedlichen ökologischen Funktionen oder naturnahen Erholungsmöglichkeiten, die von Bebauung im Sinne einer Besiedlung oder anderen funktionswidrigen Nutzungen (vgl. Begründung zu Ziel 5.6.1) freizuhalten sind. Regionale Grünzüge sind Ziele der Raumordnung.
Die Grünzäsur ist ein kleinräumiger Bereich des Freiraumes zum Schutz siedlungsnaher Erholungsfunktionen und zur Verhinderung des Zusammenwachsens dicht beieinander liegender Siedlungsgebiete, insbesondere im Zuge von Achsen. Grünzäsuren sind Ziele der Raumordnung.
- Karte:** Regionale Grünzüge sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Die Begründungen für die Festlegung der einzelnen regionalen Grünzüge werden im Entwurf des Regionalplanes nach § 6 Abs. 2 SächsLPlG in der Karte „Ökologisches Verbundsystem und regionale Grünzüge“ dargestellt. Grünzäsuren sind in der Karte „Raumnutzung“ symbolhaft festgelegt.
- Z 5.6.1 Regionale Grünzüge sind von Bebauung im Sinne einer Besiedlung oder anderen funktionswidrigen Nutzungen freizuhalten. Davon ausgenommen sind standortgebundene, baurechtlich privilegierte Vorhaben der Land- und Forstwirtschaft und der öffentlichen technischen Infrastruktur, die nicht außerhalb des regionalen Grünzuges realisiert werden können. Die Funktionsfähigkeit des regionalen Grünzuges ist dabei zu gewährleisten.**
- Regionale Grünzüge sind im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung zu konkretisieren. Dabei sollen die regionalen Grünzüge entsprechend den lokalen Gegebenheiten mit innerörtlichen Freiflächen verbunden werden.**
- Z 5.6.2 Grünzäsuren sind von jeglicher Bebauung oder anderen funktionswidrigen Nutzungen freizuhalten.**

Begründung zu 5.6 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

zu Z 5.6.1 und RNK

Durch die räumliche Fixierung der regionalen Grünzüge werden die Ziele des LEP zum Schutz der Landschaft vor Zersiedlung und zur Gliederung von Achsen (Ziel 1.5.4, Ziel 2.2.1.8) räumlich konkretisiert. Regionale Grünzüge nehmen darüber hinaus Funktionen des Schutzes der Kulturlandschaft (Kapitel 5.2 des Regionalplanes) und des ökologischen Verbundsystems (Kapitel 5.3 des Regionalplanes) wahr. Regionale Grünzüge sichern räumlich zusammenhängende Freiräume für unterschiedliche landschaftsökologische Ausgleichsfunktionen (z. B. Klima, Wasserhaushalt) oder für die landschaftsbezogene Erholung vor anderen Nutzungen (z. B. Besiedlung) und vermeiden somit eine Zersiedlung und sonstige Beeinträchtigung des Freiraumes. Mit dem Instrument der regionalen Grünzüge kann ebenso die Umsetzung des Grundsatzes 4.1.3.2 des LEP 2013 zur Reduzierung der Flächenneuanspruchnahme unterstützt werden. Eine Festlegung wird vor allem bei überlagernden, gleichrangig zu behandelnden Funktionen des Freiraumes vorgenommen, wobei ausschließlich Offenlandflächen betrachtet werden. Ausnahmen davon ergeben sich bei kleinräumigen Waldflächen (bis max. 5 ha Größe), die maßstabsbedingt in die regionalen Grünzüge integriert werden. Für den raumordnerischen Schutz von Waldflächen wird ansonsten das Instrument der VRG und VBG zum Schutz des vorhandenen Waldes verwendet.

Als abwägungsrelevante Kriterien wurden bei der Festlegung von regionalen Grünzügen herangezogen:

- Erhaltung und Stärkung des Biotopverbundes (Arten- und Biotopschutz und -verbund),
- Sicherung von empfindlichen Böden mit einem hohen natürlichen Funktionspotenzial für den Trinkwasserschutz in der Umgebung von bedeutenden Grundwasservorkommen und Oberflächengewässern (Wasserschutz),
- Sicherung von Gebieten für die landschaftsbezogene Freizeit und Erholung in Siedlungsnähe (naturnahe Erholung in Siedlungsnähe),
- Schutz der Kulturlandschaft und Erhaltung von Sichtbeziehungen in landschaftlich reizvoller Lage mit Erholungsfunktion (Landschaftsbild),
- Gebiete mit einem hohen Freiflächensicherungsbedarf aus klimatologischer Sicht (Siedlungsklima),
- Umgebungsschutz für Denkmalschutzgebiete sowie Erhaltung charakteristischer Ortsränder insbesondere in der Umgebendehauslandschaft (Ortsbild, Stadtansicht).

Die Festlegung von regionalen Grünzügen erfolgt in erster Linie im Verdichtungsraum Dresden, in den verdichteten Bereichen im ländlichen Raum, entlang der überregionalen und regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachsen sowie im Umfeld der Städte Bautzen, Görlitz, Hoyerswerda und Zittau. Gerade in diesen Gebieten besteht ein raumordnerischer Sicherungsbedarf für Freiraumfunktionen vor einer Inanspruchnahme durch Nutzungen z. B. für Siedlungszwecke.

Die Festlegung regionaler Grünzüge im Verdichtungsraum Dresden erfolgte unter Berücksichtigung des Grundsatzes 1.2.1 LEP derart, dass ein dauerhaft tragfähiges ökologisch wirksames System von Freiflächen gesichert wird. Dabei wurden die für diese Raumkategorie wesentlichen Kriterien des Arten- und Biotopschutzes und -verbundes, der naturnahen Erholung in Siedlungsnähe und des Siedlungsklimas besonders berücksichtigt.

Im Oberlausitzer Bergland und der südöstlichen Oberlausitz einschließlich dem Zittauer Gebirge besteht die Gefahr der Herausbildung einer ungegliederten Siedlungslandschaft (reliefbedingt durch die Siedlungserweiterung aus den Talla-

gen heraus an die Berghänge – vgl. Begründung zu LEP-Ziel 2.2.1.9). Regionale Grünzüge werden deshalb nach Abwägung mit den berechtigten Interessen der Gemeinden an der Bereitstellung von Bauflächen vorrangig an den besonders schutzwürdigen Hanglagen festgelegt, die eine herausragende Bedeutung als klimatischer Ausgleichsraum besitzen (Kaltluftentstehungsgebiete). Dabei wurde besonders berücksichtigt, dass es in Tal- bzw. Beckenlagen schon bei geringeren Siedlungsgrößen und relativ wenig Emissionen zu lufthygienischen Belastungen kommen kann und auf Grund der demografischen Entwicklung einer Neuinanspruchnahme von Freiraum durch Siedlungszwecke enge Grenzen gesetzt sind (vgl. Ziele 2.2.1.4 und 2.2.1.6 LEP). Die Abwägungsgrundlage für die Festlegung siedlungsklimatisch bedeutsamer regionaler Grünzüge bildet die Einstufung als Gebiet mit „hohem Freiflächensicherungsbedarf“ in der „Klimauntersuchung für den Freistaat Sachsen“, erarbeitet vom Deutschen Wetterdienst i. A. des SMU im September 1995. Diese Grundlage gilt weiterhin als aktuell. Des Weiteren treten in diesen Teilräumen – bedingt durch die Lage in Landschaftsschutzgebieten, in attraktiven Tourismus- und Naherholungsgebieten sowie in der Umgebendehauslandschaft – die Kriterien Landschaftsbild, naturnahe Erholung in Siedlungsnähe sowie Ortsbild, Stadtansicht in den Vordergrund. Dem Kriterium „Wasserschutz“ wurde darüber hinaus dort Rechnung getragen, wo kleinflächige Wasserschutzgebiete und erkundete Trinkwasservorkommen existieren, die maßstabsbedingt im Regionalplan nicht kartografisch eindeutig bestimmt werden können, welche jedoch hinsichtlich des quantitativen und qualitativen Wasserdargebotes eine regionale Bedeutung besitzen. Diese Gebiete und Vorkommen wurden in die regionalen Grünzüge integriert.

Regionale Grünzüge werden auch im näheren Umfeld der größeren Städte der Region wie Bautzen, Görlitz, Hoyerswerda und Zittau festgelegt, um die stadtnahen Erholungsräume sowie klimatische und ökologische Ausgleichsräume zu sichern. Diese regionalen Grünzüge sollen auch Funktionen für den ökologischen Verbund zu innerstädtischen Grünbereichen aufnehmen. Für die Stadt Bautzen und deren Umgebung wurde der Denkmalumgebungsschutz entsprechend § 21 SächsDSchG berücksichtigt. Der südlich von Hoyerswerda festgelegte regionale Grünzug wurde auf Grund der siedlungsklimatischen Bedeutung dieser landwirtschaftlich genutzten Flächen vor allem für die Stadt Hoyerswerda festgelegt. Die regionalen Grünzüge um Zittau dienen in erster Linie der Sicherung von siedlungsklimatisch bedeutenden Räumen am Rand des Zittauer Beckens.

Die Festlegung der regionalen Grünzüge erfolgt nicht parzellenscharf, so dass den Gemeinden ein Ausformungsspielraum verbleibt und gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet wird, eine sinnvolle Verbindung zwischen regionalen Grünzügen und innerörtlichen Freiflächen zu schaffen. Die Konkretisierungspflicht der Gemeinden an die als Ziele der Raumordnung festgelegten regionalen Grünzüge ist dann erfüllt, wenn im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung keine Darstellung von Baugebieten oder funktionswidrigen Nutzungen erfolgt. In der Regel genügt es daher, die bereits bestehende Nutzung zu sichern (z. B. durch Darstellung als Fläche für die Landwirtschaft oder Grünfläche). Funktionswidrige Nutzungen im Sinne des Zieles 5.6.1 bezeichnen Vorhaben und Maßnahmen, die mit dem Schutzzweck des jeweiligen regionalen Grünzuges nicht vereinbar sind. Ergänzend zur nachfolgenden Tabelle ist festzustellen, dass die Nutzung regionaler Grünzüge für PV-Freiflächenanlagen und für großflächige Freizeitanlagen generell, also unabhängig von der vorrangigen Bedeutung des Grünzuges ausscheidet (vgl. LEP, Begründung zu Ziel 2.2.1.8).

Bedeutung des regionalen Grünzuges	Nutzung				
	Straße mit überörtlicher Bedeutung (RIN-Stufe 0-IV)	Rohstoffabbau/ Aufhaltung	Aufforstung	mastartige Vorhaben (Funkmast, WEA, Masten von Hochspannungsleitungen)	Wanderwege, Schutzhütten, Aussichtstürme u. ä.
Ortsbild, Stadtansicht	Einzelfall	Nein	Einzelfall	Nein	Ja
Landschaftsbild	Einzelfall	Nein	Einzelfall	Nein	Ja
Naturnahe Erholung in Siedlungsnähe	Nein	Nein	Ja	Nein	Ja
Siedlungsklima	Nein	Einzelfall	Nein	Ja	Ja
Arten- und Biotopschutz und -verbund	Nein	Nein	Einzelfall	Einzelfall	Einzelfall
Wasserschutz	Nein	Nein	Ja	Ja	Ja

Tabelle 5.6-1: Vereinbarkeit von Nutzungen mit regionalen Grünzügen

Im Rahmen von Genehmigungs- und Zulassungsverfahren bzw. der Fachplanung sind regionale Grünzüge ebenfalls zu beachten. Die Zulässigkeit von Planungen und Maßnahmen richtet sich i. d. R. nach Tabelle 5.6.1. Die Formulierung „Einzelfall“ bedeutet, dass der Vorhabenträger entsprechende Untersuchungen vornehmen muss, die eine Beurteilung der Auswirkungen der geplanten Nutzung auf die regionalplanerisch gesicherten Belange erlauben (z. B. Landschaftsbildanalyse, siedlungsklimatisches Gutachten)

Das Ziel 5.6.1 gilt nicht für standortgebundene bauliche Anlagen der Land- und Forstwirtschaft, sofern sie baurechtlich privilegiert sind und somit kein verbindlicher Bauleitplan erforderlich ist (vgl. dazu für die Privilegierung von Tierhaltungsanlagen geänderter § 35 Abs. 1 Nr. 4 BauGB). Darüber hinaus gilt das Ziel nicht für standortgebundene bauliche Anlagen der öffentlichen technischen Infrastruktur (z. B. für den Hochwasserschutz oder die Trinkwasserversorgung). Mit dieser Öffnungsklausel wird klargestellt, dass die benannten standortgebundenen baulichen Anlagen nicht der Zielbindung unterliegen, sofern die Funktionsfähigkeit des betroffenen regionalen Grünzuges erhalten bleibt. Darüber hinaus ist nachzuweisen, dass ein besonderes sachliches Erfordernis für das Vorhaben besteht und Standort- bzw.

zu Z 5.6.2

Trassenalternativen außerhalb des betreffenden regionalen Grünzuges nicht zumutbar sind. Die Ausnahme gilt auch für den Ausbau/Ersatzneubau bestehender Energieversorgungsleitungen auf der vorhandenen Trasse.

Das wesentliche Festlegungskriterium für Grünzäsuren ist die Vermeidung einer bandartigen Siedlungsentwicklung durch die optische Trennung bereits dicht beieinander liegender Siedlungskörper, vor allem entlang der ausgewiesenen Verbindungs- und Entwicklungsachsen. Eine Festlegung wurde i. d. R. bei einem Abstand zwischen den Siedlungskörpern von < 500 m (im Einzelfall bei Siedlungen mit mehr als 10.000 Einwohnern und der Lage an einer Verbindungs- und Entwicklungsachse bei < 1.000 m bzw. zwischen zwei kleinen Siedlungseinheiten mit weniger als 500 Einwohnern und Lage an einer untergeordneten Straße bei einem Abstand < 300 m) vorgenommen. In Ausnahmefällen wurden Grünzäsuren noch bei einem Siedlungsabstand von nur 100 bis 200 m festgelegt, wo jedoch auf Grund des Bewuchses bzw. sonstiger topographischer Gegebenheiten die visuelle Trennung noch wahrnehmbar ist (z. B. zwischen Ober Neundorf (Stadt Görlitz) und Zodel (Gemeinde Neißeau).

Weiterhin wurden folgende Kriterien bei der Festlegung einbezogen:

- räumliche Begrenzung der Siedlungsentwicklung in den Freiraum außerhalb der Zentralen Orte und im Verdichtungsraum Dresden,
- Sicherung kleinräumiger Bereiche für eine siedlungsnaher Erholung,
- Freihalten von Kalt- und Frischluftleitbahnen für Siedlungen zur Verbesserung des Siedlungsklimas,
- Sicherung kleinräumiger Korridore für die Wanderung und Ausbreitung von Tier- und Pflanzenarten zwischen den Siedlungen.

Grünzäsuren sind in der Karte Raumnutzung symbolhaft festgelegt. Das Symbol verläuft dabei quer zu bestehenden Straßen. Die mit der Festlegung verbundene Freihaltung von jeglicher Bebauung beschränkt sich jedoch nicht ausschließlich auf die unmittelbare Straßenumgebung, sondern wirkt tiefer in den Freiraum hinein. Der räumliche Konkretisierungsrahmen ist bei Grünzäsuren deutlich enger gefasst als bei regionalen Grünzügen und beschränkt sich i. d. R. auf die parzellenscharfe Abgrenzung des letzten bereits bebauten Grundstückes vor der Grünzäsur. Nur so können die o. g. Kriterien gesichert werden.

6 Freiraumnutzung

6.1 Land- und Fischereiwirtschaft

Karte: Die Vorranggebiete Landwirtschaft sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. „Bereiche der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“, welche die Landwirtschaft betreffen, sind in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ festgelegt.

G 6.1.1 Zur Aufrechterhaltung der landwirtschaftlichen Flächennutzung sollen ausreichend große zusammenhängende Wirtschaftsflächen erhalten und im Rahmen der Flurneuordnung so gestaltet werden, dass sie im Flächenzuschnitt und in ihrer Gliederung, wie mit Feldgehölzen und Hecken, landschaftsökologischen, ökonomischen und ästhetischen Erfordernissen genügen.

Z 6.1.2 Der ökologische Landbau soll regionsweit gestärkt und ausgeweitet werden. Es ist darauf hinzuwirken, dass die Erhöhung des Anteils ökologisch bewirtschafteter Flächen bevorzugt in den festgelegten „Bereichen mit besonderen Nutzungsanforderungen“ (vgl. Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“) und in den Vorranggebieten Wasserversorgung erfolgt.

Z 6.1.3 Die Teichlandschaften in der Region Oberlausitz-Niederschlesien sind als Bestandteil der Kulturlandschaft für die Fischerei zu erhalten. Die Bewirtschaftung der Teiche hat unter Beachtung ihres hohen ökologischen Wertes zu erfolgen.

Z 6.1.4 In den innerhalb von Vorranggebieten Wasserversorgung gelegenen Vorranggebieten Landwirtschaft ist die landwirtschaftliche Nutzung an den Erfordernissen des Trinkwasserschutzes auszurichten.

Begründung zu 6.1. Land- und Fischereiwirtschaft

zu RNK Durch die Landwirtschaft werden mehr als 45 % der Regionsfläche bewirtschaftet. Vor allem im Bereich des Oberlausitzer Gefildes und in Teilen der Östlichen Oberlausitz prägt die landwirtschaftliche Bodennutzung das Siedlungs- und Landschaftsbild der Region. Ziel 4.2.1.1 LEP 2013 enthält den Auftrag, mindestens 35 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Region als Vorranggebiet Landwirtschaft zu sichern. Diese Vorranggebiete Landwirtschaft können zusätzlich durch Vorbehaltsgebiete ergänzt werden.

Dabei soll die raumordnerische Sicherung landwirtschaftlicher Nutzfläche nicht nur unmittelbar dem Erhalt des bestehenden Anteils an landwirtschaftlicher Nutzfläche im Freistaat Sachsen dienen, sondern im Sinne des Grundsatzes § 2 Abs. 2 Nr. 4 ROG auch dem Erhalt von Flächen, welche für die landwirtschaftliche Produktion langfristig besonders geeignet sind.

Für eine Festlegung als Vorranggebiet Landwirtschaft kommen vor allem Gebiete mit einer hohen natürlichen Ertragsfähigkeit der Böden in Betracht. Diese sind in der Planungsregion vor allem in den Naturräumen Oberlausitzer Gefilde, Westlausitzer Hügel- und Bergland und Östliche Oberlausitz zu finden.

Die konkrete Festlegung der Vorranggebiete Landwirtschaft erfolgt auf der Basis der Karte „Natürliche Bodenfruchtbarkeit“, die durch das Sächsische Landesamt für Umwelt und Geologie im Rahmen des Fachbeitrages des Naturschutzes und der Landschaftspflege zum Landschaftsprogramm des Freistaates Sachsen erarbeitet wurde. Dabei werden insbesondere Gebiete mit Böden mit einer Bodenwertzahl über 50 raumordnerisch gesichert. Zur Arrondierung der festgelegten Gebiete werden teilweise auch Flächen mit einer Bodenwertzahl unter 50 bei der Bestimmung der Vorranggebiete berücksichtigt. Ergänzt werden diese Gebiete durch Flächen, auf denen Sonderkulturen (Hopfen, Obst, Wein) entsprechend dem Feldblockkataster des Freistaates Sachsen angebaut werden. Mit einer Festlegung von Flächen in einer Größe von ca. 94.000 ha als Vorranggebiet Landwirtschaft wird die durch den Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 vorgegebene Quote von 35 % der regionalen landwirtschaftlichen Nutzfläche, die in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien derzeit ca. 205.000 ha (vgl. Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung 2013, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen) beträgt, erfüllt.

Die Festlegung der Vorranggebiete Landwirtschaft trägt zur Sicherung einer langfristigen, ökonomisch tragfähigen landwirtschaftlichen Produktion bei. Zur Erhaltung der hohen Bodenfruchtbarkeit sind vorbeugende Maßnahmen zur Vermeidung bzw. zur Verminderung der Bodenerosion oder sonstiger Bodengefügeschäden erforderlich. Der besondere Schutz dieses wertvollen Bodens vor Abtragung (Rohstoffabbau, Erosion), vor Besiedelung, Versiegelung oder anderen nichtlandwirtschaftlichen Nutzungen ist von regionalplanerischer Bedeutung.

Außerdem dient die Festlegung von Vorranggebieten Landwirtschaft der räumlichen Steuerung der Flächeninanspruchnahme im Freiraum und damit dem Bodenschutz. Auf die entsprechenden landesplanerischen Grundsätze und Ziele und ihre Begründung wird verwiesen (vgl. Grundsätze 2.2.1.1, 4.1.3.1 und 4.1.3.2 sowie Ziel 4.1.3.3 des Landesentwicklungsplanes Sachsen 2013).

Die landwirtschaftliche Nutzung prägt das Landschaftsbild in Teilen der Planungsregion entscheidend, so dass die Landwirtschaft nicht nur produktions-, sondern auch freiraumsichernde Funktionen wahrnimmt (Kulturlandschaftspflege). In ihrer offenlandsichernden Eigenschaft können die landwirtschaftlichen Flächen auch wichtige Funktionen im Wasserhaushalt zur Erhaltung der Grundwasserneubildungsrate erfüllen.

Die Vorranggebiete Landwirtschaft können auch in in der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“ festgelegten „Bereichen der Landschaft mit besonderen Nutzungsanforderungen“ liegen. Die landwirtschaftliche Nutzung in diesen Gebieten soll jedoch unter Berücksichtigung der besonderen an Nutzungs- und Bewirtschaftungsformen gestellten Anforderungen weiterhin fortgeführt werden (vgl. Kapitel 5.1.2 i. V. m. Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“).

zu G 6.1.1 Der Flächenzuschnitt und die Zusammenführung von Eigentum mit dem Grund und Boden können im Rahmen der Flurneuordnung verbessert bzw. durchgeführt werden. Für die landeskulturelle und ökologische Entwicklung großflächiger Agrarräume sind in Anlehnung an die historische Kulturlandschaft die Wegenetze mit den begleitenden Flurgehölzen bedarfsgerecht und in Abstimmung mit den Bodeneigentümern und -nutzern zu verdichten. Hierbei sind Möglichkeiten für den Schutz des Bodens vor Wind- und Wassererosion neben erosionsmindernden Bodenbearbeitungs- und Anbaumaßnahmen besonders zu berücksichtigen (vgl. Ziel 5.1.1.1 und Grundsatz 5.1.2.1 des Regionalplanes). Dabei sollen auch Wege zum Erreichen der Wälder wieder angelegt werden, die beispielsweise im Rahmen der Großflurlandwirtschaft in der ehemaligen DDR beseitigt wurden.

Die Kulturlandschaft und die an diese Landschaft gebundenen Arten können ohne überlebensfähige Landbewirtschaftungsstrukturen nicht erhalten und entwickelt werden, so dass auch in Gebieten mit minderwertigen Böden dem Flächenschutz für landwirtschaftliche Landnutzung oder landschaftspflegerische Maßnahmen hohe Bedeutung beigemessen wird.

zu Z 6.1.2 Beim ökologischen Landbau, der auch als biologischer, organischer oder alternativer Landbau bezeichnet wird, stehen der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und die Nachhaltigkeit der Wirtschaftsweise im besonderen Maße im Vordergrund. Grundregeln des ökologischen Landbaus sind:

- möglichst geschlossene Nährstoffkreisläufe,
- Verzicht auf chemisch-synthetische Dünge- und Pflanzenschutzmittel,
- artgerechte Tierhaltung und Fütterung,
- Verzicht auf synthetische Masthilfen,
- Vorschriften für die Verarbeitung (Einschränkung der erlaubten Zusätze),
- Verzicht auf den Einsatz von gentechnisch veränderten Zutaten, Hilfsstoffen und Mikroorganismen.

Landesplanerisch wird vor dem Hintergrund der Umweltvorteile angestrebt, den Flächenanteil des ökologischen Landbaus an der landwirtschaftlichen Nutzfläche, der in Sachsen im Jahr 2013 bei 4 % (36.192 ha) lag, deutlich zu erhöhen (vgl. Ziel 4.2.1.4 LEP 2013). In der Planungsregion ist der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen mit ca. 2 % noch geringer (Landwirtschaftszählung – Haupterhebung 2010). Auf Grund seiner Bewirtschaftungsweise ist der ökologische Landbau besonders für ökologisch sensible bzw. wertvolle Landschaftsbereiche sowie für Vorranggebiete Wasserversorgung geeignet.

zu Z 6.1.3 Die Teichwirtschaft ist ein besonderer Zweig der Landwirtschaft und besitzt in der Oberlausitz eine lange Tradition. Die ersten Teiche wurden bereits im 13./14. Jahrhundert angelegt. Heute ist die Oberlausitzer Teichlandschaft mit etwa 1.000 Teichen mit einer Gesamtfläche von ca. 5.200 ha eines der größten wirtschaftlich genutzten Teichgebiete Deutschlands. Die Bewirtschaftung und die Pflege der Teiche werden gegenwärtig von ca. 25 Haupterwerbsunternehmen und über 60 Nebenerwerbsbetrieben, Angel- und Naturschutzverbänden sowie Hobbybewirtschaftern getragen.

Die Teiche sind wegen ihrer Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz naturschutzfachlich wertvoll. Die fischereiwirtschaftliche Nutzung ist Voraussetzung für den Bestand der Teiche und eine umweltgerechte Produktionsweise für den Erhalt ihrer herausragenden Bedeutung für den Naturschutz. Die Teiche sind unverzichtbarer Bestandteil der Kulturlandschaft. Die Beibehaltung einer ordnungsgemäßen, den Belangen des Naturhaushaltes und des Artenschutzes gerecht werdenden Nutzung trägt zum Erhalt und der Weiterentwicklung der Teichlandschaft in ihrer charakteristischen Gesamtstruktur und Ausprägung bei.

zu Z 6.1.4 Bei einer Überlagerung von Nutzungen, die miteinander in Konflikt treten können, ist gemäß § 2 Abs. 1 SächsLPlG eine Rangfolge der Festlegungen zu bestimmen. Mit diesem Ziel wird der Vorrang der Trinkwassergewinnung vor einer landwirtschaftlichen Nutzung festgelegt.

Die landwirtschaftliche Nutzung in den von einem Vorranggebiet Wasserversorgung überlagerten Vorranggebieten Landwirtschaft hat so zu erfolgen, dass insbesondere eine qualitative Beeinträchtigung der Wasserressourcen ausgeschlossen ist.

Selbst bei ordnungsgemäßer Verwendung kann der Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Stickstoffdünger in der Landwirtschaft auf grundwassersensiblen Flächen ein Problem für die Wasserversorger sein. Aus diesem Grund gelten in Trinkwasserschutzgebieten Nutzungsbeschränkungen für die Landwirtschaft. Eine grundwasserschonende Landwirtschaft hilft dabei den Grundwasserkörper in seiner potenziellen Funktion für die Trinkwasserversorgung zu erhalten und vor stofflichen Verunreinigungen zu schützen.

Der ökologische Landbau bietet sich auf Grund seiner Bewirtschaftungsweise für eine landwirtschaftliche Nutzung in Vorranggebieten Wasserversorgung besonders an (vgl. Ziel 6.1.2).

6.2 Forstwirtschaft

Karte: Die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Waldmehrung sowie Schutz des vorhandenen Waldes sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Die innerhalb des Braunkohlenplanes Tagebau Nochten (Fortschreibung 2014) festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Waldmehrung wurden nachrichtlich aus diesem übernommen.

Z 6.2.1 In den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Waldmehrung ist nach erfolgter Aufforstung sicherzustellen, dass der Wald langfristig seine ökologischen Funktionen wahrnehmen kann.

Z 6.2.2 Es ist darauf hinzuwirken, dass gestufte und artenreiche Waldränder in ausreichender Breite und vielfältiger Struktur entwickelt werden.

Begründung zu 6.2 Forstwirtschaft

Waldmehrung

zu RNK Die heutige Forstwirtschaft soll die ökonomischen und ökologischen Anforderungen an den Wald gleichzeitig erfüllen, indem sie Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktion gleichrangig behandelt und durch eine naturnahe Bewirtschaftung der Wälder nachhaltig sichert.

Mit Stand vom 1. Januar 2014 beträgt der Waldanteil in der Region 37,2 % (Quelle: <http://www.forsten.sachsen.de/wald/1167.htm>, letzter Aufruf am 23. April 2015). Gemäß Ziel 4.2.2.1 des Landesentwicklungsplanes 2013 ist der Waldanteil in der Planungsregion, auf Grund möglicher Landnutzungsänderungen vor dem Hintergrund des Klimawandels sowie Aufforstungen in den Bergbaufolgelandschaften, auf 38 % der Regionsfläche zu erhöhen. Aufgrund der Waldverteilung bestehen jedoch teils erheblich Defizite an Wald in den überwiegend landwirtschaftlich genutzten Teilräumen der Region. Hierdurch können für die Bevölkerung wichtige Wirkungen des Waldes (Schutz- und Erholungsfunktionen) nur unzureichend oder gar nicht erbracht werden.

Gegenüber dem Regionalplan 2010 besteht der mit dieser Fortschreibung zu erfüllende Handlungsauftrag aus dem LEP 2013 nicht mehr in einer vollständigen Umsetzung des regionalen Waldanteils über die Festlegung von VRG/VBG Waldmehrung. Die zeichnerischen Festlegungen dienen nunmehr der raumplanerischen Unterstützung des sächsischen Waldmehrungszieles.

Die vom Staatsbetrieb Sachsenforst mit dem Projekt „Waldmehrungsplanung“ (Stand: Dezember 2004) vorgeschlagenen Flächen für die Waldmehrung werden ab einer Größe von 10 ha als regional bedeutsam bewertet. Die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten Waldmehrung berücksichtigt somit vorgeschlagene Waldmehrungsflächen größer als 10 ha, sofern im Rahmen der Abwägung keine anderen Belange überwiegen (z. B. Landwirtschaft, siedlungsklimatisch bedeutsame Kaltluftabflüsse).

Die vorliegenden fachplanerischen Daten der Waldmehrungsplanung müssen daher im Rahmen der regionalplanerischen Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen abgeglichen werden. Ein typischer Konflikt kann dabei zwischen der Waldmehrung und den Belangen der Landwirtschaft entstehen. Bei der Fortschreibung des Regionalplanes sind mindestens 35 % der landwirtschaftlich Nutzfläche als Vorranggebiete Landwirtschaft festzulegen (Ziel 4.2.1.1 LEP 2013). Dagegen unterstützt die Regionalplanung das sächsische Waldmehrungsziel; hat aber nicht mehr den Auftrag, den regionalen Waldanteil durch die Festlegung von VRG/VBG Waldmehrung umzusetzen. Damit erhält die Landwirtschaft gegenüber den bisherigen Regionalplänen eine deutlich stärkere Gewichtung, um die Vorgaben des LEP 2013 zu erfüllen. An zahlreichen, bisher im Regionalplan festgelegten VRG/VBG Waldmehrung kann daher zur Vermeidung erhebliche Raumnutzungskonflikte nicht mehr festgehalten werden. Dies betrifft insbesondere die Landschaftseinheiten „Oberlausitzer Gefilde“ und „Östliche Oberlausitz“ mit ihren hohen Bodenwertzahlen. Im Einzelfall wird eine Waldmehrung trotz hoher Bodenwertzahlen regionalplanerisch bevorzugt, soweit es sich um „Gebiete zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes“ gemäß Ziel 5.1.2.2 oder die Umgebung von Fließgewässern handelt.

Zur grundsätzlichen Wahrung der kulturlandschaftlichen Eigenart des Oberlausitzer Gefildes und der Bedeutung von Teilen dieses Gebietes als Kernfläche des ökologischen Verbundes (Agrarräume, vgl. LEP 2013 Karte 7 sowie Ziel 5.3.5 des Regionalplanes) wird auf die Festlegung großflächiger Waldmehrungsgebiete i. d. R. verzichtet wird, um dem Leitbild für die Kulturlandschaftsentwicklung im Oberlausitzer Gefilde zu entsprechen (vgl. Anhang 1 zu Kapitel 5.2 Kulturlandschaftsschutz) sowie eine Verträglichkeit mit den Erhaltungszielen von Natura 2000-Gebieten zu erreichen, die den Agrarraum betreffen. In dieser Landschaftseinheit tritt daher die Strukturierung der Landschaft mit einheimischen Gehölzen oder Hecken als linienhafte Elemente deutlich in den Vordergrund (vgl. Ziel 5.1.1.1 sowie Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“).

Ein deutliches Gewicht erlangt der Belang der Waldmehrung in den Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes (vgl. Ziel 5.1.2.2 i. V. m. der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“) sowie den „Gebieten mit hoher Wassererosionsrate“ (vgl. Ziel 5.1.1.2 i. V. m. der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“). In diesen Bereichen kann eine wirksame Verringerung von Oberflächenabfluss und Wassererosion über eine Aufforstung erreicht werden. Jedoch ist auf Grund der notwendigen Anpassung an die Folgen des Klimawandels bei den Erst- bzw. Wiederaufforstungen Hauptaugenmerk auf die Berücksichtigung der klimatischen Veränderungen, wie z. B. Extremwetterereignisse mit längeren Hitzeperioden, Starkniederschläge, Stürme oder ähnlichem, zu legen.

In der Waldstrategie 2050 für den Freistaat Sachsen heißt es dazu: „Vor dem Hintergrund der neuen gesellschaftlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, wie Energiewende, Klimaschutz, Verminderung der Bodenerosion, Erhalt und Verbesserung der natürlichen Biodiversität sowie Trink- und Hochwasserschutz, wird der walddesetzliche Auftrag zur Waldmehrung zukünftig noch an Bedeutung gewinnen. Dies vor allem deshalb, weil die vielfältigen und weiter steigenden Ansprüche an Wald und Forstwirtschaft im Rahmen einer multifunktionalen Forstwirtschaft auf ganzer Fläche mit den

vorhandenen Waldflächen nicht vollständig erfüllt werden können und neu angelegter Wald eine bedeutende Kohlenstoffsenke darstellt (Senkenleistung entspricht ca. zehn Tonnen CO₂ je Jahr und Hektar gemäß Berechnungen des Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC).“ (Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, 2013)

Zur rechtzeitigen Vorsorge und damit zum wirksamen Schutz der Ortslage Bluno (Gemeinde Elsterheide) bei einer bergbaulichen Inanspruchnahme des Abbaubereiches für die Braunkohlegewinnung Bka 4** Welzow-Süd (sächsischer Anteil) erfolgte zwischen dem Abbaubereich und der Ortslage Bluno die Festlegung eines Vorranggebietes für Waldmehrung. Die Aufstufung von diesem im Regionalplan 2010 als Vorbehaltsgebiet Waldmehrung festgelegten Bereich zu einem Vorranggebiet ist durch das zwischenzeitlich abgeschlossene Braunkohlenplanverfahren begründet.

Dem im Bereich der Stadt Weißwasser/O.L. (Abrissfläche Weißwasser Süd) zeichnerisch festgelegten Vorranggebiet Waldmehrung kommt im Zusammenhang mit dem in diesem Raum betriebenen Tagebau Nochten im Hinblick auf den Immissionsschutz eine besondere Bedeutung zu.

Aufforstungen im Gebiet der Bergbaufolgelandschaften und hier insbesondere in den wieder nutzbar zu machenden, stillgelegten Braunkohlentagebauen sind zu einem Teil bereits realisiert. Mit den bereits erfolgten Aufforstungen ist die regionalplanerische Festlegung zum Zwecke der Waldmehrung entbehrlich geworden. Sofern diese Bereiche wichtige und regional bedeutsame Waldfunktionen wahrnehmen, erfolgte einzelfallbezogen eine Festlegung als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet zum Schutz des vorhandenen Waldes. Noch nicht realisierte Aufforstungen in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Wald gemäß der Braunkohlenpläne als Sanierungsrahmenpläne wurden dagegen weiterhin berücksichtigt, sofern sich aus der angestrebten regionalen Entwicklung (z. B. REK Lausitzer Seenland, Natura 2000) keine erheblichen Konflikte abzeichnen.

Auf Grund von durchgeführten Zielabweichungs- bzw. Bauleitplanverfahren werden ein Vorranggebiet Waldmehrung (südwestlich Hirschfelde) und zwei Vorbehaltsgebiete Waldmehrung (südlich des Verkehrslandeplatzes Rothenburg/O.L. und südwestlich des Gewerbegebietes Bergen) in der jetzigen Gesamtfortschreibung des Regionalplanes nicht mehr festgelegt.

Die festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Waldmehrung in einer Größenordnung von ca. 1.197,2 ha (Vorranggebiete) bzw. ca. 2.905,8 ha (Vorbehaltsgebiete) können einer weiteren Erhöhung des Waldanteils in der Region dienen, um den gemäß LEP Ziel 4.2.2.1 angestrebten Zielwert von 38 % Waldanteil in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien zu erreichen. Darüber hinaus stellen die zeichnerisch festgelegten Gebiete zur Waldmehrung ein regionalplanerisches Angebot für Ausgleichsflächen gemäß § 8 Abs. 3 Nr. 1 SächsWaldG dar.

Zu Z 6.2.1 Zur Umsetzung der VRG/VBG Waldmehrung ist es erforderlich, dass nach einer dort erfolgten Aufforstung langfristig ein Wald entsteht, der die standörtlich relevanten Waldfunktionen erfüllen kann. Raumplanerisch besteht nach der Umsetzung der Waldmehrung kein Schutz für den entstehenden Wald. Um derartige Nutzungskonflikte auszuschließen, ist das Ziel 6.2.1. erforderlich.

Schutz des vorhandenen Waldes

zu RNK Der Wald hat auf Grund seiner Regulationsfunktion, seiner Leistungen für den klimatischen und ökologischen Ausgleich sowie für den Arten-, Grundwasser- und Bodenschutz besondere Bedeutung im Naturhaushalt. Der landschaftsbildprägende Charakter sowie die ästhetischen und Wohlfahrtswirkungen des Waldes sind wichtig für die Erholungsnutzung. Jede Waldfläche erfüllt Nutz-, Schutz- und auch Erholungsfunktionen in unterschiedlichem Maße, wobei die einzelnen Funktionen gleichberechtigt nebeneinander stehen. Der Wald in den Vorrang- und Vorbehaltsgebieten nimmt existenzielle Funktionen für die Umwelt und das Gemeinwohl wahr und soll vor Beeinträchtigung oder Zerstörung geschützt werden.

Auf Grund der sich ändernden klimatischen Bedingungen rückt die Schutzbedürftigkeit des vorhandenen Waldes stärker in den Fokus. Angestrebtes Ziel der Waldstrategie 2050 für den Freistaat Sachsen ist es daher, dass „multifunktionale, ökologisch stabile und an den fortschreitenden Klimawandel anpassungsfähige Wälder den Menschen für die Befriedigung ihrer vielfältigen Bedürfnisse an Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen in den bisherigen Waldgebieten weiterhin zur Verfügung stehen.“ (Sächsisches Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft, 2013). Diesbezüglich wird auf das Ziel 5.1.1.3 des Regionalplanes verwiesen.

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete zum Schutz des vorhandenen Waldes (nachfolgend VRG/VBG Wald) wurden vorrangig auf der Grundlage der Waldfunktionenkartierung des Freistaates Sachsen zeichnerisch festgelegt. Die Erstkartierung erfolgte im Zeitraum 1994–2000. In den vergangenen Jahren erfolgte eine Aktualisierung der Waldfunktionenkartierung, in dessen Ergebnis für den Freistaat Sachsen eine deutliche Flächenzunahme bei Waldfunktionen, die auf einer gesetzlichen Grundlage basieren und einer Flächenzunahme der Waldfunktionen auf Grund gutachterlicher Ausscheidungskriterien zu verzeichnen war. Einen bedeutenden Zuwachs haben dabei Wälder mit Naturschutzfunktionen auf Grund der Lage in einem Natura 2000-Gebiet.

Auf Grund der bestehenden gesetzlichen Vorschriften (SächsWaldG) und fachplanerischer Zielsetzungen (Waldfunktionen mit speziellem Schutzstatus kraft Gesetz bzw. durch Rechtsvorschrift) wurden bestehende Wälder nur dann mit einer raumplanerischen Festlegung belegt, wenn konkurrierende Nutzungsansprüche zu erwarten sind und/oder eine besondere Schutzwürdigkeit des Waldes (Funktionsüberlagerungen) gegeben ist.

Die Festlegung von VRG/VBG Wald konzentriert sich i. d. R. auf:

- Restwälder in waldarmen Gebieten der Region (z. B. Oberlausitzer Gefilde),
- Wälder mit regional bedeutsamen Schutzfunktionen (Hochwasserschutz, Bodenschutz, Klima-, Immissions- und Lärmschutz, Generhaltung), die nicht bereits über andere regionalplanerische Festlegungen (z. B. VRG für den Arten- und Biotopschutz) geschützt werden.

Restwaldflächen in waldarmen Regionen (z. B. Oberlausitzer Gefilde) erfüllen allein durch ihr Vorhandensein mehrere Funktionen (z. B. Bodenschutz, Hochwasserschutz) und dienen zudem als Rückzugsraum für viele walddgebundene Tier- und Pflanzenarten. Zusätzlich erfüllen sie wichtige Funktionen im ökologischen Verbundsystem und für die Erho-

lung. Größere Waldflächen (z. B. Leipsberg bei Elstra) innerhalb des waldarmen Teilgebietes der Region wurden ebenfalls aufgenommen, da sie i. d. R. zusätzlich landschaftsprägend sind.

Der Wald bewahrt die von ihm eingenommene Fläche vor den Auswirkungen von Wasser- (Rinnen-, Flächenerosion) und Winderosion, Aushagerung, Steinschlag und Rutschvorgängen vor allem im Oberlausitzer Bergland, im Zittauer Gebirge sowie auf Binnendünen und Kippen im Tiefland. Ein mehrstufiger Waldaufbau bzw. die Naturverjüngung unterstützen dabei die ständige Bestockung und vermeiden damit vegetationslose Phasen, in denen die Erosionsgefahr am größten ist. Regional bedeutsame Bodenschutz- und Hochwasserschuttfunktionen sind für die Festlegung von Vorranggebieten Wald in den Gebieten zur Erhaltung und Verbesserung des Wasserrückhaltes in der Östlichen Oberlausitz, im Zittauer Gebirge und Teilen des Oberlausitzer Berglandes und des Westlausitzer Berglandes ausschlaggebend (vgl. Ziel 5.1.2.2 i. V. m. der Karte „Landschaftspflege, -sanierung und -entwicklung“). Hangwaldbereichen an den Fließgewässern wie Lausitzer Neiße, Weißer und Schwarzer Schöps, Mandau und Wesenitz kommen spezielle Funktionen des Boden-, aber auch des Hochwasser- und Naturschutzes zu.

Lärm- und Immissionsschutz bietet der Wald südlich und südwestlich von Weißwasser/O.L. vor dem vorbeiziehenden Tagebau Nochten. Deshalb werden überwiegende Teile des bestehenden Waldes zwischen dem Stadtgebiet und dem Geltungsbereich des Braunkohlenplans Nochten als Vorranggebiet ausgewiesen.

Kleinere Wälder mit regionaler Klimaschutzfunktion wurden als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen (z. B. bei Mehltheuer südöstlich von Bautzen).

Wald mit besonderer Generhaltungsfunktion dient der nachhaltigen Sicherung und Förderung der genetischen Vielfalt der forstlichen Bestände. Generhaltungsbestände dienen der Erhaltung des genetischen Potenzials und sichern die Anpassungsfähigkeit von Arten und Populationen an sich verändernde Umweltbedingungen. Waldflächen mit besonderen Generhaltungsfunktionen gibt es insbesondere im Bereich des Muskauer Faltenbogens östlich der Stadt Weißwasser/O.L. und südwestlich der Stadt Bad Muskau. Kleinere Generhaltungsflächen befinden sich in vielen Waldgebieten der Region. Die flächenhafte Darstellbarkeit war hierbei Kriterium für die Festlegung als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet Wald in der Karte „Raumnutzung“.

Insbesondere im Zittauer Gebirge, am Löbauer Berg und nordöstlich von Großpostwitz/O.L. überlagern sich Bodenschutzwälder mit anderen Waldfunktionen. Die Funktionsüberlagerungen und die besondere Bodenschuttfunktion auf Grund der hohen Erosionsgefährdung begründen die Vorrangfestlegung. Bei geringerer Hangneigung und weniger stark exponierten Erosionsgebieten werden entsprechende Waldflächen insbesondere im Oberlausitzer Bergland mit der Vorbehaltsfestlegung gesichert.

Eine besondere Bedeutung wird dem Schutz des vorhandenen Waldes im Rahmen der Konfliktlösung mit dem potenziellen Rohstoffabbau beigemessen. So werden die Belange des Waldschutzes insbesondere dann berücksichtigt, wenn großflächige Waldflächen über ebenso großflächigen Rohstofflagerstätten liegen. In diesem Fall soll die Festlegung von Teilen dieser Wälder als VRG/VBG eine zeitliche Steuerung des Rohstoffabbaus bewirken und somit verhindert werden, dass ein gleichzeitiger, das gesamte Waldgebiet betreffender Abbau erfolgt. Bei einer entsprechenden Überlagerung werden regional bedeutsame Rohstofflagerstätten in die Kategorie „langfristige Rohstoffsicherung“ eingeordnet (vgl. Kapitel 6.3 des Regionalplanes).

Wälder mit besonderer Erholungsfunktion gelten als Kriterium für die Festlegung von VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz. Der Schutz des Waldes ist somit in diese Festlegung integriert worden (vgl. auch Begründung zu Kapitel 5.2).

Auf eine Festlegung von VRG/VBG Wald wurde ebenso verzichtet, sofern eine Festlegung als Vorranggebiet für den Arten- und Biotopschutz erfolgt. In diesem Fall ist der Wald über die vorrangigen Belange des Arten- und Biotopschutzes mit gesichert. Eine überlagernde Festlegung von VRG/VBG Wald erfolgte dagegen bei Wäldern mit den o. g. regional bedeutsamen Schutzfunktionen (insbesondere Bodenschuttfunktion, Immissions- und Klimaschutzfunktion), die in VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz liegen. Hier kann ein raumordnerischer Schutz des Waldes nur durch eine Überlagerung erreicht werden (betrifft z. B. Zittauer Gebirge, Oberlausitzer Bergland).

Wälder, die in den Plangebieten der Sanierungsrahmenpläne liegen, werden in Abhängigkeit von ihrer besonderen und regional bedeutsamen Schutzfunktion sowie unter Abwägung mit aktuellen Entwicklungstendenzen im entstehenden Lausitzer Seenland teilweise neu bewertet. Darin eingeflossen sind die Belange der Erholungsnutzung sowie die Anforderungen, die sich aus dem Natura 2000-Netz ergeben.

zu Z 6.2.2 Das Ziel richtet sich in erster Linie an die Forstbehörden, die im Rahmen ihrer Beratungstätigkeit und durch die Vergabe von Fördermitteln auf diesen Aspekt hinweisen sollen.

An Waldrändern können sich auf Grund der spezifischen Standortverhältnisse (z. B. bessere Wasserversorgung, stärkerer Lichteinfall als innerhalb des Waldes) artenreiche Mantel- und Saumgesellschaften herausbilden. Waldränder mit einer ca. 10 m breiten feldseitigen Strauchzone aus heimischen, standortgerechten Arten und einer vorgelagerten 3 bis 5 m breiten Krautzone sind ökologisch wertvolle Übergangsbereiche zwischen Feld und Wald. Des Weiteren bieten Waldränder besonders in der waldarmen Gefildelandschaft Schutz vor Sturmschäden oder Austrocknung.

Gemeinsam mit Weg- und Wiesenrainen sowie Feldgehölzen bilden strukturreiche Waldränder wichtige Vernetzungslinien im Biotopverbund. Darüber hinaus wird durch struktur- und artenreiche Waldränder das Landschaftsbild aufgewertet und die Erholungseignung erhöht.

6.3 Rohstoffsicherung

Karte: Die Vorranggebiete für den Braunkohlenabbau, Vorranggebiete für den Rohstoffabbau, Vorranggebiete für die langfristige Sicherung von Rohstofflagerstätten und Vorbehaltsgebiete für Rohstoffabbau sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Die Vorranggebiete für den Braunkohlenabbau Nochten und Reichwalde sowie Welzow-Süd sind aus den verbindlichen Braunkohlenplänen Nochten, Reichwalde und Welzow-Süd übernommen. Die entsprechende Auflistung der Gebiete ist im Anhang zu Kapitel 6.3 enthalten.

Z 6.3.1 Die Rohstoffgewinnung und Wiedernutzbarmachung in den Vorranggebieten für den Rohstoffabbau KS 20 Neundorf und KS 42 Oberoderwitz sind so zu gestalten, dass eine Gefährdung für die Grundwasservorräte in den Vorranggebieten Wt 29 Bernstadt a. d. Eigen und Wt 31 Oderwitz-Nord ausgeschlossen wird.

Z 6.3.2 Die Rohstoffgewinnung im Vorranggebiet für den Rohstoffabbau Kao 1 Caminau ist so zu gestalten, dass das Maß einer Beeinträchtigung grundwasserbeeinflusster Standorte im Randbereich des Biosphärenreservates „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ dem Schutzzweck nicht entgegensteht.

Z 6.3.3 Die Rohstoffgewinnung und Wiedernutzbarmachung in den Vorranggebieten für den Rohstoffabbau KS 7 Würschnitz und KS 33 Feld Radeburg (östlicher Teil) sind so zu gestalten, dass eine Gefährdung der Trinkwasservorräte im Wasserschutzgebiet „Speichersystem Radeburg (Wasserwerk Rödern)“ ausgeschlossen wird.

Begründung zu 6.3 Rohstoffsicherung

zu RNK Die Oberlausitz ist weiterhin ein bedeutendes Bergbaugebiet in Sachsen. Vorhanden sind umfangreiche abbauwürdige Braunkohlenvorkommen, wichtige Industriemineralien, wirtschaftlich bedeutsame Kiese und Sande sowie überregional nachgefragte Hart- und Werksteine. Die Braunkohlenvorkommen bilden die Grundlage für die Strom- und Wärmeherzeugung in den Kraftwerken der Lausitz. Industriemineralien dienen als Rohstoffe in der Produktion von zahlreichen Industriezweigen in der Region Oberlausitz-Niederschlesien und darüber hinaus.

Laut Ziel 4.2.3.1 LEP 2013 sind in den Regionalplänen die raumordnerischen Voraussetzungen für eine vorsorgende Sicherung, geordnete Aufsuchung und Gewinnung von standortgebundenen Rohstoffen durch die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten zu schaffen. Die Festlegungen berücksichtigen

- eine rohstoffgeologische Bewertung der Lagerstätten,
- eine landesweite und regionale Bedeutsamkeit der Rohstofflagerstätten sowie
- eine Sicherung von genehmigten Abbauvorhaben sowie von Erweiterungs- und Ersatzflächen für bestehende Betriebe.

Die Festlegung von Gebieten in der Karte Raumnutzung umfasst die Vorranggebiete für den Braunkohlenabbau, Vorranggebiete für den Rohstoffabbau, Vorranggebiete für die langfristige Sicherung von Rohstofflagerstätten sowie Vorbehaltsgebiete für Rohstoffabbau.

Die raumordnerische Sicherung der Rohstoffversorgung ist angelegt für einen kurzfristigen Bedarf (20–30 Jahre) sowie einen darüber hinausreichenden langfristigen Bedarf. Die Regionalplanung beschränkt sich bei der Auswahl der Gebiete auf regional bedeutsame Lagerstätten. Eine regionale Bedeutsamkeit wird in der Regel bei Massenrohstoffen wie Kies, Sand und Festgesteinen ab einem Lagerstätteninhalt von ca. 1 Mio. t bzw. einer Flächengröße von ca. 10 ha angenommen. Bei wirtschaftlich hochwertigen Rohstoffen (Kaolin, Bentonit, Quarzsand, Festgestein mit Werksteinqualität) kann dagegen nach Einzelfallprüfung eine Festlegung unter dem Aspekt der Darstellbarkeit in der Karte Raumnutzung (räumliche Bestimmbarkeit) auch bei geringerem Lagerstätteninhalt gegeben sein. Die Festlegung der Gebiete erfolgte unter der Voraussetzung, dass ein Vorkommen in Nutzung, erkundet bzw. ausreichend nach Lage und Umfang bekannt („gefolgt“) ist. Auf die Festlegung von „vermuteten“ Vorkommen wurde verzichtet.

Weitere Grundlagen für die Auswahl von festzulegenden Gebieten sind die Erläuterungskarten 10 und 11 aus dem LEP 2013 (Klassifizierung der Vorkommen von Steine- und Erden- Rohstoffen, aktiver Steine-Erden-Bergbau bzw. Klassifizierung der Braunkohlenlagerstätten, Verbreitung erz- und spathöflicher Gebiete). Somit werden sowohl die aktuell genutzten Rohstoffe als auch weitere, die für eine zukünftige Nutzung in Frage kommen können (Bentonit, Quarzsand), berücksichtigt.

Für die Planungsregionen wurden vom LfULG 2014 Flächenvorschläge für die Rohstoffsicherung erarbeitet. Die Vorschläge enthalten u. a. die kurz- und langfristig zu sichernden Rohstoffvorkommen, Angaben zu im Abbau befindlichen Vorhaben sowie zu den geologischen Lagerstättenvorräten. Die Lagerstätten sowie die Betriebe mit zugelassenen bzw. im Verfahren befindlichen Betriebsplänen bzw. Genehmigungen wurden raumordnerisch geprüft und bewertet und bei entsprechender Eignung nach Abwägung mit anderen Raumnutzungsansprüchen, auch unter Berücksichtigung der Seltenheit und Qualität sowie der landesweiten Bedeutsamkeit des Rohstoffes als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet festgelegt.

Zur Sicherung des langfristigen, jedoch nicht quantifizierbaren, Rohstoffbedarfes kann darüber hinaus die Überlagerung von Rohstofflagerstätten mit Raumnutzungen, die den Rohstoff nicht dauerhaft blockieren und somit neben den

festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten ebenfalls zur Sicherung der Rohstoffversorgung beitragen, erfolgen. Die Festlegungen orientieren sich in ihrer flächenmäßigen Abgrenzung nicht vorrangig an (bergbaulichen) Berechtsamkeitsflächen, sondern an der geologischen Kenntnis über die Rohstoffvorkommen. Somit können rohstoffgeologisch unbegründete Restriktionen für andere Raumnutzungen ausgeschlossen werden.

Für die in FFH-Gebiete hineinreichenden bzw. an diese Gebiete angrenzenden Rohstofflagerstätten wurde bei der Vorrang- bzw. Vorbehaltsfestlegung ein genereller Abstand von 200 m (Pufferzone) zugrunde gelegt. Die Festlegung dieses generellen Abstandes von 200 m zwischen einem FFH-Gebiet und einem Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet für oberflächennahe Rohstoffe (Pufferzone) wurde pauschal ermittelt und erfolgte unter dem Aspekt der raumordnerischen Konfliktvermeidung (vgl. auch Erbguth, W. und W. Schoenenberg: „Raumordnungs- und Landesplanungsrecht“. Köln 1992). Die Festlegung eines Mindestabstandes, der im Einzelfall auch größer sein kann, trägt dem Schutz des FFH-Gebietes vor äußeren Einwirkungen (Umgebungsschutz) Rechnung. Es erfolgt jedoch kein genereller Ausschluss für einen Abbau außerhalb der ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für oberflächennahe Rohstoffe (keine Inanspruchnahme des Planungsvorbehaltes im Sinne von § 35 Absatz 3 Satz 3 BauGB). Ein Rohstoffabbau in der Pufferzone wird daher raumordnerisch nicht ausgeschlossen, er wird lediglich nicht bevorzugt. Voraussetzung für einen Abbau in diesen Bereichen bildet die im Rahmen der Betriebsplanverfahren ggf. erforderliche FFH-Verträglichkeitsprüfung. Sofern daher bereits ein Rahmenbetriebsplan oder eine Genehmigung für einen Gewinnungsbetrieb vorliegt, mit dem eine Verträglichkeit mit den maßgeblichen Erhaltungszielen nachgewiesen wurde, erfolgte in Ergänzung zum oben beschriebenen Konzept eine entsprechende Festlegung. Für SPA-Gebiete ist kein Abstand festgelegt.

Für die Rohstoffgruppe Festgesteine wird in Bezug auf eine Verringerung von Immissionen (Staub, Lärm, Erschütterungen) eines möglichen Rohstoffabbaus die Festlegung von Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebieten oberflächennaher Rohstoffe für noch nicht betriebene Tagebaue so vorgenommen, dass ein Mindestabstand von 300 m zu vorhandenen Wohnbebauungen gewährleistet ist. Der entsprechende Abstand zur vorhandenen Wohnbebauung ist für Lockergesteine mit 150 m festgelegt und berücksichtigt damit die geringe Belastungsintensität beim Abbau dieser Rohstoffe. Unterhalb dieses Mindestabstandes werden Rohstofflagerstätten daher nicht mehr raumordnerisch bevorzugt.

Als Grundlage für den raumordnerisch zu sichernden Rohstoffbedarf für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien diente die über einen Zeitraum von 2003 bis 2012 für Sachsen ermittelte durchschnittliche Rohstofffördermenge aus Lagerstätten, die unter Bergrecht stehen. Der Anteil an der sächsischen Fördermenge gliedert sich für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien wie folgt:

Kies	ca. 21 %
Festgestein	ca. 41 %
Ton und Lehm	ca. 29 %
Kaolin	ca. 62 %

Auf der Grundlage dieses ermittelten Förderanteiles für die Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien erfolgte eine Abschätzung des kurzfristigen (20–30 Jahre) Rohstoffbedarfes. Der Bedarf für die einzelnen Rohstoffgruppen stellt sich somit für die Planungsregion wie folgt dar:

Rohstoffgruppe	kurzfristiger Bedarf	Restvorräte in zugelassenen Abbaugebieten (Bergrecht)
Festgestein	160–241 Mio. t	175 Mio. t
Kiese und Kiessande	63–95 Mio. t	191 Mio. t
Tone, Spezialtone, Lehme	7–11 Mio. t	19 Mio. t
Kaolin	23–35 Mio. t	46 Mio. t

Tabelle 6.3-1: Abschätzung des kurzfristigen Rohstoffbedarfes und Zusammenstellung der Restvorräte in bergrechtlich zugelassenen Abbaugebieten nach Ermittlung LfULG (2014)

Die Zuordnung von Abbaugebieten zum Bergrecht und damit der Aufsicht des sächsischen Oberbergamtes folgt den historischen Gegebenheiten bzw. der Zuordnung nach BBergG. Darüber hinaus sind mittlerweile Abbaugebiete für Kies und Sand außerhalb des Bergrechts genehmigt. Von diesen Betrieben sind keine Förderzahlen bekannt. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass die in der Übersicht zitierten Vorratszahlen und Abbaumengen den nahezu vollständigen Umfang abbilden. Weiterhin ist zu bedenken, dass Rohstoffe die dem Grundeigentum unterliegen, nicht zwangsläufig einer Gewinnung zugänglich werden. Daher ist eine vorsorgliche Ausweisung von größeren Gebieten für den möglichen Abbau zweckmäßig.

Die durch die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten raumordnerisch gesicherten Rohstoffe umfassen folgende Größenordnungen:

Rohstoffgruppe	kurzfristige Sicherung		Vorranggebiete für die langfristige Sicherung
	Vorranggebiet	Vorbehaltsgebiet	
Festgestein	ca. 440 Mio. t	ca. 71 Mio. t	130 Mio. t
Kiese und Kiessande	ca. 241 Mio. t	ca. 233 Mio. t	231 Mio. t
Tone, Spezialtone, Lehme	ca. 18 Mio. t	ca. 157 Mio. t	9 Mio. t

Rohstoffgruppe	kurzfristige Sicherung		Vorranggebiete für die langfristige Sicherung
	Vorranggebiet	Vorbehaltsgebiet	
Kaolin	ca. 47 Mio. t	ca. 62 Mio. t	63 Mio. t
Quarzsand	Ca. 2 Mio. t	ca. 17 Mio. t	2 Mio. t
Bentonit	ca. 11 Mio. t	–	39 Mio. t

Tabelle 6.3-2: Raumordnerisch gesicherte Rohstoffe in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien

Mit den in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien festgelegten Vorrang- und Vorbehaltsgebieten kann eine Sicherung des kurz- und langfristigen Rohstoffbedarfes und somit eine nachhaltige Rohstoffversorgung gewährleistet werden. (Anmerkung: Bei den angegebenen Vorräten handelt es sich um die nach heutiger Auffassung wirtschaftlich gewinnbaren Vorratsmengen. Berücksichtigt wurden die bereits abgebauten Rohstoffmengen gegenüber den Festlegungen im Regionalplan von 2010.)

Braunkohle

Langfristig werden die Braunkohlentagebaue Nochten, Reichwalde und Welzow-Süd weiterbetrieben. Sie versorgen im Wesentlichen das Kraftwerk Boxberg, das auf brandenburgischem Gebiet gelegene Kraftwerk Schwarze Pumpe sowie die Brikettfabrik Schwarze Pumpe. Die beiden Kraftwerke sind vorrangig überregional bedeutsame Stromerzeuger, dienen jedoch auch der Fernwärmeversorgung von Weißwasser/O.L., Boxberg/O.L., Hoyerswerda und Spremberg. Die Erzeugung der Brikettfabrik Schwarze Pumpe umfasst Brikett und Kohlenstaub. Ein kleiner Teil der Braunkohlenförderung wird traditionell von Zuckerfabriken und Zementwerken nachgefragt. Die raumordnerische Sicherung der Braunkohlenlagerstätten ist mit der Festlegung von Abbaugebieten Braunkohle in den Braunkohlenplänen Nochten (Fort-schreibung 2014, Reichwalde und Welzow-Süd (sächsischer Teil)) erfolgt.

Die Nutzung des brandenburgischen Teils der Lagerstätte Welzow-Süd beruht auf der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg. Die Landesregierung Brandenburg hat am 03.06.2014 die Rechtsverordnung zum Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd, Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II und Änderung im räumlichen Teilabschnitt I (brandenburgischer Teil) erlassen. Für den sächsischen Teil der Lagerstätte Welzow-Süd wurde der Braunkohlenplan Tagebau Welzow-Süd, Weiterführung in den räumlichen Teilabschnitt II und Änderung im räumlichen Teilabschnitt I (sächsischer Teil) auf der Grundlage der energiepolitischen Vorstellungen der Sächsischen Staatsregierung entsprechend dem Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2012 aufgestellt und genehmigt. Eine Gewinnung der Braunkohle von Welzow-Süd (sächsischer Teil) setzt die Realisierung des brandenburgischen Braunkohlenplanes Welzow-Süd (brandenburgischer Teil) voraus.

Mit Stand vom 31.12.2014 stehen folgende raumordnerisch gesicherten Kohlereserven für die Gewinnung zur Verfügung:

Abbaugbiet	Kohlereserve
Abbaugbiet 1 Braunkohle Nochten Bka 1**	279 Mio. t
Abbaugbiet Braunkohle Reichwalde Bka 2**	332 Mio. t
Abbaugbiet 2 Braunkohle Nochten Bka 3**	310 Mio. t
Abbaugbiet Braunkohle Welzow-Süd (sächsischer Teil) Bka 4**	7 Mio. t (Inhalt der brandenburgischen Lagerstätte 493 Mio t)
Summe (der sächsischen Abbaugbiete)	928 Mio. t

** raumordnerische Sicherung in den Braunkohlenplänen

Tabelle 6.3-3: Kohlereserven in den raumordnerisch durch Braunkohlenpläne des Regionalen Planungsverbandes Oberlausitz-Niederschlesien gesicherten Abbaugbieten – Mitteilung VEM 16.03.15 und 02.04.2015

Die im Ziel 4.2.3.1 des LEP 2013 geforderte raumordnerische Sicherung des kurz- und langfristigen Rohstoffbedarfes stoffliche und/oder energetische Nutzung in den Regionalplänen ist in den genehmigten Braunkohlenplänen erfolgt.

In der Karte 11 des LEP 2013 sind weitere Braunkohlenlagerstätten dargestellt und klassifiziert. Eine raumordnerische Festlegung zusätzlicher Vorranggebiete für den Braunkohlenabbau bzw. von Vorbehaltsgebieten für einen Braunkohlenabbau wird nicht vorgenommen. Die Gewinnung der Braunkohle aus den festgelegten Abbaugbieten erlaubt nach gegenwärtigem Kenntnisstand (Erdmann, G. (2013 A): Kurzgutachten zu den Annahmen der energiewirtschaftlichen Planrechtfertigung zum Entwurf des Braunkohlenplans „Tagebau Welzow-Süd räumlicher Teilabschnitt II“. – 22. S., 5 Fig., 7 Tab.; Potsdam [Prognoseforum GmbH] 2013.), sowie (Erdmann, G. (2013 B): Kurzgutachten zu den Annahmen der energiewirtschaftlichen Planrechtfertigung zum Entwurf des Braunkohlenplans „Tagebau Nochten, Abbaugbiet 2“. – 29 S., 8 Fig., 9 Tab.; Potsdam [Prognoseforum GmbH] 2013) die Versorgung der bekannten Braunkohlenkraftwerke und sonstigen industriellen Abnehmern im Rahmen der vorsehbaren Nachfrageentwicklung bis in den Zeitraum 2050/2060. Dieser Zeitraum reicht über die gegenwärtigen energiepolitischen Zielsetzungen des Landes Brandenburg und des Freistaates Sachsen weit hinaus, korrespondiert jedoch mit der technisch möglichen Lebensdauer von Braunkohlenkraftwerken, wie sie in Unterlagen der Bundesnetzagentur (Bundesnetzagentur: Szenariorahmen der Bundes-

netzagentur für den Netzentwicklungsplan Strom 2013 nach § 12a Abs. 3 EnWG, AZ.: 6.00.03.05/13-8-30/Szenario-rahmen 2013. – 36 S.; Bonn 2013) dargestellt werden.

Aufgrund der großen Flächeninanspruchnahme, die Braunkohlentagebaue in der Lausitz erfordern, und die bei den Lagerstätten höherer Wertigkeit (Karte 11 LEP 2013) zwangsläufig unvermeidliche Inanspruchnahme von Städten und Gemeinden, sowie hochwertigen Landschaftsgebieten, ist ohne konkrete landesplanerische Vorgaben bzw. ohne Forderung in energiepolitischen Leitlinien des Freistaates Sachsen eine Festlegung nicht gerechtfertigt.

Festgesteine

Die raumordnerische Sicherung der Festgesteinslagerstätten umfasst nicht die Sicherung jeglicher Gesteinsausprägung (Varietät), wie beispielsweise Rumburger Granit, Königshainer Granit oder unterschiedliche Granodiorittypen, sondern die Rohstoffsicherung für einen bestimmten Verwendungszweck (z. B. Werkstein, Schotter, Splitt, Brechsand für den Verkehrswegebau). Grauwacken werden vorwiegend im nordwestlichen Gebiet der Region abgebaut. Sie sind wertvolle Rohstoffe für die Bauindustrie und werden für Frostschutzschichten sowie in der Form von Brechsand, Splitt und Schotter als Zuschlagstoff bei der Asphalt- und Betonherstellung genutzt. Das ostsächsische Grauwackengebiet von Königsbrück, Kamenz, Dubring, Oßling und Schwarzkollm erhält durch seine Lage und den Umstand, dass nördlich von ihm geologisch bedingt fast keine oberflächennahen Hartsteinvorkommen existieren, eine überregionale Bedeutung: Im Bahnversand werden Produkte bis in die Niederlande, Norddeutschland und Zentralpolen geliefert. Diese Transportentfernungen sind nur bei Bahntransport möglich und entsprechend sind Bahnverladung und zuverlässige Verfügbarkeit der Anschlussstrecken Voraussetzung für den Absatz, dessen Umfang weit über die Erfordernisse der Region hinausgeht. Während für diese Produkte Nachfragen aus Polen vorliegen, sind bisher keine Lieferbeziehungen in die tschechischen Nachfragegebiete dauerhaft gegeben.

Mit der erfolgten Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Grauwacke ist der Abbau dieses Rohstoffes in der Region langfristig gesichert, da insbesondere innerhalb der Vorranggebiete Gw 1 Schwarzkollm/Steinberg, Gw 2 Dubring, Gw 3 Lieske/Oßling, Gw 5 westlich Bernbruch und Gw 6 Röhrsdorf (Kreuzberg) noch ergiebige Vorräte für mehrere Jahrzehnte zur Verfügung stehen. Des Weiteren werden die Vorranggebiete für die langfristige Sicherung der Rohstofflagerstätten, Gw 44 Wahlberg-Wüsteberg, Gw 45 westlich Weißbach und Gw 46 südöstlich Gebelzig festgelegt. Die Festlegung des Vorranggebietes für die langfristige Rohstoffsicherung Gw 46 südlich Gebelzig ergibt sich ausschließlich für den Fall einer Erschöpfung von Hartsteinvorkommen im östlichen Planungsgebiet.

Der im Vorranggebiet Ly 1 Pansberg bei Horschau gewonnene Kieselschiefer eignet sich zur Herstellung von Feuerfestprodukten bzw. als Tragschicht im Straßenbau.

Der Lausitzer Granodiorit ist im Westen und Süden der Region vorhanden und wird als Werkstein sowie im größeren Umfang für die Gewinnung von Brechsand, Splitt, Schotter und Blöcken genutzt. Als Brechmaterial erfolgt die Verwendung von Granodiorit in der Bauindustrie wie bei den Kiesen und Sanden bzw. der Grauwacke. Teilweise können diese Rohstoffe sich in diesem Anwendungsfeld gegenseitig substituieren. Für bestimmte Anforderungen an Baumaterialien ergänzen sich die unterschiedlichen Rohstoffeigenschaften. Die folgenden Vorkommen mit besonderen Granodiorit-Varietäten sollten bei Inanspruchnahme einer vorrangigen Werksteingewinnung zugeführt werden: Gd 3 Königsbrück, Gd 5 Wiesa, Werk 3. Die Granodioritsteinbrüche verfügen über keine Gleisanschlüsse und beschränken sich damit auf ein regionales Absatzgebiet. Das Vorranggebiet Gd 8 Pließkowitz wurde gegenüber den Festlegungen des Regionalplanes 2010 erweitert, um dem aktiven Steinbruch und seinem regionalen Versorgungsgebiet, insbesondere für die zentralen und östlichen Teile der Planungsregion, ein verlängerte Nachfragedeckung zu gewährleisten.

Granit ist ebenfalls ein wertvoller Werkstein. Die Granitgewinnung für Werkstein (Königshainer Stockgranit) in den Königshainer Bergen hat eine jahrzehntelange Tradition. Das Absatzgebiet reichte bis zur Nordseeküste. Es wird das Vorranggebiet (Gr 1 Arnsdorf) festgelegt. In der Gegenwart wird der Granit allerdings vornehmlich als gebrochenes Material im Hoch- und Tiefbau für regionale Nachfrage verwendet.

Lamprophyre ist in der Region nur in den südöstlichen Gebieten (Raum Löbau) in Verbindung mit dem Lausitzer Granodiorit zu finden. Die Verwendung des Lamprophyre ist analog zum Granodiorit, mit dem dieses Gangstein zusammen vorkommt, zu sehen. Die Besonderheit des Lamprophyres liegt in der Möglichkeit, außergewöhnlich dekorative Werksteinblöcke zu gewinnen. In den dazu geeigneten Vorkommen, wie dem Vorranggebiet La 1 Ottenhain, würde sich diese Nutzung anbieten.

Der nur im Raum Löbau-Bautzen-Bischofswerda im Granodiorit gangförmig auftretende Gabbro wird hauptsächlich in der Baustoffindustrie für Brechsand, Splitt und Schotter verwendet. Als besonderer Vorteil von Gabbro gilt seine gute Affinität zu Asphalt. In der Lagerstätte im Vorranggebiet Gb 1 Ebersbach (Bahnanschluss) wird in absehbarer Zeit die Produktion von gebrochenem Material an Bedeutung verlieren. Ersatzweise wird der räumlich bereits in der Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge gelegene leistungsfähige Steinbruch Oberottendorf (Region Oberes Elbtal/Osterzgebirge), dank seines Bahnanschlusses die Versorgung des überregionalen Marktes übernehmen können. Ebenso traditionell wie beim Lamprophyre ist für Gabbro die Werksteingewinnung. Das Vorranggebiet Gb 2 Laucha/Schafberg sowie das Vorbehaltsgebiet Gb 51 Neusalza-Spremberg sollten bei einer Inanspruchnahme auf eine Werksteingewinnung ausgerichtet sein.

Die ostsächsischen Basalte eignen sich für die Herstellung von schweren Brechsanden, Splitten und Schotter. Auf Grund seiner hervorragenden Bedeutung für die Bauwirtschaft im südöstlichen Teil der Planungsregion bleibt der bestehende Basaltsteinbruch Mittelherwigsdorf als Vorranggebiet für die Gewinnung von Basalt festgelegt (Ba 1 Mittelherwigsdorf).

Auf eine zeichnerische Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Rohstoffabbau bzw. für die langfristige Sicherung von Rohstofflagerstätten auf Grundlage der in der Karte 11 des LEP dargestellten Verbreitung erz- und spathöfziger Gebiete im Regionalplan wird verzichtet. In der Karte 11 des LEP sind im Raum nördlich von Hoyerswerda bis in die Gemeinde Neißaue ein Verbreitungsgebiet von Kupfer, Blei, Zink, Silber sowie im südlichen Oberlausitzer Bergland mit Schwerpunkt in der Gemeinde Sohland a. d. Spree ein Verbreitungsgebiet von Nickel dargestellt.

Für die regionalplanerische Abwägung wurde die durch das Geokompetenzzentrum Freiberg e. V. i. A. des SMWA erarbeitete „Neubewertung von Spat- und Erzvorkommen im Freistaat Sachsen – Steckbriefkatalog“ (2008) herangezogen (http://www.bergbau.sachsen.de/download/bergbau/Rohstoffkatalog_Spat-Erzvorkommen.pdf, letzter Abruf vom 06.05.2015).

Das höffige Gebiet der „Nickelerz-Imprägnationslagerstätte Sohland“ umfasst eine Fläche von ca. 30 km². In Bezug auf eine wirtschaftliche Nutzung wird im Steckbrief betont, dass *„keine Einschätzung zu einer möglichen wirtschaftlichen Nutzung abgegeben werden (kann), da die gegenwärtig vorliegenden Erkundungsergebnisse zu widersprüchlich sind. Falls verlässliche Ergebnisse aus geophysikalischen Messungen vorliegen, könnte ein Erkundungsbohrprogramm geplant werden“* (S. 139). Diese fachliche Lagerstätteneinschätzung rechtfertigt keine zeichnerische Gebietsfestlegung im Regionalplan, aus welcher sich Restriktionen für andere Raumnutzungen und Raumfunktionen ergeben würden.

Für die weitere Erkundung der großräumigen Kupferlagerstätte „Weißwasser“ im Norden der Planungsregion, die sich nach Norden in das Land Brandenburg (Erkundungsgebiet Spremberg-Graustein) und nach Osten nach Polen (Erkundungsgebiet Stojanów bei Kohlfurt (*Węgliniec*)) fortsetzt, wurden durch das Sächsische Oberbergamt mit Stand 30.04.2015 zwei Erlaubnisse nach § 7 BBergG und eine Bewilligung nach § 8 BBergG erteilt. Die Lagerstätten liegen nach gegenwärtigem Kenntnisstand in Teufen zwischen 700 m und 1550 m und beinhalten neben Kupfererz auch Blei- und Zinnerz. Die bisherigen Instrumente der Raumordnung berücksichtigen *„ausschließlich raumbeanspruchende Nutzungsansprüche oberhalb der Erdoberfläche, wie z. B. Siedlungs-, Freiraum- und Infrastrukturentwicklung sowie im oberflächennahen Bereich z. B. Trinkwasserschutz und Gewinnung oberflächennaher Rohstoffarten (Kies, Sand, Ton etc.)“* (Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.) (2012): Nutzungen im Untergrund vorsorgend steuern – für eine Raumordnung des Untergrundes. Positionspapier aus der ARL Nr. 91, S. 2.). Für die raumplanerische Sicherung von in großen Tiefen liegenden Nutzungen bestehen bisher keine Erfahrungen (z. B. Restriktionen, die sich aus der Sicherung für andere Nutzungen ergeben). Mögliche Nutzungskonflikte können daher nicht bewertet werden.

Lockergesteine

Der Rohstoff Kaolin stellt einen landesweit bedeutsamen Rohstoff dar. Deutschland ist der bedeutendste Kaolinproduzent innerhalb der Europäischen Union und drittgrößter Produzent weltweit (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2014: Deutschland Rohstoffsituation 2013). Von der in Deutschland geförderten Kaolinmenge entfallen fast 40 % (1,4 Mio. t) auf den Freistaat Sachsen. Der Anteil der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien an der sächsischen Fördermenge betrug davon ca. 62 %. Das ostsächsische Kaolingebiet im Raum Caminau–Kamenz zählt neben den nordostbayerischen Kaolinvorkommen zu den bedeutendsten deutschen Kaolinvorkommen. Die Verbreitung oberflächennah anstehender und somit günstig zu gewinnender Kaoline mit hohem Weißgraden, ist geologisch bedingt sehr begrenzt. Der Caminauer Kaolin eignet sich in besonderer Weise für die Papierherstellung und wird hierfür in aufbereiteter Form international gehandelt. Der Kaolin aus dem Gebiet von Kamenz ist u. a. wegen seiner „Schnellbrandeigenschaften“ für die moderne energiesparende Massenproduktion von Keramikelementen geeignet und wird überregional nachgefragt: Ein Teil der gewonnenen Massen wird daher u. a. nach Norditalien exportiert.

Für eine mittel- und langfristige Sicherung des landesweit bedeutsamen Rohstoffes Kaolin sowie als perspektivische Reservelagerstätten für die Kaolintagebaue in den Vorranggebieten Kao 1 Caminau, Kao 2 Wiesa (Hasenberg) und Kao 3 Cunnersdorf werden die Vorranggebiete Kao 4 Großdubrau, Kao 5 Königswartha-Süd, Kao 7 Jeßnitz und Kao 8 Caminau-Nordwest sowie die Vorbehaltsgebiete Kao 51 Piskowitz (Felder 1 und 3), 52 Piskowitz (Feld 2) und 53 im Gebiet um Piskowitz festgelegt. Die absehbare Erschöpfung der Lagerstätte im Vorranggebiet Kao 1 Caminau erfordert vorsorglich die Sicherung von Ersatzlagerstätten. Damit kann der Standort Caminau für die Kaolinverarbeitung mittelfristig gesichert werden. Zur Sicherstellung der Kaolingewinnung aus der Lagerstätte Cunnersdorf (Gemeinde Schönteichen) werden das Vorranggebiet Kao 3 Cunnersdorf sowie das Vorbehaltsgebiet Kao 73 Cunnersdorf im Regionalplan festgelegt, um die weitere Verfügbarkeit dieser überregional wertvollen Lagerstätte zu gewährleisten.

Bei den raumordnerisch gesicherten Tönen handelt es sich insbesondere um Spezialtone, die in der baukeramischen Industrie für die Herstellung von Ziegeln und Fliesen sowie zur Herstellung von feuerfesten Erzeugnissen Verwendung finden. Die Produktion der ostsächsischen Werke (Ebersbach bei Görlitz, Buchholz, Gutttau) hat überregionale Bedeutung. Bei den als Vorranggebiet festgelegten Tonlagerstätten Ts 4 Gutttau/Neudörfel, Ts 5 Teicha, Ts 9 Rudakmühle, Ts 10 Groß Saubernitz sowie Ts 11 Wetro/Puschwitz handelt es sich um feuerfeste Tone. Der Standort Wetro ist weiterhin überregional bedeutend für die Herstellung von Feuerfesterzeugnissen.

Eine Bentonitgewinnung findet bisher in der Region nicht statt. Dennoch werden neben dem Vorranggebiet Be 1 Mittelherwigsdorf insgesamt fünf Vorranggebiete für die langfristige Sicherung von Bentonit ausgewiesen (Be 41 nördlich Spitzkunnersdorf, Be 42 Hainewalde, Be 43 östlich Großschönau, Be 44 östlich Niederoderwitz, sowie Be 45 Mittelherwigsdorf-Süd.) Bentonite sind Tone und verfügen durch die außergewöhnliche Wasseraufnahme- und -abgabefähigkeit über einzigartige Fähigkeiten. Bentonite werden als Dichtungsmaterial z. B. im Deponiebau, zur Stabilisierung von tiefen Bohrungen, als Trägermineral in der chemischen und pharmazeutischen Industrie sowie als Filter und Absorber in der Lebensmittel- und Mineralölindustrie genutzt. Deutschland ist weiterhin mit 359.000 t 2013 drittgrößter Bentonitproduzent in Europa (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2014: Deutschland Rohstoffsituation 2013). Bei Erschöpfung bisher in Bayern und Hessen genutzter Lagerstätten können die Oberlausitzer Bentonite wirtschaftliches Interesse auf sich ziehen.

Lehm dient als Rohstoff für die Ziegelherstellung. Bisher wurden in Ostsachsen Tone hauptsächlich für die Herstellung von Ziegeln verwendet. Zur Erweiterung der Vorratsbasis für die Ziegeleien werden das Vorranggebiet Le 1 Lehndorf sowie die Vorranggebiete für die langfristige Sicherung Le 41 Lehndorf, Le 42 Ebendörfel und Le 44 Oberoderwitz festgelegt.

Quarzsande finden in der Glasindustrie und als Formsande in der metallurgischen Industrie Verwendung. Neben diesen Verwendungsmöglichkeiten ist der Rohstoff Quarzsand als Ausgangsstoff für die Herstellung von Silizium für die Solarindustrie geeignet. Die Produktion von Quarzsand lag in Deutschland bei 9,7 Mio t, wobei ein Exportanteil von 1,6 Mio t insbesondere in die Beneluxstaaten besteht (Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe 2014:

Deutschland Rohstoffsituation 2013). Mit der Festlegung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Quarzsand, die bis auf das Vorbehaltsgebiet Qs 55 südlich von Piskowitz alle im Nordwesten der Region liegen, wird die Rohstoffbasis des brandenburgisch-sächsischen Quarzsandgebietes von Hohenbocka in seinem sächsischen Teil mit der Qs 1 (Hohenbocka-)Leippe gesichert.

Kies und Sand sind als Baustoffe noch auf lange Sicht unentbehrlich. Kies und Sand dienen in der Baustoffindustrie als Beton-, Mörtel- und Asphaltzuschlagstoff, der Herstellung von Kalksandstein, als Füllmaterial bei Bauvorhaben (Dammbauten, Auffüllung von Leitungsgräben), als Drainagematerial oder Filterkies. Kleine Mengen werden auch als Zierkies für die Garten- und Landschaftsgestaltung verwendet. Das ostsächsische Absatzgebiet von Kies und Sand (als Massenrohstoff) reicht bis Chemnitz und Cottbus. Kies und Sand werden in der Bauindustrie in großen Mengen benötigt, dabei besteht im ostsächsischen und brandenburgischen Absatzraum hinsichtlich bestimmter größerer Körnungen ein Mangel im Rohstoffangebot. Insbesondere Kieslagerstätten mit wesentlichem grobem Kornanteil (z. B. KS 58) wurden in der Abwägung als besonders wertvoll erachtet. Die Kieslagerstätten mit grobem Kornanteil in der rezenten Talaue der Lausitzer Neiße wurden jedoch wegen der Höhergewichtung der Belange des Hochwasserschutzes sowie der Lage der überwiegenden Teile dieser Gebiete innerhalb eines FFH-Gebietes bzw. in dessen Pufferzone nicht als Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiet festgelegt. Ein Abbau wird damit regionalplanerisch nicht ausgeschlossen; es ergibt sich jedoch keine besondere raumordnerische Sicherung der Lagerstätten. Weiterhin wurde berücksichtigt, dass gerade bei Kiesen und Sanden auf Grund der relativ hohen Transportkosten der lokale und regionale Bedarf für die weiterverarbeitende Industrie und die Bauwirtschaft in einer angemessenen Transportentfernung gesichert werden muss. Dies betrifft insbesondere die festgelegten Vorranggebiete KS 19 Nadelwitz, KS 20 Neundorf a. d. E., KS 29 Schleife und KS 39 Weigsdorf.

zu Z 6.3.1 Das Vorranggebiet KS 20 Neundorf a. d. E. überlagert das Vorranggebiet für Wasserversorgung Wt 29 Bernstadt a. d. Eigen. Mit dem Wt 29 Bernstadt a. d. E. werden der Grundwasserleiter 3 (E1n-E2v) entsprechend der hydrologischen Karte HK 50 (Blatt Löbau 1211-3, Blatt Görlitz 1211-4) gesichert.

Das Vorranggebiet KS 22 Oberoderwitz überlagert das Vorranggebiet für Wasserversorgung Wt 31 Oderwitz-Nord. Daher ist eine Konfliktregelung notwendig, um sowohl die Rohstoffgewinnung (im oberen „Stockwerk“) als auch die qualitative und quantitative Bewahrung der Grundwasservorräte (im darunter liegenden „Stockwerk“) zu garantieren. Mit dem Wt 31 werden die tiefer liegenden ergiebigen Grundwasservorräte des Grundwasserleiters 2 (E2n-S1) gemäß der Karte der hydrogeologischen Kennwerte HK 50 raumordnerisch gesichert.

Eine grundsätzliche Vereinbarkeit der Vorrangausweisungen ist durch einen Abbau im Trockenschnitt möglich. Das Wiedernutzbarmachungskonzept darf der Sicherung der Grundwasser nicht entgegenstehen.

zu Z 6.3.2 Das Rohstoffpotenzial der Kaolinlagerstätte Caminau (für die Papierherstellung geeignetes Kaolin mit einem hohen Weißgrad) stellt die wertvolle Rohstoffbasis für das Caminauer Kaolinwerk dar. Durch die Verordnung des SMU über die Festsetzung des Biosphärenreservates „Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft“ vom 18. Dezember 1997 gelangt der östliche Teil des Bergwerkseigentums Königswartha/Caminau in das Vorranggebiet Arten- und Biotopschutz. Die Lage in der Schutzzone IV des Biosphärenreservates i. V. m. § 9 Nummer 11 (zulässige Handlungen) der VO macht einen Abbau auf der Grundlage bestehender Rechte an Bergwerkseigentum oder erteilter Bergbauberechtigungen zulässig. Daher wird die vorübergehende Inanspruchnahme eines begrenzten Randbereiches des Biosphärenreservates für die Kaolingewinnung erforderlich werden. Dies soll jedoch aus raumordnerischer Sicht so erfolgen, dass eine Vereinbarkeit, insbesondere mit dem nördlich angrenzenden Vorranggebiet für Arten- und Biotopschutz erzielt wird. Dabei ist die Abbauführung sowie die notwendige Grundwasserabsenkung so zu gestalten, dass eine Gefährdung z. B. grundwasserabhängiger sensibler Feuchtstandorte im Biosphärenreservat vermieden wird. Der zugelassene Rahmenbetriebsplan berücksichtigt diese Gegebenheit.

zu Z 6.3.3 Das überwiegend die Planungsregion Oberes Elbtal/Osterzgebirge betreffende festgesetzte Trinkwasserschutzgebiet „Speichersystem Radeburg (Wasserwerk Rödern) reicht mit der Schutzzone III in das Gebiet der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien hinein und wird vom westlichen Teil des Vorranggebietes KS 7 Würschnitz überlagert bzw. vom Vorranggebiet KS 33 Feld Radeburg (östlicher Teil) tangiert. Mit dem Ziel wird festgelegt, dass die Belange des Trinkwasserschutzes beim Abbau der beiden Kieslagerstätten relevant werden. Um die für eine Trinkwassernutzung geeigneten Grundwasservorräte trotz Vorrangausweisung zugunsten des Rohstoffabbaus in Menge und Güte nicht zu gefährden, machen sich in der Abbauplanung entsprechende Einschränkungen nötig. Der mit dem Regionalplan festgelegte Rahmen besteht darin, dass im Konfliktfall der Trinkwasserschutz dem Rohstoffabbau vorgeht. Die regionalplanerische Regelung geht jedoch nicht weiter als die fachrechtlichen Festsetzungen in der Schutzgebietsverordnung. Mögliche Einschränkungen für den Bergbautreibenden können sich z. B. in Bezug auf das Freilegen des Grundwassers (Nassschnitt) bzw. bei der Wiedernutzbarmachung ergeben. Die hierfür infrage kommenden konkreten Maßnahmen müssen in den bergrechtlichen Betriebsplänen festgelegt werden.

6.4 Energieversorgung und erneuerbare Energien

Karte: In diesem Vorentwurf werden die Vorrang- und Eignungsgebiete für die Nutzung von Windenergie, die bereits im Regionalplan 2010 enthalten sind, zeichnerisch festgelegt, sofern keine neuen Erkenntnisse vorliegen, die eine Streichung rechtfertigen. Darüber hinausgehende Gebiete werden dagegen in diesem Vorentwurf noch nicht festgelegt. Die Suchraumkulisse für die spätere Festlegung der Vorrang- und Eignungsgebiete für die Nutzung von Windenergie ist in der Karte „Windenergie Potenzialflächen“ dargestellt.

Der Vorrangstandort Braunkohlenkraftwerk und kraftwerksbezogenes Gewerbe sowie die Vorbehaltsstrasse für eine 110-kV-Leitung sind in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Die Abbaugelände für Braunkohle Nochten, Reichwalde und Welzow-Süd (sächsischer Teil) sind aus den jeweiligen Braunkohlenplänen übernommen.

Hinweise: Die textlichen Aussagen bezüglich der Sicherung der landesweit bedeutsamen Braunkohlelagerstätten (LEP Ziel 4.2.3.1) erfolgen in der Begründung zum Kapitel 6 Rohstoffsicherung. Des Weiteren wird auf die in den Braunkohlenplänen für die Tagebaue Nochten, Reichwalde und Welzow-Süd (sächsischer Teil) enthaltenen Festlegungen verwiesen.

Die angewendeten „harten“ und „weichen“ Tabuzonen sind im Anhang zu Kapitel 6.4 aufgelistet und begründet.

Hinweise/Anregungen an die beteiligten Träger öffentlicher Belange:

Wie im Kartenhinweis oben betont, erfolgt in diesem Planentwurf keine Festlegung von Vorrang- und Eignungsgebieten für die Nutzung von Windenergie (nachfolgend VRG/EG), die über die im Regionalplan 2010 festgelegten Gebiete hinausgehen. Es erfolgt eine kartographische Darstellung der Suchraumkulisse für neue/zu erweiternde VRG/EG. Diese Karte enthält die Suchraumkulisse (Potenzialflächen), die nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen gemäß Anhang 2 zu Kapitel 6.4 übrig bleiben. Erst mit dem nächsten Planentwurf erfolgt unter Berücksichtigung der eingegangenen Stellungnahmen der TÖB sowie der noch durchzuführenden Einzelfallprüfung und planerischen Auswahl eine raumordnerische Festlegung der Gebiete. Die am Planentwurf Beteiligten TÖB werden gebeten, zu den sie betreffenden Potenzialflächen, die in der Karte „Windenergie Potenzialflächen“ enthalten sind, gebietskonkrete und fachbezogene Stellungnahmen zu erarbeiten, die für die regionalplanerische Einzelfallprüfung geeignet sind.

- Z 6.4.1** **Außerhalb der ausgewiesenen Vorrang- und Eignungsgebiete (VRG/EG) für die Nutzung der Windenergie ist die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen sowie die bauleitplanerische Darstellung/Festsetzung von dafür vorgesehenen Gebieten ausgeschlossen.**
- Z 6.4.2** **Neu zu errichtende Windenergieanlagen bzw. Repoweringanlagen innerhalb der (bereits im Regionalplan 2010) festgelegten VRG/EG für die Nutzung der Windenergie, die einen Abstand von weniger als 1.000 m zu geschlossenen Siedlungen bzw. zu Wohn- und Mischbauflächen aufweisen, sind nur zulässig, wenn der Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung mindestens der fünffachen Gesamthöhe der jeweiligen WEA (5H) entspricht.**
- Z 6.4.3** **Die Neuerrichtung bzw. das Repowering von Windenergieanlagen im Vorrang- und Eignungsgebiet EW 29 Tagebau Spreetal ist erst nach Aufhebung des unter Bergaufsicht stehenden geotechnischen Sperrbereiches zulässig.**

Begründung zu 6.4 Energieversorgung und erneuerbare Energien

Zahlreiche raumordnerisch relevante Belange der Energieversorgung können nicht nur dem Kapitel 6.4 zugeordnet werden, sondern betreffen zumindest gleichermaßen Aspekte der Rohstoffsicherung sowie der Land- und Forstwirtschaft. Um Doppelungen zu vermeiden, erfolgt die Integration dieser Belange nur innerhalb eines Kapitels. Aspekte der Nutzung der Braunkohle werden daher dem Kapitel 6.3 „Rohstoffsicherung“ und Aussagen zur Nutzung von Biomasse dem 5.1 „Landschaftssanierung und Landschaftsentwicklung“ zugeordnet.

Auf verbindliche regionalplanerische Standortfestlegungen und Steuerungen zur Nutzung anderer erneuerbarer Energien als der Windenergie (Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie, Biomassekraftwerke) wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt verzichtet. Es wird eingeschätzt, dass hierfür (noch) kein raumordnerischer Steuerungsbedarf besteht, da einerseits den Kommunen z. B. bei der Nutzung der Sonnenenergie durch den Bundesgesetzgeber genügend eigene Steuerungsinstrumente zur Verfügung gestellt wurden und andererseits fachplanerische Regelungen (vor allem bei der Wasserkraftnutzung) eine ausreichende Berücksichtigung verschiedener Belange gewährleisten (z. B. § 35 WHG, § 21 SächsWG). Für Photovoltaik-(PV)-Anlagen steht in der Region weiterhin ein großes Gebäudepotenzial zur Verfügung, welches in Verbindung mit einer ggf. zeitlich befristeten Nutzung von Konversionsflächen u. ä. grundsätzlich einer Inanspruchnahme des Freiraumes vorzuziehen ist. Eine regionalplanerische Regelung für diese gebäudegebundenen Anlagen ist weder zulässig noch zweckmäßig.

Bezüglich der PV-Freiflächenanlagen wird jedoch beobachtet, inwieweit die Änderungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) mit dem darin enthaltenen Ausschreibungsmodell für PV-Freiflächenanlagen raumplanerisch relevante Auswirkungen in der Region haben können. Ab 2016 erfolgen hier eine Lockerung und Erweiterung der Flächenkulisse, d.h. neben der bisherigen Förderkulisse des EEG kommen ab 2016 zusätzlich

- Ackerflächen in benachteiligten Gebieten und

- Flächen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA) hinzu.

Sofern sich abzeichnet, dass die Regelungen des EEG 2014 erhebliche Auswirkungen auf andere Raumnutzungen und Raumfunktionen in der Region haben, soll eine weitergehende Steuerung in Betracht gezogen werden.

Nachfolgend wird deklaratorisch erläutert, zu welchen regionalplanerischen Festlegungen PV-Freiflächenanlagen im bauplanerischen Außenbereich in der Regel im Konflikt stehen. Diese Belange werden dann im Rahmen der Beteiligung der Regionalplanung an den Verfahren geltend gemacht, brauchen jedoch nicht als eigenständiges Ziel bzw. Grundsatz im Regionalplan formuliert werden. Die Bindungswirkungen ergeben sich hierfür insbesondere aus dem § 4 ROG und dem § 1 Abs. 4 BauGB. Die Raumbedeutsamkeit eines derartigen Vorhabens ist einzelfallbezogen zu prüfen und ergibt sich nicht bereits pauschal aus einer bestimmten Flächengröße.

In der Regel sind erhebliche Raumnutzungskonflikte zwischen raumbedeutsamen Freiflächen-Photovoltaikanlagen und folgenden Festlegungen (Zielen und Grundsätzen) des Regionalplans zu erwarten:

- Arten- und Biotopschutz
- vorbeugender Hochwasserschutz
- Standorte des technischen Hochwasserschutzes
- Erholung
- Rohstoffsicherung
- Landwirtschaft
- Schutz des vorhandenen Waldes
- Waldmehrung
- Verteidigung
- Regionaler Grünzug
- Grünzäsur
- Trassen für Infrastruktur (Straßen, Schienen, Energie)

Im Rahmen einer einzelfallbezogenen Bewertung können erhebliche Raumnutzungskonflikte zwischen Freiflächen-Photovoltaikanlagen und folgenden regionalplanerischen Zielen und Grundsätzen auftreten:

- Kulturlandschaftsschutz
- Wasserversorgung
- Windenergienutzung
- Frisch- und Kaltluftabflussbahn.

Hintergründe und Erläuterungen hinsichtlich dieser Einschätzung sind insbesondere in folgenden Dokumenten enthalten:

- Leipziger Institut für Energie GmbH, Bosch & Partner GmbH i. A. des RPV Oberlausitz-Niederschlesien (2012): Regionales Energie- und Klimaschutzkonzept Oberlausitz-Niederschlesien – Langfassung.
- Bundesamt für Naturschutz (Hrsg.) (2009): Naturschutzfachliche Bewertungsmethoden von Freilandphotovoltaikanlagen. BfN – Skripten 247.
- Bosch & Partner GmbH, Goetze Rechtsanwälte, Solar Engineering Decker & Mack GmbH i. A. der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung der Länder Berlin und Brandenburg – GL 3 (2009): Erarbeitung von Grundlagen zur regionalplanerischen Steuerung von Photovoltaik-Freiflächenanlagen am Beispiel der Region Lausitz-Spreewald.

zu RNK

Vorbehaltstrasse für eine grenzüberschreitende 110-kV-Leitung

Im Rahmen des Regionalplanverfahrens 2010 wurde seitens der Regionsbehörde Ústí n. L./Aussig darum gebeten, die raumplanerischen Möglichkeiten zur Erhöhung der Versorgungssicherheit in der Stromversorgung für den Schluckenauer Zipfel (Tschechische Republik) aus dem Energieversorgungsnetz der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien zu prüfen. Im Rahmen von Abstimmungen zwischen den Energieversorgern ENSO Strom AG und der Nordböhmischen Energie AG (SČE AG) wurden zwei Trassenvorschläge für eine 110-kV-Leitung unterbreitet. Als Vorzugsvariante wurde bereits im Regionalplan 2010 eine neu zu errichtende 110-kV-Leitung zwischen dem 110-kV-UW Neueibau und dem 110-kV-UW Podháji bei Rumburk/Rumburg herausgearbeitet und als Vorbehaltstrasse festgelegt. Regionalplanerisch wurde sich dabei der von den beiden Energieversorgern ermittelten Vorzugsvariante angeschlossen, da sie gegenüber der zweiten Variante vom Umspannwerk Friedersdorf über Šluknov/Schluckenau zum UW Podháji deutlich geringere Einflüsse auf die Umwelt und die Siedlungsbereiche verursachen kann. Die Vorbehaltstrasse orientiert sich am betreffenden Abschnitt der regionalen Verbindungs- und Entwicklungsachse Weißenberg-Löbau-Ebersbach-Neugersdorf-(Česká Lípa/Böhmisch Leipa, Tschechische Republik) (vgl. Ziel 1.4.1 i. V. m. der Karte Raumstruktur) und entspricht somit dem Konzentrationserfordernis von überörtlich bedeutsamer Bandinfrastruktur (Verkehrswege, Energieleitungen) entlang der Achsen. Für die räumlich konkrete Trassierung ist, um erhebliche Beeinträchtigungen für die Wohnbebauung in Neueibau und das Landschaftsbild zu vermeiden, eine Linienführung entlang der Staatsstraße S 148 zum GÜG Neugersdorf zu bevorzugen. Regionalplanerisch wird dagegen nicht entschieden, ob eine Freileitung verlegt oder eine Erdverkabelung erfolgen soll. Im Umweltbericht zum Regionalplan werden beide Ausführungsvarianten betrachtet.

Vorrangstandort für ein Braunkohlenkraftwerk und kraftwerksbezogenes Gewerbe

Gemäß dem Ziel 2.1.2 des Regionalplanes soll für den Bereich des industriellen Altstandortes „Kraftwerk Boxberg“ umgehend eine Flächenanierung mit Ausrichtung auf eine Nachnutzung als Industrie- und Gewerbegebiet erfolgen. Diese Festlegung entspricht insbesondere dem Ziel 2.2.1.7 und dem Grundsatz 4.1.3.2 LEP. Regionalplanerisch wird daher die Notwendigkeit gesehen, großflächige Standorte, die sich für bestimmte, nicht an beliebiger Stelle mögliche Vorhaben besonders eignen, durch eine entsprechende raumordnerische Festlegung zu sichern. Dies wird für den Standort Boxberg wahrgenommen. Die Festlegung entspricht in gewissem Maße einem Vorsorgestandort für Industrie und Gewerbe im Sinne von Ziel 2.3.1.3 LEP. Jedoch bestehen Abweichungen zur landesplanerischen Bedeutung dieser Vorsorgestandorte dahingehend, dass einerseits die Ansiedlung eines großflächigen, überregional bedeutsamen Industrie- und Gewerbebetriebes (vgl. Begründung zu Ziel 2.3.1.3 LEP, Seite 71) keine Voraussetzung für eine Inanspruch-

nahme ist, andererseits wird jedoch bestimmt, dass es sich um eine mit der Nutzung der Braunkohle im Zusammenhang stehenden Branche handeln muss. Daher sind auch kleinflächige Nutzungen möglich, sofern sie einem kraftwerksbezogenem Gewerbe dienen (siehe nächster Absatz).

Die Festlegung dieses Vorrangstandortes wird neben der raumordnerischen Sicherung vor allem als Angebotsplanung für die Wirtschaft verstanden. Gleichzeitig wird dadurch auch ein Beitrag zur Umsetzung des Zieles 5.1.1, 2. Anstrich LEP geleistet. Der Standort Boxberg ist seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts durch die Braunkohlengewinnung und -veredlung (Stromerzeugung) geprägt und bietet die räumliche Nähe von Braunkohlenabbau und Braunkohlenverstromung. Gegenwärtig sind in vier Kraftwerksblöcken fast 2.600 MWe Leistung installiert. Darüber hinaus besteht eine Wärmeleistung von 150 MWth. Die raumordnerische Sicherung erstreckt sich über den gegenwärtig bestehenden Kraftwerksstandort hinaus und ist als langfristige und strategische Entscheidung anzusehen. Sie dient nicht ausschließlich der raumordnerischen Flächensicherung für den potenziell möglichen Bau eines neuen Kraftwerksblockes bzw. der Modernisierung der älteren Blöcke, sondern ebenso der Flächensicherung für kraftwerksbegleitende Industrie- und Gewerbebetriebe (z. B. Logistik, Baustoffindustrie zur Nutzung der Kraftwerksnebenprodukte (REA-Gips – Gips aus Rauchgas-Entschwefelungs-Anlagen, Kraftwerksasche)). Als besonderer Standortvorteil ist der neben dem Kraftwerk bestehende Gleisanschluss zu nennen. Die zeichnerische Festlegung in der Karte Raumnutzung umfasst die gesamte Fläche des Industriestandortes Boxberg in einer Größenordnung von etwa 100 ha. Im Rahmen von projektbezogenen Genehmigungsverfahren ist zur Wahrnehmung der Belange der militärischen Verteidigung das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr zu beteiligen (Lage im Interessensbereich des Luftverteidigungsradars Döbern).

zu Z 6.4.1

Mit dem Ziel 5.1.3 des LEP 2013 wird der Regionalplanung (weiterhin) der obligatorische Handlungsauftrag gegeben, die räumlichen Voraussetzungen zum Erreichen des für die Nutzung der Windenergie geltenden Zieles der Sächsischen Staatsregierung in der jeweils geltenden Fassung zu sichern. Die Nutzung der Windenergie ist dabei durch eine abschließende, für die gesamte Planungsregion flächendeckende Planung nach dem Prinzip der dezentralen Konzentration in den Regionalplänen durch die Festlegung von Vorrang- und Eignungsgebieten zur Nutzung der Windenergie räumlich zu konzentrieren. Maßgeblich ist dabei die Erreichung eines regionalen Mindestenergieertrages, der sich aus dem Flächenanteil der jeweiligen Planungsregion an der Gesamtfläche des Freistaates Sachsen ergibt.

Das Energie- und Klimaprogramm Sachsen 2012 (nachfolgend EKP) vom 12. März 2013 enthält das geltende Ziel der Sächsischen Staatsregierung im Sinne des Zieles 5.1.3 LEP 2013.

„Die Sächsische Staatsregierung sieht es auf dieser Grundlage als möglich an, in den nächsten zehn Jahren die Stromerzeugung aus Windenergie im Wesentlichen auf den bereits durch die Regionalplanung festgelegten Flächen und einer moderaten Erweiterung dieser Flächen von 1.700 GWh/a auf 2.200 GWh/a zu steigern“ (EKP, Seite 37).

Der Anteil der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien an der Gesamtfläche des Freistaates Sachsen beträgt ca. 24,4 %. Demzufolge besteht der landesplanerische Auftrag, mit der 2. Gesamtfortschreibung des Regionalplanes Vorrang- und Eignungsgebiete zur Nutzung der Windenergie (VRG/EG) in einer Flächengröße zeichnerisch festzulegen, die einen Mindestenergieertrag von ca. 537 GWh/a gewährleisten können. Die Zielstellung bedeutet somit für die Planungsregion in etwa eine Verdoppelung der bis 2013 geltenden Vorgabe des Klimaschutzprogramms des Freistaates Sachsen 2001 (280 GWh/a), welche Grundlage für den Regionalplan 2010 war.

Bestandsaufnahme Zielerreichung Regionalplan 2010

Die Entwicklung in den Jahren von 2008 bis 2012 ist in der Tabelle 6.4-1 dargestellt. In dem relativ „normalen Windjahr“ 2012 erzeugten in der Region 210 raumbedeutsame Windenergieanlagen (WEA) mit einer installierten Leistung von 323 MW einen Ertrag von 531 GWh. Davon befanden sich 155 WEA mit einer installierten Leistung von ca. 247 MW innerhalb der im Regionalplan 2010 festgelegten VRG/EG, die im Jahr 2012 etwa 409 GWh erzeugten. Das Ziel des Klimaschutzprogramms 2001 wurde mit dem Regionalplan 2010 demnach – trotz der meteorologisch bedingten großen Schwankungen beim Energieertrag – erheblich übertroffen. Damit wird die Prognose in der Begründung zum Ziel 10.1 des Regionalplanes 2010 (S. 93) bestätigt.

Jahr	Anzahl WEA (davon innerhalb von VRG/EG)	installierte Leistung in MW (davon innerhalb von VRG/EG)	Energieertrag in GWh (davon innerhalb von VRG/EG)	IWR Ertragsindex Binnenland (10-jährig) in %****
2008	188 (135)	274,2 (201,1)	469 (359)	101,7
2009	197 (142)	292,2 (219,1)	449 (319)	90,8
2010	202 (147)	308,5 (232,8)	437 (327)	74,9
2011	211* (155)	323,0 (247,2)	504 (387)	102,3
2012	213** (155)	323,2 (247,2)	531 (409)	99,6
2013	217*** (155)	323,2 (247,2)	483 (372)	94,5
2014	217*** (156)	326,1 (250,2)	n.n.	80,3

* - 1 WEA ist als nicht raumbedeutsam einzustufen

** - 3 WEA sind als nicht raumbedeutsam einzustufen

*** - 7 WEA sind als nicht raumbedeutsam einzustufen

**** - Grundlage für den IWR-Windertragsindex Binnenland ist immer den Vergleich zu den jeweils vorangegangenen 10 Jahren (z. B. das Jahr 2014 im Vergleich zu den Jahren 2004–2013, das Jahr 2013 im Vergleich zu den Jahren 2003–2012).

Tabelle 6.4-1: Entwicklung bei der Nutzung der Windenergie in der Region von 2008–2012 (Daten jeweils mit Stand 31.12., Datenquellen: www.50Hertz.com, www.bundesnetzagentur.de, <http://www.iwr.de/wind/wind/index/index.html>)

Methodik für das regionalplanerische Konzept

Für die zeichnerische Festlegung von VRG/EG für die Nutzung der Windenergie mit den Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ist unter Beachtung der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ein Vorgehen auf der Grundlage eines „schlüssigen Plankonzepts“ für den Planungsraum erforderlich. Die Anforderungen aus dem Urteil des BVerwG zu Flächennutzungsplanung vom 13. Dezember 2012 (BVerwG 4 CN 1.11) wurden auf die Regionalplanung übertragen (BVerwG, Urteil vom 11.04.2013 – BVerwG 4 CN 2.12).

Für dieses Konzept müssen in einem ersten Arbeitsschritt die Tabuzonen ermittelt werden, die sich für die Nutzung der Windenergie nicht eignen. Dabei wird unterschieden zwischen

- harten Tabuzonen und
- weichen Tabuzonen.

Bei den „harten“ Tabuzonen handelt es sich um Flächen, auf denen aus rechtlichen und/oder tatsächlichen Gründen keine Windenergieanlagen errichtet und betrieben werden können. Sie sind einer Abwägung zwischen den Belangen der Windenergienutzung und widerstreitenden Belangen entzogen (BVerwG, Urteil vom 11.04.2013 – BVerwG 4 CN 2.12).

Bei „weichen“ Tabuzonen handelt es sich um Gebiete, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zwar tatsächlich und rechtlich möglich wäre, in denen nach den Vorstellungen, die der Plangeber anhand eigener Kriterien entwickeln darf, aber keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen (BVerwG, Urteil vom 11.04.2013 – BVerwG 4 CN 2.12). Auch die „weichen“ Tabuzonen werden somit pauschal im gesamten Plangebiet von einer Festlegung der VRG/EG ausgeschlossen.

„Harte“ und „weiche“ Tabuzonen werden für das Regionalplanverfahren und die Dokumentation der Methodik kartographisch durch die Nutzung eines GIS abgearbeitet.

In den nach Abzug der „harten“ und „weichen“ Tabuzonen verbleibenden Restflächen (Suchraumkulisse) werden in einem nächsten Arbeitsschritt, der (noch) nicht Bestandteil der für den Vorentwurf des Regionalplanes notwendigen Arbeiten ist, die Gebiete für die Nutzung der Windenergie nach den allgemeinen Regeln der Planung, insbesondere unter Beachtung des Abwägungsgebots ausgewählt, wobei im Ergebnis der Windenergie in substantieller Weise Raum verschafft werden muss. Dieser Arbeitsschritt umfasst die Einzelfallprüfung und die planerische Auswahl der VRG/EG.

Umgang mit den in der Ersten Gesamtfortschreibung des Regionalplanes 2010 festgelegten VRG/EG

Für bereits im Regionalplan 2010 festgelegte VRG/EG, in denen bereits WEA errichtet wurden bzw. Genehmigungsverfahren laufen, soll grundsätzlich an den Tabuzonen gemäß Begründung zum Ziel 10.1 des Regionalplanes 2010 festgehalten werden. Sofern keine „harte“ Tabuzone betroffen ist bzw. in der Einzelfallprüfung neue Aspekte zu berücksichtigen sind (z. B. Artenschutz), sollen diese Gebiete weiterhin festgelegt werden. Diese Herangehensweise hat das OVG Bautzen beim Regionalplan der Planungsregion Leipzig-West Sachsen bestätigt (OVG Bautzen, Urteil vom 10.11.2011 – 1 C 17/09, Randnummer 27). Hintergrund für diese Regelung ist einerseits der Vertrauensschutz für Kommunen und Investoren, die auf Grundlage des Regionalplanes 2010 regionalplanerische VRG/EG im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung räumlich und sachlich konkretisiert bzw. WEA errichtet haben und andererseits der Aspekt, dass für jedes aus diesen Gründen entfallene Gebiet ein angemessener Ersatz an anderer Stelle der Planungsregion gefunden werden muss, um den Handlungsauftrag der Staatsregierung auszufüllen. Es ist davon auszugehen, dass räumliche Konflikte damit nicht gelöst, sondern nur räumlich verlagert würden. Unabhängig davon ist bisher beim BVerwG keine Entscheidung für den Fall der Wegplanung von VRG/EG aus einem früheren Regionalplan ergangen. Das unter dem Aktenzeichen 4 C 1/13 geführte Revisionsverfahren zur Frage, ob Entschädigungsansprüche geltend gemacht werden können, wenn ein durch einen Regionalplan festgesetztes Vorranggebiet für Windenergie durch nachfolgende Änderungen des Planes aufgehoben wird, wurde am 23.06.2014 eingestellt.

Für diese VRG/EG wird auf das Ziel 6.4.2 verwiesen. Bei den geotechnischen Sperrbereichen, die als harte Tabuzone gelten, wird mit Bezug auf § 2 Abs. 1 Satz 1 SächsLPiG eine zeitliche Bedingung formuliert (siehe Ziel 6.4.3 des Regionalplanentwurfes).

Die Errichtung von WEA innerhalb des im Regionalplan 2010 zeichnerisch festgelegten VRG/EG EW 30 Tagebau Reichwalde wurde mit der immissionsschutzrechtlichen Entscheidung des Landratsamtes Görlitz vom 14.12.2012 (Az.: 310-4/106.11/722GE/fri/2013) aus artenschutzrechtlichen Gründen abgelehnt. Die artenschutzrechtlichen Gründe, die zur Ablehnung führten, waren zum Zeitpunkt des Satzungsbeschlusses zum Regionalplan 2010 nicht bekannt, sondern wurden erst im Rahmen der projektspezifischen Fachgutachten im Jahr 2012 ermittelt und bewertet. Die Festlegung dieses VRG/EG kann daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht aufrechterhalten werden, da eine vorrangige Nutzung zugunsten der Windenergie raumplanerisch nicht begründet werden kann. Derzeit laufen weitere Untersuchungen in Abstimmung zwischen dem Landratsamt und dem Antragsteller. Sofern sich eine Konfliktregelung abzeichnet und diese durch die zuständige Naturschutzbehörde anerkannt wird, kann dieses VRG/EG wieder in den Plan aufgenommen werden, da sich dieses Gebiet als ansonsten konfliktfrei darstellt.

Bestimmung der Tabuzonen

Im Regionalplan wird für die Steuerung der Windenergienutzung auf Grund der gesetzlichen Vorgabe im § 2 Abs. 1 Satz 3 SächsLPVG das Instrument der Vorrang- und Eignungsgebiete angewendet. Raumordnungsrechtlich ist mit dem „Vorrang“ verbunden, dass andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausgeschlossen sind, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind (vgl. § 8 Abs. 7 Nr. 1 ROG). Ein Vorranggebiet stellt somit immer eine planerische Letztentscheidung zugunsten der betreffenden Funktion bzw. Nutzung dar. Bestehende Verbote, Restriktionen, Nutzungen oder Funktionen müssen bei dieser Entscheidung ausreichend berücksichtigt werden. Es ist der Regionalplanung verwehrt, verbindliche (fach)planerische Regelungen und Festsetzungen (z. B. Inhalte von Schutzgebietsverordnungen) durch eine „darüber liegende“ Festlegung eines Zieles der Raumordnung zu konterkarieren. Somit kann die Nutzung der Windenergie z. B. innerhalb eines Natura 2000-Gebietes nicht vorrangig gegenüber den naturschutzfachlichen Belangen sein.

Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch auch, dass die harten und weichen Tabuzonen bei (fach)planerischen Entscheidungen zugunsten konkurrierender Nutzungen und Funktionen (z. B. Ausweisung neuer Baugebiete, Planungen zum Straßenbau) so zu beachten sind, dass die vorrangige Nutzung der Windenergie in den ausgewiesenen Gebieten nicht beeinträchtigt wird (Umgebungsschutz). Damit genießen die letztendlich festgelegten VRG/EG ebenso einen Schutz vor heranrückenden konkurrierenden Nutzungen u. ä. (z. B. Baugebiete).

1. Bestimmung der „harten“ Tabuzonen

Bei „harten“ Tabuzonen handelt es sich um Flächen, auf denen aus rechtlichen und/oder tatsächlichen Gründen keine Windenergieanlagen errichtet und betrieben werden können. Sie sind einer Abwägung zwischen den Belangen der Windenergienutzung und widerstreitenden Belangen entzogen (BVerwG, Urteil vom 11.04.2013 – BVerwG 4 CN 2.12).

„Denn ungeachtet aller Zweifelsfragen im Einzelnen wird regelmäßig ein mehr oder weniger großer Teil der Außenbereichsflächen im Gemeindegebiet von vornherein nur den „harten“ Tabuzonen zugeordnet werden können. Hierzu gehören neben Flächen mit zu geringer Windhöflichkeit etwa Splittersiedlungen im Außenbereich, Verkehrswege und andere Infrastrukturanlagen, militärische Schutzbereiche, Naturschutzgebiete (§ 23 BNatSchG), Nationalparke und Nationale Naturmonumente (§ 24 BNatSchG), Biosphärenreservate (§ 25 BNatSchG) und gesetzlich geschützte Biotope (§ 32 BNatSchG). ... Darüber hinaus dürfte es nicht zu beanstanden sein, wenn die planende Gemeinde auch Landschaftsschutzgebiete (§ 26 BNatSchG) sowie Natura 2000-Gebiete (§ 31 ff. BNatSchG), d.h. Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung (sog. FFH-Gebiete) nach Art. 4 der Richtlinie 92/43/EWG und europäische Vogelschutzgebiete (SPA-Gebiete) nach Art. 4 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 79/409/EWG (nunmehr ersetzt durch Art. 4 Abs. 1 und 2 der Richtlinie 2009/147/EG), auf der Planungsebene als „harte“ Tabuzonen behandelt.“ (OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.2.2011, OVG 2 A 2.09).

Windhöflichkeit

Es wird auf Grund des bereits seit mehreren Jahren erreichten Standes der Technik der binnenlandoptimierten Windkraftanlagen (WKA) mit Nabenhöhen von überwiegend weit mehr als 100 m davon ausgegangen, dass die gesamte Planungsregion auf Grund der natürlichen Standortvoraussetzungen (Relief, Windgeschwindigkeit) als windhöflich gilt. Ausnahmen ergeben sich insbesondere im Bereich von in Hauptwindrichtung vorgelagerten größeren Erhebungen sowie von Muldenlagen innerhalb größerer zusammenhängender Waldflächen. Diese Bewertung erfolgt im späteren Schritt der Einzelfallprüfung, so dass auf Grund mangelnder Windhöflichkeit keine Bereiche im Sinne einer harten Tabuzone pauschal von einer Ausweisung der VRG/EG ausgenommen werden.

2. Bestimmung der „weichen“ Tabuzonen

Bei „weichen“ Tabuzonen handelt es sich um Gebiete, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zwar tatsächlich und rechtlich möglich sind, in denen nach den Vorstellungen, die der Plangeber anhand eigener Kriterien entwickeln darf, aber keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen (BVerwG, Urteil vom 11.04.2013 – BVerwG 4 CN 2.12). Auch die „weichen“ Tabuzonen werden somit pauschal im gesamten Plangebiet von einer Ausweisung der VRG/EG ausgeschlossen.

Als fachliche Grundlage für die Bestimmung der „weichen“ Tabuzonen werden im Wesentlichen die Ergebnisse des Regionalen Energie- und Klimaschutzkonzeptes Oberlausitz-Niederschlesien (REKK) (Leipziger Institut für Energie Leipzig GmbH und Bosch & Partner GmbH i. A. des RPV: REKK Bericht Planungsregion Langfassung, 2012) heran gezogen. Im REKK erfolgt zwar keine Unterscheidung in „harte“ und „weiche“ Tabuzonen; dennoch sind die dort erfolgten Bewertungen für die regionalplanerische Abwägung gut geeignet. Im REKK wurde eine Flächenpotenzialanalyse für die erneuerbaren Energien durchgeführt. Für die flächenrelevanten EE-Sparten Wind- und PV-Freiflächenanlagen erfolgte dabei ein intensiver Diskurs von anzuwendenden Kriterien im Rahmen einer Expertenbefragung mit anschließendem Workshop. Der Anhang des Berichtes zum REKK enthält in tabellarischer Form diese „Fachliche Bewertung der Restriktionsgrade von Flächennutzungen gegenüber der Windenergie“ (S. 232-242). Am 18.03.2013 hat die Verbandsversammlung des RPV beschlossen, dass die im Endbericht des REKK enthaltenen und raumordnerisch relevanten Ergebnisse bei der anstehenden Fortschreibung des Regionalplanes zu berücksichtigen sind (Beschluss 666). Dies wird bei der Bestimmung der weichen Tabuzonen im Sinne des Grundsatzes 5.1.2 LEP angewendet.

Die Bewertung der Restriktionsgrade erfolgte im REKK für zwei Szenarien. Das „Wind-Basis“ Szenario erhält eine restriktive Bewertung, im Szenario „Wind+“ erfolgt eine anteilige Öffnung bestimmter Flächenkategorien für die Windenergienutzung. Mit dem Planungskonzept für die Nutzung der Windenergie wird auf das „Wind-Basis“ Szenario zurückgegriffen. Stellt sich heraus, dass mit dem „Wind-Basis“ Szenario der Windenergienutzung nicht substanziell Raum gesichert werden kann, werden die weichen Tabuzonen mit dem „Wind+“ Szenario einer erneuten Betrachtung und Bewertung unterzogen (vgl. BVerwG, Urteil vom 24. 01.2008 – 4 CN 2.07 – NVwZ 2008, 559 f.).

Einzelfallprüfung der verbleibenden Potenzialflächen und planerische Auswahl der VRG/EG

Diese beiden Arbeitsschritte werden erst in Vorbereitung für den folgenden Entwurf der Regionalplanfortschreibung durchgeführt. Einbezogen werden hier neben den Stellungnahmen der beteiligten TÖB die Belange, die nicht mit pauschalen Tabuzonen und Abwägungsentscheidungen behandelt werden können. In die Einzelfallprüfung werden insbesondere integriert:

- artenschutzrechtliche Belange (Pufferzonen um die Lebensräume von windkraftsensiblen Arten außerhalb von Schutzgebieten)
- Bauschutzbereiche von Flughäfen und Landeplätzen
- denkmalschutzfachliche Aspekte wie Umgebungsschutz bedeutender Kulturdenkmäler und Parkanlagen
- landschaftspflegerische Aspekte wie regional bedeutsame Aussichtstürme und Sichtachsen, Umgebung landschaftsprägender Kuppen
- Abstände zwischen VRG/EG

Die planerische Auswahl der festzulegenden Gebiete umfasst neben der Erfüllung des regionalen Mindestertragszieles gemäß Ziel 5.1.3 LEP u. a. die Kriterien der vorhabenunterstützenden technogenen Vorbelastung der Landschaft, Einspeisemöglichkeiten (Netzkapazität am Einspeisepunkt, vgl. IE Leipzig im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (2014): Vorbereitung und Begleitung der Erstellung des Erfahrungsberichts 2014 Vorhaben IIe – Windenergie, S. 180 und LEP Grundsatz 5.1.5, 4. Anstrich).

zu Z 6.4.2

Mit dem Urteil des OVG Bautzen vom 10.11.2011 (1 C 17/09, Randnummer 27) wurde festgestellt: *„Soweit (diese) Negativflächen mit der Maßgabe eingestellt wurden, dass geringere Siedlungsabstände für einzelne Vorrang- und Eignungsgebiete nicht entgegenstehen, ist dies nicht zu beanstanden. Denn es handelt sich um Flächen, die bereits in dem früheren bestandskräftigen Regionalplan als Vorrang- und Eignungsgebiet aufgenommen waren. Letzteres bedeutet vor allem, dass die Eignung der insoweit nicht in Abzug gebrachten Flächen bereits in einem Regionalplanverfahren substantiell geprüft worden ist. Vor diesem Hintergrund ist die Übernahme dieser Gebiete mit den damals ermittelten Siedlungsabständen nicht zu beanstanden.“* Diesem Aspekt soll mit der Fortschreibung des Regionalplanes Rechnung getragen werden, indem die im rechtskräftigen Regionalplan 2010 bereits enthaltenen Vorrang- und Eignungsgebiete wieder festgelegt werden, sofern sie nicht von einer harten Tabuzone überlagert werden.

Um andererseits die durch die mittlerweile erreichten Gesamthöhen von WEA möglichen Auswirkungen auf die Wohnbevölkerung abzumildern, sind Höhenbeschränkungen für die Neuerrichtung bzw. das Repowering in den betreffenden VRG/EG notwendig. Damit soll ein planerischer Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen Interessen sowie dem Vertrauensschutz der Betreiber, die in diesen VRG/EG bereits WEA errichtet und den Kommunen, die bereits Bauleitpläne für die räumliche und sachliche Konkretisierung dieser VRG/EG erstellt haben und den Ansprüchen der Wohnbevölkerung an ihr Wohnumfeld erzielt werden.

„Beträgt der Abstand eines Wohnhauses zur nächstgelegenen Windenergieanlage fast das Fünffache der Gesamthöhe der geplanten Windenergieanlage, kann eine Rücksichtslosigkeit des Vorhabens trotz geltend gemachter topographischer Besonderheiten nicht angenommen werden.“ (OVG Saarlouis Beschluss vom 24.9.2014, 2 A 471/13, 3. Leitsatz).

Mit der textlichen Festlegung soll die Genehmigung einer neuen bzw. zu repowernden WEA daran geknüpft werden, dass diese nur zulässig sind, wenn anlagenbezogen ein Abstand zur nächstgelegenen geschlossenen Wohnbebauung bzw. zu einem Baugebiet mit Wohn- oder gemischter Nutzung eingehalten wird, der der fünffachen Gesamthöhe (5H) der geplanten WEA entspricht. Diese Regelung ist an die Bestimmung der „weichen“ Tabuzone angelehnt, die bei einer angenommenen Gesamthöhe von WEA von 200 m einen Mindestabstand von 1.000 m vorsieht.

Das Ziel 6.4.2 kann sowohl im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung als auch im immissionsschutzrechtlichen Verfahren umgesetzt werden. Über die verbindliche Bauleitplanung bestehendes Baurecht bleibt von der Regelung unberührt.

zu Z 6.4.3

Im Regionalplan 2010 ist das VRG/EG EW 22 Tagebau Spreetal zeichnerisch festgelegt. Nach dem Grundbruchereignis im Tagebau Spreetal im Jahr 2010 hat die LMBV mbH gekippte Bereiche im ehemaligen Braunkohlenbergbaugebiet erneut geprüft. In dessen Ergebnis wurde Bereiche, welche sich noch unter Bergaufsicht befinden, vorläufig gesperrt. Diese geotechnischen Sperrbereiche umfassen Flächen, die auf Grund ihrer geotechnischen Zusammensetzung und ihres Aufbaus zum Grundbruch neigen können. Geotechnische Sperrbereiche dürfen auf Grund der lokalen geotechnischen Verhältnisse weder betreten noch befahren werden. Das VRG/EG EW 29 Tagebau Spreetal liegt in einem derzeit gesperrten Bereich. Auch die Errichtung neuer Windenergieanlagen ist daher gegenwärtig nicht möglich. Mit dem Ziel 6.4.3 wird im Sinne von § 2 Abs. 1 Satz 1 SächsLPiG die Errichtung neuer bzw. das Repowering von bestehenden Windenergieanlagen innerhalb des VRG/EG EW 22 an die Bedingung geknüpft, dass der geotechnische Sperrbereich aufgehoben ist.

6.5 Verteidigung

Karte: Der außerhalb des Plangebietes der Fortschreibung des Braunkohlenplanes Nochten befindliche Teil des Vorranggebietes Verteidigung Ve 1 ist in der Karte „Raumnutzung“ festgelegt. Der im Geltungsbereich der Fortschreibung des Braunkohlenplanes Nochten liegende Teil des Vorranggebietes (dort bezeichnet als Vorranggebiet „Bundeswehersatzfläche“) ist nachrichtlich aus diesem Braunkohlenplan übernommen.

Begründung zu 6.5 Verteidigung

zur RNK Der LEP 2013 enthält keinen expliziten Handlungsauftrag zur Festlegung von Vorranggebieten für Verteidigung. Entsprechend dem Ziel 6.5.4 des LEP ist mit Bezug auf den Grundsatz der Raumordnung im § 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG den Streitkräften die Erhaltung und angemessene Nutzung bestehender und bei Bedarf die Schaffung neuer Infrastruktur zu ermöglichen. Um den räumlichen Erfordernissen der Verteidigung Rechnung zu tragen, kommt der Flächensicherung und dem Umgebungsschutz (z. B. vor herannahender Wohnbebauung) eine besondere Bedeutung zu (vgl. Bielenberg/Runkel/Spannowski: Raumordnungs- und Landesplanungsrecht des Bundes und der Länder. Band 2 Kommentar. L § 2 Randnummer 253, RL, Lfg. 2/10 – IX/2010). Die Festlegung von Vorranggebieten für Verteidigung ist das dafür raumordnerisch geeignete Instrument.

Als Vorranggebiet für Verteidigung wird der Truppenübungsplatz (TrÜbPl) Oberlausitz einschließlich der auf Grund der Weiterführung des Braunkohlentagebaus Reichwalde notwendigen Ersatz- und Verbindungsflächen festgelegt. Der TrÜbPl Oberlausitz ist in seiner Gesamtfläche Teil des Konzeptes zur Nutzung der Truppenübungsplätze in Deutschland vom 21.06.2013. Die Gesamtfläche des TrÜbPl beträgt ca. 16.350 ha (Stand: 12/11 – <http://www.streitkraeftebasis.de>).

In die zeichnerische Festlegung werden die über die Braunkohlenpläne gesicherten Ersatz- und Verbindungsflächen einbezogen. Durch den Braunkohlentagebau Reichwalde werden im Geltungszeitraum dieses Regionalplans Flächen des TrÜbPl Oberlausitz beansprucht. In den Braunkohlenplänen Nochten und Reichwalde sind der Gebietsaustausch und die Schaffung einer Verbindungsfläche zwischen den Übungsplatzteilen Neustadt/Spree und Weißkeißel raumordnerisch geregelt (vgl. Ziel 22 des Braunkohlenplanes Reichwalde, Karte 3 Folgenutzung i. V. m. der Begründung auf den Seiten 37f der Fortschreibung des Braunkohlenplanes Nochten). In einem ersten Schritt wurden auf Grundlage eines Tauschvertrages zwischen dem Bergbautreibenden und der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zum 01.09.2012 Flächen in einer Größenordnung von ca. 1.580 ha auf dem Kippengelände im rekultivierten Teil des Tagebaus Nochten vom Bund übernommen. Weitere Flächen in einer Größenordnung von ca. 561 ha werden zum 01.01.2019 übernommen. Das im Regionalplan 2010 enthaltene Ziel 11.1, welches den Flächenersatz regelte, ist somit nicht mehr notwendig. Die mit der Regionalplanfortschreibung erfolgende regionalplanerische Regelung beschränkt sich auf die zeichnerische Festlegung des Vorranggebietes für Verteidigung in der Karte Raumnutzung.

Im Sinne des § 2 Abs. 1 SächsLPlG wurde das VRG Verteidigung mit einem VRG Arten- und Biotopschutz überlagert. Grundsätzlich sind keine erheblichen Konflikte zwischen beiden Festlegungen zu erwarten. Für den dennoch möglichen Konfliktfall gilt das Ziel 5.3.6 des Regionalplanes, welches auch die zeitlichen Aspekte sich überlagernder vorrangiger Raumnutzungen regelt.

Hinweis Für alle Planungen und Maßnahmen im unmittelbaren Umfeld des Vorranggebietes für Verteidigung ist neben der regionalplanerischen Stellungnahme frühzeitig eine Stellungnahme des Bundesamtes für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Kompetenzzentrum für Baumanagement Strausberg einzuholen.

Regionale Besonderheiten

7 Sorbisches Siedlungsgebiet

Karte: Die zum sorbischen Siedlungsgebiet der Region Oberlausitz-Niederschlesien gehörenden Gemeinden und Gemeindeteile sind in der Karte „Sorbisches Siedlungsgebiet“ dargestellt.

Hinweis: Die Gemeinde Schleife ist in der Karte „Raumstruktur“ i. V. m. Ziel 1.2.6 als Gemeinde mit besonderer Gemeindefunktion „Sorbische Kultur“ festgelegt.

Das Namensverzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile des sorbischen Siedlungsgebietes der Region ist im Anhang zu Kapitel 7 enthalten.

Z 7.1 Bei raumbedeutsamen Planungen und Vorhaben im sorbischen Siedlungsgebiet sind die geschichtlichen und kulturellen Besonderheiten dieses Siedlungsgebietes und seiner Bewohner zu beachten.

Z 7.2 Im sorbischen Siedlungsgebiet sind Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der sorbischen Sprache und des sorbischen Kulturgutes zu unternehmen und zu unterstützen. Initiativen zur Revitalisierung der sorbischen Sprache durch muttersprachliche Ausbildung sind zu fördern.

Z 7.3 Heute noch erkennbare Siedlungsformen und -strukturen mit slawischem bzw. sorbischem Einfluss sowie die sorbischen Kulturdenkmäler sollen erhalten und gepflegt werden.

Z 7.4 Gemeinden oder Gemeindeteile, in denen die sorbische Traditionspflege von besonderer Bedeutung ist, sollen bei der Entwicklung des Fremdenverkehrs so unterstützt und gefördert werden, dass sie zur kulturellen Vielgestaltigkeit der Region beitragen.

Z 7.5 Als regional bedeutsame Einrichtungen der Kultur-, Kunst- und Heimatpflege der Sorben sowie als Zentren zur Förderung der sorbischen Sprache, Kultur und des Fremdenverkehrs sollen erhalten bzw. ausgebaut werden:

- Haus der Sorben mit Sorbischer Kultur-Information in Bautzen,
- Sorbisches Museum in Bautzen,
- Deutsch-Sorbisches Volkstheater in Bautzen,
- Sorbisches Institut mit Sorbischer Zentralbibliothek und Sorbischem Kulturarchiv in Bautzen,
- Sorbisches Nationalensemble in Bautzen,
- Domowina-Haus in Hoyerswerda,
- Krabatmühle in Schwarzkollm,
- Zejler-Smoler-Haus in Lohsa,
- Krabats Neues Vorwerk in Groß Särchen,
- Sorbisches Kulturzentrum in Schleife,
- Njepila-Hof in Rohne,
- Měrcín-Nowak-Haus in Nechern,
- Mehrzweckhalle (Jednota) in Crostwitz,
- Čišinski-Gedenkstätte in Panschwitz-Kuckau,
- Soziokulturelles Zentrum Miltitz „Am Krabat-Stein“,
- Sorbisches Familien- und Bildungszentrum LIPA in Schmerlitz,
- Kulturhaus in Sollschwitz,
- Schulmuseum „Korla Awgust Kocor“ in Wartha.

Begründung zu 7 Sorbisches Siedlungsgebiet

- zu Z 7.1 Das Gebot, gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verfassung des Freistaates Sachsen von 1992, in der Landes- und Kommunalplanung die Lebensbedürfnisse des sorbischen Volkes zu berücksichtigen und den deutsch-sorbischen Charakter des Siedlungsgebietes der sorbischen Volksgruppe zu erhalten, verpflichtet auch die Regionalplanung.
- Wie bereits die Verfassung des Freistaates Sachsen, so verweisen das Sächsische Sorbengesetz und verschiedene einzelgesetzliche Regelungen bezüglich der Umsetzung von bestimmten Schutz- und Fördermaßnahmen zugunsten der Sorben auf das sorbische Siedlungsgebiet. Die Bestimmung des sorbischen Siedlungsgebietes ist demgemäß zur Umsetzung gebietsbezogener Schutz- und Fördermaßnahmen erforderlich. Die Abgrenzung des sorbischen Siedlungsgebietes wurde auf Grundlage des § 3 des Sächsischen Sorbengesetzes vom 31. März 1999 (SächsGVBl. S. 161), das zuletzt durch Artikel 59a des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130, S. 556) geändert worden ist, und der dazugehörigen Anlage vorgenommen.
- § 3 Absatz 1, Halbsatz 1 des Sächsischen Sorbengesetzes beschreibt das geographische Gebiet, in dem heute die überwiegende Mehrheit der im Freistaat Sachsen lebenden Bürger sorbischer Volkszugehörigkeit ihre angestammte Heimat hat. Indikator zur näheren Bestimmung des Siedlungsgebietes ist der Nachweis der sorbischen sprachlichen oder kulturellen Tradition bis zur Gegenwart. Die sorbische kulturelle Identität kann u. a. dadurch belegt werden, dass sich Teile der Bevölkerung selbst als Sorben bezeichnen, die sorbische Sprache in privaten und öffentlichen Bereichen als Muttersprache, Umgangssprache und Amtssprache anwenden, Mitglieder sorbischer oder deutsch-sorbischer Vereine, Gruppen oder Wählervereinigungen sind, sorbische Kultur rezipieren und pflegen, sorbische Tracht tragen oder sorbische Gottesdienste besuchen.
- Grundsätzlich bildet die sorbische Kultur im sorbischen Siedlungsgebiet eine Einheit. Daneben zeigt sie sich in vier regionalen Besonderheiten:
- im Dreieck zwischen Bautzen, Kamenz und Hoyerswerda,
 - um Hoyerswerda,
 - im Bautzener Land,
 - um Schleife.
- Das sorbische Siedlungsgebiet erstreckt sich darüber hinaus auf Teile der Niederlausitz im Land Brandenburg.
- zu Z 7.2 Der Schutz und die Förderung der sorbischen Sprache und Kultur wird vor allem durch die Gebietskörperschaften des sorbischen Siedlungsgebietes als kommunale Pflichtaufgabe vollzogen. Entsprechend der Landkreis- und Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen regeln sie die Förderung der sorbischen Kultur und Sprache durch Satzung. Zur verwaltungsmäßigen Umsetzung der Schutz- und Fördermaßnahmen wird durch das Sächsische Sorbengesetz eine territoriale Festlegung zur Anwendung gebietsbezogener Maßnahmen getroffen. Durch die Maßnahmen zum Schutz und zur Förderung der sorbischen Sprache und des sorbischen Kulturgutes soll auch das Heimatgefühl der im Siedlungsgebiet ansässigen sorbischen Bevölkerung gestärkt werden. Die Förderung durch die Stiftung für das sorbische Volk beschränkt sich grundsätzlich auf das sorbische Siedlungsgebiet. Im Übrigen sind die Aufgaben des Freistaates und der Gebietskörperschaften im Bereich des Schutzes und der Förderung sorbischer Kultur in § 13 des Sächsischen Sorbengesetzes festgeschrieben worden.
- Aktivitäten und Initiativen zur Bewahrung und Fortentwicklung sorbischer Identität außerhalb des Siedlungsgebietes werden durch die Bestimmung des Siedlungsgebietes und der hier zur Anwendung kommenden besonderen Maßnahmen nicht berührt.
- Besonderes Augenmerk genießen alle Maßnahmen und Projekte zur Revitalisierung der sorbischen Sprache und zur Stärkung der muttersprachlichen Ausbildung. Wichtig für die Entwicklung der sorbischen Sprache ist außerdem, die Voraussetzungen für eine Anwendung im öffentlichen Raum der Ortschaften des sorbischen Siedlungsgebietes (öffentliche Verwaltung, Dienstleistungs- und Versorgungseinrichtungen, Bildungs- und Kulturstätten) zu schaffen bzw. zu sichern sowie Sozial-, Kultur und Bildungseinrichtungen mit sorbischsprachigen Angeboten vorzuhalten.
- zu Z 7.3 Ab dem 6. Jahrhundert und besonders zwischen dem 11. und 14. Jahrhundert wurden in der Region durch sorbische und deutsche Bauern Siedlungen und Bauwerke errichtet, die in ihren Auswirkungen bis heute sichtbar geblieben sind. Dazu zählen neben einzelnen Bauwerken noch in ihrer Struktur erkennbare sorbische Dorfformen wie Rundweiler (z. B. Keula, Stadt Wittichenau, sorbisch: Kulowc – kleines Runddorf) oder die zahlreichen Platzdörfer im Altsiedelland um Bautzen.
- Des Weiteren sind bei vielen Dörfern sowohl deutsche als auch sorbische Einflüsse erkennbar, z. B. Wartha (Gemeinde Königswartha), Liebegast (Gemeinde Oßling), Zescha (Gemeinde Neschwitz), Spreewiese (Gemeinde Großdubrau).
- Eine behutsame Dorferneuerung und -entwicklung, die die siedlungs- und bauhistorischen Belange angemessen beachtet und eine Überformung mit untypischen Bauformen verhindert, kann den besonderen Reiz dieser Dörfer erhalten.
- Vor einem unumgänglichen Abriss einmaliger und repräsentativer Bauwerke, beispielsweise bei Inanspruchnahme durch den Braunkohlenbergbau, sollte die Umsetzung und Wiedererrichtung innerhalb des eigenen Kulturraumes (z. B. innerhalb der Verwaltungsgemeinschaft Schleife) oder in ein Freilandmuseum (z. B. nach Rietschen (Erlichthof)) geprüft werden.
- zu Ziel 7.4 Der bikulturelle Charakter des Siedlungsgebietes trägt zur Bereicherung und zur Beförderung des Fremdenverkehrs bei. Der Fremdenverkehr gewinnt auch als Wirtschaftsfaktor für das Siedlungsgebiet zunehmend an Bedeutung. Deshalb sind die bereits bestehenden Ansätze für den Fremdenverkehr zum weiteren Ausbau geeignet. Ein Beispiel dafür sind die Etablierung und die Aktivitäten der KRABAT-Region, wie der KRABAT-Radweg und das KRABAT-Fest.
- Dabei muss darauf geachtet werden, dass diese Gemeinden oder Gemeindeteile nicht allein Objekte des Tourismus werden, sondern dass ihre Kulturwerte in ihrer Eigenart bewahrt und die unbeschadete Pflege der religiösen Traditionen der sorbischen Mitbürger gesichert werden.

Ein herausragendes, über die Region hinaus bekanntes Ereignis bilden gegenwärtig die sorbisch-katholischen Osterreiterprozessionen zwischen Ralbitz und Wittichenau, Bautzen und Radibor, Radibor und Storch, Panschwitz und Crostwitz sowie Nebelschütz und Ostro.

zu Ziel 7.5

Einrichtungen der Kultur-, Kunst- und Heimatpflege der Sorben erfüllen eine wichtige Aufgabe bei der Anregung zu sorbischer Kulturarbeit. Sie sind wichtige Kommunikationsstätten zur Pflege der sorbischen Sprache. Darüber hinaus sind sie ergänzt durch die Fremdenverkehrseinrichtungen für Einheimische und Gäste wichtige Informationsstätten zum Kennenlernen der sorbischen Sprache und Kultur und erfüllen bedeutsame Funktionen in der Kinder- und Jugendarbeit. Für den Njepila-Hof in Rohne soll durch die Betroffenheit durch den Braunkohlenabbau in Umsetzung des Ziels 14 der Fortschreibung des Braunkohlenplanes Tagebau Nochten eine Verlagerung vorgenommen werden.

Die Nennung der regional bedeutsamen Einrichtungen im Ziel schließt die Errichtung weiterer Einrichtungen, insbesondere in den Teilen des sorbischen Siedlungsgebietes, in denen sich noch keine derartige Einrichtung befindet, nicht aus.

Anhang zu Kapitel 1.1 Zentrale Orte und Verbünde

Nahbereich (Zentraler Ort)	Zentralität des Zentra- len Ortes	Raum- kategorie	dem Nahbereich vorrangig zugeordnete Gemeinden		dem Nahbereich partiell zugeordnete Gemeinden	
			Gemeinden	Einwohner (31.12.2013)	Gemeinden	Einwohner (31.12.2013)
Landkreis Bautzen						
Bautzen	OZSV	vBIR	Bautzen	39.607	Cunewalde	4.869
			Doberschau-Gaußig	4.224		
			Göda	3.161		
			Großpostwitz/O.L.	2.785		
			Kubschütz	2.585		
			Obergurig	2.056		
Hoyerswerda	OZSV	vBIR	Hoyerswerda	34.317		
			Elsterheide	3.623		
			Lauta	8.838		
			Lohsa	5.577		
			Spreeetal	1.943		
Radeberg	MZ	VR	Radeberg	18.153		
			Arnsdorf	4.769		
			Wachau	4.321		
Kamenz	MZ	vBIR	Kamenz	15.301	Oßling	2.341
			Crostitzwitz	1.029	Ralbitz-Rosenthal	1.716
			Elstra	2.899		
			Nebelschütz	1.169		
			Panschwitz-Kuckau	2.111		
			Räckelwitz	1.086		
			Schönteichen	2.148		
Bischofswerda	GZ	vBIR	Bischofswerda	11.605		
			Burkau	2.721		
			Demitz-Thumitz	2.777		
			Frankenthal	957		
			Großharthau	2.745		
			Rammenau	1.414		
			Schmölln-Putzkau	3.092		
Neukirch/Lausitz- Schirgiswalde- Kirschau-Sohland a. d. Spree- Wilthen	GZ	vBIR	Neukirch/Lausitz	5.074	Oppach	2.505
			Schirgiswalde-Kirschau	6.518		
			Sohland a. d. Spree	6.885		
			Wilthen	5.268		
			Steinigtwolmsdorf	2.977		
Großdubrau- Malschwitz- Radibor	GZ	IR	Großdubrau	4.268		
			Malschwitz	4.940		
			Radibor	3.206		
Pulsnitz	GZ	vBIR	Pulsnitz	7.578	Haselbachtal	4.066
			Großnaundorf	984		
			Lichtenberg	1.611		
			Ohorn	2.340		
			Steina	1.657		
Bernsdorf	GZ	vBIR	Bernsdorf	6.670	Schwepnitz	2.518
Großröhrsdorf	GZ	vBIR	Großröhrsdorf	6.627		
			Brettnig-Hauswalde	2.951		

Nahbereich (Zentraler Ort)	Zentralität des Zentra- len Ortes	Raum- kategorie	dem Nahbereich vorrangig zugeordnete Gemeinden		dem Nahbereich partiell zugeordnete Gemeinden	
			Gemeinden	Einwohner (31.12.2013)	Gemeinden	Einwohner (31.12.2013)
Wittichenau	GZ	IR	Wittichenau	5.830	Oßling	2.341
					Ralbitz-Rosenthal	1.716
Königsbrück	GZ	IR	Königsbrück	4.374	Haselbachtal	4.066
			Laußnitz	1.906	Schwepnitz	2.518
			Neukirch	1.690		
Königswartha	GZ	IR	Königswartha	3.611		
			Neschwitz	2.504		
			Puschwitz	853		
Weißenberg	GZ	IR	Weißenberg	3.280	Hohendubrau	1.974
			Hochkirch	2.341		
Landkreis Görlitz						
Görlitz	OZSV	vBIR	Görlitz	54.042	Kodersdorf	2.558
			Markersdorf	3.986	Königshain	1.203
			Neißeau	1.749		
			Schöpstal	2.472		
Zittau	MZ	vBIR	Zittau	25.950	Ostritz	2.451
			Bertsdorf-Hörnitz	2.205		
			Jonsdorf	1.627		
			Mittelherwigsdorf	3.648		
			Oderwitz	5.290		
			Olbersdorf	5.279		
			Oybin	1.479		
Weißwasser/O.L.	MZ	vBIR	Weißwasser/O.L.	17.288	Boxberg/O.L.	4.756
			Bad Muskau	3.678	Krauschwitz	3.584
			Gablenz	1.645	Rietschen	2.637
			Groß Düben	1.100		
			Schleife	2.655		
			Trebendorf	960		
			Weißkeißel	1.275		
Löbau	MZ	vBIR	Löbau	15.531	Beiersdorf	1.174
			Großschweidnitz	1.340	Cunewalde	4.869
			Lawalde	1.921	Dürrhennersdorf	1.018
			Rosenbach	1.649	Kottmar	7.752
					Schönbach	1.172
Niesky	MZ	vBIR	Niesky	9.591	Boxberg/O.L.	4.756
			Kreba-Neudorf	907	Hohendubrau	1.974
			Mücka	1.015	Horka	1.841
			Quitzdorf am See	1.303	Kodersdorf	2.558
			Waldhufen	2.473	Rietschen	2.637
Ebersbach-Neugersdorf	GZ	vBIR	Ebersbach-Neugersdorf	12.951	Beiersdorf	1.174
			Leutersdorf	3.729	Dürrhennersdorf	1.018
			Neusalza-Spremberg	3.420	Kottmar	7.752
			Seifhennersdorf	3.883	Oppach	2.505
					Schönbach	1.172
Großschönau	GZ	vBIR	Großschönau	5.767		
			Hainewalde	1.554		

Nahbereich (Zentraler Ort)	Zentralität des Zentra- len Ortes	Raum- kategorie	dem Nahbereich vorrangig zugeordnete Gemeinden		dem Nahbereich partiell zugeordnete Gemeinden	
			Gemeinden	Einwohner (31.12.2013)	Gemeinden	Einwohner (31.12.2013)
Reichenbach/O.L.	GZ	IR	Reichenbach/O.L.	5.063	Königshain	1.203
			Vierkirchen	1.704		
Rothenburg/O.L.	GZ	IR	Rothenburg/O.L.	4.741	Horka	1.841
			Hähnichen	1.322	Krauschwitz	3.584
Bernstadt a. d. Eigen	GZ	IR	Bernstadt a. d. Eigen	3.510	Ostritz	2.451
			Herrnhut	6.335		
			Schönau-Berzdorf a. d. Eigen	1.506		

Erläuterungen: Ottendorf-Okrilla wird dem Nahbereich des Oberzentrums Dresden zugeordnet.

OZSV	Oberzentraler Städteverbund Bautzen-Görlitz-Hoyerswerda
MZ	Mittelzentrum
GZ	Grundzentrum
VR	Verdichtungsraum
vBIR	verdichtete Bereiche im ländlichen Raum
IR	ländlicher Raum

Vorranggebiete Erholung

E 1	Geierswalde
E 2	Partwitz
E 4	Blunoer Südsee
E 5	Sabrodter See/Schacht 12
E 6	Spreetaler See
E 7	Scheibe-See
E 8	Burghammer
E 9	Lohsa
E 10	Bärwalder See
E 11	Halbendorfer See
E 12	Berzdorfer See
E 13	Olbersdorfer See

Vorbehaltsgebiete Erholung

E 50	Bluno
E 51	Talsperre Bautzen
E 52	Talsperre Quitzdorf
E 53	Neuberzdorfer Höhe
E 54	Partwitzer See (Nordwestbereich)

Anhang zu Kapitel 4.1 Straßen- und Radverkehr

Straßenneubaumaßnahmen einschließlich Ortsumgehungen (OU)

I Neubau Bundesstraßen einschließlich OU

II Neubau Staatsstraßen einschließlich OU

III Grenzübergänge

I Neubau Bundesstraßen einschließlich OU

Erstreckt sich ein Neubauabschnitt über mehrere Prognoseabschnitte, so wurde ein durchschnittlicher (durchschn.) bzw. gerundeter (ca.) Prognosewert ermittelt

Nr.	Straße	Anmeldung für den BVWP 2015 durch den Freistaat Sachsen	Maßnahme	abgeschlossene (verbindliche) Projektplanungen, Stand: 13.11.2014	Raumplanerische Bedeutung sowie prognostizierte Verkehrsstärke in 2025 nach LVP 2025 in der jeweiligen Relation in Kfz/Tag	Darstellung im Regionalplan
1	B 96	ja	OU Hoyerswerda, Länge ca. 6,6 km	Planfeststellungsbeschluss vom 13.05.2013	Entlastung der Stadt Hoyerswerda (OZSV) vom Durchgangsverkehr, günstige Anbindung des Industriegebiets Zeißig, des Gewerbegebiets Kühnicht und des Scheibe-Sees durchschn. 6.800	nachrichtliche Übernahme Ziel aus LEP 2013
2	B 97	ja	OU Ottendorf-Okrilla	ohne Planung	Entlastung der Gemeinde durchschn. 9.000	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP 2013 (symbolhafte Darstellung der Ortsumgehung), bei Konkretisierung ggf. Sicherung als VRG Neubau Straße
3	B 115	ja	OU Krauschwitz, 1. und 2. Bauabschnitt, Länge ca. 6 km	Aufstellung Vorplanung (Scoping 2008)	Entlastung des Kurortes Bad Muskau (besondere Gemeindefunktion Tourismus) und der Gemeinde Krauschwitz vom Durchgangsverkehr, großräumige Verbindung im Zuge der überregionalen Verbindungs- und Entwicklungsachse Görlitz-Cottbus durchschn. 7.500	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP 2013 (symbolhafte Darstellung der Ortsumgehung), bei verfestigter Planung Festlegung als VRG Neubau Straße
4	B 156	ja	OU Malschwitz/Niedergurig, Länge ca. 1,8 km	Aufstellung Vorentwurf	Entlastung des Ortes Niedergurig vom Durchgangsverkehr zwischen Bautzen und Weißwasser/O.L. 4.000	nachrichtliche Übernahme Ziel aus LEP 2013
5	B 156	nein	Abschnitt Boxberg-Weißwasser/O.L.	keine	Verbesserung der Anbindung des Mittelzentrums Weißwasser/O.L. an das überregionale Autobahnnetz (A 4) und Verkürzung der Reisezeiten nach Bautzen (OZSV) Erschließung der künftigen Bergbaufolgelandschaft und verbesserte Erreichbarkeit des Nahbereichs Weißwasser/O.L. durchschn. ca. 3.700 plus Verkehr zu VRG Erholung Weißwasser/O.L. in Bergbaufolgelandschaft	Festlegung als VBG Neubau Straße
6	B 156	ja	OU Bluno	keine	Verbesserung der Verbindung Weißwasser/O.L.–Schwarze Pumpe/Spremberg–A 13 (AS Großräschen) mit nördlicher Erschließung des Lausitzer Seenlandes 3.000	Nachrichtliche Übernahme aus LEP (symbolhafte Darstellung der Ortsumgehung), bei verfestigter Planung Ausweisung als VRG Neubau Straße
7	B 178n	ja	A 4–Löbau–Zittau–GÜG	Planfeststellung für beide Ab-	überregionale Verbindungsfunktion, Anbindung des Dreiländerecks	Nachrichtliche Übernahme Ziel aus LEP 2013

Nr.	Straße	Anmeldung für den BVWP 2015 durch den Freistaat Sachsen	Maßnahme	abgeschlossene (verbindliche) Projektplanungen, Stand: 13.11.2014	Raumplanerische Bedeutung sowie prognostizierte Verkehrsstärke in 2025 nach LVP 2025 in der jeweiligen Relation in Kfz/Tag	Darstellung im Regionalplan
			PL/CZ Abschnitt A 4–S 112 (Nostitz) und Abschnitt Niederoderwitz–Zittau	schnitte im Verfahren	Deutschland/Republik Polen/Tschechische Republik mit dem Oberzentrum Liberec/Reichenberg sowie dem Mittelzentrum Zittau u. a. an die Landeshauptstadt Dresden und zur Metropolregion Prag, Entlastung der Mittelzentren Löbau, Zittau und der Stadt Herrnhut vom Durchgangsverkehr.	bzw. Aktualisierung des BA 3.3 gemäß Planfeststellungsverfahren (PFV)
	B 178n	ja	- 1. BA, 1. Teil (A 4 bis S 112), Länge ca. 5 km	Laufende Planfeststellung	12.000	nachrichtliche Übernahme Ziel aus LEP 2013
	B 178n	ja	- 3. BA, 3. Teil (S 128 bis B 178 alt), Länge ca. 5,9 km Niederoderwitz–Oberseifersdorf	Linienbestimmung wiederholt	13.500	nachrichtliche Übernahme Ziel aus LEP 2013 Aufnahme der neuen Variante 2 aus PFV

II

Neubau Staatsstraßen einschließlich OU

Erstreckt sich ein Neubauabschnitt über mehrere Prognoseabschnitte, so wurde ein durchschnittlicher (durchschn.) bzw. gerundeter (ca.) Prognosewert ermittelt

Nr.	Straße	Dringlichkeitsstufe nach LVP 2025 (1, 2, k = keine)	Maßnahme	abgeschlossene verbindliche Projektplanungen, Stand: 13.11.2014	Raumplanerische Bedeutung sowie prognostizierte Verkehrsstärke in 2025 nach LVP 2025 in der jeweiligen Relation in Kfz/Tag	Darstellung im Regionalplan
1	S 95/S 100	2	OU Kamenz, Länge ca. 5,2 km	keine (Antrag ROV)	Entlastung von nicht leistungsfähigen Straßenabschnitten in der Kamener Innenstadt (Mittelzentrum) durchschn. 5.000	nachrichtliche Übernahme Ziel LEP 2013
2	S 95	2	OU Pulsnitz, Länge ca. 3,9 km	keine	Entlastung des Grundzentrums Pulsnitz vom Durchgangsverkehr durchschn. ca. 7.500	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP (symbolhafte Darstellung der Ortsumgehung), Konkretisierung bei voranschreitender Planreife als VRG Neubau Straße
3	S 95	k	OU Radeberg (Südmuffung), S 95 bis S 177 alt, Länge ca. 3,6 km	keine (Vorplanung)	Entlastung des Mittelzentrums Radeberg vom Durchgangsverkehr aus der Westlausitz Richtung Dresden-Süd/Südost durchschn. 11.500	Festlegung als Vorbehalts-trasse Neubau Straße
4	S 106	1	Südmuffung Bautzen, B 6–B 96–B 6	Planfeststellung 23.06.2004	Entlastung der Stadt Bautzen (OZSV) vom Durchgangsverkehr in Richtung Löbau Ebersbach/Sa., Zittau, Bischofswerda	Bestand
		Der 1. BA (B 6 bis S 119) wurde bereits für den Verkehr freigegeben.	- 2. BA (S 119 bis B 96) Länge ca. 5,6 km	Planfeststellung 20.04.2007	2. BA durchschn. 7.000 3. BA durchschn. 1.500 (K 7238)	nachrichtliche Übernahme Ziel LEP
			- 3. BA (B 96 bis B 6) Länge ca. 4,5 km	keine (Bedarfsprüfung)		nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP (symbolhafte Darstellung) Bedarf für 3. BA bei Verkehrsstärke von

Nr.	Straße	Dringlichkeitsstufe nach LVP 2025 (1, 2, k = keine)	Maßnahme	abgeschlossene verbindliche Projektplanungen, Stand: 13.11.2014	Raumplanerische Bedeutung sowie prognostizierte Verkehrsstärke in 2025 nach LVP 2025 in der jeweiligen Relation in Kfz/Tag	Darstellung im Regionalplan
						1.500 Kfz/Tag in 2025 fraglich, bei voranschreitender Planreife Konkretisierung als VRG/VBG Neubau Straße
5	S 111a	2 Anmerkung: Der 3. BA der Südwestumgehung Görlitz (Ausbau S 111 von Kunnerwitz bis zur B 99) wurde bereits für den Verkehr freigegeben.	Südwestumgehung Görlitz		Entlastung der Stadt Görlitz (OZSV) vom Durchgangsverkehr, Aufwertung des Gewerbestandortes Hagenwerder Anbindung des Berzdorfer Sees 1. BA: 1.000 (K 8403) 2. BA: 2.000 zunehmender Freizeitverkehr	
			- 1. BA B 6 bis S 111, Länge ca. 4,9 km	Planfeststellung 06.05.2004		nachrichtliche Übernahme Ziel LEP 2013
			- 2. BA OU Kunnerwitz, Länge ca. 2 km	Planfeststellung beantragt		nachrichtliche Übernahme Ziel LEP 2013
6	S 121	1	BÜ-Beseitigung Horka, Länge ca. 2,0 km	Planfeststellung	Verlegung im Zusammenhang mit Ausbau der Niederschlesischen Magistrale (Beseitigung BÜ) durchschn. ca. 3.000	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP 2013 ggf. Konkretisierung bei voranschreitender Planreife als VRG Neubau Straße, Ausbau der weiteren Abschnitte gemäß Z 4.1.3
7	S 127d	1	Zubringer GÜG Deschka (D/PL), Länge ca. 1,1 km	keine (Vorplanung in Aufstellung)	Anbindung des geplanten GÜG Deschka (D/PL) an die S 127 als Verbindung von Neißeau mit Penzig (Piensk) k. A.	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP (symbolhafte Darstellung), bei voranschreitender Planreife ggf. Konkretisierung als VRG Neubau Straße
8	S 129	2	Verlegung Wendisch-Paulsdorf, Länge ca. 1 km	keine	Entlastung der Ortslage Wendisch-Paulsdorf vom Durchgangsverkehr BÜ-Beseitigung 3.000	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP (symbolhafte Darstellung), bei voranschreitender Planreife ggf. Konkretisierung als VRG/VBG Neubau Straße
9	S 131	k	OU Kringelsdorf Länge ca. 1 km	keine Vorplanung in Aufstellung	Verbesserung der Verbindung zwischen Boxberg (besondere Gemeindefunktion Gewerbe) und Rietschen, touristische Verbindung Erlichthof (Rietschen) mit Bärwalder See bzw. Findlingspark Nochten (Boxberg) Teil einer großräumigen W-O-Verbindung von Görlitz über Boxberg nach Schwarze Pumpe bzw. Hoyerswerda durchschn. 2.000	textliche Festlegung in Z 4.1.2 (mit Begründung)
10	S 131/S153	k	OU Reichwalde, Länge ca. 2,7 km	keine	Verbesserung der Verbindung zwischen Boxberg (besondere Gemeindefunktion Gewerbe) und Rietschen, Entlastung von Reichwalde vom Durchgangsverkehr, touristische Verbindung Erlichthof (Rietschen) mit Bärwalder See bzw. Findlingspark Nochten (Boxberg)	textliche Festlegung in Z 4.1.2 (mit Begründung)

Nr.	Strasse	Dringlichkeitsstufe nach LVP 2025 (1, 2, k = keine)	Maßnahme	abgeschlossene verbindliche Projektplanungen, Stand: 13.11.2014	Raumplanerische Bedeutung sowie prognostizierte Verkehrsstärke in 2025 nach LVP 2025 in der jeweiligen Relation in Kfz/Tag	Darstellung im Regionalplan
					Teil einer großräumigen W-O-Verbindung von Görlitz über Boxberg nach Schwarze Pumpe bzw. Hoyerswerda durchschn. 1.000	
11	S 131 künft. K 9281	k	Spreestraße 2. Bauabschnitt, Länge ca. 6,5 km	ROV	Schließung der Straßennetzlücke zwischen Boxberg (besondere Gemeindefunktion Gewerbe) und dem Industriepark Schwarze Pumpe sowie der A 13 über B 156 Teil einer großräumigen W-O-Verbindung A 13–Schwarze Pumpe–Weißwasser/O.L. – Grenze D/PL 2.000 von S 130	Kreisstraßenkonzeption des Landkreises Bautzen Festlegung Neubau Straße
12	S 142	2	Verlegung Querverbindung B 96–S 148n	keine	Direkte Anbindung des Grundzentrums Ebersbach-Neugersdorf an die B 96 Richtung Zittau k. A.	nachrichtliche Übernahme VBG aus LEP 2013, bei voranschreitender Planreife ggf. Konkretisierung als VRG/VBG Neubau Straße
13	S 177	1	Neubau Radeberg–A 4, Länge ca. 8,6 km	Planfeststellung 2011	direkte Anbindung des Mittelzentrums Radeberg an die A 4 (Anschlussstelle Ottendorf-Okrilla) 12.000	nachrichtliche Übernahme Ziel LEP 2013
14	S 177 neu	1	Verlegung südlich Großberkmannsdorf, Länge ca. 3 km Anmerkung: Die Länge des in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien befindlichen Teilstückes beträgt ca. 1,2 km.	keine (Aufstellung der Vorplanung)	Direkte Anbindung des Mittelzentrums Radeberg an die B 6 durchschn. ca. 13.000	nachrichtliche Übernahme Ziel LEP 2013

III Grenzübergänge

Lfd. Nummer	Bezeichnung	Funktion	Darstellung im Regionalplan Bestand, Planung, Vorschlag	Grundlage für Darstellung ¹⁾
Bestehende Straßen- und Eisenbahngrenzübergänge Deutschland/Republik Polen Straßengrenzübergänge				
1	Bad Muskau (S 127)–Lugknitz (Łęknica) (W 289)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
2	Krauschwitz–Lugknitz (Łęknica)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
3	Podrosche–Priebus (Przewóz)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
4	Ludwigsdorf–Hennersdorf (Jędrzychowice) (jeweils A 4)	Straßengrenzübergang	Bestand	
5	Görlitz/Stadt (S 125)–Görlitz (Zgorzelec) (W 317)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
6	Hagenwerder (S 128)–Radmeritz (Radomierzycy) (W 357)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
7	Zittau/Nordostumgehung–B 178 neu–Kleinschönau (Sieniawka) (W 354)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²

Lfd. Nummer	Bezeichnung	Funktion	Darstellung im Regionalplan Bestand, Planung, Vorschlag	Grundlage für Darstellung ¹⁾
8	Zittau/Chopinstraße(S 146)–Kleinschönau (Sieniawka) (W 354)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
9	Zittau/Friedensstraße (S 132a)–Poritsch (Porajów) (poln. Kreisstr. 1026D)	Straßengrenzübergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
Eisenbahngrenzübergänge				
10	Horka–Kohlfurt (Węgliniec) C-E30	Eisenbahngrenzübergang	Bestand	Ausbau im Zuge der Niederschlesischen Magistrale
11	Görlitz–Görlitz (Zgorzelec) E30	Eisenbahngrenzübergang	Bestand	Regelung der Nutzung über örtliche Grenzvereinbarung
Bestehende Straßen- und Eisenbahngrenzübergänge Deutschland/Tschechische Republik				
Straßengrenzübergänge				
12	Sohland/Hohberg–Rožany/Rosenhain	Straßengrenzübergang	Bestand	
13	Ebersbach/ Bahnhofstraße– Jiřkov/Georgswalde	Straßengrenzübergang	Bestand	
14	Neugersdorf/ Breitscheidstraße– Jiřkov/Georgswalde	Straßengrenzübergang	Bestand	
15	Neugersdorf/ Hauptstraße– Jiřkov/Georgswalde	Straßengrenzübergang	Bestand	
16	Neugersdorf–Rumburk/Rumburg	Straßengrenzübergang	Bestand	
17	Seiffennersdorf/ Rumburger Straße– Rumburk/Rumburg	Straßengrenzübergang	Bestand	
18	Seiffennersdorf/ Zollstraße– Varnsdorf/Warnsdorf	Straßengrenzübergang	Bestand	
19	Großschönau–Varnsdorf/Warnsdorf	Straßengrenzübergang	Bestand	
20	Lückendorf–Petrovice/Petersdorf	Straßengrenzübergang	Bestand	
Eisenbahngrenzübergänge				
21	Ebersbach–Rumburk/Rumburg	Eisenbahngrenzübergang	Bestand	derzeit ohne Personenverkehr
22	Großschönau–Varnsdorf/Warnsdorf	Eisenbahngrenzübergang	Bestand	
23	Zittau–Hrádek nad Nisou/Grottau	Eisenbahngrenzübergang	Bestand	Dringender Sanierungsbedarf, in trilateraler Abstimmung zu regeln
Geplante Straßen- und Eisenbahngrenzübergänge Deutschland/Republik Polen/Tschechische Republik				
Geplante Straßen- und Eisenbahngrenzübergänge Deutschland/Republik Polen				
Geplante Straßengrenzübergänge				
24	Deschka (S 127d)–Penzig (Pieńsk) (W 353)	Straßengrenzübergang	Planung (Ziel 4.1.5)	Mögliches Infrastrukturprojekt der INTERREG-Förderperiode 2014-2020 (Kooperationsprogramm Polen-Sachsen) Polnische Zuständigkeit für Bau gemäß GBA 2012 ²
Eisenbahngrenzübergänge				
25	Ostritz–Lauban (Lubań) bzw. Reichenau (Bogatynia)	Eisenbahngrenzübergang	Planung	
Vorschläge für die Einrichtung weiterer Straßenübergänge Deutschland/Republik Polen/Tschechische Republik				
Straßenübergänge Deutschland/Republik Polen				
26	Steinbach–Säbnitz (Sanice)	Straßengrenzübergang	Vorschlag	Willenserklärung des Stadtrates Rothenburg vom 28.11.2007
27	Lodenau–Zoblitz (Sobolice)	Straßengrenzübergang	Vorschlag (Ziel 4.1.5)	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
28	Görlitz/nördlich Peterskirche–Görlitz (Zgorzelec)	Straßengrenzübergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
29	Görlitz–Köslitz (Kozłice)	Straßengrenzübergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
30	Hirschfelde–Türchau (Turoszów)	Straßengrenzübergang	Vorschlag (Ziel 4.1.5)	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
Touristische Übergänge Deutschland/Tschechische Republik				

Lfd. Nummer	Bezeichnung	Funktion	Darstellung im Regionalplan Bestand, Planung, Vorschlag	Grundlage für Darstellung ¹⁾
31	Steinitz/Lobendava/Lobendau (Severni/Hilgersdorf) ³⁾	Touristischer Übergang	Bestand	
32	Sohland/Neudorf-Lipová/Hainpach	Touristischer Übergang	Bestand	
33	Sohland a. d. Spree (Taubenheim)–Šluknov/Schluckenau (Královka/Königshain)	Touristischer Übergang	Bestand	
34	Oppach–Šluknov/Schluckenau (Fukov/Fugau) ³⁾	Touristischer Übergang	Bestand	
35	Neusalza-Spremberg/Badstraße–Šluknov/Schluckenau	Touristischer Übergang	Bestand	
36	Friedersdorf/Blockhaus–Šluknov/Schluckenau (Království/Königswalde)	Touristischer Übergang	Bestand	
37	Seifhennersdorf/ Warnsdorfer Straße–Varnsdorf (Pohranicni straze)/Warnsdorf ³⁾	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
38	Waltersdorf (Herrenwalde)–Dolní Podluží/Niedergrund	Touristischer Übergang	Bestand	
39	Waltersdorf–Dolní Světlá/Niederlichtenwalde	Touristischer Übergang	Bestand	
40	Jonsdorf–Krompach/Krombach ³⁾	Touristischer Übergang	Bestand	
41	Jonsdorf–Dolní Světlá/Niederlichtenwalde	Touristischer Übergang	Bestand	
42	Oybin/Hain–Krompach/Krombach	Touristischer Übergang	Bestand	
43	Lückendorf/ Forsthaus–Petrovice/Petersdorf	Touristischer Übergang	Bestand	
44	Neu Hartau–Česka brana/Böhmisches Tor	Touristischer Übergang	Bestand	
45	Neu Hartau–Hrádek nad Nisou/Grottau	Touristischer Übergang	Bestand	
46	Hartau–Hrádek nad Nisou/Grottau ³⁾	Touristischer Übergang	Bestand	
47	Dreiländerpunkt Zittau–Hrádek nad Nisou/Grottau	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
Touristische Übergänge Deutschland/Republik Polen				
48	Bad Muskau–Lugknitz (Łęknica) „Englische Brücke“ im Muskauer Park	Touristischer Übergang	Bestand	
49	Bad Muskau (Fürst-Pückler-Park)–Lugknitz (Łęknica) im Muskauer Park	Touristischer Übergang	Bestand	
50	Bad Muskau–Lugknitz (Łęknica) ehemalige Eisenbahnbrücke	Touristischer Übergang	Bestand	
51	Pechern–Priebe (Przewóz Potok)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
52	Klein Priebe–Priebe Buchwalde (Przewóz Bucze)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
53	Rothenburg/O.L.–Tormersdorf (Prędocie)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
54	Deschka–Penzig (Pieńsk) (polnische Gemeindestr. 103821D)	Touristischer Übergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ² Ggf. Ausbau zu Straßenübergang (s. o.)
55	Görlitz–Görlitz (Zgorzelec)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
56	Görlitz (Altstadtbrücke)–Görlitz (Zgorzelec)	Touristischer Übergang	Bestand	Deutsche Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²
57	Ostřitz–Grunau (Krzewina Zgorzelecka) (Ostřitz Bahnhof) ⁴⁾	Touristischer Übergang	Bestand	Polnische Zuständigkeit für Erhalt gemäß GBA 2012 ²

Lfd. Nummer	Bezeichnung	Funktion	Darstellung im Regionalplan Bestand, Planung, Vorschlag	Grundlage für Darstellung¹⁾
58	Ostritz (Kloster Marienthal)–Rusdorf (Posada) (polnische Kreisstr. 2368D)	Touristischer Übergang	Planung	Vereinbarung der deutsch-polnischen Expertenkommission vom 30./31. März 2004 in Misdroy. Deutsche Zuständigkeit für Bau gemäß GBA 2012 ²⁾
59	Hirschfelde/OT Rosenthal–Rohnau (Trzcieniec)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
60	Hirschfelde (Aschebrücke)–Türchau (Turoszów)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
61	Zittau (Reißmühle)–Poritsch (Porajów)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)
62	Zittau/Lusatiaweg–Poritsch (Porajów)	Touristischer Übergang	Vorschlag	Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006)

¹⁾ gilt für Kategorie Planung bzw. Vorschlag, bei Bestand ggf. Anmerkung

²⁾ Grenzbrückenabkommen (Erste Verordnung zur Änderung der Anlagen A und B zum Abkommen vom 21. November 2000 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Polen über den Bau und die Erhaltung von Grenzbrücken in der Bundesrepublik Deutschland im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Bundesfernstraßen, in der Republik Polen im Zuge von öffentlichen Straßen außerhalb des Netzes der Landesstraßen vom 25. Mai 2012. In: Bundesgesetzblatt Jahrgang 2012 Teil II Nr. 18, ausgegeben zu Bonn am 6. Juni 2012, S. 553–558)

³⁾ Dieser Übergang soll lt. „Konzeption zusätzlicher Straßenverbindungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der Tschechischen Republik“ vom Februar 2004 als Straßenübergang ausgebaut werden. Daher erfolgt neben der Bestandsdarstellung als touristischer Übergang in der Erläuterungskarte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ die Darstellung als Vorschlag für einen Straßenübergang in der Raumnutzungskarte bzw. in der Erläuterungskarte zum Kapitel „Verkehr“.

⁴⁾ Der gegenwärtig für Fußgänger und Radfahrer nutzbare Grenzübergang Ostritz–Grunau (Krzewina Zgorzelecka) (Ostritz Bahnhof) ist laut Konzeption „Grenzübergänge in der Euroregion Neiße-Nisa-Nysa“ (2006) als Straßengrenzübergang vorgesehen. Daher erfolgt neben der Bestandsdarstellung als touristischer Übergang in der Erläuterungskarte „Freizeit, Erholung, Tourismus“ die Darstellung als Vorschlag für einen Straßenübergang in der Raumnutzungskarte bzw. in der Erläuterungskarte zum Kapitel „Verkehr“.

Anhang 1 zu Kapitel 5.2 Kulturlandschaftsschutz

Leitbilder für die Kulturlandschaftsentwicklung

Die Leitbilder für die Kulturlandschaftsentwicklung geben auf der Ebene der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien einen Rahmen für die Entwicklung der Kulturlandschaft vor. Sie sind ein übergeordnetes, nicht auf einen festen Zeitraum bezogenes visionäres Gesamtkonzept für die Kulturlandschaftsentwicklung. Die Leitbilder orientieren sich an den naturräumlichen Potenzialen, deren Empfindlichkeit und an der besonderen Eigenart der Naturräume, welche sich aus den natürlichen Standortverhältnissen und der kulturhistorischen Entwicklung unter Berücksichtigung der verschiedenen Nutzungsanforderungen herleiten.

Räumliche Bezugseinheiten der regionalisierten Leitbilder sind die im Landesentwicklungsplan Sachsen 2013 abgegrenzten Landschaftseinheiten der sächsischen Kulturlandschaft (vgl. Karte „Landschaftsgliederung“).

Niederlausitzer Grenzwall

Hinweis:

Auf Grund des nur sehr geringen Flächenanteils der Landschaftseinheit Cottbuser Sandplatte in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien wurde für diese kein separates Leitbild erarbeitet. Die für diese Einheit wesentlichen Aussagen wurden in das Leitbild für den Niederlausitzer Grenzwall integriert.

Im Landschaftsraum Niederlausitzer Grenzwall und in dem zur Planungsregion gehörenden Teil der Landschaftseinheit Cottbuser Sandplatte soll der Landschaftscharakter mit den reliefbestimmenden Stauchungen im Bereich Berg (Bad Muskau), den Terrassenhängen der Lausitzer Neiße, der Kleinseenlandschaft im Bereich Kromlau, Gablenz und Groß Düben erhalten und nach der Sanierung und Sicherung der altbergaubedingten Gefahrenstellen in eine sanfte touristische Nutzung, ergänzend zu den historischen Parkanlagen Bad Muskau und Kromlau, einbezogen werden.

Dazu soll(en)

- der „Geopark Muskauer Faltenbogen“ als Teil des Europäischen Geopark-Netzwerkes grenzüberschreitend mit dem Land Brandenburg und der Republik Polen weiter ausgebaut werden,
- die charakteristischen Kleingewässer (Gieser) als wertvolle Biotope mit ihrer schützenswerten Flora und Fauna bewahrt werden,
- die Gablenz-Jämlitzer Hochfläche und der Muskauer Faltenbogen standortangepasst weiterhin landwirtschaftlich genutzt und vor allem im Bereich zwischen Gablenz und Bad Muskau durch Gehölzanpflanzungen an Wegen und Gräben räumlich gegliedert sowie landschaftlich und ökologisch aufgewertet werden,
- die durch einen großen Anteil an Kiefernmonokultur gekennzeichneten Waldflächen unter Beachtung der potenziell natürlichen Vegetation und der klimatischen Veränderungen langfristig zu standortgerechten naturnahen Mischwäldern entwickelt werden,
- das am Nordhang der Trebendorfer Hochfläche gelegene FFH- und Naturschutzgebiet „Altes Schleifer Teichgelände“ als Genreservoir und Ausgangspunkt für die Wiederbesiedlung der Bergbaufolgelandschaft erhalten werden,
- mit dem FFH- und Naturschutzgebiet „Trebendorfer Tiergarten“ ein Teil der Trebendorfer Hochfläche bewahrt und als Refugialstandort und Lebensraum für eine Vielzahl der Arten entwickelt werden, deren Lebensraum durch den herannahenden Tagebau vernichtet wird oder die in ihrer Existenz bedroht werden,
- die autochthonen Vorkommen der vom Aussterben bedrohten Weißtanne im nördlichsten Teil der Region (Bad Muskau-Köbeln) erhalten und ihre Naturverjüngung gefördert werden sowie das Lokalvorkommen der Lausitzer Tieflandfichte erhalten und gefördert werden,
- der im Stil eines englischen Landschaftsparks angelegte Fürst-Pückler-Park in Bad Muskau als gemeinsame deutsch-polnische UNESCO-Weltkulturerbestätte grenzübergreifend gepflegt und wiederhergestellt werden.

Muskauer Heide

Die waldreiche Muskauer Heide soll in ihrem Charakter unter Beachtung der überlieferten Siedlungskultur durch den Erhalt der typischen Binnendünen- und Niederungslandschaften bewahrt werden. Der hohen und sehr hohen Vulnerabilität einzelner Landschaftsbestandteile des Naturraumes gegenüber klimatischen Veränderungen, wie der großflächigen Wälder und der grundwassernahen Niederungslandschaft, soll durch geeignete Anpassungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen begegnet werden. Eine Gefährdung dieses naturschutzfachlich wertvollen Gebietes durch großräumige Grundwasserabsenkung und Emissionen sowie infrastrukturelle Verletzungsmaßnahmen infolge des Braunkohlenbergbaus und der -verstromung in der Umgebung soll vermieden werden.

Dazu soll(en)

- die traditionelle gemeinsame sorbische und deutsche Siedlungskultur in der Muskauer Heide mit den Hofanlagen als Drei- und Vierseithöfe oder Langhäusern, die Ortsbildprägenden typischen Bauformen wie die Torbögen in Schleife und die Schrotholzbauten sowie die teilweise geschlossen bebauten Straßen- und Angerdörfer als Ausdruck historisch geprägter Lebensweise in den nord-sächsischen Heidegebieten gepflegt werden,
- die typischen Ausbauten in der freien Landschaft nicht durch weitere Bebauung verfestigt und in ihrem Charakter nicht verändert werden,
- die unzerschnittenen, ökologisch hochwertigen Restgebiete mit den Vorkommen bedrohter Arten wie Birkhuhn, Kranich und Seeadler sowie weiteren gefährdeten Arten und Artengruppen der Flora und Fauna umfassend geschützt und um geeignete Lebensräume in der Bergbaufolgelandschaft erweitert werden,

- bei Aufforstungen die Bestockung der ursprünglich vorhandenen Artenzusammensetzung angeglichen und das genetische Material insbesondere der Lausitzer Tieflandfichte, der Traubeneiche und der Kiefer aus autochthonen Herkünften standortgerecht verwendet werden,
- in der grundwassernahen Niederungslandschaft im nordöstlichen Bereich das relativ gut entwickelte Gewässernetz und die eingelagerten, teilweise umfangreichen Moor- und Anmoorareale erhalten werden,
- die Feucht- und Waldgebiete im Raum Weißwasser/O.L., Krauschwitz, Weißkeißel bis zur Lausitzer Neiße bzw. westlich bis nordwestlich von Weißwasser/O.L. über Trebendorf, Schleife und im Süden über das Spree- und Schöpstal unter Einbeziehung der Teich- und Feuchtgebiete als zusammenhängender Komplex für den Biotopverbund erhalten und entwickelt werden,
- die grundwasserferne Binnendünenlandschaft als bedeutendes postglaziales Binnendünengebiet Deutschlands mit seiner standortspezifischen Biotop- und Artenausstattung und als markantes, das Landschaftsbild prägende Relief erhalten werden und die teilweise kilometerlangen, west-ost-streichenden Strich- und Parabeldünenzüge weder durch Zerschneidung noch durch Abtragung gestört oder anderweitig beeinträchtigt werden,
- die in die zahlreichen Senken und Niederungen der Dünenfelder eingebetteten Heide- bzw. Kesselmoore sowie das Gehängemoor bei Tränke (westlich von Steinbach) mit ihren borealen Pflanzengesellschaften und ihrem einmaligen Arteninventar wie der langblättrigen Sternmiere als Eiszeitrelikt erhalten werden,
- das heimische, in Mitteleuropa akut vom Aussterben bedrohte Birkhuhn als Leittierart halboffener Heide- und Moorformationen im Bestand erhalten sowie Schutz- bzw. Landschaftspflegemaßnahmen eingeleitet werden, die das Nahrungshabitat sichern und das Brutareal erhalten.

Bergbaufolgelandschaft der Oberlausitz

Die Bergbaufolgelandschaft der Oberlausitz soll zu einem Landschaftsraum entwickelt werden, in dem der bergbauliche Eingriff weitgehend ausgeglichen ist und neben Flächen der ungestörten Entwicklung vielfältige Nutzungen der Erholung, der Wasserwirtschaft sowie der Land- und Forstwirtschaft ermöglicht. Die neue Kulturlandschaft des entstehenden Lausitzer Seenland soll sich harmonisch in die umgebende Landschaft einfügen und die landschaftlichen Potenziale für den Fremdenverkehr und die Naherholung erschlossen werden. Der hohen Empfindlichkeit der Waldflächen und Tagebaurestseen gegenüber klimatischen Veränderungen soll durch aktive Anpassungsmaßnahmen Rechnung getragen werden.

Dazu soll(en)

- die Bergbaufolgelandschaft unter Berücksichtigung der naturräumlichen Gegebenheiten des vorbergbaulichen Zustandes entwickelt und Lebensräume für die vom Bergbau zurückgedrängten Arten in Anbindung an das gewachsene Gelände hergestellt werden,
- die neu entstandenen und entstehenden größeren zusammenhängenden Waldflächen entsprechend den sächsischen Waldbau-grundsätzen naturnah entwickelt werden, weitestgehend unzerschnitten bleiben und dem ökologischen Verbund dienen sowie eine umweltgerechte landwirtschaftliche Nutzung ausgewählter Flächen ermöglicht werden,
- die entstehenden Tagebaurestseen, z. B. als Lebensraum wassergebundener Tier- und Pflanzenarten, als landschaftsprägende Elemente, als Freizeit- und Erholungsräume und Fischereigewässer sowie teilweise als Wasserspeicher, mehrfach genutzt werden,
- die Anlage von Wirtschaftswegen und Wanderwegen unter Berücksichtigung forstfachlicher, landwirtschaftlicher, naturschutzfachlicher und touristischer Belange erfolgen,
- mit der wasserhaushaltlichen Sanierung die naturschutz- und landschaftsgerechte Wiederherstellung eines ausgeglichenen, sich weitgehend selbstregulierenden und langfristig stabilen Wasserhaushalts im regionalen und überregionalen Rahmen angestrebt und zur Wiederansiedlung einer atlantischen Moor- und Gewässerflora auch kleinere, flachere Gewässer angelegt werden,
- zur Minderung der Auswirkungen des bergbaulichen Eingriffes Pflege- und Entwicklungsmaßnahmen während der bergbaulichen Beanspruchung im Abbaugbiet und in den Randbereichen vorgenommen und insbesondere auf die Wiederherstellung der ursprünglichen Wasserverhältnisse und der ökologischen Bodenfunktionen hingewirkt werden,
- das überwiegend bewaldete, vormals bergbaulich genutzte „Elstergebiete Hoyerswerda-Laubusch“ als Frischluftentstehungs-, Erholungs- und als Rückzugsgebiet seltener und vom Aussterben bedrohter Arten bewahrt werden.

Königsbrück-Ruhlander Heiden

Hinweis:

Auf Grund des nur sehr geringen Flächenanteils der Landschaftseinheit Großenhainer Pflege in der Planungsregion Oberlausitz-Niederschlesien wurde für diese kein separates Leitbild erarbeitet. Aussagen für diesen Teilraum sind im Leitbild für die Königsbrück-Ruhlander Heiden enthalten.

Die Königsbrück-Ruhlander Heiden sowie der in der Planungsregion liegende Teil der Landschaftseinheit Großenhainer Pflege sollen als waldreiches, in der Laußnitzer und Königsbrücker Heide dünn besiedeltes Gebiet mit besonderer Naturschutzbedeutung bewahrt werden. Die charakteristische Prägung durch schwach wellige Hochflächen und flache Kuppen soll erhalten werden und eine Erholungsnutzung weiterhin möglich sein. Die reichlich vorhandenen mineralischen Rohstoffe sollen raum- und naturverträglich genutzt werden. Den erheblichen Auswirkungen des Klimawandels auf die wasserabhängigen Landschaftselemente und Ökosysteme vor allem südlich von Hoyerswerda sowie nördlich von Königsbrück soll durch geeignete Anpassungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen entgegengewirkt werden.

Dazu soll(en)

- bei Erst- und Wiederaufforstungen Bestände mit gestuften vielfältig strukturierten Waldrändern entwickelt werden, die die potenziell natürliche Vegetation widerspiegeln und die klimatischen Veränderungen berücksichtigen,
- die landwirtschaftliche Nutzung umweltgerecht erfolgen und in den ortsnahen Bereichen vor allem im Hinblick auf das Orts- und Landschaftsbild erhalten bleiben,
- die landwirtschaftlich genutzten Flächen im näheren Einzugsbereich der Fließgewässer besonders umweltschonend und erosionsverbeugend bewirtschaftet oder langfristig von Ackerland in Extensivgrünland oder Wald umgewandelt werden,
- die im Nordwesten vorhandenen Landschaftsschäden durch den Braunkohlenbergbau (ehemaliger Tagebau Heide) beseitigt werden,
- bei einem Abbau der in der südlichen Radeburger und nördlichen Königsbrücker Heide vorkommenden größeren Lagerstätten von Ton, Kies und Quarzsand der Naturraum nicht nachhaltig belastet, das Wasserregime nicht beeinflusst und der Landschaftscharakter mit seiner wertvollen Biotop- und Artenausstattung nicht beeinträchtigt werden,
- die Rohstoffnutzung westlich und nördlich des Dubringer Moores so erfolgen, dass die bedeutenden Vorkommen atlantischer Arten sowie die soligenen Hangmoore am Steinberg und im Quellbereich der Pechteiche bei Neukollm mit den subatlantischen Arten der Gewässer und Heidemoorflora (wie Sonnentauarten, Pillenfarn, Glockenheide) sowie die borealen Kiefernwälder (mit Wintergrünarten, Winterlieb, Rauschbeere und Rosmarinheide) erhalten bleiben,
- die markanten Grundgebirgsdurchragungen aus Gesteinen der Lausitzer Grauwackeneinheit wie die Buchberge bei Laußnitz und der Doberberg bei Weißig in ihrer landschaftsbildprägenden Erscheinung erhalten bleiben,
- seltene und charakteristische Böden des Naturraumes wie Moore und Podsole als Zeugnis und Erscheinungsbild der Natur- und Kulturgeschichte erhalten bleiben,
- im Naturschutzgebiet „Königsbrücker Heide“ die weitgehend natürliche Waldlandschaft, einschließlich der eingebetteten Gewässer-, Sumpf-, Moor- und Binnendünenbiotope großflächig der natürlichen Sukzession überlassen sowie die Lebensräume vom Aussterben bedrohter Arten, wie Fledermäuse, Fischotter, Elbebiber und Eisvogel bewahrt werden.

Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet

Das Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet soll mit seiner Artenvielfalt, den traditionellen Siedlungsformen und Bauweisen der Heidedörfer und als größtes zusammenhängendes Teichgebiet Mitteleuropas mit dem vielfältigen Mosaik aus Feucht- und Nasswiesen, Moorflächen, Sümpfen, Teichen, Heiden und Dünen erhalten, entwickelt und bewirtschaftet werden. In dem als Biosphärenreservat festgesetzten Teil dieser Landschaftseinheit sollen unter Berücksichtigung der Erhaltung einer umweltgerechten Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft ein großräumiges System vernetzter Biotope unter Einbeziehung der Kulturlandschaft aufgebaut und Formen der nachhaltigen Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft beispielhaft entwickelt werden. Die Entwicklung zur naturbezogenen und umweltverträglichen Tourismus- und Erholungsnutzung soll fortgeführt werden. Die infolge des Klimawandels durch die stark negative klimatische Wasserbilanz erhöhte Gefährdung wasserabhängiger Kulturlandschaftselemente und Biotope soll durch entsprechende Anpassungs- und Bewirtschaftungsmaßnahmen gemindert werden.

Dazu soll(en)

- die unterschiedlichen Lebensräume bewahrt und das bedeutende Brut-, Rast-, Durchzugs- und Überwinterungsgebiet für ca. 260 Vogelarten sowie das Areal bedeutender Anteile von Fischotter-, Seeadler-, Schwarzstorch- und Kranichpopulationen in Deutschland und vieler anderer geschützter Tier- und Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden,
- die auf Grund des hoch anstehenden Grundwassers angelegten Teiche unter Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Gesichtspunkte und der klimatischen Veränderungen weiter fischereiwirtschaftlich genutzt, dabei naturnahe Strukturen in den Ufer- und Flachwasserbereichen erhalten und entwickelt sowie der Erhaltung und Entwicklung einer arten- und strukturreichen Schwimm- und Tauchblattvegetation besondere Beachtung geschenkt werden,
- zur Vernässung neigende Ackerflächen den natürlichen Gegebenheiten folgend in artenreiches extensiv genutztes Dauergrünland umgewandelt werden,
- die ökologische Verbundfunktion der Auenbereiche von Schwarzer Elster, Spree, Kleiner Spree, Schwarzem und Weißem Schöps und ihrer Nebenbäche durch Renaturierungsmaßnahmen gestärkt und das Landschaftsbild durch die Sicherung und Entwicklung der gewässerbegleitenden Vegetationsbestände aufgewertet werden,
- die forstwirtschaftliche Nutzung so erfolgen, dass die Entwicklung naturnaher standortgemäßer Mischbestände, z. B. Birken- und Kiefern-Eichenwälder auf Talsanden, Kiefernwälder auf ärmsten Standorten, Erlen-Eschenwälder und Auenwälder an Fließgewässern sowie Bruch- und Moorwälder organischer Standorte unterstützt wird,
- der Stausee Quitzdorf u. a. durch Verbesserung der Wasserqualität als international bedeutsames Gebiet für den Vogelschutz gesichert und in ausgewählten Bereichen der Erholung dienen,
- das bestehende Verhältnis zwischen Grünland-, ackerbaulicher und forstwirtschaftlicher Nutzung im Wesentlichen beibehalten werden,
- die in ihrer Naturausstattung wertvollen Bereiche wie die kleinen Basaltkuppen (Dubrauer Horken) als Refugialstandorte thermophiler Arten in der Agrarlandschaft besonders geschützt werden,

- die Kulturlandschaftspflege, der Naturschutz und die Erhaltung des Charakters verbliebener historisch wertvoller Siedlungsteile und Ortsbilder bei allen künftigen Nutzungen berücksichtigt und die vorhandene historische, landschafts- und ortsbildprägende Bausubstanz von Kirchen, Schlösser und Gutshäuser bewahrt werden.

Östliche Oberlausitz

Der für die Östliche Oberlausitz typische Offenlandcharakter und das abwechslungsreiche Nebeneinander von Einzelbergen und Berggruppen sowie Becken und Platten soll einschließlich der hier ausgeprägten Siedlungsstruktur, insbesondere der Waldhufen- und Reihendörfer, und der traditionellen Bauweise mit Fachwerk- und Umgebinderhäusern unter Bewahrung der naturräumlichen Vielfalt erhalten bleiben. Die Landwirtschaft soll vor allem im Bereich der Becken und Platten, der Löß- und Decklößstandorte mit Bodenwertzahlen von mehr als 50 (u. a. um Görlitz und Zittau) unter Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und der natürlichen Bodenfunktionen die Hauptnutzung bleiben. Landschaftsschäden durch den früheren Braunkohlenbergbau sollen behoben werden.

Dazu soll(en)

- die in der Feldflur vielfach vorhandenen Restgehölze, Bäume und Hecken als Rückzugsräume erhalten bleiben und durch Anpflanzungen aus standortgerechten Arten (landschaftstypischer Baumbestand) an Ufern von Fließgewässern, an Wirtschaftswegen und Feldgrenzen Strukturverbesserungen und der Erosionsschutz erreicht werden,
- der Degradation der Böden infolge Bodenverdichtung und Wind- sowie Wassererosion durch umweltgerechte Bewirtschaftung und Anwendung geeigneter Erosionsschutzmaßnahmen entgegengewirkt und damit der Nährstoffeintrag vor allem in die Fließgewässer vermindert werden,
- die landschaftsprägende Wirkung der charakteristischen Berggruppen und Einzelberge erhalten und nicht durch bauliche Anlagen gestört und damit das Landschaftsbild beeinträchtigt werden,
- die kulturhistorisch wertvolle Bausubstanz in den Städten wie Görlitz, Zittau, die Klosteranlage St. Marienthal und die zahlreichen vorhandenen Schlösser und Herrenhäuser erhalten und gepflegt werden,
- die arten- und edellaubholzreichen Mischwälder als repräsentative Beispiele für die potenziell natürliche Vegetation der Basaltkuppen in der Östlichen Oberlausitz und als Refugialgebiete für seltene Pflanzenarten erhalten und entwickelt werden,
- der Waldarmut durch Aufforstungen auf für die Landwirtschaft weniger geeigneten Standorten unter Wahrung des typischen Landschaftscharakters entgegengewirkt werden,
- in den Gebieten der ehemaligen Braunkohlentagebaue Berzdorf und Olbersdorf vielfältige Freizeitmöglichkeiten geschaffen werden, in dem Teile der Restseen für eine landschaftsverträgliche Erholung genutzt und andere, davon räumlich getrennte Bereiche vorrangig dem Natur- und Landschaftsschutz dienen,
- die Flussläufe der Lausitzer Neiße, der Mandau sowie des Schwarzen und Weißen Schöps und ihre Zuflüsse in ihren naturnahen Abschnitten erhalten, in technisch ausgebauten Abschnitten naturnah gestaltet und der weitere Verbau des Flussvorlandes, insbesondere der Auen- und Uferwiesen vermieden und soweit möglich rückgängig gemacht werden,
- das Tal der Lausitzer Neiße als kleiner charakteristischer Lebensraum mit kräftigen Mäandern, Terrassenspornen, zahlreichen besonders wertvollen, z. T. verlandeten Altwässern mit naturnahen Resten der Weich- sowie Hartholzaue, Feucht- und Nasswiesen, Sand- und Schotterbänken, den überwiegend bestockten Talhängen, den verbreiteten Floren- und Faunenelementen (wie Perückenflockenblume) und typischen östlichen Stromtalpflanzen wie Schwanenblume und Knolliger Kälberkropf erhalten werden,
- die wechselfeuchten Standorte an Gesteinsgrenzen als repräsentative Standorte für hier deutschlandweit einmalig konzentrierte osteuropäische und südsibirische Waldsteppenpflanzen wie Wildgladiole und Preußisches Laserkraut erhalten und besonders in der Entwicklung gefördert werden.

Oberlausitzer Gefilde

Im Oberlausitzer Gefilde soll auf Grund der für die Region hohen Bodengüte eine landwirtschaftliche Nutzung auf den geeigneten Flächen beibehalten werden. Das weiträumige Offenland mit der parkartige Kleinkuppenlandschaft und den eingestreuten kleinen Siedlungen (meist als Rundlinge oder Gutsweiler), mit seinen bewaldeten Höhen und zahlreichen Engtälern (Skalen) als prägende Landschaftselemente sowie den zahlreichen Bächen und kleineren Flüssen mit ihrem Artenreichtum soll erhalten werden und einer naturschonenden Erholung dienen. Am Stausee Bautzen soll für den Ausbau der Erholungsnutzung Vorsorge getroffen werden.

Dazu soll(en)

- der Reichtum an bedeutenden historisch-kulturellen Elementen wie der Altstadt von Bautzen, dem Klosterensemble St. Marienstern, den historisch bedeutenden Schloss- und Parkanlagen u. a. in Gaußig und Drehsa und den vielfältigen historischen Siedlungsformen im deutsch-sorbischen Siedlungsgebiet – meist Weilern und Platzdörfern, Rundlingen, Straßen- oder Haufendörfern – bewahrt sowie typische Gutsanlagen erhalten werden,
- das Landschaftsbild in der Umgebung der Skalen wie der Gröditzter, Nedaschützer, Lausker und Georgewitzer Skala sowie der Schloss- und Parkanlagen erhalten und gepflegt sowie Sichtbeziehungen nicht verbaut werden,
- Ortsränder und wenig ertragreiche oder brachgefallene Standorte durch die Anlage und die Erhaltung von Streuobstbeständen sowie durch Alleen an Feldwegen und Landstraßen belebt werden,
- die zahlreichen vorhandenen historisch bedeutsamen Schanzen wie in Ostro, Niethen, Loga, Doberschau oder Oppeln und entlang des Gödaer Schanzenweges erhalten und gepflegt werden,

- die gegenwärtig bestehenden großen Ackerschläge in Anlehnung an die frühere Kleinteiligkeit des Gebietes durch landschaftsgestaltende Elemente wie Feldgehölze, Hecken und Baumalleen gegliedert werden,
- zur Erhaltung der natürlichen Bodenfunktionen und Bodenqualitäten der vorbeugende Bodenschutz durch geeignete Maßnahmen, wie z. B. Erosionsschutz, gefördert und in hängigen Bereichen eine Umwandlung von Ackerland in Grünland oder Wald unterstützt werden,
- Aufforstungen den typischen Offenlandcharakter nicht beeinträchtigen und an für die Landwirtschaft weniger geeigneten und ökologisch wirksamen Standorten zum Schutz vor Bodenerosion und Emissionen erfolgen,
- nutzungsbedingte Strukturen wie Trockenmauern, Lesesteinrücken, Gesteinsbänke, Steinbruch- und Grubenrestlöcher als ökologisch wertvolle, kulturhistorisch und siedlungsgeschichtlich interessante Landschaftselemente bewahrt werden,
- vorhandene Gehölzstrukturen, wie die Restgehölze der vorwiegend Eichen-Hainbuchenwälder auf den Kuppen und Hügeln, erhalten und in Teilbereichen, insbesondere in Talmulden und entlang von Fließgewässern mit Bruch- und Auenwäldern sowie mit Feldgehölzen angereichert werden,
- die zahlreichen, teilweise aus dem Bergland hervortretenden und das Ackerhügelland im Bautzener Land durchschneidenden Bachläufe wie das Kuppritzer Wasser, das Wuischer Wasser, das Kotitzer Wasser und das Löbauer Wasser in ihren naturnahen Abschnitten erhalten und ihre Auen und angrenzenden Bereiche so geschützt werden, dass sie Standorte von ansonsten montan verbreiteten und anderen seltenen Pflanzenarten bleiben (Große Sternadolde, Rauher Kälberkropf),
- die Plotzener Quellmulde mit ihrer Niedermoorvegetation mit vom Aussterben bedrohten konkurrenzschwachen Arten wie der Bachkratzdistel sowie die Quellhorizonte an der Nordseite des Czorneboh mit der Hartmannssegge bewahrt werden.

Westlausitzer Hügel- und Bergland

Das Westlausitzer Hügel- und Bergland soll in seiner vielgestaltigen Struktur mit den Platten und Hügeln und mit seinem abwechslungsreichen Bild zwischen Wald- und Offenland für den Natur- und Artenschutz, einen naturverträglichen Tourismus sowie für die land- und forstwirtschaftliche Nutzung erhalten und weiterentwickelt werden. Die vorwiegend landwirtschaftliche Nutzung in den Gebieten mit einem hohen Ackeranteil auf ertragreichen Böden soll erhalten werden. Im Umland der Landeshauptstadt Dresden sollen innerörtliche Grünbereiche der Städte bzw. der städtisch geprägten dicht besiedelten Bereiche mit der freien Landschaft so verbunden werden, dass sie stadtnahe Erholungs- und ökologische Ausgleichsfunktionen wahrnehmen können.

Typische Landschaftselemente wie das in seiner Ausprägung seltene glazial überformte Kuppenrelief, Gipfelklippen, Blockhalden, Steinbruchrestlöcher, naturnahe Bachabschnitte, Buchenwaldgesellschaften, Auenbereiche und Bruchwälder sowie gefährdete Arten der Flora und Fauna sollen bewahrt werden.

Dazu soll(en)

- in den agrarisch genutzten Gebieten besonders südlich von Kamenz die Landnutzung so erfolgen, dass die Lebensräume typischer Arten dieses Landschaftsraumes (wie Fischotter, Eisvogel, Schwarzstorch) erhalten und entwickelt werden,
- die landschaftstypischen Biotopie wie Teiche, Streuobstwiesen und Feuchtwiesen erhalten sowie in großflächigen strukturarmen Agrarfluren wiederhergestellt bzw. weiterentwickelt und soweit möglich, miteinander vernetzt werden,
- die landschaftsbildprägenden, bewaldeten Höhenrücken erhalten werden,
- der teilweise hohen Erosionsneigung der Böden in hängigen oder windexponierten Lagen durch geeignete Maßnahmen entgegen gewirkt werden,
- die feuchten Niederungen der Fließgewässer einer Grünlandnutzung zugeführt und Auen langfristig renaturiert werden, um die Funktionen für den ökologischen Verbund und den Hochwasserschutz erfüllen zu können,
- in den Auenbereichen der Fließgewässer wie der Schwarzen Elster, der Pulsnitz, des Haselbaches und der Großen Röder die durch landwirtschaftliche Melioration trocken gelegten Flächen durch schrittweisen Rückbau der Entwässerungsgräben und Drainagen unter Beachtung des Hochwasserschutzes im bebauten Bereich wieder vernässt, günstige Bedingungen für eine hohe Artenvielfalt entwickelt und damit der Natürlichkeitsgrad der Landschaft erhöht werden,
- die Kleinkuppenlandschaft mit ihrem unverwechselbaren Landschaftscharakter des kleinräumigen Wechsels von feldgehölzbestandenen Kuppen und Bergrücken mit wannenartigen Hohlformen als staunässebeeinflusste Wiesenstandorte erhalten, eine sanfte touristische Nutzung gefördert und nicht durch weitere zersiedelnde Bebauung beeinträchtigt werden,
- der Karswald als zusammenhängendes Waldgebiet mit den eingestreuten Wiesen und sumpfigen Niederungen erhalten, weiterhin umweltgerecht forstwirtschaftlich genutzt und für eine sanfte touristische und Erholungsnutzung entwickelt werden,
- in den waldreichen Gebieten wie der Massenei, dem Hochstein-Steinberg-Rücken, dem Breitenberg-Hofeberg-Rücken und den Bergen um Hennersdorf bei der Bewirtschaftung neben den forst- und naturschutzfachlichen Anforderungen auch den Bedingungen für die Erhaltung bzw. die Wiederherstellung einer guten Wasserqualität besonders der Quellabflüsse für Schwarze Elster, Große und Kleine Röder, Pulsnitz, Gruna, Mittelwasser, Haselbach und Klosterwasser Rechnung getragen werden,
- die vorhandenen Schlösser und Parks wie Rammenau und Oberlichtenau und die historischen Altstädte wie Bischofswerda und Kamenz erhalten und gepflegt werden,
- das Kerbsohlental der Großen Röder unterhalb Kleinröhrsdorf mit den typischen glazialen Überformungen und vielfältigen geologischen Aufschlüssen von intensiver Nutzung und weiterer Bebauung freigehalten und der Bestand der Mühlen gesichert werden.

Oberlausitzer Bergland

Das Oberlausitzer Bergland soll für eine naturverträgliche Erholungsnutzung erhalten und entwickelt werden. Die bandartige Siedlungsentwicklung soll durch Grünzäsuren gegliedert, einer Verdichtung der lockeren Streusiedlungslagen entgegengewirkt und die typischen Siedlungsformen erhalten werden. Die reich gegliederte Landschaft mit den charakteristischen Elementen wie den Bachtälern mit Ufergehölzen und Steilhangwäldern, den Höhenzügen mit Gipfelklippen, Blockhalden und -meeren sowie den Steinbruchrestlöchern soll zusammen mit der landschaftsprägenden Umgebendehausarchitektur bewahrt werden.

Dazu soll(en)

- das Erholungspotenzial durch die Erhaltung und die gezielte Erweiterung der touristischen Infrastruktur für einen behutsamen Ausbau des Fremdenverkehrs genutzt werden,
- das Zusammenwachsen der einzelnen Ortslagen durch eine weitere Siedlungstätigkeit entlang der Talbäche und Straßen vermieden, einer weiteren Zersiedlung im Spree- und Wesenitztal entgegengewirkt sowie auf die Erhaltung ursprünglicher, sich in das Landschaftsbild einfügender Ortsränder besonderes Augenmerk gelenkt werden,
- die regional typische Bauweise der Umgebendehäuser, Gutshöfe und Herrenhäuser bewahrt und die für das Ortsbild bedeutsamen Landschaftselemente wie Obstwiesen, Bachläufe, Mühlgräben, Lesesteinrücken und Alleen erhalten werden,
- in den Tälern mit fehlenden bzw. stark geminderten Kaltluftabflussmöglichkeiten wie im Bereich Cunewalde, Oppach oder Beiersdorf eine Bebauung oder ein Bewuchs quer zur Abflussrichtung vermieden bzw. unterbunden werden,
- ökologisch wertvolle montane und submontane Waldgesellschaften und Moore geschützt, die noch in geringem Umfang vorhandenen Relikte von Auenwaldgesellschaften entlang der Bäche und Flüsse erhalten und erweitert sowie die naturnahen Restwälder, die der potenziellen natürlichen Vegetation entsprechen (wie Hainsimsen-Eichen-Buchenwälder), bewahrt werden,
- die häufig mit Fichten bestockten Waldflächen, insbesondere im Bereich des Landschaftsschutzgebietes „Oberlausitzer Bergland“ unter Beachtung der potenziell natürlichen Vegetation und der klimatischen Veränderungen langfristig zu standortgerechten naturnahen Mischwäldern entwickelt werden,
- der Hohwald als geschlossenes Waldgebiet bewahrt sowie die landschaftsprägenden Kuppen und Höhen erhalten und vor weiterer Besiedlung geschützt werden,
- die Fließgewässer und Auenböden des Oberlausitzer Berglandes in einem naturnahen Zustand unter Berücksichtigung des Hochwasserschutzes erhalten oder zu einem solchen entwickelt werden und durch Pufferzonen und geeignete Erosionsschutzmaßnahmen im Einzugsbereich vor Verunreinigung durch Nährstoffeinträge und erosionsbedingten Bodeneintrag geschützt werden.

Zittauer Gebirge

Das Zittauer Gebirge soll als ökologisch wertvoller, reich strukturierter Lebensraum verschiedener seltener oder vom Aussterben bedrohter Arten und als bevorzugtes Urlaubs- und Erholungsgebiet der Region erhalten und entwickelt werden.

Dazu soll(en)

- besonders in den für den Tourismus bedeutenden Orten wie Waltersdorf, Lückendorf, Jonsdorf und Oybin die Siedlungsentwicklung so erfolgen, dass das Landschaftsbild und die ökologisch wertvollen Bereiche bewahrt, die historischen Siedlungsteile mit ihrer besonderen Konzentration der Umgebendebauweise und die typische Siedlungsstruktur nicht überformt sowie die Erholungsmöglichkeiten erhalten und weiterentwickelt werden,
- der kulturhistorisch wertvolle und touristisch bedeutsame Berg Oybin mit der Burgruine so erhalten und gepflegt werden, dass sein Charakter und seine Ansicht als Wahrzeichen des Ortes nicht beeinträchtigt wird,
- dieses ideale Wandergebiet mit seinen teilweise dicht mit Sandsteinblöcken bedeckten Hängen, den markanten, die Sandsteintafel um 70–200 m überragenden Phonolithkuppen wie Hochwald und Lausche und den mannigfaltigen bizarren Felsformationen unter Berücksichtigung natur- und artenschutzfachlicher Belange touristisch gut erschlossen bleiben bzw. werden,
- empfindlichere Landschaftsbereiche wie offene Felsbildungen, tiefe Engtäler der Bäche und die artenreichen Feucht- und mageren Bergwiesen als Lebensräume seltener Arten (Uhu, Sperlingskauz, Wachtelkönig) erhalten bzw. weiterentwickelt und von einer touristischen Nutzung ausgenommen werden,
- die stark zerklüftete Felslandschaft um Jonsdorf geschützt werden,
- die land- und forstwirtschaftliche Nutzung naturverträglich und unter besonderer Beachtung landschaftspflegerischer Maßnahmen erfolgen,
- der Waldreichtum des Zittauer Gebirges, insbesondere die Reste der naturnahen, urwüchsigen Wälder in den Kerbtälchen, erhalten und naturnah entwickelt werden,
- in den rauchimmissionsgeschädigten Waldbeständen im Bereich der Phonolithkuppen eine dem Standort und der Höhenlage entsprechende Waldvegetation krautreicher mesophiler und bodensaurer Buchenmischwälder und des hochmontanen Wollreitgras-Fichten-Buchenwaldes sowie Birken-Kiefern-Eichenwälder auf Sandstein erhalten bzw. entwickelt werden,
- die im Bereich von Lückendorf auf den lößbeeinflussten Braunerden befindlichen Ackerbau- und Grünlandbereiche erhalten und umweltgerecht bewirtschaftet werden.

Anhang 2 zu Kapitel 5.2 (Kulturlandschaftsschutz)

1. Alleen – Vorranggebiete Kulturlandschaftsschutz (Ziel 5.2.4)

B 96	Eichenallee zwischen Wartha und Groß Särchen
B 96	Eichenallee zwischen Abzweig Brischko (Wittichenau) und ehemaliger Grubenbahnbrücke bei Maukendorf
B 97	Laubbaumallee zwischen Wartungsstützpunkt der Städtebahn Sachsen GmbH und Ortseingang Laußnitz
S 95	Eichenallee zwischen Oßling und ehemaliger Grubenbahnbrücke bei Dubring
K 8631	Lindenallee zwischen Großhennersdorf und B 178 (alt)
Herrnhut	Lindenallee an der Berthelsdorfer Straße
Weißenberg	Lindenallee zwischen Lauske und S 112
Markersdorf	Eichenallee von Deutsch-Paulsdorf/Markersdorf zu den Seehäusern (S 111)
Markersdorf	Kirschallee in Jauernick-Buschbach

Alleen, die in ein großflächiges VRG Kulturlandschaftsschutz bzw. VRG für den Arten- und Biotopschutz integriert sind

S 121	Eichen-/Lindenallee zwischen Klitten und Kreba-Neudorf
K 7216	Kastanienallee zwischen Commerau und Kauppa/Gemeinde Großdubrau
K 8473	Eichenallee zwischen Uhyst und Mönau/Gemeinde Boxberg/O. L.
Lohsa	Lindenallee nordöstlich Kolbitz bis zur Teichgruppe Kolbitz

2. Landschaftsprägende Reliefformen

Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Kulturlandschaftsschutz (Ziel 5.2.5)

Zuordnung zu den Einheiten der Landschaftsgliederung (vgl. Karte Landschaftsgliederung)

1. Bergbaufolgelandschaft der Oberlausitz

Außenhalde Maukendorf am Knappensee (VRG)
Hochhalde Nardt bei Hoyerswerda (VRG)

2. Königsbrück-Ruhlander-Heiden:

Windmühlenberg bei Weißig (VRG)
Hinterer und Vorderer Buchberg bei Laußnitz (VRG)

3. Oberlausitzer Heide- und Teichgebiet:

Schafberg (Preussenkuppe) bei Baruth (VRG)
Höhenzug Hohe Dubrau mit Kollmer Dubrau (VRG)
Heideberg bei Kodersdorf (VBG)

4. Niederlausitzer Grenzwall

Kernbereich des sächsischen Anteils des Muskauer Faltenbogens zwischen Kromlau und Krauschwitz (VRG)

5. Östliche Oberlausitz:

Landeskronen (VRG)
Löbauer Berg mit Schafberg (VRG)
Gesamtkulisse der Königshainer Berge u. a. mit Schoorstein, Hochstein, Kämpferberge, Kaiserstein, Hutberg, Limasberg und Schwalbenberg (VRG)
Höhenrücken Rotstein-Hengstberg-Georgenberg (VRG)
Spitzberg bei Deutsch-Paulsdorf (VBG)
Friedersdorfer Berg (VRG)
Schwarzer Berg bei Jauernick (VRG und Pufferzone als VBG)
Knorrberg (VRG und Pufferzone als VBG)
Breiteberg bei Großschönau (VRG)
Sonnenhübel im Waldgebiet Königsholz (VRG)
Spitzberg und Stumpfeberg bei Oderwitz (VRG und Pufferzone als VBG)
Scheibenberg und Spitzberg bei Hörnitz (VRG)
Höhenrücken Großer Berg, Buchberg, Schönbrunner Berg bei Großhennersdorf (VBG)
Rosenhainer Berg nordöstlich von Löbau (VRG und Pufferzone als VBG)

6. Oberlausitzer Gefilde:

Strohberg (VRG und Pufferzone als VBG)
Wohlaer Berg (VRG und Pufferzone als VBG)
Nedaschützer Skala am Klosterwasser mit Leutwitzer Wasser (VRG)
Neustädter Skala am Klosterwasser bei Ostro (VRG)

7. Westlausitzer Hügel- und Bergland:

Scheibischer Berg bei Königsbrück (VRG)
Wagenberg bei Königsbrück (VRG)
Höhenrücken Rüdenberg bei Großdrebnitz (VRG)
Pohlaer Berg und Birkenberg bei Uhyst a. Taucher (VRG)
Butterberg Bischofswerda (VRG)
Höhenrücken Hauffensberg und Krohnenberg bei Bretnig-Hauswalde (VRG)
Höhenrücken Hochstein und Ohorner Steinberg (VRG)
Höhenrücken Schleißberg, Tanneberg und Schwedenstein (VRG)
Höhenrücken Keulenberg (VRG)
Höhenrücken Schwarzenberg mit Hennersdorfer Berg (VRG)
Hutberg bei Kamenz (VRG)
Höhenrücken Wahlberg-Wüsteberg (VRG)
Teile des Seifersdorfer Tales (VRG)

8. Oberlausitzer Bergland:

Kottmar (VRG)
Höhenrücken Kuhberg bei Dürrhennersdorf (VRG)
Höhenrücken Bieleboh (VRG)
Höhenrücken Kötschauer Berg bei Kleindehsa (VRG)
Bubenik und Kleine Landeskronen bei Lawalde (VRG)
Höhenrücken Kälbersteine mit Pickaer Berg (VRG)
Höhenrücken Herrnsberg bei Cunewalde (VRG)
Höhenrücken Czorneboh u. a. mit Hochstein, Döhlener Berg (VRG)
Höhenrücken Thromberg bei Großpostwitz (VRG)
Höhenrücken Mönchswalder Berg (VRG)
Höhenrücken Hohberg und Funkenburg bei Wehrsdorf (VRG)
Höhenrücken Dahrnerberg mit Weifaer Höhe (VRG)
Höhenrücken Valtenberg (VRG)
Höhenrücken Hoher Hahn bei Neukirch/Lausitz (VRG)
Höhenrücken Picho mit Galgenberg (VRG)
Taubenberg bei Taubenheim (VRG)
Brandbusch bei Taubenheim (VRG)
Höhenrücken Hutberg bei Steinigtwolmsdorf und Spitzberg bei Sohland a. d. Spree (VRG)

9. Zittauer Gebirge:

Gesamtkulisse Zittauer Gebirge (VRG)

Anhang zu Kapitel 5.4.1 Grund- und Oberflächenwasserschutz/Wasserversorgung

Vorranggebiete Wasserversorgung

Wt 1	Laußnitz West	Landkreis Bautzen
Wt 2	Schwepnitz	Landkreis Bautzen
Wt 3	Kamenz Nord	Landkreis Bautzen
Wt 4	Kamenz Ost	Landkreis Bautzen
Wt 5	Kamenz Süd	Landkreis Bautzen
Wt 6	Pulsnitz	Landkreis Bautzen
Wt 7	Großröhrsdorf	Landkreis Bautzen
Wt 8	Großharthau	Landkreis Bautzen
Wt 9	Arnsdorf	Landkreis Bautzen
Wt 10	Hoyerswerda	Landkreis Bautzen
Wt 11	Bischofswerda Ost	Landkreis Bautzen
Wt 12	Bischofswerda Süd	Landkreis Bautzen
Wt 13	Großdubrau	Landkreis Bautzen
Wt 14	Neukirch/Lausitz	Landkreis Bautzen
Wt 15	Wilthen Süd	Landkreis Bautzen
Wt 16	Cunewalde Süd	Landkreis Bautzen
Wt 17	Steinigtwolmsdorf West	Landkreis Bautzen
Wt 18	Steinigtwolmsdorf Süd	Landkreis Bautzen
Wt 19	Sohland an der Spree	Landkreis Bautzen
Wt 20	Bad Muskau	Landkreis Görlitz
Wt 21	Rietschen	Landkreis Görlitz
Wt 22	Rothenburg/O.L.	Landkreis Görlitz
Wt 23	Diehsa	Landkreis Görlitz
Wt 24	Kleindehsa	Landkreis Görlitz
Wt 25	Reichenbach	Landkreis Görlitz
Wt 26	Görlitz	Landkreis Görlitz
Wt 27	Neusalza-Spremberg	Landkreis Görlitz
Wt 28	Ebersbach	Landkreis Görlitz
Wt 29	Bernstadt a. d. Eigen	Landkreis Görlitz
Wt 30	Oderwitz Nord	Landkreis Görlitz
Wt 31	Oderwitz Süd	Landkreis Görlitz
Wt 32	Seiffhennersdorf	Landkreis Görlitz
Wt 33	Zittauer Gebirge	Landkreis Görlitz

Vorbehaltsgebiete Wasserversorgung

Wt 50	Laußnitz Süd	Landkreis Bautzen
Wt 51	Bernsdorf	Landkreis Bautzen
Wt 52	Schönbach	Landkreis Bautzen
Wt 53	Haselbachtal	Landkreis Bautzen
Wt 54	Königsbrück	Landkreis Bautzen
Wt 55	Gersdorf	Landkreis Bautzen
Wt 56	Elstra	Landkreis Bautzen
Wt 57	Steina	Landkreis Bautzen
Wt 58	Königswartha West	Landkreis Bautzen
Wt 59	Naundorf	Landkreis Bautzen
Wt 60	Großpostwitz	Landkreis Bautzen
Wt 61	Cunewalde Nord	Landkreis Bautzen
Wt 62	Crosta	Landkreis Bautzen
Wt 63	Boxberg	Landkreis Görlitz
Wt 64	Lawalde	Landkreis Görlitz
Wt 65	Mücka	Landkreis Görlitz
Wt 66	Niesky	Landkreis Görlitz
Wt 67	Uhsmanndorf	Landkreis Görlitz
Wt 68	Biehain	Landkreis Görlitz
Wt 69	Ostritz	Landkreis Görlitz

Wt 70
Wt 71

Schlegel
Mittelherwigsdorf

Landkreis Görlitz
Landkreis Görlitz

Anhang zu Kapitel 6.3 Rohstoffsicherung

Vorranggebiete für den Braunkohlenabbau und Vorranggebiete für den Rohstoffabbau

1. Vorranggebiete für den Braunkohlenabbau

Bka 1**	Nochten Abbaugebiet 1	Landkreis Görlitz
Bka 2**	Reichwalde	Landkreis Görlitz
Bka 3**	Nochten Abbaugebiet 2	Landkreis Görlitz
Bka 4**	Welzow-Süd (sächsischer Anteil)	Landkreis Bautzen

2. Vorranggebiete für den Rohstoffabbau

2.1 Ton

T 1	Biehain/Kodersdorf (Feld1)	Landkreis Görlitz
T 2	Ebersbach b. Görlitz	Landkreis Görlitz
T 3	Buchholz	Landkreis Görlitz
Ts 4	Guttau/Neudörfel	Landkreis Bautzen
Ts 5	Teicha	Landkreis Görlitz
Ts 9	Rudakmühle	Landkreis Bautzen, Landkreis Görlitz
Ts 10	Groß Saubernitz	Landkreis Görlitz
Ts 11	Wetro/Puschwitz	Landkreis Bautzen

Die Bezeichnung „Ts“ weist auf besondere feuerfeste Tone hin.

2.2 Kaolin

Kao 1	Caminau	Landkreis Bautzen
Kao 2	Wiesa (Hasenberg)	Landkreis Bautzen
Kao 3	Cunnersdorf	Landkreis Bautzen
Kao 4	Großdubrau	Landkreis Bautzen
Kao 5	Königswartha-Süd	Landkreis Bautzen
Kao 7	Jeßnitz	Landkreis Bautzen
Kao 8	Caminau-Nordwest	Landkreis Bautzen

2.3 Bentonit

Be 1	Mittelherwigsdorf	Landkreis Görlitz
------	-------------------	-------------------

2.4 Lehm

Le 1	Lehndorf	Landkreis Bautzen
------	----------	-------------------

2.5 Kieselschiefer (Lydit)

Ly 1	Pansberg bei Horschau	Landkreis Bautzen
------	-----------------------	-------------------

2.6 Quarzsand

Qs 1	(Hohenbocka) Leipzig	Landkreis Bautzen
------	----------------------	-------------------

2.7 Kies und Sand

KS 1**	Boxberg/O.L.	Landkreis Görlitz
KS 4	See/Zeche Moholz	Landkreis Görlitz
KS 5	See-Weiße Grube	Landkreis Görlitz
KS 6	Hahnenberg	Landkreis Bautzen
KS 7	Würschnitz	Landkreis Bautzen
KS 8	Laußnitz 1	Landkreis Bautzen
KS 9	Demitz-Thumitz	Landkreis Bautzen
KS 10	Bröthen	Landkreis Bautzen
KS 12	Lauta	Landkreis Bautzen
KS 13	Salzenforst-Rattwitz	Landkreis Bautzen
KS 14	Salzenforst-Chorberg	Landkreis Bautzen
KS 15	Salzenforst-Süd	Landkreis Bautzen
KS 16	Skaska/Liebegast	Landkreis Bautzen
KS 17	Dobranitz	Landkreis Bautzen
KS 18	Piskowitz	Landkreis Bautzen
KS 19	Nadelwitz	Landkreis Bautzen
KS 20	Neundorf a. d. E.	Landkreis Görlitz
KS 21	Nieder Seifersdorf	Landkreis Görlitz
KS 22	Oberoderwitz	Landkreis Görlitz
KS 23	Buchholz-Tetta	Landkreis Görlitz
KS 25	Ludwigsdorf (Zodel)	Landkreis Görlitz

KS 26	Kaltwasser	Landkreis Görlitz
KS 29	Schleife	Landkreis Görlitz
KS 30	Schwepnitz	Landkreis Bautzen
KS 32	Oßling	Landkreis Bautzen
KS 33	Feld Radeburg (östlicher Teil)	Landkreis Bautzen
KS 35	Auerhahn-Nordwest	Landkreis Bautzen
KS 37	Luttowitz	Landkreis Bautzen
KS 38	Quatitz	Landkreis Bautzen
KS 39	Weigsdorf	Landkreis Bautzen
KS 40	Großgrabe	Landkreis Bautzen

2.8 Grauwacke

Gw 1	Schwarzkollm/Steinberg	Landkreis Bautzen
Gw 2	Dubring	Landkreis Bautzen
Gw 3	Lieske/Oßling	Landkreis Bautzen
Gw 5	Bernbruch (Ost-West)	Landkreis Bautzen
Gw 6	Röhrsdorf (Kreuzberg)	Landkreis Bautzen

2.9 Granodiorit

Gd 1	Demitz-Thumitz	Landkreis Bautzen
Gd 2	Rauschwitz/Kindisch	Landkreis Bautzen
Gd 3	Königsbrück	Landkreis Bautzen
Gd 5	Wiesa, Werk 3	Landkreis Bautzen
Gd 6	Bischheim-Häslich (Galgsberg)	Landkreis Bautzen
Gd 7	Oberkaina	Landkreis Bautzen
Gd 8	Pließkowitz	Landkreis Bautzen
Gd 9	Soraer Höhe	Landkreis Bautzen

2.10 Granit

Gr 1	Arnsdorf	Landkreis Görlitz
------	----------	-------------------

2.11 Gabbro

Gb 1	Ebersbach/Sa.	Landkreis Görlitz
Gb 2	Laucha/Schafberg	Landkreis Görlitz

2.12 Lamprophyr

La 1	Ottenhain	Landkreis Görlitz
------	-----------	-------------------

2.13 Basalt

Ba 1	Mittelherwigsdorf	Landkreis Görlitz
------	-------------------	-------------------

3. Vorranggebiete für die langfristige Sicherung von Rohstofflagerstätten

3.1 Ton

T 42	Ebersbach bei Görlitz	Landkreis Görlitz
------	-----------------------	-------------------

3.2 Kaolin

Kao 41	Königswartha	Landkreis Bautzen
Kao 45	Holschdubrau	Landkreis Bautzen
Kao 46	Piskowitz-Südwest	Landkreis Bautzen
Kao 47	Neschwitz	Landkreis Bautzen

3.3 Bentonit

Be 41	nördlich Spitzkunnersdorf	Landkreis Görlitz
Be 42	Hainewalde	Landkreis Görlitz
Be 43	östlich Großschönau	Landkreis Görlitz
Be 44	östlich Niederoderwitz	Landkreis Görlitz
Be 45	Mittelherwigsdorf-Süd	Landkreis Görlitz

3.4 Lehm

Le 41	Lehndorf	Landkreis Bautzen
Le 42	Ebendorfel	Landkreis Bautzen
Le 44	Oberoderwitz	Landkreis Görlitz

3.5 Quarzsand

Qs 41	(Hohenbocka-) Leipzig Nord und Süd	Landkreis Bautzen
-------	------------------------------------	-------------------

3.6 Kies und Sand

KS 41	Neundorf a. d. E.	Landkreis Görlitz
KS 42	Groß Düben	Landkreis Görlitz
KS 43	Neustadt/Spree	Landkreis Bautzen

KS 44	Zodel	Landkreis Görlitz
KS 45	Brauna Ost	Landkreis Bautzen
KS 47	Kollm	Landkreis Görlitz
KS 48	Hahnenberg-Nord	Landkreis Bautzen
KS 49	Deschka-Zentendorf	Landkreis Görlitz

3.7 Grauwacke

Gw 44	Wahlberg-Wüsteberg	Landkreis Bautzen
Gw 45	westlich Weißbach	Landkreis Bautzen
Gw 46	südöstlich Gebelzig	Landkreis Görlitz

3.8 Granodiorit

Gd 48	nordöstlich Cosul	Landkreis Bautzen
-------	-------------------	-------------------

4. Vorbehaltsgebiete für den Rohstoffabbau

4.1 Ton

T 58	Biehain/Kodersdorf (Feld 3)	Landkreis Görlitz
Ts 59	südöstlich Kleinsaubernitz	Landkreis Bautzen, Landkreis Görlitz
T 70	Hosena-Heide	Landkreis Bautzen
Ts 71	Klix-Zschillichau	Landkreis Bautzen
T 73	westlich Groß Krauscha	Landkreis Görlitz
T 75	Hähnichen	Landkreis Görlitz
T 76	Stannewisch	Landkreis Görlitz
T 77	Zedlig	Landkreis Görlitz
Ts 80**	Kringelsdorf	Landkreis Görlitz
Ts 95	Teicha/Hinterdorf	Landkreis Görlitz
Ts 98	Teicha	Landkreis Görlitz

Die Bezeichnung „Ts“ weist auf besondere feuerfeste Tone hin.

4.2 Kaolin

Kao 51	Piskowitz (Felder 1 und 3)	Landkreis Bautzen
Kao 52	Piskowitz (Feld 2)	Landkreis Bautzen
Kao 53	Piskowitz (Felder 4-6)	Landkreis Bautzen
Kao 73	Cunnersdorf	Landkreis Bautzen
Kao 81	Crosta-West	Landkreis Bautzen
Kao 82	Camina	Landkreis Bautzen

4.3 Quarzsand

Qs 52	Hosena-Koschenberg	Landkreis Bautzen
Qs 53	Neu Wiednitz	Landkreis Bautzen
Qs 55	Piskowitz	Landkreis Bautzen

4.4 Kies und Sand

KS 51	Skaska	Landkreis Bautzen
KS 58	Zodel (-Ost)	Landkreis Görlitz
KS 62	Schlegel	Landkreis Görlitz
KS 63	östlich Oderwitz	Landkreis Görlitz
KS 65	Reichwalde/Neuliebel-Pappatsch	Landkreis Görlitz
KS 66	Reichwalde/Altliebel	Landkreis Görlitz
KS 69	Salzenforst Bolbritz	Landkreis Bautzen
KS 70	Coblenz	Landkreis Bautzen
KS 71	Zeißholz/Bernsdorf-Süd	Landkreis Bautzen
KS 72	Zeißholz/Bernsdorf-Nord	Landkreis Bautzen
KS 73	Neukollm-West	Landkreis Bautzen
KS 75	Brauna-West	Landkreis Bautzen
KS 77	südlich Würschnitz	Landkreis Bautzen
KS 79	südlich Wiednitz	Landkreis Bautzen
KS 80	südöstlich Schwepnitz	Landkreis Bautzen
KS 81	Ruppersdorf-Ninive	Landkreis Görlitz
KS 86	Auerhahn-Bröthen	Landkreis Bautzen
KS 92	Nieder Seifersdorf	Landkreis Görlitz
KS 93	nördlich Niesky	Landkreis Görlitz
KS 95	Großgrabe	Landkreis Bautzen
KS 98	Gröditz	Landkreis Bautzen
KS 99	Niederkaina	Landkreis Bautzen
KS 101	Uhsmannsdorf	Landkreis Görlitz
KS 104	Zodel	Landkreis Görlitz
KS 110	Bröthen-Nord	Landkreis Bautzen

4.5 Granodiorit

Gd 54 Laußnitz Landkreis Bautzen

4.6 Gabbro

Gb 51 Neusalza-Spremberg Landkreis Görlitz

**Sicherung durch die jeweiligen Braunkohlenpläne bzw. Sanierungsrahmenpläne ist erfolgt.

Anhang 1 zu Kapitel 6.4 (Energieversorgung und erneuerbare Energien)

Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergienutzung i. V. m. Ziel 6.4.2 des Regionalplanes

EW 1	Leuba	Landkreis Görlitz
EW 2	Bernstadt	Landkreis Görlitz
EW 4	Leutersdorf	Landkreis Görlitz
EW 5	Oberseifersdorf	Landkreis Görlitz
EW 6	Dittelsdorf	Landkreis Görlitz
EW 7	Laucha	Landkreis Görlitz
EW 9	Röhrsdorf	Landkreis Bautzen
EW 10	Wachau	Landkreis Bautzen
EW 12	Scheibe	Landkreis Bautzen
EW 13	Zerre	Landkreis Bautzen
EW 15	Reichenbach/O.L.	Landkreis Görlitz
EW 16	Charlottenhof	Landkreis Görlitz
EW 17	Kleinröhrsdorf	Landkreis Bautzen
EW 18	Sohland a. R.	Landkreis Görlitz
EW 20	Deschka	Landkreis Görlitz
EW 21	Thonberg	Landkreis Bautzen
EW 22	Melaune	Landkreis Görlitz
EW 25	Bernsdorf	Landkreis Bautzen
EW 26	Leippe	Landkreis Bautzen
EW 29	Tagebau Spreetal	Landkreis Bautzen
EW 31	Burkau/Marienbergr	Landkreis Bautzen
EW 33	Schmiedefeld	Landkreis Bautzen

Anhang 2 zu Kapitel 6.4 Energieversorgung

Festlegung der Tabuzonen für das Windenergiekonzept

Es wird, entsprechend der Entwicklung seit 2011, von Windenergieanlagen (WEA) der aktuellen Anlagengeneration ausgegangen (Leistung 2,3-3 MW, Nabenhöhe 100-150 m, Rotordurchmesser 80-120 m). Dies führt in der Regel zu Gesamthöhen von 140 bis 210 m.

Hinweis: Das Tabuzonenkonzept wurde am 2. April 2014 von der Verbandsversammlung des Regionalen Planungsverbandes beschlossen. Objektiv begründete Änderungen gegenüber diesem Beschluss sind in der nachfolgenden Tabelle beschrieben und begründet.

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
Belange des Immissionsschutzes			
Im Zusammenhang bebaute Ortsteile (§ 34 BauGB) und immissionsschutzrechtlich schutzbedürftige Baugebiete (Bestand oder fortgeschrittene Planung) zum Zwecke des Wohnens (§§ 2-6 BauNVO), der Erholung, dem Tourismus und der Gesundheit (Sondergebiete nach § 10 BauNVO, Wochenendhaus-, Ferienhaus- und Campingplatzgebiete), sonstige Sondergebiete nach § 11 BauNVO (Gebiete für den Fremdenverkehr, wie Kurgebiete und Gebiete für die Fremdenbeherbergung, Klinikgebiete) mit einem Abstand von 300 m	Die baurechtliche Privilegierung von WEA und die damit verbundene regionalplanerische Steuerungsmöglichkeit bezieht sich ausschließlich auf den Außenbereich (§ 35 BauGB).	Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand zu im Zusammenhang bebauten Ortsteilen (§ 34 BauGB) mit Wohnbebauung bis 1.000 m	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und Akzeptanz, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 40 dB(A)), § 50 BImSchG
	Der Abstand von jeweils 300 m wird im Wege einer willkürfreien Typisierung unter Rückgriff auf Erfahrungswerte als untere Grenze für die einzuhaltenen Abstände bestimmt, die – auch unter den für den Betrieb einer Windkraftanlage denkbar günstigsten Umständen – in jedem Falle eingehalten werden müssen (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 24.02.2011, juris Rn 65). Unterhalb eines Abstandes von 300 m können die immissionsschutzrechtlich relevanten Werte mit den derzeit üblichen und dem Stand der Technik entsprechenden raumbedeutsamen WEA nicht mehr erreicht werden, ohne dass erhebliche Auflagen für den Betrieb der Anlagen einzuhalten wären (Schattenwurfmodule tagsüber und/oder schallreduzierter Betrieb nachts). Erhebliche Restriktionen beim Betrieb der WEA führen zu einer Unwirtschaftlichkeit, die vergleichbar mit mangelnder Windhöflichkeit ist. Darüber hinaus findet § 5 BImSchG i. V. m. der TA Lärm und dem nachbarlichen Rücksichtnahmegebot nach § 35 Abs. 3 Satz 1 BauGB („optisch bedrängende Wirkung“ bei einem Abstand von < 2H, vgl. OVG NRW, 8 A 2764/09, VGH Kassel, 9 B 1674/13) Berücksichtigung.	Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand bis 1.200 m zu - Kurgebieten, Krankenhäusern und Pflegeanstalten - reinen Wohngebieten	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und Akzeptanz, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 35 dB(A)), § 50 BImSchG Die benannten Baugebiete genießen immissionsschutzrechtlich eine höhere Schutzbedürftigkeit als andere Gebiete mit Wohnnutzung.
		Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand zu Wochenendhaus-, Ferienhaus- und Campingplatzgebieten (SO nach § 10 BauNVO) und sonstigen Sondergebieten für die Fremdenbeherbergung bis 1.000 m	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und Akzeptanz, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 40 dB(A)) i.V.m. DIN 18005 – Teil 1, § 50 BImSchG Die weiche Tabuzone wird unter Vorsorgeaspekten in Anlehnung an die Abstände für im Zusammenhang bebaute Ortsteile bestimmt. Verbleibende Konflikte können im projektbezogenen Genehmigungsverfahren gelöst werden (z. B. Abschaltzeiten).
		Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand zu Baugebieten (Bestand oder fortgeschrittene Planung) zum Zwecke des	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und Akzeptanz, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 40 dB(A)) i.V.m. DIN 18005 – Teil 1, § 50 BImSchG

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
		Wohnens (ohne reine Wohngebiete) bis 1.000 m	Die weiche Tabuzone wird unter Vorsorgeaspekten in Anlehnung an die Abstände für im Zusammenhang bebaute Ortsteile bestimmt. Verbleibende Konflikte können im projektbezogenen Genehmigungsverfahren gelöst werden (z. B. Abschaltzeiten).
		Abstand zu Gewerbegebieten nach § 8 BauNVO bis 500 m	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 50 dB(A)) Gewerbegebiete dienen gem. § 8 Abs. 1 BauNVO vorwiegend der Unterbringung von nicht erheblich belästigenden Gewerbebetrieben.
		Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand zu Einzelhäusern und Splittersiedlungen mit Wohnnutzung im Außenbereich (§ 35 BauGB) bis 600 m	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und Akzeptanz, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 45 dB(A)) Bei analoger Anwendung einer weichen Tabuzone von 1.000 m, die für im Zusammenhang bebaute Ortsteile bestimmt ist, würde durch die überwiegend disperse Siedlungsstruktur in der Planungsregion in Verbindung mit den weiteren harten Tabuzonen keine ausreichende Größe an Potenzialflächen mehr bestehen, um das mit dem Energie- und Klimaprogramm Sachsen vorgegebene Ertragsziel sichern zu können. Das verbleibende Flächenpotenzial wäre dann überwiegend auf die dünnbesiedelten Räume der Königsbrücker bzw. Muskauer Heide und der Bergbaufolgelandschaft begrenzt. In diesen Räumen bestehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt weitgehend unüberwindbare Restriktionen (NSG, TrÜPl Oberlausitz, aktive Braunkohlentagebaue, geotechnische Sperrbereiche). Der im Außenbereich Wohnende muss grundsätzlich mit der Errichtung von in diesem Bereich privilegierten Windenergieanlagen und ihren optischen Auswirkungen rechnen (OVG NRW, Beschl. v. 12.01.2006 – 8 A 2285/03 -). Daher wird die weiche Tabuzone für diesen Bereich gegenüber den zusammenhängenden Siedlungsgebieten reduziert, um ein ausreichendes Flächenpotenzial für die Auswahlentscheidung im Rahmen der Einzelfallprüfung zu gewährleisten. Auch mit dem Abstand von 600 m liegt der RPV hinsichtlich der berührten Aspekte Lärmschutz, Schutz vor Schattenwurf und optisch
Wohnbebauung (Einzelbebauung, Splittersiedlung) im Außenbereich (§ 35 BauGB) mit einem Abstand von 300 m			

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
			bedrängende Wirkung auf der „sicheren Seite“. Verbleibende Konflikte können im projektbezogenen Genehmigungsverfahren gelöst werden (z. B. Abschaltzeiten).
Wochenendhaus-, Ferienhaus- und Campingplatzgebiete (tatsächliche Nutzung) mit einem Abstand von 300 m		Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand zu planungsrechtlich nicht gesicherten Wochenendhaus-, Ferienhaus- und Campingplatzgebieten im Bestand (tatsächliche Nutzung) im Außenbereich bis 600 m	Vorsorgeorientierte Abwehr schädlicher Umwelteinwirkungen und Akzeptanz, § 3 Abs. 1 BImSchG i.V.m. TA-Lärm (Einhaltung Nachtwert 45 dB(A)). Die Bestimmung der weichen Tabuzone erfolgt in Anlehnung an die Abstände zur Wohnbebauung im Außenbereich. Verbleibende Konflikte können im projektbezogenen Genehmigungsverfahren gelöst werden (z. B. Abschaltzeiten).
Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege			
Naturschutzgebiete	In Naturschutzgebieten sind gemäß § 23 Abs. 2 BNatSchG alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung des Naturschutzgebiets oder seiner Bestandteile oder zu einer nachhaltigen Störung führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Die Rechtsverordnungen beinhalten ein absolutes Bebauungsverbot. Besondere Gründe für die Erteilung von Befreiungen von diesem Verbot sind bei WEA nicht erkennbar.		
flächenhafte Naturdenkmäler (FND) und geschützte Landschaftsbestandteile	Gemäß § 28 und 29 BNatSchG sind die Beseitigung des Naturdenkmals bzw. des geschützten Landschaftsbestandteils sowie alle Handlungen, die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Veränderung führen können, nach Maßgabe näherer Bestimmungen verboten. Die Rechtsverordnungen beinhalten ein absolutes Bebauungsverbot. Besondere Gründe für die Erteilung von Befreiungen von diesem Verbot sind bei WEA nicht erkennbar.		
Naturpark Zittauer Gebirge	Nach § 7 Nr. 2 der Verordnung des Regierungspräsidiums Dresden über den Naturpark „Zittauer Gebirge“ vom 20.03.2008 (SächsGVBl. S. 291) sind im Naturpark alle Handlungen verboten, welche die natürliche Eigenart der Landschaft beeinträchtigen, u. a. durch Errichten von Windkraftanlagen oder anderen freistehenden, die ortsübliche Bebauung überragenden baulichen Anlagen.		
		Landschaftsschutzgebiete	Gemäß § 26 Abs. 1 BNatSchG werden in LSG zum Schutz von Natur und Landschaft mehrere Zielrichtungen verfolgt, die grundsätzlich nicht mit der Errichtung von WEA vereinbar sind.

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamttab-stand)	Begründung
			Die Errichtung von baulichen Anlagen (z. B. mastartige Bauten) steht in den jeweiligen Verordnungen i. d. R. unter Er-laubnisvorbehalt. Explizite Verbote bestehen dagegen nicht. Die Errichtung von WEA kann den jeweiligen besonderen Schutzzweck der LSG (vgl. § 26 Abs.1 Nr. 1-3 BNatSchG) erheb-lich beeinträchtigen, daher werden LSG im Sinne einer Vorsor-ge als weiche Tabuzone bestimmt.
Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft Schutz-zonen I und II	Die Schutzzonen I (Kernzone) und II (Pflegezone) des Biosphärenreservates sind mit der Verordnung als Naturschutzgebiet festgesetzt. Darüber hinaus gelten die Verbote nach § 7 Abs. 2 und Abs. 4 Nr. 3 der Rechtsverordnung.	Biosphärenreservat Oberlausitzer Heide- und Teichlandschaft Schutzzonen III und IV	Gemäß dem Ziel 4.1.1.9 LEP 2013 ist die wertvolle Kulturland-schaft des Biosphärenreservates mit ihrer mannigfaltigen Flora und Fauna zu erhalten und zu entwickeln. Um vorsorg-lich jeglichen Konflikten mit diesem Ziel vorzubeugen, werden die nicht von der harten Tabuzone betroffenen Schutzzonen III und IV des Biosphärenreservates als weiche Tabuzone be-stimmt.
Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung – FFH-Gebiete, sofern im Managementplan bzw. in der Ver-ordnung der Landesdirektion Sach-sen zur Bestimmung von Gebieten von gemeinschaftlicher Bedeutung (Grundschutzverordnung Sachsen für FFH-Gebiete) vom 26.11.2012 eine der folgenden windkrafterp-findlichen und besonders schlagge-fährdeten Fledermausarten benannt ist: <ul style="list-style-type: none"> - Breitfüßelfledermaus - Großer Abendsegler - Kleiner Abendsegler - Mopsfledermaus - Mückenfledermaus - Nordfledermaus - Rauhautfledermaus - Zweifarbfledermaus - Zwergfledermaus. 	Gemäß § 33 BNatSchG sind alle Veränderungen und Störungen, die zu einer erheblichen Beeinträchti-gung eines Natura 2000-Gebiets in seinen für die Erhaltungsziele oder den Schutzzweck maßgebli-chen Bestandteilen führen können, unzulässig. Jede Beeinträchtigung von Erhaltungszielen ist erheblich und muss als Gefährdung des Gebietes als solches gewertet werden. Umgekehrt sind Beeinträchtigungen im Sinne von Art. 6 Abs. 3 FFH-RL nur dann unerheblich, wenn Erhaltungsziele nicht nachteilig berührt werden (BVerwG, Urteil vom 17. Januar 2007 – BVerwG 9 A 20.05 – BVerwGE 128, 1).Ein Projekt, das zu erheblichen Beeinträchtigungen des FFH-Gebietes führen kann, kann jedoch unter bestimmten Voraussetzungen zugelassen werden (vgl. § 34 Abs. 3 und 4 BNatSchG). Ausnahmen im Sinne von § 34 Abs. 4 BNatSchG sind für WEA nicht einschlägig (vgl. Gatz, S. (2013): Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, Leipzig. Randnummer 258). § 34 Abs. 3 BNatSchG knüpft die Zulassung von Aus-nahmen u. a. daran, dass zumutbare Alternativen, den mit dem Projekt verfolgten Zweck an anderer Stelle ohne oder mit geringeren Beeinträchtigun-gen zu erreichen, nicht gegeben sind. Dies kann auf Grund des bestehenden regionalplanerischen Flächenpools (VRG/EG in einer bereits bestehenden Größenordnung von > 1.000 ha) aus tatsächlichen	Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung – FFH-Gebiete, sofern nicht bereits als harte Tabuzone benannt	In FFH-Gebieten ist der Arten- und Habitatschutz naturschutz-rechtlich vorrangig. Raumordnungsrechtlich ist dagegen in den VRG/EG die Nutzung der Windenergie vorrangig (vgl. § 8 Abs. 7 Nr. 1 ROG). Dies führt bei einer Überlagerung beider Gebietstypen zu einem i. d. R. nicht lösbaren (Raumnut-zungs)Konflikt. Um derartige Konflikte vorsorglich zu vermei-den, werden die FFH-Gebiete, die nicht bereits als harte Tabuzone benannt sind, als weiche Tabuzone bestimmt.

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtstand)	Begründung
	<p>Gründen ausgeschlossen werden.</p> <p>Auf dieser Grundlage können nicht alle FFH-Gebiete als harte Tabuzone ausgeschieden werden. Es erfolgt daher eine Typisierung nach dem Vorkommen von windkraftsensiblen und nicht windkraftsensiblen Arten, die in den jeweiligen Erhaltungszielen (Bestandteil der Grundschutzverordnungen) benannt sind. Es ist nachgewiesen, dass WEA erhebliche Konflikte zu bestimmten Fledermausarten hervorrufen können (regelmäßige Betroffenheit durch Kollisionen). Die Auswahl der windkraftsensiblen Arten erfolgte auf Grundlage der Veröffentlichung: Brinkmann, R., Behr, O., Niermann, I. & M. Reich [Hrsg.] (2011): Entwicklung von Methoden zur Untersuchung und Reduktion des Kollisionsrisikos von Fledermäusen an Onshore-Windenergieanlagen, Göttingen. (S. 426, letzter Absatz)</p> <p>Sofern diese Arten in den Erhaltungszielen der Gebiete benannt sind (vgl. Grundschutzverordnungen), muss davon ausgegangen werden, dass die Errichtung von WEA innerhalb des FFH-Gebietes zu einer erheblichen Beeinträchtigung führen kann.</p>		
<p>Europäische Vogelschutzgebiete – SPA-Gebiete, sofern in der Verordnung der Landesdirektion Sachsen zur Bestimmung von Europäischen Vogelschutzgebieten (Grundschutzverordnung Sachsen für Vogelschutzgebiete) vom 26.11.2012 eine der folgenden windkraftempfindlichen Brutvogelarten bzw. (artenunabhängig) die Funktion als bedeutendes Rast-, Schlaf- und/oder Nahrungsgebiet benannt ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Seeadler - Wiesenweihe - Wanderfalke - Schwarzstorch - Uhu 	<p>Für die SPA-Gebiete wird grundsätzlich die gleiche Begründung wie für FFH-Gebiete herangezogen.</p> <p>Als windkraftempfindlich werden in Anlehnung an die Ausführungen der LAG der Vogelschutzwarten (LAG-VSW 2007) die Vogelarten definiert, für die eine erhöhte Empfindlichkeit gegenüber WEA durch Meideverhalten (Störungsempfindlichkeit) und/oder ein erhöhtes Kollisionsrisiko gegeben sein kann. Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Errichtung von WEA in jedem Fall zu einer erheblichen Beeinträchtigung der in den Erhaltungszielen benannten Funktion als bedeutendes Rast-, Schlaf- und/oder Nahrungsgebiet führt und somit unzulässig ist.</p>	<p>Europäische Vogelschutzgebiete – SPA-Gebiete, sofern nicht bereits als harte Tabuzone benannt</p>	<p>In SPA-Gebieten ist der Arten- und Habitatschutz naturschutzrechtlich vorrangig. Raumordnungsrechtlich ist dagegen in den VRG/EG die Nutzung der Windenergie vorrangig (vgl. § 8 Abs. 7 Nr. 1 ROG). Dies führt bei einer Überlagerung beider Gebietstypen zu einem i. d. R. nicht lösbaren (Raumnutzungs)Konflikt. Um derartige Konflikte vorsorglich zu vermeiden, werden die SPA-Gebiete, die nicht bereits als harte Tabuzone benannt sind, als weiche Tabuzone bestimmt.</p>

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
<ul style="list-style-type: none"> - Fischadler - Rohrweihe - Weißstorch - Kranich - Rohrdommel - Zwergdommel - Wachtelkönig - Birkhuhn - Rotmilan. 			
Belange des Wasserschutzes			
Überschwemmungsgebiete nach § 76 WHG und § 72 Abs. 2 SächsWG <i>(Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI von „weiche“ in „harte“ Tabuzone geändert gegenüber dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.04.2014).</i>	Nach § 78 Abs. 1 Nr. 2 WHG ist in festgesetzten Überschwemmungsgebieten die Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen nach § 35 BauGB untersagt.		
Anbauverbotszone an Bundeswasserstraßen und Gewässern 1. Ordnung sowie stehende Gewässer mit einer Größe von mehr als einem Hektar in einem Abstand zur Uferlinie von 50 m , sonstige Gewässer in einem Abstand zur Uferlinie von 10 m (Gewässerrandstreifen) <i>(Hinweis: Gegenüber dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.04.2014 wurde auf Grundlage des BNatSchG der Abstand bei Bundeswasserstraßen, Gewässern 1. Ordnung und stehenden Gewässern > 1 ha auf 50 m vergrößert).</i>	<p>Im Außenbereich dürfen gemäß § 61 Abs. 1 Satz BNatSchG an Bundeswasserstraßen und Gewässern erster Ordnung sowie an stehenden Gewässern mit einer Größe von mehr als 1 Hektar im Abstand bis 50 Meter von der Uferlinie keine baulichen Anlagen errichtet oder wesentlich geändert werden.</p> <p>Für sonstige Gewässer gilt § 24 SächsWG „Ufer- und Gewässerrandstreifen (zu § 38 WHG)“, nachdem im Gewässerrandstreifen die Errichtung von baulichen und sonstigen Anlagen, soweit sie nicht standortgebunden oder wasserwirtschaftlich erforderlich sind, verboten ist.</p>		
Wasserschutzgebiete Zone I und II	In den Zonen I und II festgesetzter Wasserschutzgebiete ist gemäß den geltenden Rechtsverordnungen in der Planungsregion das Errichten und Erweitern baulicher Anlagen regelmäßig verboten. Die Verbote ergeben sich aus § 52 WHG i. V. m. den als allgemein anerkannte Regeln der Technik von der DVGW gemeinsam mit der LAWA erarbeiteten Regelwerk (Technische Regel, Arbeitsblatt W 101 – Richtlinien für Trinkwasserschutzgebiete; I. Teil: Schutzgebiete für Grundwasser).		

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtstand)	Begründung
Belange des Rohstoffabbaus			
		<p>Zugelassene bergrechtliche Betriebspläne (Betriebsplangrenzen) sowie nach anderen Gesetzen genehmigte Rohstoffgewinnungsflächen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Lockergesteinstagebaue in einem Abstand von 50 m • Hartsteinbrüche in einem Abstand von 200 m 	
		Baubeschränkungsgebiete nach § 107 BBergG	Baubeschränkungsgebiete werden gemäß § 107 BBergG festgesetzt, wenn die Inanspruchnahme wegen der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Bodenschätze für die Versorgung des Marktes mit Rohstoffen und wegen der Notwendigkeit einer umfassenden Nutzung der Lagerstätte dem Wohle der Allgemeinheit dient. Die Errichtung baulicher Anlagen steht in diesem Fall unter Erlaubnisvorbehalt der Bergbehörde.
Belange der Verteidigung			
		Truppenübungsplatz (TrÜbPl) Oberlausitz (Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI gegenüber dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.04.2014 von „harte“ in „weiche“ Tabuzone geändert).	Militärisch genutzte Flächen sind aufgrund ihrer Zweckbestimmung einer Überplanung im Rahmen der Raum- oder Bauleitplanung entzogen. Für den TrÜbPl Oberlausitz gilt ein Benutzungs- und Bodenbedeckungsplan (BB-Plan) als grundlegendes Dokument militärischer Flächennutzungsplanung. In Konkretisierung der Grundsätze der Raumordnung (§ 2 Abs. 2 Nr. 7 ROG) ist der TrÜPl Oberlausitz im Regionalplan als Vorranggebiet für Verteidigung ausgewiesen. Die Errichtung von raumbedeutsamen WEA würden diesem Ziel der Raumordnung gemäß § 35 Abs. 3 Satz 2 BauGB widersprechen.
Schutzbereich der Verteidigungsanlage Döbern (Landkreis Spree-Neiße) – 5.000 m um den Drehpunkt der Antenne	<p>§ 1 Schutzbereichsgesetz</p> <p>Für die Verteidigungsanlage Döbern besteht eine rechtswirksame Schutzbereich-Anordnung des Bundesministeriums der Verteidigung vom 14.04.2008 (gegenwärtig Neuordnung im Verfahren).</p> <p>„Durch den Betrieb von Windenergieanlagen kann es im Erfassungsbereich von militärischen Radaranlagen zu Einschränkungen der Radarabdeckung des Luftraumes kommen. Das Spektrum dieser Einschränkungen reicht von Positionsungenauigkeiten der Flugzieldarstellung bis zu temporären Verlusten von Flugzielen über den Zeitraum von mehreren Radarumdrehungen. Alle Hindernisse und damit auch Windenergieanlagen, die im Erfassungsbereich</p>		

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamttab-stand)	Begründung
	<p>einer Radaranlage stehen, können einen Einfluss auf das jeweilige Radargerät haben. Ob der Einfluss als Störung zu werten, wie hoch der Grad der Störung und wie groß der Bereich ist, in dem sich dieses durch Windenergieanlagen bedingte Störpotenzial auf Radaranlagen auswirkt, ist abhängig von topographischen Gegebenheiten, Wetterlagen sowie der technischen Auslegung des jeweiligen Radars einschließlich deren Bauhöhe und Entfernung der Windenergieanlage zur Radaranlage“ (Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage – Drucksache Bundestag 17/7245).</p> <p>Aus den für die Radaranlage Döbern bestehenden Erfahrungen (z. B. OVG Bautzen, Urteil vom 26.10.2006 – 1 D 3/03, Darlegungen des Vertreters des Luftwaffenführungskommandos in der mündlichen Verhandlung) sowie den konkreten topographischen Verhältnissen vor Ort (der sich aus dem Elevationswinkel der Antenne ergebene Höhenwert für maximale Hindernishöhen beträgt im Plangebiet ca. 40 m) ist davon auszugehen, dass jeder Antrag auf Errichtung von WEA durch die Schutzbereichsbehörde abgelehnt werden muss. Der Stand der Technik bei WEA bzw. im Betrieb der mil. Radaranlagen hat bisher nicht zu ausreichenden Entschärfung des Konfliktes geführt.</p>		
Belange des Verkehrswege- und Luftverkehrsrechts			
Bundesautobahnen mit einem Abstand von 40 m, Bundes-, Staats- und Kreisstraßen in einem Abstand von 20 m	§ 9 Abs. 1 FStrG, § 24 Abs. 1 SächsStrG: Längs der Bundesfernstraßen, Staatsstraßen oder Kreisstraßen dürfen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 Meter bei Bundesautobahnen und bis zu 20 Meter bei Bundes, Staats- und Kreisstraßen außerhalb der zur Erschließung der anliegenden Grundstücke bestimmten Teile der Ortsdurchfahrten, jeweils gemessen vom äußeren Rand der befestigten Fahrbahn nicht errichtet werden.	Über die harte Schutzzone hinausgehender Abstand zu Bundesautobahnen bis 100 m , zu Bundes-, Staats- und Kreisstraßen bis 40 m	Die weiche Tabuzone wird zur Vermeidung von Konflikten als Vorsorgeabstand festgelegt. Für Autobahnen und Bundesstraßen wird dabei § 9 Abs. 2 FStrG (Anbaubeschränkung), für Staats- und Kreisstraßen § 24 Abs. 2 SächsStrG (Anbaubeschränkung) berücksichtigt.
Anlagen des Schienenverkehrs einschließlich Anbauverbotszone von 50 m	§ 1 AEG Für die Errichtung von WEA stehen die Anlagen selbst tatsächlich nicht zur Verfügung.	(Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI gegenüber dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.04.2014 wurde ein Abstand von 50 m von „weiche“ in „harte“	

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
<i>(Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI gegenüber dem Beschluss der Versammlungsversammlung vom 12.04.2014 wurde der Abstand von 50 m als harte Tabuzone ergänzt, vorher als weiche Tabuzone definiert.)</i>	Gemäß § 3 Abs.1 LEisenbG besteht eine Anbauverbotszone.	<i>Tabuzone geändert. Die bisher „weiche“ Tabuzone von 250 m bei gekrümmter Streckenführung wird aufgegeben, da es keine eindeutige Definition einer gekrümmten Streckenführung gibt, die mittels GIS bearbeitet werden kann. Der Aspekt soll im Rahmen der Einzelfallprüfung bewertet werden.)</i>	
Start- und Landebahnen von Flughäfen, Landeplätzen und Segelflugplätzen <i>(Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI gegenüber dem Beschluss der Versammlungsversammlung vom 12.04.2014 werden nur noch die Start- und Landebahnen selbst als „harte“ Tabuzone bezeichnet. Der darüber hinausgehende Radius von 1.500 m wird als weiche Tabuzone definiert.)</i>	§§ 12, 17 LuftVG, BMVBS: „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ vom 3.8.2012, Abschnitt 5.4: <i>Die Start- und Landebahn und der sie umgebende Streifen sind von aufragenden Bauwerken, Vertiefungen und sonstigen Hindernissen freizuhalten. Hiervon sind Einrichtungen auf den Streifen ausgenommen, wenn sie dort zur sicheren Durchführung des Flugbetriebs notwendig sind.</i>	Flughäfen in einem Umkreis von 1.500 m um den Flughafenbezugspunkt, Start- und Landebahnstreifen Landeplätze und Segelflugplätze in einem Umkreis von 1.500 m um den Flugplatzbezugspunkt	§§ 12, 17 LuftVG, BMVBS: „Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb“ vom 3.8.2012, Abschnitt 5.4: <i>Die Start- und Landebahn und der sie umgebende Streifen sind von aufragenden Bauwerken, Vertiefungen und sonstigen Hindernissen freizuhalten. Hiervon sind Einrichtungen auf den Streifen ausgenommen, wenn sie dort zur sicheren Durchführung des Flugbetriebs notwendig sind.</i> ... <i>Bauwerke/Objekte sollen die An- und/oder Abflugflächen sowie die seitlichen Übergangsflächen nicht durchstoßen. Existierende Hindernisse, die die genannten Flächen durchstoßen, sind wenn möglich zu entfernen. Ausnahmen bilden Bauwerke/Objekte die von bestehenden, nicht entfernbaren Hindernissen abgeschattet werden. In die äußere Hindernisbegrenzungsfläche sollten keine Bauwerke und sonstigen Erhebungen hineinragen, die nach den örtlichen Verhältnissen die sichere Durchführung des Flugbetriebs gefährden können.“</i> Die weiche Tabuzone wird als Vorsorgeabstand zur Wahrung der Sicherheit der Luftfahrt und zum Schutz der Allgemeinheit definiert.
Planfestgestellte Verkehrswege (Bundes-, Staats- und Kreisstraßen) in einem Abstand von 20 m	Für planfestgestellte, noch nicht realisierte Vorhaben werden die Regelungen über Bauverbote im FStrG und SächsStrG angewendet.	Über die harte Schutzzone hinausgehender Abstand zu planfestgestellten Verkehrswegen (Bundes-, Staats- und Kreisstraßen) bis 40 m	Die weiche Tabuzone wird zur Vermeidung von Konflikten als Vorsorgeabstand in Anlehnung an die Anbaubeschränkungen des FStrG und des SächsStrG für bereits bestehende Verkehrswege bestimmt.
Belange der technischen Infrastruktur			
		Hochspannungsfreileitungen (> 45 kV) und Umspannwerke in einem Abstand von 100 m	Die technischen Mindestanforderungen aus der Sicht der Betreiber von Freileitungen sind in der DIN 50-341 für Freileitungen über AC 45 kV. Gemäß der DIN EN 50341-3-4 (VDE 0210-3) für Freileitungen über AC 45 kV – Teil 3 Nationale Normative Festlegungen (NNA) vom Januar 2011 geregelt. Die Norm

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtstandard)	Begründung
			<p>fordert für Freileitungen über AC 45 kV einen horizontalen Mindestabstand zwischen Rotorblattspitze in ungünstigster Stellung und äußerstem ruhenden Leiterseil von einem Rotordurchmesser. Bis zu einem Abstand von drei Rotordurchmessern werden Schwingungsschutzmaßnahmen gefordert, wenn nicht sichergestellt ist, dass die Leiterseile außerhalb der Nachlaufströmung der Windenergieanlage liegen.</p> <p>Die Bund-Länder-Initiative Windenergie (BLWE) hat im Juli 2012 eine Handreichung zu Windenergieanlagen an Infrastrukturturtrassen veröffentlicht (http://www.erneuerbare-energien.de/fileadmin/ee-im-port/files/pdfs/allgemein/application/pdf/blwe_handreichung_wi_bf.pdf). Die dort gegebene Empfehlung: – „Für die Ausweisung von Windenergiegebieten sollte in Anbetracht möglicher Maßnahmen zur Reduzierung der Schwingungen an Freileitungen und unter Berücksichtigung aktueller Anlagenhöhen ein Abstand von einem Rotordurchmesser zwischen äußerer Rotorblattspitze und Freileitung zugrunde gelegt werden.“ – wird bei der Bestimmung der weichen Tabuzone berücksichtigt.</p>
Belange des Waldschutzes			
Wald mit speziellem Schutzstatus gemäß § 29 SächsWaldG (Bodenschutzwald kraft Waldgesetz, Schutzwald nach Rechtsverordnung oder Satzung oder Naturwaldzelle)	Waldflächen verlieren bestimmte Funktionen durch die Errichtung von WEA. In direktem Umfeld und für die Zuwegung muss der Wald gerodet und die direkte Umgebung der Anlage muss freigehalten werden. „Je nach Anlagentyp wird für eine Windenergie-Anlage inklusive Erschließungsflächen 0,5 bis ein Hektar Wald gerodet.“ (http://www.juwi.de/startseite/projektentwicklung/windenergie/windenergie_im_wald.html). Die Genehmigung einer Waldumwandlung in diesen Wäldern in dieser Größenordnung kann ausgeschlossen werden (tatsächliche Gründe).	Über die harte Tabuzone hinausgehender Wald mit gesetzlich vorgegebener bzw. besonderer Schutz- oder Erholungsfunktion gemäß aktueller Waldfunktionskartierung	Gemäß Grundsatz 5.1.5 LEP 2013 soll die Nutzung von Waldgebieten grundsätzlich vermieden werden. Die Ausweisung von VRG/EG für die Nutzung von Windenergie ist stets flächenhaft. Mit der flächenhaften Überlagerung bestehender Waldflächen mit gesetzlich vorgegebener bzw. besonderer Schutz- oder Erholungsfunktion mit einem VRG/EG für die Nutzung von Windenergie würde eine raumordnerische Letztentscheidung zugunsten der Windenergie getroffen. Dies wirft einen grundsätzlichen Konflikt mit dem Gebot der Walderhaltung auf. Eine Konfliktlösung ist nur dadurch möglich, dass innerhalb dieser Waldflächen keine VRG/EG für die Nutzung von Windenergie ausgewiesen werden.
		Sonstiger Wald mit Nutzfunktionen sowie Schutz- und Erholungsfunktionen in normalen Maße	Gemäß Grundsatz 5.1.5 LEP 2013 soll die Nutzung von Waldgebieten grundsätzlich vermieden werden. Der LEP unterscheidet dabei nicht zwischen einzelnen Waldfunktionen. Auch Wälder ohne besondere Schutz- und Erholungsfunktionen unterliegen dem Schutzregime des SächsWaldG. Dabei wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass in der Planungsregion nach den gegenwärtigen Vorgaben für den RPV außerhalb des Waldes genügend Flächen ausgewiesen

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamttab-stand)	Begründung
			werden können, um das Ziel 5.1.3 LEP 2013 umzusetzen. Die Bestimmung der weichen Tabuzone greift damit die mit Schreiben des Staatsbetriebes Sachsenforst vom 28.12.2012 (Az.: 51-2411.00/2) gegebenen „Empfehlungen für die Regionalen Planungsverbände aus forstfachlicher Sicht für die Bewertung der Standorteignung von Waldflächen bei der Ausweisung von VRG/EG zur Nutzung der Windenergie“ auf.
Belange des Denkmalschutzes			
		Weltkulturerbestätte „Muskauer Park/Park Mużakowski“ in einem Abstand von 5.000 m	<p>Durch die Verleihung des Unesco-Titels „Weltkulturerbestätte“ im Jahr 2004 ergibt sich für den Schutz der Umgebung des „Muskauer Park/Park Mużakowski“ eine besondere Verantwortung bei der Planung von Standorten für hohe Bauwerke. Innerhalb des Parks und aus dem Park hinaus bestehen zahlreiche unverbaute Sichtachsen, die durch die Errichtung von WEA in einem größeren Umkreis erheblich beeinträchtigt werden können.</p> <p>Gemäß der Empfehlung des (DNR) Deutschen Naturschutzringes („Grundlagenarbeit für eine Informationskampagne „Umwelt- und naturverträgliche Windenergienutzung in Deutschland (onshore)“ – Analyseteil, 2005) werden nachteilige Auswirkungen bei diesen Gebieten in einem Abstand bis 5.000 erwartet, in einem Abstand zwischen 5.000 und 10.000 m für möglich gehalten (Tabelle 14, S. 89). Im Sinne einer planerischen Vorsorge wird der Abstand von 5.000 m als weiche Tabuzone bestimmt.</p>
Weitere fachliche Belange			
Geotechnische Sperrbereiche – Bergbaubedingte Sperrflächen der LMBV oder durch Allgemeinverfügung des Sächsischen Oberbergamtes gemäß der Sächsischen Hohlraumverordnung (SächsHohlrVO)	<p>Für unter Bergaufsicht stehende Flächen erfolgte die Sperrung durch die LMBV mbH als Bergbautreibender (Sanierungsträger) in Abstimmung mit dem Sächsischen Oberbergamt.</p> <p>Für die mit Gefährdungspotenzial eingeordneten Kippen außerhalb der Bergaufsicht der LMBV gelten die Allgemeinverfügungen des Sächsischen Oberbergamtes.</p> <p>Innerhalb der Sperrflächen bestehen tatsächliche bzw. rechtliche Gründe, welche nach gegenwärtigem Stand die Errichtung von WEA für die Geltungsdauer des Regionalplanes unmöglich machen.</p>		
		Wetterradarsystem des Deutschen Wetter-	„Aufgrund ihrer Höhe können Windenergieanlagen in die von

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
		dienstes am Standort Dresden (Flughafen) in einem Umkreis von 5.000 m	den Wetterradaresystemen beobachtete Atmosphäre hineinragen und dann die Messwerte negativ beeinflussen. Der Deutsche Wetterdienst setzt bei der Bewertung des Einflusses von WEA auf die Radarsysteme internationale Richtlinien der Weltorganisation für Meteorologie (WMO) 1 um. Hierbei wird gefordert, dass der nähere Umkreis von fünf Kilometer um die Wetterradarstandorte frei von WEA zu halten ist“ (DWD: Informationen zur Errichtung von Windenergieanlagen im Nahbereich der Messsysteme des Deutschen Wetterdienstes – Abstandsanforderungen und Höhenbeschränkungen, Revision 1.4 vom 25.01.2013.). Diese „Forderung“ wird im Sinne einer planerischen Vorsorge als weiche Tabuzone bestimmt.
Raumordnerische Belange			
VRG Trassen Neubau Straßennetz gemäß LEP 2013 (Festlegungskarte 4) in einem Abstand von 20 m	Für im LEP 2013 ausgewiesene VRG als Ziele der Raumordnung gelten § 35 Abs. 3 Satz 2, Halbs. 1 BauGB sowie § 4 Abs. 1 Nr. 1 ROG. Die harte Tabuzone wurde entsprechend der Regelung im § 9 Abs. 1 FStrG, § 24 Abs. 1 SächsStrG ermittelt.	Über die harte Tabuzone hinausgehender Abstand zu VRG Trassen Neubau Straßennetz sowie zu VBG Korridor gemäß LEP 2013 (Festlegungskarte 4) bis 100 m	Maßstabsbedingt wird die weiche Tabuzone gegenüber bereits planfestgestellten Straßenbauvorhaben pauschal auf 100 m vergrößert. Damit wird eine in nachfolgenden Linienbestimmungs- bzw. Planfeststellungsverfahren notwendiger räumlicher Gestaltungsspielraum für die Trassenführung berücksichtigt.
		VRG/VBG potenzielle Umsiedlungsstandorte gemäß Fortschreibung Braunkohlenplan Nochten in einem Abstand von 1.000 m (Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI gegenüber dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.04.2014 wurden die VRG/VBG einschließlich des Abstandes anstelle einer „harten“ Tabuzone als „weiche“ Tabuzone definiert. Hintergrund dafür ist, dass der RPV als Plangeber für den Braunkohlenplan diesen selbst ändern könnte.)	Die VRG/VBG potenzielle Umsiedlungsstandorte sind in der verbindlichen Fortschreibung des Braunkohlenplanes Nochten festgelegt, der im Rahmen des Regionalplanes nicht zur Disposition steht. Die Festlegung der weichen Tabuzone erfolgt als Vorsorgeabstand entsprechend dem Abstand zu immissionsschutzrechtlich schutzbedürftigen Baugebieten (Bestand oder fortgeschrittene Planung) zum Zwecke des Wohnens.
		VRG Braunkohlenabbau (Abbaugelände Braunkohle gemäß der verbindlichen Braunkohlenpläne bis zur festgelegten Sicherheitslinie) (Hinweis: Gemäß Empfehlung des SMI gegenüber dem Beschluss der Verbandsversammlung vom 12.04.2014 wurden die VRG Braunkohlenabbau anstelle einer „harten“ Tabuzone als „weiche“ Tabuzone definiert. Hintergrund dafür ist, dass der RPV als Plangeber für den Braunkohlenplan diesen	Gemäß Ziel 4.2.3.1 LEP 2013 sind die landesweit bedeutsamen Braunkohlenlagerstätten in den Tagebaubereichen (u. a.) Nochten/Wochozy, Reichwalde/Rychwald sowie der sächsische Teil des Tagebaus Welzow-Süd durch Festlegung von VRG für den Braunkohlenabbau zu sichern. Die Abbaugelände und Sicherheitslinien sind in den Braunkohlenplänen festgelegt. Vorranggebiete Braunkohlenabbau stehen zu VRG/EG zur Nutzung von Windenergie in einem nicht lösbaren Raumnutzungskonflikt.

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
		<i>selbst ändern könnte.)</i>	
		<p>Folgende räumlich konkreten Ziele und Grundsätze (z. B. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete), die im Rahmen der Fortschreibung des Regionalplanes zeichnerisch festgelegt werden</p> <ul style="list-style-type: none"> • VRG/VBG Arten- und Biotopschutz • VRG/VBG Kulturlandschaftsschutz • VRG/VBG Rohstoffabbau mit einem Abstand von 50 m bei Lockergesteinslagerstätten bzw. 200 m bei Hartgesteinslagerstätten • VRG/VBG zum Schutz des vorhandenen Waldes • VRG/VBG Waldmehrung • VRG/VBG Erholung mit einem Abstand von 1.000 m • VRG/VBG für den vorbeugenden Hochwasserschutz (Retentionsraum) • VRS/VBS für Maßnahmen des technischen Hochwasserschutzes • Regionale Grünzüge, Grünzäsuren • Naturnahe Abschnitte regional bedeutsamer Fließgewässer und ökologisch wertvolle Uferbereiche von Standgewässern mit einem Abstand von 50 m • Flächen des großräumig übergreifenden Biotopverbundes gemäß Ziel 4.1.1.16 LEP 2013 • VR-/VB-Trassen für Verkehrszwecke, sofern über LEP Karte 4 hinausgehend, mit einem Abstand von 100 m • VR-/VB-Trassen für Hochspannungsleitungen mit einem Abstand von 100 m 	<p>Raumbedeutsame Vorhaben dürfen den Zielen der Raumordnung nicht widersprechen (§ 35 Abs. 3 Satz 2, Halbs. 1 BauGB), was bei der Errichtung von WEA innerhalb der konkurrierenden Zielen wie VRG jedoch der Fall wäre.</p> <p>Der über die VRG hinausgehende Ausschluss auch in den entsprechenden VBG entspricht dem Gebot der planerischen Konfliktbewältigung. Demnach wird verlangt, Konflikte, soweit sie erkennbar und auf Ebene der Regionalplanung lösbar sind, nicht in nachfolgende Planungsstufen zu verlagern. Eine Konfliktlösung ist daher nur durch eine räumliche Trennung sich widersprechender Grundsätze und Ziele der Raumordnung möglich. Damit wird auch dem Umstand Rechnung getragen, dass sich die Windenergie bei überlagernden Ausweisungen i. d. R. gegenüber den VBG durchsetzen würde. Dies ergibt sich aus der zügigen Inanspruchnahme der VRG/EG und der Notwendigkeit, dass die ausgewiesenen Gebiete auch tatsächlich für die Windenergie zur Verfügung stehen müssen (planerische Letztentscheidung).</p> <p>Da die räumlich konkrete Abgrenzung der einzelnen VRG/VBG mit der planerischen Abwägung innerhalb des Regionalplanverfahrens geändert werden kann, sind diese den weichen Tabuzonen zuzuordnen.</p>
		Mindestflächengröße auszuweisender VRG/EG von 20 ha	Unter dem Aspekt der Ausweisung von Konzentrationsflächen für WKA (dezentrale Konzentration, vgl. Ziel 5.1.3 LEP) gilt es, raumplanerisch Gebiete festzulegen, in denen die Errichtung kleinerer Gruppen oder Windparks anstelle von Einzelanlagen möglich ist. Als Mindestgröße für die auszuweisenden VRG/EG für die Nutzung von Windenergie werden daher 20 ha angesetzt. Diese Größe garantiert in Abhängigkeit vom räumlichen

Harte Tabuzone	Begründung (rechtliche und/oder tatsächliche Gründe)	Weiche Tabuzone (ggf. über die harte Tabuzone hinausgehender Gesamtabstand)	Begründung
			Zuschnitt der VRG/EG bei Einhaltung bestimmter Abstandswerte zwischen WKA (Windabschattung, Betriebslasten durch Turbulenzintensität) sowie der konkreten Standortbestimmung die Errichtung von mindestens zwei, dem Stand der Technik entsprechenden WEA (vgl. Endbericht zum Regionalen Energie- und Klimaschutzkonzept Oberlausitz-Niederschlesien, S. 78).

Anhang zu Kapitel 7 Sorbisches Siedlungsgebiet

Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile des sorbischen Siedlungsgebietes

(Zapis gmejnow a gmejnskich dźělow serbskeho sydlenkeho teritorija)

Stand/staw: 01.01.2015

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi dźělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
Landkreis Görlitz/Wokrjes Zhorjelc				
1.	Bad Muskau	Mužakow	Bad Muskau Köbeln	Mužakow Kobjelin
2.	Boxberg/O.L.	Hamor	Bärwalde Boxberg/O.L. Drehna Dürrbach Jahmen Kaschel Klein-Oelsa Klein-Radisch Klitten Kringelsdorf Mönau Nochten Rauden Reichwalde Sprey Tauer Uhyst Zimpel	Bjerwald Hamor Tranje Dyrbach Jamno Košla Wolešnica Radšowk Klětno Krynhelecy Manjow Wochozy Rudej Rychwałd Sprjowje Turjo Delni Wujězd Cympl
3.	Gablenz	Jabłońc	Gablenz Kromlau	Jabłońc Kromola
4.	Groß Düben	Dźěwin	Groß Düben Halbendorf	Dźěwin Brězowka
5.	Hohendubrau ¹⁾	(Wysoka Dubrawa)	Dauban Gebelzig Groß Saubernitz Ober Prauske Sandförstgen Weigersdorf	Dubo Hbjelsk Zubornica Hornje Brusy Borštka Wukrančicy
6.	Krauschwitz	Krušwica	Klein Priebus Krauschwitz Pechern Podrosche Sagar Skerbersdorf Werdeck	Přibuzk Krušwica Pěchč Podroždź Zagor Skarbišecy Werdek
7.	Kreba-Neudorf	Chrjebja-Nowa Wjes	Kreba Lache Neudorf Tschersnske	Chrjebja Čorna Truha Nowa Wjes Černsk
8.	Mücka	Mikow	Förstgen Förstgen-Ost Leipgen Mücka	Dołha Boršč Dołha Boršč-Wuchod Lipinki Mikow
9.	Quitzdorf am See ¹⁾	(ohne sorb. Bezeichnung)	Horscha Petershain	Hóršow Hóznica
10.	Rietschen	Rěčicy	Altliebel Daubitz Hammerstadt	Stary Lubolń Dubc Hamoršč

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi džělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Neuliebel Rietschen Teicha	Nowy Lubolń Rěčicy Hatke
11.	Schleife	Slepo	Mulkwitz Rohne Schleife	Mułkecy Rowno Slepo
12.	Trebendorf	Trjebin	Mühlrose Trebendorf	Miłoraz Trjebin
13.	Weißkeißel	Wuskidź	Haide Weißkeißel	Hola Wuskidź
14.	Weißwasser/O.L.	Běta Woda	Weißwasser/O.L.	Běta Woda
Landkreis Bautzen/Wokrjes Budyšin				
1.	Bautzen	Budyšin	Auritz Bloaschütz Bolbritz Burk Döberkitz Gesundbrunnen Großwelka Innenstadt Kleinseidau Kleinwelka Löschau Lubachau Nadelwitz Niederkaina Nordosting Oberkaina Oberuhna Ostvorstadt Salzenforst Schmochtitz Stiebitz Südvorstadt Teichnitz Temritz Westvorstadt	Wuricy Błohašecy Bolborcy Bórk Debrikey Strowotna studnja Wulki Wjelkow Nutřakowne město Zajdow Mały Wjelkow Lešawa Lubochow Nadźanecy Delnja Kina Sewjerowuchodny wobkruh Hornja Kina Horni Wunjow Wuchodne předměsto Słona Boršč Smochćicy Sćijecy Južne předměsto Ćichońca Ćemjercy Zapadne předměsto
2.	Burkau ¹⁾	(Porchow)	Neuhof	Nowy Dwór
3.	Croswitz	Chróšćicy	Caseritz Croswitz Horka Kopschin Nucknitz Prautitz	Kozarcy Chróšćicy Hórki Kopšin Nuknica Prawočicy
4.	Doberschau-Gaußig ¹⁾	(Dobruša-Huska)	Arnsdorf Brösang Diehmen Doberschau Drauschkowitz Dretschen Gaußig Gnaschwitz Golenz Grubschütz Günthersdorf Katschwitz Neu-Diehmen Neu-Drauschkowitz	Warnočicy Brězynka Demjany Dobruša Družkecy Drječin Huska Hnašecy Holca Hrubjelčicy Hunčericy Kočica Nowe Demjany Nowe Družkecy

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi džělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Preuschwitz Schlungwitz Techritz Weißnaußlitz Zockau	Přišecy Stónkecy Čěchorjecy Běte Noslicy Cokow
5.	Elsterheide	Halštrowska Hola	Bluno Geierswalde Klein-Partwitz Nardt Neuwiese-Bergen Sabrodt Seidewinkel Tätzschwitz	Bluń Lejno Bjezdowy Narć Nowa Łuka-Hory Zabrod Židžino Ptačecy
6.	Elstra ¹⁾	(Halštrow)	Kriepitz	Krěpjecy
7.	Göda	Hodźij	Birkau Buscheritz ²⁾ Coblenz Dahren Dobranitz Döbschke Dreikretscham Dreistern Göda Jannowitz Kleinförstchen Kleinpraga Kleinseitschen Leutwitz Liebon ²⁾ Muschelwitz Nedaschütz Neu-Bloaschütz Neuspittwitz Oberförstchen Paßditz Pietzschwitz Preske Prischwitz Seitschen Semmichau Siebitz Sollschwitz Spittwitz Storcha Zischkowitz Zscharnitz	Brěza Bóšericy Koblícy Darin Dobranecy Debiškow Haslow Tři Hwězdy Hodźij Janecy Mała Boršč Mała Praha Žičeńk Lutyjecy Liboń Myšecy Njezdašecy Nowe Błohašecy Nowe Spytecy Hornja Boršč Pozdecy Běčicy Praskow Prěčecy Žičeń Semichow Džiwočicy Sulšecy Spytecy Bačoń Čěškecy Čornecy
8.	Großdubrau	Wulka Dubrawa	Brehmen Commerau b. Klix Crosta Dahlowitz Göbeln Großdubrau Jeschütz Jetscheba Kauppa Kleindubrau Klix Kronförstchen Margarethenhütte	Brěmjo Komorow p. Klukša Chróst Dalicy Kobjeń Wulka Dubrawa Ješicy Jatřob Kupoj Mała Dubrawa Klukš Křiwa Boršč Margarećina Hěta

lfd. Nr. číslo.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi džělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Neusärchen Quatitz Salga Särchen Sdier Spreewiese Zschillichau	Nowe Zdžarki Chwaćicy Zaľhow Zdžar Zdžěr Lichań Čelchow
9.	Großpostwitz/O.L. ¹⁾	(Budestecy)	Berge Binnewitz Cosul Denkwitz Ebendörfel Großpostwitz/O.L. Klein-Kunitz Mehltheuer Rascha	Zahor Bónjecy Kózły Dženikecy Běľšecy Budestecy Chójnička Lubjenc Rašow
10.	Hochkirch ¹⁾	(Bukecy)	Hochkirch Jauernick Kohlwesa Kuppritz Lehn Meschwitz Neukuppritz Neuwuischke Niethen Plotzen Pommritz Rodewitz Sornßig Steindörfel Wawitz Wuischke Zschorna	Bukecy Jawornik Koľwaz Koporcy Lejno Mješicy Nowe Koporcy Nowy Wuježk Něćin Błócany Pomorcy Rodecy Žornosyki Trjebjeńca Wawicy Wuježk Čornjow
11.	Hoyerswerda	Wojerecy	Bröthen/Michalken Dörgenhausen Hoyerswerda Knappenrode Kühnicht ²⁾ Neida ²⁾ Schwarzkollm Zeißig	Brětnja/Michaľki Němcy Wojerecy Hórnikcecy Kinajcht Nydej Čorny Choľmc Čisk
12.	Kamenz ¹⁾	(Kamjenc)	Deutschbaselitz Jesau Kamenz Thonberg Wiesa	Němske Pazľicy Jěžow Kamjenc Hlinowc Brěznja
13.	Königswartha	Rakecy	Caminau Commerau Entenschenke Eutrich Johnsdorf Königswartha Neudorf Niesendorf Oppitz Truppen Wartha	Kamjenej Komorow Kača Korčma Jitk Jeńšecy Rakecy Nowa Wjes Niža Wjes Psowje Trupin Stróža
14.	Kubschütz	Kubšicy	Baschütz Blösa	Bošecy Brězow

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi džělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Canitz-Christina Daranitz Döhlen Großkunitz Grubditz Jenkwitz Kreckwitz Kubschütz Kumschütz Litten	Konjecy Torońca Delany Chójnica Hrubočicy Jenkecy Krakecy Kubšicy Kumšicy Lětoń
			Neupurschwitz Pielitz Purschwitz Rabitz Rachlau Rieschen Scheckwitz Soculahora Soritz Waditz Weißig Zieschütz	Nowe Poršicy Splósk Poršicy Rabocy Rachlow Zrěšin Šekecy Sokolca Sowrjecy Wadecy Wysoka Cyžecy
15.	Lohsa	Łaz	Dreiweibern Driewitz Friedersdorf Groß Särchen Hermsdorf/Spree Koblenz Lippen Litschen Lohsa Mortka Riegel Steinitz Tiegling Weißig Weißkollm	Tři Žony Drěwcy Bjedrichecy Wulke Ždžary Hermanecy Koblicy Lipiny Złyčín Łaz Mortkow Roholń Šćeńca Tyhelc Wysoka Běły Chołmc
16.	Malschwitz	Malešecy	Baruth Briesing Brießnitz Brösa Buchwalde Cannewitz Doberschütz Dubrauke Gleina Guttau Halbendorf/Spree Kleinbautzen Kleinsaubernitz Lieske Lömischau Malschwitz Neudorf/Spree Niedergurig Pließkowitz Preititz Rackel Ruhethal	Bart Brězynka Brězecy Brězyna Bukojna Skanecy Dobrošecy Dubrawka Hlina Hučina Połpica/Sprjewja Budyšínk Zubornička Lěskej Lemišow Malešecy Nowa Wjes/Sprjewja Delnja Hórka Plusnikecy Přiwčicy Rakojdy Wotpočínk

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi dźělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Wartha	Stróža
17.	Nebelschütz	Njebjelčicy	Dürrwickenitz Miltitz Nebelschütz Piskowitz Wendischbaselitz	Wěteńca Miłočicy Njebjelčicy Pěskecy Serbske Pazlicy
18.	Neschwitz	Njeswačidło	Caßlau Doberschütz Holscha Holschdubrau Krinitz Lissahora Loga	Koslow Dobrošicy Holešow Holešowska Dubrawka Krónca Liša Hora Łahow
			Lomske Luga Neschwitz Neudorf Pannowitz Saritsch Uebigau Weidlitz Zescha	Łomsk Łuh Njeswačidło Nowa Wjes Banecy Zarěč Wbohow Wutołčicy Šešow
19.	Obergurig	Hornja Hórka	Großdöbschütz Kleindöbschütz Lehn Mönchswalde Obergurig Schwarznaußlitz Singwitz	Debsecy Małe Debsecy Lejno Mnišonc Hornja Hórka Čorne Noslicy Džěžnikecy
20.	Oßling ¹⁾	(Wóslink)	Milstrich	Jitro
21.	Panschwitz-Kuckau	Pančicy-Kukow	Alte Ziegelscheune Cannewitz Glaubnitz Jauer Kaschwitz Lehndorf Neustädtel Ostro Panschwitz-Kuckau Säuritz Schweinerden Siebitz Tschaschwitz	Stara Cyhelnica Kanecy Hłupońca Jawora Kašecy Lejno Nowe Město Wotrow Pančicy-Kukow Žuricy Swinjarnja Zejicy Časecy
22.	Puschwitz	Bóšicy	Guhra Jeßnitz Lauske Neu-Jeßnitz Neu-Lauske Neu-Puschwitz Puschwitz Wetro	Hora Jaseńca Łusč Nowa Jaseńca Nowy Łusč Nowe Bóšicy Bóšicy Wětrow
23.	Räckelwitz	Worklecy	Dreihäuser Höflein Neudörfel Räckelwitz Schmeckwitz Teichhäuser	Horni Hajnk Wudwor Nowa Wjeska Worklecy Smječkecy Haty
24.	Radibor	Radwor	Bornitz Brohna	Boranecy Bronjo

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi džělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Camina Cölln Droben Großbrösern Lippitsch Lomske Luppa Luppédubrau Luttowitz Merka Milkel Milkwitz Neu-Bornitz Neu-Brohna Quoos Radibor	Kamjenedj Chelno Droby Přezdrěń Lipič Łomsk Łupoj Łupjanska Dubrawka Lutobč Měrkow Minakał Młkecy Nowe Boranecy Nowe Bronjo Chasow Radwor
			Schwarzadler Teicha Wessel	Čorny Hodler Hat Wjesel
25.	Ralbitz-Rosenthal	Ralbicy-Róžant	Cunnewitz Gränze Laske Naußlitz Neuscherlitz Ralbitz Rosenthal Schmerlitz Schönau Zerna	Konjecz Hrańca Łazk Nowoslicy Bušeńka Ralbicy Róžant Smjerdžaca Šunow Sernjany
26.	Spreetal	Sprjewiny Doł	Burg Burghammer Burgneudorf Neustadt Spreetal Spreewitz Zerre	Bórk Bórkhamor Nowa Wjes Nowe Město Sprjewiny Doł Šprjejcy Drětwa
27.	Weißenberg	Wóspork	Belgern Cortnitz Drehsa Gröditz Grube Kotitz Lauske Maltitz Nechern Nostitz Särka Spittel Weicha Weißenberg Wuischke Wurschen	Běła Hora Chortnica Droždźij Hrodźišćo Jama Kotecz Łusk Malečicy Njechorń Nosačicy Žarki Špikały Wichowy Wóspork Wuježk Worcyn
28.	Wittichenau	Kulow	Brischko Dubring Hoske Keula Kotten Maukendorf Neudorf-Klösterlich	Brěžki Dubrjenk Hózk Kulowc Kočina Mučow Nowa Wjes

lfd. Nr. č.	Städte und Gemeinden města a gmejny		mit den Gemeindeteilen z gmejnskimi dźělemi	
	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce	deutsch/němsce	sorbisch/serbsce
			Rachlau Saalau Sollschwitz Spohla Wittichenau	Rachlow Salow Sulšecy Spale Kulow

¹⁾ Gemeinden, von denen nur Teile zum sorbischen Siedlungsgebiet gehören; die sorbischsprachige Bezeichnung der Gemeinde ist deshalb in Klammern gesetzt.

²⁾ Ist nach dem Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile im Freistaat Sachsen kein Gemeindeteil.

Quellen: Anlage (zu § 3 Abs. 2) des Gesetzes über die Rechte der Sorben im Freistaat Sachsen (Sächsisches Sorbengesetz – SächsSorbG) vom 31. März 1999), rechtsbereinigt mit Stand vom 1. März 2012
Verzeichnis der Gemeinden und Gemeindeteile im Freistaat Sachsen. Statistisches Landesamt Kamenz. 2014